PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

15

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1970

W. I. LENIN

BAND 15

MÄRZ 1908 — AUGUST 1909

DIETZ VERLAG BERLIN

1970

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

4. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1962
Printed in the German Democratic Republic
Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig
III 18 138 · ES 1 C · 6,50

VORWORT

Die in Band 15 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin in der Zeit von März 1908 bis August 1909.

In den Band sind Artikel und Bemerkungen Lenins aufgenommen, die im „Proletari" und im „Sozial-Demokrat" veröffentlicht wurden, ferner die Dokumente der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR und der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari".

In den Arbeiten „Auf den geraden Weg", „Zur Einschätzung der russischen Revolution", „Über die ‚Natur' der russischen Revolution", „Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage" und „Auf den Weg" charakterisiert Lenin den Staatsstreich vom dritten Juni, umreißt er die Aufgaben der Partei, arbeitet die Taktik der Partei in der Periode der Stolypinschen Reaktion aus und brandmarkt das Liquidatorentum der Menschewiki.

Die Artikel „Über zwei Briefe", „Über den Artikel ‚Zu den nächsten Aufgaben'", „Eine Karikatur auf den Bolschewismus", „Die Liquidierung des Liquidatorentums" und die Dokumente der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" sind gegen das „Liquidatorentum von links" – gegen den Otsowismus, den Ultimatismus und das Gottbildnertum gerichtet.

In den Arbeiten „Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts", „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution. Autorreferat", „Ein hysterischer Anfall P. Maslows", „Einige Bemerkungen zur ‚Antwort' P. Maslows", „Von der Redaktion" und „Wie Plechanow und Co. den Revisionismus verteidigen" verficht Lenin die marxistische Theorie der Agrarfrage und entwickelt sie weiter.

In den Artikeln „Zündstoff in der Weltpolitik", „Der streitbare Mili-

tarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie", „Die Ereignisse auf dem Balkan und in Persien", „Die Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros" behandelt Lenin die wichtigsten internationalen Ereignisse und bestimmt die Taktik der revolutionären Sozialdemokratie im Kampf gegen den Militarismus.

Sechs Dokumente dieses Bandes erscheinen zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins. In dem Artikel „Eine Friedenskundgebung der englischen und deutschen Arbeiter" entschleierte Lenin die räuberischen Bestrebungen der Kapitalisten, ihre Kriegsvorbereitungen, zeigte er das Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Dokumente „Erklärung der Bolschewiki" und „An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" behandeln den Kampf der Bolschewiki gegen die menschewistischen Liquidatoren auf der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR. Zwei Reden auf der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" und der „Entwurf eines Briefes des Bolschewistischen Zentrums an den Rat der Schule auf Capri" sind gegen die Otsowisten, die Ultimatisten und die Gottbildner gerichtet.

AUF DEN GERADEN WEG[1]

Veröffentlicht am 19. März (1. April) 1908 im „Proletari" Nr. 26.

Nach dem Text des „Proletari".

Die gewaltsame Auflösung der zweiten Duma und der Staatsstreich vom 3. Juni 1907[2] bedeuteten in der Geschichte unserer Revolution einen Wendepunkt, den Beginn einer bestimmten besonderen Periode oder eines gewissen Zickzackkurses in ihrer Entwicklung. Wir sprachen bereits mehrfach über die Bedeutung, die diesem Zickzackkurs unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Verhältnisses der Klassenkräfte in Rußland und der Aufgaben einer unvollendeten bürgerlichen Revolution zuzumessen ist. Heute wollen wir den Stand unserer Parteiarbeit im Zusammenhang mit dieser Wende der Revolution behandeln.

Über ein halbes Jahr ist seit dem reaktionären Staatsstreich vom 3. Juni verstrichen, und es steht außer Zweifel, daß dieses erste Halbjahr durch einen ernsten Niedergang und eine Schwächung aller revolutionären Organisationen, einschließlich der sozialdemokratischen, gekennzeichnet ist. Schwankungen, Verwirrung und Zerfall bildeten das allgemeine Merkmal dieses Halbjahrs. Anders konnte es natürlich gar nicht kommen, denn die extreme Verschärfung der Reaktion und ihr zeitweiliger Triumph mußten, bei gleichzeitigem Stocken des unmittelbaren Klassenkampfes, von einer Krise der revolutionären Parteien begleitet sein.

Heute aber machen sich bereits ganz deutlich verschiedene Anzeichen bemerkbar, die davon zeugen, daß diese Krise ihrem Ende entgegengeht, daß das Schlimmste bereits überstanden, der richtige Weg sich abzeichnet, daß die Partei wieder einen geraden Weg betritt – den Weg der beharrlichen, konsequenten Leitung des revolutionären Kampfes des sozialistischen Proletariats.

Man nehme eine der recht charakteristischen, zwar keineswegs der

tiefsten, aber doch der auffallendsten äußeren Erscheinungsformen der Parteikrise – die Flucht der Intellektuellen aus der Partei. Die im Februar dieses Jahres erschienene erste Nummer des Zentralorgans unserer Partei[3], die sehr reichhaltiges Material zur Beurteilung des inneren Lebens der Partei bietet und von uns zum großen Teil nachgedruckt wird, charakterisiert diese Flucht höchst anschaulich: „In letzter Zeit ist die Kreisorganisation *mangels* Kräften aus den Reihen der Intellektuellen eingegangen", heißt es in einer Zuschrift aus dem Werk in Kulebaki (Kreisorganisation Wladimir im Zentralen Industriegebiet). „Unsere ideologischen Kräfte schmelzen wie Schnee dahin", berichtet man aus dem Ural. „Die Elemente, die illegale Organisationen überhaupt meiden ... und die sich der Partei nur während des revolutionären Aufschwungs und der damals vielerorts herrschenden faktischen Freiheit angeschlossen haben, haben unsere Parteiorganisationen verlassen." Und der Artikel des Zentralorgans „Über Organisationsfragen" zieht das Fazit aus diesen (und anderen, nichtveröffentlichten) Mitteilungen, wenn darin geschrieben steht: „Die Intellektuellen desertieren in letzter Zeit bekanntlich in hellen Scharen aus der Partei."

Doch die Befreiung der Partei von den halbproletarischen, halbkleinbürgerlichen Intellektuellen beginnt neue, *rein proletarische* Kräfte, die sich während des heroischen Kampfes der proletarischen Massen angesammelt haben, zu *neuem Leben* zu erwecken. Dieselbe Organisation aus Kulebaki, die sich, wie aus der zitierten Zuschrift hervorgeht, in einem schier hoffnungslosen Zustand befand, ja die sogar ganz „eingegangen" war, ist jetzt wiedererstanden. „Arbeiter, die den Kern der Partei bilden", lesen wir dort, „und die in großer Zahl über den ganzen Kreis verstreut sind – zumeist ohne Kräfte aus der Intelligenz, ohne Literatur, ja sogar ohne jegliche Verbindung zu den zentralen Parteistellen –, denken gar nicht daran aufzugeben ... Die Zahl der Organisierten sinkt nicht ab, sondern nimmt zu ... Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen haben wir nicht, und so müssen die Arbeiter selbst, die klassenbewußtesten unter ihnen, Propagandaarbeit leisten." Es ergibt sich als allgemeine Schlußfolgerung, daß „in einer ganzen Reihe von Orten („Sozial-Demokrat" Nr. 1, S. 28) „die verantwortliche Arbeit infolge der Flucht der Intellektuellen in die Hände der fortgeschrittenen Arbeiter übergeht".

Diese Umstellung der Parteiorganisation auf eine andere Basis, so-

zusagen auf die Klassenbasis, ist natürlich eine schwierige Sache, und sie wird nicht ohne Schwanken vonstatten gehen. Doch nur der erste Schritt ist schwer, und er ist bereits getan. Die Partei hat den geraden Weg der Führung der Arbeitermassen durch fortgeschrittene „Intellektuelle" aus der Arbeiterschaft selbst bereits eingeschlagen.

Die Arbeit in den Gewerkschaften und Genossenschaften, ein Gebiet, auf dem man sich anfangs nur unsicher tastend bewegt hat, kommt in Fluß und beginnt greifbare und stabile Formen zu gewinnen. Zwei Resolutionen des ZK – über die Gewerkschaften und die Genossenschaften –, *beide einstimmig* angenommen, sind bereits von der sich verstärkenden Arbeit an den einzelnen Orten inspiriert. Parteizellen in allen parteilosen Organisationen; ihre Anleitung im Geiste der Kampfaufgaben des Proletariats, im Geiste des revolutionären Klassenkampfes; „von der Parteilosigkeit zur Parteilichkeit" („Soz.-Dem." Nr. 1, S. 28) – diesen Weg hat die Arbeiterbewegung auch hier bereits betreten. Der Korrespondent einer Parteiorganisation der stillen Provinzstadt Minsk teilt mit: „Die stärker revolutionär gesinnten Arbeiter wenden sich von ihnen" (den von den Behörden geschurigelten legalen Gewerkschaften) „ab und neigen immer mehr zur Bildung illegaler Gewerkschaften."

In der gleichen Richtung, „von der Parteilosigkeit zur Parteilichkeit", entwickelt sich die Arbeit auch auf einem ganz anderen Gebiet, nämlich die Arbeit der sozialdemokratischen Dumafraktion. Es klingt freilich sonderbar, aber es ist Tatsache: Wir vermögen nicht die Tätigkeit unserer Parlamentsvertreter mit einem Schlage auf ein parteimäßiges Niveau zu bringen – wie wir auch in den Genossenschaften nicht von Anfang an „parteimäßig" gearbeitet haben. Nach einem Wahlgesetz gewählt, das den Willen des Volkes verfälscht, aus einem Kreis legal gebliebener Sozialdemokraten gewählt, der sich nach den Verfolgungen während der ersten zwei Dumas sehr stark gelichtet hatte, waren unsere Dumasozialdemokraten anfänglich *in Wirklichkeit* unvermeidlich eher parteilose Sozialdemokraten als richtige Parteimitglieder.

Das ist traurig, doch eine Tatsache – und es ist wohl kaum anders möglich in einem kapitalistischen Land, das noch von zahllosen feudalen Banden gefesselt ist und in dem eine offen auftretende Arbeiterpartei erst seit knapp zwei Jahren existiert. Und auf dieses Faktum wollten die nicht nur parteilosen, sondern auch „kopflosen", sich als Sozialdemokraten

aufspielenden Intellektuellen, die unsere Dumafraktion umschwirrten wie Fliegen einen Teller Honig, ihre Taktik der Schaffung einer nichtrevolutionären Sozialdemokratie gründen. Es scheint jedoch, daß unsere ehrenwerten Bernsteinianer mit ihren Bemühungen Schiffbruch erleiden! Es scheint, daß auch hier die sozialdemokratische Arbeit ins richtige Geleise zu kommen beginnt. Wir wollen nicht den Propheten spielen, wir wollen nicht die Augen davor verschließen, daß eine einigermaßen befriedigende Gestaltung der sozialdemokratischen Parlamentsarbeit unter unseren Verhältnissen noch unerhörte Anstrengungen kosten wird – doch wir möchten darauf verweisen, daß die erste Nummer des ZO eine parteimäßige Kritik an der Fraktion und eine *spezielle Resolution* des ZK über eine bessere Ausrichtung der Arbeit der Fraktion enthält. Wir betrachten die im ZO geübte Kritik an den Mängeln dieser Arbeit keineswegs als erschöpfend: so meinen wir zum Beispiel, Sozialdemokraten hätten weder dafür stimmen dürfen, daß die vereinnahmten Grundsteuern vor allem den Semstwos übergeben werden, noch dafür, daß der von der armen Bevölkerung gepachtete städtische Boden zu niedrigen Preisen *losgekauft* werden kann (siehe Nr. 1 des ZO, S. 36). Doch das sind alles, im Verhältnis genommen, zweitrangige Fragen. Das Wichtigste, Hauptsächliche besteht darin, daß die Umwandlung der Fraktion in eine wirklich mit der Partei fest verbundene Organisation sich schon in unserer ganzen Arbeit deutlich abzeichnet und daß folglich die Partei dies auch erreichen wird, welche Mühe es auch kosten mag und welche Prüfungen, Schwankungen, einzelne Krisen, persönliche Kollisionen usw. sie auf diesem Wege noch wird überwinden müssen.

Zu diesen Anzeichen des Wiedererstehens einer richtigen sozialdemokratischen, einer wirklichen Parteiarbeit gehört auch das merkliche Anwachsen der illegalen Tätigkeit zur Herausgabe von Zeitungen und Materialien: „Im Ural erscheinen acht Zeitungen", lesen wir im ZO, „auf der Krim zwei, in Odessa eine, in Jekaterinoslaw beginnt demnächst eine Zeitung zu erscheinen; bedeutend ist die Publikationstätigkeit in Petersburg, im Kaukasus und in den nationalen Organisationen". Außer den zwei im Ausland erscheinenden sozialdemokratischen Organen ist in Rußland, trotz der überaus großen Schwierigkeiten seitens der Polizei, das Zentralorgan erschienen. Im Zentralen Industriegebiet befindet sich ein Gebietsorgan, „Rabotscheje Snamja"[4], in Vorbereitung.

Der Weg, den die sozialdemokratische Partei festen Schritts eingeschlagen hat, ist aus dem oben Dargelegten klar zu erkennen. Eine festgefügte illegale Organisation der zentralen Parteistellen, systematische illegale Publikationstätigkeit und vor allem örtliche und besonders Betriebsparteizellen, die von den fortgeschrittensten, mit den Massen unmittelbar verbundenen Arbeitern selbst geleitet werden – dies ist die Grundlage, auf der wir einen unerschütterlich festen Kern der revolutionären und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung entwickelt und aufgebaut haben. Dieser illegale Kern wird in ungleich größerem Umfang als in früheren Zeiten *seine* Fühler ausstrecken, *seinen* Einfluß verbreiten, sowohl über die Duma als auch in den Gewerkschaften, den Genossenschaften, in Kultur- und Bildungsvereinen.

Auf den ersten Blick scheint zwischen diesem System der Parteiarbeit und demjenigen der Deutschen unter dem Sozialistengesetz (1878–1890)[5] eine große Ähnlichkeit zu bestehen. Den Weg, den die deutsche Arbeiterbewegung in dreißig Jahren nach der bürgerlichen Revolution zurücklegte (1848–1878), durchlief die russische Arbeiterbewegung in drei Jahren (Ende 1905 bis 1908). Doch hinter dieser äußerlichen Ähnlichkeit verbirgt sich ein tiefer innerer Unterschied. Die dreißig Jahre nach der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland haben die objektiv notwendigen Aufgaben *dieser* Revolution in vollem Umfang gelöst. Durch das Bestehen des konstitutionellen Parlaments seit Beginn der sechziger Jahre, durch die dynastischen Kriege, die zum Zusammenschluß des größten Teils der deutschen Länder geführt haben, durch die Schaffung des Reiches mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts hat sie sich historisch überlebt. In Rußland dagegen haben die noch nicht vollen drei Jahre, die seit dem ersten großen Sieg und der ersten großen Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution verflossen sind, nicht nur keine Lösung ihrer Aufgaben gebracht, hingegen aber zum erstenmal die *breiten* Massen des Proletariats und der Bauernschaft sich dieser Aufgaben bewußt werden lassen. Überlebt haben sich in diesem Zeitraum von etwas über zwei Jahren die Illusionen über die Verfassung und der Glaube an die demokratische Zielsetzung der liberalen Lakaien des Schwarzhunderterzarismus.

Eine Krise ist auf der Grundlage der noch ungelösten objektiven Aufgaben der bürgerlichen Revolution in Rußland unvermeidlich. Rein wirt-

schaftliche, besondere finanzielle, innen- und außenpolitische Ereignisse, Umstände und Vorgänge können sie akut machen. Und die Partei des Proletariats, die den geraden Weg der Errichtung einer festgefügten illegalen sozialdemokratischen Organisation eingeschlagen hat und über mehr und mannigfaltigere Waffen der legalen und halblegalen Einwirkung als bisher verfügt, wird dieser Krise viel besser zum entscheidenden Kampf gerüstet gegenübertreten als im Oktober und Dezember 1905.

ÜBER DIE „NATUR" DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Wirf die Natur zur Tür hinaus, sie kommt zum Fenster wieder herein – meint die Kadettenzeitung *„Retsch"*[6] in einem ihrer letzten Leitartikel. Diese wertvolle Erkenntnis des offiziellen Organs unserer konterrevolutionären Liberalen muß besonders hervorgehoben werden, denn es handelt sich um die *Natur* der russischen Revolution. Und man kann nicht genug betonen, wie sehr die Ereignisse die Grundauffassung des Bolschewismus von dieser „Natur" der *bäuerlichen* bürgerlichen Revolution bestätigen, die nur *gegen* den schwankenden, wankelmütigen, konterrevolutionären bürgerlichen Liberalismus siegen kann.

Vor der ersten Duma, Anfang 1906, schrieb Herr Struve: „Der Bauer in der Duma wird Kadett sein." Das war damals die *dreiste* Behauptung eines Liberalen, der *noch daran dachte*, den Bauern aus einem naiven Monarchisten in einen Anhänger der Opposition umzuwandeln. Das war damals, als das Organ der Bürokratie, die Zeitung der Lakaien des Herrn Witte, „Russkoje Gossudarstwo" [Das Russische Reich], versicherte, das Bäuerlein werde der Sache schon „voranhelfen", d. h., eine starke Bauernvertretung würde für die Selbstherrschaft günstig sein. Meinungen ähnlicher Art waren damals (weit zurückliegende Zeiten! Ganze zwei Jahre trennen uns von ihnen!) so weit verbreitet, daß sogar in den menschewistischen Reden auf dem Stockholmer Parteitag[7] solche Töne deutlich durchklangen.

Aber schon die erste Duma zerstörte unwiderruflich diese Illusionen der Monarchisten und die *Illusionen der Liberalen*. Der ganz ungebildete, unentwickelte, politisch unerfahrene und parteimäßig nicht organisierte Mushik erwies, daß er *unendlich viel weiter links* stand als die Kadetten.

Der Kampf der Kadetten gegen den „Trudowiki-Geist" und die Trudowiki-Politik[8] bildet den Hauptinhalt der liberalen „Tätigkeit" während der ersten beiden Dumas. Und als nach der Auseinanderjagung der zweiten Duma Herr Struve – unter den liberalen Konterrevolutionären ein Mann des Fortschritts – seine zornigen Äußerungen über die Trudowiki hinschleuderte und einen Kreuzzug gegen die „in Radikalismus machenden intellektuellen" Führer der Bauernschaft proklamierte, da offenbarte er damit den *völligen Bankrott* des Liberalismus.

Der Liberalismus erlitt, wie die Erfahrungen von zwei Dumas zeigen, ein vollständiges Fiasko: *es gelang* ihm *nicht*, „den Mushik gefügig zu machen". Es gelang ihm nicht, ihn bescheiden, nachgiebig und zu einem Kompromiß mit dem gutsherrlichen Absolutismus geneigt zu machen. Der Liberalismus der bürgerlichen Advokaten, Professoren und des übrigen intellektuellen Geschmeißes vermochte sich dem „trudowikischen" Bauernvolk nicht „anzupassen". Er blieb politisch und ökonomisch *hinter* ihm zurück. Und die ganze historische Bedeutung der ersten Periode der russischen Revolution könnte in den Worten zusammengefaßt werden: Der Liberalismus hat sein konterrevolutionäres Wesen, seine Unfähigkeit, die Bauernrevolution zu leiten, *bereits* endgültig bewiesen; die Bauernschaft hat *noch nicht* vollständig begriffen, daß nur auf revolutionär-republikanischem Wege, unter Führung des sozialistischen Proletariats, ein wirklicher Sieg errungen werden kann.

Der Bankrott des Liberalismus bedeutete den Triumph der gutsherrlichen Reaktion. Und jetzt kann der von dieser Reaktion eingeschüchterte, erniedrigte und angespiene Liberalismus, der zu einem willfährigen Handlanger der Stolypinschen Verfassungskomödie geworden ist, nicht umhin, zuweilen um das Vergangene zu klagen. Gewiß, der Kampf gegen den Trudowiki-Geist war schwer, unerträglich schwer. Aber ... immerhin ... werden wir nicht beim zweiten Mal dabei gewinnen, wenn dieser Geist wieder erstarkt? Werden wir dann die Rolle von Maklern nicht erfolgreicher spielen? Hat nicht unser ehrwürdiger, unser berühmter P. Struve schon vor der Revolution geschrieben, daß die Parteien der Mitte durch die Zuspitzung des Kampfes zwischen den extremen Parteien immer gewinnen?

Und siehe da, die im Kampf gegen die Trudowiki auf den Hund gekommenen Liberalen trumpfen gegenüber der Reaktion mit der Wieder-

Цѣна 25 сант.
Price 25 centimes.
Preis. 20 Pfennig
Price. 8½ d.

LE PROLETAIRE, organe revue social-democrate, hebdomadaire.

ЕЖЕНЕД. ГАЗЕТА, ВЫХОДИТЪ ПО СРЕДАМЪ

№ 27.

ПРОЛЕТАРІЙ

Российская Социальдемократическая Рабочая Партія.

Пролетаріи всѣхъ странъ, соединяйтесь.

GENEVE СРЕДА, (8 апр.) 26 МАР., 1908 г.

Органъ С.-Петербургскаго и Московскаго комитетовъ Р. С.-Д. Р. П.

О „природѣ" русской революціи

Гонятъ природу въ дверь, она влѣзетъ въ окно. — вотъ сидитъ кадетская Рѣчь въ одной своей подлой передовицѣ. Это вѣрное приложеніе офиціальнаго органа вождей контръ-революціонныхъ либераловъ необходимо особенно подчеркнуть, ибо дѣло идетъ о природѣ русской революціи. И разъ достаточно выстрѣлить въ тонъ, съ какой силой подтверждаютъ событія основной взглядъ большевиковъ на эту природу, чтобы вся нашедшаяся въ распоряженіи кадетской буржуазной революціи, которая можетъ выбѣдить свои протіевъ конституціонализмъ, шваль контръ-революціонныхъ буржуазнаго либерализма

Передъ первой Думой, въ началѣ 1906-го года г. Струве писалъ «простымъ языкомъ» въ Думѣ статью надъ статьей. Это было тогда синѣйшимъ утвержденіемъ либерала, еще думавшаго о сервилистахъ изъ 3-го іюньскаго переворота въ строгомъ смыслѣ слова. Это было тогда, когда органъ биржевиковъ, газета Гучкова-сына Вѣсти «Русское Государство» увѣряло, что «сдѣлавъ внутренній и внѣшній заемъ, правительство окончательно отъ крестьянъ освободится благодѣтельнаго для самодержавія Манёвра подобнаго рода было въ то время (самаго начала) сдѣлать два года спустя (какъ это вамъ?) настолько распространеннымъ, что даже въ вышеназванномъ органѣ кн Столыпинскаго съѣзда двоякомыслію научатъ родственныя ноты

Но тогда первой Думы либералы еще не имѣли конкретнаго, и главное либерально-бюджетнаго объекта для своей тонкой, вѣрящей политической дальтоновщины, партійно-политическій объектъ, который они и сейчасъ не могутъ забыть. Борьба кадетовъ съ отрядами царскихъ дубоголовъ и трудовѣющей политической сволочи отъ основныхъ сидѣвшихъ либеральной «Интеллигенціи» въ тѣсныхъ объятіяхъ первыхъ Думъ. И когда, послѣ разгона второй Думы г Струве — передовой человѣкъ среди либеральныхъ контръ-революціонеровъ — вынужденъ былъ сказать отзывы о трудовикахъ провозгласилъ крестовый походъ противъ «радикальничающихъ мечтателей», конецъ крестьянскимъ съѣзднаго этихъ голый врагъ либерализма

Либералами послѣ опыта двухъ Думъ потеряно полное чувство мѣры и ихъ удалось опрокинуть мужикамъ. Сил не удалось сдѣлать это строящимъ устремленія, согласныхъ съ компромиссъ съ понѣдѣльнымъ самодержавіемъ Либераламъ буржуазныхъ адвокатовъ профессоровъ и прочей интеллигентской дребедени не снесъ «преслѣдователя» въ «трудящемуся» мужичкѣ. Онъ оказался политически и экономически побѣдителемъ его И все историческое значеніе первыхъ періодовъ русской революціи можно резюмировать словами: либерализмъ у насъ окончательно доказалъ свою контръ-революціонность свою неспособность руководить крестьянской революціей крестьянство еще не видѣвъ ничего что можно въ революціонно-республиканскомъ пути подъ руководствомъ сознательнаго пролетаріата можетъ быть желаннаго настоящаго выбора

Крахъ либерализма оказалъ торжество понѣшить на реакціи Теперь запутанной этой реакціей, умѣнно былъ и основанный его природенный въ сервилистахъ послѣдняя Столыпинской конституціонной комедіи до безобразія — «чтобъ жить да и владѣнность о прошломъ Конечно теперь нельзя: теперь была борьба съ трудовиками» дуэтомъ. Но, все же — выиграешь ли во второй разъ если опять ты имѣлся этотъ дуэтъ? Не съиграешь ли ты тогда одинокую роль кадетскую? Не сказать ли нашъ наитертый нашъ элементъ И Струве еще до революціи что гордая партія всегда выигрывать отъ обострѣ-ія борьбы между крайностей

И опять изначальное отъ борьбой съ трудовиками и борьбы возвращаетъ строгихъ реакціи возрожденныхъ трудовой думы? Только что подавленіе въ Г Думу не нашлось проекты грамоты крестьянъ и самодержавіемъ обнаруживалось — нашлетъ то же передовица Рѣчи— второй трудящій другъ Именно трудовикій а не кадетовъ «Одинъ другъ привлекаетъ крестьянъ в подписаній 41 членовъ Г Думы Другой предлагаетъ самодержавіемъ Первый радикальнѣе второго, но в второй въ конечномъ отношеніи (случайно въ дѣтскую Рѣчь!) должно оставляетъ за собой кадетскій проектъ аграрной реформы» Либералы выступаютъ (какъ мы уже отмѣчали равнѣе см номеръ Пролетаріи) не о крестьянскомъ, а о природѣ русской революціи

У крестьянъ есть — сказалъ Рѣчь — земельный фондъ не въ смыслѣ передаточной инстанціи, а въ смыслѣ постояннаго учрежденія Признавая это, кадеты серьезно увлекаются о томъ, какъ онъ самъ подѣлывалась въ реальнѣ и подслушивалъ ей выкладывала при передачѣ отъ первой во второй Думѣ земельный фондъ (т. е. тамъ или иначе, въ той или иной степени, признавъ національныя земли) изъ своей программы, становились въ громовую точку зрѣнія полной частной собственности на землю У крестьянъ — пишетъ Рѣчь — земля приобрѣтается по справедливой оцѣнкѣ (вникнуть по кадетски) но — національное достояніе — сидитъ она трудящемуся мужику

И опять приходится увлекаться о томъ, какую под дуэ борьбу вели съ этимъ единственно возможнымъ съ демократической точки зрѣнія проектомъ либералы обѣихъ первыхъ Думъ, какъ они нало вплоть и вырѣзались. вплоть на русской трибунѣ не сказать до вестью того, что они сказали въ своей печати, въ передовицѣ Рѣчи, перелетательной потомъ у Милюкова («Голосъ Россіи» въ проектѣ Кутлера и въ статьѣ Чупрова (кадетскій «Аграрный вопросъ» тому второй) Именно они признали въ своей печати что по отъ на числу участковъ земельные комитеты должны состоять поровну изъ представителей отъ крестьянъ и отъ помѣщиковъ съ представителемъ отъ правительства въ качествѣ третьяго лица Другими словами задача полной надѣлъ и земля поглядитъ обезпечивая помощу большинство за посѣдними (помѣщики здѣсь представлены помѣщичьего самодержавія всегда въ большинствѣ противъ крестьянъ)

Мы вполнѣ понимаемъ, почему музыкантъ парламентскаго буржуазнаго либерализма принодится умѣ чивать объ этомъ. Напрасно только думаютъ они, что рабочіе и крестьяне способны забыть эти критическія рѣки на дорогѣ русской революціи

Даже самодержавіе, эти ультра-реакціонеры нарочито сервильные, правительственные кровососы крайностей сы, вошли дальше кадетовъ въ своемъ аграрномъ проектѣ Даже они заговорили о отмѣненіи «искусственно поднятыхъ» выкупныхъ платежей по переселенческимъ надѣламъ и объ освобожденіемъ отъ всякаго налога участковъ, не превышающихъ потребительной нормы Почему, спрашивается, самодержавіе этого увидѣло въ великорусскомъ православіи оказался больше въ сторонѣ мужика чѣмъ буржуазный либералъ? Потому что дворянство самодержавіе представляетъ, а богъ съ ней, что мужикомъ, что дать ему тысячу десятинъ даже много — при высокомъ крестьянскомъ земледѣліи ловорь на городской нахалъ — бываетъ въ высшей степени скудно. Дворянскій Деревенскому выдѣленному изъ самой что-ни-нибудь зубатовской Думы придется сидѣть на землѣ, а въ деревню, какъ бы ни не хотѣлось да вдругъ нельзя послѣдніе и практически основные по стоя Столыпинцы, вольно-невольно къ тому, что всѣхъ на «сторону помѣщиковъ» Такимъ образомъ оказывается что реакціонный плану тру дящихъ чѣмъ проводимый ному адвокатъ и профессоръ) продать чужихъ помѣщикъ)

Да да! Гонятъ природу въ дверь — она влѣзетъ въ окно Природа великой буржуазной революціи въ крестьянской Россіи сказала, что только борьба крестьянскаго возстанія вмѣняемыхъ въ руководителей революціи способна привести эту революцію къ побѣдѣ, которая неизбѣжной контръ революціонности буржуазнаго либерализма.

Либерализмъ остается только либо не вѣрить въ силу трудовикаго луча — это неизвѣстно когда факты изъ «Дня» — либо надѣяться на новое политическое мудьмичество Вотъ программа этого мудьмичества въ увлекательномъ словарѣ Рѣчи. «Только серьезная практическая работа надъ этой темой (вопросъ аграрной реформы «на самомъ широкомъ демократическомъ базисѣ») можетъ вызвать населеніе отъ утопическихъ мечтаній. Чтобъ ваши предложительства, г. Столыпинъ даже со всѣмъ своимъ вчѣшнимъ и третьимъ элементами вамъ ни ежичемъ вамъ дѣло «чтобъ» утопическихъ мечтаній» Дождать вамъ еще надо попробовать мы пообѣщаемъ народу самую широкую демократическую реформу а на дѣлѣ «вызвать» его посредствомъ помѣщичьяго выгуза и помѣщичьяго правительства къ «вѣчнымъ вамъ» трудящимъ!

Мы съ своей стороны, отъ глубины сердца любезнаго г. Милюкова, Струве и Ко на то увѣряемъ, отъ которыхъ они «вызвать» населеніе отъ «утопическихъ» мѣръ въ нирвану конституціонныхъ путь. Изъ-за вдать и со этой «практикой» вызвать

Къ дебатамъ о расширеніи бюджетныхъ правъ Думы.

Въ четвергъ 17-го апрѣля засѣданія. 18, 15 и 17 апрѣля еще время въ Гос. Думѣ по вопросу о расширеніи бюджетныхъ правъ ея. Вчера выступали за отмѣненіе 40 копѣекъ Дубровинъ и Шидловскій. Предполагалось вчера вторая выдающаяся рѣчь по этому вопросу, рѣчь извѣстнаго врача-практика, врача двухъ царей, депутата Боткина. Высказывать о расширеніи бюджетныхъ правъ Гос. Думы въ комиссіи, до засѣданія по этому вопросу, г. Боткинъ отказался. Вчера особенно интересовались бюджетныя рѣчи Думы.

Кадеты обрушили всѣ полагающіеся имъ стрѣлы противъ Шидловскаго. Они защищали свое право рѣшенія (въ вопросѣ о займѣ) за Думой, а не Думы, какъ они выражались обѣими половинами, «за Думой, которая не имѣетъ права даже защищать». Такъ защищать кадеты черносотенцевъ. Сегодня по этому поводу разыгрывался свой предлинный нотный роспѣвъ выдержанный въ томъ же кадетскомъ вялотекущемъ тонѣ.

Что интересно отмѣнить съ черносотенныхъ инсинуаціяхъ. Это поддѣлывалось. Что видятъ среди свои ренавціи (въ которой въ самомъ дѣлѣ было немного, и тѣмъ она и была интересна обѣими половинами, это не мѣшаетъ увлекаться), это чѣмъ они не удовлетворяли для всѣхъ защитниковъ народа Думы. Но чтобы г-да кадеты участвовали въ одномъ голосованіи съ черносотенцами, о какъ времена дѣлаетъ что Сила Поеле сказала «вѣнчаніе», что «г-да кадеты» отказываются отъ ренавціи

Вырождаются, теряютъ свой былой порывъ, чтобъ вторгнуться о томъ, возможно ли, или не интересно или нѣтъ, сказано ли вождемъ «не опасно, конституціонно» или нѣтъ, для депутатовъ Государственной Думы. На этой основѣ и на 2-й открытыхъ обсужденіяхъ кадеты вчера вторникъ 18, 15 и 17 апрѣля мы, и выгорѣли остановимъ вашимъ читателей

Расширеніе Гос. Думы по вопросу бюджетныхъ правъ, это отмѣна ея бюджетныхъ правъ по составленному, по закону принципіи бюджета по исполненію. Этотъ вопросъ вызвалъ контръ-революціонныхъ правительственныхъ кокой первыхъ демократическихъ сессіи (30 сентяб. 1906 г., предъявленіе «основныхъ вопросовъ»), есть интеллигентскіе кадеты выдвинули на первый очередь, какъ стороны черносотенцевъ, какъ о революціонномъ и правомъ" 6 апрѣля 1908 года они были вынуждены отстаивать это выдвигаемое, сильнѣе этого вызвавшаго отказъ отъ выступленія въ Думѣ о расширеніи ея правъ (въ ст 91 что «при обсужденіи проекта государственной росписи не могутъ быть вносимы или вызываемы такія расходы и доходы которые выходили бы за пределы, установленные дѣйствующими законами, или противны и указы высочайшихъ повелѣній и передаетъ разсмотрѣнію законодательныхъ). Разумѣется въ дѣйствительности дѣло вовсе не въ дѣйствительномъ отношеніи, а въ отношеніи, въ какомъ отношеніи къ самодержавію, какъ къ «своему» правительству относятся кадеты.

Самодержавіе чтобъ какъ бы ни задачи дѣйствительно опасными за свободу правительства имѣетъ право (какъ и всякое право) и защищать. Кадеты какъ разъ и выступили противъ этого права. Они не могутъ защищать (за право тѣмъ что защищаетъ какъ разъ самодержавіе) — разрушеніе правды народа народа, произведенное его самодержавіемъ) народа въ самомъ дѣлѣ, Единственное правительство сдѣлало это могло защищаться своего дѣйствія 1905 года но это защищаетъ «народъ» отъ «своего» конституціонно кадетами «защиты» рыцаря буржуазіи въ ихъ «своемъ» И буржуазіи ихъ дѣлать «защищаемъ» своего самодержавіемъ народа не только потому, что не дѣлаетъ «своего» народа, но потому что буржуазіи сознаетъ свою «интеллигентность» отъ «обѣщаетъ» народа революціи на Россіи она не сдѣлаетъ своей революціи идетъ правительствомъ.

Такимъ образомъ кадеты выдвинули свой вопросъ могли быть только конституціонно народа и врагъ въ Думѣ Практически реформаторство не можетъ быть защищаемо кадетами и при данномъ общественномъ составѣ конституціонно, что не есть «защищаемый» реформы но опять данномъ положеніи «защищаемый» правительствомъ Думы отъ Гос. задачи (которыхъ только кадеты или не хватаетъ) вопросъ расширеніи бюджетныхъ правъ не можетъ стоять задачи Думы. Но въ такой Думѣ какъ она не такой конечно дать настоящій вопросъ, какъ бюджетныхъ правъ не можетъ вопросъ, какъ бюджетныхъ правъ не можетъ быть вопросъ, какъ бюджетныхъ правъ не можетъ быть вопросъ, какъ бюджетныхъ правъ не можетъ быть

geburt des Trudowiki-Geistes auf! „Die soeben in der Reichsduma eingebrachten Agrarprojekte der rechten Bauern und der Geistlichen", schreibt die „Retsch" in dem erwähnten Leitartikel, „lassen den alten Trudowiki-Geist erkennen. Eben einen Trudowiki-Geist und keinen kadettischen." „Das eine Projekt stammt von den Bauern und ist von einundvierzig Mitgliedern der Reichsduma unterschrieben. Das andere kommt von den Geistlichen. Das erste ist radikaler als das zweite, aber auch das zweite läßt in mancher Hinsicht" (man höre die kadettische „Retsch"!) „das kadettische Projekt der Agrarreform weit hinter sich. "Die Liberalen sind gezwungen zuzugeben, daß nach all den Siebungen der Wähler, die durch das bekannte Gesetz vom 3. Juni vorgenommen und durchgeführt worden sind, diese Tatsache (wie wir bereits früher bemerkten: siehe Nummer 22 des „Proletari")* kein Zufall ist, sondern von der *Natur* der russischen Revolution zeugt.

Laut den Bauern, schreibt die *„Retsch"*, soll der Bodenfonds nicht als eine Instanz zur bloßen Übergabe, „sondern als eine ständige Einrichtung bestehen". Die Kadetten anerkennen das, aber sie schweigen bescheiden darüber, wie sie selbst, von dem Wunsche beseelt, sich der Reaktion anzubiedern und ihr zu dienen, beim Übergang von der ersten zur zweiten Duma den Bodenfonds (d. h. so oder so, in dem einen oder anderen Grade, die Anerkennung der Nationalisierung des Bodens) aus ihrem Programm gestrichen und sich auf den Gurkoschen[9] Standpunkt des uneingeschränkten Privateigentums am Grund und Boden gestellt haben.

Laut den Bauern, schreibt die *„Retsch"*, soll das Land auf der Grundlage einer gerechten Bewertung (also auf kadettische Art und Weise) erworben werden, aber – ein bezeichnendes „aber"! – die Bewertung wird durch örtliche Bodenkomitees vorgenommen, „die von der gesamten Bevölkerung des jeweiligen Ortes gewählt werden".

Und wieder müssen die Herren Kadetten etwas verschweigen. Sie müssen verschweigen, daß diese Wahl durch die ganze Bevölkerung an das bekannte „trudowikische" Projekt der ersten wie der zweiten Duma erinnert, an das Projekt der örtlichen Bodenkomitees, die durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählt werden sollten. Sie müssen darüber schweigen, welch hinterhältigen Kampf die Liberalen der ersten beiden Dumas gegen dieses vom demokratischen Standpunkt einzig mögliche

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 462—466. *Die Red.*

Projekt geführt haben, wie sie kläglich nach Ausflüchten suchten und sich wanden, weil sie das, was sie in ihrer Presse, in einem Leitartikel der „*Retsch*", der später bei Miljukow („Ein Jahr des Kampfes") nochmals abgedruckt wurde, in dem Projekt von Kutler und in dem Aufsatz von Tschuprow (die kadettische „Agrarfrage", zweiter Band) sagten, auf der Tribüne der Duma *nicht* ganz *aussprechen wollten*: Sie gaben in ihrer Presse zu, daß nach ihrer Absicht die örtlichen Bodenkomitees sich paritätisch aus Vertretern der Bauern und der Gutsherren sowie einem *Vertreter der Regierung* als dritte Person zusammensetzen sollen. Mit andern Worten: Die Kadetten lieferten den Bauern mit Haut und Haar dem Gutsbesitzer aus, indem sie diesem überall die Mehrheit sicherten (die Gutsbesitzer im Verein mit dem Vertreter des gutsherrlichen Absolutismus bilden gegenüber den Bauern immer die Mehrheit).

Wir begreifen gut, weshalb die Gauner des parlamentarischen bürgerlichen Liberalismus darüber schweigen *müssen*. Nur hoffen sie vergebens, die Arbeiter und Bauern könnten diese überaus wichtigen Marksteine auf dem Wege der russischen Revolution vergessen.

Selbst die Geistlichen, diese Ultrareaktionäre, die von der Regierung eigens ausgehaltenen Schwarzhunderter-Dunkelmänner, sind in ihrem Agrarprojekt weiter gegangen als die Kadetten. Selbst sie begannen von Herabsetzung der „künstlich hinaufgeschraubten" Bodenpreise, von progressiver Bodenbesteuerung mit voller Steuerfreiheit der die Verbrauchsnorm nicht übersteigenden Parzellen zu sprechen. Wie kommt es, daß der Dorfgeistliche, dieser Landgendarm der orthodoxen Staatskirche, *mehr* auf der Seite des Bauern steht als der bürgerliche Liberale? Weil der Dorfgeistliche Seite an Seite mit dem Bauern lebt, in unzähligen Fällen von ihm abhängig ist, ja zuweilen sogar – wenn der Geistliche auf Kirchenland eine kleine Bauernwirtschaft betreibt – das gleiche durchzumachen hat wie der Bauer. Der Dorfgeistliche wird selbst aus der schönsten Subatowschen Duma ins Dorf zurückkehren müssen; ins Dorf aber, selbst in das durch Strafexpeditionen und Stolypinsche chronische militärische Einquartierung gesäuberte Dorf, *darf sich keiner zurückwagen*, der sich auf die Seite der Gutsbesitzer gestellt hat. So erweist es sich, daß es für den stockreaktionären Popen schwerer ist als für den aufgeklärten Advokaten und Professor, den Bauern dem Gutsbesitzer auszuliefern.

Ja, ja! Wirf die Natur zur Tür hinaus, sie kommt zum Fenster wieder

herein. Die Natur der großen bürgerlichen Revolution im bäuerlichen Rußland ist aber derart, daß nur der Sieg des Bauernaufstandes, der jedoch ohne die führende Rolle des Proletariats undenkbar ist, diese Revolution gegen die immanente konterrevolutionäre Haltung des bürgerlichen Liberalismus zum Erfolg führen kann.

Den Liberalen bleibt nichts anderes übrig, als entweder die Stärke des Trudowiki-Geistes zu leugnen – was aber angesichts der Tatsachen unmöglich ist – oder aber auf eine neue politische Gaunerei zu hoffen. Hier das Programm dieser Gaunerei, enthalten in den abschließenden Worten der *„Retsch"*: „Nur die ernste praktische Behandlung dieser Art von Reform" (nämlich – der Agrarreform „auf breitester demokratischer Basis") „vermag die Bevölkerung von utopischen Versuchen zu kurieren." Lies: Ew. Exzellenz, Herr Stolypin, Sie haben trotz all Ihrer Galgen, trotz all Ihrer Gesetze vom 3. Juni nicht vermocht, die Bevölkerung vom „utopischen Trudowiki-Geist" zu „kurieren". Erlauben Sie uns, daß wir's noch einmal versuchen: wir werden dem Volk die breiteste demokratische Reform versprechen, in Wirklichkeit aber werden wir es mit Hilfe von Ablösungsgeldern an die Gutsbesitzer und mit Hilfe des Übergewichts der Gutsbesitzer in den örtlichen Bodenkomitees „kurieren"!

Wir unserseits danken den Herren Miljukow, Struve und Co. von ganzem Herzen für den Eifer, mit dem sie das Volk von dem „utopischen" Glauben an friedliche konstitutionelle Wege „kurieren". Sie kurieren es und werden es aller Wahrscheinlichkeit nach auch auskurieren.

„Proletari" Nr. 27,
26. März (8. April) 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

MARXISMUS UND REVISIONISMUS

Geschrieben nicht nach dem 3. (16.) April 1908.
Veröffentlicht 1908 in dem Sammelband „Karl Marx (1818–1883)".
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des Sammelbandes.

Ein bekannter Ausspruch lautet: Würden geometrische Axiome an menschliche Interessen rühren, so würde man sicherlich versuchen, sie zu widerlegen. Naturgeschichtliche Theorien, die an alte theologische Vorurteile rührten, wurden und werden bis zum heutigen Tage aufs schärfste bekämpft. Kein Wunder, daß die Lehre von Marx, die unmittelbar der Aufklärung und Organisierung der fortgeschrittensten Klasse der modernen Gesellschaft dient, die die Aufgaben dieser Klasse zeigt und die – infolge der ökonomischen Entwicklung – unausbleibliche Ablösung der heutigen Ordnung durch eine neue nachweist, kein Wunder, daß diese Lehre sich jeden Schritt auf ihrem Lebensweg erst erkämpfen mußte.

Von der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie, die von staatlich ausgehaltenen Professoren in staatserhaltendem Geiste gelehrt werden, um die heranwachsende Jugend der besitzenden Klassen zu verdummen und sie auf den äußeren und inneren Feind zu „dressieren", braucht man gar nicht erst zu reden. Diese Wissenschaft will vom Marxismus nichts wissen, erklärt ihn für widerlegt und vernichtet; junge Wissenschaftler, die durch die Widerlegung des Sozialismus Karriere machen, wie Mummelgreise, treue Hüter der verschiedensten verschimmelten „Systeme", sie alle fallen mit gleichem Eifer über Marx her. Das Wachstum des Marxismus, die Verbreitung und das Erstarken seiner Ideen in der Arbeiterklasse führen unausbleiblich zu immer häufigerer Wiederkehr und zur Verschärfung solcher bürgerlichen Ausfälle gegen den Marxismus, der aber aus jeder „Vernichtung" durch die offizielle Wissenschaft immer stärker, gestählter und lebenskräftiger hervorgeht.

Doch selbst unter den Lehren, die mit dem Kampf der Arbeiterklasse zusammenhängen und vornehmlich unter dem Proletariat verbreitet sind,

hat sich der Marxismus bei weitem nicht mit einem Schlage durchgesetzt. In den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens (von den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts an) kämpfte der Marxismus gegen Theorien, die ihm von Grund aus feindlich waren. In der ersten Hälfte der vierziger Jahre rechneten Marx und Engels mit den radikalen Junghegelianern ab, die auf dem Standpunkt des philosophischen Idealismus standen. Ende der vierziger Jahre trat der Kampf auf dem Gebiet der ökonomischen Lehren in den Vordergrund – der Kampf gegen den Proudhonismus. Die fünfziger Jahre bildeten den Abschluß dieses Kampfes: Kritik an den Parteien und Lehren, die im stürmischen Jahr 1848 in Erscheinung getreten waren. In den sechziger Jahren verschob sich der Kampf vom Gebiet der allgemeinen Theorie auf ein der unmittelbaren Arbeiterbewegung näherliegendes Gebiet: Vertreibung des Bakunismus aus der Internationale. Anfang der siebziger Jahre trat in Deutschland kurze Zeit der Proudhonist Mülberger in den Vordergrund, Ende der siebziger Jahre der Positivist Dühring. Doch der Einfluß des einen wie des anderen auf das Proletariat war schon verschwindend gering. Der Marxismus trug bereits unbestreitbar über alle anderen Ideologien in der Arbeiterbewegung den Sieg davon.

An der Schwelle der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war dieser Sieg in den Hauptzügen vollendet. Selbst in den romanischen Ländern, wo die proudhonistischen Traditionen sich am längsten behaupteten, hatten die Arbeiterparteien ihre Programme und ihre Taktik faktisch auf marxistischer Grundlage aufgebaut. Die neuerstandene internationale Organisation der Arbeiterbewegung – in Gestalt periodischer internationaler Kongresse – stellte sich in allen wesentlichen Punkten von Anfang an und fast kampflos auf den Boden des Marxismus. Doch als der Marxismus alle einigermaßen in sich geschlossenen, ihm feindlichen Lehren verdrängt hatte, begannen die Tendenzen, die in diesen Lehren zum Ausdruck kamen, nach anderen Wegen zu suchen. Formen und Anlässe des Kampfes änderten sich, doch der Kampf selbst ging weiter. Und das zweite Halbjahrhundert der Existenz des Marxismus begann (in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts) mit dem Kampf einer dem Marxismus feindlichen Strömung innerhalb des Marxismus.

Der ehemals orthodoxe Marxist Bernstein, der sich am lautesten

gebärdete und den Korrekturen an Marx, der Überprüfung Marx', den ausgeprägtesten Ausdruck verlieh, gab dieser Richtung, dem Revisionismus, den Namen. Selbst in Rußland, wo sich der nichtmarxistische Sozialismus naturgemäß – infolge der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, infolge des Überwiegens der von den Überresten der Leibeigenschaft niedergedrückten bäuerlichen Bevölkerung – am längsten behauptete, selbst in Rußland wächst er vor unseren Augen offenkundig in den Revisionismus hinüber. In der Agrarfrage (Programm der Munizipalisierung des gesamten Grund und Bodens) wie in allgemeinen programmatischen und taktischen Fragen ersetzen unsere Sozialvolkstümler die absterbenden, verfallenden Überreste des alten, in seiner Art geschlossenen und dem Marxismus von Grund aus feindlichen Systems immer mehr durch „Korrekturen" an Marx.

Der vormarxistische Sozialismus ist zerschlagen. Er kämpft weiter, doch nicht mehr auf eigenständigem Boden, sondern auf dem allgemeinen Boden des Marxismus, als Revisionismus. Untersuchen wir, worin der Ideengehalt des Revisionismus besteht.

Auf dem Gebiet der Philosophie segelte der Revisionismus im Kielwasser der bürgerlichen professoralen „Wissenschaft". Die Professoren gingen „zurück zu Kant" – und der Revisionismus trottete hinter den Neukantianern her; die Professoren käuten die abgedroschenen pfäffischen Banalitäten gegen den philosophischen Materialismus wieder – und die Revisionisten murmelten mit herablassendem Lächeln (Wort für Wort nach dem letzten Handbuch), der Materialismus sei längst „widerlegt"; die Professoren behandelten Hegel als „toten Hund"[10], zuckten über die Dialektik verächtlich die Achseln, obwohl sie selber Idealismus predigten, aber einen tausendmal seichteren und vulgäreren als den Hegelschen – und die Revisionisten folgten ihnen in den Sumpf der philosophischen Verflachung der Wissenschaft, indem sie die „raffinierte" (und revolutionäre) Dialektik durch die „einfache" (und ruhige) „Evolution" ersetzten; die Professoren arbeiteten ihr Staatsgehalt ab, indem sie ihre idealistischen wie ihre „kritischen" Systeme der herrschenden mittelalterlichen „Philosophie" (d. h. Theologie) anpaßten – und die Revisionisten rückten ihnen an die Seite, bemüht, die Religion nicht dem modernen Staat, sondern der Partei der fortgeschrittensten Klasse gegenüber zur „Privatsache" zu machen.

Auf die wahre Klassenbedeutung derartiger an Marx vorgenommener „Korrekturen" braucht nicht erst hingewiesen zu werden – sie liegt auf der Hand. Wir wollen nur hervorheben, daß der einzige Marxist in der internationalen Sozialdemokratie, der vom Standpunkt des konsequenten dialektischen Materialismus aus an den unglaublichen Plattheiten, die die Revisionisten zusammenredeten, Kritik übte, Plechanow war. Dies muß um so nachdrücklicher betont werden, als gegenwärtig ganz fehlerhafte Versuche unternommen werden, unter der Flagge einer Kritik an Plechanows taktischem Opportunismus alten und reaktionären philosophischen Plunder durchzuschmuggeln.*

Geht man zur politischen Ökonomie über, so ist vor allem zu bemerken, daß auf diesem Gebiet die „Korrekturen" der Revisionisten noch weitaus vielseitiger und tiefgehender waren; man suchte durch „neues Material über die Wirtschaftsentwicklung" auf das Publikum Eindruck zu machen. Man erklärte, in der Landwirtschaft vollziehe sich überhaupt keine Konzentration und keine Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb, und auf dem Gebiet des Handels und der Industrie gehe sie nur äußerst langsam vor sich. Man erklärte, die Krisen seien jetzt seltener und schwächer geworden, und die Trusts und Kartelle würden es wahrscheinlich dem Kapital ermöglichen, die Krisen gänzlich zu beseitigen. Man erklärte, die „Theorie des Zusammenbruchs", dem der Kapitalismus entgegengehe, sei unhaltbar, denn es trete eine Tendenz zur Abstumpfung und Milderung der Klassengegensätze zutage. Man erklärte schließlich, daß es nicht schaden könne, auch die Marxsche Werttheorie nach Böhm-Bawerk[11] zu korrigieren.

Der Kampf gegen die Revisionisten in diesen Fragen führte zu einer ebenso fruchtbaren Belebung des theoretischen Denkens des internationalen Sozialismus wie zwanzig Jahre zuvor die Polemik Engels' gegen

---

* Siehe das Buch „Beiträge zur Philosophie des Marxismus" von Bogdanow, Basarow u. a. Hier ist nicht der geeignete Ort, auf dieses Buch näher einzugehen, und ich muß mich vorläufig auf die Erklärung beschränken, daß ich in nächster Zukunft in einer Reihe von Aufsätzen oder in einer besonderen Broschüre nachweisen werde, daß *alles*, was im Text über die neokantianischen Revisionisten gesagt ist, im Grunde auch für diese „neuen", neohumeistischen und neoberkeleyanischen Revisionisten gilt. (Siehe Werke, Bd. 14. *Die Red.*)

Dühring. Die Beweisgründe der Revisionisten wurden an Hand von Zahlen und Tatsachen widerlegt. Es wurde nachgewiesen, daß die Revisionisten in bezug auf den heutigen Kleinbetrieb systematisch Schönfärberei treiben. Die Tatsache der technischen und kommerziellen Überlegenheit der *Großproduktion* über die Kleinproduktion nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft wird durch unwiderlegliche Tatsachen bewiesen. Aber in der Landwirtschaft ist die Warenproduktion ungleich schwächer entwickelt, und die heutigen Statistiker und Ökonomen verstehen es gewöhnlich schlecht, jene besonderen Zweige (manchmal sogar einzelne Arbeiten) der Landwirtschaft herauszugreifen, in denen sich die fortschreitende Einbeziehung der Landwirtschaft in den *Austauschverkehr* der Weltwirtschaft ausdrückt. Der Kleinproduzent hält sich auf den Trümmern der Naturalwirtschaft nur durch außerordentliche Verschlechterung der Ernährung, durch chronisches Hungern, durch Verlängerung des Arbeitstags, durch Verschlechterung der Qualität des Viehs und der Viehhaltung, kurz, durch dieselben Mittel, mit deren Hilfe sich auch die Hausindustrie gegen die kapitalistische Manufaktur behauptete. Jeder Schritt vorwärts, den Wissenschaft und Technik machen, untergräbt unvermeidlich und unerbittlich die Grundlagen des Kleinbetriebs in der kapitalistischen Gesellschaft, und Aufgabe der sozialistischen Ökonomie ist es, diesen Prozeß in allen seinen oft komplizierten und verworrenen Formen zu untersuchen und dem Kleinproduzenten die Unmöglichkeit nachzuweisen, sich unter dem Kapitalismus zu behaupten, ihm die Ausweglosigkeit der Bauernwirtschaft unter dem Kapitalismus, die Notwendigkeit des Übergangs des Bauern auf den Standpunkt des Proletariers zu zeigen. Die Revisionisten sündigten in dieser Frage in wissenschaftlicher Beziehung durch oberflächliche Verallgemeinerung einseitig herausgegriffener Tatsachen, die sie aus ihrem Zusammenhang mit der ganzen kapitalistischen Ordnung herausrissen, in politischer Beziehung dadurch, daß sie unvermeidlich, bewußt oder unbewußt, den Bauern auf den Eigentümerstandpunkt (d. h. auf den Standpunkt der Bourgeoisie) lockten oder stießen, statt ihn auf den Standpunkt des revolutionären Proletariers zu drängen.

Mit der Krisen- und Zusammenbruchstheorie war es beim Revisionismus noch schlechter bestellt. Nur ganz kurzsichtige Leute konnten – und nur für ganz kurze Zeit – unter dem Einfluß einiger Jahre des indu-

striellen Aufschwungs und der Prosperität an eine Umgestaltung der Grundlagen der Marxschen Lehre denken. Daß die Krisen sich noch lange nicht überlebt haben, zeigte die Wirklichkeit den Revisionisten sehr rasch: Auf die Prosperität folgte die Krise. Die Formen, die Aufeinanderfolge, das Bild der einzelnen Krisen wandelten sich, doch die Krisen blieben ein unvermeidlicher Bestandteil der kapitalistischen Ordnung. Die Kartelle und Trusts, die die Produktion konzentrierten, steigerten zugleich vor aller Augen die Anarchie der Produktion, die Existenzunsicherheit des Proletariats und den Druck des Kapitals und verschärften so in noch nie dagewesenem Maße die Klassengegensätze. Daß der Kapitalismus dem Zusammenbruch entgegengeht – im Sinne einzelner politischer und ökonomischer Krisen wie im Sinne des völligen Zusammenbruchs der ganzen kapitalistischen Ordnung –, das haben gerade die neuesten Riesentrusts mit besonderer Anschaulichkeit und in besonders großem Ausmaß bewiesen. Die jüngste Finanzkrise in Amerika, die erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit in ganz Europa, ganz abgesehen von der herannahenden Krise der Industrie, auf die viele Anzeichen hindeuten – dies alles hatte zur Folge, daß die erst vor kurzem aufgestellten „Theorien" der Revisionisten von aller Welt und, wie es scheint, sogar von vielen Revisionisten selbst vergessen wurden. Nur darf man die Lehren nicht vergessen, die diese intelligenzlerische Wankelmütigkeit der Arbeiterklasse erteilt hat.

Hinsichtlich der Werttheorie ist nur zu sagen, daß die Revisionisten hier, außer höchst unklaren Andeutungen und Anspielungen auf Böhm-Bawerk, rein gar nichts geleistet und daher in der Entwicklung des wissenschaftlichen Denkens keinerlei Spuren hinterlassen haben.

Auf dem Gebiet der Politik hat der Revisionismus versucht, nun wirklich die Grundlage des Marxismus, nämlich die Lehre vom Klassenkampf, zu revidieren. Politische Freiheit, Demokratie, allgemeines Wahlrecht entzögen dem Klassenkampf den Boden, sagte man uns, und dadurch werde der alte Satz des „Kommunistischen Manifests": die Arbeiter haben kein Vaterland – unrichtig. In der Demokratie dürfe man, da ja der „Wille der Mehrheit" herrsche, weder den Staat als Organ der Klassenherrschaft betrachten noch auf Bündnisse mit der fortschrittlichen, sozialreformerischen Bourgeoisie gegen die Reaktionäre verzichten.

Unbestreitbar liefen diese Einwände der Revisionisten auf ein ziemlich

geschlossenes System von Anschauungen hinaus – nämlich auf die längst bekannten bürgerlich-liberalen Anschauungen. Die Liberalen haben stets gesagt, Klassen und Klassenteilung würden durch den bürgerlichen Parlamentarismus aufgehoben, da unterschiedslos alle Bürger das Stimmrecht, das Recht der Mitwirkung an den Staatsgeschäften besäßen. Die ganze Geschichte Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die ganze Geschichte der russischen Revolution zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigt mit aller Deutlichkeit, wie widersinnig solche Ansichten sind. Unter der Freiheit des „demokratischen" Kapitalismus werden die ökonomischen Unterschiede nicht geringer, sondern größer und tiefer. Der Parlamentarismus beseitigt nicht das Wesen der allerdemokratischsten bürgerlichen Republiken als Organe der Klassenunterdrückung, sondern er enthüllt es. Dadurch, daß der Parlamentarismus dazu beiträgt, unvergleichlich größere Bevölkerungsmassen, als früher je an den politischen Ereignissen aktiv beteiligt waren, aufzuklären und zu organisieren, bereitet er nicht etwa die Beseitigung der Krisen und der politischen Revolutionen vor, sondern die äußerste Verschärfung des Bürgerkriegs während dieser Revolutionen. Die Pariser Ereignisse im Frühjahr 1871 und die russischen im Winter 1905 zeigten so klar wie noch niemals, wie unausbleiblich eine solche Verschärfung eintritt. Um die proletarische Bewegung niederzuwerfen, ging die französische Bourgeoisie, ohne auch nur einen Augenblick zu schwanken, ein Abkommen mit dem Feind der gesamten Nation ein, mit den fremdländischen Truppen, die ihr Vaterland verheert hatten. Wer die zwangsläufige innere Dialektik des Parlamentarismus und des bürgerlichen Demokratismus nicht begreift, die eine noch heftigere Austragung des Streites durch Massengewalt mit sich bringt als in früheren Zeiten, der wird niemals imstande sein, auf dem Boden dieses Parlamentarismus eine prinzipienfeste Propaganda und Agitation zu betreiben, die die Arbeitermassen tatsächlich auf eine siegreiche Beteiligung an solchem „Streit" vorbereitet. Die Erfahrungen der Bündnisse, Abkommen und Blocks mit dem sozialreformerischen Liberalismus im Westen und mit dem liberalen Reformismus (Kadetten) in der russischen Revolution haben überzeugend erwiesen, daß diese Abkommen das Bewußtsein der Massen nur abstumpfen und die wirkliche Bedeutung ihres Kampfes nicht verstärken, sondern abschwächen, weil sie die Kämpfenden an die am wenigsten kampffähigen, an die wankelmütigsten

und am meisten verräterisch gesinnten Elemente binden. Der französische Millerandismus – der bedeutsamste Versuch, die revisionistische politische Taktik in breitem, wirklich nationalem Maßstab anzuwenden – hat zu einem praktischen Urteil über den Revisionismus geführt, das das Proletariat der ganzen Welt niemals vergessen wird.

Die natürliche Ergänzung der ökonomischen und politischen Tendenzen des Revisionismus bildete seine Stellung zum Endziel der sozialistischen Bewegung. „Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts" – dieses geflügelte Wort Bernsteins läßt das Wesen des Revisionismus besser erfassen als viele langatmige Ausführungen. Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignisse, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, die Grundinteressen des Proletariats, die Grundzüge der ganzen kapitalistischen Ordnung und die gesamte kapitalistische Entwicklung vergessen, diese Grundinteressen um wirklicher oder vermeintlicher Augenblicksvorteile willen opfern – darin besteht die revisionistische Politik. Und aus dem Wesen dieser Politik selbst geht augenfällig hervor, daß sie unendlich mannigfaltige Formen annehmen kann und daß jede irgendwie „neue" Frage, jede irgendwie unerwartete und unvorhergesehene Wendung der Ereignisse, selbst wenn diese Wendung die grundlegende Entwicklungslinie auch nur ganz unbedeutend und für allerkürzeste Zeit ändern würde, stets und unvermeidlich die eine oder andere Spielart des Revisionismus ins Leben rufen wird.

Die Unvermeidlichkeit des Revisionismus ist durch seine Klassenwurzeln in der modernen Gesellschaft bedingt. Der Revisionismus ist eine internationale Erscheinung. Für jeden einigermaßen erfahrenen und denkenden Sozialisten kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß das Verhältnis zwischen Orthodoxen und Bernsteinianern in Deutschland, Guesdisten und Jaurèsisten (jetzt besonders Broussisten) in Frankreich, zwischen der Sozialdemokratischen Föderation und der Unabhängigen Arbeiterpartei in England, zwischen de Brouckère und Vandervelde in Belgien, Integralisten und Reformisten in Italien, Bolschewiki und Menschewiki in Rußland im Grunde genommen überall von gleicher Art ist, trotz größter Mannigfaltigkeit der nationalen Bedingungen und der geschichtlichen Momente in der gegenwärtigen Situation aller dieser Länder. Die „Scheidung" innerhalb des heutigen internationalen Sozia-

lismus verläuft in den verschiedenen Ländern der Welt heute schon im Grunde genommen auf *einer* Linie und dokumentiert damit den gewaltigen Fortschritt gegenüber der Lage vor 30–40 Jahren, als sich in den verschiedenen Ländern innerhalb des einheitlichen internationalen Sozialismus verschiedenartige Tendenzen bekämpften. Und jener „Revisionismus von links", der heute in romanischen Ländern als „revolutionärer Syndikalismus"[12] auftritt, paßt sich ebenfalls dem Marxismus an, indem er ihn „korrigiert": Labriola in Italien, Lagardelle in Frankreich appellieren auf Schritt und Tritt vom falsch verstandenen an den richtig verstandenen Marx.

Wir können hier keine Analyse des ideologischen Inhalts *dieses* Revisionismus vornehmen, der bei weitem noch nicht zu solcher Entfaltung gelangt, noch nicht zu einer internationalen Erscheinung geworden ist wie der opportunistische Revisionismus und der in der Praxis noch keine einzige große Schlacht mit einer sozialistischen Partei auch nur eines Landes bestanden hat. Wir beschränken uns daher auf den oben umrissenen „Revisionismus von rechts".

Worin besteht seine Unvermeidlichkeit in der kapitalistischen Gesellschaft? Warum ist er tiefer als die Unterschiede in den nationalen Besonderheiten und in den verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalismus? Weil es in jedem kapitalistischen Land neben dem Proletariat immer auch große Schichten des Kleinbürgertums, der Kleineigentümer gibt. Der Kapitalismus entstand und entsteht immer wieder aus der Kleinproduktion. Eine ganze Anzahl von „Mittelschichten" wird vom Kapitalismus unausbleiblich immer wieder neu geschaffen (Anhängsel der Fabrik, Heimarbeit, kleine Werkstätten, die infolge der Bedürfnisse der Großindustrie, zum Beispiel der Fahrrad- und Automobilindustrie, über das ganze Land verstreut sind, usw.). Diese neuen Kleinproduzenten werden ebenso unausbleiblich wieder in die Reihen des Proletariats geschleudert. Es ist ganz natürlich, daß die kleinbürgerliche Weltanschauung in den großen Arbeiterparteien immer wieder zum Durchbruch kommt. Es ist ganz natürlich, daß es bis zu den Peripetien der proletarischen Revolution so sein muß und stets so sein wird; denn es wäre ein großer Fehler zu glauben, die „volle" Proletarisierung der Mehrheit der Bevölkerung sei notwendig, damit diese Revolution durchführbar werde. Was wir heute oft nur auf ideologischem Gebiet erleben: Auseinandersetzungen mit

theoretischen Korrekturen an Marx – was heute in der Praxis nur in einzelnen Teilfragen der Arbeiterbewegung zum Durchbruch kommt, als taktische Meinungsverschiedenheiten mit den Revisionisten und die Spaltungen auf dieser Grundlage –, das alles wird die Arbeiterklasse fraglos in noch viel größerem Maßstab durchzumachen haben, wenn die proletarische Revolution alle Streitfragen verschärfen, alle Meinungsverschiedenheiten auf Punkte von unmittelbarster Bedeutung für die Bestimmung der Haltung der Massen konzentrieren, wenn sie das Proletariat zwingen wird, im Feuer des Kampfes Feind von Freund zu scheiden und die schlechten Bundesgenossen von sich abzuschütteln, um entscheidende Schläge gegen den Feind führen zu können.

Der ideologische Kampf des revolutionären Marxismus gegen den Revisionismus am Ausgang des 19. Jahrhunderts bedeutete nur eine Vorstufe zu den großen revolutionären Schlachten des Proletariats, das trotz aller Schwankungen und Schwächen des Spießbürgertums dem vollen Sieg seiner Sache entgegenschreitet.

AUF AUSGETRETENEN PFADEN!

Die Beurteilung der russischen Revolution, d. h. ihrer ersten drei Jahre, steht auf der Tagesordnung. Ohne Klärung des Klassenwesens unserer politischen Parteien, ohne Berücksichtigung der Interessen und des Wechselverhältnisses der Klassen in unserer Revolution kann man in der Festlegung der nächsten Aufgaben und der Taktik des Proletariats keinen Schritt vorwärts tun. Im vorliegenden Artikel wollen wir das Augenmerk unserer Leser auf den Versuch einer solchen Analyse lenken.

In Nr. 3 des „Golos Sozial-Demokrata"[13] treten Th. Dan und G. Plechanow hervor – der erste mit einer systematischen Beurteilung der Ergebnisse der Revolution, der zweite mit zusammenfassenden Schlußfolgerungen hinsichtlich der Taktik der Arbeiterpartei. Das Urteil Dans läuft darauf hinaus, daß die Hoffnungen auf Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sich als Illusion herausstellen mußten. „Die Möglichkeit einer neuen, breit angelegten revolutionären Aktion des Proletariats ... ist weitgehend durch die Haltung der Bourgeoisie bedingt." „In seinen" (des neuen Aufstiegs) „ersten Etappen – bis der Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung das städtische Kleinbürgertum aufgerüttelt und die Entwicklung der städtischen Revolution die Brandfackel aufs Land getragen haben wird – werden Proletariat und Bourgeoisie allein als die politischen Hauptkräfte einander gegenüberstehen."

Die taktischen Schlußfolgerungen aus solchen „Wahrheiten" hat Dan offenkundig unterschlagen. Es war ihm offenbar peinlich niederzuschreiben, was sich aus seinen Worten von selbst ergibt, nämlich der Arbeiterklasse die bekannte Taktik der Menschewiki – Unterstützung der Bourgeoisie –

zu empfehlen (es sei erinnert an die Blocks mit den Kadetten, an die Unterstützung der Losung einer Kadettenregierung, an Plechanows Losung einer machtvollkommenen Duma usw.). Dafür ergänzte aber Plechanow die Ausführungen von Dan, indem er sein Feuilleton in Nr. 3 des „Golos Sozial-Demokrata" mit den Worten schloß: „Es wäre gut für Rußland gewesen, wenn die russischen Marxisten in den Jahren 1905/1906 es verstanden hätten, diese von Marx und Engels vor mehr als einem halben Jahrhundert in Deutschland begangenen Fehler" (nämlich die Unterschätzung der Entwicklungsfähigkeit des damaligen Kapitalismus und die Überschätzung der Fähigkeit des Proletariats zu revolutionärer Aktion) „zu vermeiden!"

Das ist so deutlich wie nur möglich. Dan und Plechanow versuchen ganz, ganz vorsichtig, ohne die Dinge direkt beim Namen zu nennen, die menschewistische Politik der Abhängigkeit des Proletariats von den Kadetten zu rechtfertigen. Betrachten wir also ihre „theoretische Begründung" dieses Unterfangens etwas näher.

Dan sieht die Dinge folgendermaßen: „Die Bauernbewegung" hängt ab „vom Wachstum und von der Entwicklung der städtischen Revolution in ihrer bürgerlichen und ihrer proletarischen Bahn". Deshalb folgte auf den Aufschwung der „städtischen Revolution" ein Aufschwung der Bauernbewegung, nach ihrem Abebben aber „verschärften sich erneut die durch den revolutionären Aufschwung unterdrückten inneren Gegensätze des Dorfes", und „die Agrarpolitik der Regierung, die Politik der Entzweiung der Bauern usw., begann einen relativen Erfolg zu haben". Daraus folgt der von uns schon angeführte Schluß, daß in den ersten Etappen des neuen Aufstiegs Proletariat und Bourgeoisie die politischen Hauptkräfte sein würden. „Diese Lage kann und muß" – Th. Dan zufolge – „vom Proletariat für eine solche Weiterentwicklung der Revolution ausgenutzt werden, die den *Ausgangspunkt* ihres neuen Aufschwungs weit hinter sich zurücklassen und zur völligen Demokratisierung der Gesellschaft im Zeichen (sic!*) einer radikalen (!!) Lösung der Agrarfrage führen wird."

Man vermag unschwer festzustellen, daß dieser ganze Gedankengang restlos auf einem *radikalen* Unverständnis für die Agrarfrage in unserer Revolution beruht und daß dieses Unverständnis sich nur mangelhaft

* so! *Die Red.*

hinter billigen und hohlen Phrasen von einer „völligen Demokratisierung" „im Zeichen" der „Lösung" der Frage zu verbergen sucht.

Th. Dan meint, daß die „Hoffnungen auf Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" von volkstümlerischen Vorurteilen abhängig waren und noch sind; sie seien auch dadurch bedingt, daß die inneren Gegensätze im Dorf und der individualistische Charakter der Bauernbewegung vergessen würden. Das sind die üblichen und längst allgemein bekannten menschewistischen Auffassungen. Aber wohl niemand hat bisher ihre Widersinnigkeit so kraß offenbart wie Th. Dan in dem in Frage stehenden Artikel. Der höchst ehrenwerte Verfasser hat es fertiggebracht, *nicht zu bemerken*, daß *beide* von ihm einander gegenübergestellten *„Lösungen"* der Agrarfrage dem „individualistischen Charakter der Bauernbewegung" entsprechen! In der Tat: die Stolypinsche Lösung, die nach Dan einen „relativen Erfolg" hatte, beruht auf dem Individualismus der Bauern. Das steht außer Zweifel. Und die andere Lösung, die Th. Dan eine „radikale" und mit der „völligen Demokratisierung der Gesellschaft" verbundene nennt? Sollte der werte Dan etwa glauben, daß sie *nicht* auf dem Individualismus der Bauern *beruht*?

Das ganze Übel liegt eben darin, daß die hohle Phrase von der „völligen Demokratisierung der Gesellschaft im Zeichen einer radikalen Lösung der Agrarfrage" bei Dan nur ein radikales Unverständnis verdeckt. Unbewußt, wie ein Blinder, *stößt* er auf zwei objektiv mögliche, von der Geschichte aber noch nicht endgültig auserwählte „Lösungen" der Agrarfrage, ohne sich klar und präzis Charakter und Bedingungen *beider* Lösungen vorstellen zu können.

Weshalb kann die Stolypinsche Agrarpolitik einen „relativen Erfolg" haben? Weil sich in unserer Bauernschaft infolge der kapitalistischen Entwicklung schon längst einander feindlich gegenüberstehende Klassen herausgebildet haben: die bäuerliche Bourgeoisie und das bäuerliche Proletariat. Ist ein voller Erfolg der Stolypinschen Agrarpolitik möglich, und was würde er bedeuten? Er ist möglich, wenn sich die Verhältnisse für Stolypin außergewöhnlich günstig gestalten, er bedeutet eine „Lösung" der Agrarfrage im bürgerlichen Rußland im Sinne der *endgültigen* (bis zur proletarischen Revolution währenden) Konsolidierung des Privateigentums am *gesamten* Grund und Boden, dem gutsherrlichen wie dem bäuerlichen. Das wäre eine „Lösung" vom *preußischen* Typus,

die die kapitalistische Entwicklung Rußlands wirklich gewährleistet, aber nur eine außerordentlich langsame Entwicklung, die dem Junker auf lange Zeit die Macht überlassen würde, eine Lösung, die für Proletariat und Bauernschaft tausendmal qualvoller wäre als die andere, objektiv *mögliche*, ebenfalls kapitalistische „Lösung der Agrarfrage".

Ohne sich hinreichend in die Sache zu vertiefen, nannte Dan diese zweite Lösung „radikal". Ein billiges Wörtchen, das auch nicht den Schimmer eines tieferen Gedankens enthält. Auch die Stolypinsche Lösung ist eine sehr radikale, da sie die alte Dorfgemeinde und die alte Agrarordnung Rußlands radikal zerstört. Der wirkliche Unterschied zwischen der *bäuerlichen* Lösung der Agrarfrage in der russischen bürgerlichen Revolution und der durch *Stolypin und die Kadetten* verfochtenen Lösung besteht darin, daß die erste das gutsherrliche Privateigentum am Grund und Boden unter allen Umständen abschafft und höchstwahrscheinlich auch das bäuerliche. (Auf diese besondere Frage des bäuerlichen Anteillandes wollen wir vorläufig nicht eingehen, denn Dans ganzer Gedankengang ist selbst vom Standpunkt unseres gegenwärtigen, auf die „Munizipalisierung" gerichteten Agrarprogramms falsch.)

Es fragt sich nun, ob diese zweite Lösung wirklich objektiv möglich ist? Sie ist es ohne Zweifel. Darin sind sich alle denkenden Marxisten einig, denn *andernfalls* wäre es reaktionäre Scharlatanerie, wollte das Proletariat das Streben der Kleinbesitzer nach Enteignung des Großgrundbesitzes unterstützen. Kein einziger Marxist würde in einem anderen kapitalistischen Land ein Programm aufstellen, das das Streben der *Bauern* nach Enteignung des Großgrundbesitzes unterstützt. In Rußland stimmen aber Bolschewiki und Menschewiki hinsichtlich der Notwendigkeit dieser Unterstützung überein. Warum? Weil für Rußland *objektiv* ein *anderer* Weg der kapitalistischen Agrarentwicklung möglich ist, nicht der „preußische", sondern der „amerikanische", nicht der gutsherrlich-bürgerliche (oder junkerliche), sondern der bäuerlich-bürgerliche.

Stolypin und die Kadetten, die Selbstherrschaft und die Bourgeoisie, Nikolaus II. und Peter Struve sind sich darin einig, daß die morsche Agrarordnung Rußlands auf kapitalistische Weise „bereinigt" werden muß, und zwar durch Beibehaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes. Uneinig sind sie sich nur in der Frage, wie er am besten aufrechterhalten werden kann und in welchem Maße dies geschehen soll.

Die Arbeiter und Bauern, Sozialdemokraten und Volkstümler (Trudowiki, Volkssozialisten und auch die Sozialrevolutionäre) sind sich darin einig, daß die morsche Agrarordnung Rußlands auf *kapitalistische Weise* „bereinigt" werden muß durch gewaltsame Vernichtung des gutsherrlichen Grundeigentums. Uneinig sind sie sich darin, daß die Sozialdemokraten den kapitalistischen Charakter jeder, auch der allerradikalsten Agrarrevolution, einer Munizipalisierung wie einer Nationalisierung, einer Sozialisierung wie einer Aufteilung des Bodens in Privateigentum in der heutigen Gesellschaft wohl begreifen, während die Volkstümler dies nicht begreifen wollen und ihren Kampf für die bäuerlich-bürgerliche Evolution in der Landwirtschaft gegen die gutsherrlich-bürgerliche Evolution mit spießbürgerlich-utopischen Phrasen von ausgleichender Bodenverteilung verbrämen.

Der ganze konfuse Gedankengang und die Ungereimtheiten Th. Dans kommen daher, daß er die ökonomische Grundlage der russischen bürgerlichen Revolution absolut nicht begriffen hat. Er hat *„nicht bemerkt"*, daß hinter den Meinungsverschiedenheiten des marxistischen und des kleinbürgerlichen Sozialismus in Rußland in der Frage des ökonomischen Inhalts und der Bedeutung des um den Grund und Boden geführten Kampfes der Bauernmassen in der gegenwärtigen Revolution der Kampf der wirklichen gesellschaftlichen Kräfte für den einen oder den andern Weg der objektiv möglichen kapitalistischen Evolution in der Landwirtschaft steht. Und dieses völlige Unverständnis verdeckte er durch Phrasen über Stolypins „relativen Erfolg" und über „völlige Demokratisierung der Gesellschaft im Zeichen einer radikalen Lösung der Agrarfrage".

In Wirklichkeit steht die Agrarfrage in Rußland heute folgendermaßen: Um einen Erfolg der Stolypinschen Politik zu sichern, bedarf es vieler Jahre gewaltsamer Unterdrückung und der Ruinierung einer Masse von Bauern, die nicht gewillt sind, Hungers zu sterben und sich aus ihren Dörfern aussiedeln zu lassen. Die Geschichte kennt Beispiele für den *Erfolg* einer solchen Politik. Es wäre eine hohle und dumme demokratische Phrase, wollten wir sagen, daß in Rußland der Erfolg einer solchen Politik „unmöglich" sei. Er ist möglich! Unsere Aufgabe besteht aber darin, dem Volke klar vor Augen zu führen, um welchen Preis ein solcher Erfolg erkauft wird, und uns mit allen Kräften für den anderen, kürzeren

und schnelleren Weg der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft – *den Weg über* die Bauernrevolution – einzusetzen. Eine Bauernrevolution unter Führung des Proletariats ist in einem kapitalistischen Land schwer, sehr schwer; sie ist aber möglich, und man muß für sie kämpfen. Drei Jahre Revolution haben uns und das ganze Volk nicht nur gelehrt, daß man für sie kämpfen muß, sondern auch, wie man kämpfen muß. Keine menschewistischen Listen und Schliche in der Frage der Unterstützung der Kadetten werden diese Lehren der Revolution aus dem Bewußtsein der Arbeiter ausmerzen können.

Weiter. Was aber, wenn die Stolypinsche Politik, trotz des Kampfes der Massen, genügend lange betrieben werden kann, um einen Erfolg des „preußischen" Weges zu gewährleisten? Dann würde die Agrarordnung Rußlands ganz und gar bürgerlich werden, die Großbauern würden sich fast das gesamte Anteilland aneignen, die Landwirtschaft würde kapitalistisch werden, und weder eine radikale noch eine nichtradikale „Lösung" der Agrarfrage wäre unter der Herrschaft des *Kapitalismus* möglich. Dann würden die gewissenhaften Marxisten jegliches „Agrarprogramm" unumwunden und offen fallenlassen und den Massen sagen: Die Arbeiter haben alles getan, was sie konnten, um Rußland nicht den junkerlichen, sondern den amerikanischen Kapitalismus zu sichern. Jetzt aber rufen euch die Arbeiter zur sozialen Revolution des Proletariats auf, da es *nach* der „Lösung" der Agrarfrage im Sinne Stolypins *eine andere* Revolution, die die ökonomischen Lebensbedingungen der bäuerlichen Massen ernstlich verändern könnte, *nicht mehr geben kann.*

So und nicht anders steht es um die Frage des Wechselverhältnisses zwischen bürgerlicher und sozialistischer Revolution in Rußland, eine Frage, die Dan in der deutschen Wiedergabe seines russischen Artikels besonders konfus dargestellt hat. („*Die Neue Zeit*"[14] Nr. 27.)

Auch auf dem Boden des stolypinisch-kadettischen Weges zur Lösung der Agrarfrage sind bürgerliche Revolutionen in Rußland möglich, ja unvermeidlich. Aber in *solchen* Revolutionen kann, wie in den französischen Revolutionen der Jahre 1830 und 1848, von einer „völligen Demokratisierung der Gesellschaft im Zeichen einer radikalen Lösung der Agrarfrage" überhaupt nicht gesprochen werden. Oder vielmehr: In solchen Revolutionen werden nur spießbürgerliche *Quasi*-Sozialisten von einer „Lösung" (besonders einer „radikalen") der Agrarfrage schwätzen,

die für ein Land, in dem sich der Kapitalismus einmal konstituiert hat, bereits gelöst ist.

Aber in Rußland hat sich die kapitalistische Agrarordnung bei weitem noch nicht konsolidiert. Dies ist nicht nur für uns, Bolschewiki wie Menschewiki, klar, nicht nur für Leute, die mit der Revolution sympathisieren und ihren neuen Aufschwung herbeisehnen – es ist selbst für solche konsequenten, bewußten und unverhüllten Feinde der Revolution und Freunde des Schwarzhunderterzarismus, wie Herrn Peter Struve, klar. Wenn er aus vollem Halse nach einem Bismarck, nach einer Umwandlung der Reaktion in eine Revolution von oben „schreit", so darum, weil Struve bei uns *keinen* Bismarck und *keine* Revolution von oben zu entdecken vermag. Struve begreift sehr gut, daß man mit der Stolypinschen Reaktion und tausend Galgen allein ein gutsherrlich-bürgerliches, stabiles Rußland des Knechts nicht schaffen kann. Dazu braucht man etwas anderes, dazu bedarf es so etwas wie der (und sei es auch nur Bismarckschen) Lösung der nationalen historischen Aufgaben, der Vereinigung Deutschlands, der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Stolypin aber kann nur Dumbadse mit den Helden des Rigaer Museums vereinigen.[15] Er *muß* sogar das von Witte im Gesetz vom 11. Dezember 1905 gewährte Wahlrecht rückgängig machen![16] Statt durch den Danschen „relativen Erfolg" der Agrarpolitik zufriedengestellte Bauern zu haben, muß sich Stolypin sogar von den Bauernabgeordneten der III. Duma „trudowikische" Forderungen anhören!

Wie soll Peter Struve unter solchen Umständen nicht „aus vollem Halse schreien", stöhnen und heulen, wenn er klar erkennen muß, daß eine anständige, bescheidene, gemäßigte, manierliche, gut zurechtgemachte und dauerhafte „Konstitution" bei uns *nicht herauskommt*, einfach noch immer nicht herauskommt!

Struve weiß ganz genau, wohin ihn sein Weg führt. Th. Dan aber hat in drei Jahren Revolution nichts gelernt und nichts vergessen. Immer noch will er, wie von Blindheit geschlagen, das Proletariat unter die Fittiche der Herren Struve zerren. Noch immer leiert er die alten reaktionären menschewistischen Redensarten herunter, daß Bourgeoisie und Proletariat bei uns die „politischen Hauptkräfte" sein könnten ... gegen wen denn, Verehrtester? Gegen Gutschkow? Gegen die Monarchie?

Zu welch unglaublicher Schönfärberei der Liberalen sich Dan dabei

versteigt, zeigt sein deutscher Artikel. Er schämt sich nicht einmal, dem deutschen Publikum zu erzählen, das städtische Kleinbürgertum habe bei den Wahlen zur III. Duma „progressive Wahlmänner" (lies: Kadetten) gewählt, während die Bauern bis zu 40 Prozent ausgesprochen reaktionäre Wahlmänner gewählt hätten! Ein Hoch auf die „progressiven" Miljukow und Struve, die Stolypin Beifall klatschen! Ein Hoch auf das Bündnis der Dan mit den Miljukow gegen die „reaktionären" Bauern, die in der III. Duma einen Trudowiki-Geist an den Tag legen!

Und Plechanow verfälscht Engels im Sinne der gleichen reaktionären menschewistischen Theorien. Engels sagte, Marx' Taktik im Jahre 1848 sei *richtig* gewesen, nur sie allein habe dem Proletariat richtige, dauerhafte, unvergeßliche Lehren erteilt. Engels sagte, diese Taktik sei, *obwohl* sie die einzig richtige war, an der ungenügenden Vorbereitung des Proletariats und unzureichenden Reife des Kapitalismus gescheitert.[17] Plechanow aber legt Engels – diesem zum Hohn und zum größten Gaudium der Bernstein und Streltzow[18] – so aus, als hätte dieser Marx' Taktik „bereut", als hätte er sie später für falsch erklärt und einer Taktik der Unterstützung der deutschen Kadetten den Vorzug gegeben!

Vielleicht erzählt uns G. Plechanow nächstens, daß Engels hinsichtlich der Aufstände von 1849 der Meinung war, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen"!

Marx und Engels lehrten das Proletariat eine revolutionäre Taktik, eine Taktik der Fortentwicklung des Kampfes bis zu den höchsten Formen, eine Taktik, die die Bauernschaft um das Proletariat, nicht aber das Proletariat um die liberalen Verräter gruppiert.

„Proletari" Nr. 29,
16. (29.) April 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

EIN BLOCK DER KADETTEN MIT DEN OKTOBRISTEN?

Ein Privattelegramm aus Petersburg an die „Frankfurter Zeitung"[19] vom 1. (14.) April meldet: „Seit Ende März werden geheime Verhandlungen zwischen den Oktobristen, den gemäßigten Rechten, den Kadetten und der Partei der friedlichen Erneuerung[20] geführt über die Möglichkeit, einen *Block* zu bilden. Die Idee geht von den Oktobristen aus, die nicht mehr auf die Unterstützung der äußersten Rechten rechnen können. Letztere, die besonders wegen der Interpellation über General Dumbadse gegen die Oktobristen aufgebracht sind, wollen mit der Opposition gegen das Zentrum stimmen, was die Arbeit der Duma erschweren würde, denn die Vereinigung der äußersten Rechten mit der Opposition ergibt 217 Stimmen gegen 223 Stimmen des Zentrums und der gemäßigten Rechten. Die erste Verhandlung (über den Block), an der 30 proportional gewählte Vertrauensmänner teilnahmen, fand am 12. April (30. März alten Stils) statt, verlief jedoch resultatlos, und es wurde eine neue Beratung im Laufe der nächsten Woche beschlossen."

Wieweit diese Nachricht richtig ist, wissen wir nicht. Jedenfalls aber ist das Schweigen der russischen Presse kein Beweis für das Gegenteil, und wir halten es für notwendig, unsere Leser über diese Mitteilung der ausländischen Presse zu informieren.

In prinzipieller Hinsicht ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß solche Geheimverhandlungen geführt werden. Durch ihre ganze politische Geschichte – vom Besuch Struves bei Witte im November 1905 bis zu den hinter den Kulissen mit Trepow und Co. geführten Verhandlungen im Sommer 1906[21] usw. usf. – haben die Kadetten *bewiesen*, daß das Wesen ihrer Taktik darin besteht, über die Hintertreppe zu den Macht-

haben zu laufen. Doch selbst wenn die Nachricht von diesen Verhandlungen sich als falsch herausstellen sollte, bleibt unbezweifelbar, daß in der III. Duma zwischen Kadetten und Oktobristen *faktisch* ein stillschweigender Block auf Grundlage einer Rechtsschwenkung der Kadetten *besteht*. Eine ganze Reihe von Abstimmungen der Kadetten in der III. Duma beweist das unwiderleglich – ganz abgesehen vom Inhalt der Reden der Kadetten und vom Charakter ihres politischen Auftretens.

In der III. Duma gibt es *zwei* Mehrheiten, sagten wir bereits vor ihrem Zusammentritt (siehe „Proletari" und die Resolution der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR vom November 1907)*. Wir haben bereits damals nachgewiesen, daß, wer vor der Anerkennung dieser Tatsache und vor allem *vor der klassenmäßigen* Charakterisierung *der kadettisch-oktobristischen* Mehrheit zurückscheut (wie es die Menschewiki taten), sich ans Gängelband des bürgerlichen Liberalismus hängt.

Die Klassennatur der Kadetten offenbart sich immer deutlicher: wer es 1906 nicht sehen wollte, den werden die Tatsachen zwingen, es heute *einzusehen* oder aber ganz und gar zum Opportunismus abzugleiten.

„Proletari" Nr. 29,
16. (29.) April 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 116–126 und 138–140. *Die Red.*

ZUR EINSCHÄTZUNG DER RUSSISCHEN REVOLUTION[22]

In Rußland werde jetzt niemand mehr daran denken, eine Revolution nach Marx zu machen. So oder ungefähr so verkündete kürzlich eine liberale, ja fast demokratische, ja fast sozialdemokratische (menschewistische) Zeitung, die „Stolitschnaja Potschta"[23]. Man muß den Autoren dieses Ausspruchs Gerechtigkeit widerfahren lassen: Sie haben es verstanden, das *Wesen* jener politischen Stimmung von heute und jener Einstellung zu den Lehren unserer Revolution, die in weitesten Kreisen der Intellektuellen, der halbgebildeten Spießbürger und wohl auch in vielen Schichten des gänzlich ungebildeten Kleinbürgertums zweifellos herrscht, richtig zu erfassen.

In diesem Ausspruch äußert sich der Haß nicht nur gegen den Marxismus überhaupt mit seiner unbeugsamen Überzeugung von der revolutionären Mission des Proletariats und seiner bedingungslosen Bereitschaft, jede revolutionäre Bewegung der breiten Massen zu unterstützen, den Kampf zu verschärfen und ihn zu Ende zu führen. Nein. In dieser Äußerung prägt sich auch der Haß aus gegen jene Kampf- und Aktionsmethoden, gegen jene Taktik, die erst *vor ganz kurzer Zeit* in der *Praxis* der russischen Revolution in *Aktion* erprobt worden sind. All die Siege – oder, richtiger, Halb- und Viertelsiege –, die unsere Revolution errungen hat, sind ausschließlich dem unmittelbaren revolutionären Ansturm des Proletariats zu verdanken, das den nichtproletarischen Elementen der werktätigen Bevölkerung voranging. Alle Niederlagen sind durch das Nachlassen dieses Ansturms bedingt, hängen mit einer Taktik zusammen, die sich von ihm abwendet, die darauf berechnet ist, daß er nicht da ist, und manchmal (bei den Kadetten) sogar direkt auf seine Beseitigung abzielt.

Heute, zu einer Zeit, da die Konterrevolution zügellos wütet, paßt sich der Spießer feige den neuen Herrschern an, macht er sich lieb Kind bei den neuen Eintagsmachthabern, sagt er sich vom alten los und sucht es zu vergessen, will er sich selbst und anderen einreden, es falle in Rußland niemandem mehr ein, eine Revolution nach Marx zu machen, niemand denke mehr an „Diktatur des Proletariats" *und so weiter.*

Auch in anderen bürgerlichen Revolutionen hatte der physische Sieg der alten Macht über das aufständische Volk stets Verzagtheit und Zerfall in weiten Kreisen der „gebildeten" Gesellschaft zur Folge. Doch in jenen bürgerlichen Parteien, die für die Freiheit tatsächlich gekämpft, in wirklich revolutionären Ereignissen eine einigermaßen bedeutsame Rolle gespielt hatten, waren stets Illusionen vorhanden, denen entgegengesetzt, die heute unter den intellektuellen Spießern in Rußland herrschen. Es waren dies Illusionen eines unausbleiblichen, sofortigen *und* vollen Sieges der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", Illusionen über eine nicht etwa bürgerliche, sondern eine allgemein menschliche Republik, die Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen bringen werde. Es waren dies Illusionen über das Nichtvorhandensein jeglichen Klassenhaders innerhalb des von Monarchie und mittelalterlichem Regime unterdrückten Volkes, Illusionen über die Unmöglichkeit, eine „Idee" mit roher Gewalt niederzuzwingen, Illusionen über den absoluten Gegensatz zwischen dem überlebten Feudalismus einerseits und der neuen freien, demokratischen, republikanischen Ordnung anderseits, deren bürgerlichen Charakters man sich überhaupt nicht bewußt war oder den man nur höchst unklar erkannte.

Daher mußten die Vertreter des Proletariats, die sich zum Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus durchgerungen hatten, in den konterrevolutionären Perioden (so z. B. im Jahre 1850 Marx und Engels) gegen die Illusionen der bürgerlichen Republikaner ankämpfen, gegen die idealistische Auffassung von den Traditionen und vom Wesen der Revolution, gegen oberflächliche Phrasen, die an die Stelle ernster konsequenter Arbeit unter einer bestimmten Klasse getreten waren.[24] Bei uns liegen die Dinge umgekehrt: Wir sehen keine Illusionen primitiver republikanischer Einstellung, die sich der dringenden Aufgabe der weiteren revolutionären Arbeit unter neuen, veränderten Bedingungen hemmend

in den Weg stellen könnten. Wir sehen keine *übertriebene* Einschätzung der Republik, keine Umwandlung jener notwendigen Losung des Kampfes gegen Feudalismus und Monarchie in die Losung jeglichen Befreiungskampfes aller Werktätigen und Ausgebeuteten überhaupt. Die Sozialrevolutionäre und die ihnen verwandten Gruppen, die *ähnliche* Ideen großzüchteten, blieben ein kleines Häuflein, und die Zeitspanne von drei revolutionären Sturmjahren (1905–1907) brachte ihnen statt großen Enthusiasmus für die Republik eine neue Partei des *opportunistischen* Spießertums – die Partei der Volkssozialisten –, ein neues Erstarken des antipolitischen Aufwieglergeistes und des Anarchismus.

Im kleinbürgerlichen Deutschland traten bereits am Tage nach dem ersten Ansturm der Revolution von 1848 die Illusionen der kleinbürgerlichen republikanischen Demokratie deutlich zutage. Im kleinbürgerlichen Rußland äußerten sich am Tage nach dem Ansturm der Revolution von 1905 deutlich und äußern sich noch immer die Illusionen des kleinbürgerlichen Opportunismus, der ein Kompromiß ohne Kampf erhoffte, sich vor dem Kampf fürchtete, sich nach der ersten Niederlage beeilte, seine Vergangenheit zu verleugnen, und die Atmosphäre in der Öffentlichkeit durch seinen Kleinmut, seine Verzagtheit und sein Renegatentum verpestete.

Es ist klar, daß dieser Unterschied dem Unterschied in der sozialen Ordnung und in den historischen Begleitumständen beider Revolutionen entspringt. Dabei geht es nicht darum, daß die Masse der kleinbürgerlichen Bevölkerung in Rußland in minder scharfem Gegensatz zur alten Ordnung stünde. Gerade umgekehrt: Unsere Bauernschaft hat bereits in der ersten Periode der russischen Revolution eine ungleich stärkere, bestimmtere, politisch bewußtere Agrarbewegung geschaffen als die Bauernbewegungen in allen vorangegangenen bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts. Es handelt sich darum, daß jene Schicht, die in Europa den Kern der revolutionären Demokratie bildete – das städtische Zunfthandwerk, die städtische Bourgeoisie und das Kleinbürgertum –, in Rußland zum konterrevolutionären Liberalismus abschwenken *mußte*. Das Klassenbewußtsein des Schulter an Schulter mit der internationalen Armee der sozialistischen Umwälzung in Europa marschierenden sozialistischen Proletariats, die überaus starke revolutionäre Gesinnung des Bauern, der durch den jahrhundertelangen Druck der Fronherren zur

Verzweiflung getrieben und zur Forderung nach Konfiskation des gutsherrlichen Bodens gebracht wurde – all diese Umstände stießen den russischen Liberalismus in weit höherem Maße als den europäischen der Konterrevolution in die Arme. Der russischen Arbeiterklasse erwuchs daher mit besonderem Nachdruck die Aufgabe, die Traditionen des revolutionären Kampfes, von dem sich die Intellektuellen und das Kleinbürgertum so eilig lossagen, zu bewahren, sie weiterzuentwickeln und zu festigen, sie dem Bewußtsein der breiten Volksmassen einzuprägen und sie weiterzutragen bis zum nächsten Aufschwung der unvermeidlichen demokratischen Bewegung.

Diese Linie wird ganz spontan von den Arbeitern selbst verfolgt. Zu leidenschaftlich haben sie den großen Oktober- und Dezemberkampf erlebt, zu klar haben sie die Veränderung ihrer Lage *einzig* im Zusammenhang mit diesem unmittelbar revolutionären Kampf gesehen. Sie sagen heute alle, wie jener Weber – oder fühlen zumindest gleich ihm –, der in einem Brief an sein Gewerkschaftsorgan erklärte: Die Unternehmer haben uns unsere Errungenschaften geraubt, die Meister verhöhnen uns ganz wie früher, aber *wartet nur, das Jahr 1905 kommt wieder!*

Wartet nur, das Jahr 1905 kommt wieder! Das ist die Meinung der Arbeiter. Ihnen bot dieses Jahr des Kampfes ein Schulbeispiel dafür, *was zu tun ist.* Für die Intellektuellen aber und für die abtrünnig gewordenen Spießer ist dieses Jahr ein „tolles Jahr", ein Beispiel dafür, *was man nicht tun soll.* Für das Proletariat muß die Durcharbeitung und kritische Aneignung der Erfahrungen der Revolution darin bestehen, zu lernen, die *damaligen* Kampfmethoden *erfolgreicher* anzuwenden, um den Streikkampf vom Oktober und den bewaffneten Kampf vom Dezember umfassender, konzentrierter, bewußter zu gestalten. Für den konterrevolutionären Liberalismus, der die übergelaufenen Intellektuellen am Gängelband führt, muß die Aneignung der Erfahrungen der Revolution darin bestehen, sich für immer vom „naiven" Draufgängertum des „wilden" Massenkampfes zu befreien und diesen durch „kultivierte, zivilisierte", *verfassungsmäßige* Arbeit auf dem Boden des Stolypinschen „Konstitutionalismus" zu ersetzen.

Jedermann spricht heute davon, daß man die Erfahrungen der Revolution kritisch überprüfen und sich aneignen müsse. Davon reden Liberale

wie Sozialisten, Opportunisten und revolutionäre Sozialdemokraten. Doch nicht alle begreifen, daß die verschiedenen Rezepte für die Aneignung der revolutionären Erfahrungen sich gerade zwischen den beiden *dargelegten* Gegensätzen bewegen. Nicht alle stellen klar die Frage: Sind es die Erfahrungen des revolutionären Kampfes, die wir uns aneignen und zu deren Aneignung durch die Massen im Interesse eines hartnäckigeren, zäheren und entschlosseneren Kampfes wir beitragen müssen, oder sind es die „Erfahrungen" des kadettischen Verrats an der Revolution, die angeeignet und in die Massen getragen werden sollen?

Karl Kautsky behandelt diese Frage unter ihrem grundlegenden theoretischen Aspekt. In der zweiten Auflage seiner bekannten, in alle europäischen Hauptsprachen übersetzten Arbeit „Die soziale Revolution" nahm er verschiedene, die Erfahrungen der russischen Revolution betreffende Ergänzungen und Abänderungen vor. Das Vorwort zur zweiten Auflage ist vom Oktober 1906 datiert. Folglich stand dem Verfasser bereits Material nicht nur über die „Sturm- und Drangperiode" von 1905 zur Verfügung, sondern auch über die Hauptereignisse der „Kadettenperiode" unserer Revolution, über die Zeit der allgemeinen (fast allgemeinen) Begeisterung für die Wahlsiege der Kadetten und für die erste Duma.

Welche Fragen aus den Erfahrungen der russischen Revolution erachtete Kautsky für wichtig und grundlegend oder zumindest für bedeutsam genug, um einem Marxisten, der die „Formen und Waffen der sozialen Revolution" *überhaupt* untersucht (so lautet der Titel des 7. Abschnitts von Kautskys Arbeit, d. h. gerade desjenigen Abschnitts, der auf Grund der Erfahrungen von 1905 und 1906 ergänzt wurde), *neues* Material zu liefern?

Der Verfasser wählte zwei Fragen:

Erstens, die klassenmäßige Zusammensetzung der Kräfte, die *fähig* sind, in der russischen Revolution zu siegen, sie zu einer wirklich siegreichen Revolution zu machen.

Zweitens, die Bedeutung der von der russischen Revolution herausgebildeten – hinsichtlich ihrer revolutionären Energie und ihres offensiven Charakters – höchsten Formen des Massenkampfes, nämlich des Dezemberkampfes, d. h. des bewaffneten Aufstands.

Jeder Sozialist (und besonders Marxist), der die Ereignisse der russischen Revolution einigermaßen gründlich und aufmerksam studiert, wird zugeben müssen, daß dies wirklich grundlegende, ausschlaggebende Fragen sind für die Beurteilung sowohl der russischen Revolution als auch der taktischen Linie, die der Arbeiterpartei durch die gegenwärtige Situation diktiert ist. Wenn wir uns nicht völlig und klar Rechenschaft darüber geben, welche Klassen kraft der objektiven ökonomischen Bedingungen *fähig* sind, die russische bürgerliche Revolution siegreich zu gestalten, wird alles Reden über unser Bestreben, dieser Revolution zum Siege zu verhelfen, nur leeres Gerede, bloße demokratische Deklamation bleiben, wird unsere Taktik in der bürgerlichen Revolution unvermeidlich prinzipienlos und schwankend sein.

Anderseits liegt es auf der Hand, daß der bloße Hinweis auf die Klassen, die für die siegreiche Vollendung der Revolution zu *wirken* imstande sind, nicht genügt, um die Taktik der revolutionären Partei in den stürmischen Tagen der die ganze Nation umfassenden Krise konkret festzulegen. Revolutionäre Perioden unterscheiden sich eben dadurch von Zeiten der sogenannten friedlichen Entwicklung, von Zeiten, da die ökonomischen Bedingungen keine tiefen Krisen hervorrufen und keine starken Massenbewegungen zeitigen, daß in den ersten die *Formen* des Kampfes unausbleiblich *viel mannigfaltiger* sind und der direkte revolutionäre Kampf der Massen gegenüber der propagandistisch-agitatorischen Tätigkeit der Führer in Parlament, Presse usw. dominiert. Wenn wir uns daher bei der Beurteilung verschiedener revolutionärer Perioden nur auf die Bestimmung der Aktions*linie* der einzelnen Klassen beschränken, ohne gründlich auf die *Formen* ihres Kampfes einzugehen, so wird unsere Auffassung vom wissenschaftlichen Standpunkt aus unvollständig, undialektisch sein und vom praktisch-politischen Standpunkt aus in *unfruchtbares Räsonieren* ausarten (was denn auch, wollen wir in Parenthese bemerken, die Schriften des Gen. Plechanow über die Taktik der Sozialdemokratie in der russischen Revolution in der Tat zu neun Zehnteln sind).

Um die Revolution wirklich marxistisch, vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus zu beurteilen, muß man sie als Kampf lebendiger gesellschaftlicher Kräfte betrachten, die in bestimmte objektive Bedingungen versetzt sind, in bestimmter Weise wirken und mit größerem

oder geringerem Erfolg die einen oder anderen Kampfformen anwenden. Auf dem Boden einer solchen Analyse, und natürlich nur auf diesem Boden, ist für den Marxisten auch die Beurteilung der *technischen* Seite des Kampfes und seiner technischen Fragen durchaus angebracht, ja notwendig. Eine bestimmte Form des Kampfes anzuerkennen, die Notwendigkeit, ihre Technik zu erlernen, jedoch abzulehnen, wäre dasselbe, als würden wir es für notwendig erachten, uns an *bestimmten* Wahlen zu beteiligen, aber dabei das Gesetz, das für *diese* Wahlen eine bestimmte Wahltechnik vorschreibt, nicht berücksichtigen.

Nun zu der Antwort, die Kautsky auf die beiden oben gestellten Fragen gibt, Fragen, die bekanntlich im Laufe der *ganzen* Periode der Revolution, vom Frühjahr 1905, als der bolschewistische dritte Parteitag der SDAPR in London[25] und zu gleicher Zeit die menschewistische Konferenz in Genf in klar formulierten Resolutionen die prinzipiellen Grundlagen ihrer Taktik festlegten, bis zum Londoner Parteitag der vereinigten SDAPR vom Frühjahr 1907[26], unter den russischen Sozialdemokraten sehr lange und heftige Diskussionen hervorgerufen haben.

Die erste Frage beantwortet Kautsky folgendermaßen: In Westeuropa, sagt er, bildet das Proletariat bereits die Masse der Bevölkerung. Daher bedeutet der Sieg der Demokratie im heutigen Europa die politische Herrschaft des Proletariats. „Das ist in Rußland mit seiner überwiegenden Bauernschaft nicht zu erwarten. Wohl ist auch dort ein Sieg der Sozialdemokratie in absehbarer Zeit nicht ausgeschlossen, aber er könnte nur das Werk einer Koalition von Proletariat und Bauernschaft sein." Und Kautsky folgert sogar, daß ein solcher Sieg ein mächtiger Anstoß für die proletarische Revolution in Westeuropa wäre.

Somit sehen wir, daß der Begriff „bürgerliche Revolution" noch nicht genügend die Kräfte bestimmt, die in einer solchen Revolution den Sieg davontragen können. Es sind bürgerliche Revolutionen möglich – und es hat tatsächlich solche gegeben –, in denen die Handels- oder die Handels- und Industriebourgeoisie die Haupttriebkraft bildete. Der Sieg solcher Revolutionen war möglich als Sieg einer entsprechenden Schicht der Bourgeoisie über ihre Gegner (etwa über den privilegierten Adel oder die absolute Monarchie). Anders verhält es sich in Rußland. Bei uns ist der Sieg der bürgerlichen Revolution *als Sieg der Bourgeoisie* unmöglich. Eine scheinbar paradoxe Behauptung, aber trotzdem richtig. Das

Überwiegen der bäuerlichen Bevölkerung, ihre furchtbare Unterdrückung durch den (halb-)feudalen Großgrundbesitz, die Kraft und das Bewußtsein des bereits in einer sozialistischen Partei organisierten Proletariats – alle diese Umstände verleihen *unserer* bürgerlichen Revolution einen *besonderen* Charakter. Diese Besonderheit hebt den bürgerlichen Charakter unserer Revolution nicht auf (wie es Martow und Plechanow in ihren mehr als verunglückten Bemerkungen über den Standpunkt Kautskys hinstellen wollten). Vielmehr bedingt diese Besonderheit nur den konterrevolutionären Charakter unserer Bourgeoisie und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft für den Sieg *in einer solchen* Revolution. Denn die „Koalition von Proletariat und Bauernschaft", die in einer bürgerlichen Revolution *siegt*, ist nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Diese Lage der Dinge bildet den Ausgangspunkt der taktischen Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie während der Revolution. Nur wenn man sie in Betracht zieht, kann man alle einzelnen Diskussionen (über die Unterstützung der Kadetten überhaupt, über den linken Block und seinen Charakter usw.), alle Kollisionen aus einzelnen Anlässen verstehen. Nur in dieser grundlegenden taktischen Meinungsverschiedenheit – keinesfalls aber in der „Aktionsmacherei" oder im „Boykottismus", wie unkundige Leute manchmal meinen, ist die *Quelle* der Differenzen zwischen Bolschewiki und Menschewiki in der ersten Periode der Revolution (1905–1907) zu suchen.

Man kann gar nicht genug betonen, wie notwendig es ist, diese Quelle unserer Meinungsverschiedenheiten mit aller Aufmerksamkeit zu ergründen und die Erfahrungen aus den beiden Dumas und aus dem unmittelbaren Kampf der Bauern *von diesem Standpunkt aus* zu untersuchen. Leisten wir diese Arbeit nicht *jetzt*, so werden wir beim nächsten Aufschwung der Bewegung auf taktischem Gebiet keinen Schritt tun können, ohne alte Diskussionen wiederaufleben zu lassen oder neue Fraktionskonflikte und inneren Parteizwist heraufzubeschwören. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Liberalismus und zur bäuerlich-bürgerlichen Demokratie muß an Hand der Erfahrungen aus der russischen Revolution festgelegt werden. Sonst gelangen wir zu keiner prinzipiellen, konsequenten proletarischen Taktik. Die „Koalition von

Proletariat und Bauernschaft" darf, nebenbei bemerkt, keinesfalls als Verschmelzung verschiedener Klassen oder als Verschmelzung der Parteien des Proletariats und der Bauernschaft aufgefaßt werden. Nicht nur eine Verschmelzung, sondern jedes auf längere Sicht getroffene Abkommen würde für die sozialistische Partei der Arbeiterklasse verderblich sein und den revolutionär-demokratischen Kampf *schwächen*. Die unvermeidlichen Schwankungen der Bauernschaft zwischen liberaler Bourgeoisie und Proletariat entspringen ihrer Klassenlage, und unsere Revolution hat dafür aus den verschiedensten Gebieten des Kampfes eine Menge von Beispielen erbracht (Boykott der Witteschen Duma; die Wahlen; die Trudowiki in der I. und in der II. Duma usw.). Nur wenn das Proletariat eine unbedingt selbständige Politik der Avantgarde der Revolution betreibt, wird es imstande sein, die Bauernschaft von den Liberalen abzuspalten, sie von ihrem Einfluß zu befreien, sie im Kampf zu führen und die „Koalition" auf diese Weise *faktisch* zu verwirklichen – eine Koalition dann und in dem Maße, wenn und soweit die Bauernschaft in revolutionärer Weise kämpft. Nicht durch Liebäugeln mit den Trudowiki, sondern durch schonungslose Kritik ihrer Schwächen und Schwankungen, durch Propagierung der Idee einer republikanischen und revolutionären Bauernpartei kann die „Koalition" von Proletariat und Bauernschaft, die auf den *Sieg* über die gemeinsamen Feinde – nicht aber auf Block- und Abkommenspielereien – abzielt, verwirklicht werden.

Der hier dargelegte besondere Charakter der russischen bürgerlichen Revolution hebt sie aus der Reihe der anderen bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit heraus, bringt sie aber den *großen* bürgerlichen Revolutionen der alten Zeit näher, in denen die Bauernschaft eine hervorragende revolutionäre Rolle gespielt hat. In dieser Hinsicht verdient der bedeutsame, gedankenreiche Aufsatz Friedrich Engels' „Über historischen Materialismus" (englische Einleitung zu „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", von Engels selbst ins Deutsche übersetzt und in der „Neuen Zeit", Jahrgang XI, 1892/93, Bd. I, veröffentlicht) höchste Beachtung. „Es ist sonderbar genug", sagt Engels: „In allen den drei großen bürgerlichen Revolutionen" (Reformation und Bauernkrieg in Deutschland im 16. Jahrhundert, englische Revolution im 17. Jahrhundert, französische Revolution im 18. Jahrhundert) „liefern die Bauern die Armee zum Schlagen, und die Bauern sind grade die Klasse, die nach

erfochtnem Sieg durch die ökonomischen Folgen dieses Siegs am sichersten ruiniert wird. Hundert Jahre nach Cromwell war die yeomanry" (die Bauernschaft) „Englands so gut wie verschwunden. Jedenfalls aber war es nur durch die Einmischung dieser yeomanry und des plebejischen Elements der Städte, daß der Streit bis auf die letzte Entscheidung durchgekämpft wurde und Karl I. aufs Schafott kam. Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein." An anderer Stelle des gleichen Aufsatzes weist Engels darauf hin, daß die französische Revolution „die erste" war, „die wirklich ausgekämpft wurde bis zur Vernichtung des einen Kombattanten, der Aristokratie, und zum vollständigen Sieg des andern, der Bourgeoisie".[27]

Beide historischen Beobachtungen oder Verallgemeinerungen von Engels wurden durch den Verlauf der russischen Revolution glänzend bestätigt. Bestätigt wurde, daß allein die Einmischung der Bauernschaft und des Proletariats, des „plebejischen Elements der Städte", die bürgerliche Revolution ernstlich voranzubringen vermag (kann für das Deutschland des 16. Jahrhunderts, für das England des 17. Jahrhunderts und für das Frankreich des 18. Jahrhunderts die Bauernschaft in den Vordergrund gestellt werden, so muß für das Rußland des 20. Jahrhunderts das Verhältnis unbedingt umgekehrt werden, denn ohne Initiative des Proletariats, ohne seine Führung ist die Bauernschaft nichts). Es hat sich ferner bestätigt, daß die Revolution ein *großes Stück* über ihre unmittelbaren, nächsten, bereits völlig herangereiften bürgerlichen Ziele hinausgeführt werden muß, sollen *diese* Ziele tatsächlich erreicht, sollen die minimalen bürgerlichen Errungenschaften ein für allemal fest verankert werden. Danach kann man beurteilen, wie verächtlich Engels die Achseln gezuckt hätte über die Spießerrezepte, die Revolution im voraus in einen rein bürgerlichen, eng bürgerlichen Rahmen zu zwängen, „damit die Bourgeoisie nicht abschwenke", wie die kaukasischen Menschewiki in ihrer Resolution von 1905 sagten, oder um eine „Garantie gegen die Restauration" zu schaffen, wie Plechanow in Stockholm meinte!

Die zweite Frage, die des Dezemberaufstands von 1905, wird von

Kautsky im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Broschüre behandelt. Er schreibt: „Ich kann heute nicht mehr mit der Bestimmtheit, wie ich es damals noch tat, erklären, daß bewaffnete Insurrektionen mit Barrikadenkämpfen in der kommenden Revolution keine entscheidende Rolle mehr spielen werden. Dagegen sprachen zu laut die Erfahrungen des Moskauer Straßenkampfes, wo sich eine Handvoll Menschen über eine Woche lang gegen eine ganze Armee im Barrikadenkampf behauptete und fast siegte, wenn nicht das Versagen der revolutionären Bewegung in anderen Städten erlaubt hätte, die Armee so zu verstärken, daß schließlich eine ungeheure Übermacht gegen die Insurgenten konzentriert war. Freilich war dieser relative Erfolg des Barrikadenkampfes nur möglich, weil die Bevölkerung der Stadt die Revolutionäre tatkräftig unterstützte und die Truppen total demoralisiert waren. Aber wer kann mit Bestimmtheit behaupten, daß etwas Derartiges in Westeuropa unmöglich sei?"

Also fast ein Jahr nach dem Aufstand, als nicht mehr das Bestreben maßgebend sein konnte, den Mut der Kämpfenden aufrechtzuerhalten, bezeichnet ein so vorsichtiger Forscher wie Kautsky den Moskauer Aufstand als „relativen Erfolg" des Barrikadenkampfes und hält es für notwendig, seine allgemeine Schlußfolgerung, die Rolle der Straßenkämpfe in den künftigen Revolutionen könne nicht mehr groß sein, zu revidieren.

Der Dezemberkampf 1905 hat *bewiesen*, daß der bewaffnete Aufstand unter den gegenwärtigen militärtechnischen und militärorganisatorischen Bedingungen siegen *kann*. Der Dezemberkampf hat gezeigt, daß die gesamte internationale Arbeiterbewegung von nun an mit der Wahrscheinlichkeit ähnlicher Kampfformen in den bevorstehenden proletarischen Revolutionen rechnen muß. Das sind die Folgerungen, die sich in Wirklichkeit aus den Erfahrungen unserer Revolution ergeben; das sind die Lehren, die die breiten Massen sich zu eigen machen müssen. Wie himmelweit entfernt sind diese Folgerungen und Lehren von der *Linie* Plechanows in seinem herostratisch berühmten Ausspruch über den Dezemberaufstand: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen." Was für eine Flut von Renegatenkommentaren wurde durch dieses Urteil entfesselt! Wieviel liberale Schmutzhände haben danach gegriffen, um spießbürgerlichen Korruptions- und Kompromißgeist in die Arbeitermassen zu tragen!

Das Urteil Plechanows enthält kein Gran historischer Wahrheit. Wenn Marx, der ein halbes Jahr vor der Kommune gesagt hat, ein Aufstand würde Torheit sein, dann dennoch diese „Torheit" als größte Massenbewegung des Proletariats im 19. Jahrhundert wertete, so müssen die russischen Sozialdemokraten mit tausendfach größerer Berechtigung jetzt die Überzeugung in die Massen tragen, daß der Dezemberkampf nach der Kommune die größte proletarische Bewegung gewesen ist, die ganz und gar notwendig und gerechtfertigt war. Die Arbeiterklasse Rußlands wird im Geiste dieser Auffassung erzogen werden – was immer manche Intellektuelle aus der Sozialdemokratie auch darüber reden und wie sehr sie sich auch darüber beklagen mögen.

In Anbetracht dessen, daß dieser Aufsatz für die polnischen Genossen geschrieben wird, dürfte hier eine Bemerkung notwendig sein. Leider kann ich nicht polnisch und kenne darum die polnischen Bedingungen nur vom Hörensagen. Leicht könnte man mir entgegenhalten, daß gerade in Polen die ganze Partei sich an ohnmächtigen Partisanenaktionen, am Terror und Feuerwerksgeprassel das Genick gebrochen hat, die alle gerade im Namen der Aufstandstraditionen und des gemeinsamen Kampfes des Proletariats und der Bauernschaft (die sogenannte PPS – „Prawica"[28]) erfolgten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die polnischen Verhältnisse von diesem Standpunkt aus tatsächlich von Grund auf von den Bedingungen des übrigen Rußlands unterscheiden. Darüber kann ich nicht urteilen. Ich muß jedoch bemerken, daß wir nirgends, außer in Polen, eine solche sinnlose Abweichung von der revolutionären Taktik gesehen haben, die eine begründete Ablehnung und den Kampf gegen sie herausfordert. Und hier drängt sich der Gedanke auf: Gerade in Polen hat es im Dezember 1905 nicht diesen bewaffneten Kampf der Massen gegeben! Und hat sich nicht gerade deshalb in Polen, und nur in Polen, die widernatürliche und sinnlose Taktik des Anarchismus, Revolution zu „machen", eingebürgert, weil die Bedingungen es dort nicht gestatteten – und sei es nur für einen kurzen Augenblick –, den bewaffneten Kampf der Massen zu entfalten? Ist die Tradition gerade *dieses* Kampfes, die Tradition des bewaffneten Dezemberaufstands, nicht manchmal das einzige ernsthafte Mittel zur Überwindung anarchistischer Tendenzen innerhalb der Arbeiterpartei – nicht mit Hilfe einer schablonenhaften, philiströsen, spießbürgerlichen Moral, sondern durch die Abkehr von der

zwecklosen, sinnlosen, zersplitterten Gewalt zur zielgerichteten Gewalt der Massen, die mit einer breiten Bewegung und mit der Verschärfung des unmittelbaren proletarischen Kampfes verbunden ist?

Die Frage der Einschätzung unserer Revolution ist keineswegs von nur theoretischer, sondern auch von ganz unmittelbar praktischer, aktueller Bedeutung. Unsere ganze Agitations-, Propaganda- und Organisationsarbeit steht gegenwärtig in unlöslichem Zusammenhang mit dem Prozeß der Aneignung der Lehren der drei großen Jahre durch die breitesten Massen der Arbeiterklasse und der halbproletarischen Bevölkerung. Wir können uns gegenwärtig nicht auf die bloße Erklärung (im Geiste der Resolutionen des X. Kongresses der PPS-„Lewica") beschränken, es sei gegenwärtig nicht möglich festzustellen, ob wir einer revolutionären Explosion entgegengehen oder ob ein Weg langwieriger, schrittweiser Entwicklung vor uns liege. Das kann natürlich heute keine Statistik der Welt feststellen. Selbstverständlich müssen wir unsere Arbeit so gestalten, daß sie von allgemeinem *sozialistischem* Geist und Inhalt erfüllt ist – was für schwere Prüfungen uns die Zukunft auch bereithalten mag. Das ist aber noch nicht alles. Dabei stehenbleiben hieße, der proletarischen Partei keinerlei praktische Anleitung zu geben vermögen. Wir müssen mit aller Entschiedenheit die Frage stellen und beantworten, in welcher Richtung wir nunmehr die Erfahrungen der drei Revolutionsjahre auswerten wollen.

Wir müssen zur Belehrung der Schwankenden und Mutlosen, zur Bloßstellung der Renegaten und der vom Sozialismus Abtrünnigen offen und laut erklären, daß die Arbeiterpartei im unmittelbaren revolutionären Kampf der Massen, im Oktober- und Dezemberkampf von 1905, die bedeutendsten Bewegungen des Proletariats nach der Kommune erblickt, daß nur in der Entwicklung solcher Kampfformen die Gewähr für die künftigen Erfolge der Revolution gegeben ist, daß uns diese Musterbeispiele des Kampfes bei der Heranbildung neuer Generationen von Kämpfern Leitstern sein müssen.

Leisten wir in dieser Richtung unsere tagtägliche Arbeit, stets dessen eingedenk, daß die Partei ihren vollen Einfluß auf das Proletariat im Jahre 1905 nur langen Jahren ernster und konsequenter Vorbereitungsarbeit zu verdanken hatte, so werden wir es erreichen können, daß die Arbeiterklasse – wie sich die Ereignisse auch entwickeln mögen, in welchem Tempo

sich die Zersetzung des Absolutismus auch vollziehen mag – immer mehr erstarken und zu einer bewußten, revolutionären sozialdemokratischen Kraft heranwachsen wird.

Veröffentlicht im April 1908
in der Zeitschrift
„Przegląd Socjaldemokratyczny" Nr. 2.
Unterschrift: N. Lenin.

In russischer Sprache
(Übersetzung aus dem Polnischen)
veröffentlicht am 10. (23.) Mai 1908
im „Proletari" Nr. 30.

Nach dem Text des „Proletari", verglichen mit dem Text der Zeitschrift.

KADETTEN DES ZWEITEN AUFGEBOTS

Die in der vorliegenden Nummer unter dem Titel „Wissenschaftliche Chronik" veröffentlichte Korrespondenz aus Rußland verdient die besondere Beachtung der Leser. Unmittelbar vor Erscheinen unserer Zeitung erhielten wir eine Bestätigung der Tatsachen, über die unser Korrespondent berichtet, und so müssen wir uns eingehender mit ihnen befassen.

Eine neue politische Organisation ist im Entstehen begriffen; in der gesellschaftlichen Bewegung ist eine gewisse neue Wendung zu beobachten. Elemente der bürgerlichen Demokratie, die „links von den Kadetten" stehen wollen und die Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu sich heranziehen, schließen sich zusammen. Es scheint, noch sehr unklar, die Erkenntnis durchzudringen, daß die kadettische Opposition in der dritten Duma ein verwesender Leichnam ist und daß man über ihren Kopf hinweg „etwas tun" müsse.

Das sind die Tatsachen. Sie zeichnen sich bei weitem noch nicht durch Bestimmtheit aus, aber es sind doch bereits Anzeichen für Erscheinungen, die vom Standpunkt der Lehren der ersten drei Revolutionsjahre aus begreiflich und unausbleiblich sind.

Die Kadetten des ersten Aufgebots sind im Sommer 1905 auf dem Schauplatz der Revolution erschienen. In nicht ganz drei Jahren sind sie dahingewelkt, ohne voll geblüht zu haben. Sie werden nunmehr von den Kadetten des zweiten Aufgebots abgelöst. Worin liegt der Sinn dieser Ablösung, und welche Aufgaben erwachsen daraus der Arbeiterpartei?

Die Kadetten des ersten Aufgebots lärmten auf den Banketten von 1904, sie betrieben die Semstwokampagne, sie brachten den einsetzenden gesellschaftlichen Aufschwung zum Ausdruck zu einer Zeit, da die Bezie-

hungen der Klassen zur Selbstherrschaft und zueinander noch keine feste Gestalt angenommen hatten, d. h. bevor der offene Kampf der Massen und die Politik der Klassen und nicht die von Grüppchen diese Beziehungen bestimmte. Die Kadetten vereinigten damals die verschiedenartigsten Elemente der bürgerlichen, der sogenannten gebildeten Gesellschaft, vom Gutsbesitzer, der weniger eine Verfassung als vielmehr einen guten Happen wollte, bis zur bediensteten, besoldeten Intelligenz. Die Kadetten gingen darauf aus, zwischen der „angestammten Macht", d. h. der Selbstherrschaft, und den kämpfenden Massen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu *vermitteln*. Die Deputation an den Zaren im Sommer 1905 war der Anfang dieser Kriecherei, denn auf eine andere Art von Vermittlung als Kriecherei verstehen sich die russischen Liberalen nicht. Seitdem gab es buchstäblich keine einzige einigermaßen bedeutsame Etappe der russischen Revolution, wo der bürgerliche Liberalismus nicht mit Hilfe derselben Methode tiefer Bücklinge vor der Selbstherrschaft und vor den Helfershelfern der erzreaktionären Gutsbesitzerclique „vermittelt" hätte. Im August 1905 bekämpfte er die revolutionäre Taktik des Boykotts der Bulyginschen Duma. Im Oktober 1905 gebar er die offen konterrevolutionäre Partei der Oktobristen; zur gleichen Zeit sandte er Peter Struve in Wittes Vorzimmer, predigte Mäßigung und Akkuratesse. Im November 1905 verurteilte er den Streik der Post- und Telegrafenangestellten und bedauerte die „Schrecken" der Soldatenaufstände. Im Dezember 1905 schmiegte er sich ängstlich an Dubassow[29], um schon tags darauf den „Wahnwitz der Anarchie" zu brandmarken (eigentlich müßte man sagen: um ihm den Eselstritt zu versetzen). Anfang 1906 verteidigte er sich energisch gegen die „schändliche" Verdächtigung, die Liberalen seien imstande, im Ausland gegen die der Festigung der Selbstherrschaft dienende Milliardenanleihe Agitation zu treiben. In der ersten Duma drechselte der Liberalismus Phrasen über Volksfreiheit, insgeheim aber lief er über die Hintertreppe zu Trepow und bekämpfte die Trudowiki und die Arbeiterabgeordneten. Das Wiborger Manifest[30] war ein Versuch, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, so zu lavieren, daß das Verhalten der Liberalen – je nach Bedarf – bald als Unterstützung, bald als Bekämpfung der Revolution ausgelegt werden könne. Von der zweiten und dritten Duma wollen wir nicht reden – dort hat der Kadettenliberalismus seine oktobristische Natur in hellstem Glanz erstrahlen lassen.

In einem Zeitraum von drei Jahren haben die Kadetten dermaßen „abgewirtschaftet", daß Versuche einer Neubelebung von allem Anfang an mit der Losung „Links von den Kadetten" verknüpft werden! Die Kadetten des ersten Aufgebots *haben sich selber unmöglich gemacht*. Sie haben sich durch ihren ständigen Verrat an der Freiheit des Volkes selber das Grab geschaufelt.

Sind aber die Kadetten des zweiten Aufgebots, der Nachwuchs der alten, nicht vom gleichen Leichengift verseucht? Beabsichtigen nicht die „Sozialkadetten", die Herren Volkssozialisten, die um die neue Organisation ein so besonderes Wesen machen, die alte, uns aus dreijähriger Erfahrung sattsam bekannte Evolution zu wiederholen?

Diese Frage ist nicht durch Mutmaßungen über die Zukunft, sondern durch eine Analyse der Vergangenheit zu beantworten. Diese Analyse aber zeigt unwiderleglich, daß die „sozialrevolutionären Menschewiki", die Herren Volkssozialisten, in der politischen Organisation der Bauernschaft, unter den Trudowiki oder, richtiger gesagt, in jener politischen Bewegung, wo sie sich in ihren „besten Tagen", z. B. zur Zeit der ersten Duma, betätigten, tatsächlich die Rolle von Kadetten gespielt haben. Man erinnere sich an die wichtigsten Tatsachen aus der Geschichte der „Partei" (des Grüppchens?) der Volkssozialisten in der russischen Revolution. Ihre Taufe empfingen sie im „Bund der Befreiung"[31]. Auf dem Parteitag der Sozialrevolutionäre im Dezember 1905 vertraten sie, die ewig zwischen Kadetten und Sozialrevolutionären Schwankenden, eine undefinierbare Position: sie wollten sowohl mit den Sozialrevolutionären gehen als auch von ihnen getrennt bleiben – beides zugleich. In der Zeit der Oktoberfreiheiten gaben sie im Block mit den Sozialrevolutionären politische Zeitungen heraus. Das gleiche Bild auch zur Zeit der ersten Duma: „höhere" Diplomatie, „schlaues" Verbergen der Meinungsverschiedenheiten vor den Augen der Welt! Nach der gewaltsamen Auflösung der ersten Duma, nach dem Mißerfolg der zweiten Aufstandsperiode, nach der Niederwerfung des Sveaborger Aufstands *entschließen sich* diese Gentlemen, nach rechts einzuschwenken. Sie „legalisieren" ihre Partei – zu dem einzigen Zweck natürlich, den Gedanken des Aufstands in der Presse legal zu diskreditieren und das Unzeitgemäße einer aktiven republikanischen Propaganda zu beweisen. Vor den Bauernvertretern der ersten Duma tragen sie über die Sozialrevolutionäre den Sieg davon, in-

dem sie für ihren Agrarentwurf 104 Unterschriften, gegen 33 Unterschriften der Sozialrevolutionäre, sammeln. Das „nüchterne" bürgerliche Streben des bäuerlichen Kleineigentümers nach Nationalisierung des Bodens gewinnt die Oberhand über die nebelhafte Verschwommenheit der „Sozialisierung". Statt des Strebens nach politisch-revolutionärer Organisierung der Bauernschaft für den Aufstand sehen wir bei den Sozialkadetten ein Streben nach Legalitäts- und Parlamentsspielerei, nach engem Intellektuellen-Zirkelwesen. Das Schwanken des russischen Bauern zwischen dem Kadetten und dem opportunistischen Intellektuellen, dem Volkssozialisten, einerseits und dem nach Intellektuellenart inkonsequenten Revolutionär, dem Sozialrevolutionär, anderseits ist Ausdruck der zwiespältigen Lage des kleinen Landwirts, Ausdruck seines Unvermögens, ohne Leitung durch das Proletariat einen konsequenten Klassenkampf zu führen.

Und wenn jetzt die Herren Volkssozialisten wieder mit den linken Kadetten „anbandeln" und die Schwachköpfe – die Menschewiki und Sozialrevolutionäre – mitschleppen, so bedeutet dies, daß die ganze Gesellschaft in den drei Jahren der Revolution nichts gelernt hat. Sie reden des langen und breiten davon, daß die ökonomischen Forderungen zur Spaltung führen. Sie wollen auf dem Boden der näherliegenden, der politischen Forderungen den Zusammenschluß herbeiführen. Sie haben rein gar nichts begriffen im Verlauf der Revolution, die sowohl in Rußland als auch in anderen Ländern gezeigt hat, daß nur der Massenkampf stark ist und daß ein solcher Kampf nur um ernster ökonomischer Umwälzungen willen entbrennen kann.

Daß es die Menschewiki und Sozialrevolutionäre immer und immer wieder zu den linken Kadetten hinzieht, ist nichts Neues mehr. So war es bei den Wahlen zur II. Duma in Petersburg. So war es auch in der Frage eines Kadettenkabinetts und einer machtvollkommenen Duma bei den einen, in der Frage des geheimen Blocks mit den Volkssozialisten bei den andern. Es muß offenbar tiefliegende Gründe geben für dieses geradezu krankhafte Streben der kleinbürgerlichen Intellektuellen, unter die Fittiche der liberalen Bourgeoisie zu gelangen.

Dieses Streben wird natürlich, wie üblich, durch Redereien über die Ausnutzung des neuen Aufschwungs oder über eine neue Gruppierung der Kräfte usw. zu bemänteln versucht.

O ja, ihr Herren, wir sind auch für Ausnutzung ... des Leichnams – aber nicht, um an ihm „Wiederbelebungs"versuche anzustellen, sondern um mit ihm den Boden zu düngen; nicht um faulen Theorien und Philisterstimmungen gegenüber Nachsicht walten zu lassen, sondern um ihm die Rolle des „Anwalts des Satans" zuzuweisen ... An diesem neuen, guten, ausgezeichneten Beispiel der Volkssozialisten und linken Kadetten werden wir das Volk lehren, was man nicht tun soll, wie man kadettischen Verrat und kleinbürgerliche Schlappheit vermeidet. Wir werden Wachstum und Entwicklung dieser neuen Mißgeburt (wenn sie kein totgeborenes Kind ist) aufmerksam verfolgen und stündlich daran erinnern, daß jeder derartige Embryo, *wenn er nicht tot geboren ist*, im heutigen Rußland unvermeidlich und unabwendbar eine Vorstufe zum Massenkampf der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bedeutet. Der „Bund der Befreiung" lebt wieder auf. Das heißt, daß man „oben" etwas zu ahnen beginnt. Und wenn dem so ist, so bedeutet das wiederum, daß dem Beginn die Fortsetzung, dem Getue der Intellektuellen der proletarische Kampf folgen wird.

Anläßlich des Aufmarschs des zweiten kadettischen Aufgebots werden wir dem Volk die Lehren des Kampfes, die Lehren der revolutionären Annäherung, die sich nur im Kampf und allein an die revolutionär kämpfenden Bauernmassen vollziehen kann, übermitteln.

„Proletari" Nr. 30,
10. (23.) Mai 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

DIE AGRARFRAGE IN RUSSLAND AM AUSGANG DES 19. JAHRHUNDERTS[32]

Zuerst veröffentlicht 1918 als Broschüre im Verlag „Shisn i Snanije" (Leben und Wissen).

Nach dem Text der Broschüre.

Die Aufgabe der vorliegenden Arbeit besteht darin, eine knapp gefaßte Übersicht über die sozialökonomischen Verhältnisse in der russischen Landwirtschaft zu geben. Eine solche Arbeit kann nicht den Charakter einer Spezialuntersuchung tragen. Sie muß die Ergebnisse einer marxistischen Untersuchung des Problems zusammenfassen, muß jedem einigermaßen bedeutsamen kennzeichnenden Zug unserer Landwirtschaft im Gesamtsystem der russischen Volkswirtschaft seinen Platz zuweisen, muß die allgemeine Entwicklungslinie der Agrarverhältnisse in Rußland umreißen und jene Klassenkräfte zeigen, die diese Entwicklung so oder anders bestimmen. Von diesem Gesichtspunkt aus behandeln wir daher zuerst die Aufgliederung des Bodenbesitzes in Rußland, sodann die Gutswirtschaft und die bäuerliche Wirtschaft, um abschließend allgemeine Schlußfolgerungen abzuleiten, wohin unsere Entwicklung während des 19. Jahrhunderts geführt und welche Aufgaben sie dem 20. Jahrhundert vermacht hat.

I

Die Aufgliederung des Bodenbesitzes im Europäischen Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts können wir nach den Angaben der neuesten Bodenstatistik, der von 1905 (herausgegeben vom Zentralen Statistischen Komitee, St. Petersburg 1907)[33], darstellen.

Insgesamt waren nach den Angaben dieser Untersuchung im Europäischen Rußland 395,2 Millionen Desjatinen statistisch erfaßt. Dieser Boden verteilte sich auf die drei Hauptgruppen folgendermaßen:

I. Gruppe – Privatbesitz	101,7 Mill. Desj.
II. Gruppe – Anteilland	138,8 „ „
III. Gruppe – Boden des Fiskus u. a.	154,7 „ „
Insgesamt im Europäischen Rußland	395,2 Mill. Desj.

Dazu ist zu bemerken, daß unsere Statistik mehr als hundert Millionen Desjatinen im hohen Norden, in den Gouvernements Archangelsk, Olonez und Wologda, gelegenen Bodens zum fiskalischen Grund und Boden rechnet. Ein großer Teil des fiskalischen Bodens muß, da es sich um die tatsächlich landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche des Europäischen Rußlands handelt, aus der Berechnung ausgeschlossen werden. In meiner Arbeit über das Agrarprogramm der Sozialdemokraten in der russischen Revolution (diese Arbeit wurde Ende 1907 geschrieben, doch hat sich ihr Erscheinen äußerer Umstände halber verzögert) schätze ich die tatsächlich landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche im Europäischen Rußland auf etwa 280 Mill. Desj.* Darunter macht der Boden des Fiskus nicht 150 Millionen, sondern insgesamt nur 39,5 Mill. Desjatinen aus. Folglich ist im Europäischen Rußland nur *knapp ein Siebentel* der gesamten Bodenfläche nicht im gutsherrlichen oder bäuerlichen Besitz. Sechs Siebentel befinden sich in den Händen zweier antagonistischer Klassen.

Untersuchen wir nun den Bodenbesitz dieser Klassen, die sich auch als Stände voneinander unterscheiden, da der größte Teil des im Privatbesitz befindlichen Grund und Bodens dem Adel, das Anteilland hingegen den Bauern gehört. Von den 101,7 Mill. Desj. Land im Privatbesitz gehören 15,8 Mill. Desj. Gesellschaften und Kompanien, während sich die übrigen 85,9 Mill. Desj. in persönlichem Besitz befinden. Diese verteilten sich im Jahre 1905 und, parallel dazu, im Jahre 1877 folgendermaßen auf die einzelnen Stände (siehe Tabelle S. 63):

Der Hauptanteil am persönlichen Bodenbesitz in Rußland entfällt demnach auf die Angehörigen des Adels. Ihnen gehört eine riesige Bodenfläche. Doch die Entwicklung geht dahin, daß der Bodenbesitz des Adels abnimmt. Der Bodenbesitz auf nichtständischer Grundlage nimmt zu, und zwar außerordentlich rasch. Von 1877 bis 1905 vergrößerte sich am raschesten der Bodenbesitz der „übrigen Stände" (in 28 Jahren auf das Achtfache) und dann der der Bauern (auf mehr als das Doppelte). Die Bauernschaft sondert also immer mehr solche sozialen Elemente aus, die

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 217. *Die Red.*

Stand der Besitzer	Es gehörten 1905 Mill. Desj.	%	1877 Mill. Desj.	%	Im Jahre 1905 mehr (+) bzw. weniger (—) in Mill. Desj.	um das Wievielfache
Adligen	53,2	61,9	73,1	79,9	—19,9	—1,40
Geistlichen	0,3	0,4	0,2	0,2	+ 0,1	+1,74
Kaufleuten und Angehörigen des Ehrenbürgerstandes	12,9	15,0	9,8	10,7	+ 3,1	+1,30
Kleinbürgern	3,8	4,4	1,9	2,1	+ 1,9	+1,85
Bauern	13,2	15,4	5,8	6,3	+ 7,4	+2,21
den übrigen Ständen	2,2	2,5	0,3	0,3	+ 1,9	+8,07
ausländischen Staatsangehörigen	0,3	0,4	0,4	0,5	— 0,1	—1,52
Insgesamt befanden sich in persönlichem Besitz	85,9	100,0	91,5	100,0	— 5,6	—1,09

sich in private Grundeigentümer verwandeln. Das ist eine allgemeine Erscheinung, und wir werden bei der Analyse des bäuerlichen Betriebs den sozialökonomischen Mechanismus aufdecken müssen, der diese Aussonderung bewirkt. Vorerst muß eindeutig festgestellt werden, daß die Entwicklung des Privateigentums in Rußland im Übergang vom standesgebundenen Bodenbesitz zum nicht standesgebundenen Bodenbesitz besteht. Zu Ende des 19. Jahrhunderts umfaßte zwar der feudale oder fronherrliche Grundbesitz des Adels immer noch den weitaus überwiegenden Teil des gesamten privaten Grundeigentums, doch geht die Entwicklung unverkennbar in Richtung der Bildung bürgerlichen Privateigentums am Grund und Boden. Der private Grundbesitz auf Basis der Erbfolge bei Gefolgsleuten, Erbgutsbesitzern, Ministerialen usw. nimmt ab. Es wächst der private Grundbesitz, der ganz einfach gegen Geld erworben wird. Die Macht des Bodens geht zurück, es wächst die Macht des Geldes. Der Boden wird mehr und mehr in den Handelsverkehr einbezogen; im weiteren Verlauf unserer Darlegung werden wir sehen, daß die Dimensionen dieser Einbeziehung noch um ein Vielfaches größer sind, als es die Angaben über die Aufgliederung des Grundbesitzes allein zeigen.

Wie stark aber gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts die „Macht des Bodens", d. h. die Macht des mittelalterlichen Grundbesitzes der feudalen Gutsbesitzer in Rußland noch ist, ergibt sich besonders deutlich aus den Angaben über die Aufgliederung des Privateigentums am Grund und Boden nach der Größe der Besitzungen. Die Quelle, der wir uns bedienen, liefert besonders detaillierte Angaben über den großen privaten Grundbesitz. Hier die allgemeine Verteilung nach der Größe des Besitzes:

Größenklassen	Anzahl der Besitzungen	Boden in Desjatinen	Durchschnittsfläche pro Besitzung in Desj.
10 Desj. u. darunter	409 864	1 625 226	3,9
10 – 50 Desj.	209 119	4 891 031	23,4
50 – 500 „	106 065	17 326 495	163,3
500 – 2000 „	21 748	20 590 708	947
2000 – 10 000 „	5 386	20 602 109	3 825
über 10 000 „	699	20 798 504	29 754
Insgesamt über 500 Desj.	27 833	61 991 321	2 227
Insgesamt im Europ. Rußland	752 881	85 834 073	114

Hieraus ist ersichtlich, daß das Kleineigentum im persönlichen Privatgrundbesitz eine verschwindend geringe Rolle spielt. Sechs Siebentel der Gesamtzahl der Bodenbesitzer, rund 619 000 von 753 000, haben insgesamt etwa 6,5 Mill. Desj. in ihrem Besitz. Dagegen gibt es unermeßlich große Latifundien: an *siebenhundert* Eigentümer besitzen *durchschnittlich* jeder *dreißigtausend Desjatinen*. Diese siebenhundert Menschen haben zusammen dreimal soviel Boden wie sechshunderttausend kleine Bodenbesitzer. Die Latifundien bilden überhaupt ein besonderes Merkmal des russischen Privatgrundbesitzes. Wenn wir alle Besitzungen von mehr als 500 Desjatinen gesondert nehmen, so erhalten wir rund 28 000 Eigentümer, die fast 62 Millionen Desjatinen in ihrem Besitz haben, d. h. jeder durchschnittlich 2227 Desj. In den Händen dieser 28 000 Eigentümer befinden sich also drei Viertel des gesamten Privatgrundbesitzes.* Die Besitzer dieser riesigen Latifundien gehören ihrem Stande nach haupt-

* Um den Text nicht mit Zitaten zu überladen, weisen wir gleich hier darauf hin, daß die meisten Angaben der obenerwähnten Arbeit entnommen sind, ferner dem Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", 2. Aufl., St. Petersburg 1908. (Siehe Werke, Bd. 3. *Die Red.*)

sächlich zum Adel. Von 27 833 Besitzungen gehören 18 102, d. h. fast zwei Drittel, Adligen, und diese besitzen 44,5 Mill. Desj., d. h. über 70 Prozent der gesamten auf die Latifundien entfallenden Bodenfläche. Es ist also klar, daß gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts in Rußland nach wie vor (wie im Mittelalter) eine ungeheure Bodenfläche – und noch dazu, wie ja bekannt ist, von der besten Qualität – in den Händen des privilegierten Adelsstandes, in den Händen der Fronherren von gestern, konzentriert ist. Wir werden noch weiter unten ausführlich über die Bewirtschaftungsmethoden sprechen, die sich auf diesen Latifundien herausgebildet haben. Hier wollen wir nur kurz auf die allgemein bekannte Tatsache hinweisen, die in der Literatur Herr Rubakin so prägnant dargestellt hat, daß nämlich unter diesen Besitzern von Adelslatifundien die höchsten Würdenträger der Bürokratie Mann für Mann zu finden sind.[34]

Gehen wir zur Besitzverteilung im Bereich des Anteillandes über. Mit Ausnahme von 1,9 Mill. Desj. Boden, die nicht nach der Größe der Besitzungen klassifiziert sind, befindet sich die übrige Bodenmasse, 136,9 Mill. Desj., im Besitz von 12,25 Millionen Bauernhöfen. Im Durchschnitt entfallen also auf den Hof 11,1 Desj. Doch auch das Anteilland ist nicht gleichmäßig verteilt: fast die Hälfte, nämlich 64 Mill. Desj. von 137 Mill., befindet sich in den Händen von 2,1 Millionen reichlich mit Boden versorgter Höfe, also *eines Sechstels* der Gesamtzahl der Bauernhöfe.

Hier die zusammenfassenden Angaben über die Verteilung des Anteillandes im Europäischen Rußland:

Größenklassen	Höfe	Desjatinen	Durchschnittsfläche pro Hof in Desj.
Unter 5 Desjatinen	2 857 650	9 030 333	3,1
5–8 „	3 317 601	21 706 550	6,5
Insgesamt bis 8 Desj.	6 175 251	30 736 883	4,9
8 – 15 Desjatinen	3 932 485	42 182 923	10,7
15 – 30 „	1 551 904	31 271 922	20,1
über 30 „	617 715	32 695 510	52,9
Insgesamt im Europ. Rußland	12 277 355	136 887 238	11,1

Mehr als die Hälfte der Höfe mit Anteilland – 6,2 Mill. von 12,3 – besitzen also höchstens 8 Desj. pro Hof. Im allgemeinen und im Durchschnitt für ganz Rußland ist diese Bodenfläche für den Unterhalt einer Familie zweifellos unzureichend. Um sich ein Urteil über die wirtschaftliche Lage dieser Höfe bilden zu können, wollen wir an die zusammenfassenden Daten der Militärpferdezählungen erinnern (der einzigen Statistik, die periodisch und regelmäßig ganz Rußland erfaßt). Für die Jahre 1896–1900 wurden in 48 Gouvernements des Europäischen Rußlands, d. h. ohne das Dongebiet und das Gouvernement Archangelsk, 11 112 287 Bauernhöfe gezählt. Von ihnen besaßen 3 242 462, also 29,2%, kein Pferd. Je ein Pferd hatten 3 361 778 Höfe, also 30,3%. Wir wissen, wie es um einen Bauern ohne Pferd in Rußland bestellt ist (natürlich nehmen wir hier das Gesamtbild und nicht irgendwelche besonderen Bezirke der Milchwirtschaft in Randgebieten der Städte, des Tabakanbaus usw.). Ebenso kennen wir auch die Not und die Armut der Bauern, die nur ein Pferd besitzen. Sechs Millionen Höfe – das sind 24 bis 30 Millionen Einwohner. Und diese ganze Bevölkerung besteht aus Paupern, aus Bettlern, denen verschwindend kleine Landfetzen zugeteilt sind, von denen sie nicht leben, sondern auf denen sie höchstens verhungern können. Angenommen, ein wohlbestellter Ackerbaubetrieb braucht, um sich über Wasser halten zu können, mindestens 15 Desj., so erhalten wir 10 Mill. Bauernhöfe, die unter dieser Grenze liegen; sie besitzen 72,9 Millionen Desjatinen Land.

Weiter. In bezug auf die besitzmäßige Aufgliederung des Anteillandes muß ein höchst wichtiges Kennzeichen erwähnt werden. Die Ungleichmäßigkeit in der Verteilung des Anteillandes unter den Bauern ist unvergleichlich geringer als die Ungleichmäßigkeit in der Verteilung des privaten Grundbesitzes. Doch dafür bestehen unter den Bauern mit Anteilland eine Menge Unterschiede, Untergliederungen und Scheidewände anderer Art. Es sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bauernkategorien, die sich im Laufe vieler Jahrhunderte historisch herausgebildet haben. Um diese Scheidewände deutlich sichtbar zu machen, nehmen wir zunächst die Gesamtangaben über das Europäische Rußland. Die Statistik von 1905 führt folgende Hauptkategorien an: Die ehemaligen Gutsbauern besitzen durchschnittlich 6,7 Desj. Anteilland pro Hof, die ehemaligen Staatsbauern 12,5 Desj., die ehemaligen Apanage-

bauern 9,5 Desj., die Kolonisten 20,2 Desj., die Erbzinsbauern 3,1 Desj., die Reseschi 5,3 Desj., die Baschkiren und Teptjaren[35] 28,3 Desj., die baltischen Bauern 36,9 Desj., die Kosaken 52,7 Desj. Schon hieraus wird ersichtlich, daß der Anteillandbesitz der Bauern von rein mittelalterlicher Art ist. Die Leibeigenschaft lebt bis auf den heutigen Tag in den zahllosen Scheidewänden fort, die zwischen den Bauern erhalten geblieben sind. Die einzelnen Kategorien unterscheiden sich nicht nur nach der Größe der Bodenfläche, sondern auch nach der Höhe der Ablösezahlungen, nach den Ablösebedingungen, nach dem Charakter des Bodenbesitzes usw. Greifen wir statt der Gesamtangaben für ganz Rußland die Angaben für ein Gouvernement heraus, und wir werden sehen, was es mit diesen Scheidewänden auf sich hat. Es liegt uns ein Sammelband semstwostatistischer Angaben für das Gouvernement Saratow vor.[36] Außer den für ganz Rußland geltenden Kategorien, d. h. jenen, die wir oben bereits erwähnt haben, finden wir hier, daß die örtlichen Erhebungsorgane noch folgende Kategorien von Bauern unterscheiden: Bauern mit geschenktem Bodenanteil, Volleigentümer, Staatsbauern mit dorfgemeindlichem Besitz, Staatsbauern mit Tschetwertbesitz, Staatsbauern, die ehemals Gutsbauern waren, Pächter von fiskalischen Grundstücken, Siedler auf eigenem Land, Umsiedler, Freigelassene, Fronzinsfreie, freie Ackerbauern, ehemalige Fabrikhörige usw. Dieses Durcheinander mittelalterlicher Scheidewege geht so weit, daß die Bauern ein und desselben Dorfes zuweilen in zwei völlig voneinander verschiedene Kategorien eingeteilt werden: „ehemalige Bauern des Herrn NN" und „ehemalige Bauern der Frau MM". Unsere Publizisten aus dem Lager der liberalen Volkstümlerrichtung, die es nicht vermögen, die russischen wirtschaftlichen Verhältnisse unter dem Gesichtswinkel der Entwicklung, als Ablösung der fronwirtschaftlichen Zustände durch bürgerliche, zu betrachten, ignorieren gewöhnlich diesen Umstand. Indes kann man die Geschichte Rußlands im 19. Jahrhundert und besonders ihr unmittelbares Resultat – die Ereignisse am Anfang des 20. Jahrhunderts – ganz und gar nicht verstehen, wenn man diese Tatsache nicht in ihrer vollen Bedeutung würdigt. Ein Land, in dem der Austausch zunimmt und der Kapitalismus sich entwickelt, muß zwangsläufig Krisen aller Art durchmachen, wenn die Entwicklung im Hauptzweig der Volkswirtschaft auf Schritt und Tritt durch mittelalterliche Verhältnisse gebremst und ge-

hemmt wird. Die berüchtigte Dorfgemeinde, über deren Bedeutung wir noch zu sprechen haben werden, bewahrt die Bauern nicht vor der Proletarisierung, sondern spielt vielmehr in Wirklichkeit die Rolle einer mittelalterlichen Scheidewand, die die Bauern voneinander trennt, sind diese doch gleichsam festgeschmiedet an die kleinen Gemeinden und Kategorien, die jede „Daseinsberechtigung" verloren haben.

Bevor wir zu abschließenden Folgerungen über die Verteilung des Bodenbesitzes im Europäischen Rußland übergehen, müssen wir noch auf eine weitere Seite der Sache hinweisen. Weder die Angaben über die Größe des Bodenbesitzes der „oberen dreißigtausend" Gutsherren und der Millionen Bauernhöfe noch die Angaben über die mittelalterlichen Scheidewände im bäuerlichen Bodenbesitz zeigen zur Genüge, wie sehr unser Bauer in Wirklichkeit von den fortbestehenden Überbleibseln der Leibeigenschaft „in der Klemme gehalten", beengt und bedrängt wird. Erstens ist der Boden, der nach der als große Reform von 1861 bezeichneten Expropriation der Bauern zugunsten der Gutsbesitzer den Bauern als Anteilland belassen wurde, von weitaus schlechterer Qualität als der Boden der Gutsbesitzer. Davon zeugt die ganze unabsehbare Literatur an Beschreibungen der örtlichen Verhältnisse und an Untersuchungen der Semstwostatistik. Es gibt hierzu eine Menge unwiderlegbarer Angaben, die die geringeren Ernteerträge der bäuerlichen Ländereien im Vergleich zu den gutsherrlichen nachweisen, wobei allgemein zugegeben wird, daß dieser Unterschied in erster Linie auf der schlechteren Qualität der Anteilböden beruht und erst in zweiter Linie auf schlechterer Bearbeitung und auf den Unzulänglichkeiten der bäuerlichen Elendswirtschaft. Zweitens: Als die Gutsherren im Jahre 1861 die Bauern vom Boden „befreiten", wurde in unzähligen Fällen den Bauern das Land so zugemessen, daß die Bauern „ihrem" Gutsherrn in die Falle gerieten. Die russische Semstwostatistik hat die Wissenschaft der politischen Ökonomie um die Beschreibung einer bemerkenswert originellen, urwüchsigen, in der ganzen Welt wohl kaum je dagewesenen Art gutsherrlicher Wirtschaftsführung bereichert. Es ist dies das Wirtschaften *mittels Bodenabschnitte*. Die Bauern wurden 1861 von den für ihre Wirtschaft unerläßlich notwendigen Tränken, Weideplätzen usw. „befreit". Die Landstücke für die Bauern wurden, Keilen gleich, aus der Bodenfläche der Gutsbesitzer herausgeschnitten, so daß den Herren Gutsbesitzern

eine außerordentlich sichere – und außerordentlich noble – Einnahmequelle garantiert war: die Strafgelder für Flurschäden usw. „Kein Platz, um das Huhn hinauszulassen" – diese bittere Bauernwahrheit, dieser „Galgenhumor" sagt mehr als alle langen Zitate über jene Besonderheit des bäuerlichen Bodenbesitzes, die statistisch nicht darstellbar ist. Man vermag ohne viel Worte zu erkennen, daß diese Besonderheit Fronherrschaft reinsten Wassers bedeutet, sowohl nach ihrem Ursprung als auch nach ihrem Einfluß auf die Art der Organisation der gutsherrlichen Wirtschaft.

Gehen wir nun über zu den Schlußfolgerungen hinsichtlich der Aufgliederung des Grundbesitzes im Europäischen Rußland. Wir haben die Bedingungen des gutsherrlichen und des bäuerlichen Bodenbesitzes getrennt dargelegt. Wir müssen sie jetzt in ihrem Zusammenhang betrachten. Dazu wollen wir die oben angeführte annähernde Ziffer über die Größe des Bodenfonds im Europäischen Rußland – 280 Mill. Desj. – nehmen und untersuchen, wie diese ganze Fläche unter den Grundbesitzern verschiedenen Typs verteilt ist. Welcherart diese Typen sind, wird im weiteren Verlauf unserer Darstellung ausführlich dargestellt werden; zunächst wollen wir, ein wenig vorauseilend, die Haupttypen als vorausgesetzt ansehen. Bodenbesitz von nicht mehr als 15 Desj. pro Hof zählen wir zur ersten Gruppe; das ist die ruinierte Bauernschaft, die von der Last der fronherrlichen Ausbeutung erdrückt wird. Die zweite Gruppe bildet die mittlere Bauernschaft mit einem Besitz von 15 bis 20 Desj. Die dritte Gruppe machen die wohlhabende Bauernschaft (die bäuerliche Bourgeoisie) und der kapitalistische Bodenbesitz mit 20 bis 500 Desj. aus. Die vierte besteht aus den fronherrlichen Latifundien mit mehr als 500 Desjatinen. Wenn wir sowohl den bäuerlichen als auch den gutsherrlichen Bodenbesitz in diesen Gruppen zusammenfassen, kleine Abrundungen vornehmen* und annähernde Berechnungen anstellen (die ich in der obengenannten Arbeit detailliert darlege), so erhalten wir folgendes Bild von der Aufgliederung des Bodenbesitzes in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts.

* So sind z. B. zu den Latifundien außer den 62 Mill. Desj. Gutsland noch 5,1 Mill. Desj. Apanageland und die 3,6 Mill. Desj. der 272 Handels- und Industriegesellschaften hinzugerechnet, von denen jede über 1000 Desjatinen besitzt.

Aufgliederung des Bodenbesitzes im Europäischen Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts

	Anzahl der Besitzungen (in Millionen)	Anzahl der Desjatinen (in Millionen)	Desj. je Besitzung
a) Ruinierte Bauernschaft, die das Joch der fronherrlichen Ausbeutung zu tragen hat	10,5	75,0	7,0
b) Mittlere Bauernschaft	1,0	15,0	15,0
c) Bäuerliche Bourgeoisie und kapitalistischer Bodenbesitz	1,5	70,0	46,7
d) Fronherrliche Latifundien	0,03	70,0	2333
Insgesamt	13,03	230,0	17,6
Nicht nach Besitzgröße verteilt	—	50,0	—
Summe	13,03	208,0	21,4

Wir wiederholen: daß die ökonomische Charakterisierung der hier angeführten Gruppen richtig ist, wird im weiteren Gang unserer Darstellung nachgewiesen werden. Und wenn Einzelheiten dieses Bildes (das im Grunde nur ein annäherndes sein kann) Kritik hervorrufen sollten, so bitten wir den Leser, wohl darauf zu achten, daß unter dem Vorwand einer Kritik an Einzelheiten keine Leugnung *des Wesens* der Sache eingeschmuggelt werde. Dieses Wesen der Sache aber besteht darin, daß wir auf dem einen Pol des russischen Grundbesitzes 10,5 Millionen Höfe (ungefähr 50 Mill. Menschen) mit 75 Mill. Desjatinen Land haben, während auf dem Gegenpol *dreißigtausend Familien* (etwa hundertfünfzigtausend Menschen) mit 70 Mill. Desjatinen Land stehen.

Um das Thema der Aufgliederung des Bodenbesitzes abschließen zu können, bleibt uns noch übrig, über das Europäische, das heißt das eigentliche Rußland hinauszugehen und in allgemeinen Zügen die Bedeutung der Kolonisation zu untersuchen. Um dem Leser eine gewisse Vorstellung vom gesamten Bodenfonds des Russischen Reiches (ohne Finnland) zu vermitteln, ziehen wir die Angaben des Herrn Mertwago heran. Der Anschaulichkeit halber bringen wir sie in Tabellenform und fügen die Bevölkerungsziffer nach der Zählung von 1897 hinzu.

	Gesamte Bodenfläche		davon		davon landwirtschaftl. nutzbarer Boden (in Mill. Desj.)				Bevölkerungsziffer 1897	
	Quadratwerst in 1000	Desjatinen in Mill.	Boden, über den keine Angaben vorliegen, in Mill. Desj.	statist. erfaßter Boden in Mill. Desjatinen	Ackerland	Wiesen	Wald	insgesamt	insgesamt in Tausenden	auf eine Quadratwerst
10 Gouv. des Königreichs Polen	111,6	11,6	—	11,6	7,4	0,9	2,5	10,8	9402,2	84,3
38 Gouv. westl. der Wolga	1755,6	183,0	—	183,0	93,6	18,7	34,0	146,3	—	—
12 Gouv. nördl. und östl. der Wolga	2474,9	258,0	—	258,0	22,3	7,1	132,0	161,4	—	—
50 Gouv. des Europ. Rußl. insgesamt	4230,5	441,0	—	441,0	115,9	25,8	166,0	307,7	93442,9	22,1
Kaukasus	411,7	42,9	22,1	20,8	6,5	2,2	2,5	11,2	9289,4	22,6
Sibirien	10966,1	1142,6	639,7	502,9	4,3	3,9	121,0	129,2	5758,8	0,5
Mittelasien	3141,6	327,3	157,4	169,9	0,9	1,6	8,0	10,5	7746,7	2,5
Asiatisches Rußland insgesamt	14519,4	1512,8	819,2	693,6	11,7	7,7	131,5	150,9	—	—
Gesamtes Russisches Reich	18861,5	1965,4	819,2	1146,2	135,0	34,4	300,0	469,4	125640,9	6,7

Aus diesen Ziffern ergibt sich deutlich, wie wenig wir noch von den Randgebieten Rußlands wissen. Freilich wäre es blanker Unsinn, die Bodenfrage des inneren Rußlands durch Umsiedlung nach den Randgebieten „lösen" zu wollen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese Art „Lösung" nur von Scharlatanen vorgeschlagen werden kann und daß jene Gegensätze zwischen den alten Latifundien im Europäischen Rußland und den neuen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im gleichen Europäischen Rußland, die wir weiter oben herausgearbeitet haben, nur durch eine so oder anders geartete Umwälzung *im Europäischen Rußland*, nicht aber außerhalb desselben „gelöst" werden können. Es handelt sich nicht darum, die Bauern durch Umsiedlung von der Fronherrschaft zu befreien. Es handelt sich darum, daß neben der Agrarfrage im Zentralgebiet die Agrarfrage der Kolonisierung steht. Es geht nicht darum, die

Frage der Kolonisierung dazu auszunutzen, um die Krise im Europäischen Rußland zu verkleistern, sondern darum, die verderblichen Folgen der fronherrlichen Latifundien *sowohl* im Zentralgebiet *als auch* in den Randgebieten zu zeigen. Die Überbleibsel der Fronherrschaft im Zentrum Rußlands *hemmen* die russische Kolonisierung. Anders als durch eine Agrarumwälzung im Europäischen Rußland, anders als durch die Befreiung der Bauern vom Joch der fronherrlichen Latifundien ist es *unmöglich*, für die russische Kolonisierung freie Bahn zu schaffen und sie zu regulieren. Diese Regulierung darf nicht auf bürokratische „Bemühungen" um die Umsiedlung und nicht auf die „Organisierung von Umsiedlungen" hinauslaufen, von der die Publizisten aus dem Lager der liberalen Volkstümlerrichtung so gerne reden, sondern muß in der Beseitigung jener Verhältnisse bestehen, die den russischen Bauern zu Unwissenheit, Rückständigkeit und Verwilderung, zu ewiger Schuldknechtschaft bei den Latifundienbesitzern verdammen.

Herr Mertwago weist in seiner zusammen mit Herrn Prokopowitsch verfaßten Broschüre („Wieviel Land gibt es in Rußland und wie nutzen wir es?", Moskau 1907) sehr richtig darauf hin, daß durch den Fortschritt der Kultur unbrauchbarer Boden in brauchbaren verwandelt wird. Die Akademiemitglieder Baer und Helmersen, ausgezeichnete Sachkenner, schrieben im Jahre 1845, daß die Taurischen Steppen „wegen ihres Klimas und ihres Wassermangels *immer* zu den ärmsten und zur Bestellung am wenigsten geeigneten gehören werden"!![37] Damals produzierte die Bevölkerung des Gouvernements Taurien 1,8 Mill. Tschetwert* Getreide. In 60 Jahren hat sich die Bevölkerung verdoppelt und produziert nunmehr 17,6 Mill. Tschetwert, also fast zehnmal soviel.

Das ist sicherlich eine sehr wahre und wichtige Überlegung, doch hat Herr Mertwago eins vergessen: Die Hauptvoraussetzung, die die rasche Kolonisierung von Neurußland ermöglichte, war die *Aufhebung der Leibeigenschaft* im Zentrum Rußlands. Allein die Umwälzung im Zentralgebiet machte es möglich, den Süden schnell, großzügig, auf amerikanische Weise zu besiedeln und ihn zu industrialisieren (über den *amerikanischen* Aufstieg von Südrußland nach 1861 ist ja sehr, sehr viel gesprochen worden). Und heute kann nur eine Umwälzung im Europäischen Rußland, nur die völlige Beseitigung der dort noch bestehenden Reste der

* 1 Tschetwert = 8 Tschetwerik = 2,0991 hl. *Der Übers.*

Fronherrschaft sowie die Befreiung der Bauern von den mittelalterlichen Latifundien *tatsächlich* eine neue Ära der Kolonisierung eröffnen.

Die Kolonisierungsfrage in Rußland ist der Agrarfrage im Zentrum des Landes untergeordnet. Am Ende des 19. Jahrhunderts stehen wir vor der Alternative: Entweder werden die fronherrschaftlichen Verhältnisse in den „ur"russischen Gouvernements entschlossen abgeschafft, und dann ist eine schnelle, großzügige, amerikanische Entwicklung der Kolonisierung unserer Randgebiete gesichert, oder aber die Lösung der Agrarfrage im Zentrum wird hinausgezögert, und dann ist es unvermeidlich, daß in der Entwicklung der Produktivkräfte eine lange Verzögerung eintritt und daß sich auch im Kolonisierungswesen fronherrschaftliche Traditionen erhalten. Im ersten Fall wird ein freier Farmer Landwirtschaft betreiben, im zweiten Fall ein von Schuldknechtschaft niedergedrückter Mushik und ein unter Ausnutzung der Bodenabschnitte „wirtschaftender" adliger Herr.

II

Wir gehen nun zur Organisation der Gutswirtschaft über. Wie allgemein bekannt, besteht das Hauptmerkmal dieser Organisation darin, daß hier das kapitalistische System („freie Lohnarbeit") mit dem System der Abarbeit verknüpft ist. Was versteht man unter diesem System der Abarbeit?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir einen Blick auf die Organisation der Gutswirtschaft zur Zeit der Leibeigenschaft werfen. Alle wissen, was die Leibeigenschaft in juristischer und administrativer Hinsicht bedeutete und welche Lebensverhältnisse unter ihr herrschten. Doch sehr selten fragt man, worin zur Zeit der Leibeigenschaft das Wesen der ökonomischen Beziehungen zwischen Gutsbesitzer und Bauern bestand. Damals teilten die Gutsbesitzer den Bauern Land zu. Zuweilen stellten sie den Bauern leihweise auch noch andere Produktionsmittel, wie Wald, Vieh usw., zur Verfügung. Welche Bedeutung besaß diese Zuteilung von gutsherrlichem Land an die leibeigenen Bauern? Der Landanteil war damals eine *Form des Arbeitslohns*, wenn wir im Hinblick auf die heutigen Verhältnisse sprechen wollen. Bei kapitalistischer Produktion wird dem Arbeiter der Arbeitslohn in Geld ausgezahlt. Der Profit des Kapitalisten wird in Geldform realisiert. Die notwendige und die Mehrarbeit (d. h. die

Arbeit, mit der der Lebensunterhalt des Arbeiters bestritten wird, und diejenige, die dem Kapitalisten einen von ihm nicht bezahlten Mehrwert abwirft) sind in der Fabrik in einem einzigen Arbeitsprozeß, in einem Fabrikarbeitstag usw. zusammengefaßt. Anders verhält es sich in der auf Leibeigenschaft beruhenden Wirtschaft. Notwendige Arbeit und Mehrarbeit gibt es auch hier, wie es sie auch in der auf Sklaverei beruhenden Wirtschaft gibt, doch sind diese beiden Kategorien der Arbeit zeitlich und räumlich voneinander getrennt. Der leibeigene Bauer arbeitet drei Tage für seinen Herrn und drei Tage für sich selbst. Für den Herrn arbeitet er auf dem gutsherrlichen Feld oder indem er das Getreide für den Gutsherrn anbaut. Für sich arbeitet er auf dem Anteilland, indem er dort für sich und seine Familie das Getreide anbaut, das zum Unterhalt der für den Gutsherrn bestimmten Arbeitskraft notwendig ist.

Folglich stimmt das auf Leibeigenschaft oder Fronarbeit beruhende Wirtschaftssystem mit dem kapitalistischen in der Hinsicht überein, daß bei beiden der Arbeiter nur das Produkt seiner notwendigen Arbeit erhält, während er das Produkt der Mehrarbeit ohne Entgelt dem Eigentümer der Produktionsmittel überlassen muß. Hingegen unterscheidet sich das auf Leibeigenschaft beruhende Wirtschaftssystem vom kapitalistischen in den folgenden drei Beziehungen: Erstens ist die auf Leibeigenschaft beruhende Wirtschaft Naturalwirtschaft, die kapitalistische dagegen Geldwirtschaft. Zweitens ist das Mittel der Ausbeutung in der auf Leibeigenschaft beruhenden Wirtschaft *die Bindung* des Arbeitenden an den Boden, seine Ausstattung mit einem Landanteil, in der kapitalistischen Wirtschaft hingegen die Befreiung des Arbeitenden vom Grund und Boden. Um Einkommen (d. h. Mehrprodukt) zu erzielen, muß der fronherrliche Gutsbesitzer auf seinem Boden Bauern haben, die über einen Landanteil, über Inventar und Vieh verfügen. Ein Bauer ohne Land, ohne Pferd und ohne Wirtschaft ist für die fronherrliche Ausbeutung ein untaugliches Objekt. Der Kapitalist dagegen muß, um Einkommen (Profit) zu erzielen, gerade Arbeitskräfte ohne Land und ohne Wirtschaft vor sich haben, Arbeiter, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft auf dem freien Arbeitsmarkt zu verkaufen. Drittens muß der Bauer, dem Land zugeteilt ist, von dem Gutsherrn *persönlich abhängig* sein, denn da er Land besitzt, wird er nur *gezwungen* zur Fronarbeit erscheinen. Das Wirtschaftssystem erzeugt hier „außerökonomischen Zwang", Hörigkeit,

juristische Abhängigkeit, Rechtlosigkeit usw. Der „ideale" Kapitalismus dagegen setzt vollste Vertragsfreiheit auf dem freien Markt – zwischen Eigentümer und Proletarier – voraus.

Nur wenn wir uns diesen ökonomischen Sachverhalt der auf der Leibeigenschaft beruhenden Wirtschaft oder, was dasselbe ist, der Fronwirtschaft, exakt vor Augen halten, können wir die geschichtliche Stellung und Bedeutung des Systems der Abarbeit verstehen. Die Abarbeit ist ein direktes, unmittelbares Überbleibsel des Frondienstes. Die Abarbeit bedeutet den Übergang vom Fronsystem zum Kapitalismus. Das Wesen der Abarbeit besteht darin, daß die Bauern die Gutsbesitzerländereien *mit ihrem eigenen Inventar* bestellen und dafür teils mit Geld, teils in natura (Recht der Bodennutzung, Bodenabschnitte, Nutzung der Weideflächen, Winterdarlehen u. dgl. m.) entlohnt werden. Die unter dem Namen Halbpacht bekannte Wirtschaftsform ist eine Spielart der Abarbeit. Für die auf Abarbeit beruhende Gutswirtschaft ist ein Bauer mit Anteilland, und habe er auch noch so miserables lebendes und totes Inventar, *unentbehrlich*. Ferner muß dieser Bauer in Not sein, damit er sich in Schuldknechtschaft begebe. Schuldknechtschaft statt freier Verdingung ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Systems der Abarbeit. Der Gutsherr tritt hier nicht als kapitalistischer Unternehmer auf, der über Geld und sämtliche Produktionsinstrumente verfügt. Beim System der Abarbeit fungiert er vielmehr als Wucherer, der die Not des benachbarten Bauern ausnutzt und dessen Arbeit zu einem Spottpreis erwirbt.

Um dies möglichst anschaulich darzustellen, wollen wir die Angaben des Departements für Landwirtschaft anführen, eine Quelle, die über jeden Verdacht erhaben ist, den Herren Gutsbesitzern nicht gewogen zu sein. Die bekannte Veröffentlichung „Die freie Lohnarbeit in den Wirtschaften" usw. (Lief. V der „Landwirtschaftlichen und statistischen Angaben, eingeholt *bei den Unternehmern*", St. Petersburg 1892)[38] bringt Material über das mittlere Schwarzerdegebiet für 8 Jahre (1883–1891): Als Durchschnittszahlung für die vollständige Bearbeitung einer Desjatine Wintergetreide mit dem Inventar des Bauern müssen 6 Rbl. angesetzt werden. Berechnen wir aber die Kosten derselben Arbeiten bei freier Lohnarbeit, so erhalten wir – so heißt es in derselben Veröffentlichung – 6,19 Rbl. allein für die Leistung des Arbeiters, die des Pferdes *nicht gerechnet*, die mit mindestens 4,50 Rbl. anzusetzen sind (in der erwähnten

Publikation, S. 45; „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 141*). Folglich würde der Preis bei freier Lohnarbeit 10,69 Rbl. betragen, bei Abarbeit dagegen beträgt er 6 Rbl. Wie soll man diese Erscheinung erklären, wenn sie nicht zufällig und vereinzelt vorkommt, sondern als normal und üblich gilt? Worte wie „Schuldknechtschaft", „Wucher", „Erpressung" usw. bezeichnen Form und Charakter des Geschäfts, erklären aber nicht dessen ökonomisches Wesen. Wie kann ein Bauer jahrelang eine Arbeit für 6 Rbl. leisten, die 10,69 Rbl. wert ist? Der Bauer *kann* dies tun, weil sein Landanteil einen Teil der Ausgaben der bäuerlichen Familie deckt und es *erlaubt*, den Arbeitslohn unter die für „freie Lohnarbeit übliche" Norm herabzusetzen. Der Bauer ist gezwungen, dies zu tun, weil sein kläglicher Landanteil ihn an den benachbarten Gutsbesitzer fesselt und es ihm nicht möglich macht, von seiner Wirtschaft allein zu leben. Es ist verständlich, daß eine solche Erscheinung nur als Glied im Prozeß der Verdrängung des Fronsystems durch den Kapitalismus „normal" sein kann, denn unter solchen Bedingungen wird der Bauer unvermeidlich ruiniert und verwandelt sich langsam, aber sicher in einen Proletarier.

Hier weitere gleichartige, aber etwas ausführlichere Angaben aus dem Kreis Saratow. Der Durchschnittspreis für die Bearbeitung einer Desjatine mit Aberntung, Einfahren und Dreschen bei Winterkontrakt unter Vorauszahlung von 80 bis 100% des Arbeitslohnes beträgt 9,6 Rubel. Bei Abarbeit des Pachtzinses für Ackerland beträgt er 9,4 Rubel, bei freier Lohnarbeit dagegen 17,5 Rubel! Die Kosten für das Mähen und Einfahren belaufen sich bei Abarbeit auf 3,8 Rubel für die Desjatine, bei freier Lohnarbeit auf 8,5 Rubel usw. Jede dieser Zahlen schließt eine lange Geschichte von unendlicher Not, Schuldknechtschaft und Verelendung der Bauern in sich ein. Jede dieser Zahlen bezeugt, wie *lebendig* in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts die fronherrliche Ausbeutung und die Überbleibsel des Fronsystems noch sind.

Es ist sehr schwer festzustellen, welche Verbreitung das System der Abarbeit hat. Gewöhnlich verhält es sich so, daß in der Gutswirtschaft das System der Abarbeit und das kapitalistische System, angepaßt an die verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten, vereinigt sind. Ein nur unbeträchtlicher Teil des Landes wird mit dem Inventar des Gutsbesitzers

* Siehe Werke, Bd. 3, S. 197. *Die Red.*

und durch Lohnarbeiter bestellt. Der größere Teil des Landes wird an Bauern verpachtet, als Halbpacht, gegen Abarbeit. Hier einige Beispiele, die wir der ausführlichen Arbeit des Herrn Kaufman entnehmen, der verschiedene neueste Angaben über den privaten landwirtschaftlichen Betrieb zusammengestellt hat.* Gouvernement Tula (die Angaben beziehen sich auf die Jahre 1897/1898): „Die Gutsbesitzer sind beim alten Dreifeldersystem geblieben ... weiter entfernt liegendes Land wird von den Bauern genommen"; das Gutsland wird höchst unbefriedigend bearbeitet. Gouvernement Kursk: „Die infolge der hohen Preise vorteilhafte desjatinenweise Überlassung von Boden an Bauern ... hat zur Erschöpfung des Bodens geführt." Gouvernement Woronesh: Die mittleren und kleineren Gutsbesitzer betreiben „... in ihrer Mehrzahl ihre Wirtschaft ausschließlich mit bäuerlichem Inventar oder aber verpachten ihre Besitzungen ... in den meisten Wirtschaften werden Verfahren angewandt, die keinerlei Verbesserungen aufweisen".

Solche Äußerungen zeigen uns, daß gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts die verschiedenen Gouvernements infolge der Vorherrschaft des Systems der Abarbeit oder des kapitalistischen Systems im allgemeinen wirklich so charakterisiert werden können, wie es Herr Annenski in seinem Buch „Der Einfluß der Ernten ..." getan hat. Wir bringen diese Charakteristik in Form einer kleinen Tabelle:

	Zahl der Gouvernements			
	im Schwarzerde-gebiet	in den übrigen Gebieten	insgesamt	Anbauflächen der Privatbesitzer insgesamt (in 1000 Desj.)
I. Gouv. mit vorherrschendem kapitalistischem System	9	10	19	7 407
II. Gouv. mit vorherrschendem gemischtem System	3	4	7	2 222
III. Gouv. mit vorherrschendem Abarbeitssystem	12	5	17	6 281
Insgesamt	24	19	43	15 910

* „Die Agrarfrage", herausgegeben von Dolgorukow und Petrunkewitsch, Bd. II, Moskau 1907, S. 442–628: „Zur Frage der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des privaten Grundbesitzes."

Im Schwarzerdegebiet herrscht demnach zweifellos die Abarbeit vor, während sie in bezug auf sämtliche 43 Gouvernements, die in die vorliegende Tabelle einbezogen sind, in den Hintergrund tritt. Dabei ist es wichtig festzustellen, daß zur ersten Gruppe (mit kapitalistischem System) gerade die für das landwirtschaftliche Zentralgebiet nicht charakteristischen Gegenden gehören: die baltischen Gouvernements, die südwestlichen (mit starkem Zuckerrübenanbau), die südlichen und die beiden hauptstädtischen Gouvernements.

Welchen Einfluß das System der Abarbeit auf die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirschaft hat, darüber führt das in der Arbeit des Herrn Kaufman zusammengefaßte Material eine beredte Sprache. „Es kann keinem Zweifel unterliegen", lesen wir dort, „daß die bäuerliche Kleinpacht und Halbpacht eine der Ursachen ist, die den Fortschritt der Landwirtschaft am meisten hemmen ..." In den Übersichten über die Landwirtschaft im Gouvernement Poltawa wird ständig darauf hingewiesen, daß „die Pächter den Boden schlecht bestellen, schlechtes Saatgut verwenden, ihn verunkrauten lassen".

Im Gouvernement Mogiljow (1898) wird „jede Verbesserung in der Wirtschaft durch die von der Halbpacht verursachten Mißstände" gehemmt. Die Skopschtschina[39] ist eine der Hauptursachen dafür, daß „die Landwirtschaft im Dneprowsker Kreis sich in einer Lage befindet, bei der an irgendwelche Neuerungen und Verbesserungen gar nicht zu denken ist". „Unser Material", schreibt Herr Kaufman (S. 517), „bietet uns eine Reihe bestimmter Anzeichen dafür, daß sogar im Rahmen *einer* Besitzung auf den verpachteten Äckern die alten, überholten Wirtschaftsmethoden fortbestehen, während auf den Äckern, die vom Gut selbst bewirtschaftet werden, bereits neue, rationellere Feldbausysteme eingeführt sind." So behauptet sich auf den verpachteten Äckern noch die Dreifelderwirtschaft, manchmal sogar ohne Stalldüngung des Bodens, während auf den in eigener Regie bewirtschafteten Gutsäckern das Vielfeldersystem angewandt wird. Die Halbpacht hemmt den Anbau von Futtergräsern, hindert die Verbreitung der Düngung und verzögert die Anwendung besserer landwirtschaftlicher Geräte. Die Resultate all dessen treten deutlich in den Angaben über die Ernteerträge zutage. So wurden z. B. auf einem Latifundium des Gouvernements Simbirsk geerntet: auf den in eigener Regie bebauten Gutsfeldern 90 Pud Roggen, 60 Pud Weizen und 74 Pud Hafer

pro Desj.; auf den in Halbpacht gegebenen Ländereien aber nur 58 bzw. 28 und 50 Pud. Hier die Gesamtangaben über einen ganzen Kreis (Gorbatow, Gouvernement Nishni-Nowgorod):

Roggenertrag pro Desjatine in Pud

		Privater Grundbesitz		
Bodenklassen	Anteilland	In eig. Regie bearb. Gutsäcker	Halbpacht	Pacht
I	62	74	—	44
II	55	63	49	—
III	51	60	50	42
IV	48	69	51	51
Für alle Klassen	54*	66	50	45*

Der mit Hilfe von Fronmethoden bewirtschaftete *gutsherrliche* Boden (Halb- und Kleinpacht) erbringt somit einen *niedrigeren* Ertrag als das Anteilland! Das ist eine Tatsache von größter Wichtigkeit, denn sie zeigt unumstößlich, daß die Hauptursache der landwirtschaftlichen Rückständigkeit Rußlands, der Stagnation der ganzen Volkswirtschaft und der in der Welt einzig dastehenden Erniedrigung des Bauern das *System der Abarbeit*, d. h. ein direkter Überrest der Leibeigenschaft ist. Keine Kredite, keine Meliorationen, keine „Hilfe" für die Bauern, keine der bei Bürokraten und Liberalen so beliebten „Förderungsmaßnahmen" wird nennenswerte Ergebnisse zeitigen, solange der Druck der fronherrlichen Latifundien, Traditionen und Wirtschaftssysteme fortwährt. Und umgekehrt: eine Agrarumwälzung, die den gutsherrlichen Grundbesitz vernichtet und die überlieferte mittelalterliche Dorfgemeinde sprengt (die Nationalisierung des Bodens zum Beispiel würde sie auf nicht polizeilichem, nicht bürokratischem Wege sprengen), böte unbedingt die Basis für einen außerordentlich raschen und wirklich umfassenden Fortschritt. Die in Halb- und Kleinpacht bewirtschafteten Ländereien schulden ihren unwahrscheinlich niedrigen Ernteertrag der Arbeit „für den gnädigen Herrn". Nicht nur der Ernteertrag dieser Ländereien würde steigen, wenn der

* Bei diesen beiden Ziffern liegt im Buch Kaufmans (S. 521) offenbar ein Druckfehler vor.

heutige Bauer nicht mehr „für den gnädigen Herrn" zu arbeiten brauchte, sondern unvermeidlich auch der Ernteertrag der Anteilländereien – ganz einfach als Folge des Hinwegräumens der fronherrlichen Hindernisse, die heute der Wirtschaft im Wege stehen.

Auch bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ist natürlich in der privaten Landwirtschaft ein Fortschritt in kapitalistischem Sinne festzustellen, aber er vollzieht sich überaus langsam und wird Rußland noch auf lange Zeit hinaus unvermeidlich mit der politischen und sozialen Herrschaft des „wilden Gutsbesitzers" belasten. Wir wollen nunmehr untersuchen, worin sich dieser Fortschritt äußert, und zugleich versuchen, einige allgemeine Ergebnisse desselben festzustellen.

Daß die Ernteertäge der „in eigener Regie bebauten", d. h. der mit kapitalistischen Methoden bestellten Gutsbesitzerländereien diejenigen der Bauernfelder übertreffen, weist auf den technischen Fortschritt des Kapitalismus in der Landwirtschaft hin. Dieser Fortschritt hängt mit dem Übergang vom System der Abarbeit zum System der Lohnarbeit zusammen. Die Verelendung der Bauernschaft, das Schwinden ihres Pferdebestandes und ihres Inventars, die Proletarisierung des Ackerbauern *nötigen* den Gutsbesitzer, zur Bebauung der Felder mit eigenem Inventar überzugehen. Es wächst die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen, die die Arbeitsproduktivität steigern und unabwendbar zur Entwicklung rein kapitalistischer Produktionsverhältnisse führen. In den Jahren 1869–1872 wurden für 788 000 Rbl. landwirtschaftliche Maschinen nach Rußland eingeführt, 1873–1880 für 2,9 Mill. Rbl., 1881–1888 für 4,2 Mill. Rbl., 1889–1896 für 3,7 Mill. Rbl., 1902 und 1903 für 15,2 bzw. für 20,6 Mill. Rbl. Die Produktion landw. Maschinen in Rußland selbst hatte (angenähert, nach der recht ungenauen Fabrik- und Werkstatistik) im Jahre 1876 einen Wert von 2,3 Mill. Rbl., 1894 von 9,4 Mill. Rbl., 1900–1903 von 12,1 Mill. Rbl. Daß diese Zahlen von einem Fortschritt in der Landwirtschaft zeugen, und zwar von einem kapitalistischen Fortschritt, ist natürlich unbestreitbar. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß sich dieser Fortschritt gegenüber dem, was in einem modernen kapitalistischen Staat möglich ist, höchst langsam vollzieht: als Beispiel dafür – Amerika! Laut der Zählung vom 1. Juni 1900 belief sich der Farmerboden in den Vereinigten Staaten auf 838,6 Mill. Acres, das sind ca. 324 Mill. Desj. Die Anzahl der Farmen betrug 5,7 Mill., so daß auf eine Farm durchschnittlich

146,2 Acres (etwa 60 Desj.) entfielen. Die Produktion landwirtschaftlicher Geräte für diese Farmen machte im Jahre 1900 einen Wert von *157,7 Millionen Dollar* aus (1890 waren es 145,3 Mill. Dollar und 1880 62,1 Mill. Dollar)*. Die russischen Zahlen sind demgegenüber lächerlich niedrig, und sie sind darum niedrig, weil bei uns die fronherrlichen Latifundien groß und stark sind.

Die relative Verbreitung vervollkommneter landwirtschaftlicher Geräte bei den Grundbesitzern und bei den Bauern war Gegenstand einer besonderen Erhebung, die das Landwirtschaftsministerium um die Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vornahm. Eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse, die in der Arbeit des Herrn Kaufman ausführlich dargelegt sind, bringen wir in der nachstehenden Tabelle:

Gebiete	Prozentsatz der Anwendung verbesserter landwirtschaftlicher Geräte	
	bei den Gutsbesitzern	bei den Bauern
Zentrales landwirtsch. Gebiet	20–51	8–20
Mittleres Wolgagebiet	18–66	14
Neurußland	50–91	33–65
Beloruβland	54–86	17–41
Seengebiet	24–47	1–21
Moskauer Gebiet	22–51	10–26
Industriegebiet	4– 8	2

Der Durchschnitt aller Gebiete ergibt bei den Gutsbesitzern 42%, bei den Bauern 21%.

Was die Verwendung von Stalldung anbetrifft, so zeigen uns die Statistiken gleichfalls unwiderleglich, „daß die Gutswirtschaft der bäuerlichen in diesem Punkte von jeher weit voraus war und noch ist" (Kaufman, S. 544). Ja mehr noch: im Rußland nach der Reform war die Erscheinung ziemlich verbreitet, daß die Gutsbesitzer den Bauern Stalldung abkauften. Das ist bereits eine Folge äußerster Notlage der Bauern. In der letzten Zeit geht diese Erscheinung zurück.

* „Abstract of the Twelfth Census", 1900, Third Edition, Washington 1904, pages 217 and 302 – agricultural implements. (Zusammenfassung der 12. Zählung, 1900, 3. Auflage, Washington 1904, S. 217 und 302, Landwirtschaftliche Geräte. *Die Red.*)

Schließlich gibt es hinsichtlich der Agrotechnik im gutsherrlichen und im bäuerlichen Betrieb exaktes und umfangreiches statistisches Material über den Futtergrasanbau (Kaufman, S. 561). Hier die Hauptergebnisse:

	Futtergrasanbau im Europ. Rußland	
Jahr	bäuerliche Betriebe	Betriebe der Gutsbesitzer
1881	49 800 Desj.	491 600 Desj.
1901	499 000 Desj.	1 046 000 Desj.

Was ist das Resultat all dieser Unterschiede zwischen der Bauern- und der Gutswirtschaft? Zur Beurteilung dessen besitzen wir nur die Angaben über die Ernteerträge. Im Durchschnitt für 18 Jahre (1883–1900) betrug der Ernteertrag im Europäischen Rußland (in Tschetwert):

	Roggen	Winter-weizen	Sommer-weizen	Hafer
In Gutswirtschaften	6,0	5,75	5,0	8,5
In Bauernwirtschaften	5,0	5,0	4,25	7,0
Differenz	16,7%	13,0%	15,0%	17,6%

Herr Kaufman hat völlig recht, wenn er sagt, daß der Unterschied „gar nicht groß" sei (S. 592). Dabei ist jedoch nicht nur zu berücksichtigen, daß den Bauern 1861 der *schlechteste Boden* gegeben wurde, sondern auch, daß diese Durchschnittszahlen (wie wir sofort sehen werden) große Unterschiede innerhalb der Bauernschaft selbst verschleiern.

Der allgemeine Schluß, zu dem wir nach der Behandlung der Gutswirtschaft gelangen müssen, besteht darin: Der Kapitalismus bahnt sich in diesem Bereich unverkennbar seinen Weg. Die auf Fronarbeit beruhende Wirtschaft wird von der auf Lohnarbeit fußenden Wirtschaft abgelöst. Der technische Fortschritt der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft gegenüber dem System der Abarbeit und gegenüber der kleinen Bauernwirtschaft tritt nach allen Richtungen hin deutlich zutage. Doch vollzieht sich dieser Fortschritt in einem für ein modernes kapitalistisches Land überaus langsamen Tempo. Und so finden wir am Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland den schärfsten Gegensatz zwischen den Erfordernissen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und der Fronherr-

schaft, die in Gestalt der gutsherrlichen Latifundien des Adels, in Gestalt des Systems der Abarbeit ein Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung, eine Quelle der Unterdrückung, der Barbarei, der zahllosen Formen des Tatarentums im russischen Leben bildet.

III

Die bäuerliche Wirtschaft steht im Mittelpunkt der heutigen Agrarfrage in Rußland. Wir haben oben dargelegt, in welche Bedingungen der bäuerliche Grundbesitz gestellt ist, und müssen uns nunmehr der Organisation der bäuerlichen Wirtschaft – und zwar nicht in der technischen, sondern in der politökonomischen Bedeutung des Wortes – zuwenden.

Zuerst stoßen wir hier auf die Frage der Dorfgemeinde. Mit ihr befaßt sich eine sehr umfangreiche Literatur, und die volkstümlerisch orientierte Richtung im gesellschaftlichen Denken unseres Landes verbindet die Hauptpunkte ihrer Weltanschauung mit den nationalen Eigentümlichkeiten dieser „ausgleichenden" Institution. Vor allem muß darauf verwiesen werden, daß in der Literatur über die russische Dorfgemeinde zwei verschiedene Seiten dieser Frage ständig miteinander verflochten und auf Schritt und Tritt miteinander vermengt werden: die die Lebensweise und Agrikultur betreffende Seite und die politökonomische Seite. In den meisten Schriften über die Dorfgemeinde (W. Orlow, Trirogow, Keussler, W. W.)[40] wird der ersten Seite so viel Raum und Aufmerksamkeit gewidmet, daß die zweite ganz und gar im Dunkeln bleibt. Indessen ist diese Methode grundfalsch. Die Eigenart der russischen Agrarverhältnisse gegenüber allen anderen Ländern unterliegt keinem Zweifel, aber es sind auch keine zwei rein kapitalistische und allgemein als solche anerkannte Länder zu finden, die sich nicht ebenso wesentlich in ihren Agrarformen, in der Geschichte ihrer Agrarverhältnisse, in den Formen des Grundbesitzes und der Bodennutzung usw. voneinander unterscheiden. Was die Frage der russischen Dorfgemeinde so scharf und bedeutungsvoll werden ließ, was seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die beiden Hauptrichtungen im gesellschaftlichen Denken unseres Landes – die volkstümlerische und die marxistische Richtung – voneinander schied, ist gar nicht die Seite der Frage, die die Agrikultur

und die Lebensweise betrifft. Einzelne Forscher in der Provinz mußten ihr vielleicht viel Aufmerksamkeit schenken, um eben die örtlichen Besonderheiten in der Lebensweise der Landbevölkerung allseitig berücksichtigen zu können, und auch um die ignorantenhaften, nicht anders als unverschämt zu nennenden Versuche der Bürokratie aufzudecken, eine kleinliche, von Polizeigeist erfüllte Reglementierung von allem und jedem vorzunehmen. Für einen Ökonomen aber ist es jedenfalls ganz unstatthaft, über dem Studium der verschiedenen Arten der Bodenumteilung, ihrer Verfahrenstechnik u. dgl. m. die Frage zu vergessen, welche *Wirtschaftstypen* sich *innerhalb* der Dorfgemeinde herausbilden, wie sie sich entwickeln, wie sich die Beziehungen gestalten zwischen denen, die Lohnarbeiter beschäftigen, und denen, die sich zu schwerer Arbeit verdingen, zwischen Wohlhabenden und Armen, zwischen denen, die ihre Wirtschaft vervollkommnen und technische Verbesserungen einführen, und denen, die verelenden, ihre Wirtschaft aufgeben und aus dem Dorfe abwandern. Zweifellos veranlaßte diese Erkenntnis unsere Semstwostatistiker – welche uns für das Studium der russischen Volkswirtschaft unschätzbares Material geliefert haben – in den achtziger Jahren, von der *staatlicherseits* gepflogenen Gruppierung der Bauern nach Gemeinden, nach Bodenanteilen, nach der Zahl der Revisionsseelen oder der tatsächlich vorhandenen Personen männlichen Geschlechts zu der einzigen wissenschaftlich stichhaltigen Gruppierung nach der *Vermögenslage* der Höfe überzugehen. Wir möchten daran erinnern, daß in jener Zeit, als das Interesse für die Erforschung Rußlands vom ökonomischen Standpunkt aus besonders groß war, selbst ein in dieser Frage so ausgesprochen „parteilicher" Publizist wie W. W. von ganzem Herzen den „neuen Typus der lokalstatistischen Publikation" (Titel eines Aufsatzes von W. W. im „Sewerny Westnik"[41], 1885, Nr. 3) begrüßt und dabei folgendes erklärt hat: „Die Zahlenangaben dürfen nicht für ein Konglomerat der verschiedenartigsten ökonomischen Bauerngruppen, wie Dorf oder Dorfgemeinde, errechnet werden, sondern für diese Gruppen selbst."

Das wesentliche Merkmal unserer Dorfgemeinde, das ihr in den Augen der Volkstümler besondere Bedeutung verliehen hat, ist der ausgleichende Charakter der Bodennutzung. Wir wollen die Frage ganz aus dem Spiel lassen, in welcher Weise die Dorfgemeinde diesen Ausgleich

herbeiführt, wollen uns vielmehr unmittelbar den ökonomischen Fakten, den Ergebnissen dieses Ausgleichs zuwenden. Die Verteilung des gesamten Anteillandes im Europäischen Rußland ist, wie wir oben an Hand exakter Angaben belegt haben, bei weitem keine gleichmäßige. Die Bodenverteilung unter den Bauern verschiedener Kategorien, unter den Bauern verschiedener Dörfer, selbst unter den Bauern verschiedener Gutsbesitzer (den „Ehemaligen der Herren NN") innerhalb eines Dorfes hat mit Ausgleich ebenfalls nichts zu tun. Nur innerhalb kleiner Dorfgemeinden bewirkt der Umteilungsmodus eine ausgleichende Bodenverteilung innerhalb dieser kleinen, in sich abgeschlossenen Verbände. Untersuchen wir nunmehr die Angaben der Semstwostatistik über die Verteilung des Anteillandes auf die einzelnen Höfe. Dabei müssen wir unserer Gruppierung natürlich nicht die Größe der Familie, nicht die Zahl der Arbeitskräfte, sondern unbedingt die *Vermögenslage* der einzelnen Höfe (Saatfläche, Stückzahl des Zugviehs, der Kühe usw.) zugrunde legen, denn das ganze Wesen der kapitalistischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs besteht im Aufkommen und in der Verstärkung der wirtschaftlichen Ungleichheit innerhalb der patriarchalischen Verbände, des weiteren in der Verwandlung der einfachen Ungleichheit in kapitalistische Beziehungen. Wir würden daher alle Besonderheiten der neuen wirtschaftlichen Entwicklung verschleiern, wenn wir es uns nicht zur Aufgabe machten, die Unterschiede in der Vermögenslage innerhalb der Bauernschaft speziell zu untersuchen.

Wir wollen zunächst einen typischen Kreis herausgreifen (die Untersuchungen der Semstwostatistik über die Bauernhöfe mit ausführlichen kombinierten Tabellen sind auf die einzelnen Kreise bezogen) und sodann die Gründe anführen, die uns veranlassen, die uns interessierenden Schlußfolgerungen auf die Bauernschaft ganz Rußlands auszudehnen. Wir entnehmen das Material der „Entwicklung des Kapitalismus", Kapitel II*.

Im Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, wo es nur bäuerlichen Gemeindegrundbesitz gibt, ist das Anteilland wie folgt verteilt:

* Siehe Werke, Bd. 3, S. 59–182. *Die Red*

	Auf 1 Hof entfallen Personen beiderlei Geschlechts	Anteilland in Desj.
Ohne Bewirtschaftung des Bodens	3,5	9,8
Mit Bewirtschaftung bis zu 5 Desj.	4,5	12,9
" " von 5–10 "	5,4	17,4
" " von 10–20 "	6,7	21,8
" " von 20–50 "	7,9	28,8
" " von mehr als 50 "	8,2	44,6
Insgesamt	5,5	17,4

Wir sehen, daß mit besserer Vermögenslage des Hofes unbedingt in regelmäßigem Verhältnis auch die Zahl der Familienmitglieder steigt. Es ist klar, daß eine große Familie ein Faktor bäuerlichen Wohlstands ist. Das steht fest. Es fragt sich nur, welche sozialökonomischen Verhältnisse dieser Wohlstand unter den in der gesamten Volkswirtschaft gegebenen Bedingungen mit sich bringt. Beim Anteilland sehen wir eine, wenn auch nicht allzu große Ungleichmäßigkeit in der Verteilung. Je wohlhabender ein Bauernhof, desto mehr Anteilland *pro Kopf der Bevölkerung*. In der untersten Gruppe sind es weniger als 3 Desj. pro Kopf beiderlei Geschlechts, in den weiteren Gruppen etwa 3 Desj., 3 Desj., etwa 4 Desj., 4 Desj. und endlich in der obersten Gruppe über 5 Desj. Anteilland pro Kopf beiderlei Geschlechts. Folglich sind große Familien und beste Versorgung mit Anteilland die Grundlage des Wohlstands einer *kleinen Minderheit* der Bauern; denn die beiden höchsten Gruppen umfassen nur *ein Zehntel* der Gesamtzahl der Höfe. Hier das prozentuale Verhältnis zwischen der Anzahl der Höfe, der Bevölkerungszahl und der Verteilung des Anteillandes:

Gruppen von Höfen	Prozentsatz zur Gesamtzahl der Höfe	der Bevölkerung beiderlei Geschlechts	des Anteillandes
Ohne Bewirtschaftung des Bodens	10,2	6,5	5,7
Mit Bewirtschaftung bis zu 5 Desj.	30,3	24,8	22,6
" " von 5–10 "	27,0	26,7	26,0
" " von 10–20 "	22,4	27,3	28,3
" " von 20–50 "	9,4	13,5	15,5
" " von mehr als 50 "	0,7	1,2	1,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß in der Verteilung des Anteillandes eine Proportionalität herrscht, daß das Resultat der Ausgleichstendenzen innerhalb der Dorfgemeinde von uns berücksichtigt wird. Die auf Bevölkerung und Anteilboden bezüglichen Prozentzahlen kommen einander in den einzelnen Gruppen ziemlich nahe. Doch auch hier beginnt bereits der Einfluß der Vermögenslage der einzelnen Höfe in Erscheinung zu treten: der Anteil der unteren Gruppen am Grund und Boden ist *geringer* als ihr Anteil an der Bevölkerung, der Anteil der oberen Gruppen *größer*. Diese Erscheinung ist nicht vereinzelt, sie tritt nicht allein in diesem Kreis zutage, sondern sie ist allgemein gültig für ganz Rußland. In der obenerwähnten Arbeit habe ich gleichartige Zahlen für 21 Kreise aus 7 Gouvernements der verschiedensten Gegenden Rußlands zusammengefaßt. Diese Angaben erfassen eine halbe Million Bauernhöfe und zeigen überall das gleiche Verhältnis: 20% wohlhabende Höfe mit 26,1–30,3% der Bevölkerung besitzen 29,0–36,7% des Anteillandes; 50% arme Höfe mit 36,6–44,7% der Bevölkerung besitzen 33,0–37,7% des Anteillandes. Eine proportionale Verteilung des Anteillandes ist überall anzutreffen, zugleich aber tritt überall zutage, daß die Dorfgemeinde dem Einfluß der bäuerlichen Bourgeoisie *erliegt*: die Abweichungen von der Proportionalität kommen stets den oberen Gruppen der Bauernschaft zugute.

Es wäre daher ein großer Irrtum zu glauben, wir ignorierten den „ausgleichenden" Einfluß der Dorfgemeinde, wenn wir der Untersuchung die Gruppierung der Bauernschaft entsprechend ihrer Vermögenslage zugrunde legen. Im Gegenteil, durch Verwendung exakter Angaben berücksichtigen wir gerade die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung dieser ausgleichenden Bodenverteilung, zeigen wir, wie weit sie reicht, welche Folgen das ganze System der Umteilung *in letzter Instanz* nach sich zieht. Mag dieses System auch die bestmögliche Verteilung des Ackerbodens verschiedener Qualität sowie der sonstigen Nutzflächen sichern, so ist es doch eine unumstößliche Tatsache, daß sich das Übergewicht der wohlhabenden Bauerngruppen über die ärmeren *auch* in der Verteilung des Anteillandes zeigt. Der übrige Boden, der also nicht zum Anteilland gehört, ist, wie wir aus Nachstehendem sogleich erkennen werden, noch sehr viel ungleichmäßiger verteilt.

Die Bedeutung der Pacht in der bäuerlichen Wirtschaft ist bekannt. Der Landmangel bringt auf dieser Grundlage außerordentlich mannigfache

Formen von Knechtschaftsverhältnissen hervor. Wie bereits dargelegt, bedeutet die Pachtung von Boden durch Bauern sehr häufig im Grunde nichts anderes als ein System der Abarbeit in der Gutswirtschaft, als eine fronherrliche Methode, dem Gutsbesitzer Arbeitskräfte zu verschaffen. Der fronherrliche Charakter unserer bäuerlichen Pacht unterliegt somit keinem Zweifel. Aber da wir es mit einer kapitalistischen Entwicklung dieses Landes zu tun haben, müssen wir speziell untersuchen, ob und wie in der bäuerlichen Pacht *kapitalistische* Verhältnisse zutage treten. Dazu bedarf es wiederum Materials über die verschiedenen Wirtschaftsgruppen innerhalb der Bauernschaft, nicht aber über ganze Dörfer und Gemeinden. So z. B. mußte Herr Karyschew in den „Ergebnissen der Semstwostatistik" zugeben, daß Naturalpacht (d. h. jene Form der Pacht, bei der der Pachtzins nicht in Geld, sondern als Halbpacht oder in Arbeit entrichtet wird) in der Regel *überall* teurer ist als Geldpacht, und zwar bedeutend teurer ist, manchmal sogar das Doppelte kostet; daß ferner die Naturalpacht *unter den ärmsten Bauerngruppen am weitesten verbreitet ist*. Jeder einigermaßen wohlhabende Bauer ist bestrebt, Boden gegen Geld zu pachten. „Der Pächter benutzt die geringste sich bietende Möglichkeit, um die Pachtsumme in Geld zu zahlen und so die Nutzung des fremden Bodens billiger zu gestalten" (Karyschew im genannten Werk, S. 265)[42].

Folglich lasten die fronwirtschaftlichen Züge unserer Pacht in ihrer ganzen Schwere gerade auf der ärmsten Bauernschaft. Wohlhabende Bauern sind bestrebt, sich vom mittelalterlichen Joch zu befreien, und dies gelingt ihnen nur in dem Maße, wie sie über ausreichende Geldmittel verfügen. Wer Geld hat, kann gegen bar Boden zu den üblichen Marktpreisen pachten. Wer keines hat, muß sich in Knechtschaft begeben und einen viel höheren Pachtzins zahlen, sei es in Form von Halbpacht oder in Form von Abarbeit. Wir haben bereits gesehen, um wieviel die Entlohnung bei Abarbeit niedriger liegt als bei freier Lohnarbeit. Sind aber die Pachtbedingungen für Bauern verschiedener Vermögenslage verschieden, so ist es klar, daß wir uns nicht auf die Gruppierung der Bauern nach Anteilland beschränken können (wie dies Karyschew ständig tut), denn diese Art der Gruppierung vereinigt *künstlich* Höfe von verschiedener Vermögenslage und vermengt Landproletariat und bäuerliche Bourgeoisie miteinander.

Betrachten wir als Illustration des Dargelegten die Statistik für den Kreis Kamyschin, Gouvernement Saratow, wo es fast nur Gemeindebesitz an Boden gibt (von 2455 Dorfgemeinden dieses Gouvernements haben 2436 Grundbesitz der Dorfgemeinde). Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Hofgruppen in bezug auf die Bodenpacht ist das folgende:

Gruppen der Hofbesitzer	Höfe in %	Desjatinen auf den Anteilhof: Anteil-ackerland	Desjatinen auf den Anteilhof: Gepachtetes Land
Ohne Zugvieh	26,4	5,4	0,3
Mit 1 Stück Zugvieh	20,3	6,5	1,6
Mit 2 „ „	14,6	8,5	3,5
Mit 3 „ „	9,3	10,1	5,6
Mit 4 „ „	8,3	12,5	7,4
Mit 5 und mehr Stück Zugvieh	21,1	16,1	16,6
Insgesamt	100,0	9,3	5,4

Die Verteilung des Anteillandes ist uns schon bekannt: die wohlhabenderen Höfe besitzen pro Kopf ihrer Angehörigen mehr Anteilland als die armen. Die Verteilung des Pachtlandes ist aber *dutzendemal* ungleichmäßiger. Die oberste Gruppe hat dreimal soviel Anteilland (16,1 gegen 5,4), aber *fünfzigmal* soviel Pachtland wie die unterste (16,6 gegen 0,3). Die Unterschiede in der Vermögenslage der Bauern werden folglich durch die Pacht nicht ausgeglichen, sondern, im Gegenteil, um ein Vielfaches verstärkt und verschärft. Die entgegengesetzte Folgerung, die wir bei Ökonomen der Volkstümlerrichtung wiederholt finden (so bei W. W., Nik.-on[43], Maress, Karyschew, Wichljajew u. a.), beruht auf folgendem Fehler. Man gruppiert meist die Bauern nach der Größe ihres Anteillandes und zeigt, daß die Bauern mit geringem Landanteil mehr pachten als die mit größerem Landanteil. Dann aber geht man nicht weiter und weist nicht nach, daß es vornehmlich die wohlhabenderen Höfe der Gemeinden mit wenig Anteilland sind, die Boden pachten, und daß daher die scheinbar ausgleichende Bodenverteilung der Gemeinden bloß die schroffe Ungleichheit in der Verteilung innerhalb der Gemeinde selbst verschleiert. Karyschew gibt z. B. selbst zu: „Größere Pachtungen ... haben a) die schlechter mit Boden versorgten Kategorien, aber b) innerhalb dieser Kategorien die besser versorgten Gruppen." (S. 139 des

genannten Werkes.) Trotzdem aber unterläßt er es, die Verteilung der Bodenpacht nach Gruppen systematisch zu untersuchen.

Um diesen Fehler der Ökonomen der Volkstümlerrichtung noch augenfälliger zu machen, wollen wir ein Beispiel anführen, nämlich aus dem Buch von Herrn Maress „Der Einfluß der Ernten und Getreidepreise . . .", Bd. I, S. 34. Aus der Statistik für den Kreis Melitopol schließt er auf eine „annähernd gleichmäßige Verteilung der Pacht nach der Zahl der Personen". Wie kommt er zu diesem Schluß? Wenn man in der folgenden Weise die Höfe nach der Zahl der männlichen Arbeitskräfte gruppiert, so stellt es sich heraus, daß auf Höfe ohne Arbeitskräfte „durchschnittlich" 1,6 Desj. Pachtland pro pachtenden Hof entfallen, auf Höfe mit 1 Arbeitskraft 4,4 Desj., auf Höfe mit 2 Arbeitskräften 8,3 Desj., auf Höfe mit 3 Arbeitskräften 14,0 Desj. Pachtland. Des Pudels Kern aber ist, daß diese „Durchschnittsgrößen" Höfe ganz unterschiedlicher Vermögenslage umfassen, daß sich z. B. unter den Höfen mit einer männlichen Arbeitskraft solche befinden, die 4 Desj. pachten, 5–10 Desj. bebauen und 2–3 Stück Zugvieh besitzen, neben solchen, die 38 Desj. pachten, mehr als 50 Desj. bebauen und 4 oder mehr Stück Zugvieh halten. Somit ist die von Herrn Maress ermittelte Gleichmäßigkeit nur eine *Fiktion*. In Wirklichkeit sind im Kreis Melitopol in den Händen der 20% ausmachenden reichen Bauernhöfe, obwohl diese sowohl mit Anteilland als auch mit gekauftem Land am reichlichsten versorgt sind, 66,3%, d. h. zwei Drittel des gesamten Pachtlandes konzentriert, während auf die armen Höfe, die die *Hälfte* der Gesamtzahl bilden, nur 5,6% des Pachtlandes entfallen.

Weiter. Wenn wir einerseits sehen, daß Höfe ohne Pferd oder mit nur einem Pferd eine Desjatine oder gar Bruchteile einer Desjatine, Höfe mit vier oder mehr Pferden dagegen 7–16 Desjatinen pachten, so ist es klar, daß hier die Quantität in Qualität umschlägt. Im ersten Falle ist es Pacht aus Not, eine den Pächter knechtende Pacht. Ein „Pächter" in solchen Verhältnissen wird unvermeidlich zum Gegenstand der Ausbeutung durch Abarbeit, Verdingung im Winter, Darlehen usw. Umgekehrt: Ein Hof, der 12–16 Desjatinen Anteilland besitzt und *überdies* noch 7–16 Desjatinen pachtet, tut dies offensichtlich nicht aus Not, sondern aus Reichtum, nicht um „seinen Lebensunterhalt zu sichern", sondern um sich zu bereichern, um zu „verdienen". Wir sehen hier sinnfällig die

Verwandlung der Pacht in kapitalistisches Farmertum, das Aufkommen von Unternehmertum in der Landwirtschaft. Solche Höfe können, wie wir noch sehen werden, nicht ohne Beschäftigung von Lohnarbeitern auskommen.

Es fragt sich nun, inwieweit diese unverkennbare Unternehmerpacht als allgemeine Erscheinung bezeichnet werden kann. In unseren weiteren Ausführungen werden wir zeigen, daß sich das Anwachsen der Unternehmerwirtschaft in den verschiedenen Gebieten der landwirtschaftlichen Marktproduktion auf verschiedene Weise ausprägt. Hier aber wollen wir noch einige Beispiele anführen und allgemeine Schlußfolgerungen hinsichtlich der Pacht ziehen.

Im Kreis Dneprowsk des Gouvernements Taurien bilden die Höfe mit einer Anbaufläche von 25 und mehr Desj. 18,2% der Gesamtzahl. Sie besitzen 16–17 Desj. Anteilland pro Hof und pachten jeder zwischen 17–44 Desjatinen. Im Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, bilden die Höfe mit 5 Stück Zugvieh und mehr 24,7% der Gesamtzahl der Höfe. Sie bestellen 25–53–149 Desj. pro Hof, wobei sie 14–54–304 Desj. Nichtanteilland pro Hof pachten (die erste Zahl bezieht sich auf die Gruppe von Höfen mit 5–10 Stück Zugvieh, d. h. 17,1% der Höfe, die zweite auf die Höfe mit 10–20 Stück Zugvieh, die 5,8% aller Höfe ausmachen, und die dritte auf die Höfe mit 20 und mehr Stück Zugvieh, die 1,8% aller Höfe ausmachen). Sie pachten in anderen Gemeinden 12–29–67 Desj. Anteilland und in ihrer eigenen 9–21–74 Desj. Im Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, bestellen 10,1% aller Höfe je 20 Desj. und mehr. Sie besitzen 28 bzw. 44 Desj. Anteilland pro Hof und pachten 14 bzw. 40 Desj. Ackerland sowie 118 bzw. 261 Desj. Wiesenland. In zwei Kreisen des Gouvernements Orjol (Jelez und Trubtschewsk) bilden Höfe mit 4 Pferden und darüber 7,2% der Gesamtzahl. Sie haben durchschnittlich 15,2 Desj. Anteilland, aber durch gekauftes Land und Pacht bringen sie ihre Bodennutzung auf 28,4 Desj. Im Kreis Sadonsk, Gouvernement Woronesh, sind die entsprechenden Zahlen folgende: 3,2% der Höfe mit 17,1 Desj. Anteilland und 33,2 Desj. Gesamtbodennutzung. In drei Kreisen des Gouvernements Nishni-Nowgorod (Knjaginino, Makarjew und Wassilsk) besitzen 9,5% der Höfe je 3 und mehr Pferde; sie haben je 13–16 Desj. Anteilland und eine Bodennutzung von insgesamt 21–34 Desj. pro Hof.

Hieraus erhellt, daß Unternehmerpacht in der Bauernschaft keineswegs eine vereinzelte und zufällige, sondern eine allgemeine und allerorts verbreitete Erscheinung ist. Überall sondert sich aus der Dorfgemeinde eine stets geringe Minderheit wohlhabender Höfe aus, die auch immer mit Hilfe der Unternehmerpacht eine kapitalistische Landwirtschaft in die Wege leitet. Daher läßt sich in den Fragen unserer Bauernwirtschaft mit allgemeinen Phrasen über Pacht für den Lebensunterhalt und kapitalistische Pacht nichts ausrichten: Man muß das *konkrete Material* über die Entwicklung fronherrlicher Tendenzen im Pachtwesen und über die Entstehung kapitalistischer Beziehungen *im gleichen Pachtwesen* untersuchen.

Wir haben im vorstehenden zahlenmäßig nachgewiesen, welcher Teil der Bevölkerung und des Anteillandes bei den 20% der wohlhabendsten Höfe konzentriert ist. Wir können jetzt hinzufügen, daß in ihren Händen 50,8 bis 83,7% des gesamten von der Bauernschaft gepachteten Bodens konzentriert sind, so daß den 50% der Höfe der unteren Kategorien nur 5 bis 16% des gesamten gepachteten Bodens verbleiben. Was daraus folgt, ist klar: Wenn man uns fragt, welche Art von Pacht in Rußland vorherrscht, Pacht für den Lebensunterhalt oder Unternehmerpacht, Pacht aus Not oder Bodenpachtung durch wohlhabende Bauern, an Leibeigenschaft gemahnende Pacht (gegründet auf Abarbeit, knechtende Pacht) oder bürgerliche, so kann es darauf nur eine Antwort geben. Wenn es sich um die Zahl der pachtenden Höfe handelt, pachten die meisten Bauern zweifellos aus Not. Für die große Mehrheit der Bauern ist die Pacht Knechtung. Wenn von der Menge des gepachteten Bodens die Rede ist, befindet sich dieser zweifellos mindestens zur Hälfte in den Händen der wohlhabenden Bauernschaft, der Dorfbourgeoisie, die eine kapitalistische Landwirtschaft in die Wege leitet.

Die Pachtpreise werden meist nur im „Durchschnitt" für alle Pächter und für den gesamten Boden angegeben. In welchem Grade diese durchschnittlichen Angaben das maßlose Elend und die Unterdrückung der Bauern *beschönigen*, ist aus der Semstwostatistik für den Kreis Dneprowsk des Gouvernements Taurien zu ersehen, wo als glückliche Ausnahme einmal die Pachtpreise für die verschiedenen Gruppen von Bauern angegeben sind:

	Pachtende Höfe in %	Desj. Ackerland je pachtenden Hof	Preis 1 Desj. in Rubel
Höfe mit Saatfläche bis zu 5 Desj.	25	2,4	15,25
„ „ „ von 5–10 „	42	3,9	12,00
„ „ „ von 10–25 „	69	8,5	4,75
„ „ „ von 25–50 „	88	20,0	3,75
„ „ „ von mehr als 50 „	91	48,6	3,55
Insgesamt	56,2	12,4	4,23

Der „durchschnittliche" Pachtpreis von 4,23 Rbl. pro Desjatine verfälscht demnach direkt die wirkliche Lage der Dinge, weil er jene Widersprüche verschwinden läßt, die den Kern der Sache ausmachen. Die armen Bauern sind genötigt, zu horrenden Preisen zu pachten, die mehr als das Dreifache der durchschnittlichen Pachtpreise betragen. Die Reichen kaufen den Boden „en gros" zu vorteilhaften Bedingungen und verpachten ihn natürlich bei passender Gelegenheit an den bedürftigen Nachbarn mit einem Gewinn von 275 Prozent. Es gibt eben Pacht und Pacht. Es gibt fronherrliche Knechtung, es gibt irische Pacht, und es gibt Handel mit Boden, kapitalistisches Farmertum.

Eine solche Erscheinung wie der Umstand, daß Bauern Anteilland verpachten, zeigt noch anschaulicher die kapitalistischen Beziehungen innerhalb der Dorfgemeinde, die Ruinierung der armen Bauern und die Bereicherung einer Minderheit auf Kosten der dem Ruin entgegengehenden Massen. Pachtung und Verpachtung von Boden sind Erscheinungen, die mit der Dorfgemeinde und ihrem ausgleichenden Charakter in keinerlei Zusammenhang stehen. Was bedeutet schon im praktischen Leben die ausgleichende Verteilung des Anteillandes, wenn die armen Bauern genötigt sind, den ihnen „ausgleichend" zugeteilten Boden an reiche Bauern zu *verpachten*? Läßt sich überhaupt eine anschaulichere Widerlegung der „gemeindefreundlichen" Auffassungen denken als die Tatsache, daß sich das Leben über die offizielle, nach den Registern vorgenommene, fiskalische, ausgleichende Verteilung des Anteillandes einfach *hinwegsetzt*? Die Verpachtung des Anteillandes durch die armen Bauern und die Konzentration der Pacht in den Händen der Reichen beweist auf das anschaulichste die Ohnmacht jeglicher Ausgleichung gegenüber dem sich entwickelnden Kapitalismus.

Wie weit ist diese Erscheinung – die Verpachtung von Anteilland – verbreitet? Nach den inzwischen veralteten semstwostatistischen Untersuchungen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, auf die wir uns vorläufig beschränken müssen, scheint es, daß die Zahl der verpachtenden Höfe und der Prozentsatz des verpachteten Anteillandes nicht groß sind. Im Kreis Dneprowsk des Gouvernements Taurien z. B. verpachten 25,7% der Bauern Anteilland, und zwar 14,9% des gesamten Anteillandes. Im Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, verpachten 12% der Höfe Land. Im Kreis Kamyschin, Gouvernement Saratow, werden 16% des Anteillandes verpachtet. Im Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, wird Anteilland von 8500 Bauern verpachtet, d. h. von mehr als einem Drittel der Gesamtzahl (23 500). Von den insgesamt vorhandenen 410 000 Desj. Anteilland werden 50 500 Desj. verpachtet, d. h. etwa 12%. Im Kreis Sadonsk, Gouvernement Woronesh, werden von insgesamt 135 500 Desj. Anteilland 6500 Desj. verpachtet, d. h. weniger als 5%, in drei Kreisen des Gouvernements Nishni-Nowgorod sind es 19 000 Desj. von 433 000, ebenfalls weniger als 5%. Aber diese Zahlen sind nur scheinbar niedrig, da ein derartiges prozentuales Verhältnis die stillschweigende Annahme enthält, der Boden werde mehr oder weniger gleichmäßig von Bauern aller Gruppen verpachtet. Diese Annahme steht aber in striktem Gegensatz zum wahren Sachverhalt. Weit wichtiger als die absoluten Zahlen der Pachtung und Verpachtung, als die durchschnittlichen Prozentsätze des verpachteten Bodens oder der verpachtenden Bauern ist der Umstand, daß es vornehmlich die armen Bauern sind, die den Boden verpachten, und die wohlhabenden, die den größten Teil des Bodens pachten. In diesem Punkt läßt die Semstwostatistik nicht den geringsten Zweifel übrig. Auf 20% der Höfe – die reichsten – entfallen 0,3 bis 12,5% des gesamten verpachteten Bodens. Umgekehrt, auf 50% der Höfe, auf die unteren Gruppen, entfallen 63,3 bis 98% des verpachteten Bodens, und dieser von den armen Bauern verpachtete Boden wird natürlich von eben diesen wohlhabenden gepachtet. Hier wird es wiederum klar, daß in verschiedenen Bauerngruppen die Bodenverpachtung verschiedene Bedeutung hat: Die armen Bauern verpachten ihren Boden aus Not, weil sie keine Möglichkeit haben, ihn zu bestellen, kein Saatgut, kein Vieh, kein Inventar besitzen und in schlimmster Geldnot sind. Die reichen Bauern verpachten wenig; entweder tauschen sie im

Interesse ihrer Wirtschaft ein Stück Land gegen ein anderes ein, oder sie treiben direkten Handel mit Boden.

Hier konkrete Zahlen für den Kreis Dneprowsk, Gouvernement Taurien:

	Hofbesitzer, die Anteilland verpachten, in %	Verpachtetes Anteilland in %
Ohne Aussaat	80	97,1
Mit Saatfläche bis zu 5 Desj.	30	38,4
„ „ von 5–10 „	23	17,2
„ „ von 10–25 „	16	8,1
„ „ von 25–50 „	7	2,9
„ „ von mehr als 50 „	7	13,8
Im ganzen Kreis	25,7	14,9

Geht aus diesen Zahlen nicht klar hervor, daß hier die Aufgabe des Bodens und eine Proletarisierung größten Umfangs mit dem Bodenhandel eines kleinen Häufleins von Dorfreichen Hand in Hand gehen? Ist es nicht bezeichnend, daß der Prozentsatz des verpachteten Anteillandes gerade bei Bauern mit großer Anbaufläche steigt, die 17 Desj. Anteilland, 30 Desj. gekauftes Land und 44 Desj. Pachtland pro Hof besitzen? Insgesamt pachten die armen Bauern des Kreises Dneprowsk, d. h. 40% der Höfe mit insgesamt 56 000 Desj. Anteilland, 8000 Desj., verpachten aber 21 500. Die wohlhabende Gruppe aber, die 18,4% der Höfe ausmacht und 62 000 Desj. Anteilland besitzt, verpachtet 3000 Desj. Anteilland und pachtet 82 000 Desj. In drei Kreisen des Gouvernements Taurien pachtet diese wohlhabende Gruppe 150 000 Desj. Anteilland, d. h. drei Fünftel des gesamten verpachteten Anteillandes! Im Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, verpachten 47% der Höfe, die kein Pferd besitzen, und 13% der Höfe mit nur einem Pferd Anteilboden, während die Besitzer von 10 und mehr Stück Zugvieh, d. h. 7,6% der Gesamtzahl der Höfe, 20, 30, 60 ja 70 Desjatinen *Anteil*land pachten!

Über das gekaufte Land ist fast das gleiche zu sagen wie über die Pacht. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Pacht Züge der Fronwirtschaft aufweist, daß die Pacht unter bestimmten Verhältnissen auf Abarbeit fußt und Knechtung mit sich bringt, d. h. ein Mittel ist, Arbeits-

kräfte aus der benachbarten verarmten Bauernschaft an die gutsherrliche Wirtschaft zu binden. Dagegen ist es eine rein bürgerliche Erscheinung, daß sich Anteilbauern Land als Privateigentum kaufen. In Westeuropa werden Landarbeiter und Tagelöhner manchmal an die Scholle gefesselt, indem man ihnen kleine Parzellen verkauft. Bei uns in Rußland wurde ein ähnliches Unternehmen schon längst von Staats wegen in Gestalt der „großen Reform" von 1861 durchgeführt, und heute bedeutet der Landkauf durch Bauern nichts anderes, als daß sich aus der Dorfgemeinde Vertreter der ländlichen Bourgeoisie aussondern. Darüber, wie sich nach 1861 der Bodenerwerb der Bauern entwickelt hat, haben wir bei der Erörterung der Angaben über die Aufgliederung des Grundbesitzes bereits gesprochen. Hier jedoch müssen wir auf die enorme Konzentration des gekauften Landes in den Händen einer Minderheit verweisen. 20% der Bauernhöfe, die wohlhabenden, konzentrieren in ihren Händen 59,7 bis 99% des gesamten Kauflandes; die ärmsten Bauernhöfe, 50%, besitzen nur 0,4 bis 15,4% des gesamten von Bauern käuflich erworbenen Bodens. Wir können daher getrost behaupten, daß von den 7,5 Mill. Desjatinen Boden, der von 1877 bis 1905 (siehe oben) von Bauern käuflich erworben worden ist, zwei Drittel bis drei Viertel Eigentum der verschwindend kleinen Anzahl der wohlhabenden Höfe sind. Das gleiche gilt natürlich auch für den Bodenerwerb durch Bauerngemeinden und bäuerliche Genossenschaften. Im Jahre 1877 besaßen Bauerngemeinden 765 000 Desj. käuflich erworbenen Landes, im Jahre 1905 bereits 3,7 Mill. Desj.; die bäuerlichen Genossenschaften aber besaßen 1905 bereits 7,6 Mill. Desjatinen als Privateigentum. Es wäre falsch zu glauben, der von den Bauerngemeinden erworbene oder gepachtete Boden werde anders verteilt als bei individuellem Erwerb oder individueller Pacht. Die Tatsachen zeugen vom Gegenteil. So z. B. wurde für die drei auf dem Festland gelegenen Kreise des Gouvernements Taurien Material gesammelt über die Verteilung des von Bauern*gemeinden* beim Fiskus gepachteten Bodens, und es stellte sich dabei heraus, daß sich 76% des gepachteten Bodens in den Händen der wohlhabenden Gruppe (etwa 20% der Höfe) und nur 4% in den Händen der 40% armer Höfe befinden. Die Bauern teilen den gepachteten oder erworbenen Boden untereinander nicht anders auf als „nach dem Geld".

IV

Die Gesamtheit des oben angeführten Materials über Anteilland, Pachtland, käuflich erworbenes Land sowie verpachtetes Bauernland führt zu dem Schluß, daß die *tatsächliche Bodennutzung* der Bauernschaft dem offiziellen, behördlich ausgewiesenen Anteillandbesitz der Bauernschaft mit jedem Tage immer weniger entspricht. Natürlich, wenn man Gesamtzahlen oder „Durchschnittsgrößen" nimmt, so wird die Verpachtung von Anteilland durch Pachtung ausgeglichen, die übrige Pacht und das Kaufland verteilen sich scheinbar gleichmäßig auf die ganze Masse der Bauernhöfe, und es entsteht der Eindruck, als unterscheide sich die tatsächliche Bodennutzung der Bauern nicht wesentlich von der amtlich ausgewiesenen, d. h. vom Anteillandbesitz. Ein solcher Eindruck ist jedoch eine Fiktion, denn der Unterschied zwischen der tatsächlichen Bodennutzung der Bauern und der ursprünglich ausgleichenden Bodenzuteilung ist *gerade in den extremen Gruppen* am größten, so daß bei Annahme von „Durchschnittsgrößen" die Sachlage unvermeidlich verfälscht wird.

In Wirklichkeit erweist sich die gesamte Bodennutzung der unteren Bauerngruppen als relativ – manchmal auch als absolut – geringer als der Anteillandbesitz (Bodenverpachtung, verschwindend geringe Bodenpachtung); für die oberen Gruppen aber erweist sich die ganze Bodennutzung infolge Konzentration von Kauf- und Pachtland stets als relativ wie auch absolut höher als der Anteillandbesitz. 50% der Höfe, die untersten Kategorien, besitzen, wie wir gesehen haben, 33 bis 37% des Anteillandes; ihre tatsächliche Bodennutzung beträgt aber nur 18,6 – 31,9%. In manchen Fällen macht sie kaum die Hälfte des Anteillandes aus; so entfallen im Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, auf diese Gruppen 37,4% des Anteillandes und nur 19,2% der Bodennutzung. 20% der Höfe, die wohlhabenden Bauern, vereinigen 29–36% des Anteillandes auf sich, aber 34–49% der tatsächlichen Bodennutzung. Hier einige konkrete Zahlen zur Veranschaulichung dieser Verhältnisse. Im Kreis Dneprowsk, Gouvernement Taurien, besitzen 40% der Bauernhöfe, die ärmsten, 56 000 Desj. Anteilland, ihre ganze Bodennutzung beläuft sich jedoch nur auf 45 000 Desj., ist also um 11 000 Desj. *geringer*. Die wohlhabende Gruppe (18% der Höfe) besitzt 62 000 Desj. Anteilland, ihre ganze Bodennutzung beträgt aber 167 000 Desj. und ist somit um

105 000 Desj. größer. Hier Zahlen aus drei Kreisen des Gouvernements Nishni-Nowgorod:

	Auf einen Hof entfallen (in Desjatinen)	
	Anteilland	gesamte Bodennutzung
Wirtschaften ohne Pferd	5,1	4,4
„ mit 1 Pferd	8,1	9,4
„ mit 2 Pferden	10,5	13,8
„ mit 3 Pferden	13,2	21,0
„ mit 4 und mehr Pferden	16,4	34,6
Insgesamt	8,3	10,3

Auch hier sehen wir in der untersten Gruppe infolge Pachtung und Verpachtung einen absoluten Rückgang der Bodennutzung. Diese unterste Gruppe, die Bauern ohne Pferd, umfaßt aber ganze 30% der Höfe. Nahezu ein Drittel der Höfe *verliert* absolut infolge Pachtung und Verpachtung. Die Bauern mit einem Pferd (37% der Höfe) haben ihre Bodennutzung vergrößert, aber nur in sehr geringem Maße, das im Verhältnis weniger ausmacht als die durchschnittliche Zunahme der bäuerlichen Bodennutzung (von 8,3 auf 10,3 Desj.). Daher ist der *Anteil* dieser Gruppe an der allgemeinen Bodennutzung zurückgegangen: sie besaß in allen drei Kreisen 36,6% des Anteillandes, bewirtschaftet aber nur 34,1% des gesamten genutzten Bodens. Umgekehrt, die verschwindend geringe Minderheit der oberen Gruppen steigerte ihre Bodennutzung weit über den Durchschnitt hinaus. Die Höfe mit 3 Pferden (7,3% der Gesamtzahl) erhöhten sie aufs Anderthalbfache: von 13 auf 21 Desj., und die Höfe mit 4 Pferden und darüber (2,3% der Höfe) auf mehr als das Doppelte: von 16 Desj. auf 35 Desj.

Wir konstatieren also eine *Verminderung der Rolle des Anteillandes in der Bauernwirtschaft* als allgemeine Erscheinung. An den beiden Polen des Dorfes vollzieht sich diese Verminderung auf verschiedenem Wege. Bei den armen Bauern vermindert sich die Rolle des Anteillandes, weil die wachsende Not und der Ruin sie *zwingen*, den Boden zu verpachten, ihn aufzugeben, wegen Mangels an Vieh, Inventar, Saatgut und Geldmitteln den Ackerbau *einzuschränken* und entweder zu irgendeiner kärglich bezahlten Lohnarbeit überzugehen oder aber ins ... Jenseits zu übersiedeln. Die unteren Bauerngruppen werden hinweggerafft – Hunger,

Skorbut, Typhus tun das Ihre dazu. In den oberen Bauerngruppen verliert das Anteilland an Bedeutung, weil die sich erweiternde Wirtschaft genötigt ist, weit über seine Grenzen hinauszugehen, und sich auf der Basis eines neuen, nicht fronpflichtigen, sondern freien Grundbesitzes zu etablieren, eines Grundbesitzes, der nicht von Vätern und Urvätern ererbt, sondern auf dem Markt erworben ist, durch Kauf und Pacht. Je reicher die Bauernschaft an Boden, je schwächer die Spuren der Leibeigenschaft, je rascher die wirtschaftliche Entwicklung, desto stärker auch diese Loslösung vom Anteilland, die Einbeziehung des ganzen Bodens in den Handel, der Aufbau einer kommerziellen Landwirtschaft auf gepachtetem Boden. Ein Beispiel dafür bietet Neurußland. Wir sahen eben, wie dort die wohlhabende Bauernschaft ihre Betriebe mehr auf Kauf- und Pachtland als auf Anteilland gründet. Das scheint widersinnig zu sein, ist aber Tatsache; in der bodenreichsten Gegend Rußlands verlegt die mit Anteilland am besten versorgte Bauernschaft (16–17 Desj. Anteilland pro Hof) den Schwerpunkt ihrer Bodenbewirtschaftung vom Anteilland *auf Nichtanteilland!*

Die Verminderung der Rolle des Anteillandes an den beiden sich rasch immer stärker ausprägenden Polen der Bauernschaft ist unter anderem von größter Bedeutung für die Beurteilung der Bedingungen jener Agrarumwälzung, die das 19. Jahrhundert dem 20. als Aufgabe vermacht und die den Klassenkampf in unserer Revolution hervorgerufen hat. Diese Tatsache zeigt anschaulich, daß die *Zerschlagung* des alten Grundbesitzes, des gutsherrlichen wie des bäuerlichen, zur *unbedingten ökonomischen Notwendigkeit* geworden ist. Diese Zerschlagung ist absolut unvermeidlich, und keine Macht auf Erden vermag sie zu verhindern. Der Kampf wird geführt um ihre Form, um ihre Methoden: Soll sie auf Stolypinsche Art durchgeführt werden – mit Erhaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes und mit Ausplünderung der Dorfgemeinde durch die Kulaken – oder auf Bauernart – mit Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes und Niederreißung aller mittelalterlichen Scheidewände auf dem Lande durch Nationalisierung des Grund und Bodens? Doch darauf werden wir noch ausführlicher zurückkommen. Hier möchten wir nur auf jenen wichtigen Umstand verweisen, daß die Verminderung der Rolle des Anteillandes zu einer höchst ungleichmäßigen Verteilung der Steuern und Abgaben führt.

Bekanntlich tragen die Steuern und Abgaben der russischen Bauern noch überaus starke Spuren mittelalterlicher Verhältnisse. Wir können hier auf Einzelheiten nicht eingehen, sie gehören in die Finanzgeschichte Rußlands. Man braucht nur an die Ablösegelder zu denken – eine direkte Fortsetzung des mittelalterlichen Fronzinses, ein mit Hilfe des Polizeistaates eingetriebener Tribut an die feudalen Grundbesitzer. Man braucht ferner nur auf die ungleiche Besteuerung der Adels- und der Bauernländereien, auf die Naturalleistungen usw. zu verweisen. Wir führen nachstehend nur die Gesamtsumme der Steuern und Abgaben an, die wir einer statistischen Erhebung der *bäuerlichen Budgets* aus dem Gouvernement Woronesh entnehmen.[44] Die durchschnittlichen Bruttoeinnahmen einer Bauernfamilie (berechnet nach 66 typischen Haushaltungen) belaufen sich auf 491,44 Rbl., die Bruttoausgaben betragen 443 Rbl. Das Reineinkommen macht somit 48,44 Rubel aus. Auf einen „durchschnittlichen" Hof entfallen aber 34,35 Rbl. an Steuern und Abgaben, sie betragen somit 70% des *Reineinkommens*. Es sind natürlich nur der Form nach Steuern, in Wirklichkeit handelt es sich hier um die alte feudale Ausbeutung des *„fronpflichtigen Standes"*. Das Reineinkommen einer durchschnittlichen Bauernfamilie in Geld beläuft sich auf nur 17,83 Rbl., d. h., die vom russischen Bauern zu entrichtenden „Steuern" sind *doppelt so hoch* wie sein Reineinkommen in Geld – und dies nach Angaben aus dem Jahre **1889**, nicht aus dem Jahre 1849!

Doch die Durchschnittszahlen beschönigen auch hier die Not der Bauernschaft und lassen die Lage der Bauernschaft viel besser erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Die Angaben über die Aufgliederung der Steuern und Abgaben auf die Bauerngruppen verschiedener Vermögenslage zeigen, daß bei Bauern ohne oder mit nur einem Pferd (d. h. *bei drei Fünfteln* der Gesamtzahl der Bauernfamilien in Rußland) die Steuern und Abgaben nicht nur das Geld-Reineinkommen, sondern auch das Brutto-Reineinkommen um ein Vielfaches übersteigen. Hier diese Angaben (siehe Tabelle S. 101):

Die Bauern ohne Pferd oder mit nur einem Pferd zahlen unter dem Titel von Steuern den *siebenten bzw. den zehnten Teil* dessen, was ihre Bruttoausgaben ausmachen. Der Fronzins lag wohl kaum so hoch – für den Gutsbesitzer wäre der unvermeidliche Ruin der Masse der Bauern, die sein Eigentum waren, nicht von Vorteil gewesen. Die Ungleichheit der

	Budgetangaben (pro Wirtschaft in Rbl.)			
	Brutto-einnahmen	Ausgaben	Steuern und Abgaben	in % zu den Ausgaben
a) Wirtschaften ohne Pferd	118,10	109,08	15,47	14,19
b) „ mit 1 Pferd	178,12	174,26	17,77	10,20
c) „ mit 2 Pferden	429,72	379,17	32,02	8,44
d) „ mit 3 Pferden	753,19	632,36	49,55	7,83
e) „ mit 4 Pferden	978,66	937,30	67,90	7,23
f) „ mit 5 und mehr Pferden	1766,79	1593,77	86,34	5,42
Im Durchschnitt	491,44	443,00	34,35	7,75

Besteuerung erweist sich als enorm: die Wohlhabenden zahlen im Verhältnis zu ihren Einnahmen nur halb soviel oder ein Drittel dessen, was die anderen zahlen. Woher kommt diese Ungleichheit? Daher, daß die Bauern die Hauptmasse der Steuern entsprechend dem Boden unter sich aufteilen. Steueranteil und Landanteil verschmelzen in der Vorstellung des Bauern zu dem einen Begriff: „Seele". Und wenn wir in unserem Beispiel die Summe der Steuern und Abgaben berechnen, die in den verschiedenen Gruppen auf eine Desjatine Anteilland entfallen, so erhalten wir die folgenden Zahlen: a) 2,6 Rbl., b) 2,4 Rbl., c) 2,5 Rbl., d) 2,6 Rbl., e) 2,9 Rbl. und f) 3,7 Rbl. Mit Ausnahme der obersten Gruppe, wo es besonders besteuerte große gewerbliche Unternehmen gibt, sehen wir eine etwa gleichmäßige Verteilung der Abgaben. Der prozentuale Anteil am Anteilland entspricht auch hier im großen und ganzen dem prozentualen Anteil an den Steuern. Diese Erscheinung ist ein direkter Überrest (und ein direkter Beweis) des fronwirtschaftlichen Charakters unserer Dorfgemeinde. Gemäß den Verhältnissen der auf Abarbeit fußenden Wirtschaft kann es auch nicht anders sein; die Gutsherren hätten sich nicht für die Dauer eines halben Jahrhunderts nach der „Befreiung" mit ihren schuldverpflichteten Arbeitskräften aus den Reihen der benachbarten Bauern versorgen können, wenn diese Bauern nicht an ihre elenden Anteilparzellen gefesselt und nicht verpflichtet wären, für diese Anteile ein Heidengeld zu bezahlen. Man darf nicht vergessen, daß es in Rußland *am Ende des 19. Jahrhunderts* gar nicht so selten vorkam, daß die Bauern sich von ihrem Anteilland *loskaufen*, d. h. demjenigen, der das Anteilland des

Wegziehenden übernahm, noch einiges „draufzahlen" mußten. So z. B. schreibt Herr Shbankow in seinem Buch „Weiberland" (Kostroma 1891)[45] über das Leben der Bauern im Gouvernement Kostroma, daß von den auf Wandererwerb gehenden bäuerlichen Arbeitskräften aus diesem Gebiet „die Hofbesitzer selten für den Boden einen geringen Teil der Abgaben bekommen; gewöhnlich verlangen sie nur vom Pachtenden, daß er das Land einzäunt, alle Abgaben aber zahlen sie selbst". In der 1896 erschienenen „Übersicht über das Gouvernement Jaroslawl" gibt es viele ähnliche Hinweise, daß die gewerblichen Wanderarbeiter genötigt sind, sich von ihrem Bodenanteil loszukaufen.

In rein landwirtschaftlichen Gouvernements finden wir natürlich eine *solche* „Macht des Bodens" nicht. Aber auch für sie trifft, wenn auch in anderer Form, die Erscheinung zu, daß das Anteilland an beiden Polen des Dorfes eine immer geringere Rolle spielt. Das ist eine allgemeine Erscheinung. Ist dem aber so, so führt die Besteuerung entsprechend dem Anteilland unvermeidlich zu immer größerer Ungleichheit der Besteuerung. Von allen Richtungen her und auf den verschiedensten Wegen führt die ökonomische Entwicklung dazu, daß die mittelalterlichen Formen des Grundbesitzes zusammenbrechen, die ständischen Schranken (Anteilland, gutsherrlicher Boden usw.) hinweggefegt werden und die neuen Wirtschaftsformen sich unterschiedslos aus Partikeln der einen wie der anderen Form des Grundbesitzes herausbilden. Das 19. Jahrhundert hinterläßt dem 20. Jahrhundert das Vermächtnis, diese „Bereinigung" der mittelalterlichen Formen des Grundbesitzes als unbedingte, obligatorische Aufgabe zu Ende zu führen. Der Kampf geht nur darum, ob diese „Bereinigung" sich in der Form einer bäuerlichen Nationalisierung des Grund und Bodens oder in der Form einer beschleunigten Ausplünderung der Dorfgemeinde durch die Kulaken und der Verwandlung der bisherigen gutsherrlichen Wirtschaft in eine junkerliche vollziehen wird.

Gehen wir nun bei unserer Analyse der gegenwärtigen Struktur der Bauernwirtschaft von den Problemen des Grund und Bodens zu den Problemen der Viehzucht über. Auch hier müssen wir wiederum als allgemeine Regel feststellen, daß die Verteilung des Viehs unter den Bauernwirtschaften *viel* ungleichmäßiger ist als die Verteilung des Anteillandes. Nachstehend als Beispiel Zahlen über die Viehzucht der Bauern im Kreis Dneprowsk, Gouvernement Taurien:

	Auf einen Hof entfallen	
	Anteilland in Desj.	Stück Vieh
Ohne Aussaat	6,4	1,1
Mit Saatfläche bis zu 5 Desj.	5,5	2,4
„ „ von 5–10 „	8,7	4,2
„ „ von 10–25 „	12,5	7,3
„ „ von 25–50 „	16,6	13,9
„ „ von mehr als 50 „	17,4	30,0
Im Durchschnitt	11,2	7,6

Der Unterschied zwischen den extremen Gruppen ist beim Viehbestand *zehnmal* so groß wie beim Anteilland. Auch nach den Angaben über den Viehbestand zeigt sich also, daß es um den wirklichen Umfang der Wirtschaft ganz anders bestellt ist, als man anzunehmen pflegt, wenn man sich auf durchschnittliche Zahlen beschränkt und von der Auffassung ausgeht, daß der Landanteil alles bestimme. Welche Kreise wir auch untersuchen mögen – überall ist die Verteilung des Viehs viel ungleichmäßiger als diejenige des Anteillandes. Die 20% wohlhabenden Höfe besitzen 29–36% des Anteillandes, aber 37 bis 57% des gesamten Viehbestands der Bauernschaft des jeweiligen Kreises oder der jeweiligen Gruppe von Kreisen. Für die 50% der unteren Gruppen von Höfen verbleiben nur 14 bis 30% des Viehbestands.

Doch diese Zahlen zeigen noch bei weitem nicht die ganze Tiefe der wirklichen Unterschiede. Von nicht geringerer, ja manchmal sogar von noch größerer Bedeutung als die Frage nach der Größe des Viehbestands ist die Frage nach seiner *Qualität*. Es versteht sich, daß ein halb ruinierter, von allen Seiten in Knechtschaft verstrickter Bauer mit seiner elenden Wirtschaft nicht imstande ist, Vieh von einigermaßen guter Qualität zu erwerben und zu halten. Hungert der Besitzer (jämmerlicher „Besitzer"), so hungert auch das Vieh, das ist gar nicht anders möglich. Die Budgetdaten für das Gouvernement Woronesh zeigen aufs anschaulichste die ganze Jämmerlichkeit der Viehhaltung der Bauern ohne oder mit nur einem Pferd, d. h. von *drei Fünfteln* aller Bauernwirtschaften Rußlands. Hier einige Aufstellungen aus diesem Material zur Charakterisierung der Viehhaltung der Bauernwirtschaften:

	Vieh, umgerechnet in Großvieh je Wirtschaft	Durchschnittliche Jahresausgabe in Rbl. für Ergänzung und Instandhaltung des Inventars und Viehs	Viehfutter
a) ohne Pferd	0,8	0,08	8,12
b) mit 1 Pferd	2,6	5,36	36,70
c) mit 2 Pferden	4,9	8,78	71,21
d) mit 3 Pferden	9,1	9,70	127,03
e) mit 4 Pferden	12,8	30,80	173,24
f) mit 5 und mehr Pferden	19,3	75,80	510,07
Im Durchschnitt	5,8	13,14	98,91

In den Jahren 1896–1900 wurden im Europäischen Rußland 3,25 Millionen Bauernhöfe ohne Pferd gezählt. Man kann sich schon vorstellen, wie ihr landwirtschaftlicher „Betrieb" aussieht, wenn sie für ihr lebendes und totes Inventar ganze *acht Kopeken* jährlich ausgeben. Bauernhöfe mit einem Pferd gibt es 3,33 Millionen. Bei 5 Rubel Jahresausgabe für Inventar- und Viehersatz ist auch für sie nichts anderes zu erwarten als ewige Plackerei in auswegloser Not. Selbst bei Bauernhöfen mit zwei Pferden (2,5 Mill. Höfe) und drei Pferden (1 Mill. Höfe) betragen die Jahresausgaben für lebendes und totes Inventar nur 9 bis 10 Rbl. Nur in den zwei obersten Gruppen (unter den 11 Mill. Bauernhöfen Rußlands gibt es nur 1 Mill. solcher Höfe) nähern sich die Ausgaben für lebendes und totes Inventar einigermaßen den Verhältnissen eines richtig geführten landwirtschaftlichen Betriebes.

Es ist ganz natürlich, daß unter solchen Verhältnissen die Qualität des Viehs in den verschiedenen Wirtschaftsgruppen nicht die gleiche sein kann. Der Wert eines Zugpferdes beträgt z. B. in den Wirtschaften mit einem Pferd 27 Rbl., in den Wirtschaften mit zwei Pferden 37 Rbl., in jenen mit drei Pferden 61 Rbl., in denen mit vier Pferden 52 Rbl. und in den Wirtschaften mit fünf und mehr Pferden 69 Rbl. Der Unterschied zwischen den extremen Gruppen beträgt mehr als 100%. Diese Erscheinung ist allen kapitalistischen Ländern gemeinsam, wo es Klein- und Großbetriebe gibt. In meinem Buch „Die Agrarfrage" (Teil I, St. Petersburg 1908)* habe ich nachgewiesen, daß die Untersuchungen Drechslers

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 182–192. *Die Red.*

über Ackerbau und Viehzucht in Deutschland das gleiche Resultat gezeitigt haben. Das Durchschnittsgewicht eines mittleren Stücks Vieh betrug auf den großen Gütern 619 kg (1884, S. 259 der zitierten Schrift), in den Bauernwirtschaften mit 25 ha und darüber 427 kg, in den Wirtschaften von 7,5 bis 25 ha 382 kg, in den Wirtschaften von 2,5 bis 7,5 ha 352 kg und endlich in den Wirtschaften bis 2,5 ha 301 kg.

Von der Stückzahl und Qualität des Viehs hängen ebenfalls die Bestellung und Pflege des Bodens, besonders seine Düngung, ab. Wie wir bereits dargelegt haben, bezeugen sämtliche statistischen Angaben für ganz Rußland, daß die Gutsländereien besser gedüngt werden als das Bauernland. Jetzt sehen wir, daß eine solche Unterscheidung, die zur Zeit der Leibeigenschaft berechtigt und begründet war, veraltet ist. Es stellt sich heraus, daß zwischen den verschiedenen Bauernwirtschaften eine tiefe Kluft gähnt, und alle Untersuchungen, Berechnungen, Schlußfolgerungen und Theorien, die von der Vorstellung ausgehen, daß es eine „mittlere" Bauernwirtschaft gebe, führen zu absolut falschen Schlüssen in dieser Frage. Leider untersucht die Semstwostatistik nur sehr selten die einzelnen Hofgruppen; sie beschränkt sich vielmehr darauf, Zahlen über die Dorfgemeinden in ihrer Gesamtheit beizubringen. Doch für den Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, enthalten die Erhebungen über die einzelnen Höfe ausnahmsweise genaue Angaben über die Düngung der Felder in verschiedenen Bauernwirtschaften:

	Wirtschaften, die Stalldung auf die Felder fahren, in %	Dungfuhren je (düngenden) Hof
Mit Bewirtschaftung bis zu 5 Desj.	33,9	80
„ „ von 5–10 „	66,2	116
„ „ von 10–20 „	70,3	197
„ „ von 20–50 „	76,9	358
„ „von mehr als 50 „	84,3	732
Im Durchschnitt	51,7	176

Hier sehen wir bereits verschiedene agrikulturelle Wirtschaftstypen, je nach der Größe der Wirtschaft. Auch in einer anderen Gegend sind Statistiker, die dieser Frage ihr Augenmerk schenkten, zu analogen Schlüssen gelangt. Die Statistiker des Gouvernements Orjol teilen mit,

daß bei wohlhabenden Bauern auf ein Stück Großvieh fast doppelt soviel Stalldung anfällt wie bei armen Bauern. Bei 7,4 Stück Vieh kommt der Hof pro Stück auf 391 Pud Dung, bei 2,8 Stück Vieh auf 208 Pud. Als „normal" gelten 400 Pud pro Stück, die Norm wird infolgedessen nur bei einer kleinen Minderheit, bei den wohlhabenden Bauern erreicht. Die armen Bauern sind genötigt, Stroh und Dung zum Heizen zu verwenden, manchmal sogar den Stalldung zu verkaufen usw.

Im Zusammenhang damit muß die wachsende Zahl der Wirtschaften ohne Pferd untersucht werden. In den Jahren 1888–1891 wurden in 48 Gouvernements des Europäischen Rußlands 2,8 Millionen Bauernhöfe ohne Pferd gezählt bei einer Gesamtzahl von 10,1 Mill., d. h. 27,3%. Etwa 9–10 Jahre später, 1896–1900, gab es von 11,1 Mill. Bauernhöfen 3,2 Mill. ohne Pferd, d. h. 29,2%. Die zunehmende Expropriation der Bauernschaft ist somit nicht zu bezweifeln. Untersucht man jedoch diesen Prozeß vom agronomischen Standpunkt, so kommt man zu einer Schlußfolgerung, die auf den ersten Blick paradox erscheint. Sie wurde bereits 1884 von dem bekannten Schriftsteller der Volkstümler, Herrn W. W., gezogen („Westnik Jewropy"[46], 1884, Nr. 7), der das in unserer Bauernwirtschaft auf ein Pferd entfallende Ackerland dem in der „normalen" Dreifelderwirtschaft – normal vom agronomischen Standpunkt – gegenüberstellte. Es stellte sich heraus, daß die Bauern *zuviel* Pferde halten: bei ihnen entfallen auf ein Pferd nur 5–8 Desj. Ackerland, statt der vom agronomischen Standpunkt erforderlichen 7–10 Desjatinen. „Demzufolge", folgerte Herr W. W. geistreich, „ist die Tatsache, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung in diesem Gebiet Rußlands" (des zentralen Schwarzerdegebiets) „keine Pferde mehr besitzt, in gewissem Maße als Wiederherstellung des normalen Verhältnisses zwischen der Zahl des Zugviehs und dem Umfang der zu bearbeitenden Fläche anzusehen." In der Tat, das Paradoxon erklärt sich dadurch, daß die Einbuße des Pferdebestandes bei einem Teil der Bauern Hand in Hand geht mit der Konzentration des Bodens in den Händen der wohlhabenden Höfe, bei denen sich schließlich ein „normales" Verhältnis zwischen der Zahl der Pferde und der bestellten Bodenfläche ergibt. Dieses „normale" Verhältnis wird nicht „wiederhergestellt" (denn unsere bäuerliche Wirtschaft hat es nie gekannt), sondern wird nur von der ländlichen Bourgeoisie erreicht. Das „Anomale" hingegen besteht in der Zersplitterung der Pro-

duktionsmittel in der kleinen Bauernwirtschaft: die gleiche Bodenfläche, die eine Million Bauern mit je einem Pferd, also mit Hilfe einer Million Pferde bestellen, wird von den wohlhabenden Bauern besser und gründlicher mit nur einer halben oder dreiviertel Million Pferde bearbeitet.

Beim toten Inventar ist in der Bauernwirtschaft zu unterscheiden zwischen dem gewöhnlichen bäuerlichen Inventar und verbesserten landwirtschaftlichen Geräten. Die Verteilung des erstgenannten entspricht im großen und ganzen der Verteilung des Zugviehs; die Angaben dieser Art liefern uns nichts Neues für die Charakteristik der Bauernwirtschaft. Die verbesserten Geräte hingegen, die viel teurer sind, rentieren sich nur in größeren Betrieben, werden nur in Wirtschaften eingeführt, die sich erfolgreich entwickeln, und sind ungleich stärker konzentriert. Die Angaben, die von dieser Konzentration zeugen, sind überaus wichtig, denn sie sind die einzigen, die ein genaues Urteil darüber ermöglichen, in welcher Richtung, unter welchen sozialen Verhältnissen sich der Fortschritt der Bauernwirtschaft vollzieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß seit dem Jahre 1861 in dieser Beziehung ein Schritt vorwärts zu verzeichnen ist, aber es wird vielfach bestritten oder angezweifelt, daß dieser Fortschritt nicht nur in der gutsherrlichen, sondern auch in der bäuerlichen Wirtschaft kapitalistischen Charakter trägt.

Hier Angaben der Semstwostatistik über die Verteilung der verbesserten landwirtschaftlichen Geräte unter der Bauernschaft:

	Verbesserte landwirtschaftliche Geräte auf 100 Höfe	
	2 Kreise im Gouv. Orjol	1 Kreis im Gouv. Woronesh
Wirtschaften ohne Pferd	0,01	—
„ mit 1 Pferd	0,2	0,06
„ mit 2–3 Pferden	3,5	1,6
„ mit 4 und mehr Pferden	36,0	23,0
Im Durchschnitt	2,2	1,2

In dieser Gegend sind verbesserte landwirtschaftliche Geräte unter der Bauernschaft verhältnismäßig wenig verbreitet. Der Prozentsatz der Höfe, die solche Geräte besitzen, ist ganz gering. Aber die untersten Gruppen verwenden solche Geräte fast überhaupt nicht, während dies in den oberen

Gruppen systematisch geschieht. Im Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, besitzen insgesamt 13% aller Hofbesitzer verbesserte Geräte, dabei steigt dieser Prozentsatz bis auf 40% in der Gruppe 5–20 Stück Zugvieh und auf 62% in der Gruppe mit 20 und mehr Stück Zugvieh. Im Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm (drei Bezirke dieses Kreises) kommen auf 100 Wirtschaften 10 verbesserte Geräte; das ist der allgemeine Durchschnitt; auf 100 Höfe mit 20–50 Desj. Anbaufläche kommen 50 solcher Geräte, auf 100 Höfe mit 50 Desj. Anbaufläche sogar 180. Betrachten wir das prozentuale Verhältnis, das wir oben für den Vergleich der Angaben für verschiedene Kreise genommen haben, so erweist sich, daß die 20% wohlhabender Höfe 70 bis 86% der gesamten verbesserten Geräte besitzen, während auf die 50% armer Bauern jedoch nur 1,3 bis 3,6% entfallen. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß der Fortschritt in der Verwendung verbesserter Geräte durch die Bauernschaft (über ihn spricht u. a. auch Herr Kaufman in seiner oben zitierten Arbeit aus dem Jahre 1907) ein Fortschritt der wohlhabenden Bauernschaft ist. Drei Fünftel der Gesamtzahl der Bauernhöfe, nämlich die Bauern ohne oder mit nur einem Pferd, sind fast gar nicht in der Lage, solche verbesserten Geräte einzusetzen.

V

In unseren bisherigen Darlegungen über die Bauernwirtschaft haben wir die Bauern vornehmlich als selbständige Landwirte betrachtet, jedoch zugleich darauf verwiesen, daß die unteren Gruppen ständig aus den Reihen dieser selbständigen Landwirte verdrängt werden. Wohin? Offenbar in die Reihen des Proletariats. Wir haben nunmehr eingehend zu untersuchen, in welcher Weise diese Herausbildung des Proletariats, insbesondere des ländlichen, vor sich geht und wie in der Landwirtschaft ein Arbeitsmarkt entsteht. Während in der auf Abarbeit fußenden Wirtschaft der Gutsbesitzer als Fronherr und der mit Anteilland versehene geknechtete Bauer die typischen Klassenfiguren bilden, sind für eine kapitalistische Wirtschaft der Lohnarbeit verwendende Farmer und der sich verdingende Knecht oder Tagelöhner typisch. Die Verwandlung des Gutsherrn und des wohlhabenden Bauern in einen Landwirt, der Lohnarbeiter dingt, haben wir dargestellt. Untersuchen wir nunmehr die Verwandlung des Bauern in einen Lohnarbeiter.

Ist die Anwendung von Lohnarbeit unter den wohlhabenden Bauern sehr verbreitet? Nehmen wir den durchschnittlichen Prozentsatz der Höfe mit Knechten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bauernhöfe (wie es meist getan wird), so ist er sehr gering: 12,9% im Kreis Dneprowsk des Gouvernements Taurien, 9% im Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, 8% im Kreis Kamyschin, Gouvernement Saratow, 10,6% im Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, 3,5% in zwei Kreisen des Gouvernements Orjol, 3,8% in einem Kreis des Gouvernements Woronesh, 2,6% in drei Kreisen des Gouvernements Nishni-Nowgorod. Doch Zahlen dieser Art sind im Grunde irreführend, denn die Höfe mit Knechten werden auf die Gesamtzahl der Höfe bezogen, darunter auch auf jene Höfe, die selbst die Knechte stellen. In jeder kapitalistischen Gesellschaft bildet die Bourgeoisie nur eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung. Die Zahl der Höfe mit Lohnarbeitern wird stets „klein" sein. Die Frage ist aber, ob sich hier ein besonderer Wirtschaftstypus herausbildet oder ob die Beschäftigung von Lohnarbeitern eine zufällige Erscheinung ist. Und darauf geben die Angaben der Semstwostatistik eine ganz bestimmte Antwort, zeigt sie doch, daß der Prozentsatz von Höfen mit Knechten in der Gruppe der wohlhabenden Bauernschaft überall ungleich höher ist als der Durchschnitt für den ganzen Kreis. Nachstehend die Angaben für den Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, die ausnahmsweise nicht nur über die Einstellung von Knechten, sondern auch über die Beschäftigung von Tagelöhnern, d. h. über eine für den Ackerbau typischere Form der Lohnarbeit, Auskunft geben.

	Zahl der arbeitsfähigen männl. Personen je Hof	Prozentsatz der Wirtschaften mit Lohnarbeitern für die ganze Saison	zur Heumahd	zur Getreideernte	zum Dreschen
Ohne Bewirtschaftung des Bodens	0,6	0,15	0,6	—	—
Mit Bewirtschg. bis zu 5 Desj.	1,0	0,7	5,1	4,7	9,2
„ „ von 5–10 „	1,2	4,2	14,3	20,1	22,3
„ „ von 10–20 „	1,5	17,7	27,2	43,9	25,9
„ „ von 20–50 „	1,7	50,0	47,9	69,6	33,7
„ „ von mehr als 50 „	2,0	83,1	64,5	87,2	44,7
Im Durchschnitt	1,2	10,6	16,4	24,3	18,8

Wir sehen, daß die wohlhabenden Höfe von größeren Familien bewirtschaftet werden als die ärmeren, daß es hier mehr zur Familie gehörende Arbeitskräfte gibt als in den armen Höfen. Dennoch beschäftigen sie ungleich mehr Lohnarbeiter. Die „Familienkooperation" dient als Grundlage zur Erweiterung der Wirtschaft und verwandelt sich so in eine kapitalistische Kooperation. In den obersten Gruppen wird die Beschäftigung von Lohnarbeitern offenkundig zum System, zur Voraussetzung für die Führung der erweiterten Wirtschaft. Dabei stellt es sich heraus, daß die Beschäftigung von Tagelöhnern selbst in den mittleren Bauerngruppen eine recht weitverbreitete Erscheinung ist; während in den zwei obersten Gruppen (10,3% der Gesamtzahl) die Mehrzahl der Höfe Lohnarbeiter einstellt, beschäftigen in der Gruppe mit 10–20 Desj. Anbaufläche (22,4% der Gesamtzahl) *über zwei Fünftel* der Höfe Tagelöhner zur Getreideernte. Hieraus folgt, daß die wohlhabende Bauernschaft ohne ein ihr zu Diensten stehendes Millionenheer von Knechten und Tagelöhnern nicht existieren könnte. Wenn auch, wie wir gesehen haben, der Prozentsatz der Höfe mit Knechten von Kreis zu Kreis bedeutende Schwankungen aufweist, so ist die Konzentration solcher Höfe in den obersten Gruppen der Bauernschaft, d. h. die Verwandlung der wohlhabenden Bauern in Unternehmer, zweifellos eine allgemeine Erscheinung. Auf die 20% wohlhabender Höfe entfallen 48 bis 78% der Gesamtzahl der Höfe mit Knechten.

Hinsichtlich des anderen Pols des Dorfes bietet uns die Statistik in der Regel keinen Aufschluß über die Zahl der Höfe, die Lohnarbeiter jeder Art stellen. In einer ganzen Reihe von Fragen hat unsere Semstwostatistik gegenüber der alten fiskalischen Statistik der Gouverneursberichte und der verschiedenen Departements sehr große Fortschritte gemacht, aber in einer Beziehung hat sich der alte fiskalische Standpunkt auch in der Semstwostatistik erhalten, nämlich in der Frage der sogenannten „Nebenverdienste" der Bauern. Als die eigentliche Beschäftigung des Bauern gilt die Bestellung seines Landanteils, jede andere Beschäftigung wird als „Nebenverdienst" oder „Gewerbe" betrachtet, wobei Wirtschaftskategorien in einen Topf geworfen werden, die auseinanderzuhalten und zu unterscheiden das Abc der politischen Ökonomie verlangt. So führt man unter der Rubrik „landwirtschaftliche Gewerbetreibende" neben der Masse der Lohnarbeiter auch selbständige Unternehmer (z. B. Melonen- und Kürbis-

züchter), und daneben zählen zu den „Höfen mit Nebenerwerb" Bettler wie Händler, Dienstboten wie selbständige Handwerker u. dgl. m. Es ist klar, daß diese himmelschreiende politökonomische Konfusion ein direkter Überrest aus der Zeit der Leibeigenschaft ist. Dem Gutsherrn war es tatsächlich gleichgültig, was *sein* zinspflichtiger Bauer sonst noch trieb, ob er Händler, Lohnarbeiter oder selbständiger Gewerbetreibender war; alle leibeigenen Bauern hatten in gleicher Weise den Fronzins zu zahlen, sie alle galten als vorübergehend und bedingt von ihrer eigentlichen Beschäftigung abgezogen.

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft geriet diese Auffassung in immer schärferen Gegensatz zur Wirklichkeit. Die meisten Bauernhöfe mit Nebenerwerb gehören zweifelsohne zu denjenigen, die Lohnarbeiter stellen, aber eine ganz exakte Vorstellung können wir hier nicht erlangen, denn unter die Gesamtzahl fällt auch die kleinere Gruppe *selbständiger* Gewerbetreibender, wodurch die Lage der Armen *beschönigt* wird. Zur Veranschaulichung des Gesagten wollen wir ein Beispiel anführen. Im Kreis Nowousensk, Gouvernement Samara, haben die Statistiker aus der Gesamtmasse der „Gewerbe" die „landwirtschaftlichen Gewerbe" ausgesondert.[47] Natürlich ist auch diese Bezeichnung nicht genau, doch die Aufzählung der Berufe zeigt zumindest, daß von 14 063 derartigen „Gewerbetreibenden" 13 297 ständige Knechte und Tagelöhner sind. Hier ist das Übergewicht der Lohnarbeiter also sehr groß. Diese landwirtschaftlichen Gewerbe verteilen sich folgendermaßen:

	Arbeitsfähige männl. Personen, die ein landwirtschaftliches Gewerbe ausüben, in %
Ohne Zugvieh	71,4
Mit 1 Stück Zugvieh	48,7
Mit 2– 3 „ „	20,4
Mit 4 „ „	8,5
Mit 5–10 „ „	5,0
Mit 10–20 „ „	3,9
Mit 20 und mehr St. Zugvieh	2,0
Für den Kreis	25,0

Von den Bauern, die kein Pferd besitzen, sind folglich sieben Zehntel, von den Bauern mit nur einem Pferd fast die Hälfte Lohnarbeiter. Im

Kreis Krasno-Ufimsk, Gouvernement Perm, beträgt der durchschnittliche Prozentsatz der Höfe mit landwirtschaftlichen Gewerben 16,2%, unter den Höfen ohne Bodenbewirtschaftung gibt es 52,3% „Gewerbetreibende", unter den Bauern mit einer Bodenbewirtschaftung bis zu 5 Desj. 26,4%. In anderen Kreisen, für die die landwirtschaftlichen Gewerbe nicht gesondert angeführt werden, ist das Bild nicht so ausgeprägt, aber allgemeine Regel bleibt, daß „Gewerbe" und „Nebenverdienst" schlechthin eine Eigenheit der unteren Gruppen sind. Die 50% der Höfe dieser Gruppen vereinigen auf sich 60 bis 93% der Gesamtzahl der Höfe mit Nebenverdienst.

Wir ersehen hieraus, daß die unteren Gruppen der Bauernschaft, besonders die Bauern ohne oder mit nur einem Pferd, hinsichtlich ihrer Lage in der Gesamtstruktur der Volkswirtschaft *Knechte und Tagelöhner* (weiter gefaßt – Lohnarbeiter) *mit Bodenanteilen* sind. Diese Schlußfolgerung wird bestätigt von Angaben über die zunehmende Verwendung von Lohnarbeit nach 1861 in ganz Rußland, durch Budgetuntersuchungen über die Einkommenquellen der unteren Gruppen und schließlich auch durch Daten über ihre Lebenshaltung. Auf diese drei Beweise wollen wir etwas ausführlicher eingehen.

Allgemeine Angaben über die wachsende Zahl der ländlichen Lohnarbeiter in ganz Rußland besitzen wir nur in bezug auf die abgewanderten bäuerlichen Arbeitskräfte, ohne genaue Unterscheidung in landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche. Die Frage, ob in der Gesamtzahl diese oder jene überwiegen, wurde in der Literatur der Volkstümler zugunsten der erstgenannten beantwortet, aber wir werden später die Gründe anführen, die für die gegenteilige Auffassung sprechen. Die Tatsache, daß nach 1861 die Zahl der aus den Reihen der Bauern abwandernden Arbeiter schnell zunimmt, unterliegt keinem Zweifel. Davon zeugen alle Quellen. Einen ungefähren statistischen Ausdruck hierfür bieten die Angaben über die Paßgebühren und die Zahl der ausgestellten Pässe. Im Jahre 1868 beliefen sich die Einnahmen aus den Paßgebühren auf 2,1 Mill. Rbl., 1884 auf 3,3 Millionen, 1894 auf 4,5 Mill. Rbl. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Die Zahl der ausgestellten Pässe und Ausweise belief sich 1884 im Europäischen Rußland auf 4,7 Millionen, 1897 auf 7,8 und 1898 auf 9,3 Millionen. Hier sehen wir binnen dreizehn Jahren eine Verdoppelung. All diese Zahlen entsprechen im großen und ganzen

auch anderen Berechnungen, z. B. der Berechnung des Herrn Uwarow, der semstwostatistische Angaben, meist veraltete, für 126 Kreise aus 20 Gouvernements zusammengefaßt und die mutmaßliche Zahl der abgewanderten Arbeiter auf 5 Mill. geschätzt hat.[48] Herr S. Korolenko schätzte sie auf Grund von Angaben über überschüssige örtliche Arbeitskräfte auf 6 Mill.

„Die weitaus überwiegende Mehrheit" davon entfällt, wie Herr Nikolai-on meint, auf landwirtschaftliche Gewerbe. Im meinem Buch „Entwicklung des Kapitalismus"* habe ich ausführlich dargelegt, daß die Statistiken und Untersuchungen der sechziger, achtziger und neunziger Jahre die Unrichtigkeit dieser Folgerung ganz klar beweisen. Bei der Mehrheit, wenn auch nicht der weitaus überwiegenden, der Abgewanderten handelt es sich um nichtlandwirtschaftliche Arbeiter. Nachstehend die vollständigsten und neuesten Zahlen über die im Europäischen Rußland 1898 ausgestellten Ausweispapiere, geordnet nach Gouvernements:

Gouvernementsgruppen	Zahl der 1898 ausgegebenen Ausweispapiere
1. 17 Gouvernements, in denen die Abwanderung in nichtlandwirtschaftliche Produktionszweige vorherrschend ist	3 369 597
2. 12 Gouvernements mit Übergangscharakter	1 674 231
3. 21 Gouvernements, in denen die Abwanderung in landwirtschaftliche Produktionszweige vorherrschend ist	2 765 762
Insgesamt 50 Gouvernements	7 809 590

Wenn wir für die Gouvernements mit Übergangscharakter annehmen, daß die Hälfte der Arbeiter landwirtschaftliche sind, so wird die *ungefähre*, wohl wahrscheinlichste Verteilung folgendermaßen aussehen: etwa 4,2 Millionen nichtlandwirtschaftliche und *etwa 3,6 Millionen landwirtschaftliche Lohnarbeiter*. Man vergleiche damit die von Herrn Rudnew[49] errechnete Zahl; dieser faßte 1894 das semstwostatistische Material für 148 Kreise aus 19 Gouvernements zusammen und errechnete 3,5 Mill. als ungefähre Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter. Diese Zahl schließt, nach dem Material der achtziger Jahre, sowohl die am Ort bleibenden Landarbeiter als auch die auf Wandererwerb gehenden Land-

* Siehe Werke, Bd. 3, S. 585–600. *Die Red.*

arbeiter ein. Zu Ende der neunziger Jahre war allein die Zahl der auf Wandererwerb gehenden Landarbeiter ebenso hoch.

Die Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter steht in unmittelbarem Zusammenhang mit jener Entwicklung des kapitalistischen Unternehmertums im Ackerbau, die wir sowohl in der gutsherrlichen als auch in der bäuerlichen Wirtschaft verfolgt haben. Man nehme z. B. die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft. Daß sie bei wohlhabenden Bauern den Übergang zum Unternehmertum bedeutet, haben wir auf Grund exakter Zahlen nachgewiesen. In der Gutswirtschaft aber bedeutet die Anwendung von Maschinen und vervollkommneten Geräten überhaupt unvermeidlich die Verdrängung der Abarbeit durch den Kapitalismus. An die Stelle des bäuerlichen Inventars tritt das Inventar des Gutsbesitzers; an die Stelle der alten Dreifelderwirtschaft treten neue agrotechnische Verfahren, die mit dem Einsatz der neuen Geräte zusammenhängen; der in Schuldknechtschaft geratene Bauer taugt nicht für die Arbeit mit verbesserten Geräten, und an seine Stelle tritt der Knecht oder Tagelöhner.

In jenem Bereich des Europäischen Rußlands, wo sich nach der Reform die Anwendung von Maschinen am raschesten entwickelte, ist auch die Anwendung der Lohnarbeit zugewanderter Arbeiter am weitesten verbreitet. Es sind dies die südlichen und östlichen Randgebiete des Europäischen Rußlands. Die Zuwanderung von Landarbeitern in diese Gebiete hat zur Herausbildung ganz typischer und ausgeprägt kapitalistischer Verhältnisse geführt. Wir müssen auf sie eingehen, um das alte und immer noch vorherrschende Abarbeitssystem mit dem immer mehr sich durchsetzenden neuen System zu vergleichen. Vor allem sei hervorgehoben, daß der Süden in der Landwirtschaft die höchsten Löhne aufweist. Nach einer Statistik, die sich auf ein ganzes Jahrzehnt erstreckt (1881–1891) und somit jede zufällige Schwankung ausschließt, werden in Rußland in den Gouvernements Taurien, Bessarabien und im Dongebiet die höchsten Löhne gezahlt. Hier erhält der Jahresarbeiter mit Kost und Unterkunft 143,50 Rbl., ein Saisonarbeiter (für den ganzen Sommer) 55,67 Rbl. An zweiter Stelle in der Höhe des Arbeitslohnes steht das industriell am weitesten entwickelte Gebiet: die Gouvernements Petersburg, Moskau, Wladimir und Jaroslawl. Hier erhält ein Jahresarbeiter einen Lohn von 135,80 Rbl, ein Saisonarbeiter 53 Rbl. Die niedrigsten Löhne werden in

den landwirtschaftlichen Zentralgouvernements gezahlt (Kasan, Pensa, Tambow, Rjasan, Tula, Orjol und Kursk), d. h. gerade in jenen Gegenden, wo Abarbeit, Schuldknechtschaft und alle möglichen Überreste der Leibeigenschaft noch am stärksten sind. Hier erhält ein Jahresarbeiter in der Landwirtschaft einen Lohn von nur 92,95 Rbl., d. h. mehr als ein Drittel weniger als in den kapitalistisch am weitesten entwickelten Gouvernements, ein Saisonarbeiter 35,64 Rbl., d. h. in einem Sommer um 20 Rbl. weniger als im Süden. Gerade aus diesem zentralen Gebiet ist die Abwanderung von Arbeitern besonders stark. Jedes Frühjahr ziehen über 1,5 Millionen Menschen von hier weg, teils um sich in der Landwirtschaft zu verdingen (hauptsächlich nach dem Süden, zu einem Teil auch, wie wir weiter sehen werden, nach den Industriegouvernements), teils aber auch nach den Hauptstädten und in die Industriegouvernements, um eine nichtlandwirtschaftliche Arbeit anzunehmen. Zwischen diesem Hauptgebiet der Abwanderung und den beiden Hauptgebieten der Zuwanderung (dem Süden mit vorherrschender Landwirtschaft und den Hauptstädten mit den beiden Industriegouvernements) liegen die Gouvernements mit mittleren Löhnen. Diese Gouvernements locken einen Teil der Arbeitskräfte aus dem „billigsten" und am meisten Hunger leidenden Zentralgebiet an, wobei sie zugleich einen Teil der ansässigen Arbeiter an die Gebiete mit höheren Löhnen abgeben. Im Buch des Herrn S. Korolenko über „Die freie Lohnarbeit" ist dieser Prozeß der Arbeiterabwanderungen und der Bevölkerungsverschiebungen auf Grund umfangreichen Materials eingehend dargestellt. Der Kapitalismus erzielt auf diese Weise eine (natürlich vom Standpunkt der Erfordernisse des Kapitals gesehen) gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung; er gleicht die Arbeitslöhne im ganzen Land aus und schafft einen wirklich einheitlichen, nationalen Arbeitsmarkt; er entzieht den alten Produktionsmethoden allmählich den Boden, indem er den geknechteten Bauern durch hohe Löhne „verführt". Daher die endlosen Klagen der Herren Gutsbesitzer darüber, daß die ortsansässigen Arbeiter demoralisiert würden, daher ihre Klagen über Liederlichkeit und Trunksucht als Folgen der Abwanderung, darüber, daß die Arbeiter durch die Stadt „verdorben" würden usw. usw.

In den Gebieten mit der stärksten Zuwanderung von Arbeitern haben sich ausgangs des 19. Jahrhunderts in der Landwirtschaft ziemlich große kapitalistische Unternehmen herausgebildet. Beim Einsatz solcher Ma-

schinen wie z. B. der Dreschmaschinen bildete sich die kapitalistische Kooperation heraus. Herr Tesjakow, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter im Gouvernement Cherson[50] geschildert hat, teilt mit, daß für den Einsatz einer Dreschmaschine mit Pferdeantrieb 14 bis 23 und mehr Arbeiter erforderlich sind, für eine Dreschmaschine mit Dampfantrieb aber 50 bis 70. In manchen Betrieben wurden 500–1000 Arbeiter beschäftigt, eine für den Ackerbau außergewöhnlich hohe Zahl. Der Kapitalismus bot die Möglichkeit, die höher bezahlte Männerarbeit durch Frauen- und Kinderarbeit zu ersetzen. So z. B. wurden in der Ortschaft Kachowka, einem der Hauptarbeitsmärkte des Gouvernements Taurien, wo früher an die 40 000, in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts 20 000–30 000 Arbeiter zusammenkamen, im Jahre 1890 12,7% Frauen, im Jahre 1895 aber bereits 25,6% Frauen registriert. Kinder wurden 1893 0,7%, 1895 bereits 1,69% gezählt.

Die kapitalistischen Wirtschaften zogen Arbeiter aus allen Ecken und Enden Rußlands herbei, sortierten sie nach ihrem Bedarf und schufen so eine Art Hierarchie, ähnlich derjenigen der Fabrikarbeiter. Man unterscheidet z. B. Vollarbeiter, Halbarbeiter, unter den letztgenannten wiederum „kräftige Halbarbeiter" (16–20 Jahre) und Halbarbeiter für „kleine Hilfe" (Kinder von 8 bis 14 Jahren). Von den sogenannten „patriarchalischen" Beziehungen zwischen dem Gutsbesitzer und „seinem" Bauern bleibt hier keine Spur mehr übrig. Die Arbeitskraft wird zu einer Ware wie jede andere. Die Hörigkeit „echt russischer" Art verschwindet und weicht wöchentlicher Lohnauszahlung, erbitterter Konkurrenz und Arbeiterstreiks sowie Aussperrungen seitens der Unternehmer. Die Zusammenballung großer Arbeitermassen auf den Arbeitsmärkten sowie die unsagbar schweren und unhygienischen Arbeitsbedingungen führten zu Versuchen, eine öffentliche Kontrolle über die Großwirtschaften einzurichten. Diese Versuche sind für die „Großindustrie" im Ackerbau charakteristisch, aber sie können dort natürlich angesichts des Fehlens politischer Freiheit und legaler Arbeiterorganisationen nicht von Dauer sein. Wie schwer die Arbeitsbedingungen der zugewanderten Arbeiter sind, kann man daran ermessen, daß die Arbeitszeit 12½ bis 15 Stunden täglich beträgt. Unfälle bei der Arbeit an Maschinen sind jetzt eine alltägliche Erscheinung. Auch breiten sich Berufskrankheiten aus (z. B. bei den an Dreschmaschinen beschäftigten Arbeitern) usw. In Rußland sind

gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts alle „Herrlichkeiten" der rein kapitalistischen Ausbeutung in ihrer höchsten, amerikanischen, Form neben rein mittelalterlichen, in fortgeschrittenen Ländern längst verschwundenen Methoden der Abarbeit und Fronwirtschaft zu beobachten. Die ganze unabsehbare Mannigfaltigkeit der Agrarverhältnisse in Rußland läuft auf eine Verflechtung fronwirtschaftlicher und bürgerlicher Ausbeutungsmethoden hinaus.

Um die Darlegung der Bedingungen der Lohnarbeit in der russischen Landwirtschaft abzuschließen, wollen wir noch auf die Angaben über die Budgets der Bauernwirtschaften in den untersten Gruppen verweisen. Die Lohnarbeit erscheint hier unter der euphemistischen Bezeichnung „Nebenverdienste" oder „Gewerbe". In welchem Verhältnis stehen die Einnahmen aus dieser Quelle zu den Einnahmen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb? Die Woronesher Budgets der Bauern ohne oder mit nur einem Pferd geben darüber genaue Auskunft. Die Bruttoeinnahmen aus allen Quellen belaufen sich bei den Bauern ohne Pferd auf 118,10 Rbl., davon entfallen auf den Ackerbau 57,11 Rbl., auf die „Gewerbe" 59,04 Rbl. Die letzte Summe besteht aus 36,75 Rbl. als Ertrag aus „persönlichen Gewerben" und aus 22,29 Rbl. verschiedener Einnahmen. Zu den letztgenannten gehören auch *Einnahmen aus der Bodenverpachtung!* Bei den Bauern mit einem Pferd belaufen sich die Bruttoeinnahmen auf 178,12 Rbl., davon 127,69 Rbl. aus dem Ackerbau und 49,22 Rbl. aus Gewerben (35 Rbl. aus persönlichen Gewerben, 6 Rbl. aus Gespanndiensten, 2 Rbl. aus „gewerblichen Betrieben und Unternehmen" und 6 Rbl. verschiedene Einnahmen). Ziehen wir davon die Ausgaben für den Ackerbau ab, so verbleiben 69,37 Rbl. Einnahmen aus dem Ackerbau gegenüber 49,22 Rbl. aus Gewerben. So also erwerben drei Fünftel aller Bauernhöfe Rußlands ihren Lebensunterhalt. Es ist begreiflich, daß die Lebenshaltung solcher Bauern nicht besser, ja manchmal schlechter ist als die der Knechte. In demselben Gouvernement Woronesh beträgt der Durchschnittslohn eines ganzjährig beschäftigten Knechts (für das Jahrzehnt 1881–1891) 57 Rbl., dazu kommt noch der Unterhalt, der sich auf 42 Rbl. beläuft. Dagegen betragen die Unterhaltskosten der *ganzen Familie* (durchschnittlich 4 Personen) bei einem Bauern, der kein Pferd besitzt, *78 Rbl. im Jahr*, bei einem Bauern mit einem Pferd und fünfköpfiger Familie 98 Rbl. Abarbeit, Steuern und kapitalistische Ausbeutung haben den russischen

Bauern auf ein so elendes Hungerminimum herabgedrückt, das man in Europa für unwahrscheinlich hält. Dort bezeichnet man einen solchen sozialen Typ als *Pauper*.

VI

Um eine Bilanz unserer Ausführungen über die Differenzierung der Bauernschaft zu ziehen, wollen wir zuerst das einzige in der Literatur vorhandene zusammenfassende Material für das ganze Europäische Rußland anführen, das uns gestattet, die verschiedenen Gruppen innerhalb der Bauernschaft in verschiedenen Perioden zu beurteilen. Es ist das Material der Militärpferdezählungen. In der zweiten Ausgabe meines Buches „Die Entwicklung des Kapitalismus"* habe ich dieses Material für 48 Gouvernements des Europäischen Rußlands für die Jahre 1888–1891 sowie für 1896–1900 gruppiert. Hier eine Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse:

	Zahl der Bauernhöfe (in Millionen)			
	1888–1891		1896–1900	
	insgesamt	%	insgesamt	%
Bauern ohne Pferd	2,8	27,3	3,2	29,2
„ mit 1 Pferd	2,9	28,5	3,4	30,3
„ mit 2 Pferden	2,2	22,2	2,5	22,0
„ mit 3 Pferden	1,1	10,6	1,0	9,4
„ mit 4 Pferden und mehr	1,1	11,4	1,0	9,1
Insgesamt	*10,1*	*100,0*	*11,1*	*100,0*

Diese Zahlen zeugen, wie bereits beiläufig bemerkt, von der wachsenden Expropriation der Bauernschaft. Der ganze Millionenzuwachs der Zahl der Bauernhöfe entfällt auf die beiden untersten Gruppen. Die Gesamtzahl der Pferde ist in dieser Zeit von 16,91 auf 16,87 Mill. gesunken, d. h., die gesamte Bauernschaft ist an Pferden etwas ärmer geworden. Auch die oberste Gruppe ist ärmer geworden: sie besaß 1888–1891 5,5 und 1896–1900 5,4 Pferde pro Hof.

Aus diesen Zahlen könnte leicht der Schluß gezogen werden, daß sich in der Bauernschaft keine „Differenzierung" vollziehe: die ärmste Gruppe hat am meisten zugenommen, die reichste ist am stärksten zurückgegangen

* Siehe Werke, Bd. 3, S. 139. *Die Red.*

(nach der Zahl der Höfe). Das ist keine Differenzierung, sondern eine Nivellierung des Elends! Und solche Schlüsse, gestützt auf derartige Methoden, sind in der Literatur sehr häufig anzutreffen. Wenn wir aber die Frage stellen, ob sich das Verhältnis der Bauerngruppen zueinander geändert hat, so entdecken wir etwas ganz anderes. 1888–1891 besaß die Hälfte der Bauernhöfe, die von den unteren Gruppen gebildet wird, 13,7% der Gesamtzahl der Pferde und in den Jahren 1896–1900 ebensoviel. Ein Fünftel der Höfe, bestehend aus den wohlhabendsten Gruppen, besaß in der ersten Periode 52,6% aller Pferde, in der zweiten Periode 53,2%. Es ist klar, daß das Verhältnis der Gruppen zueinander fast unverändert geblieben ist. Die Bauernschaft ist ärmer geworden, die wohlhabenden Gruppen sind ärmer geworden, die Krise von 1891 hat sich aufs empfindlichste ausgewirkt, doch das Verhältnis der ländlichen Bourgeoisie zu der dem Ruin entgegengehenden Bauernschaft hat sich deswegen nicht geändert, und konnte sich im Grunde genommen auch nicht verändern.

Dieser Umstand wird oft von denjenigen übersehen, die es unternehmen, über die Differenzierung der Bauernschaft an Hand von statistischen Angaben zu urteilen, die sie aus ihrem Zusammenhang gerissen haben. Es wäre z. B. lächerlich zu glauben, einzelne Angaben über die Verteilung der Pferde könnten, an und für sich genommen, auch nur irgendwie die Frage der Differenzierung der Bauernschaft aufhellen. Diese Verteilung beweist rein gar nichts, wenn man sie nicht im Zusammenhang *mit dem gesamten Material* über die Bauernwirtschaft betrachtet. Erst wenn wir nach Analyse dieses Materials das Gemeinsame gefunden haben, das die Verteilung von Bodenpacht und Bodenverpachtung, verbesserten Geräten und Düngemitteln, Nebenerwerb und Kaufland, Lohnarbeitern und Vieh auf die einzelnen Bauerngruppen kennzeichnet, erst wenn wir bewiesen haben, daß alle diese verschiedenen Seiten der in Frage stehenden Erscheinung miteinander unlöslich verknüpft sind und tatsächlich die Herausbildung zweier entgegengesetzter ökonomischer Typen, des Proletariats und der ländlichen Bourgeoisie, offenbaren, erst wenn wir dies alles festgestellt haben, und nur soweit, wie wir es festgestellt haben, können wir einzelne Daten, etwa über die Verteilung der Pferde zur *Illustrierung* alles oben Dargelegten benutzen. Wenn man sich dagegen uns gegenüber auf den einen oder andern Fall eines Rückganges

der Pferdezahl, etwa bei den wohlhabenden Bauern, in einer bestimmten Periode beruft, so wäre es der größte Unsinn, *daraus allein* irgendwelche Schlüsse auf das Verhältnis zwischen der ländlichen Bourgeoisie und den anderen Gruppen der Bauernschaft zu ziehen. In keinem kapitalistischen Land, in keinem Wirtschaftszweig, gibt es eine gleichmäßige Entwicklung, und (unter der Herrschaft des Marktes) kann es eine solche auch nicht geben; anders als sprunghaft, im Zickzack, bald mit raschen Schritten vorwärtseilend, bald vorübergehend unter das frühere Niveau zurücksinkend, *kann* sich der Kapitalismus *nicht* entwickeln. Und der Kern der Frage nach der russischen Agrarkrise und der kommenden Umwälzung besteht gar nicht darin, welches denn der Entwicklungsgrad des Kapitalismus oder welches sein Entwicklungstempo sei, sondern darin, ob es sich um eine kapitalistische Krise und Umwälzung handelt oder nicht, ob sie sich bei Umwandlung der Bauernschaft in ländliche Bourgeoisie und ländliches Proletariat vollzieht oder nicht, ob die Beziehungen zwischen den einzelnen Höfen innerhalb der Dorfgemeinde bürgerliche sind oder nicht. Mit anderen Worten: die erste Aufgabe jedweder Untersuchung der Agrarfrage in Rußland ist die Ermittlung der grundlegenden Angaben für die Charakteristik des Klassencharakters der Agrarverhältnisse. Erst nachdem klargestellt ist, mit welchen Klassen und welcher Entwicklungsrichtung wir es zu tun haben, können Teilfragen wie das Entwicklungstempo oder die einen oder anderen Abwandlungen in der allgemeinen Richtung usw. behandelt werden.

Die Grundlage der marxistischen Auffassung von der russischen Bauernwirtschaft in der Zeit nach der Reform besteht in der Anerkennung ihres kleinbürgerlichen Wesens. Der Streit zwischen den Ökonomen des marxistischen Lagers und den Ökonomen der Volkstümlerrichtung ging vor allem darum, ob diese Charakteristik richtig, ob sie brauchbar ist (und er muß auch darum gehen, will man tatsächlich den wahren Kern der Meinungsverschiedenheiten herausschälen). Ohne *diese* Frage ganz eindeutig geklärt zu haben, kann man keinen einzigen Schritt zu konkreteren oder praktischen Fragen tun. Es wäre zum Beispiel ein gänzlich hoffnungsloses und von Konfusion zeugendes Unterfangen, wollte man die einen oder anderen, dem 20. Jahrhundert vom 19. Jahrhundert hinterlassenen Wege zur Lösung der Agrarfrage untersuchen, ohne vorher festgestellt zu haben, in welcher Richtung die Entwicklung in unserer

Landwirtschaft überhaupt verläuft, welche Klassen bei dem einen oder anderen Verlauf der Ereignisse gewinnen würden usw.

Die ausführlichen Daten, die wir oben über die Differenzierung der Bauernschaft angeführt haben, schaffen namentlich Klarheit über das, was allen übrigen Fragen der Agrarumwälzung zugrunde liegt und ohne dessen Verständnis man nicht weiter vordringen kann. Jene Summe der Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bauerngruppen, die wir in den unterschiedlichsten Gegenden Rußlands bis ins einzelne untersucht haben, zeigt uns gerade das Wesen der sozialökonomischen Beziehungen innerhalb der Dorfgemeinde. Diese Wechselbeziehungen erweisen anschaulich die kleinbürgerliche Natur des bäuerlichen Betriebs in der derzeitigen historischen Situation. Als die Marxisten sagten, der landwirtschaftliche Kleinproduzent (einerlei, ob er auf Anteilland oder auf irgendwelchem anderen Land wirtschaftet) sei bei Entwicklung der Warenwirtschaft unvermeidlich ein Kleinbürger, wurde dieser Satz angezweifelt; man sagte, er ließe sich nicht beweisen, er sei eine schablonenhafte Übertragung fremder Formeln auf unsere besonderen Verhältnisse. Doch die Angaben über die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gruppen, darüber, wie die reichen Gemeindemitglieder die armen Gemeindemitglieder bei der Bodenpachtung hinter sich lassen, wie die Reichen Knechte beschäftigen und die armen Gemeindemitglieder zu Lohnarbeitern werden usw. usf. – dies alles bekräftigt die theoretischen Schlußfolgerungen des Marxismus und macht sie unbestreitbar. Die Frage, welche Rolle die Dorfgemeinde bei der Bestimmung der Richtung spielt, in der sich die Wirtschaft in Rußland entwickelt, wird durch diese Angaben *unwiderruflich entschieden*, denn gerade diese wirkliche Richtung der wirklichen (nicht einer konstruierten) Dorfgemeinde wird durch die hier angeführten Angaben aufgedeckt. Trotz allen ausgleichenden Wesens der Verteilung des Anteillandes, trotz der Umteilungen usw. *erweist es sich*, daß die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der Bauern in der Dorfgemeinde gerade in Richtung der Herausbildung einer ländlichen Bourgeoisie und der Verdrängung der Masse der ärmeren Bauern in die Reihen des Proletariats verläuft. Sowohl die Stolypinsche Agrarpolitik, wie wir noch sehen werden, als auch die von den Trudowiki verlangte Nationalisierung des Grund und Bodens liegen in dieser Entwicklungsrichtung, obwohl zwischen diesen zwei Formen der „Lösung" der

Agrarfrage hinsichtlich des Tempos der gesellschaftlichen Entwicklung, des Wachstums der Produktivkräfte und der maximalen Wahrung der Interessen der Massen ein gewaltiger Unterschied besteht.

Es bleibt uns noch die Frage der Entwicklung der kommerziellen Landwirtschaft in Rußland zu behandeln. Unsere bisherige Darstellung schloß als Voraussetzung die allgemein bekannte Tatsache in sich, daß die ganze Periode nach der Reform durch ein Anwachsen des Handels und des Austauschs gekennzeichnet ist. Es erscheint ganz überflüssig, noch statistische Belege zur Erhärtung dieser These beizubringen. Jedoch müssen wir zeigen, erstens, in welchem Maße der heutige bäuerliche Betrieb bereits dem Markt unterworfen ist, und zweitens, welche *besonderen* Formen die Landwirtschaft entsprechend ihrer zunehmenden Unterordnung unter den Markt annimmt.

Die relativ genauesten Angaben über die erste Frage finden wir in der Budgetstatistik des Semstwos von Woronesh. Wir können hier die Geldausgaben und -einnahmen einer Bauernfamilie aus den Gesamtausgaben und -einnahmen heraussondern (die Bruttoeinnahmen und -ausgaben wurden bereits weiter oben mitgeteilt). Hier eine Tabelle, die die Rolle des Marktes zeigt:

	Anteil der Geldausgaben und -einnahmen des Bauern an den Gesamtausgaben und -einnahmen	
	%	%
Bauern ohne Pferd	57,1	54,6
„ mit 1 Pferd	46,5	41,4
„ mit 2 Pferden	43,6	45,7
„ mit 3 Pferden	41,5	42,3
„ mit 4 Pferden	46,9	40,8
„ mit 5 und mehr Pferden	60,2	59,2
Im Durchschnitt	49,1	47,9

Also ist sogar die Wirtschaft eines *mittleren* Bauern – von der Wirtschaft der wohlhabenden und der verarmten, halbproletarischen Bauern ganz zu schweigen – in außerordentlich starkem Maße dem Markt unterworfen. Daher sind alle Ausführungen über den bäuerlichen Betrieb, die die vorherrschende und wachsende Rolle des Marktes, des Austauschs und der Warenproduktion ignorieren, von Grund aus falsch. Die Vernichtung der fronherrlichen Latifundien und des gutsherrlichen Grund-

besitzes, diese Maßnahme, auf die sich am Ende des 19. Jahrhunderts das ganze Denken und Trachten der russischen Bauernschaft konzentrierte, wird die Macht des Marktes nicht abschwächen, sondern *verstärken*, denn Abarbeit und Schuldknechtschaft *hemmen* die Entwicklung des Handels und der Warenproduktion.

Zur zweiten Frage muß darauf hingewiesen werden, daß das Eindringen des Kapitals in die Landwirtschaft ein eigenartiger Prozeß ist, der nicht richtig verstanden werden kann, wenn man sich auf in Bausch und Bogen genommenes, auf ganz Rußland bezügliches Material beschränkt. Die Landwirtschaft nimmt nicht mit einem Schlage und auch nicht eine in den verschiedenen Wirtschaften und in den verschiedenen Gebieten des Staates gleiche kommerzielle Ausrichtung an. Im Gegenteil, der Markt unterwirft sich gewöhnlich in einem Gebiet den einen, in einem anderen Gebiet einen anderen Zweig der komplizierten Agrarwirtschaft, wobei die übrigen Zweige nicht verschwinden, sondern sich dem „ausschlaggebenden", das heißt dem geldbringenden Zweig anpassen. So bildet sich etwa in der einen Gegend eine vornehmlich kommerzielle Getreidewirtschaft; das Hauptprodukt, das für den Markt produziert wird, ist Getreide. In einer solchen Wirtschaft spielt die Viehzucht eine untergeordnete Rolle, und in den extremsten Fällen einseitiger Entwicklung der Getreidewirtschaft verschwindet sie fast gänzlich. So z. B. wurden die „Weizenfabriken" im fernen Westen Amerikas manchmal in einem einzigen Sommer fast ganz ohne Vieh organisiert. In anderen Gegenden entsteht eine hauptsächlich kommerzielle Viehwirtschaft; die Hauptprodukte, die für den Absatz produziert werden, sind Fleisch- und Milchprodukte. Der eigentliche Ackerbau paßt sich hier der Viehzucht an. Es ist klar, daß sowohl der Umfang der Wirtschaft als auch die Art und Weise ihrer Organisation in beiden Fällen verschieden sein werden. Eine in Stadtnähe gelegene, auf Molkereiprodukte abgestellte Wirtschaft läßt sich nicht nach der Größe der Saatfläche beurteilen. Bei der Wirtschaft eines Ackerbauern im Steppengebiet, bei einem Gemüsegärtner, einem Tabakbauern oder einem „Milchfarmer" (um den englischen Ausdruck zu gebrauchen) usw. darf man nicht den gleichen Maßstab eines Klein- oder Großbetriebs anlegen.

Das Eindringen von Austausch und Handel in die Landwirtschaft führt zu ihrer stetig zunehmenden Spezialisierung. Die gleichen Kennziffern

(zum Beispiel die Zahl der Pferde) erlangen in den verschiedenen Gebieten der kommerziellen Landwirtschaft verschiedene Bedeutung. Unter den kein Pferd besitzenden Bauern in der Umgebung der Hauptstadt gibt es z. B. große Landwirte, die, sagen wir, Milchvieh besitzen, einen großen Umsatz haben und Lohnarbeiter beschäftigen. In der Gesamtmasse der Bauern ohne oder mit nur einem Pferd ist die Zahl solcher Farmer natürlich verschwindend klein; aber wenn wir nur mit allgemeinen, auf das ganze Land bezüglichen Zahlen operieren, werden wir die Besonderheit des Kapitalismus in der Landwirtschaft nicht zu erfassen vermögen.

Diesem Umstand muß besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wenn man ihn übersieht, kann man sich keinen richtigen Begriff von der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft machen und verfällt leicht in den Fehler der Vereinfachung. Die ganze Kompliziertheit des Prozesses kann nur erfaßt werden, wenn man den tatsächlichen Besonderheiten der Landwirtschaft Rechnung trägt. Die Behauptung, die Landwirtschaft unterliege infolge ihrer Eigenart nicht den kapitalistischen Entwicklungsgesetzen, ist völlig falsch. Die Eigentümlichkeiten der Landwirtschaft hemmen ihre Unterwerfung unter den Markt, das stimmt, aber dessenungeachtet vollzieht sich überall und in allen Ländern ein unaufhaltsamer Prozeß des *Wachstums der kommerziellen Landwirtschaft*. Die Formen, in denen sich eine für den Markt produzierende Landwirtschaft herausbildet, weisen jedoch tatsächlich ihre Besonderheiten auf und bedürfen zu ihrer Untersuchung besonderer Methoden.

Um das Gesagte zu erläutern, nehmen wir anschauliche Beispiele aus verschiedenen Gebieten der kommerziellen Landwirtschaft in Rußland. Im Gebiet des Getreidebaus für den Markt (Neurußland, die Gebiete jenseits der Wolga) konstatieren wir ein überaus rasches Ansteigen der Getreideernten: 1864–1866 standen diese Gouvernements mit nur 2,1 Tschetwert Nettoernte pro Kopf der Bevölkerung hinter den Gouvernements im zentralen Schwarzerdegebiet zurück; 1883–1887 hatten sie mit einer Nettoernte von 3,4 Tschetwert pro Kopf die Zentralgebiete bereits überflügelt. Die Erweiterung der Saatflächen bildet das Charakteristikum für dieses Gebiet in der Zeit nach der Reform. Sehr oft wird der Boden hier noch auf das primitivste bearbeitet – die ganze Aufmerksamkeit ist ausschließlich darauf gerichtet, eine möglichst große Fläche unter den Pflug zu bringen. Hier entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahr-

hunderts Gebilde, die den amerikanischen „Weizenfabriken" ähneln. Nach der Größe der Saatfläche (die bei den obersten Bauerngruppen bis zu 271 Desj. pro Hof erreicht) kann man sehr wohl Größe und Typus der Wirtschaft beurteilen. In einem anderen Gebiet – im Industriegebiet und besonders in der Nähe der Hauptstädte – kann von einer solchen Erweiterung der Saatfläche keine Rede sein. Nicht Getreideanbau, sondern Viehzucht für den Markt ist hier besonders kennzeichnend. Hier bildet die Zahl der bestellten Desjatinen oder der Zugpferde bereits nicht mehr den Anhaltspunkt, nach dem man sich eine richtige Vorstellung von der Wirtschaft machen könnte. Ein viel passenderer Maßstab ist hier die Anzahl der Kühe (Milchwirtschaft). Veränderung der Fruchtfolge, Futtergrasanbau, nicht aber Erweiterung der Saatfläche erscheinen hier als das kennzeichnende Merkmal des Fortschritts der Großwirtschaft. Die Zahl der Höfe mit viel Pferden ist hier geringer; unter Umständen kann der Rückgang der Pferdezahl sogar einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Dafür sind aber die dortigen Bauern reicher an Kühen als im übrigen Rußland. Herr Blagoweschtschenski rechnete auf Grund der Semstwostatistik durchschnittlich 1,2 Kühe pro Hof; in 18 Kreisen der Gouvernements Petersburg, Moskau, Twer und Smolensk kommen 1,6 Kühe auf einen Hof, und im Gouvernement Petersburg allein sind es 1,8 Kühe.[51] Sowohl das Handelskapital als auch das in der Produktion investierte Kapital operieren hier vornehmlich mit Erzeugnissen der Viehzucht. Die Höhe des Einkommens hängt vor allem von der Anzahl der Milchkühe ab. Es entstehen „Milchfarmen". Die Beschäftigung von landwirtschaftlichen Lohnarbeitern durch die wohlhabenden Bauern schreitet fort; wir haben bereits darauf verwiesen, daß aus den verarmten Zentralgebieten Arbeitskräfte zu *landwirtschaftlichen* Arbeiten nach den *industriellen* Gouvernements abwandern. Kurz, die gleichen sozialökonomischen Verhältnisse treten hier – unter agrikulturellen Verhältnissen, die denen der ausschließlichen Ackerbaugebiete überhaupt nicht gleichen – in ganz anderer Form zutage.

Untersuchen wir aber Spezialkulturen, wie z. B. den Tabakbau, oder die Verbindung von Landwirtschaft und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (Branntweinbrennerei, Rübenzuckerproduktion, Ölgewinnung, Produktion von Kartoffelstärke usw.), so gleichen hier die Erscheinungsformen der vom Unternehmertum geschaffenen Verhältnisse weder denen

im kommerziellen Getreideanbau noch denen in der kommerziellen Viehzucht. Als Maßstab muß hier entweder die Anbaufläche der Spezialkulturen oder die Größe des mit dieser Wirtschaft verbundenen Betriebs zur technischen Weiterverarbeitung ihrer Erzeugnisse genommen werden.

Die allgemeine Statistik der Landwirtschaft, die es nur mit der Größe der Anbauflächen oder nur mit der Stückzahl des Viehs zu tun hat, berücksichtigt bei weitem nicht die ganze Mannigfaltigkeit der Formen, und daher erweisen sich Schlußfolgerungen, die sich allein auf eine solche Statistik gründen, immer wieder als falsch. Das Wachstum der für den Markt produzierenden Landwirtschaft vollzieht sich viel rascher, der Einfluß des Austauschs reicht viel weiter, das Kapital bewirkt in der Landwirtschaft eine viel tiefere Umwälzung, als man es auf Grund allgemeiner Zahlen und abstrakter Durchschnittsgrößen annehmen könnte.

VII

Fassen wir nunmehr unsere Darlegungen über das Wesen der Agrarfrage und der Agrarkrise in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts zusammen.

Worin besteht das Wesen dieser Krise? In der Broschüre „Munizipalisierung oder Aufteilung in Privateigentum" (Wilna 1907) behauptet M. Schanin hartnäckig, daß unsere Agrarkrise eine agrikulturelle sei, daß ihre tiefsten Wurzeln in der Notwendigkeit beschlossen lägen, die in Rußland unglaublich tief stehende Agrotechnik zu heben, zu rationelleren Anbaumethoden überzugehen usw.

Diese Meinung ist falsch, weil zu abstrakt. Die Notwendigkeit des Übergangs zu einer höheren Technik wird nicht bezweifelt, aber erstens vollzog sich ein solcher Übergang nach 1861 in Rußland tatsächlich. Wie langsam der Fortschritt auch war, so ist es doch unbestreitbar, daß sowohl die Gutswirtschaft als auch die Bauernwirtschaft in Gestalt der wohlhabenden Minderheit zum Futtergrasanbau, zur Verwendung verbesserter Geräte, zu systematischerer und sorgfältigerer Bodendüngung usw. übergegangen sind. Da aber dieser langsame Fortschritt in der Agrotechnik ein allgemeiner, sich seit 1861 vollziehender Prozeß ist, wird es augenfällig, daß es noch nicht genügt, auf ihn zu verweisen, um die von

allen anerkannte Verschärfung der Agrarkrise gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts zu erklären. Zweitens erleichtert jede der beiden in der Praxis in Erscheinung tretenden Formen der „Lösung" der Agrarfrage – sowohl die Stolypinsche Lösung *von oben* durch Erhaltung des gutsherrlichen Grundbesitzes und endgültige Vernichtung der Dorfgemeinde, deren Ausplünderung durch die Kulaken, als auch die bäuerliche (von den Trudowiki vorgeschlagene) Lösung *von unten* durch Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes und Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens – in ihrer Weise den Übergang zu einer höheren Technik; beide verlaufen in Richtung des agrikulturellen Fortschritts. Nur beruht dieser Fortschritt bei der einen Lösung auf der beschleunigten Verdrängung der armen Bauern aus der Landwirtschaft, bei der anderen auf der beschleunigten Verdrängung der Abarbeit durch Vernichtung der fronherrlichen Latifundien. Daß die armen Bauern auf ihrer Scholle gar kläglich „wirtschaften", ist eine unbestreitbare Tatsache, und es steht daher außer Zweifel, daß die Agrikultur sich heben würde, wenn der Boden dieser Dorfarmut dem Häuflein wohlhabender Bauern in die Hand fiele. Doch nicht minder unbestreitbar ist, daß die auf Grund von Abarbeit und Schuldknechtschaft bearbeiteten Gutsbesitzerländereien erbärmlich schlecht bestellt werden, *schlechter als das Anteilland* (man erinnere sich der weiter vorn mitgeteilten Zahlen: Ernteertrag auf dem Anteilland 54 Pud pro Desj., auf den in eigener Regie der Güter bearbeiteten Feldern 66 Pud, auf den Feldern in Halbpacht 50 Pud, auf den von den Bauern auf Jahresfrist gepachteten Feldern 45 Pud). Das Abarbeitssystem auf den Gütern bedeutet die Beibehaltung unglaublich rückständiger landwirtschaftlicher Methoden, bedeutet die Verewigung der Barbarei sowohl in der Agrikultur als auch im ganzen gesellschaftlichen Leben. Unzweifelhaft wird also die Agrikultur steigen, wenn man alle Abarbeit mit der Wurzel ausrotten, d. h. den ganzen gutsherrlichen Grundbesitz (und zwar ohne Ablösung) abschaffen würde.

Folglich besteht das Wesen der Agrarfrage und der Agrarkrise nicht darin, daß die Hindernisse, die der Hebung des agrikulturellen Niveaus im Wege stehen, beseitigt werden müssen, sondern darin, *wie*, von welcher Klasse und mit welchen Methoden diese Beseitigung bewerkstelligt werden soll. Daß die Hindernisse für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes beseitigt werden müssen, ist unbedingt notwendig – notwendig

nicht nur im subjektiven, sondern auch im objektiven Sinne des Wortes; d. h., diese Beseitigung ist unvermeidlich und kann von keiner Macht der Welt verhindert werden.

Der Fehler M. Schanins, der auch von vielen anderen die Agrarfrage behandelnden Autoren begangen wird, besteht darin, daß er den richtigen Satz von der Notwendigkeit, die Agrotechnik grundlegend zu verbessern, zu abstrakt faßte und dabei die eigentümlichen Formen der Verflechtung fronherrlicher und kapitalistischer Züge in der russischen Landwirtschaft nicht berücksichtigte. Das größte, wesentlichste Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte der russischen Landwirtschaft sind die Überreste der Leibeigenschaft, d. h. vor allem Abarbeit und Schuldknechtschaft, ferner das fronherrliche Abgabensystem, die rechtliche Benachteiligung der Bauernschaft, ihre erniedrigte Stellung gegenüber den höheren Ständen usw. usf. Die Beseitigung dieser Überreste der Leibeigenschaft ist längst eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden, und die Krise in der Landwirtschaft hat sich am Ende des 19. Jahrhunderts gerade deshalb so unerhört verschärft, weil sich der Prozeß der Befreiung Rußlands von den mittelalterlichen Zuständen zu sehr hinausgezögert hat, weil sich Abarbeit und Schuldknechtschaft allzulange „gehalten" haben. Ihr Absterben vollzog sich nach 1861 so langsam, daß der neue Organismus gewaltsamer Mittel zur raschen Ausmerzung der Leibeigenschaft bedurfte.

Wie ist dieser neue Wirtschaftsorganismus der russischen Landwirtschaft beschaffen? Wir haben uns in unserer Darstellung bemüht, dies besonders ausführlich zu schildern, da bei den Ökonomen der liberalen Volkstümlerrichtung hierüber besonders falsche Vorstellungen bestehen. Der neue Wirtschaftsorganismus, der sich bei uns aus der Schale der Leibeigenschaft löst, heißt kommerzielle Landwirtschaft und Kapitalismus. Das Wirtschaftssystem des Gutsbetriebs weist, soweit dieser nicht auf Abarbeit und Schuldknechtschaft des auf Anteilland sitzenden Bauern fußt, ganz klar kapitalistische Züge auf. Das Wirtschaftssystem des bäuerlichen Betriebs zeigt – soweit wir es verstehen, in die Dorfgemeinde hineinzuleuchten und zu sehen, was dort, trotz des offiziell ausgleichenden Charakters des Anteillandbesitzes, in Wirklichkeit vor sich geht – ebenfalls immer und überall rein kapitalistische Züge. Die kommerzielle Landwirtschaft wächst in Rußland unaufhörlich, trotz aller Hemmnisse, und verwandelt sich unvermeidlich in eine kapitalistische Landwirtschaft,

obwohl die Formen dieser Verwandlung höchst mannigfaltig und in den einzelnen Gebieten verschieden sind.

Worin muß jene gewaltsame Entfernung der mittelalterlichen Schale bestehen, die für die weitere freie Entwicklung des neuen Wirtschaftsorganismus zur Notwendigkeit geworden ist? In der Vernichtung des mittelalterlichen Grundbesitzes. Mittelalterlich ist in Rußland bis zum heutigen Tage sowohl der gutsherrliche als auch in beträchtlichem Maße der bäuerliche Grundbesitz. Wir haben gesehen, wie die neuen ökonomischen Bedingungen diesen mittelalterlichen Rahmen des Grundbesitzes und die innerhalb dieses Grundbesitzes bestehenden mittelalterlichen Scheidewände niederreißen, indem sie den ärmeren Bauern zur Verpachtung des Landanteils zwingen, den schon seine Väter und Urväter bearbeiteten, und den wohlhabenden Bauern nötigen, seine eigene, verhältnismäßig große Wirtschaft aus lauter kleinen Stückchen verschiedenen Bodens – aus Anteilland, gekauftem Land und beim Gutsbesitzer gepachtetem Land – zusammenzustoppeln. Auch die Tatsache, daß der gutsherrliche Boden zum Teil auf der Basis von Abarbeit bebaut, zum anderen Teil Bauern in Jahrespacht gegeben und zum dritten in eigener Regie bewirtschaftet wird, zeigt uns, daß die neuen Wirtschaftssysteme sich außerhalb des Rahmens des alten, mittelalterlichen Grundbesitzes herausbilden.

Dieser Grundbesitz kann mit einem Schlag vernichtet werden, wenn entschlossen mit der Vergangenheit gebrochen wird. Eine solche Maßnahme wäre die Nationalisierung des Grund und Bodens, die in den Jahren 1905–1907 von allen Vertretern der Bauernschaft auch mehr oder weniger konsequent verlangt wurde. Die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden würde nichts an den bürgerlichen Grundlagen des kommerziellen und kapitalistischen Grundbesitzes verändern. Nichts ist verkehrter als die Meinung, die Nationalisierung des Grund und Bodens hätte etwas mit Sozialismus oder auch nur mit ausgleichender Bodennutzung zu tun. Was den Sozialismus anbelangt, so besteht dieser bekanntlich in der Aufhebung der Warenwirtschaft. Die Nationalisierung aber ist nichts anderes als Verwandlung des Bodens in Staatseigentum, und die private Bewirtschaftung des Bodens wird von einer solchen Verwandlung in keiner Weise berührt. Ob der Boden Eigentum oder „Gemeingut" des ganzen Landes, des ganzen Volkes ist – das System der Bewirtschaf-

tung dieses Bodens ändert sich deshalb ebensowenig, wie sich das (kapitalistische) Wirtschaftssystem bei einem wohlhabenden Bauern ändert, ob er nun Land „für ewig" kauft, ob er gutsherrlichen oder fiskalischen Boden pachtet oder ob er die Landanteile heruntergekommener, ruinierter Bauern „zusammenfaßt". Da der Austausch bestehenbleibt, ist es lächerlich, von Sozialismus zu reden. Der Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Produktionsmitteln ist aber überhaupt nicht von den Formen des Grundbesitzes abhängig. (Ich bemerke nebenbei, daß ich hier nur die ökonomische Bedeutung der Nationalisierung erläutere, sie aber nicht als Programm verfechte: dies tue ich in der obengenannten Arbeit*.)

Was das Ausgleichsprinzip betrifft, so haben wir bereits oben dargelegt, wie es bei der Verteilung des Anteillandes tatsächlich angewandt wird. Wir haben gesehen, daß der Anteilboden innerhalb der Dorfgemeinde ziemlich gleichmäßig, nur mit einer geringen Begünstigung der reichen Bauern, verteilt ist. Aber infolge der Verpachtung des Bodens durch die ärmeren Bauern und der Konzentration des Pachtlandes in den Händen der reichen Bauern bleibt von diesem Ausgleichsprinzip in Wirklichkeit sehr wenig übrig. Es ist klar, daß kein Ausgleichsprinzip im Grundbesitz die Ungleichmäßigkeit der tatsächlichen Bodennutzung zu beseitigen vermag, wenn es Unterschiede in der Vermögenslage der einzelnen Landwirte und das System des Austauschs gibt, das diese Unterschiede noch mehr verschärft.

Die ökonomische Bedeutung der Nationalisierung liegt gar nicht da, wo sie zumeist gesucht wird. Sie besteht nicht im Kampf gegen die bürgerlichen Verhältnisse (denn Nationalisierung ist die konsequenteste bürgerliche Maßnahme, wie Marx schon längst nachgewiesen hat)[52], sondern im Kampf gegen die fronwirtschaftlichen Verhältnisse. Die Buntscheckigkeit des mittelalterlichen Grundbesitzes hemmt die wirtschaftliche Entwicklung; die ständischen Schranken hindern den Warenverkehr; die Unvereinbarkeit von altem Grundbesitz und neuer Wirtschaft läßt scharfe Widersprüche entstehen; die Latifundien haben zur Folge, daß die Abarbeit von den Gutsherren immer noch aufrechterhalten wird. Die Bauern sind in den Anteilbodenbesitz wie in ein Getto gezwängt, dessen Rahmen jedoch das Leben auf Schritt und Tritt sprengt. Die Nationalisierung fegt alle mittelalterlichen Verhältnisse auf dem Gebiet des Grundbesitzes rest-

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 292–325. *Die Red.*

los hinweg, reißt alle auf dem Lande aufgerichteten künstlichen Scheidewände nieder, macht den Boden wirklich frei – frei für wen? Für jeden Bürger? Nichts dergleichen! Die Freiheit der Bauern, die kein Pferd besitzen (d. h. von 3,25 Millionen Höfen), besteht, wie wir gesehen haben, darin, das Anteilland zu verpachten. Der Boden wird frei *für den wohlsituierten Landwirt*, für den, der ihn tatsächlich so bebauen will und *kann*, wie es die modernen Wirtschaftsbedingungen überhaupt und die Bedingungen auf dem Weltmarkt insbesondere verlangen. Die Nationalisierung würde den Tod der Leibeigenschaft und die Entwicklung eines rein bürgerlichen Farmertums auf einem von jedem mittelalterlichen Plunder gesäuberten Boden beschleunigen. Das ist die wahre geschichtliche Bedeutung der Nationalisierung in Rußland, wie sie sich am Ausgang des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat.

Der andere, objektiv nicht unmögliche Weg der Bereinigung der Grundbesitzverhältnisse im Sinne des Kapitalismus besteht, wie dargelegt, in der beschleunigten Ausplünderung der Dorfgemeinde durch die Reichen sowie im Erstarken des privaten Grundbesitzes der wohlhabenden Bauern. Die Hauptquelle der Abarbeit und der Schuldknechtschaft bleibt dabei unangetastet, die gutsherrlichen Latifundien bestehen weiter. Es ist klar, daß eine solche Art der Wegbereinigung für den Kapitalismus in ungleich geringerem Maße eine freie Entwicklung der Produktivkräfte gewährleistet als die erstgenannte. Bleiben die Latifundien bestehen, so ist auch das Weiterbestehen des der Schuldknechtschaft ausgelieferten Bauern, der Halbpacht, der kleinen Jahrespacht, der Bestellung des „herrschaftlichen" Bodens mit bäuerlichem Inventar, d. h. die Aufrechterhaltung der rückständigsten Kultur und jener ganzen asiatischen Barbarei unvermeidlich, die man ländliche patriarchalische Verhältnisse nennt.

Die beiden von mir dargelegten Wege zur „Lösung" der Agrarfrage in dem sich entwickelnden bürgerlichen Rußland entsprechen den zwei Entwicklungswegen des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Ich bezeichne sie als den preußischen und den amerikanischen Weg. Der erste ist dadurch gekennzeichnet, daß die mittelalterlichen Grundbesitzverhältnisse nicht mit einem Schlage vernichtet werden, sondern daß sie sich langsam dem Kapitalismus anpassen, dem infolgedessen noch lange Zeit hindurch halbfeudale Züge anhaften. Der preußische gutsherrliche Besitz wurde von der bürgerlichen Revolution nicht zerschlagen, sondern blieb unan-

getastet und wurde zur Grundlage der „Junker"wirtschaft, die in ihrem Wesen kapitalistisch ist, jedoch nicht ohne eine gewisse Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung von der Art einer Gesindeordnung* o. ä. auskommt. Dadurch wurde die soziale und politische Herrschaft der Junker nach der Revolution von 1848 auf Jahrzehnte hinaus gefestigt, und die Produktivkräfte der Landwirtschaft in Deutschland entwickelten sich ungleich langsamer als in Amerika. Dort hingegen gab nicht die alte Sklavenwirtschaft der Großgrundbesitzer die Grundlage der kapitalistischen Landwirtschaft ab (der Bürgerkrieg zerschlug die mit Sklaven betriebenen Latifundien), sondern die freie Wirtschaft des freien Farmers auf freiem Boden – frei einerseits von allen mittelalterlichen Fesseln, von Fronherrschaft und Feudalismus, anderseits auch frei von den Fesseln des Privateigentums am Grund und Boden. Der Boden wurde aus dem gewaltigen Bodenreservoir Amerikas zu einem nominellen Preis vergeben, und erst auf neuer, ganz und gar kapitalistischer Grundlage ist jetzt dort das Privateigentum am Grund und Boden entstanden.

Diese beiden Wege der kapitalistischen Entwicklung sind in Rußland seit 1861 ganz deutlich zu erkennen. Der Fortschritt der gutsherrlichen Wirtschaft ist nicht zu bezweifeln, wobei aber das langsame Tempo dieses Fortschritts nicht zufällig, sondern unvermeidlich ist, solange Überreste der Leibeigenschaft fortbestehen. Unbezweifelbar ist auch, daß je freier die Bauernschaft, je weniger Überreste der Leibeigenschaft auf ihr lasten (im Süden z. B. sind all diese günstigen Voraussetzungen zu finden), je besser sie schließlich im großen und ganzen mit Boden versorgt ist, desto rascher sich auch die Differenzierung der Bauernschaft, die Herausbildung einer Klasse von landwirtschaftlichen Unternehmern, von Farmern vollzieht. Die ganze Frage der weiteren Entwicklung des Landes läuft darauf hinaus, welcher dieser beiden Entwicklungswege endgültig die Oberhand gewinnen und welche Klasse dementsprechend die notwendige und unvermeidliche Umgestaltung vornehmen wird – der alte Fron- und Grundherr oder der freie Bauernfarmer.

Bei uns nimmt man zuweilen an, Nationalisierung des Grund und Bodens bedeute seine Herausnahme aus dem Handelsverkehr. Auf diesem Standpunkt stehen zweifelsohne auch die meisten fortgeschrittenen Bauern und Bauernideologen. Das ist aber eine grundfalsche Auffassung. Es ver-

* „Gesindeordnung" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

hält sich gerade umgekehrt. Das Privateigentum am Grund und Boden ist ein Hindernis für eine freie Kapitalanlage auf Grund und Boden. Kann der Boden frei vom Staat gepachtet werden (und darauf läuft ja das Wesen der Nationalisierung in der bürgerlichen Gesellschaft hinaus), dann wird der Boden *stärker* in den Handelsverkehr einbezogen als unter der Herrschaft des Privateigentums am Grund und Boden. Die Freiheit der Kapitalanlagen auf Grund und Boden, die Freiheit der Konkurrenz in der Landwirtschaft ist bei freier Pacht viel größer als bei Privateigentum. Nationalisierung des Grund und Bodens ist sozusagen Landlordismus ohne Landlord. Darüber aber, was der Landlordismus für die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft bedeutet, enthalten die „Theorien über den Mehrwert" von Marx überaus tiefe Betrachtungen. Ich habe seine Ausführungen in der obengenannten Arbeit über das Agrarprogramm gebracht, möchte sie aber, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Frage, hier noch einmal wiederholen*.

Im Abschnitt über die historischen Bedingungen der Ricardoschen Rententheorie („Theorien über den Mehrwert", II. Band, 2. Teil, Stuttgart 1905, S. 5–7**)[53] sagt Marx, Ricardo und Anderson „gehen von der auf dem Kontinent so wunderlich scheinenden Ansicht aus", daß nämlich „kein Grundeigentum als Fessel für die beliebige Kapitalanlage auf Grund und Boden existiere". Auf den ersten Blick scheint dies ein Widerspruch zu sein, weil die Vorstellung besteht, daß sich gerade in England das feudale Grundeigentum am stärksten erhalten habe. Doch gibt Marx die Erklärung hierfür: „Nirgendwo in der Welt hat die kapitalistische Produktion ... so rücksichtslos mit den traditionellen Verhältnissen des Ackerbaus geschaltet ... England ist in dieser Hinsicht das revolutionärste Land der Welt. Alle historisch überlieferten Verhältnisse, nicht nur die Lage der Dorfschaften, sondern die Dorfschaften selbst, nicht nur die Wohnsitze der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern diese Bevölkerung selbst, nicht nur die ursprünglichen Zentren der Bewirtschaftung, sondern diese Bewirtschaftung selbst, sind rücksichtslos weggefegt worden, wo sie den Bedingungen der kapitalistischen Produktion auf dem Lande widersprachen oder nicht entsprachen. Der Deutsche zum Beispiel findet die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt durch die traditionellen Ver-

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 270–274. *Die Red.*

** Titel bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

hältnisse von Feldmarken, Lage der Wirtschaftszentren, bestimmte Konglomerationen der Bevölkerung. Der Engländer findet die historischen Bedingungen der Agrikultur vom Kapital seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts progressiv geschaffen vor. Der in dem Vereinigten Königreich gebräuchliche technische Ausdruck des ‚clearing of estates'* findet sich auf keinem kontinentalen Land. Was heißt aber dieses ‚clearing of estates'? Daß ohne alle Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung, die weggejagt wird, existierende Dorfschaften, die rasiert, Wirtschaftsgebäude, die niedergerissen, Spezies der Landwirtschaft, die auf einen Schlag umgewandelt, zum Beispiel aus Ackerbau in Viehweide verwandelt wird, alle Produktionsbedingungen nicht akzeptiert werden, wie sie traditionell sind, sondern historisch so *gemacht* werden, wie sie unter den Umständen für die vorteilhafteste Anlage des Kapitals sein müssen. Insofern existiert also *kein Grundeigentum*; es läßt das Kapital – den Pächter – frei wirtschaften, da es ihm bloß um das Geldeinkommen zu tun ist. Ein pommerscher Gutsbesitzer" (Marx meint hier Rodbertus, dessen Rententheorie er in diesem Werk glänzend und bis ins einzelne widerlegt), „mit seinen angestammten Feldflurmarken, Wirtschaftszentren und dem Landwirtschaftskollegium usw. im Kopfe, mag daher die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen über die ‚unhistorische' Ansicht, die Ricardo von der Entwicklung der Ackerbauverhältnisse hat." In Wirklichkeit seien „die englischen Verhältnisse ... die einzigen, worin sich das moderne Grundeigentum, das heißt das durch die kapitalistische Produktion *modifizierte* Grundeigentum adäquat" (mit idealer Vollkommenheit) „entwickelt hat. Die englische Anschauung" (d. h. die Ricardosche Rententheorie) „ist hier für die moderne, die kapitalistische Produktionsweise die klassische".

In England vollzog sich diese Bereinigung des Bodens in revolutionären Formen mit gewaltsamer Zerstörung des bäuerlichen Grundbesitzes. Die Zerstörung des Althergebrachten, das sich bereits überlebt hat, ist auch in Rußland absolut unvermeidlich, doch das neunzehnte Jahrhundert (und auch die ersten 7 Jahre des zwanzigsten) haben die Frage noch nicht entschieden, welche Klasse diese für uns notwendige Umwälzung vornehmen und in welcher Form dies geschehen wird. Wir haben in unseren Ausführungen die Grundlagen der heutigen Bodenverteilung in Rußland untersucht. Wir haben gesehen, daß 10,5 Millionen Bauernhöfe mit

* „Lichtens der Güter". *Die Red.*

75 Millionen Desjatinen 30 000 Latifundienbesitzern mit 70 Millionen Desjatinen gegenüberstehen. Ein möglicher Ausgang des Kampfes, der auf solcher Grundlage notwendig entbrennen muß, besteht darin, daß der Bodenbesitz von zehn Millionen Höfen sich nahezu verdoppeln, derjenige der oberen Dreißigtausend verschwinden wird. Betrachten wir diesen möglichen Ausgang rein theoretisch, von dem Standpunkt aus, welche Gestalt die Agrarfrage in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts angenommen hat. Zu welchen Ergebnissen müßte eine solche Umwandlung führen? Bezüglich der Grundbesitzverhältnisse ist es klar, daß eine völlige Umschichtung des mittelalterlichen Anteillandbesitzes und des mittelalterlichen gutsherrlichen Grundbesitzes eintreten würde. Das Alte würde restlos hinweggefegt werden. Alles Überlieferte würde aus den Grundbesitzverhältnissen verschwinden. Welche Kraft aber würde die neuen Grundbesitzverhältnisse bestimmen? Etwa das „Prinzip" des Ausgleichs? Zu dieser Annahme neigt der fortgeschrittene, von der Ideologie der Volkstümler eingenommene Bauer. So denkt der Volkstümler. Aber das ist eine Illusion. In der Dorfgemeinde führt das vom Gesetz anerkannte und durch Überlieferung geheiligte „Prinzip" des Ausgleichs in Wirklichkeit dazu, daß der Grundbesitz sich den Unterschieden in der Vermögenslage anpaßt. Daher behaupten wir auf Grund dieser *ökonomischen Tatsache*, die von russischen wie von westeuropäischen Statistiken tausendfach bestätigt wird, daß die in das Prinzip des Ausgleichs gesetzten Hoffnungen wie eine Illusion verfliegen, *die Umschichtung des Grundbesitzes* aber *als einziges Ergebnis von Dauer zurückbleiben würde*. Ist die Bedeutung eines *solchen* Ergebnisses groß? Außerordentlich groß, denn keine andere Maßnahme, keine andere Reform, keine andere Umgestaltung könnte so vollständige Garantien für einen sehr raschen, umfassenden und freien Fortschritt der Agrotechnik in Rußland und für das Verschwinden aller Spuren der Leibeigenschaft, des Ständewesens und der Barbarei aus unserem Leben bieten.

Fortschritt der Technik? – wird man uns möglicherweise entgegnen. Ja, haben denn die oben angeführten Zahlen etwa nicht bewiesen, daß der gutsherrliche Betrieb sowohl im Futtergrasanbau als auch in der Anwendung von Maschinen, in der Düngung wie auch in der Qualität des Viehs usw. höher steht als der bäuerliche? Ja, das ist nachgewiesen, und diese Tatsache steht außer allem Zweifel. Doch man darf nicht vergessen, daß

alle diese Unterschiede in der Wirtschaftsorganisation, der Technik usw. sich in den *Ernteerträgen* summieren. Nun haben wir aber gesehen, daß der Ernteertrag des *von den Bauern auf Grund von Halbpacht u. dgl. m. bebauten* gutsherrlichen Bodens niedriger liegt als der Ertrag des Anteillandes. Dieser Umstand wird jetzt fast immer vergessen, wenn man vom agrikulturellen Niveau des gutsherrlichen und des bäuerlichen Betriebs in Rußland spricht! Der Gutsbetrieb steht höher, *sofern* er kapitalistisch geführt wird. Und es geht gerade darum, daß dieses „Sofern" am Ende des 19. Jahrhunderts die Abarbeit als das in unseren zentralen Gebieten vorherrschende Wirtschaftssystem bestehen gelassen hat. *Sofern* der gutsherrliche Boden auch heute noch von geknechteten Bauern mit Hilfe ihrer altväterlichen Geräte, Methoden usw. bebaut wird, ist der gutsherrliche Grundbesitz die Hauptursache für die Rückständigkeit und Stagnation. Die hier erörterte Umgestaltung des Grundbesitzes würde die Erträge der in Halb- und Ganzpacht befindlichen Ländereien steigern (heute betragen sie – die Zahlen siehe oben – 50 und 45 Pud, für Anteilland 54 Pud und für die vom Gutsbesitzer in eigener Regie bebauten Felder 66 Pud). Selbst wenn diese Erträge *nur* auf das Niveau des Ernteertrags des Anteillandes stiegen, wäre das ein gewaltiger Fortschritt. Aber es versteht sich von selbst, daß auch der Ernteertrag des Anteillandes steigen würde, weil der Bauer vom Joch der fronherrlichen Latifundien befreit wäre und weil dann das Anteilland sowie aller andere dem Staat gehörende Boden frei und (nicht allen Bürgern, sondern nur solchen, die landwirtschaftliches Kapital besitzen, d. h. –) den Farmern in gleicher Weise zugänglich wäre.

Diese Schlußfolgerung ergibt sich keineswegs aus den von uns angeführten Zahlen über die Ernteertäge. Im Gegenteil, diese Zahlen sind von uns nur als anschauliche Illustration der Schlußfolgerung angeführt, die sich aus dem *gesamten* Material über die Evolution des gutsherrlichen und des bäuerlichen Betriebs in Rußland ergibt. Wer diese Schlußfolgerung widerlegen wollte, müßte die Tatsache widerlegen, daß die Geschichte der russischen Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Geschichte der Ablösung der fronherrlichen Produktionsverhältnisse durch bürgerliche ist.

Wenn man sich an die Angaben über die gegenwärtige Zahl der bäuerlichen Betriebe hält, könnte der Eindruck entstehen, daß die von

uns erörterte Umgestaltung der Agrarverhältnisse zu einer außerordentlichen Zersplitterung der landwirtschaftlichen Produktion führen würde. Man bedenke: dreizehn Millionen Wirtschaften auf 280 Millionen Desjatinen! ist das nicht eine ungeheuerliche Zersplitterung? Wir antworten darauf: Eine beispiellose Zersplitterung ist das, was wir *heute* sehen, denn *heute wirtschaften* dreizehn Millionen kleine Hofbesitzer auf einer Fläche von *weniger* als 280 Millionen Desjatinen! Folglich würde die uns interessierende Veränderung das hier untersuchte Verhältnis keinesfalls verschlechtern. Doch nicht genug damit. Wir stellen weiter die Frage, ob Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß die Gesamtzahl der Wirtschaften bei dieser Umgestaltung unverändert bliebe. Das wird zumeist angenommen, und zwar unter dem Einfluß der Theorien der Volkstümler und der Meinungen der Bauern selbst, deren ganzes Denken und Trachten dem Boden gilt und die es sogar fertigbringen, von der Umwandlung der Industriearbeiter in kleine Landwirte zu träumen. Zweifelsohne steht am Ende des 19. Jahrhunderts auch ein gewisser Teil der russischen Industriearbeiter auf diesem bäuerlichen Standpunkt. Aber es handelt sich darum, ob dieser Standpunkt *richtig* ist, ob er den *objektiven* wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Gang der ökonomischen Entwicklung entspricht. Es genügt, diese Frage ganz klar zu stellen, um zu sehen, daß die bäuerliche Auffassung von der absterbenden und nicht wiederkehrenden Vergangenheit, nicht aber von der heraufziehenden Zukunft bestimmt wird. Dieser bäuerliche Standpunkt ist *falsch*. Er ist die Ideologie von gestern, die ökonomische Entwicklung aber führt *in Wirklichkeit* nicht zur Zunahme, sondern zum Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Die erörterte Umwandlung der Grundbesitzverhältnisse kann und wird den Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung – ein Prozeß, der allen sich kapitalistisch entwickelnden Ländern eigentümlich ist – nicht beseitigen. Wie sollte diese Umwandlung – wird man mich vielleicht fragen – eine Verringerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Folge haben, wo doch der Zugang zum Boden für alle offen stehen würde? Ich antworte darauf mit einem Zitat aus der Rede eines Bauernabgeordneten, des Herrn Tschishewski (Gouvernement Poltawa), vor der Duma. Er führte in der Sitzung vom 24. Mai 1906 aus: „Bei uns haben Bauern, eben die Wahlmänner, die uns hierher entsandt haben, z. B. die folgende

Berechnung angestellt: ‚Wenn wir etwas reicher wären und wenn bei uns jede Familie jährlich 5–6 Rubel für Zucker ausgeben könnte, so würden in jedem Kreis, wo der Anbau von Zuckerrüben möglich ist, neben den bereits heute vorhandenen mehrere neue Zuckerfabriken entstehen.' Es ist ganz klar, wieviel Arbeitskräfte die Wirtschaft bei ihrer Intensivierung erfordern würde, wenn diese Zuckerfabriken gebaut würden! Die Produktion der Zuckerfabriken würde ansteigen usw." (Stenografischer Bericht, S. 622.)

Das ist eine außerordentlich bezeichnende Äußerung eines lokalen Politikers. Um seine Meinung über die Bedeutung der Umgestaltung der Agrarverhältnisse überhaupt befragt, würde er sicher volkstümlerische Auffassungen äußern. Doch da es nicht um „Meinungen" ging, sondern um die *konkreten* Folgen der Umgestaltung, gewann die *kapitalistische Wahrheit* sofort die Oberhand über die *volkstümlerische Utopie*, denn was die Bauern ihrem Abgeordneten Herrn Tschishewski gesagt haben, ist eben kapitalistische Wahrheit, die Wahrheit der kapitalistischen Wirklichkeit. Die Zunahme der Zahl der Zuckerfabriken und ihrer Leistungsfähigkeit wäre bei jeder auch nur nennenswerten Besserstellung der Masse der kleinen Landwirte tatsächlich ungeheuer; und es ist ganz klar, daß dadurch nicht nur die Zuckerindustrie, sondern alle Zweige der verarbeitenden Industrie: Textil- und Eisenindustrie, Maschinenbau, Bauwesen überhaupt usw. usf. einen mächtigen Auftrieb erhielten und eine „Masse von Arbeitshänden" erforderten. Und diese ökonomische Notwendigkeit wäre viel stärker als alle noch so schönen Träume und Hoffnungen von Ausgleichung. *Keinerlei* Umgestaltung der Agrarverhältnisse, keinerlei Umwandlungen im Grundbesitz, keinerlei „Bodenzuteilung" vermag die 3,25 Millionen Höfe ohne Arbeitspferde zu wirklichen „Wirtschaften" zu machen. Diese Millionen Bauern, die kein Pferd besitzen (ja, auch ein nicht geringer Teil der Bauern mit einem Pferd), *plagen sich*, wie wir gesehen haben, auf ihrem Stückchen Boden, *verpachten ihre Landanteile*. Eine amerikanische Entwicklung der Industrie würde *unfehlbar* die meisten dieser in einer kapitalistischen Gesellschaft hoffnungslos dahinvegetierenden „Landwirte" von der Landwirtschaft abziehen, und kein „Recht auf Grund und Boden" könnte dies verhindern. Dreizehn Millionen kleiner Wirtschaften, die mit ihrem höchst dürftigen, kümmerlichen, veralteten Inventar auf ihrem eigenen Anteilland und auf den gutsherr-

lichen Feldern herumstochern – das ist die heutige Wirklichkeit; das ist die *künstliche* agrarische Übervölkerung, künstlich im Sinne des gewaltsamen Erhaltens jener Verhältnisse der Leibeigenschaft, die sich längst überlebt haben und sich ohne Exekutionen, Füsilierungen, Strafexpeditionen usw. *nicht* einen Tag lang halten *könnten*. Jede ernstliche Verbesserung der Lage der Massen, jeder empfindliche Schlag gegen die Überreste der Leibeigenschaft würde *unfehlbar* diese agrarische Übervölkerung gründlich verringern, den (sich auch jetzt schon – nur langsam – vollziehenden) Prozeß der Abwanderung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in die Industrie ungeheuer beschleunigen, die Zahl der Wirtschaften von 13 Millionen auf eine erheblich niedrigere Zahl herabdrücken, Rußland in amerikanischem und nicht wie bisher in chinesischem Tempo vorwärtsbringen.

Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts hat den gesellschaftlichen Klassen die Aufgabe gestellt, der fronherrschaftlichen Vergangenheit ein Ende zu setzen und den Grundbesitz zu bereinigen, dem Kapitalismus, dem Wachstum der Produktivkräfte, dem freien und offenen Kampf der Klassen den Weg zu ebnen. Und dieser Kampf der Klassen wird auch bestimmen, auf welche Weise diese Aufgabe gelöst werden wird.

1. Juli 1908

ÜBER EINIGE CHARAKTERISTISCHE MERKMALE DES GEGENWÄRTIGEN VERFALLS

Wir haben bereits mehrfach auf den ideologischen und organisatorischen Verfall *rechts*, im Lager der bürgerlichen Demokraten und der sozialistischen Opportunisten, hingewiesen, einen Verfall, wie er – in einer Periode, da die Konterrevolution wütet – in Parteien und Richtungen, in denen die kleinbürgerlichen Intellektuellen überwiegen, nicht zu vermeiden ist. Doch das Bild des Verfalls wäre unvollständig, wollten wir nicht auch auf den Zerfall „links", im Lager der kleinbürgerlichen „Sozialrevolutionäre", eingehen.

Der Ausdruck „links" kann hier freilich nur in sehr, sehr bedingtem Sinne gebraucht werden, nämlich um jene zu charakterisieren, die sich als Linke *aufspielen* wollen. Wir haben im „Proletari" schon mehrmals dargelegt, daß gerade in der Zeit des höchsten Aufschwungs der russischen Revolution die ganze Labilität und Wankelmütigkeit, die ganze Prinzipienlosigkeit des sozialrevolutionären „Revolutionarismus" in der offenen, auf die Massen gerichteten Politik besonders kraß zutage getreten ist. Wir brauchen nur an die wichtigsten Ereignisse zu erinnern. Der Aufschwung im Herbst 1905: die Sozialrevolutionäre im Geheimblock mit den Volkssozialisten, die zu einer legalen „volkssozialistischen Partei" tendieren. Der Kongreß der Sozialrevolutionäre im Dezember 1905 lehnt zwar den „Plan" der Schaffung eines solchen Doppelgängers der sozialrevolutionären Partei ab, doch zeigt uns der Aufschwung im Frühjahr und Sommer 1906 die Sozialrevolutionäre *wieder* in der Tagespresse, d. h. auf der Haupttribüne der das ganze Volk erfassenden Agitation, im Block mit den Volkssozialisten. Diese sagen sich im Herbst 1906, nach der Niederlage des Sveaborger und des Kronstädter Aufstands, offen von der

Revolution los und treten offen als Opportunisten auf, trotzdem aber lebt bei den Petersburger Wahlen zur II. Duma (Frühjahr 1907) der „Volkstümlerblock" der Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und Trudowiki wieder auf. Kurz, die Revolution hat ganz klar und endgültig gezeigt, daß die Partei der Sozialrevolutionäre keine bestimmte Klassenbasis besitzt. Die Revolution hat sie faktisch zu einem Anhängsel, zu einem Flügel der kleinbürgerlichen Bauerndemokratie gemacht, hat sie *genötigt*, ständig zwischen schwungvollen revolutionären Aufwallungen in Worten und volkssozialistisch-trudowikischer Diplomatie zu pendeln. Die Versuche der Maximalisten, aus den Reihen der Sozialrevolutionäre auszuscheiden, Versuche, die sich während des ganzen Verlaufs der Revolution hinzogen und doch nie endgültig zum Abschluß gebracht wurden, sind nur ein weiterer Beweis für die klassenmäßige Labilität des volkstümlerischen Revolutionarismus. Bereits in Nr. 4 des „Proletari" schrieben wir in dem Artikel „Sozialrevolutionäre Menschewiki", dem sozialrevolutionären Zentrum, den „reinen" Sozialrevolutionären, bliebe nichts anderes übrig, als sich gegen die beiden „neuen" Richtungen in ihrer Partei mit Argumenten zu verteidigen, die sie bei den Marxisten entlehnen.* Während die Sozialdemokraten aus der Revolution so hervorgingen, daß sie eine bestimmte Klasse, nämlich das Proletariat, endgültig um sich scharten und die zwei der ganzen internationalen Sozialdemokratie eigentümlichen Richtungen, die opportunistische und die revolutionäre, deutlich voneinander schieden, sind die Sozialrevolutionäre aus der Revolution ohne jedwede unmittelbare Basis hervorgegangen, können sie keine bestimmte Scheidelinie aufweisen, die geeignet wäre, sie einerseits von den mit der Masse der Kleinbesitzer verbundenen Trudowiki und Volkssozialisten und anderseits von den Maximalisten als einer terroristischen Intellektuellengruppe abzugrenzen.

Heute, nach dem – vielleicht nur vorübergehenden – Verschwinden des Maximalismus, sehen wir eine ihm verwandte Richtung in neuem Gewande aufleben. Das Blättchen „Rewoluzionnaja Mysl"[54] (Nr. 1, April 1908, Nr. 2, Juni 1908), Organ einer „Gruppe von Sozialrevolutionären", rückt vom „offiziellen Organ der Partei der Sozialrevolutionäre", d. h. vom Zentralorgan „Snamja Truda"[55], ab und verkündet eine „*Revision* unserer" (d. h. der sozialrevolutionären) „theoretischen Welt-

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 186/187. *Die Red.*

anschauung, unserer sozialrevolutionären Kampf- und Organisationsmethoden". Natürlich ist diese ganze „Revision", die ganze „kritisch-schöpferische Arbeit", die die neue Zeitung verspricht, nichts als Phrase. In Wirklichkeit kann von einer Revision der Theorie keine Rede sein, denn die neue Zeitung hat überhaupt keine theoretische Weltanschauung, sie wiederholt nur auf tausenderlei Weise den Ruf nach Terror und macht ungeschickte, plumpe, naive Versuche, sich dieser angeblich neuen, in Wirklichkeit aber uralten Art der Auffassung von der Revolution, von der Massenbewegung, von der Bedeutung der Parteien überhaupt usw. anzupassen. Die ganze Dürftigkeit einer solchen „theoretischen" Ausrüstung fällt besonders auf, wenn man sie mit den hochtrabenden Versprechungen einer Revision, Kritik und schöpferischen Arbeit vergleicht. Die heillose theoretische Konfusion sowohl bei der „neuen" als auch bei der „alten" sozialrevolutionären Richtung tritt um so krasser hervor, als die „Rewoluzionnaja Mysl" selber die „Evolution in den Auffassungen der Leiter des offiziellen Organs der Partei der Sozialrevolutionäre" unterstreicht – eine Evolution, die in der nachdrücklichsten Betonung eines „systematischen zentralen politischen Terrors" zur „Beschleunigung der Ereignisse" bestehe. Es ist dies ein Zitat aus Nr. 8 des „Snamja Truda". Und in Nr. 10/11 (Februar-März 1908) finden wir ganz das gleiche Gerede über den „Einsatz aller Kräfte der Partei" für den „zentralen politischen Terror", über die Notwendigkeit, zu diesem Zweck „große Geldmittel" aufzutreiben, nebst einer „zarten Anspielung" auf die möglichen Quellen dieser Mittel: „Alle Parteien, bis zu den Kadetten und der Partei der friedlichen Erneuerer", schreibt das „Snamja Truda", S. 7/8, „werden die unmittelbaren Früchte dieser Tätigkeit genießen. Daher ist die Partei berechtigt, von der Öffentlichkeit umfassende Unterstützung in diesem ihrem Kampf zu erhoffen."

Der Leser bemerkt, daß die neue Zeitung nichts Neues sagt. Sie ist nur insofern charakteristisch, als sie lehrreiches Material für die Beurteilung des durch „linke", pseudorevolutionäre Phrasen verschleierten *Verfalls* liefert. Im „Golos Sozial-Demokrata" (Nr. 1) rechtfertigen die Menschewiki ihre Geldsammlungen bei Liberalen durch eine gewisse Übereinstimmung in den politischen Zielen. Die Sozialrevolutionäre sagen im „Snamja Truda" den Kadetten und den „friedlichen Erneuerern": „Ihr werdet ja die Früchte genießen." Die Extreme berühren sich. Der

kleinbürgerliche Opportunismus und der kleinbürgerliche Revolutionarismus werfen den Kadetten und den „friedlichen Erneuerern" – wenn auch von verschiedenen Seiten her – die gleichen „begehrlichen Blicke" zu.

Doch nicht allein darin berühren sich diese Extreme. Sowohl die Menschewiki als auch die „revolutionären" Volkstümler sind von der Revolution enttäuscht. Die einen wie die andern sind bereit, Parteizugehörigkeit, alte Parteitraditionen und revolutionären Massenkampf mit leichter Hand über Bord zu werfen. „Der fast allen revolutionären Parteien gemeinsame Fehler", schreibt das „Rewoluzionnoje Nedomyslije"*, „ein Fehler, der in unserer heutigen Krise eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, besteht in dem übertriebenen Glauben an die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Massenaufstands des Volkes" ... „Das Leben hat die Erwartungen der Partei enttäuscht." Vergeblich hätten die Sozialrevolutionäre „ein sozialistisches Programm nach marxistischer Schablone" entworfen und ihre „Vorstellung von der Revolution" gebildet, indem sie diese „mit einer durch die ökonomischen Erfordernisse hervorgerufenen Massenbewegung und Massenaufstand – korrigiert freilich durch eine Initiative offenbarende Minderheit – identifizierten". Statt diese Korrektur vorzunehmen, müsse „die Theorie und Praxis des aktiven Handelns der Initiative offenbarenden Minderheit" entwickelt werden (Nr.1, S. 6/7). Man müsse die Bedeutung der „unmittelbaren Emotion, die den Revolutionär erfaßt, die ihn begeisternden Ideale" herausheben (Nr. 2, S. 1), theoretische Fragen aber, Philosophie, wissenschaftlicher Sozialismus – das sind nach Meinung der „neuen" sozialrevolutionären Obskuranten Bagatellen. „Besteht Hoffnung auf einen bewaffneten Aufstand in mehr oder minder naher" (es heißt wirklich wörtlich „in mehr oder minder naher") „Zukunft?" fragt „Rewoluzionnoje Nedomyslije" und antwortet: „Darin sind sich alle einig: eine solche Hoffnung besteht nicht." (Nr. 2, S. 2.) Die Schlußfolgerung: In Rußland „kann die politische Umwälzung nicht anders vollzogen werden als durch eine revolutionäre Minderheit" (S. 7). „Die Ursachen des Mißerfolgs der revolutionären Parteien in den letzten drei Jahren waren nicht zufälliger Natur, und sie hingen, unserer Auffassung nach, nicht allein von

* Ein Wortspiel: „Mysl" („Rewoluzionnaja Mysl") – Gedanke, Denken; „Nedomyslije" – beschränkte Denkfähigkeit, Schwachköpfigkeit. *Der Übers.*

objektiven Bedingungen und nicht allein von taktischen Fehlern ab, sondern sie waren auch in der organisatorischen Konzeption der revolutionären Parteien selbst begründet" (S. 10): die Revolutionäre haben sich „unlösbare Aufgaben" gestellt, nämlich die Massen wirklich zu führen; die Sozialdemokraten haben die Sozialrevolutionäre *auf Abwege gelockt* und sie der einzig richtigen Sache – nämlich dem terroristischen Kampf – zum Schaden veranlaßt, sich um die Organisierung der Bauernschaft und deren Vorbereitung zum allgemeinen bewaffneten Aufstand zu kümmern. (S. 11.) Extreme Zentralisierung der Parteien, „Generalsmanier", „Autoritätsgeist" (S. 12) – darin liegt das Übel! „Die Revolutionäre erblickten in einer großen, starken, geschlossenen Partei das einzige Mittel, die einzige Garantie, das gesteckte Ziel zu erreichen, ohne dabei zu sehen, daß es unter unseren russischen Verhältnissen praktisch unmöglich ist, eine solche Partei zu schaffen, und auch ohne alle ihre Schattenseiten zu bemerken." (S. 12.)

Doch genug davon! Was für ein Gedankenchaos in der „Revoluzionnaja Mysl" herrscht, was für ein Obskurantentum sie predigt, auf welcher jämmerlichen, spießerischen, sich gleich nach den ersten Schwierigkeiten einstellenden Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und Enttäuschung das angeblich revolutionäre Programm aufgebaut ist – darüber noch mehr Worte zu verlieren, lohnt wirklich nicht. Die angeführten Zitate sind Beweis genug.

Doch glaube man nicht, es handle sich einfach um ungereimtes Zeug, um das zufällige Geschwätz eines unbekannten, unbedeutenden Grüppchens. Nein, eine solche Ansicht wäre verkehrt. Hier herrscht eine eigene Logik, die Logik des Enttäuschtseins von Partei und Volksrevolution, die Logik des verlorenen Glaubens an die Fähigkeit der *Massen* zu unmittelbarem revolutionärem Kampf. Es ist die Logik der Überspanntheit und Hysterie, wie sie Intellektuelle kennzeichnet, die Logik der Unfähigkeit zu konsequenter, zäher Arbeit, des Unvermögens, grundlegende theoretische und taktische Prinzipien auf die veränderte Situation anzuwenden, die Logik der Unfähigkeit zu propagandistischer, agitatorischer und organisatorischer Arbeit unter Bedingungen, die sich von denen der jüngsten Vergangenheit kraß unterscheiden. Statt ihre ganze Kraft auf den Kampf gegen die spießbürgerliche Zerfahrenheit zu konzentrieren, die nicht nur in den oberen, sondern auch in den unteren Klassen Eingang

gefunden hat, statt die zersplitterten Kräfte der Partei wieder fester zusammenzuführen zur Verteidigung der erprobten revolutionären Prinzipien – statt dessen werfen diese aus dem Gleichgewicht geratenen, jeder Klassenstütze in den Massen beraubten Leute alles, was sie gelernt haben, über Bord und proklamieren „Revision", d. h. Rückkehr zum alten Kram, zur revolutionären Handwerklerei, zur aufgesplitterten Tätigkeit kleiner Grüppchen. Kein Heroismus dieser Grüppchen und einzelner Personen im terroristischen Kampf vermag etwas daran zu ändern, daß ihre Tätigkeit, als die Tätigkeit von Angehörigen einer *Partei*, eine *Verfall*serscheinung bedeutet. Es ist höchst wichtig, sich über den Satz klarzuwerden, den die Erfahrungen aller Länder, in denen die Revolution Niederlagen erlitten hat, bestätigen, daß nämlich in der Niedergeschlagenheit des Opportunisten wie in der Verzweiflung des Terroristen ein und dieselbe psychische Wesensart, ein und dieselbe spezifische Klassennatur, z. B. des Kleinbürgertums, zum Ausdruck kommt.

„Alle sind sich darin einig, daß in mehr oder minder naher Zukunft keine Hoffnung auf einen bewaffneten Aufstand besteht." Man bedenke aufmerksam diesen hingeworfenen, schablonenhaften Satz. Diese Leute haben offenbar niemals über die objektiven Bedingungen nachgedacht, aus denen zunächst eine umfassende politische Krise und später, bei einer Verschärfung dieser Krise, ein Bürgerkrieg entsteht. Diese Leute haben die *„Losung"* des bewaffneten Aufstands *auswendig gelernt*, aber deren Bedeutung und die Voraussetzungen für ihre Anwendbarkeit nicht *begriffen*. Darum lassen sie die von ihnen nicht durchdachten, oberflächlich hingenommenen Losungen so leicht, gleich nach den ersten Mißerfolgen der Revolution, fallen. Wenn diese Leute den Marxismus als die einzige revolutionäre Theorie des 20. Jahrhunderts achten und die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung gründlich studieren würden, so sähen sie den Unterschied zwischen der Phrase und der Entwicklung wahrhaft revolutionärer Losungen. Die „Losung" des Aufstands wurde von den Sozialdemokraten weder 1901 aufgestellt, als die Demonstrationen Kritschewski und Martynow zu ihrem Geschrei über den „Sturm" veranlaßten, noch 1902 und 1903, als der inzwischen verstorbene Nadeshdin den Plan der alten „Iskra" als „Literatenmache" bezeichnete. Die Losung des Aufstands stellten sie erst nach dem 9. Januar 1905 auf, als kein Mensch mehr daran zweifeln konnte, daß eine allgemeine natio-

nale politische Krise *ausgebrochen* war, die sich in der unmittelbaren Bewegung der Massen von Stunde zu Stunde verschärfte. Und binnen weniger Monate *führte* diese Krise zum Aufstand.

Welche Lehre ist hieraus abzuleiten? Die Lehre, daß wir heute die heranreifende neue politische Krise aufmerksam verfolgen, den Massen die Lehren von 1905 einprägen und sie lehren müssen, daß jedwede tiefe Krise unvermeidlich in Aufstand übergeht, daß wir die Organisation fester ausbauen müssen, die diese Losung im Moment des Ausbruchs der Krise ausgeben wird. Doch die Frage so zu stellen: „Ist für die nächste Zukunft Hoffnung vorhanden?" ist ganz unfruchtbar. Die Situation in Rußland ist derart, daß kein einigermaßen urteilsfähiger Sozialist eine Prophezeiung wagen wird. Alles, was wir *wissen* und was wir sagen können, ist dies: Ohne Umgestaltung der Agrarverhältnisse, ohne völlige Umwälzung der alten Agrarordnung kann Rußland nicht leben – es *wird* aber leben. Der Kampf wird darum geführt, ob es Stolypin gelingt, diese Umwälzung im Interesse der Gutsbesitzer durchzuführen, oder ob sie die Bauern *selbst* unter Führung der Arbeiter so vollziehen werden, wie es für sie günstig ist. Sache der Sozialdemokraten ist es, den Massen diese *ökonomische* Grundlage der heraufziehenden Krise klarzumachen und eine verläßliche Parteiorganisation heranzubilden, die dem Volk bei der Aneignung der inhaltsreichen Lehren der Revolution behilflich und fähig sein könnte, es im Kampfe *zu führen*, wenn die für eine neue revolutionäre „Kampagne" heranwachsenden Kräfte reif geworden sind.

Leuten, die „Losungen" nicht als praktische Schlußfolgerung aus einer klassenmäßigen Analyse und Untersuchung einer bestimmten historischen Situation, sondern als einen irgendeiner Partei oder Richtung ein für allemal gegebenen Talisman betrachten, wird diese Antwort sicherlich „unbestimmt" erscheinen. Solche Leute begreifen nicht, daß das Unvermögen, die Taktik den Unterschieden der schon klar herausgebildeten und der noch unbestimmten Momente anzugleichen, mangelnder politischer Schulung und einem beschränkten Horizont entspringt. Die Organisation fester ausbauen! Unsere Helden des revolutionären „Gekreischs" rümpfen verächtlich die Nase ob einer so bescheidenen, harmlosen Aufgabe, die nicht „sofort", auf der Stelle, morgen schon Lärm und Krach verspricht. „Das Leben hat die Erwartungen der Partei

enttäuscht" – so etwas sagt man nach drei Jahren einer Revolution, die eine noch niemals dagewesene *Bestätigung* der Rolle und Bedeutung starker Parteien geboten hat! Gerade die russische Revolution hat schon in ihrer ersten Periode gezeigt, daß selbst unter einem Plehwe-Regime[56] eine *Partei* geschaffen werden *kann*, die fähig ist, *Klassen* zu führen. Im Frühjahr 1905 war unsere Partei noch ein Bund illegaler Zirkel; im Herbst war sie bereits die Partei der *Millionen* des Proletariats. Kam das so „mit einem Schlage", ihr Herren, oder war es ein Jahrzehnt langsamer, zäher, unsichtbarer, bescheidener Arbeit, das ein solches Ergebnis *vorbereitet* und gesichert hat? Und wenn in einem solchen Augenblick wie dem jetzigen die Herren offiziellen und inoffiziellen Sozialrevolutionäre den Zarenmord in den *Vorder*grund stellen, nicht aber die Schaffung einer *Partei*organisation in den Bauernmassen, die fähig wäre, aus dem gallertartigen Revolutionarismus der Trudowikirichtung etwas Stabileres, ideologisch Stärkeres und Konsequenteres zu schmieden, so erklären wir, daß der Volkstümler-Sozialismus in Rußland in den letzten Zügen liegt, ja daß er schon längst tot ist, daß seine Führer ihren „Bankrott" als Volkstümler schon in der ersten Kampagne der Volksrevolution unklar fühlen.

Wir haben von den Bauern nicht erwartet, daß sie zur führenden oder auch nur zu einer selbständigen Rolle in der Revolution fähig sein würden, und so werden wir angesichts des Mißerfolgs der ersten Kampagne, die gezeigt hat, daß revolutionär-demokratische Ideen, wenn auch nur höchst unklar und nebelhaft, in der Bauernschaft weit verbreitet sind, nicht den Mut verlieren. Wir werden auch weiterhin ebenso zäh und konsequent zu arbeiten verstehen wie vor der Revolution, damit die Tradition der Partei nicht abreiße, damit die Partei erstarke und in der *zweiten* Kampagne der Revolution an der Spitze nicht von 2–3 Millionen Proletariern, sondern einer fünffachen, zehnfachen Zahl stehen kann. Ihr glaubt nicht an diese Aufgabe? Sie langweilt euch? Dann geht nur eures Wegs, Verehrteste: Ihr seid keine Revolutionäre, sondern einfach Schreihälse!

Ebenso hysterisch behandelt euer offizielles Organ die Frage nach der Beteiligung an der III. Duma.* In Nummer 10/11 des „Snamja Truda"

* Eine eingehende Analyse des Boykottismus der Sozialrevolutionäre siehe in Nr. 18 des „Proletari" in dem Aufsatz „Der umgestülpte parlamentarische Kretinismus". Bereits im Herbst 1907, während sie scheinbar an die wirklich revolutionäre Boykotttradition appellierten, vulgarisierten die Sozialrevolutio-

höhnt so ein Schreihals über die *Fehler* unserer sozialdemokratischen Abgeordneten in der III. Duma und macht sich über ihre Erklärungen lustig: „Wer weiß etwas von diesen Erklärungen, diesen Abstimmungen und Stimmenthaltungen?" (S. 11.)

Wir erwidern darauf: Ja, unsere sozialdemokratischen Abgeordneten in der III. Duma haben viele Fehler begangen. Aber gerade das von den Sozialrevolutionären herangezogene Beispiel zeigt uns den Unterschied zwischen der Einstellung einer *Arbeiterpartei* und der Einstellung einer *Intellektuellengruppe*. Die Arbeiterpartei begreift, daß in der Zeit einer politischen Flaute und des Verfalls auch in der Dumafraktion, die bei uns in der III. Duma noch weniger als in der zweiten Duma starke Kräfte der Partei in ihren Reihen konzentrieren konnte, Zerfallserscheinungen nicht zu vermeiden sind. Daher kritisiert und berichtigt die Arbeiterpartei die Fehler ihrer Abgeordneten; jede Organisation liefert, indem sie jede Rede diskutiert und feststellt, daß diese oder jene Erklärung, diese oder jene Rede ein Fehler war, Material für die politische Aktion der Massen. Nur ruhig Blut, ihr Herren Sozialrevolutionäre: Im Augenblick einer Verschärfung der politischen Krise wird unsere Fraktion oder werden jedenfalls Mitglieder unserer Dumafraktion es *verstehen, ihre Pflicht zu erfüllen*. Wir kritisieren ihre Fehler offen vor den Massen. Aus dieser Kritik lernen die Abgeordneten, lernen die Klassen, lernt die Partei, die schwere Zeiten durchgemacht hat und weiß, daß man nicht durch hysterische Anfälle, sondern nur durch zähe, hartnäckige Arbeit *aller* Organisationen mit Ehren aus der schwierigen Lage herauskommen kann. Als im Ausland erscheinende Zeitung erkannte der „Proletari" sehr wohl seine Pflicht, nur mit großer Vorsicht aus der Ferne Ratschläge zu erteilen,

---

näre in Wirklichkeit diese Tradition und machten sie zunichte, indem sie den revolutionären *Boykott*, der zugleich *Angriff* ist, durch eine jämmerliche und ohnmächtige „Ablehnung, sich zu beteiligen" verfälschten ... Schon damals suchten sie dem vertrauensseligen Publikum einzureden, es würde eine „große moralische" Niederlage der Regierung und den „ersten ernsten Schritt zur Änderung des politischen Gesamtbildes" bedeuten, wenn man der reaktionären Duma „den Rücken kehre".

Schon damals entschleierten wir den wahren Charakter dieser „revolutionären Rhetorik" jener Herren, „die sich nicht genieren, um naiver Parteireklame willen die Köpfe der Massen zu verwirren".

doch auch er machte offen Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit der Fraktion. Unsere offene parteimäßige Kritik als Ergänzung der Arbeit der Fraktion bewirkt, daß die Massen sowohl die Erklärungen in der Duma kennen als auch den *Charakter* der von der Partei an diesen vorgenommenen Korrekturen richtig erfassen. Wer aber die Dumatätigkeit in einem Augenblick, da sich die Parteiorganisationen und die Parteipresse in einem argen Verfall befinden, nicht entsprechend wertet, der offenbart einen maßlosen Intellektuellenleichtsinn.

Die Herren Sozialrevolutionäre begreifen nicht die Bedeutung offener sozialistischer Reden, verbunden mit einer offenen Kritik und Richtigstellung derselben in ihren Parteiorganen. Die Fehler *ihrer* Führer verschweigen die Herren Sozialrevolutionäre lieber: Das hat uns die Nummer 10/11 des „Snamja Truda" noch einmal bewiesen, indem es uns wegen unserer „gemeinen" Auslassungen über die Kadettenliebe Gerschunis beschimpft. Wir haben unsere Meinung in dieser Frage schon längst gesagt* und würden sie nicht unbedingt jetzt wiederholen, kurz nach dem Tode dieses von den Henkern des Zaren gemarterten Mannes, der sich durch seine Treue zur revolutionären Organisation größte Achtung verdient hat. Doch da es den Herren Sozialrevolutionären beliebte, diese Frage aufzuwerfen, so wollen wir antworten. Eine andere Antwort als wüstes Geschimpfe könnt ihr uns nicht geben, ihr Herren, ihr könnt uns nicht offen und ehrlich erklären, wer von euch den Standpunkt Gerschunis auf dem Februarkongreß der Partei der Sozialrevolutionäre (1907) billigt und wer nicht. Ihr könnt nicht auf den Kern der Frage eingehen, könnt nicht die Fehler eurer Führer aufdecken, die Zahl ihrer Anhänger nennen usw., denn ihr habt keine *Partei*, ihr schätzt es nicht, die Massen durch offene Kritik an Personen, Erklärungen, Richtungen und Schattierungen zu erziehen.

Die Arbeiterklasse wird es verstehen, ihre Organisationen zu erziehen und zu stählen, indem sie an ihren Vertretern offen Kritik übt. Nicht mit einem Schlage, nicht reibungslos, nicht ohne Kampf und Mühe werden wir die schwere Aufgabe lösen, vor die wir durch die ungünstige Entwicklung der Ereignisse gestellt worden sind: nämlich das offene Auftreten in der Duma mit illegaler Parteitätigkeit zu verknüpfen. *Aber lösen werden wir sie doch.* In der Lösung dieser Aufgabe wird sich die

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 148–156. *Die Red.*

Reife der Partei, die die erste Kampagne der Revolution bestanden hat, zeigen, und sie wird eine Garantie dafür bieten, daß es das Proletariat in der zweiten Kampagne verstehen wird, unter der Leitung der Sozialdemokratie geschickter und geschlossener zu kämpfen und entschlossener zu siegen.

„Proletari" Nr. 32, 2. (15.) Juli 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

DAS AGRARPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER RUSSISCHEN REVOLUTION[57]

Autorreferat

Auf Bitten polnischer Genossen will ich versuchen, den Inhalt meines Buches mit obigem Titel, das im November 1907 verfaßt wurde, aber infolge von mir *unabhängiger* Umstände bislang nicht erscheinen konnte*, kurz wiederzugeben.

Im ersten Kapitel dieses Buches befasse ich mich mit den „ökonomischen Grundlagen und dem Wesen der Agrarumwälzung in Rußland". Ich untersuche dort die neuesten Angaben (für 1905) über den Grundbesitz in Rußland und erhalte, indem ich die gesamte Nutzfläche in allen 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands mit rund 280 Mill. Desjatinen ansetze, folgendes Bild von der Verteilung des gesamten Bodens, des Privatbesitzes wie des Besitzes an bäuerlichem Anteilland:

	Zahl der Besitzungen (in Millionen)	Gesamtbesitz in Desj. (in Millionen)	Durchschn. pro Besitzer in Desj.
a) Ruinierte Bauernschaft, die das Joch der fronherrlichen Ausbeutung zu tragen hat	10,5	75,0	7,0
b) Mittlere Bauernschaft	1,0	15,0	15,0
c) Bäuerliche Bourgeoisie und kapitalistischer Bodenbesitz	1,5	70,0	46,7
d) Fronherrliche Latifundien	0,03	70,0	2333,0
Insgesamt	13,03	230,0	17,6
Nicht nach Besitzgröße verteilt	—	50,0	—
Insgesamt	13,03	280,0	21,4

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 213–437. *Die Red.*

Jeder, der irgendwie mit Sozialstatistik zu tun hat, wird verstehen, daß dieses Bild nur annähernd richtig sein kann. Für uns aber sind nicht jene Einzelheiten von Bedeutung, in deren Wust die Ökonomen der liberalen Volkstümlerrichtung selber rettungslos versinken und den Kern der Sache begraben, sondern der Klasseninhalt des Prozesses. Das von mir entworfene Bild stellt diesen Inhalt klar, es zeigt, worum der Kampf in der russischen Revolution geführt wird. 30 000 Gutsbesitzer, hauptsächlich Adlige, sowie das Apanageamt, besitzen 70 Mill. Desjatinen Boden. Dieser Tatsache von grundlegender Bedeutung ist eine andere entgegenzustellen: 10,5 Mill. Bauernhöfe und kleinste Eigentümer verfügen über insgesamt 75 Mill. Desjatinen Boden.

Diese könnten auf Kosten jener ihren Besitz *verdoppeln*: Darin besteht die objektiv unvermeidliche *Tendenz* des Kampfes, unabhängig von den verschiedenen Auffassungen der einzelnen Klassen von dieser Tendenz.

Das ökonomische Wesen der Agrarkrise tritt uns aus diesem Bild ganz klar entgegen. Millionen kleiner, ruinierter, verelendeter, von Not, Unwissenheit und Überresten der Leibeigenschaft niedergedrückter Bauern *können nicht* anders leben als in halbhöriger Abhängigkeit vom Gutsbesitzer, indem sie seinen Boden mit Hilfe ihres eigenen landwirtschaftlichen Inventars bestellen, um dafür Weiden, Tränken, überhaupt „Land", Winterdarlehen usw. usf. zu erhalten. Anderseits aber *können* die Besitzer der riesigen Latifundien diese unter solchen Verhältnissen *nicht* anders bewirtschaften als mit Hilfe der Arbeit der benachbarten ruinierten Bauern, da eine Wirtschaftsführung dieser Art weder Kapitalaufwand noch den Übergang zu neuen Bewirtschaftungssystemen erfordert. Daraus ergibt sich notwendig das, was in der russischen ökonomischen Literatur bereits mehrfach als System der Abarbeit beschrieben wurde. Es stellt nichts anderes dar als eine *Weiterentwicklung der Leibeigenschaft*. Die Ausbeutung beruht hier nicht auf der Loslösung des Arbeiters vom Boden, sondern auf zwangsweiser Fesselung des ruinierten Bauern an den Boden: Grundlage der Ausbeutung ist nicht das Kapital des Eigentümers, sondern sein Boden, nicht das Inventar des Latifundienbesitzers, sondern der altväterliche Hakenpflug des Bauern, nicht der Fortschritt der Agrikultur, sondern die alte langjährige Routine, nicht „freie Lohnarbeit", sondern Knechtung des Bauern durch den Wucher.

Die Folgen dieser Lage auf dem Gebiet der Agrikultur kann man mit

folgenden Zahlen demonstrieren: der Ernteertrag auf bäuerlichem Anteilland beträgt 54 Pud pro Desjatine, auf dem Boden der Gutsbesitzer bei Bestellung durch Einzelhofbauern und bei Bestellung durch Lohnarbeiter auf Kosten und mit dem Inventar des Gutsbesitzers 66 Pud; auf demselben Boden der Gutsbesitzer bei sog. „Halbpacht" 50 Pud und schließlich auf von Bauern gepachtetem Boden der Gutsbesitzer 45 Pud. Der gutsherrliche Boden trägt also dann, wenn er unter dem Druck von *Fronarbeit und Wucher* bestellt wird (die obenerwähnte „Halbpacht" und Bauernpacht), geringere Ernten als das erschöpfte, qualitativ schlechtere bäuerliche Anteilland. Diese Knechtung, durch die fronherrlichen Latifundien verstärkt, wird zum *Haupt*hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte Rußlands.

Aus obigem Bild tritt aber noch etwas anderes zutage: Diese Entwicklung *kann* nämlich in einem kapitalistischen Land in zweierlei Weise verlaufen. Die Latifundien können entweder bestehenbleiben und werden allmählich zur Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft auf dem Lande. Dies ist der preußische Typus des Agrarkapitalismus: Herr der Lage ist der Junker. Auf Jahrzehnte hinaus behauptet er seine politische Vorherrschaft, der Bauer bleibt unterdrückt, erniedrigt, elend und unwissend. Die Entwicklung der Produktivkräfte macht nur sehr langsame Fortschritte – ähnlich wie in der russischen Landwirtschaft von 1861 bis 1905.

Oder aber die Revolution fegt den Großgrundbesitz hinweg. Zur Grundlage der kapitalistischen Landwirtschaft wird der freie Farmer auf *freiem*, d. h. von jeglichem mittelalterlichen Plunder gesäubertem Boden. Dies ist der *amerikanische* Typus des Agrarkapitalismus: *rascheste Entwicklung der Produktivkräfte* unter den günstigsten Verhältnissen, die für das Volk unter dem Kapitalismus überhaupt möglich sind.

In *Wirklichkeit* wird der Kampf in der russischen Revolution nicht um „Sozialisierung" und anderen Blödsinn der Volkstümler geführt – das ist nichts als spießbürgerliche Ideologie, kleinbürgerliche Phrasen –, *sondern darum*, welchen Weg die kapitalistische Entwicklung Rußlands einschlagen wird: den „preußischen" oder den „amerikanischen". Bevor man nicht diese *ökonomische* Grundlage der Revolution geklärt hat, kann man in der Frage des Agrarprogramms überhaupt *nichts* verstehen (wie Maslow nichts verstanden hat, der das abstrakt Wünschenswerte behandelte, nicht aber das ökonomisch Unvermeidliche klarstellte).

Aus Raummangel muß ich auf die Wiedergabe des übrigen Inhalts des ersten Kapitels verzichten und möchte ihn daher nur in ein paar Worten zusammenfassen: Alle Kadetten bemühen sich nach Kräften, das wahre Wesen der Agrarumwälzung zu verschleiern, und die Herren Prokopowitsch *helfen* ihnen dabei. Die Kadetten vermengen („versöhnen") die zwei Haupt*linien* der Agrarprogramme in der Revolution miteinander: die der Gutsbesitzer mit der der Bauern. Weiter, ebenfalls in ein paar Worten: von 1861 bis 1905 haben sich in Rußland bereits beide Typen der kapitalistischen Agrarentwicklung herausgebildet – der preußische (*allmähliche* Entwicklung der Gutswirtschaft in Richtung zum Kapitalismus) wie der amerikanische (Differenzierung der Bauernschaft und rasche Entwicklung der Produktivkräfte im Süden, wo es die meiste Freiheit und den meisten Boden gibt). Endlich die Kolonisationsfrage, die ich in diesem Kapitel erörtere und deren Darlegung mir hier ebenfalls nicht möglich ist. Ich möchte nur erwähnen, daß das *Haupt*hindernis für die Ausnutzung von Hunderten Millionen Desjatinen in Rußland die fronherrlichen Latifundien der Zentralgebiete sind. Der Sieg über diese Gutsbesitzer wird der Entwicklung der Technik und Kultur einen so mächtigen Impuls geben, daß die landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche zehnmal rascher zunehmen wird als nach 1861. Hier einige Zahlen: die Bodenfläche des gesamten Russischen Reichs beläuft sich auf 1965 Millionen Desjatinen, doch liegen über 819 Millionen davon *keinerlei* Angaben vor. Somit muß sich die Untersuchung auf 1146 Millionen Desjatinen beschränken, von denen 469 Millionen Desjatinen in Nutzung sind, davon 300 Mill. Desjatinen Wald. Riesige heute brachliegende Ländereien werden in der nächsten Zukunft unter den Pflug genommen werden, *wenn* Rußland sich von den gutsherrlichen Latifundien *befreit*.*

* Die Ökonomen der liberalen Volkstümlerrichtung argumentieren folgendermaßen: *Angesichts* des Bodenmangels im Zentralgebiet und der Untauglichkeit Sibiriens, Mittelasiens usw. für die Kolonisierung ist eine zusätzliche Zuteilung von Boden *notwendig*. Das bedeutet, daß man die gutsherrlichen Latifundien einstweilen ungeschoren lassen könnte, wenn der Bodenmangel nicht wäre. Marxisten müssen aber ganz anders urteilen: *Solange* die Latifundien der Gutsbesitzer nicht beseitigt sind, ist weder im Zentralgebiet noch in den Kolonien (in den Randgebieten Rußlands) eine rasche Entwicklung der Produktivkräfte möglich.

Das zweite Kapitel meines Buches beschäftigt sich mit der Überprüfung der Agrarprogramme der SDAPR durch die Revolution. Der Hauptfehler aller früheren Programme bestand in der nicht genügend konkreten Vorstellung davon, welches der *Typus* der kapitalistischen Agrarentwicklung in Rußland sein kann. Dieser Fehler wurde von den Menschewiki wiederholt, als sie auf dem Stockholmer Parteitag siegten und der Partei ein Programm der *Munizipalisierung* gaben. Gerade die *ökonomische*, d. h. die wichtigste Seite der Frage wurde in Stockholm *überhaupt nicht in Betracht gezogen*, „politische" Erwägungen, Politisiererei herrschten vor, nicht aber die marxistische Analyse. Nur *zum Teil* läßt sich dies durch den Zeitpunkt des Stockholmer Parteitags erklären – die ganze Aufmerksamkeit war damals von der Beurteilung des Dezemberaufstandes von 1905 und der ersten Duma von 1906 in Anspruch genommen. Darum hat wohl Plechanow, der in *Stockholm* die Maslowsche Munizipalisierung durchgesetzt hat, sich den *ökonomischen Inhalt* der „bäuerlichen Agrarrevolution" (Protokoll des Stockholmer Parteitags, S. 42, Plechanows Worte) in einem kapitalistischen Land überhaupt nicht überlegt. Entweder ist das eine Phrase und ein eines Marxisten unwürdiger „Bauernfang"* durch Demagogie und Betrug – oder aber es besteht die ökonomische Möglichkeit einer überaus raschen Entwicklung des Kapitalismus infolge des *Siegs der Bauernschaft*; in diesem Fall aber muß man sich unbedingt darüber klarwerden, was für ein Sieg, was für ein Entwicklungsweg des Agrarkapitalismus, was für ein System von Agrarverhältnissen diesem Sieg der „bäuerlichen Agrarrevolution" entspricht.

Das Hauptargument der einflußreichsten „Munizipalisatoren" in Stockholm war, daß sich die Bauern der Nationalisierung des Anteillandes gegenüber *feindselig* verhalten. John[58], der *Referent* der Munizipalisierungsanhänger, rief aus: „Nicht eine Vendée[59] würden wir haben, sondern einen allgemeinen Bauernaufstand" (wie schrecklich!) „gegen den Versuch des Staates, sich in die freie Verfügung der Bauern über ihr *eigenes* Anteilland einzumischen, gegen den Versuch, es zu ‚nationalisieren'." (S. 40 des Protokolls des Stockholmer Parteitags.) Kostrow[60] erklärte: „Mit ihm" (dem Nationalisierungsprogramm) „zu den Bauern gehen heißt sie von sich abstoßen. Die Bauernbewegung wird über unsere Köpfe hinweg oder gegen uns ihren Lauf nehmen, und wir werden außerhalb der

* „Bauernfang" bei Lenin deutsch hinzugefügt. *Der Übers.*

Revolution stehen. Die Nationalisierung nimmt der Sozialdemokratie die Kraft, schneidet sie von der Bauernschaft ab, und nimmt somit auch der Revolution die Kraft." (S. 88.)

Das ist wohl klar genug. Die Bauern stehen der Nationalisierung feindlich gegenüber – das ist das Hauptargument der Menschewiki. Und *wenn das wahr ist*, liegt es da nicht auf der Hand, daß es lächerlich wäre ... die „bäuerliche Agrarrevolution" *gegen den Willen* der Bauern zu vollziehen?

Aber ist das denn wahr? 1905 schrieb P. Maslow: „Die Nationalisierung des Bodens kann man gegenwärtig in Rußland nicht als Weg zur Lösung der Agrarfrage betrachten, vor allem deshalb nicht" (man beachte dieses „vor allem"), „weil sie eine hoffnungslose Utopie ist ... Aber werden denn die Bauern damit einverstanden sein?" (*P. Maslow*, „Kritik der Agrarprogramme", 1905, S. 20.)

Und *im März 1907* lesen wir in der Zeitschrift „*Obrasowanije*"[61], Heft 3, S. 100: „Alle Volkstümlergruppen (Trudowiki, Volkssozialisten, Sozialrevolutionäre) sprechen sich für eine Nationalisierung des Bodens in der einen oder anderen Form aus." Und wer hat das geschrieben? *Derselbe P. Maslow!*

Da habt ihr die neue Vendée! Da habt ihr den Aufstand der Bauern gegen die Nationalisierung! Statt seinen Fehler ehrlich einzugestehen, statt die Frage, warum die Bauern sich für die Nationalisierung aussprechen müssen, vom *ökonomischen* Standpunkt zu untersuchen, spielte Maslow den Hans Weißnichtmehr. Er *zog es vor*, seine eigenen Worte und alle Reden auf dem Stockholmer Parteitag zu *vergessen*.

Nicht genug damit. Um die Spuren des „unangenehmen Zwischenfalls" zu verwischen, erfand Maslow eine Klatschgeschichte über die Trudowiki: sie hätten sich aus philiströsen Erwägungen heraus, „*indem sie ihre Hoffnung auf die Zentralmacht setzten*" (ibid.*), für die Nationalisierung ausgesprochen. Daß dies Klatsch ist, zeigt folgende Gegenüberstellung. In dem Agrarentwurf der Trudowiki, den sie sowohl der *ersten* als auch der *zweiten* Duma vorgelegt haben, heißt es in Paragraph 16: „Die Verwaltung des dem ganzen Volk gehörenden Bodenfonds ist den örtlichen Selbstverwaltungen zu übergeben, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen sind und in den gesetzlich festgelegten Grenzen selbständig wirken."

* ibidem – ebenda. *Die Red.*

Das von den Menschewiki durchgesetzte Agrarprogramm der SDAPR verlangt ... „4. Konfiskation der privaten Ländereien, mit Ausnahme des kleinen Grundbesitzes, und ihre Übergabe in die Verfügung großer, auf demokratischer Grundlage gewählter örtlicher Selbstverwaltungsorgane" („die städtische und ländliche Kreise vereinigen" – Punkt 3).

Der wesentliche Unterschied zwischen diesen Programmen besteht nicht im Unterschied der Worte „Verwaltung" und „Verfügung"*, sondern in der Frage der Ablösung (die auf dem Stockholmer Parteitag mit den Stimmen der *Bolschewiki* gegen Dan und Co. abgelehnt wurde und die die Menschewiki nach dem Parteitag wieder durchzusetzen bemüht waren) sowie in der Frage des *bäuerlichen* Bodens. Die Menschewiki heben ihn aus der übrigen Masse heraus, die Trudowiki tun das nicht. *Die Trudowiki haben den Verfechtern der Munizipalisierung bewiesen, daß ich recht hatte.*

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das der I. und II. Duma vorgelegte Programm der Trudowiki ein Programm der Bauernmassen ist. Sowohl die Literatur der Bauernabgeordneten als auch ihre Unterschriften unter den Entwürfen und ihre Verteilung nach den einzelnen Gouvernements sind durchaus überzeugende Beweise dafür. Im Jahre 1905 schrieb Maslow, es wären „ganz besonders" die Bauern mit eigenem Land (S. 20 der obigen Broschüre), die der Nationalisierung nicht zustimmen könnten. Es stellte sich jedoch heraus, daß das ein *„ganz besonderer"* Unsinn ist. Im Gouvernement Podolien z. B. besitzen die Bauern eigenes Land, unter dem Gesetzentwurf der „104" (der obenerwähnte Gesetzentwurf der Trudowiki) stehen aber in der ersten Duma 13 Unterschriften und in der zweiten Duma 10 Unterschriften podolischer Bauernabgeordneter!

Warum haben sich denn die Bauern für die Nationalisierung ausgesprochen? Weil sie die Notwendigkeit der *Vernichtung* des ganzen mittelalterlichen Grundbesitzes instinktiv viel besser erfaßt haben als die kurzsichtigen Pseudomarxisten. Der mittelalterliche Grundbesitz *muß* vernichtet werden, um dem Kapitalismus in der Landwirtschaft den Weg zu bahnen, und das Kapital *vernichtete* in den verschiedenen Ländern und

* Der Antrag, die Worte „in die Verfügung" durch die Worte „in das Eigentum" zu ersetzen, *wurde in Stockholm mit den Stimmen der Menschewiki abgelehnt.* (Siehe Protokoll, S. 152.)

in verschiedenem Grade den alten mittelalterlichen Grundbesitz, indem es ihn den Bedürfnissen des Marktes unterwarf und den Erfordernissen der kommerziellen Landwirtschaft gemäß umgestaltete. Schon im dritten Band des „Kapitals" legte Marx dar, daß die kapitalistische Produktionsweise das Grundeigentum in historischen Formen *vorfindet*, die dem Kapitalismus nicht entsprechen (Claneigentum [Gentileigentum], Markgemeinschaftseigentum, feudales Grundeigentum, patriarchalisches Grundeigentum usw.), und es entsprechend den neuen wirtschaftlichen Erfordernissen umformt.[62]

In den „Theorien über den Mehrwert", im Paragraph „Die historischen Bedingungen der Ricardoschen Theorie"*, entwickelte Marx mit genialer Klarheit diesen Gedanken. Er sagt dort: „Nirgendwo in der Welt hat die kapitalistische Produktion, seit Heinrich VII., so rücksichtslos mit den traditionellen Verhältnissen des Ackerbaus geschaltet und sich ihre Bedingungen so adäquat gemacht und unterworfen. England ist in dieser Hinsicht das revolutionärste Land der Welt." „Was heißt aber dies, ‚clearing of estates' (wörtlich = Säuberung des Bodens oder der Besitzungen)? Daß ohne alle Rücksicht auf die ansässige Bevölkerung, die weggejagt wird, existierende Dorfschaften, die rasiert, Wirtschaftsgebäude, die niedergerissen, Spezies der Landwirtschaft, die auf einen Schlag umgewandelt, zum Beispiel aus Ackerbau in Viehweide verwandelt wird, alle Produktionsbedingungen nicht akzeptiert werden, wie sie traditionell sind, sondern historisch so *gemacht* werden, wie sie unter den Umständen für die vorteilhafteste Anlage des Kapitals sein müssen. Insofern *existiert* also *kein Grundeigentum*; es läßt das Kapital – den Pächter – frei wirtschaften, da es ihm bloß um das Geldeinkommen zu tun ist." (S. 6/7.)[63]

Dies sind die Bedingungen für die rascheste Vernichtung der mittelalterlichen Formen, die Bedingungen für die freieste Entwicklung des Kapitalismus – *Vernichtung* des ganzen alten Grundbesitzes und Beseitigung des Privateigentums am Grund und Boden als Hindernisse für das Kapital. Auch in Rußland ist eine solche revolutionäre *„Säuberung"* des mittelalterlichen Grundbesitzes *unvermeidlich*, und keine Macht der Welt vermag sie aufzuhalten. Die Frage besteht *nur* darin und *der Kampf* wird *allein darum* geführt, ob diese „Säuberung" von den *Gutsbesitzern* oder von den *Bauern* vorgenommen wird. Die „Säuberung" des mittelalter-

* „Theorien über den Mehrwert", II. Band, 2. Teil, Stuttgart 1905.

lichen Grundbesitzes durch die Gutsbesitzer selbst – das ist die Ausplünderung der Bauern von 1861, das ist die Stolypinsche Agrarreform von 1906 (Gesetzgebung lt. Artikel 87). *„Säuberung" des Bodens für den Kapitalismus, von den Bauern vorgenommen* – das *wäre die Nationalisierung des Bodens.*

Diesen *ökonomischen* Wesensinhalt der Nationalisierung *in* der von Bauern und Arbeitern vollzogenen *bürgerlichen* Revolution haben Maslow, Plechanow und Co. absolut nicht begriffen. Sie verfaßten ihr Agrarprogramm, nicht um die mittelalterlichen Grundbesitzverhältnisse als einen der wesentlichsten Überreste der Leibeigenschaft zu bekämpfen, nicht um dem Kapitalismus vollständig freie Bahn zu schaffen, sondern um des *jämmerlichen spießerlichen Versuchs* willen, das Alte mit dem Neuen, das aus Bodenzuteilung entstandene Eigentum mit den von der Revolution konfiszierten fronherrlichen Latifundien „harmonisch" zu vereinigen.

Um endlich das ganze spießbürgerlich-reaktionäre Wesen der *Idee* von der Munizipalisierung zu zeigen, führe ich nachstehend Angaben über die Pacht an. (Auf die Bedeutung der Pachtfrage habe ich bereits 1906, in einer Polemik mit Maslow, in der Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei"* hingewiesen.) Hier einige Zahlen über den Kreis Kamyschin, Gouvernement Saratow**:

	Im Durchschnitt entfallen auf eine durch Bodenzuteilung entstandene Besitzung (in Desjatinen)			
Gruppen der Hofbesitzer	Anteilackerland	gepachtetes Land	verpachtetes Land	bebautes Land insgesamt
Ohne Zugvieh	5,4	0,3	3,0	1,1
Mit 1 Stück Zugvieh	6,5	1,6	1,3	5,0
Mit 2 „ „	8,5	3,5	0,9	8,8
Mit 3 „ „	10,1	5,6	0,8	12,1
Mit 4 „ „	12,5	7,4	0,7	15,8
Mit 5 und mehr Stück Zugvieh	16,1	16,6	0,9	27,6
Im Durchschnitt	9,3	5,4	1,5	10,8

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 157–189. *Die Red.*

** „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", 2. Aufl., S. 51, 54 und 82. (Siehe Werke, Bd. 3, S. 83, 87 und 122/123. *Die Red.*)

Man werfe einen Blick auf das *tatsächliche* ökonomische Verhältnis zwischen dem *Anteil*land, das die superklugen Maslow und Plechanow den Bauern als Eigentum lassen wollen, und dem übrigen Boden, der nicht *Anteil*land, sondern Pachtland ist und „munizipalisiert" werden soll. Die Bauern ohne Pferd – es wurden in den Jahren 1896–1900 in Rußland von insgesamt 11,1 Mill. Bauernwirtschaften 3,25 Mill. solcher Wirtschaften gezählt – *verpachten zehnmal soviel* Boden, wie sie selber pachten. Ihr bebauter Boden beträgt nur ein Fünftel ihrer „Bodenanteile". Bei den Bauern mit einem Pferd (3,33 Mill. Wirtschaften in ganz Rußland) *übersteigt* der gepachtete Boden nur um ein *geringes* den verpachteten, aber die bebaute Bodenfläche ist *kleiner* als ihr „Anteil". Alle höheren Gruppen, d. h. die Minderheit der Bauernschaft, pachten viel mehr Boden, als sie verpachten, und die bebaute Bodenfläche ist gegenüber den „Anteilen" um so größer, je wohlhabender der Bauer ist.

Ähnlich liegen die Dinge in *ganz* Rußland. Der Kapitalismus zerstört die Dorfgemeinde, *befreit* den Bauern von der Herrschaft des „Anteils", setzt die Bedeutung des Anteillandes an beiden Polen des Dorfes herab; die tiefsinnigen menschewistischen Denker aber verkünden: „Die Bauern werden sich gegen die Nationalisierung des Anteillandes erheben."

Mittelalterlich ist in Rußland nicht nur der gutsherrliche Grundbesitz, sondern auch der bäuerliche Anteillandbesitz – das haben die Menschewiki „übersehen". Eine Festigung des Anteillandbesitzes, der den neuen, kapitalistischen Verhältnissen *in keiner Weise entspricht*, wäre eine reaktionäre Maßnahme, die Munizipalisierung *festigt* eben den Anteillandbesitz zum Unterschied vom übrigen Besitz, der „der Munizipalisierung unterliegt". Der Besitz von Anteilland trennt die Bauern durch Tausende mittelalterliche Scheidewände und durch die mittelalterliche, fiskalischen Zwecken dienende „Gemeinde" und hemmt damit die Entwicklung der Produktivkräfte. Die „Gemeinde" und der Anteillandbesitz werden vom Kapitalismus *unabwendbar* zerstört werden. Stolypin fühlt das und zerstört sie auf Schwarzhunderterart. Die Bauern fühlen es und wollen sie auf bäuerliche oder revolutionär-demokratische Weise zerstören. Die Menschewiki aber trompeten: „Das Anteilland nicht antasten!"

Eine Nationalisierung wird die „Gemeinde", einen Überrest der alten Zeit, und den mittelalterlichen Anteillandbesitz in einer Weise vernichten, wie man sich überhaupt die Vernichtung solcher Institutionen in der

kapitalistischen Gesellschaft bei größtmöglicher Wahrung der Interessen der Bauern nur vorstellen kann. In der Broschüre „Materialien zur Bauernfrage (Bericht über die Sitzungen des Delegiertenkongresses des Gesamtrussischen Bauernbundes, 6.–10. November 1905)", Petersburg 1905, lesen wir: „Die berüchtigte Frage der ‚Gemeinde' wurde gar nicht erörtert, sie wurde stillschweigend im negativen Sinne entschieden: Der Boden ist Personen und Genossenschaften zur Nutzung zu übergeben – so lauten die Resolutionen sowohl des ersten als auch des zweiten Kongresses." (S. 12.) Die Frage, ob bei der Nationalisierung der Anteilländereien die Interessen der Bauern nicht Schaden nehmen würden, wurde von den Delegierten folgendermaßen beantwortet: „Bei der Verteilung werden sowieso alle Boden erhalten." (S. 20.) Der bäuerliche Eigentümer (und sein Ideologe, Herr Peschechonow) versteht ausgezeichnet, daß „bei der Verteilung ... sowieso alle Boden erhalten", daß die fronherrlichen Latifundien bald vernichtet sein werden. Aber er braucht eine „Verteilung" in großem Maßstab, die die Nationalisierung des ganzen Bodens bedeutet, um die Fesseln des Mittelalters zu sprengen, um den Boden zu „säubern", um die Bodennutzung den neuen ökonomischen Bedingungen anzupassen. In der zweiten Duma verlieh Herr Muschenko, der im Namen der Sozialrevolutionäre sprach, diesem Gedanken sehr schön Ausdruck, als er mit der ihm eigenen Naivität meinte: „Eine richtige Ansiedlung (der Landwirte) wird nur dann möglich, wenn der ganze Boden ohne Schranken sein wird, wenn alle vom Prinzip des Privateigentums am Grund und Boden aufgerichteten Schranken niedergerissen sind." (Protokolle der II. Duma, S. 1172.) Man vergleiche diese Erklärung mit den oben zitierten Worten von Marx, und man wird begreifen, daß sich hinter der kleinbürgerlichen Phrasendrescherei über „Sozialisierung" und „Ausgleich" ein ganz realer Inhalt verbirgt: die bürgerlich-revolutionäre Säuberung des alten mittelalterlichen Grundbesitzes.

Die Munizipalisierung des Grund und Bodens bedeutet in der bürgerlichen Revolution eine *reaktionäre* Maßnahme, da sie dem ökonomisch notwendigen und unvermeidlichen Prozeß der Vernichtung des mittelalterlichen Grundbesitzes, dem Prozeß der Schaffung *einheitlicher* ökonomischer Bedingungen hinsichtlich des Bodens für alle *Landwirte*, welches ihre Lage, ihre Vergangenheit, ihr Bodenanteil von 1861 her usw. auch sein mögen, hindernd entgegensteht. Die Aufteilung des Bodens und

dessen Zuweisung als Eigentum wäre jetzt eine *reaktionäre* Maßnahme, da dadurch der heutige Anteillandbesitz, der veraltet ist und einen Überrest aus früheren Zeiten darstellt, erhalten bliebe; doch später, nach völliger Säuberung des Bodens durch Nationalisierung, wäre eine Aufteilung als Losung eines *neuen*, freien *Farmertums* möglich.* Die Aufgabe der Marxisten besteht darin, die radikale Bourgeoisie (d. h. die Bauernschaft) bei der möglichst vollständigen Beseitigung des alten Plunders zu unterstützen und eine rasche Entwicklung des Kapitalismus zu sichern, keinesfalls aber darin, dem Spießer zu helfen, sich bequem einzurichten und sich der Vergangenheit anzupassen.

Das dritte Kapitel ist den „theoretischen Grundlagen der Nationalisierung und Munizipalisierung" gewidmet.

Ich brauche den polnischen Genossen natürlich nicht Dinge zu wiederholen, die jedem Marxisten geläufig sind, daß nämlich die Nationalisierung des Bodens in der kapitalistischen Gesellschaft Aufhebung der absoluten, nicht aber der Differentialrente bedeutet usw. Mit Rücksicht auf die russischen Leser *mußte* ich aber darauf ausführlich eingehen, da Peter Maslow behauptete, die Theorie von Karl Marx über die absolute Rente sei ein „Widerspruch", den „man nur (!!) dadurch erklären kann, daß der dritte Band eine Publikation sei, die postum erschien und in die auch Rohentwürfe des Verfassers aufgenommen wurden" („Agrarfrage").**

Diese Anmaßung von Peter Maslow, die Rohentwürfe von Karl Marx korrigieren zu wollen, ist für mich nicht neu. Bereits in der „*Sarja*"[64] habe ich im Jahre 1901 darauf hingewiesen, daß Maslow in der „*Shisn*"[65] die Rententheorie von Marx verfälscht hat.*** Doch bald darauf wiederholte Peter Maslow diesen anmaßenden und entschiedenen Unsinn – nämlich im Jahre 1906 (das Vorwort zur 3. Auflage ist vom 26. April 1906 datiert), *nach dem Erscheinen* der „Theorien über den Mehrwert", wo Marx die Theorie der absoluten Rente ganz eindeutig dargelegt hat. Das ist schon hanebüchen! Es ist mir hier nicht möglich, die in meinem Buch ge-

* M. Schanin betonte in seiner Schrift „Munizipalisierung oder Aufteilung in Privateigentum", erschienen in Wilna 1907, jene Seite der Frage, die die Agrikultur betrifft, begriff aber nicht die zwei Entwicklungswege und die Bedeutung der Vernichtung des heutigen Grundbesitzes.

** „Die Agrarfrage", 3. Auflage, S. 108, Anmerkung.

*** Siehe Werke, Bd. 5, S. 122. *Die Red.*

gebene eingehende Analyse der Maslowschen „Korrekturen" an Marx zu wiederholen, und ich beschränke mich daher darauf zu sagen, daß sie sich bei näherem Zusehen als abgedroschene Argumente der bürgerlichen politischen Ökonomie entpuppen. Peter Maslow geht so weit, der Marxschen Theorie der absoluten Rente die „Ziegelsteinproduktion" entgegenzustellen (S. 111), er wärmt das „Gesetz des abnehmenden Bodenertrags" wieder auf, behauptet, „ohne dieses Gesetz" könne „die ‚überseeische' Konkurrenz nicht erklärt werden" (S. 107), und versteigt sich schließlich zu der Ansicht, *ohne Widerlegung von Marx könne man den Standpunkt der Volkstümler nicht widerlegen*: „Wenn die Tatsache der sinkenden Produktivität der sukzessiven Arbeitsaufwendungen auf dieselbe Bodenfläche nicht wäre, so könnte vielleicht noch das Idyll ... der Volkstümler Wirklichkeit werden." (Maslow im „*Obrasowanije*", 1907, Nr. 2, S. 123.) Kurz, die ökonomische Theorie Peter Maslows in der Frage der absoluten Rente, von der „Tatsache" des abnehmenden Bodenertrags, von den Grundfehlern der „Volkstümlerrichtung", vom Unterschied zwischen Erhöhung der Kultur und Erhöhung der Technik enthält *kein* einziges *zutreffendes Wort*. Dadurch, daß Maslow die Theorie von der absoluten Rente mit rein bürgerlichen, von staatlich ausgehaltenen Klopffechtern des Kapitals bereits unglaublich abgedroschenen Argumenten widerlegte, mußte er ganz unvermeidlich in die Reihen der Marxfälscher abgleiten. Doch war er schlau genug, in der deutschen Übersetzung seines Buches über die „Agrarfrage" *alle* seine Korrekturen an Marx' Rohentwürfen zu *streichen*. Vor den Europäern *versteckte* Maslow seine *Theorie!* Unwillkürlich mußte ich – so schrieb ich in Kapitel III – dabei an die Geschichte von jenem Unbekannten denken, der einer Diskussion von Philosophen des Altertums zum ersten Male beiwohnte und dabei die ganze Zeit schwieg. „Bist du klug", sagte ihm darauf einer der Philosophen, „so handelst du dumm. Bist du aber dumm, so handelst du klug."

Wer die Theorie der absoluten Rente ablehnt, beraubt sich dadurch – das versteht sich von selbst – jeder Möglichkeit, die Bedeutung der Nationalisierung des Bodens in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen, da durch die Nationalisierung nur die absolute, nicht aber die Differentialrente aufgehoben werden kann. Wer die absolute Rente negiert, leugnet jede ökonomische Bedeutung des Privateigentums am Grund und Boden als *Hindernis* für die Entwicklung des Kapitalismus. Infolgedessen redu-

zieren Maslow und Co. die Frage „Nationalisierung oder Munizipalisierung" unvermeidlich auf eine politische Frage („Wem soll man den Boden geben?") und ignorieren deren ökonomisches Wesen. Die Verknüpfung von Privateigentum am Anteilland (d. h. am qualitativ schlechteren und von schlechteren Wirten bewirtschafteten Boden) mit gesellschaftlichem Eigentum an der anderen (besseren) Hälfte des Bodens wird in einem einigermaßen entwickelten und freien kapitalistischen Staat *absurd*. Es ist nichts mehr und nichts weniger als *agrarischer Bimetallismus*.

Dieser Fehler der Menschewiki hatte zur Folge, daß die Sozialdemokraten die Kritik des Privateigentums am Grund und Boden den Sozialrevolutionären überließen. Marx bot im „Kapital" ein Musterbeispiel dieser Kritik.* Bei uns aber kam es dahin, daß die Sozialdemokraten eine solche Kritik unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt nicht üben und daß allein die Kritik der Volkstümler, d. h. die kleinbürgerlich verzerrte Kritik am Privateigentum an Grund und Boden, die Massen erreicht.

Ich verweise noch, als Detail, darauf, daß in der russischen Literatur auch folgendes Argument gegen die Nationalisierung ins Feld geführt worden ist: sie würde, bei bäuerlichem Kleinbesitz, „Geldrente" bedeuten. Das ist falsch. „Geldrente" (siehe „Kapital", Bd. III)[67] ist für den Grundbesitzer ein Zins in moderner Gestalt. Bei der *heutigen* bäuerlichen Bodenpacht ist der Pachtzins zweifellos in gewissem Grade *Geldrente*. Die Vernichtung der fronherrlichen Latifundien wird die Differenzierung der Bauernschaft beschleunigen und die bäuerliche Bourgeoisie, die heute bereits kapitalistische Pacht hervorbringt, verstärken: man erinnere sich der oben angeführten Angaben über Bodenpacht in den oberen Bauerngruppen.

Schließlich sei auch bemerkt, daß unter den Marxisten noch die Auffassung ziemlich verbreitet ist, eine Nationalisierung könne nur auf sehr hoher Entwicklungsstufe des Kapitalismus vorgenommen werden. Das ist aber falsch. Auf solcher Entwicklungsstufe wird nicht mehr die bürgerliche, sondern die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stehen. Nationalisierung des Bodens ist die konsequenteste bürgerliche Maß-

* Siehe z. B.: „Das Kapital", III, 2. T., S. 346/347, über den Bodenpreis als Hindernis für die Entwicklung des Kapitalismus. Ebenda, S. 344/345, 341 u. 342.[66]

nahme. Marx hat das *mehrfach* betont, angefangen beim „Elend der Philosophie"[68]. In den „Theorien über den Mehrwert" sagt Marx (II. Band, 1. Teil, S. 208): „Der radikale Bourgeois ... geht daher theoretisch zur Leugnung des privaten Grundeigentums fort ... In der Praxis fehlt jedoch die Courage, da der Angriff auf eine Eigentumsform – eine Form des Privateigentums an Arbeitsbedingungen – sehr bedenklich für die andere Form würde. Außerdem hat der Bourgeois sich selbst territorialisiert."[69] In Rußland aber gibt es in der bürgerlichen Revolution einen radikalen Bourgeois (den Bauern), der „die Courage hat", im Namen der Millionenmassen ein Programm der Nationalisierung aufzustellen, der sich noch nicht „territorialisiert" hat, d. h., der mehr Schaden vom *(mittelalterlichen)* Privateigentum am Grund und Boden hat als Vorteil und „Gewinn" vom (bürgerlichen) Eigentum am Grund und Boden. Die russische Revolution *kann* nur dann siegen, wenn dieser „radikale Bourgeois", der zwischen Kadetten und Arbeitern schwankt, den revolutionären Kampf des Proletariats durch eine Massenaktion unterstützt. Die russische Revolution kann nicht anders siegen als in Gestalt der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Das vierte Kapitel des Buches behandelt „politische und taktische" Erwägungen in Fragen des Agrarprogramms. An erster Stelle steht hier das „berühmte" Argument Plechanows: „Der Schlüssel zu meiner Einstellung", rief er in Stockholm aus, „das ist der Hinweis auf die Möglichkeit einer Restauration!" (Protokoll, S. 113.) Es ist dies aber ein ganz und gar verrosteter Schlüssel, der kadettische Schlüssel des *Paktierens* mit der Reaktion unter dem Deckmantel einer „Garantie gegen eine Restauration". Das Argument Plechanows *ist jämmerlichste Sophisterei, denn* er erklärt selber, gegen eine Restauration gäbe es keine Garantie – und *erfindet* doch eine: „Sie (die Munizipalisierung) liefert den Boden nicht den politischen Repräsentanten der alten Ordnung aus." (S. 45, Rede Plechanows.) Was ist Restauration? Der Übergang der Staatsmacht in die Hände von Repräsentanten der alten Ordnung. Kann es gegen die Restauration eine Garantie geben? Nein, eine solche Garantie „kann es gar nicht geben" (Protokoll, S. 44, Rede Plechanows). Darum ... erfand er eine Garantie – „die Munizipalisierung liefert den Boden nicht ... aus".

In ökonomischer Beziehung bleibt bei der Munizipalisierung zwischen dem Anteilland und den Gutsbesitzerländereien ein *Unterschied* bestehen,

d. h., sie erleichtert eine Restauration oder die *Wiederherstellung dieses Unterschieds* de jure*. In *politischer* Beziehung ist die Munizipalisierung ein *Gesetz* über die Änderung der Besitzform hinsichtlich der Gutsbesitzerländereien. Was ist ein Gesetz? Ausdruck des Willens der herrschenden Klassen. Bei einer Restauration werden *dieselben* Klassen wieder zu *herrschenden Klassen*. Werden sie sich etwa durch das Gesetz binden lassen, Genosse Plechanow? Wenn Sie darüber nachdächten, so begriffen Sie, daß kein Gesetz den Willensausdruck der herrschenden Klassen zu binden vermag. Die Nationalisierung aber erschwert eine Restauration in *ökonomischer* Beziehung, da sie *alle* Schranken *niederreißt*, das *ganze* mittelalterliche Eigentum am Grund und Boden *vernichtet* und es den neuen, sich zu einem einheitlichen Ganzen vereinigenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen *anpaßt*.

Die Sophistik Plechanows bedeutet im Grunde Übernahme der *kadettischen* Taktik, die darin besteht, das Proletariat nicht zum vollen Sieg, sondern zum *Paktieren* mit der alten Macht zu bringen. In Wirklichkeit besteht die einzige absolute „Garantie gegen eine Restauration" in der sozialistischen Umwälzung im Westen, eine relative Garantie aber wird gegeben durch die Vollendung der Revolution, durch *radikalste* Vernichtung des Alten, durch die Errichtung der *höchsten* Stufe der Demokratie (Republik) in der Politik und die Schaffung aller Voraussetzungen für den Kapitalismus in der Ökonomik.

Ein anderes Argument Plechanows lautet: „Mit den Selbstverwaltungsorganen, die über den Boden verfügen, schafft die Munizipalisierung einen Schutzwall gegen die Reaktion, und zwar einen sehr starken." (Protokoll, S. 45.) Das ist nicht wahr. Unter dem Kapitalismus ist die örtliche Selbstverwaltung nie und nirgends ein Schutzwall gegen die Reaktion gewesen; sie kann es gar nicht sein. Der Kapitalismus führt *unvermeidlich* zur Zentralisierung der Staatsmacht, und *jede* örtliche Selbstverwaltung wird *unbedingt* besiegt werden, wenn die Staatsmacht reaktionär ist. Plechanow predigt *Opportunismus*, denn er konzentriert sein Augenmerk nicht auf die „Demokratie im Zentrum", d. h. auf die *Republik*, den einzigen in der kapitalistischen Gesellschaft denkbaren Schutzwall gegen die Reaktion, sondern auf die örtliche Selbstverwaltung, die großen historischen Aufgaben stets ohnmächtig

* juristisch. *Die Red.*

gegenübersteht, die nichtig, kleinlich, unselbständig und aufgesplittert ist. „Die bäuerliche Agrarrevolution" *kann* in Rußland *nicht* siegen, wenn sie nicht die Zentralmacht besiegt, Plechanow aber redet den Menschewiki Auffassungen ein, wie sie in Stockholm von dem Menschewik Nowossedski ausgesprochen wurden: „Bei wirklich demokratischen örtlichen Selbstverwaltungen kann das jetzt angenommene Programm durchgeführt werden" (hört, hört!), „auch wenn der Demokratisierungsgrad der Zentralregierung nicht als der höchste bezeichnet werden kann. Selbst bei einer sozusagen relativen Demokratisierung wird die Munizipalisierung nicht von Schaden, sondern von Nutzen sein." (Protokoll, S. 138.)

Das ist so klar wie nur möglich. Laßt uns das Volk lehren, sich der Monarchie anzupassen, vielleicht wird man unsere Tätigkeit in der Provinz „unbeachtet lassen" und „uns das Leben schenken", wie dem Gründling in Schtschedrins Märchen. Die dritte Duma ist eine schöne Illustration für die Möglichkeit der Munizipalisierung und der *örtlichen* Demokratie bei „relativer", menschewistischer Demokratie im Zentrum.

Ferner wird durch die Munizipalisierung der Förderalismus und die Aufsplitterung der einzelnen Gebiete verewigt. Nicht umsonst wetterte in der II. Duma der *rechte Kosak* Karaulow – nicht schlechter als Plechanow – gegen die Nationalisierung (Protokoll, S. 1366) – und *sprach sich für die Munizipalisierung im Gebietsmaßstab aus.* Die Kosakenländereien in Rußland *sind* schon eine Art Munizipalisierung. Und gerade diese Aufsplitterung des Staates in einzelne Gebiete war eine der Ursachen für die Niederlage der Revolution in ihrem ersten dreijährigen Feldzug!

Die Nationalisierung – so lautet das nächste Argument – stärkt die Zentralmacht des bürgerlichen Staates! Erstens wird dieses Argument aufgestellt, um in den sozialdemokratischen Parteien der *einzelnen Nationalitäten* Mißtrauen zu wecken. P. Maslow schrieb im *„Obrasowanije"*, 1907, Nr. 3, S. 104: „Vielleicht würden die Bauern mancher Gegenden sich mit der Aufteilung ihres Bodens einverstanden erklären, doch es genügt, daß die Bauern eines großen Gebiets (z. B. Polens) eine solche Aufteilung ablehnen, und der Plan der Nationalisierung des gesamten Bodens erweist sich als Unsinnigkeit." In der Tat, ein ausgezeichnetes Argument! Sollten wir nicht auf die Republik verzichten, weil „...es genügt, daß die Bauern eines großen Gebiets... ablehnen" usw.? Das

ist kein Argument, sondern *Demagogie*. Unser politisches Programm schließt jede Gewalt und Ungerechtigkeit aus, indem es für die einzelnen Provinzen umfassende Autonomie verlangt (siehe Punkt 3 des Parteiprogramms). Das bedeutet, daß es sich nicht darum handelt, neue, in der bürgerlichen Gesellschaft unerreichbare „Garantien" zu erfinden, sondern darum, daß die proletarische Partei mit ihrer propagandistischen und agitatorischen Tätigkeit zum Zusammenschluß und nicht zur Zersplitterung, zur Lösung der höheren Aufgaben zentralisierter Staaten, nicht aber zu krähwinklerischer Verwilderung und nationaler Beschränktheit *aufrufen* muß. Die Agrarfrage wird im zentralen Rußland gelöst, in den Randgebieten *kann man nicht* anders wirken als *durch das Beispiel*.* Das ist sogar jedem Demokraten klar, geschweige denn einem Sozialdemokraten. Die Frage besteht nur darin, ob das Proletariat die Bauernschaft zu den höheren Zielen *emporheben* oder selber auf das spießbürgerliche Niveau der Bauernschaft *herabsinken* soll.

Zweitens wird behauptet, die Nationalisierung werde die Möglichkeit willkürlichen Verfahrens der Zentralmacht erhöhen, die Bürokratie stärken usw. Was die Bürokratie anbetrifft, so ist dazu zu bemerken, daß die *Verwaltung* des Bodens auch bei Nationalisierung den örtlichen Selbstverwaltungen verbleibt. Somit ist obiges Argument nicht stichhaltig. Die Zentralmacht wird die allgemeinen Bestimmungen festlegen, d. h., sie wird z. B. jede Weitergabe von Boden verbieten usw. Und unser jetziges, d. h. menschewistisches Programm – es übergibt ja nicht nur den „Umsiedlungsfonds", sondern auch „Gewässer und Forste von allgemein-staatlicher Bedeutung" „in die Verfügung des demokratischen Staates"! Es wäre unvernünftig, den Kopf in den Sand stecken zu wollen: auch hier ist *schrankenlose* Willkür möglich, denn die zentrale Staatsmacht selbst wird entscheiden, *welche* Gewässer und Forste allgemein-staatliche Bedeutung haben. Die Menschewiki suchen nach „Garantien" nicht dort, wo man sie suchen muß: *nur* volle Demokratie im Zentrum, nur die *Republik* kann die geringste Wahrscheinlichkeit von Konflikten zwischen der Zentralmacht und den einzelnen Gebieten garantieren.

* In einem kapitalistischen Staat ist ein Nebeneinander von Privateigentum am Grund und Boden und Nationalisierung *nicht möglich*. Eines von beiden muß die Oberhand gewinnen. Sache der Arbeiterpartei ist es, für das höhere System einzutreten.

„Der bürgerliche Staat wird erstarken" – schreien die Menschewiki, die heimlich die bürgerlichen Monarchisten (die Kadetten) unterstützen, sich aber öffentlich auch nur beim Gedanken an Unterstützung bürgerlicher Republikaner an die Brust schlagen. Die wirkliche historische Frage, die uns von der objektiven gesellschaftlich-historischen Entwicklung gestellt ist, lautet: preußischer oder amerikanischer Typus der Agrarevolution? Gutsbesitzermonarchie mit Pseudoverfassung als Feigenblatt oder Bauern- (Farmer-) Republik? Gegenüber *dieser* von der Geschichte aufgeworfenen objektiven Fragestellung die Augen verschließen heißt sich selbst und andere täuschen und sich vor dem scharfen Klassenkampf, vor der klaren, einfachen und entschiedenen Stellung der Frage nach der demokratischen Revolution wie ein Spießer drücken.

Um den „bürgerlichen Staat" kommen wir nicht herum. Nur ein Spießer kann davon träumen. Unsere Revolution ist darum eine bürgerliche, weil in ihr nicht Sozialismus und Kapitalismus, sondern *zwei Formen des Kapitalismus*, zwei Wege seiner Entwicklung, zwei Formen bürgerlich-demokratischer Institutionen einander bekämpfen. Vom Standpunkt des Menschewiks Nowossedski ist auch die oktobristische oder kadettische Monarchie eine *„relative"* bürgerliche „Demokratie". Aber auch die proletarisch-bäuerliche Republik ist eine bürgerliche Demokratie. In unserer Revolution können wir *keinen Schritt* tun – und haben auch keinen getan –, *ohne* die einen oder anderen Schichten der Bourgeoisie auf die eine oder andere Weise gegen das alte Regime zu *unterstützen*.

Wenn man uns sagt, Nationalisierung bedeute Aufwendung des Geldes für das Heer, Munizipalisierung hingegen – für Gesundheitswesen und Volksbildung, so ist das eines Philisters würdige Sophistik. Maslow sagt wörtlich dasselbe: „... Nationalisierung, d. h. (sic!) Verausgabung der Bodenrente für Armee und Flotte; Munizipalisierung des Bodens, d. h. Verwendung der Rente für die Bedürfnisse der Bevölkerung." („*Obrasowanije*", 1907, Nr. 3, S. 103.) Das ist Spießersozialismus oder Vernichtung der Fliegen mit einem Pulver, das man den erwischten Fliegen auf den Schwanz streuen muß! Der gute Maslow hat gar nicht begriffen, daß zwar die Semstwos in Rußland und die Munizipalitäten im Westen für Gesundheitswesen usw. im Verhältnis mehr ausgeben als der Staat, aber doch nur, weil der bürgerliche Staat *seine* größten Ausgaben (für die

Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse) bereits aus den Quellen, die die meisten Einnahmen bringen, gedeckt hat und den örtlichen Selbstverwaltungen für die sogenannten „Bedürfnisse der Bevölkerung" nur *zweitrangige* Einnahmequellen *übrigließ*. Hunderttausende für das Heer, armselige Groschen für die Bedürfnisse des *Proletariats* – das ist das wahre Verhältnis zwischen den Ausgaben des bürgerlichen Staates, und man muß wahrlich ein Maslow sein, um zu glauben, es genüge, die Bodenrente den Munizipalitäten „zur Verfügung" zu *stellen*, damit der bürgerliche Staat von den raffinierten menschewistischen „Politikern" betrogen werde! Dank dieser „feingesponnenen Politik" sollte der bürgerliche Staat beginnen, den Proletariern Hunderttausende, der Armee und Flotte aber nur Groschen zuzuwenden?

In Wirklichkeit treiben die Menschewiki eine Spießerpolitik: in der provinziellen Abgeschiedenheit der örtlichen Selbstverwaltungen wollen sie sich vor der Beantwortung der durch die Geschichte gestellten brennenden Frage drücken – der Frage, ob wir eine zentralisierte bürgerliche Farmerrepublik oder eine zentralisierte bürgerliche Junkermonarchie bekommen sollen. Das wird euch *nicht* gelingen, meine Herren! Kein Provinzialismus, kein Liebäugeln mit dem Munizipalsozialismus wird euch von der *unabwendbaren* Beteiligung an der Entscheidung dieser *brennenden* Frage retten. Eure Ausflüchte bedeuten in Wirklichkeit nur das eine: versteckte Unterstützung der kadettischen Tendenz bei Unverständnis für die Bedeutung der republikanischen Tendenz.

Daß die Menschewiki mit ihrer Verteidigung der Munizipalisierung mit dem „Munizipalsozialismus" der Fabier in Europa kokettieren, davon zeugen die Protokolle des Stockholmer Parteitags deutlich genug. „Manche Genossen", führte dort Kostrow aus, „scheinen zum erstenmal vom Munizipaleigentum am Grund und Boden zu hören. Ich möchte sie daran erinnern, daß es in Westeuropa eine ganze Richtung gibt (eben!! Kostrow hat unversehens die Wahrheit gesagt!), den ‚Munizipalsozialismus' (in England)." (Protokoll, S. 88.) Daß diese *„Richtung"* eine *extrem-opportunistische* ist, haben sich weder Kostrow noch Larin* überlegt. Den

* „Die Bauernfrage und die Sozialdemokratie." Ein besonders verschwommener Kommentar zum menschewistischen Programm. Siehe S. 66. Auf S. 103 verweist dieser unglückselige Verfechter der Munizipalisierung auf die *Nationalisierung* als den *besten* Ausweg!

Sozialrevolutionären steht es an, den Aufgaben der bürgerlichen Revolution kleinbürgerliches Reformertum beizumischen, aber für Sozialdemokraten, verehrte Herren, schickt sich das nicht! Die bürgerlichen Intellektuellen in Westeuropa (Fabier in England, Bernsteinianer in Deutschland, Broussisten in Frankreich) verlegen verständlicherweise das Schwergewicht von den Fragen des *Staatsaufbaus* auf Fragen der örtlichen *Selbstverwaltung*. Wir stehen aber gerade vor der Frage des Staats*aufbaus*, seiner Agrarbasis, und hier den „Munizipalsozialismus" zu vertreten, heißt in Agrarsozialismus zu *machen*. Mögen sich die Spießbürger beeilen, in den ruhigen Munizipalitäten des künftigen demokratischen Rußlands „ein warmes Nest zu bauen". Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Massen nicht um dieses Zieles willen zu organisieren, sondern zum revolutionären Kampf für die *volle* Demokratisierung heute, für die sozialistische Umwälzung morgen.

Uns Bolschewiki wirft man oft vor, unsere revolutionären Anschauungen seien utopisch, phantastisch, und gerade wegen der Nationalisierung bekommen wir diese Vorwürfe besonders häufig zu hören. Aber gerade hier sind sie am wenigsten begründet. Wer die Nationalisierung als „Utopie" betrachtet, der läßt außer acht, daß das Ausmaß der politischen Umwandlungen und der agrarischen Umwälzung notwendig einander entsprechen müssen. Die Nationalisierung ist – vom Standpunkt des gewöhnlichen Spießbürgers! – nicht weniger „utopisch" als die Republik. Die eine wie die andere ist nicht weniger utopisch als die *„bäuerliche"* Agrarrevolution, d. h. der Sieg des Bauernaufstands in einem kapitalistischen Land. Im Sinne einer ruhigen Alltagsentwicklung sind alle diese Umwandlungen gleich „schwierig". Das Geschrei über den utopischen Charakter gerade und ausschließlich der Nationalisierung zeugt vor allem davon, daß der notwendige und unlösbare Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der politischen Umwälzung *nicht begriffen* wird. Eine Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer (eine von den Bolschewiki wie von den Menschewiki vertretene Programmforderung) ist unmöglich, wenn nicht zugleich der gutsherrliche (auch der oktobristische, nicht rein gutsherrliche) Absolutismus vernichtet wird. Dieser kann aber nicht vernichtet werden ohne die revolutionäre Aktion politisch bewußter Millionenmassen, ohne ein gewaltiges Anschwellen des Heroismus der Massen, ohne ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit, den Himmel zu

stürmen, wie Karl Marx von den Pariser Arbeitern während der Kommune sagte.[70] Diese revolutionäre Flut ist ihrerseits nicht denkbar ohne radikale Beseitigung *sämtlicher* Überreste der Leibeigenschaft, die Jahrhunderte hindurch auf den Bauern gelastet haben, folglich nicht ohne Beseitigung des *ganzen* mittelalterlichen Grundeigentums, aller Fesseln der fiskalischen „Gemeinde", der behördlichen „Gnaden"geschenke unseligen Angedenkens usw. usw. usw.

Aus Raummangel – ich habe den mir von der Redaktion des „Przegląd"[71] genannten Umfang des Artikels ohnehin bereits überschritten – übergehe ich das *fünfte* Kapitel meines Buches („Die Klassen und Parteien im Lichte der Agrardebatten der II. Duma").

Die Reden der *Bauern* in der Duma besitzen enorme politische Bedeutung, da in ihnen jener leidenschaftliche Drang nach Befreiung vom Joch der Gutsherren, jener flammende Haß gegen mittelalterliche Verhältnisse und Bürokratie, jener elementare, unmittelbare, oft naive und unklare und doch stürmisch revolutionäre Geist der *einfachen* Bauern hervorbrechen, die besser als alle langatmigen Argumentationen erweisen, welche gewaltige potentielle Zerstörungsenergie sich in den Bauernmassen gegen den Adel, gegen die Gutsbesitzer und die Romanows angehäuft hat. Die Aufgabe des klassenbewußten Proletariats besteht darin, all die zahllosen kleinbürgerlichen Betrugsmanöver, die pseudosozialistischen Phrasen, die kindlich-naiven Erwartungen, die die Bauern oft an die Agrarumwälzung knüpfen, schonungslos zu entlarven und sie beiseite zu fegen, nicht um den Bauern zu beschwichtigen und zu beruhigen (wie das die Verräter an der Freiheit des Volkes, die Herren Kadetten, in den beiden Dumas getan haben), sondern im Gegenteil, um in den Massen eine eherne, unerschütterliche revolutionäre Entschlossenheit zu wecken. Ohne diese *revolutionäre Entschlossenheit*, ohne beharrlichen und schonungslosen Kampf der *Bauern*massen sind sowohl Konfiskation als auch Republik und allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht eine hoffnungslose „Utopie". Daher müssen die Marxisten die Frage klar und bestimmt stellen: Es haben sich in der ökonomischen Entwicklung Rußlands deutlich zwei Richtungen, zwei Entwicklungswege des Kapitalismus herausgebildet. Mögen alle dessen wohl eingedenk sein. Während der ersten revolutionären Periode, in den drei Jahren von 1905 bis 1907, stellten sich diese beiden Richtungen nicht als theoretische Verallgemeine-

rungen, nicht als Schlußfolgerungen aus irgendwelchen *Zügen* der seit 1861 zu beobachtenden Evolution heraus. Nein, sie haben sich heute für uns eben als Richtungen herausgestellt, die von feindlichen Klassen *verfochten* werden. Die Gutsbesitzer und die Kapitalisten (Oktobristen) sind sich völlig darüber klar, daß es einen anderen Entwicklungsweg als den kapitalistischen nicht gibt und daß es *für sie* nicht möglich ist, diesen Weg zu beschreiten ohne eine beschleunigte, zwangsweise Zerstörung der „Gemeinde", eine Zerstörung, die identisch ist mit... unverhüllter wucherischer Räuberei, mit „Ausplünderung" durch die Polizei oder mit „Straf"abteilungen. Das ist ein „Unternehmen", bei dem man sich leicht das Genick brechen kann! Ebenso klar haben aber auch die Bauernmassen in diesen drei Jahren erkannt, wie nutzlos es ist, ihre Hoffnungen auf „Väterchen Zar", auf einen friedlichen Weg zu setzen, wie notwendig der revolutionäre Kampf zur Vernichtung des ganzen mittelalterlichen Spuks überhaupt und des ganzen mittelalterlichen Eigentums am Grund und Boden im besonderen geworden ist.

Die gesamte Propaganda und Agitation der Sozialdemokratie muß darauf gegründet sein, den Massen diese Erkenntnisse ins Bewußtsein einzuprägen und sie darauf vorzubereiten, diese Erfahrungen für eine möglichst gut organisierte, entschlossene und energische Offensive in der *zweiten* Kampagne der Revolution zu nutzen.

Deshalb sind denn auch die Ausführungen Plechanows in Stockholm, die Machteroberung durch Proletariat und Bauernschaft bedeute die Wiedergeburt des „Narodowolzentums", stockreaktionär. Plechanow hat sich selbst ad absurdum geführt: Bei ihm kommt eine „bäuerliche Agrarrevolution" ohne Machteroberung durch das Proletariat, ohne Machteroberung durch die Bauernschaft heraus! Kautsky hingegen, der zu Beginn des Bruchs zwischen Bolschewiki und Menschewiki offenkundig mit den Menschewiki sympathisierte, ist nunmehr ideologisch auf die Seite der Bolschewiki übergegangen, wenn er anerkennt, daß der Sieg der Revolution nur unter der Voraussetzung einer „Koalition von Proletariat und Bauernschaft" möglich ist.

Ohne vollständige Vernichtung des ganzen mittelalterlichen Eigentums am Grund und Boden, ohne vollständige „Bereinigung" des Grund und Bodens, d. h. ohne seine Nationalisierung, ist eine solche Revolution undenkbar. Die proletarische Partei hat die Aufgabe, diese Losung der

konsequentesten und radikalsten bürgerlichen Agrarumwälzung zu verbreiten. Und wenn wir *das* geleistet haben, werden wir sehen, welche weiteren Perspektiven sich eröffnen, werden wir sehen, ob sich diese Umwälzung *nur* als Basis für ein amerikanisch rasches Entwicklungstempo der Produktivkräfte unter dem Kapitalismus erweisen *oder aber* ob sie das Vorspiel einer sozialistischen Revolution im Westen sein wird.

18. Juli 1908

PS. Ich wiederhole hier nicht noch einmal meinen Entwurf eines Agrarprogramms, der dem Stockholmer Parteitag der SDAPR vorgelegen hat und in der sozialdemokratischen Literatur bereits mehrfach veröffentlicht wurde. Ich beschränke mich nur auf einige Gedanken. Da es zwei Richtungen der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft gibt, muß das Programm unbedingt ein „Wenn" enthalten (technischer Ausdruck auf dem Stockholmer Parteitag), d. h., das Programm muß beide Möglichkeiten berücksichtigen. Mit anderen Worten: Solange die Dinge so verlaufen wie bisher, verlangen wir freie Bodennutzung, gerichtliche Festlegungen zur Herabsetzung des Pachtzinses, Aufhebung des Ständewesens usw. *Zugleich bekämpfen wir die heutige* Richtung, unterstützen wir die revolutionären Forderungen der Bauern im Interesse einer raschen Entwicklung der Produktivkräfte, eines umfassenden Aufschwungs des Klassenkampfes und seiner freien Entwicklung. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unterstützt den revolutionären Kampf der Bauernschaft gegen die Überreste des Mittelalters, sie erklärt zugleich, daß die beste Form der Agrarverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft (zugleich auch die beste Form der Beseitigung der Leibeigenschaft) die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens ist, daß eine radikale Umwälzung der Agrarverhältnisse, eine Konfiskation des Grundeigentums der Gutsbesitzer, die Nationalisierung des Grund und Bodens nur im Zusammenhang mit einer radikalen politischen Umwälzung, mit der Vernichtung der Selbtherrschaft und der Errichtung der demokratischen Republik möglich ist.

Dies ist der *Inhalt* meines Entwurfs eines Agrarprogramms. Jener Teil desselben, der die bürgerlichen Merkmale der *ganzen* gegenwärtigen

Agrarumwandlungen charakterisiert und den rein proletarischen Standpunkt der Sozialdemokratie dargelegt, wurde in Stockholm *angenommen* und ist in das jetzige Programm *eingegangen.*

Veröffentlicht im August 1908 in der Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny" Nr. 6. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitschrift. Übersetzung aus dem Polnischen.

ZÜNDSTOFF IN DER WELTPOLITIK

Die revolutionäre Bewegung in verschiedenen Ländern Europas und Asiens hat sich in letzter Zeit so nachdrücklich bemerkbar gemacht, daß sich vor uns eine neue und gegenüber früher weitaus höhere Etappe im internationalen Kampf des Proletariats ziemlich klar abzeichnet.

In Persien hat eine Konterrevolution stattgefunden, die die Auseinanderjagung der russischen ersten Duma und den russischen Aufstand Ende 1905 auf ganz eigenartige Weise miteinander verband. Die von den Japanern mit Schimpf und Schande geschlagenen Truppen des russischen Zaren revanchieren sich, indem sie ihr möglichstes im Dienste der Konterrevolution tun. Ihren Heldentaten bei den Massenerschießungen, den Strafexpeditionen, den Massakern und den Plünderungen in Rußland lassen dieselben Kosaken ihre Heldentaten bei der Unterdrückung der Revolution in Persien folgen. Daß Nikolaus Romanow an der Spitze der Schwarzhunderter-Gutsbesitzer und der durch Streiks und Bürgerkrieg in Schrecken versetzten Kapitalisten gegen die persischen Revolutionäre wütet, ist verständlich; auch fällt ja nicht zum erstenmal den christlichen russischen Kriegern die Rolle internationaler Henker zu. Daß England sich pharisäisch die Hände in Unschuld wäscht und zugleich den persischen Reaktionären und Anhängern des Absolutismus offen freundschaftliche Neutralität bekundet, das ist eine etwas anders geartete Erscheinung. Gereizt durch die zunehmende Arbeiterbewegung im eigenen Lande und erschreckt durch das Anwachsen des revolutionären Kampfes in Indien, zeigen die liberalen englischen Bourgeois immer häufiger, offener und krasser, zu welchen *Bestien* die „zivilisiertesten", die in der höchsten Schule des Konstitutionalismus erzogenen europäischen „Politiker"

werden können, wenn es zum Kampf der Massen gegen das Kapital, gegen das kapitalistische Kolonialsystem, d. h. gegen das System der Versklavung, Ausplünderung und Gewaltherrschaft kommt. In einem Land, das vor der Aufteilung durch die Beherrscher Indiens einerseits und durch die konterrevolutionäre russische Regierung anderseits steht, ist die Lage der persischen Revolutionäre schwer. Aber der hartnäckige Kampf in Täbris, der wiederholte Wechsel des Kriegsglücks zugunsten der scheinbar schon aufs Haupt geschlagenen Revolutionäre zeigt, daß trotz der Unterstützung durch die russischen Ljachow[72] und die englischen Diplomaten die Banden des Schahs auf den heftigsten Widerstand von unten stoßen. Eine revolutionäre Bewegung, die den Restaurationsversuchen militärischen Widerstand entgegenstellen kann und die Helden solcher Versuche zwingt, die Hilfe Landfremder in Anspruch zu nehmen, kann nicht erstickt werden, und selbst ein vollständiger Triumph der persischen Reaktion wäre unter solchen Umständen nur das Vorspiel zu neuen Volkserhebungen.

In der Türkei hat die von den Jungtürken geführte revolutionäre Bewegung des Heeres gesiegt. Allerdings ist dieser Sieg nur ein halber Sieg oder nur der Bruchteil eines Sieges, da der türkische Nikolaus der Zweite vorläufig mit dem Versprechen davongekommen ist, die berühmte türkische Verfassung wiederherzustellen. Doch solche halben Siege in Revolutionen, solche erzwungenen, überstürzten Zugeständnisse des alten Regimes bilden das sicherste Unterpfand für neue, weit entschiedenere, weit schärfere, größere Volksmassen erfassende, Peripetien des Bürgerkriegs. Und die Schule des Bürgerkriegs macht das Volk nicht umsonst durch. Es ist eine harte Schule, und zu ihrem vollen Programm gehören *unvermeidlich* auch Siege der Konterrevolution, das Wüten der gereizten Reaktionäre, wilde Racheakte der alten Macht an den Rebellen usw. Doch nur eingefleischte Pedanten und schwachsinnige Mummelgreise können darüber jammern, wenn die Völker diese qualvolle Schule durchmachen; diese Schule lehrt die unterdrückten Klassen, den Bürgerkrieg zu führen und in der Revolution zu siegen. Sie speichert in den Massen der modernen Sklaven jenen Haß auf, den die verschüchterten, stumpfen und unwissenden Sklaven ewig hegen und der die Sklaven, die sich der Schmach ihres Sklaventums bewußt geworden sind, zu den größten geschichtlichen Heldentaten führt.

In Indien beunruhigen gerade in letzter Zeit die eingeborenen Sklaven der „zivilisierten" englischen Kapitalisten ihre „Herren" in sehr unangenehmer Weise. Unabsehbar sind die Gewalttätigkeiten und Räubereien, die man englisches Verwaltungssystem in Indien nennt. Nirgends in der Welt – Rußland natürlich ausgenommen – gibt es ein solches Massenelend, eine solche chronische Hungersnot der Bevölkerung. Die liberalsten und radikalsten Männer des freien Britanniens, wie z. B. John Morley, eine Autorität für russische und nichtrussische Kadetten, ein Star der „fortschrittlichen" (in Wirklichkeit aber vor dem Kapital liebedienernden) Presse, werden in ihrer Rolle als Machthaber Indiens zu wahren Dschingis-Chans und bringen es fertig, alle zur „Beruhigung" der ihnen anvertrauten Bevölkerung dienenden Maßnahmen zu sanktionieren, selbst die *Auspeitschung* solcher Menschen, die politischen Protest erheben! Die „Justice" [Gerechtigkeit], eine kleine Wochenschrift der englischen Sozialdemokraten, wurde von diesen liberalen und „radikalen" Lumpen vom Schlage Morleys in Indien *verboten*. Und als das englische Parlamentsmitglied und der Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei" (Independent Labour Party), Keir Hardie, sich erdreistete, nach Indien zu kommen und vor den Eingeborenen über die elementarsten Forderungen der Demokratie zu sprechen, da stimmte die gesamte englische bürgerliche Presse ein wahres Geheul gegen den „Aufrührer" an. Auch jetzt sprechen die einflußreichsten englischen Zeitungen zähneknirschend von den „Agitatoren", die die Ruhe Indiens stören, und begrüßen die echt russischen, eines Plehwe würdigen Urteile der Richter und die administrativen Racheakte gegen demokratische Publizisten Indiens. Aber die Straße in Indien beginnt für *ihre* Schriftsteller und politischen Führer einzutreten. Das Schandurteil, das die englischen Schakale gegen den indischen Demokraten Tilak fällten – Tilak wurde zu langjähriger Verbannung verurteilt; dabei ergab eine kürzlich an das englische Unterhaus gerichtete Anfrage, daß die indischen Geschworenen sich für einen Freispruch erklärt hatten und daß das Urteil *mit den Stimmen der englischen Geschworenen* gefällt wurde! –, dieser Racheakt der Lakaien des Geldsacks an einem Demokraten rief in Bombay Straßendemonstrationen und einen Streik hervor. Auch in Indien ist das Proletariat schon für den bewußten politischen Massenkampf reif; damit hat für die englisch-russischen Methoden in Indien die Stunde geschlagen! Durch ihre koloniale Raubpolitik gegenüber

den asiatischen Ländern haben es die Europäer dahin gebracht, eines von ihnen, Japan, für große militärische Siege zu stählen, die ihm eine selbständige nationale Entwicklung gewährleisteten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die jahrhundertelange Ausplünderung Indiens durch die Engländer, daß der heutige Kampf dieser „fortgeschrittenen" Europäer gegen die persische und indische Demokratie Millionen und aber Millionen asiatischer Proletarier ebenso (wie die Japaner) für einen siegreichen Kampf gegen die Unterdrücker *stählen wird*. Der klassenbewußte europäische Arbeiter findet jetzt auch in Asien seine Genossen, und die Zahl dieser Genossen wächst täglich und stündlich.

Auch in China hat sich die revolutionäre Bewegung gegen die mittelalterlichen Zustände in den letzten Monaten mit besonderem Nachdruck bemerkbar gemacht. Gewiß, es läßt sich über diese Bewegung noch nichts Bestimmtes sagen – so spärlich sind die Nachrichten und so zahlreich die Meldungen über Revolten in verschiedenen Teilen Chinas –, doch unterliegt das starke Anwachsen des „neuen Geistes" und der „europäischen Einflüsse" in China, besonders nach dem Russisch-Japanischen Krieg, keinem Zweifel; folglich ist auch die Verwandlung der alten chinesischen Revolten in eine bewußte demokratische Bewegung unvermeidlich. Daß dieses Mal einige an der kolonialen Raubpolitik Beteiligte sich beunruhigt fühlten, geht aus dem Verhalten der Franzosen in Indochina hervor: Sie *halfen* der chinesischen „historischen Staatsmacht" bei der Abrechnung mit den Revolutionären! Sie fürchteten gleichermaßen für die Sicherheit „ihrer" benachbarten asiatischen Besitzungen.

Aber der französischen Bourgeoisie bereiten nicht nur ihre asiatischen Besitzungen Sorge. Die Barrikaden in Villeneuve-St.-Georges bei Paris, die Schüsse auf die Streikenden, die diese Barrikaden errichtet hatten (Donnerstag, den 30. [17.] Juli) – diese Vorgänge haben abermals die Zuspitzung des Klassenkampfes in Europa gezeigt. Clemenceau, der Radikale, der Frankreich im Namen der Kapitalisten regiert, arbeitet mit ungewöhnlichem Eifer an der Zerstörung der letzten Reste republikanisch-bürgerlicher Illusionen im Proletariat. Daß Truppen, die auf Befehl der „radikalen" Regierung handeln, auf Arbeiter schießen, kommt unter Clemenceau beinahe häufiger vor als bisher. Clemenceau hat dafür von den französischen Sozialisten bereits den Beinamen „der Blutige" erhalten, und jetzt, da seine Agenten, Polizisten und Generale wieder Arbeiterblut

vergossen haben, erinnern sich die Sozialisten des geflügelten Wortes, das dieser fortschrittlichste bürgerliche Republikaner einmal zu Arbeiterdelegierten sagte: „Wir stehen auf entgegengesetzten Seiten der Barrikade!" Ja, das französische Proletariat und die extremsten bürgerlichen Republikaner postieren sich jetzt endgültig auf den entgegengesetzten Seiten der Barrikade. Die Arbeiterklasse Frankreichs hat viel Blutopfer gebracht, als sie die Republik eroberte und verteidigte; heute aber, da die republikanische Staatsordnung völlig gefestigt ist, naht der Entscheidungskampf zwischen Besitzenden und Werktätigen immer schneller heran: „Es war kein einfaches Massaker", schreibt „l'Humanité"[73] über den 30. Juli, „es war gewissermaßen eine Schlacht." Die Generale und Polizisten wollten um jeden Preis die Arbeiter provozieren und die friedliche, unbewaffnete Demonstration in ein Blutbad verwandeln. Doch bei der Umzingelung der Streikenden und Demonstranten, bei dem Überfall auf die Unbewaffneten stieß das Militär auf Widerstand, sein Vorgehen rief die sofortige Errichtung von Barrikaden hervor und führte zu Ereignissen, die ganz Frankreich in Erregung versetzten. Diese aus Brettern errichteten Barrikaden waren lächerlich schlecht, schreibt dieselbe Zeitung. Aber nicht dies ist wesentlich, sondern der Umstand, daß die Dritte Republik die Barrikaden außer Brauch gebracht hatte. Jetzt „führt sie Clemenceau wieder ein" und argumentiert dabei mit derselben Offenheit, mit der „die Henker vom Juni 1848 und Galliffet im Jahre 1871" über den Bürgerkrieg sprachen.

Nicht allein die sozialistische Presse ruft anläßlich der Vorgänge des 30. Juli diese großen historischen Daten ins Gedächtnis. Die bürgerlichen Zeitungen fallen in rasender Wut über die Arbeiter her und beschuldigen sie, sie hätten sich so benommen, als ob sie die sozialistische Revolution beginnen wollten. Eine dieser Zeitungen erzählt bei dieser Gelegenheit eine kleine, aber bezeichnende Episode, die die Stimmung beider Seiten auf dem Kampfplatz wiedergibt. Als die Arbeiter einen ihrer verwundeten Genossen an General Virvaire vorbeitrugen, der den Angriff gegen die Streikenden kommandiert hatte, ertönten aus der Menge der Demonstranten Rufe „Saluez!" („Grüßen Sie!"). Und der General der bürgerlichen Republik erwies dem verwundeten Feind die Ehrenbezeigung.

Eine Verschärfung des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zu beobachten, wo-

bei die Verschiedenheit der historischen Bedingungen, der politischen Verhältnisse und der Formen der Arbeiterbewegung verschiedene Erscheinungsformen ein und derselben Tendenz bedingt. In Amerika und England, wo volle politische Freiheit herrscht und im Proletariat keine oder zumindest keine einigermaßen lebendige revolutionäre und sozialistische Tradition vorhanden ist, zeigt sich diese Verschärfung in einer verstärkten Bewegung gegen die Trusts, in einem außerordentlichen Anwachsen des Sozialismus, in der zunehmenden Beachtung, die ihm die besitzenden Klassen entgegenbringen, und in dem Übergang der manchmal mit rein ökonomischen Zielen gegründeten Arbeiterorganisationen zum selbständigen und planmäßigen proletarischen politischen Kampf. In Österreich und Deutschland, zum Teil auch in den skandinavischen Ländern, äußert sich die Verschärfung des Klassenkampfes im Wahlkampf, im wechselseitigen Verhältnis der Parteien, in der gegenseitigen Annäherung aller Bourgeois der verschiedenen Schattierungen gegen den gemeinsamen Feind, das Proletariat, in der Verschärfung der gerichtlichen und polizeilichen Repressalien. Die zwei feindlichen Lager sammeln langsam, aber unentwegt ihre Kräfte, bauen ihre Organisationen fester aus und sondern sich im gesamten gesellschaftlichen Leben immer schroffer voneinander ab, gleichsam als bereiteten sie sich schweigend und konzentriert auf die künftigen revolutionären Schlachten vor. In den romanischen Ländern, in Italien, hauptsächlich aber in Frankreich, äußert sich die Verschärfung des Klassenkampfes in besonders stürmischen, heftigen, zum Teil geradezu revolutionären Explosionen, in denen der verborgene Haß des Proletariats gegen seine Unterdrücker mit plötzlicher Wucht hervorbricht und das „friedliche" Milieu des parlamentarischen Kampfes von Szenen eines wahren Bürgerkriegs abgelöst wird.

Die internationale revolutionäre Bewegung des Proletariats verläuft in den verschiedenen Ländern nicht gleichmäßig und nicht in ein und derselben Form, sie kann es auch gar nicht. Die vollständige und allseitige Ausnützung aller Möglichkeiten in allen Wirkungsbereichen ergibt sich erst als Ergebnis des Klassenkampfes der Arbeiter verschiedener Länder. Jedes Land trägt seine eigenen wertvollen, originalen Züge dazu bei, aber in jedem einzelnen Land leidet die Bewegung an dieser oder jener Einseitigkeit, an diesen oder jenen theoretischen oder praktischen Mängeln der einzelnen sozialistischen Parteien. Im großen und ganzen aber sehen wir

deutlich einen gewaltigen Fortschritt des internationalen Sozialismus, den Zusammenschluß der Millionenarmeen des Proletariats in vielen konkreten Zusammenstößen mit dem Feind, das Herannahen des Entscheidungskampfes gegen die Bourgeoisie, eines Kampfes, für den die Arbeiterklasse weit mehr *vorbereitet* ist als zur Zeit der Kommune, dieses letzten großen Proletarieraufstands.

Dieser Fortschritt des gesamten internationalen Sozialismus und zugleich die Verschärfung des revolutionär-demokratischen Kampfes in Asien bringen die russische Revolution in eine ganz eigentümliche und besonders schwierige Lage. Die russische Revolution besitzt in Europa wie in Asien einen großen internationalen Verbündeten, aber gleichzeitig und *gerade deswegen* hat sie nicht nur einen nationalen, nicht nur einen russischen, sondern auch einen *internationalen* Feind. Eine Reaktion auf den stärker werdenden Kampf des Proletariats ist in allen kapitalistischen Ländern unvermeidlich, und diese Reaktion vereinigt die bürgerlichen Regierungen der ganzen Welt gegen jede Volksbewegung, gegen jede Revolution sowohl in Asien als auch und besonders in Europa. Ähnlich den meisten russischen liberalen Intellektuellen träumen auch die Opportunisten in unserer Partei bis heute noch von einer bürgerlichen Revolution in Rußland, die das Bürgertum „nicht abstößt" und abschreckt, die keine „übermäßige" Reaktion erzeugt und nicht zur Machtergreifung durch die revolutionären Klassen führt. Vergebliche Hoffnung! Philisterutopie! Der Zündstoff häuft sich in allen fortgeschrittenen Staaten der Welt so schnell an, die Flammen greifen auf die meisten asiatischen Staaten, die gestern noch in tiefem Schlaf lagen, so offensichtlich über, daß eine Verstärkung der internationalen bürgerlichen Reaktion und eine Zuspitzung jeder einzelnen nationalen Revolution absolut unvermeidlich werden.

Die Konterrevolution in Rußland wird die historischen Aufgaben unserer Revolution nicht lösen, und sie kann das auch nicht. Die russische Bourgeoisie gravitiert unvermeidlich immer mehr zur internationalen antiproletarischen und antidemokratischen Strömung. Nicht auf liberale Bundesgenossen darf das russische Proletariat rechnen. Es muß selbständig seinen eigenen Weg bis zum vollständigen Sieg der Revolution gehen; es muß sich dabei auf die unvermeidliche gewaltsame Lösung der Agrarfrage in Rußland durch die Bauernmassen selbst stützen; es muß ihnen

helfen, die Herrschaft der reaktionären Gutsbesitzer und der Schwarzhunderter-Selbstherrschaft zu stürzen; es muß seine Aufgabe in der Errichtung der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in Rußland sehen und stets dessen eingedenk sein, daß sein Kampf und seine Siege unzertrennlich mit der internationalen revolutionären Bewegung verknüpft sind. Weniger Illusionen über den Liberalismus der (in Rußland wie in der ganzen Welt) konterrevolutionären Bourgeoisie! Mehr Aufmerksamkeit dem Wachstum des internationalen revolutionären Proletariats!

„Proletari" Nr. 33,
23. Juli (5. August) 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

VON DER REDAKTION[74]

Vorstehende Darstellung der theoretischen Irrwege des Gen. Maslow ist einer Arbeit N. Lenins entnommen, die sich mit der systematischen Untersuchung der Tendenzen unserer Agrarentwicklung befaßt. Die Entlarvung der „originellen" Maslowschen Agrartheorien, welche durch seichtesten Revisionismus gekennzeichnet sind, führt natürlich unvermeidlich auch zur Kritik an einigen Sätzen des Parteiprogramms. Wir halten eine Diskussion über diese Frage in der Parteipresse für durchaus zeitgemäß.

Was die theoretischen „Entdeckungen" des Gen. Maslow betrifft, so möchten wir aus diesem Anlaß insbesondere an Gen. Plechanow, als den Schutzengel unserer Agrarrevisionisten, einige Worte richten:

Sie beliebten, sich bei der Erörterung überaus wichtiger theoretischer Fragen in Nr. 6/7 des „Golos Sozial-Demokrata" nebenbei in ausweichenden, zweideutigen Ausführungen zu ergehen, die als *unschicklich* bezeichnet werden müssen. Sie hielten es für nötig, öffentlich in der Presse zu erklären, daß diese und jene Mitglieder unserer Partei für Sie *keine Genossen* sind, hielten es aber dabei nicht für nötig, offen und klar zu erklären, ob Sie die Absicht haben, aus unserer Organisation auszuscheiden oder aber durchzusetzen, daß diese oder jene Mitglieder aus ihr ausgeschlossen werden. Das ist zugleich feig und ungehobelt.

Betrachten Sie doch, Sie unbestechlicher Kämpe, die revisionistischen Heldentaten Ihres Maslow ein wenig näher. Fällt das doch gerade in jenen kleinen Bereich, in dem Sie, nach der Literatur zu urteilen, als schrecklicher Dumbadse gelten. Wo bleibt denn Ihre Kritik an den revisionistischen Hirngespinsten des Gen. Maslow, wo Ihre Verteidigung der ökonomischen Theorie von Karl Marx? Wer anders als Sie hat denn Maslow in jeder Weise unterstützt und zu allem Ja und Amen gesagt.

Die Famussow* in unserer Partei gebärden sich ganz gern als unversöhnliche Kämpfer für den Marxismus – doch um der Fraktions- und Vetternwirtschaft willen sind sie auch nicht abgeneigt, schwerste Abweichungen vom Marxismus zu decken!

„Proletari" Nr. 33,
23. Juli (5. August) 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

* Famussow – Gestalt aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden". *Der Übers.*

DER STREITBARE MILITARISMUS UND DIE ANTIMILITARISTISCHE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATIE

I

Die Diplomaten sind in großer Aufregung. Es hagelt „Noten", „Berichte" und „Erklärungen"; die Minister tuscheln hinter dem Rücken der gekrönten Mannequins, die mit Champagnergläsern in den Händen „den Frieden festigen". Aber die „Untertanen" wissen sehr wohl: Wenn die Raben zusammenfliegen, stinkt es nach Aas. Und der konservative Lord Cromer erklärte dem englischen Unterhaus: „Wir leben in einer Zeit, in der die nationalen (?) Interessen auf dem Spiel stehen, in der die Leidenschaften entbrennen und die Gefahr und Möglichkeit eines Zusammenstoßes entsteht, wie friedlich (!) die Absichten der Herrscher auch sein mögen."

Zündstoff hat sich in letzter Zeit zur Genüge angesammelt und häuft sich immer noch an. Die Revolution in Persien droht alle Scheidewände – die „Einflußsphären", die die europäischen Mächte dort errichtet haben – durcheinanderzubringen. Die Verfassungsbewegung in der Türkei droht dieses Stammgut den Klauen der europäischen kapitalistischen Räuber zu entreißen; und weiterhin haben sich alte, wieder akut gewordene „Fragen" – die mazedonische, die mittelasiatische, die fernöstliche usw. usw. – gefährlich zugespitzt.

Indessen genügt bei dem Netz der heutigen offenen und geheimen Verträge, Übereinkommen usw. ein kleiner Nasenstüber für irgendeine „Macht", um „aus dem Funken die Flamme schlagen zu lassen".

Und je drohender die Regierungen gegenseitig mit dem Säbel rasseln, desto rücksichtsloser unterdrücken sie die antimilitaristische Bewegung im eigenen Land. Die Verfolgungen der Antimilitaristen nehmen extensiv wie

intensiv immer mehr zu. Die „radikalsozialistische" Regierung Clemenceau-Briand ist nicht weniger gewalttätig als die junkerlich-konservative Regierung Bülow. Die Auflösung der „Jugendorganisationen" in ganz Deutschland auf Grund des neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes, das Personen unter 20 Jahren* die Teilnahme an politischen Versammlungen verbietet, hat die antimilitaristische Agitation in Deutschland sehr erschwert.

Infolgedessen ist der Streit um die antimilitaristische Taktik der Sozialisten, der seit dem Stuttgarter Kongreß[75] fast verstummt war, in der Parteipresse wieder aufgelebt.

Auf den ersten Blick eine seltsame Erscheinung: trotz der so offensichtlichen Wichtigkeit dieser Frage, trotz der so unverkennbaren, gleichsam in die Augen springenden Schädlichkeit des Militarismus für das Proletariat hält es schwer, eine andere Frage zu finden, in der solche Schwankungen, solcher Meinungswirrwarr unter den westeuropäischen Sozialisten herrschen wie in der Diskussion über die antimilitaristische Taktik.

Die prinzipiellen Voraussetzungen für die richtige Entscheidung dieser Frage stehen seit langem fest und rufen keine Meinungsverschiedenheiten hervor. Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine „Lebenserscheinung" des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen („Militarismus nach außen"**, wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats („Militarismus nach innen"**). Mehrere internationale Kongresse (der Pariser 1889, der Brüsseler 1891, der Züricher 1893 und endlich der Stuttgarter 1907) haben in ihren Resolutionen dieser Auffassung gültigen Ausdruck verliehen. Am gründlichsten wird dieser Zusammenhang zwischen Militarismus und Kapitalismus in der Stuttgarter Resolution dargelegt, obwohl der Stuttgarter Kongreß sich, der Tagesordnung entsprechend („Der Militarismus und die internationalen Konflikte"), mehr mit jener Seite des Militarismus befaßte, die die Deutschen „Militarismus nach außen"** nennen. Die in Betracht kommende Stelle dieser

* Lt. Vereinsgesetz vom 19. April 1908 „Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben". *Der Übers.*

** Diese Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Resolution lautet: „Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht . . ."

II

Der prinzipielle Zusammenhang zwischen Militarismus und Kapitalismus steht also bei den Sozialisten durchaus fest, und es gibt in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Aber die Anerkennung dieses Zusammenhangs bestimmt noch nicht konkret die antimilitaristische *Taktik* der Sozialisten, entscheidet nicht die praktische Frage, wie gegen die Last des Militarismus zu kämpfen ist und wie Kriege verhindert werden können. Und gerade in den Antworten auf diese Fragen gehen die Auffassungen der Sozialisten erheblich auseinander. Auf dem Stuttgarter Kongreß konnte man diese Meinungsverschiedenheiten besonders deutlich konstatieren.

Auf dem einen Pol stehen die deutschen Sozialdemokraten vom Typ Vollmars. Da – so argumentieren sie – der Militarismus ein Produkt des Kapitalismus ist und Kriege eine unvermeidliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung bilden, bedarf es keinerlei spezifischen Antimilitarismus. So sagte es Vollmar auf dem Parteitag in Essen. In der Frage, wie sich die Sozialdemokraten im Falle einer Kriegserklärung verhalten sollen, steht die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten, mit Bebel und Vollmar an der Spitze, hartnäckig auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland gegen einen Angriff verteidigen müßten und verpflichtet seien, an einem „Verteidigungskrieg" teilzunehmen. Diese Einstellung verleitete Vollmar in Stuttgart zu der Erklärung: „Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein" – und den sozialdemokratischen Abgeordneten Noske dazu, im Reichstag zu verkünden, daß im Falle eines Krieges gegen Deutschland „die Sozialdemokraten hinter den bürgerlichen Parteien nicht zurückbleiben und die Flinte auf den Buckel nehmen werden"; von diesem Standpunkt aus war es für Noske nur noch ein Schritt bis zu der Erklärung: „Wir wünschen, daß Deutschland so gerüstet sei wie nur möglich."

Auf dem anderen Pol steht die zahlenmäßig kleine Gruppe der Anhänger Hervés. Das Proletariat hat kein Vaterland – argumentieren die Hervéaner. Also ist jeglicher Krieg ein Krieg im Interesse der Kapitalisten; also muß das Proletariat gegen jeden Krieg kämpfen. Auf jede Kriegserklärung muß das Proletariat mit dem Militärstreik und dem Aufstand antworten. Darauf soll denn auch in erster Linie die antimilitaristische Propaganda hinauslaufen. In Stuttgart legte Hervé daher den folgenden Resolutionsentwurf vor: „. . . fordert er* alle Genossen auf, *jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag*, mit dem Militärstreik und mit dem Aufstand zu beantworten".

Dergestalt sind die zwei „extremen" Standpunkte zu dieser Frage in den Reihen der westeuropäischen Sozialisten. „Wie die Sonne in einem kleinen Wassertropfen", so spiegeln sich in ihnen die beiden Krankheiten wider, die immer noch die Tätigkeit des sozialistischen Proletariats in Westeuropa schädlich beeinflussen: die opportunistischen Tendenzen auf der einen Seite und die anarchistische Phrasendrescherei auf der anderen.

Zunächst einige Bemerkungen über den Patriotismus. Daß „die Arbeiter

* der Kongreß. *Der Übers.*

kein Vaterland haben", steht wirklich im „Kommunistischen Manifest"; daß die Haltung von Vollmar, Noske und Co. dieser Grundthese des *internationalen* Sozialismus „ins Gesicht schlägt", ist ebenfalls richtig. Aber daraus folgt noch nicht, daß die Behauptung Hervés und seiner Anhänger richtig ist, es sei dem Proletariat gleichgültig, in was für einem Vaterland es lebt: ob im monarchistischen Deutschland, im republikanischen Frankreich oder in der despotischen Türkei. Das Vaterland, d. h. das gegebene politische, kulturelle und soziale Milieu, ist der stärkste Faktor im Klassenkampf des Proletariats; und ist Vollmar im Unrecht, wenn er ein „echtdeutsches" Verhältnis des Proletariats zum „Vaterland" feststellt, so hat Hervé nicht minder unrecht, der einem so wichtigen Faktor des Befreiungskampfes des Proletariats unverzeihlich unkritisch gegenübersteht. Dem Proletariat können die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes nicht gleichgültig sein, folglich können ihm auch die Geschicke seines Landes nicht gleichgültig sein. Jedoch interessieren es diese Geschicke nur *insofern*, als sie seinen Klassenkampf betreffen, nicht aber kraft eines bürgerlichen, im Munde von Sozialdemokraten ganz unangebrachten „Patriotismus".

Komplizierter verhält es sich bei der anderen Frage – der Stellung zum Militarismus und zum Krieg. Schon auf den ersten Blick wird es klar, daß Hervé in unverzeihlicher Weise diese beiden Fragen miteinander vermengt und den kausalen Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus vergißt. Wollte das Proletariat die Hervésche Taktik übernehmen, würde es sich zu fruchtloser Tätigkeit verurteilen: es würde seine ganze Kampfbereitschaft (es ist ja vom Aufstand die Rede) auf den Kampf gegen eine Folgeerscheinung (den Krieg) konzentrieren, die Ursache aber (den Kapitalismus) bestehen lassen.

Die anarchistische Denkweise offenbart sich hier ganz und gar. Blinder Glaube an die Wunder wirkende Kraft jeder Action directe*; Herausgreifen dieser „unmittelbaren Einwirkung" aus der allgemeinen sozialen und politischen Konjunktur ohne die geringste Analyse derselben; kurz, die „willkürlich-mechanische" Auffassung sozialer Erscheinungen (wie Karl Liebknecht sagt) liegt hier auf der Hand.

Der Plan Hervés ist „sehr einfach": Am Tag der Kriegserklärung desertieren alle sozialistischen Soldaten, die Reservisten aber streiken und

* unmittelbare Einwirkung. *Die Red.*

bleiben zu Hause. Doch „ist der Reservistenstreik kein passiver Widerstand: bald würde die Arbeiterklasse zum offenen Widerstand übergehen, zum Aufstand, dessen Aussichten auf Erfolg um so größer sind, als die aktive Armee an den Landesgrenzen steht" (Gustave Hervé, „Leur patrie"*).

Darin besteht dieser „wirksame, praktische und direkte Plan", und Hervé schlägt, von seinem Erfolg überzeugt, vor, jede Kriegserklärung mit Militärstreik und Aufstand zu beantworten.

Wie sich eindeutig daraus ergibt, geht es hier gar nicht darum, ob das Proletariat, wenn es das für zweckmäßig hält, eine Kriegserklärung mit Streik und Aufstand beantworten kann. Der Streit wird vielmehr darum geführt, ob man das Proletariat durch Beschluß binden soll, *jeden* Krieg mit dem Aufstand zu beantworten. Diese Frage in dem zuletzt genannten Sinne entscheiden heißt, dem Proletariat die Möglichkeit nehmen, den Zeitpunkt des Entscheidungskampfes zu wählen, und dies seinem Gegner überlassen; nicht das Proletariat wählt, seinen eigenen Interessen entsprechend, den Zeitpunkt der Schlacht – wenn sein allgemeines sozialistisches Bewußtsein einen hohen Grad erreicht hat, seine Organisiertheit stark, der Anlaß günstig ist usw. –, nein, die bürgerlichen Regierungen könnten es auch dann zum Aufstand provozieren, wenn die Verhältnisse für das Proletariat ungünstig sind, zum Beispiel durch Erklärung eines solchen Krieges, der besonders geeignet ist, in breiten Bevölkerungsschichten patriotische und chauvinistische Gefühle auszulösen, der also das aufständische Proletariat isolieren würde. Ferner darf man nicht außer acht lassen, mit welcher Wut die Bourgeoisie, die, vom monarchistischen Deutschland bis zum republikanischen Frankreich und zu der demokratischen Schweiz, auch in Friedenszeiten die antimilitaristische Tätigkeit erbittert verfolgt, über jeden Versuch eines Militärstreiks im Kriegsfalle, wo Kriegsgesetze, Kriegszustand, Kriegsgerichte usw. herrschen, herfallen würde.

Kautsky hat recht, wenn er über diese Idee Hervés sagt: „Die Idee des Militärstreiks ist also sicher gut gemeint, höchst edelmütig und heroisch, aber eine heroische Torheit."

Wenn das Proletariat es für zweckmäßig und geeignet erachtet, so kann es eine Kriegserklärung mit dem Militärstreik beantworten; es kann,

* „Ihr Vaterland". *Die Red.*

neben anderen Mitteln zur Herbeiführung der sozialen Revolution, auch zum Militärstreik greifen. Aber es liegt nicht im Interesse des Proletariats, sich durch dieses „taktische Rezept" zu binden.

In diesem Sinne hat denn auch der Stuttgarter Internationale Kongreß diese Streitfrage gelöst.

III

Bedeutet die Auffassung der Hervéisten „heroische Torheit", so bedeutet der Standpunkt Vollmars, Noskes und ihrer Gesinnungsgenossen vom „rechten Flügel" opportunistische Feigheit. Da der Militarismus ein Produkt des Kapitalismus ist und mit diesem fallen wird, so argumentierten sie in Stuttgart und besonders in Essen, bedarf es auch keiner besonderen antimilitaristischen Agitation: Sie muß nicht sein. Aber eine radikale Lösung der Arbeiter- und der Frauenfrage beispielsweise, entgegnete man ihnen in Stuttgart, ist ja unter dem Kapitalismus auch nicht möglich, doch trotzdem kämpfen wir für Arbeiterschutz, für die Erweiterung der bürgerlichen Rechte der Frauen usw. Eine spezielle antimilitaristische Propaganda muß um so energischer betrieben werden, als die Fälle der Einmischung bewaffneter Kräfte in den Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer häufiger werden und die Bedeutung des Militarismus nicht nur im heutigen Kampf des Proletariats, sondern auch im kommenden – im Augenblick der sozialen Revolution – immer klarer zutage tritt.

Für eine spezielle antimilitaristische Propaganda sprechen nicht nur prinzipielle Erwägungen, sondern auch bedeutsame geschichtliche Erfahrungen. In dieser Hinsicht geht Belgien anderen Ländern voran. Die belgische Arbeiterpartei organisierte neben der allgemeinen Propaganda antimilitaristischer Ideen sozialistische Jugendgruppen unter dem Namen „Junge Garde" („Jeunes Gardes"). Die Gruppen eines Bezirks bilden einen Bezirksverband, alle Bezirksverbände den Landesverband mit einem „Zentralrat" an der Spitze. Die Organe der „Jungen Garde" („La jeunesse – c'est l'avenir", „De Kazerne", „De Loteling"* u. a.) haben eine Auflage von Zehntausenden Exemplaren! Der stärkste Verband ist der wallonische, der aus 62 Ortsgruppen mit 10 000 Mitgliedern besteht. Insgesamt zählt die „Junge Garde" heute 121 Ortsgruppen.

* „Die Jugend ist die Zukunft", „Die Kaserne", „Der Rekrut". *Die Red.*

Neben schriftlicher wird auch intensiv mündliche Agitation betrieben: Im Januar und September (den Monaten der Rekrutenaushebung) werden in den wichtigsten Städten Belgiens Volksversammlungen und Umzüge veranstaltet; vor den Toren der Ratshäuser, unter freiem Himmel, erläutern sozialistische Redner den Rekruten die Bedeutung des Militarismus. Beim „Zentralrat" der „Jungen Garde" ist ein „Beschwerdekomitee" gebildet worden, das Informationen über alle Ungerechtigkeiten, die in den Kasernen vorkommen, zu sammeln hat. Diese Informationen werden in der Rubrik „Aus der Armee" täglich im Zentralorgan der Partei, „Le Peuple"*, veröffentlicht. Die antimilitaristische Propaganda macht vor den Kasernentoren nicht halt – die sozialistischen Soldaten bilden Gruppen für die Propagandaarbeit innerhalb der Armee. Gegenwärtig gibt es etwa 15 solcher Gruppen („Soldatenbünde").

Nach belgischem Muster, verschieden in Intensität und Organisationsformen, wird auch in Frankreich**, in der Schweiz, in Österreich und anderen Ländern antimilitaristische Propaganda betrieben.

Somit ist eine spezielle antimilitaristische Tätigkeit nicht nur besonders notwendig, sondern auch praktisch zweckmäßig und fruchtbringend. Insofern daher Vollmar gegen sie zu Felde zog, indem er auf die Polizeibedingungen in Deutschland, die so etwas unmöglich machen, auf die Gefahr der Zerschlagung der Parteiorganisationen unter solchen Umständen hinwies, lief die Frage auf eine konkrete Analyse der Verhältnisse des betreffenden Landes hinaus. Das aber ist eine Frage der Tatsachen, nicht des Prinzips. Freilich trifft auch hier die Bemerkung von Jaurès zu, die deutsche Sozialdemokratie, die in ihrer Jugend, in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes, der eisernen Faust Bismarcks standgehalten habe, brauche jetzt, wo sie ungleich größer und stärker geworden sei, die Verfolgungen durch die heutigen Machthaber nicht zu fürchten. Aber hundertmal im Unrecht ist Vollmar, wenn er sich bemüht, seine Behauptung mit

---

* „Das Volk". *Die Red.*

** Eine interessante Eigenheit bei den Franzosen ist die Organisierung des sogenannten „Sou du Soldat": Jeder Arbeiter gibt von seinem Wochenlohn seinem Verbandssekretär einen Sou, und die so zusammenkommenden Gelder werden Soldaten übermittelt „zur Ermahnung daran, daß sie auch im Soldatenrock zur ausgebeuteten Klasse gehören und das unter keinen Umständen vergessen dürfen".

Argumenten der prinzipiellen Unzweckmäßigkeit einer speziellen antimilitaristischen Propaganda zu stützen.

Nicht weniger vom Opportunismus durchsetzt ist die Auffassung Vollmars und seiner Gesinnungsgenossen, die Sozialdemokraten seien verpflichtet, sich an einem Verteidigungskrieg zu beteiligen. Die glänzende Kritik Kautskys hat diese Argumente zunichte gemacht. Kautsky verwies darauf, daß es zuweilen, besonders in Augenblicken patriotischen Taumels, völlig unmöglich ist festzustellen, ob der in Frage stehende Krieg Angriffs- oder Verteidigungsziele verfolgt (von Kautsky angeführtes Beispiel: War Japan im Russisch-Japanischen Krieg der angreifende oder der angegriffene Teil?). Die Sozialdemokraten würden sich in den Netzen diplomatischer Verhandlungen verstricken, wenn sie es sich einfallen ließen, ihre Stellung zum Krieg von diesem Merkmal abhängig zu machen. Sozialdemokraten können sogar in die Lage kommen, selbst Angriffskriege zu fordern. Im Jahre 1848 (auch den Hervéisten kann es nicht schaden, sich dessen zu erinnern) hielten Marx und Engels einen Krieg Deutschlands gegen Rußland für notwendig. Später suchten sie auf die öffentliche Meinung Englands einzuwirken, um dieses Land zu kriegerischem Vorgehen gegen Rußland zu bewegen. Kautsky konstruiert unter anderem das folgende hypothetische Beispiel: „Nehmen wir an", sagt er, „die Revolution siege in Rußland und ihre Rückwirkung bringe auch in Frankreich ein proletarisches Regime ans Ruder, veranlasse dagegen eine Koalition der europäischen Monarchen gegen die russische Revolution. Würde da die internationale Sozialdemokratie dagegen protestieren, wenn die französische Republik der russischen zu Hilfe käme?" (Karl Kautsky, „Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie".)

Es liegt auf der Hand, daß in dieser Frage (wie auch in der Auffassung vom „Patriotismus") nicht der Angriffs- oder Verteidigungscharakter des Krieges, sondern die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats, oder besser gesagt, die Interessen der internationalen Bewegung des Proletariats jenen einzig möglichen Standpunkt bilden, von dem aus die Frage nach der Stellung der Sozialdemokratie zu der einen oder anderen Erscheinung in den internationalen Beziehungen betrachtet und entschieden werden kann.

Bis zu welchen Ungeheuerlichkeiten der Opportunismus sich auch in diesen Fragen versteigen kann, zeigt ein Artikel von Jaurès aus jüngster

Zeit. In einem bürgerlich-liberalen deutschen Blättchen, wo er sich über die internationalen Beziehungen äußert, verteidigt er das Bündnis Frankreichs und Englands mit Rußland gegen die Beschuldigung friedensfeindlicher Absichten und betrachtet es als „Friedensgarantie"; er begrüßt die Tatsache, daß „wir jetzt das Bündnis von England und Rußland, dieser langjährigen Feinde, erlebt haben".

Eine glänzende Wertung dieser Auffassung bietet Rosa Luxemburg in ihrem „Offenen Brief" an Jaurès im letzten Heft der „Neuen Zeit", in dem sie Jaurès eine temperamentvolle Abfuhr erteilt.

Vor allem konstatiert Rosa Luxemburg, von einem Bündnis „Rußlands" und „Englands" sprechen heiße „die zünftige Sprache der bürgerlichen Politiker" führen, denn die Interessen der kapitalistischen Staaten und diejenigen des Proletariats in der Außenpolitik seien direkt entgegengesetzt, und man könne daher nicht von einer Interessenharmonie auf dem Gebiet der auswärtigen Politik sprechen. Ist der Militarismus ein Produkt des Kapitalismus, so können auch die Kriege nicht durch Intrigen der Regierenden und Diplomaten beseitigt werden, und die Aufgabe der Sozialisten besteht darin, nicht Illusionen darüber zu erwecken, sondern im Gegenteil die Verlogenheit und Ohnmacht der diplomatischen „friedlichen Schritte" unablässig anzuprangern.

Doch den Zentralpunkt des „Briefes" bildet die Beurteilung des von Jaurès so gerühmten Bündnisses Englands und Frankreichs mit Rußland. Die europäische Bourgeoisie hat dem Zarismus die Möglichkeit gegeben, den Ansturm der Revolution abzuwehren. „Nun sucht der Absolutismus den zeitweiligen Sieg über die Revolution zu einem definitiven zu machen, sich zu befestigen, und dazu versucht er vor allem das alte erprobte Mittel jeder erschütterten Despotie: die Erfolge der auswärtigen Politik." Alle Bündnisse Rußlands bedeuten jetzt „die Befestigung der Heiligen Allianz der Bourgeoisie Westeuropas mit der russischen Konterrevolution, mit den Würgern und Henkern der russischen und polnischen Freiheitskämpfer. Sie bedeuten die Festigung und Unterstützung der blutigsten Reaktion nicht nur im Innern Rußlands, sondern auch in den internationalen Beziehungen." „Es ist klar, daß angesichts dessen die elementarste Pflicht der Sozialisten und Proletarier aller Länder darin besteht, mit aller Macht den Bündnissen mit dem konterrevolutionären Rußland entgegenzuarbeiten."

„Wie soll man sich erklären", wendet sich Rosa Luxemburg an Jaurès,

„daß Sie ‚mit leidenschaftlichem Eifer' daran arbeiten, die Regierung des blutigen Henkers der russischen Revolution und des persischen Aufstandes zum einflußreichen Faktor der europäischen Politik, den russischen Galgen zum Pfeiler des internationalen Friedens zu machen – Sie, der Sie seinerzeit die glänzendsten Reden gegen die Anleihe an Rußland in der französischen Kammer gehalten, der Sie erst vor wenigen Wochen den erschütternden Appell an die öffentliche Meinung gegen die blutige Arbeit der Feldkriegsgerichte in Russisch-Polen in Ihrer ‚Humanité' veröffentlicht haben? Wie soll man Ihre Friedenspläne, die auf dem franko-russischen und anglo-russischen Bündnis beruhen, mit dem jüngsten Protest der französischen sozialistischen Kammerfraktion wie der Administrativen Kommission des Nationalrats der sozialistischen Partei gegen die Reise Fallières nach Rußland in Einklang bringen, dem Protest, unter dem auch Ihre Unterschrift steht und der die Interessen der russischen Revolution mit ergreifenden Worten in Schutz nimmt? Kann der Präsident der französischen Republik sich nicht auf Ihre eigenen Darlegungen über die internationale Lage berufen, und wird die Konsequenz nicht auf seiner Seite sein, wenn er Ihrem Protest gegenüber erklärt: Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, wer das Bündnis mit dem zaristischen Rußland als eine Garantie des internationalen Friedens betrachtet, der muß auch alles akzeptieren, was dieses Bündnis befestigt und die Freundschaft pflegt.

Was würden Sie dazu sagen, wenn sich ehemals in Deutschland, in Rußland, in England Sozialisten und Revolutionäre gefunden hätten, die ‚im Interesse des Friedens' eine Allianz mit der Regierung der Restauration ... oder mit der Regierung Thiers' und Jules Favres befürwortet und mit ihrer moralischen Autorität gedeckt haben würden?"

Dieser Brief spricht für sich, und die russischen Sozialdemokraten können diesen Protest der Genossin Rosa Luxemburg und diese ihre Verteidigung der russischen Revolution vor dem Angesicht des internationalen Proletariats nur begrüßen.

„Proletari" Nr. 33,
23. Juli (5. August) 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

LEO TOLSTOI ALS SPIEGEL DER RUSSISCHEN REVOLUTION

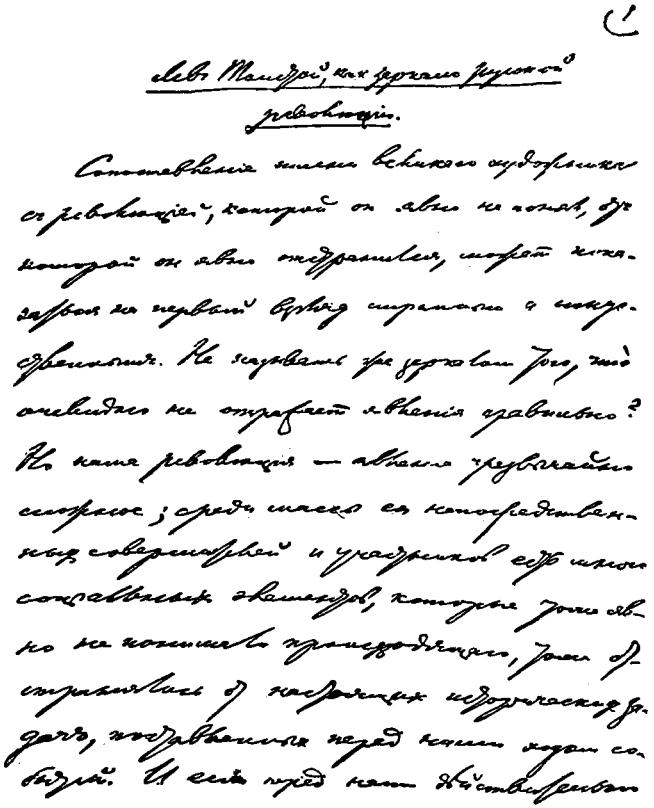
Den Namen des großen Künstlers neben die Revolution gestellt zu sehen, die er offenkundig nicht verstanden hat, von der er sich offenkundig abseits hielt, mag auf den ersten Blick seltsam und gekünstelt anmuten. Man wird doch nicht etwa als Spiegel bezeichnen, was eine Erscheinung augenfällig nicht richtig wiedergibt? Aber unsere Revolution ist eine außerordentlich komplizierte Erscheinung; zu der Masse ihrer unmittelbaren Vollstrecker und Teilnehmer gehören viele soziale Elemente, die gleichfalls die Geschehnisse offenkundig nicht begriffen und sich gleichfalls abseits hielten von den wirklichen historischen Aufgaben, vor die sie durch den Gang der Ereignisse gestellt wurden. Doch haben wir es mit einem wirklich großen Künstler zu tun, so mußte er wenigstens einige wesentliche Seiten der Revolution in seinen Werken widerspiegeln.

Die legale russische Presse, die übervoll ist von Artikeln, Briefen und Notizen zum 80. Geburtstag Tolstois, interessiert sich am allerwenigsten für eine Analyse seiner Werke vom Standpunkt des Charakters der russischen Revolution und ihrer Triebkräfte. Diese ganze Presse trieft in übelster Weise von Heuchelei, von einer Heuchelei doppelter Art: einer offiziellen und einer liberalen. Die erste ist die plumpe Heuchelei käuflicher Skribenten, die gestern den Befehl hatten, gegen Leo Tolstoi zu hetzen, heute aber Patriotismus bei ihm ausfindig machen und versuchen sollen, vor Europa den Anstand zu wahren. Daß die Skribenten dieser Sorte ihr Geschreibsel bezahlt bekommen, weiß jedermann, und irreführen können sie niemanden. Weit raffinierter und darum weit schädlicher und gefährlicher ist die liberale Heuchelei. Hört man die kadettischen Balalaikins* von der „Retsch", so scheinen sie Tolstoi vollste und wärmste

* Balalaikin – Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle". *Der Übers.*

Sympathie entgegenzubringen. In Wirklichkeit sind die berechnete Deklamation und die schwülstigen Phrasen vom „großen Gottsucher" ein einziger Lug und Trug, denn weder glaubt der russische Liberale an den Tolstoischen Gott, noch sympathisiert er mit der Tolstoischen Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung. Er schmiert sich an den populären Namen an, um sein politisches Kapitälchen zu vermehren, um sich als Führer der gesamtnationalen Opposition aufspielen zu können, er ist bemüht, durch Gepolter und Phrasengeklingel das Bedürfnis nach offener und klarer Beantwortung der Frage zu *übertönen*: wodurch sind die schreienden Widersprüche im „Tolstoianertum" hervorgerufen, und welche Mängel und Schwächen unserer Revolution bringen sie zum Ausdruck?

In den Werken, Anschauungen, Lehren, in der Schule Tolstois sind tatsächlich schreiende Widersprüche enthalten. Einerseits ein genialer Künstler, der nicht nur unvergleichliche Bilder aus dem russischen Leben, sondern auch erstklassige Werke der Weltliteratur geschaffen hat. Anderseits ein Gutsbesitzer, der sich als Narr in Christo gefällt. Einerseits ein wunderbar starker, unmittelbarer und aufrichtiger Protest gegen gesellschaftliche Verlogenheit und Heuchelei, anderseits ein „Tolstoianer", d. h. ein verschlissener, hysterischer Jammerlappen, russischer Intellektueller geheißen, der sich öffentlich an die Brust schlägt und sagt: „Ich bin schlecht, ich bin ekelhaft, aber ich lasse mir die sittliche Selbstvervollkommnung angelegen sein: ich esse kein Fleisch mehr und nähre mich jetzt von Reiskoteletts." Einerseits schonungslose Kritik an der kapitalistischen Ausbeutung, Entlarvung der Gewalttaten der Regierung, der Justiz- und Staatsverwaltungskomödie, Enthüllung der ganzen Tiefe der Widersprüche zwischen dem Anwachsen des Reichtums sowie der zivilisatorischen Errungenschaften und dem Anwachsen der Armut, der Verwilderung und der Qualen der Arbeitermassen; anderseits eine verzückt-wahnsinnige Predigt des „Verzichts auf" gewaltsamen „Widerstand gegen das Böse". Einerseits nüchternster Realismus, Herunterreißen jeglicher Masken; anderseits Predigt eines der abscheulichsten Dinge, die es überhaupt auf der Welt gibt, nämlich der Religion, das Bestreben, die Pfaffen mit behördlicher Bestallung zu ersetzen durch Pfaffen aus sittlicher Überzeugung, d. h. Kultivierung der raffiniertesten und deshalb besonders widerwärtigen Pfäfferei. Wahrhaftig:



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution"
1908

Verkleinert

Du bist armselig und reich,
Mächtig und ohnmächtig zugleich,
Mütterchen Rußland!

Daß Tolstoi angesichts solcher Widersprüche sowohl die Arbeiterbewegung und ihre Rolle im Kampf für den Sozialismus als auch die russische Revolution absolut nicht verstehen konnte, liegt auf der Hand. Aber die Widersprüche in den Anschauungen und Lehren Tolstois sind keine Zufälligkeiten, sie sind vielmehr Ausdruck jener widerspruchsvollen Bedingungen, unter denen sich das russische Leben während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts abspielte. Das patriarchalische Dorf, gestern erst von der Leibeigenschaft befreit, wurde dem Kapital und dem Fiskus zur restlosen Ausplünderung überlassen. Die alten Grundpfeiler der bäuerlichen Wirtschaft und des bäuerlichen Lebens, Grundpfeiler, die sich tatsächlich Jahrhunderte hindurch gehalten hatten, gingen ungewöhnlich schnell in die Brüche. Nun sind die Widersprüche in Tolstois Anschauungen nicht unter dem Gesichtspunkt der modernen Arbeiterbewegung und des modernen Sozialismus zu beurteilen (eine solche Würdigung ist natürlich notwendig, aber sie genügt nicht), sondern vom Gesichtspunkt jenes im patriarchalischen russischen Dorf unweigerlich laut werdenden Protestes gegen den hereinbrechenden Kapitalismus, gegen den Ruin der Massen und ihre Vertreibung von der Scholle. Tolstoi ist lächerlich als Prophet, der neue Rezepte zur Rettung der Menschheit erfunden hat – und ganz erbärmlich sind daher die ausländischen und russischen „Tolstoianer", die ausgerechnet die schwächste Seite seiner Lehre zum Dogma erheben wollen. Tolstoi ist groß, soweit er die Ideen und Stimmungen zum Ausdruck bringt, die zur Zeit des Anbruchs der bürgerlichen Revolution in Rußland unter den Millionenmassen der russischen Bauernschaft aufkamen. Tolstoi ist originell, weil die Gesamtheit seiner Anschauungen, als Ganzes genommen, gerade die Besonderheiten unserer Revolution als einer *bäuerlichen* bürgerlichen Revolution zum Ausdruck bringt. Unter diesem Blickwinkel betrachtet, sind die Widersprüche in Tolstois Anschauungen ein wirkliches Spiegelbild jener widerspruchsvollen Bedingungen, unter denen die Bauernschaft in unserer Revolution ihre historische Tätigkeit aufnahm. Einerseits hatte der jahrhundertelange Druck der Leibeigenschaft und die jahrzehntelange forcierte Ruinierung nach der Reform ganze Berge von Haß, Erbitterung und verzweifelter Entschlossenheit aufgetürmt. Das Be-

streben, sowohl die Staatskirche als auch die Gutsherren und ihre Regierung restlos hinwegzufegen, alle alten Formen und Konventionen des Grundbesitzes zu zerschlagen, das Land zu säubern und an Stelle des Polizei- und Klassenstaates ein Gemeinwesen freier und gleichberechtigter Kleinbauern zu schaffen – dieses Bestreben durchzieht wie ein roter Faden jeden historischen Schritt der Bauern in unserer Revolution, und zweifellos entspricht der Ideengehalt der Schriften Tolstois weit mehr diesem Streben der Bauern als dem abstrakten „christlichen Anarchismus", als welcher das „System" seiner Anschauungen mitunter gewertet wird.

Anderseits zeigte die Bauernschaft bei ihrem Streben nach neuen Formen des Zusammenlebens einen großen Mangel an Bewußtheit, eine patriarchalische, religiös-närrische Unbekümmertheit gegenüber den Fragen, wie dies Gemeinwesen aussehen soll, durch welchen Kampf sie sich Freiheit zu erringen hat, wer in diesem Kampf ihr Führer sein kann, wie sich die Bourgeoisie und die bürgerliche Intelligenz zu den Interessen der Bauernrevolution stellen, warum der Grundbesitz der Gutsherren nur durch gewaltsamen Sturz der Zarenmacht vernichtet werden kann. Ihr ganzes bisheriges Leben hat die Bauernschaft den gnädigen Herrn und den Staatsbeamten hassen gelehrt, aber es hat sie nicht gelehrt und konnte sie auch nicht lehren, wo sie die Antwort auf alle diese Fragen zu suchen hat. In unserer Revolution hat der kleinere Teil der Bauernschaft wirklich gekämpft und sich zu diesem Zweck wenigstens einigermaßen organisiert, und nur ein ganz geringer Teil hat sich mit der Waffe in der Hand erhoben, um seine Feinde niederzusäbeln, um den Zarenknechten und Verteidigern der Gutsbesitzer den Garaus zu machen. Der größere Teil der Bauernschaft jammerte und betete, räsonierte und träumte, schrieb Petitionen und entsandte „Fürbitter" – ganz im Geiste Leo Nikolajewitsch Tolstois! Und wie es in solchen Fällen stets zu sein pflegt, bewirkte das tolstoianische Sich-Fernhalten von der Politik, das Fehlen von Interesse und Verständnis für die Politik, daß dem klassenbewußten und revolutionären Proletariat nur eine Minderheit folgte, die Mehrheit dagegen eine Beute jener prinzipienlosen und knechtseligen bürgerlichen Intellektuellen wurde, die, Kadetten genannt, aus einer Versammlung der Trudowiki in das Vorzimmer Stolypins liefen, bettelten, kuhhandelten, versöhnten, zu versöhnen versprachen – bis ein Kommißstiefel sie mit einem Tritt hinausbeförderte. Tolstois Ideen sind ein Spiegel der Schwäche, der Mängel un-

seres Bauernaufstands, ein Abbild der Schwammigkeit des patriarchalischen Dorfes und der eingewurzelten Feigheit des „tüchtigen Bäuerleins".

Man nehme die Soldatenaufstände der Jahre 1905/1906. Ihrer sozialen Herkunft nach stammten diese Kämpfer unserer Revolution aus der Bauernschaft und dem Proletariat. Das letztere bildete die Minderheit; darum zeigt die Bewegung innerhalb des Heeres auch nicht annähernd jene Geschlossenheit im Maßstab ganz Rußlands, nicht jenes Parteibewußtsein, wie das Proletariat es an den Tag legte, das wie auf einen Wink mit dem Zauberstab sozialdemokratisch wurde. Anderseits ist nichts irriger als die Auffassung, die Soldatenaufstände seien mißlungen, weil es an Führern aus dem Offizierskorps gefehlt hätte. Im Gegenteil, der gigantische Fortschritt der Revolution seit den Zeiten der „Narodnaja Wolja" äußerte sich gerade darin, daß der „Muschkote", dessen Selbständigkeit die liberalen Gutsherren und das liberale Offizierskorps so sehr erschreckte, zur Waffe gegen die Obrigkeit griff. Der Soldat war voller Sympathie für die Sache der Bauern; seine Augen leuchteten auf, sobald nur ein Wort vom Boden fiel. So manches Mal ging die Befehlsgewalt in der Truppe in die Hände der Soldatenmasse über, aber entschlossen ausgenutzt wurde diese Gewalt fast nie; die Soldaten schwankten; einige Tage, mitunter wenige Stunden, nachdem sie irgendeinen verhaßten Vorgesetzten getötet hatten, setzten sie die anderen wieder auf freien Fuß, nahmen Verhandlungen mit den Behörden auf und ließen sich dann erschießen, sich mit Ruten auspeitschen, sich wieder ins Joch spannen – ganz im Geiste Leo Nikolajewitsch Tolstois!

Tolstoi widerspiegelte den siedenden Haß, den herangereiften Drang zum Besseren, das Verlangen, sich vom Vergangenen zu befreien – und die unreife Träumerei, den Mangel an politischer Schulung, die Schlappheit und Unfähigkeit zu revolutionärem Handeln. Die historisch-ökonomischen Bedingungen bieten die Erklärung sowohl dafür, daß der revolutionäre Kampf der Massen aufflammen mußte, als auch für deren mangelnde Kampfvorbereitung, für den tolstoianischen Verzicht auf Widerstand gegen das Böse, der eine der wesentlichsten Ursachen für die Niederlage der ersten revolutionären Kampagne war.

Geschlagene Armeen, sagt man, lernen gut. Freilich ist ein Vergleich revolutionärer Klassen mit Armeen nur in sehr begrenztem Sinne richtig. Die Entwicklung des Kapitalismus verändert und verschärft mit jeder

Stunde die Bedingungen, welche die Millionenmassen der Bauern, zusammengeschweißt durch den Haß gegen die Gutsbesitzer – die Fronherren – und ihre Regierung, in den revolutionär-demokratischen Kampf trieben. Innerhalb der Bauernschaft selbst verdrängt der wachsende Warenaustausch, die zunehmende Herrschaft des Marktes und die stets größer werdende Macht des Geldes immer mehr die patriarchalischen alten Zustände und die patriarchalische tolstoianische Ideologie. Aber eine Errungenschaft der ersten Revolutionsjahre und der ersten Niederlagen im revolutionären Massenkampf steht außer Zweifel: die Tatsache, daß der früheren Schlappheit und Niedergeschlagenheit der Massen der Todesstoß versetzt wurde. Die Trennungslinien sind schärfer geworden. Klassen und Parteien haben sich voneinander abgegrenzt. Unter dem Hammer der Stolypinschen Lektionen, bei unablässiger, konsequenter Agitation der revolutionären Sozialdemokraten wird nicht nur das sozialistische Proletariat, sondern werden auch die demokratischen Massen der Bauernschaft unweigerlich immer standhaftere Kämpfer hervorbringen, die immer weniger anfällig werden für unsere historische Sünde, das Tolstoianertum.

„Proletari" Nr. 35,
11. (24.) September 1908.

Nach dem Manuskript, verglichen mit dem Text des „Proletari".

EINE FRIEDENSKUNDGEBUNG DER ENGLISCHEN UND DEUTSCHEN ARBEITER[76]

Bekanntlich betreiben die bürgerliche Presse Englands und Deutschlands und besonders die Boulevardblättchen schon lange eine chauvinistische Kampagne, bei der sie ein Land gegen das andere hetzen. Die Konkurrenz der englischen und der deutschen Kapitalisten auf dem Weltmarkt wird immer erbitterter. Die einstige Vormachtstellung Englands und seine uneingeschränkte Herrschaft auf dem Weltmarkt sind entschwunden. Deutschland gehört zu den sich besonders rasch entwickelnden kapitalistischen Ländern, und es sucht für die Erzeugnisse seiner Industrie immer intensiver nach Absatz im Ausland. Der Kampf um Kolonien, die Kollisionen der Handelsinteressen sind in der kapitalistischen Gesellschaft zu einer der Hauptursachen von Kriegen geworden. Und es nimmt nicht wunder, daß die Kapitalisten beider Länder einen Krieg zwischen England und Deutschland für unvermeidlich und die Vertreter des Militärklüngels ihn hier wie dort geradezu für wünschenswert halten. Die englischen Chauvinisten wollen die Stärke des gefährlichen Konkurrenten untergraben, indem sie Deutschlands Seemacht zerschlagen, das einstweilen auf diesem Gebiet noch unvergleichlich schwächer ist als England. Die deutschen Junker und Generale mit dem Kommißstiefel Wilhelm II. an der Spitze brennen auf einen Kampf gegen England, wobei sie hoffen, das Übergewicht an Landstreitkräften ausnutzen zu können, und davon träumen, mit dem Rummel militärischer Siege die ständig wachsende Unzufriedenheit der Arbeitermassen und die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland eindämmen zu können.

Gegen die wachsende Kriegsgefahr beschlossen die englischen und die deutschen Arbeiter öffentlich aufzutreten. Die Arbeiterzeitungen beider Länder führen seit langem einen beharrlichen Kampf gegen Chauvinismus

und Militarismus. Jetzt aber wurde eine nachdrücklichere Willensäußerung der Arbeiterklasse erforderlich, als dies durch Presseorgane möglich ist. Die englischen Arbeiter beschlossen, eine Delegation nach Berlin zu entsenden, um durch eine machtvolle Demonstration die solidarische Entschlossenheit des Proletariats beider Länder zu bekunden, dem Kriege den Krieg zu erklären.

Die Kundgebung fand am Sonntag, dem 20. (7.) September, in Berlin statt. Die Delegierten der englischen Arbeiter konnten diesmal ungehindert vor dem Berliner Proletariat sprechen. Zwei Jahre zuvor, als Jean Jaurès im Namen der französischen Arbeiterklasse in Berlin in einer sozialdemokratischen Massenversammlung auftreten wollte, um gegen die Chauvinisten der Bourgeoisie zu protestieren, hatte die deutsche Regierung ihm verboten, vor den deutschen Arbeitern zu sprechen. Diesmal aber wagte es die deutsche Regierung nicht, die Delegierten des englischen Proletariats hinauszuwerfen.

Die gewaltige Arbeiterversammlung wurde in einen der größten Säle Berlins einberufen. Etwa 5000 Menschen füllten im Nu den Raum, und viele Tausende mußten im Garten und auf der Straße bleiben. Gewählte Arbeiter mit roten Armbinden leisteten Ordnungsdienste. Genosse Legien, der bekannte Führer der deutschen Gewerkschaften (der sogenannten „freien", d. h. in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften), begrüßte die englische Delegation im Namen der gesamten politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse Deutschlands. Bereits vor fünfzig Jahren, sagte er, demonstrierten französische und englische Arbeiter für den Frieden. Damals standen hinter den sozialistischen Vorkämpfern noch keine organisierten Massen. Heute zählen die Arbeiterorganisationen Englands und Deutschlands zusammen $4^1/_3$ Millionen Mitglieder. Im Namen dieser Armee treten jetzt die englischen Delegierten und die auf dieser Berliner Kundgebung versammelten Arbeiter auf und erklären, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen der Arbeiterklasse liegt.

Der Delegierte der englischen Arbeiter, Maddison, brandmarkte in seiner Antwortrede die chauvinistische Hetze der Bourgeoisie und überreichte eine von 3000 Arbeitern unterschriebene Adresse „Die Arbeiter Britanniens an die Arbeiter Deutschlands". Unter denen, die die Grußadresse unterschrieben haben, erklärte er, befinden sich Vertreter beider

Richtungen der englischen Arbeiterbewegung (d. h. sowohl Sozialdemokraten als auch Anhänger der „Unabhängigen Arbeiterpartei", die noch nicht auf einem halbwegs konsequent sozialistischen Standpunkt stehen). In der Adresse wird darauf hingewiesen, daß Kriege den Interessen der besitzenden Klassen dienen. Die Arbeitermassen tragen die ganze Last der Kriege; die besitzenden Klassen ziehen den Nutzen aus der Not der Völker. Mögen sich die Arbeiter für den Kampf gegen den Militärklüngel, für die Sicherung des Friedens zusammenschließen!

Nach den Reden anderer englischer Delegierter und des Vertreters der deutschen Sozialdemokratie, Richard Fischer, wurde die Versammlung mit der einstimmigen Annahme einer Resolution geschlossen, in der „die engherzigsten und kurzsichtigsten Interessen der Ausbeutenden und herrschenden Klassen" gebrandmarkt und die Bereitschaft ausgedrückt wird, entsprechend der Resolution des Internationalen Kongresses von Stuttgart zu handeln, d. h. mit allen Kräften und Mitteln gegen den Krieg zu kämpfen. Nach dem Gesang der Arbeitermarseillaise verließen die Teilnehmer in voller Ordnung die Versammlung. Straßendemonstrationen fanden nicht statt. Die Berliner Polizei und die örtlichen Militärbehörden sahen sich in ihren Erwartungen getäuscht. Charakteristisch für die deutschen Zustände ist, daß diese ganz friedliche Arbeiterkundgebung nicht ohne Aufgebot von Polizei und Militär vonstatten ging. Die Berliner Garnison war mobilisiert worden. An den verschiedensten Stellen der Stadt waren Truppen nach einem genauen Plan aufgestellt worden, und zwar vornehmlich so, daß man schwer feststellen konnte, wo und wieviel Soldaten im Hinterhalt lagen. Polizeistreifen ritten durch die Straßen und über die Plätze in der Nähe des Versammlungssaales und besonders durch die Straße, die von dort zum Schloß führt. Das Schloß war von einem regelrechten Kordon von Polizisten in Zivil und in Höfen verborgener Truppen umgeben. Man hatte ein kompliziertes System von Polizeiposten organisiert – Gruppen von Polizisten standen an den Straßenecken, Polizeioffiziere waren an alle „wichtigen" Punkte beordert worden, Polizisten auf Fahrrädern waren als Kundschafter eingesetzt und erstatteten den Militärbehörden Meldung von jedem Schritt des „Feindes", Brücken und Übergänge über den Landwehrkanal waren dreifach gesichert, „. . . um die bedrohte Monarchie zu schützen", wie der *„Vorwärts"*[77] sarkastisch über all diese Maßnahmen der Regierung Wilhelms II. schrieb.

Es war eine Probe – fügen wir von uns aus hinzu. Wilhelm II. und die deutsche Bourgeoisie probten den militärischen Kampf gegen das aufständische Proletariat. Solche Proben sind unbedingt und in jedem Fall nützlich sowohl für die Arbeitermassen als auch für die Soldaten. Ça ira (Es geht ran!) – so heißt es in einem französischen Arbeiterlied. Wiederholte Proben führen vielleicht jetzt noch sehr langsam, dafür aber um so sicherer zur großen historischen Entscheidung.

Geschrieben vor dem
3. (16.) Oktober 1908.
Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

DIE STUDENTENBEWEGUNG UND DIE GEGENWÄRTIGE POLITISCHE LAGE

Die Studenten der Petersburger Universität haben den Streik ausgerufen. Mehrere weitere Hochschulen haben sich ihm angeschlossen. Die Bewegung hat bereits auf Moskau und Charkow übergegriffen. Nach allem zu urteilen, was die ausländischen und russischen Zeitungen und was Privatbriefe aus Rußland mitteilen, stehen wir vor der Tatsache einer ziemlich breiten *akademischen* Bewegung.

Zurück zum Alten! Zurück zum vorrevolutionären Rußland – davon sprechen diese Ereignisse vor allem. Wie ehedem sucht die reaktionäre Regierung die Universitäten an die Kandare zu nehmen. Der ewige Kampf, der im absolutistischen Rußland gegen die Studentenorganisationen geführt wird, hat die Form eines Feldzuges des reaktionären Ministers Schwarz – der im vollen Einverständnis mit dem „Premierminister" Stolypin vorgeht – gegen die im Herbst 1905 den Studenten versprochene Autonomie angenommen (was hat die Selbstherrschaft damals, unter dem Druck der revolutionären Arbeiterklasse, den russischen Bürgern nicht alles „versprochen"!), gegen die Autonomie, die die Studenten genossen, solange die Selbstherrschaft „Wichtigeres zu tun" hatte, und deren Aufhebung sie in Angriff nehmen mußte, weil sie eben Selbstherrschaft geblieben ist.

Wie ehedem klagt und jammert die liberale Presse – diesmal im Verein mit einigen Oktobristen –, es klagen und lamentieren die Herren Professoren, und sie beschwören die Regierung, nicht den Weg der Reaktion zu beschreiten, die ausgezeichnete Gelegenheit zu nutzen, um „dem von Erschütterungen erschöpften Land" „durch Reformen Frieden und Ordnung zu sichern"; sie beschwören gleichzeitig die Studentenschaft, nicht zu gesetzwidriger Handlungsweise zu greifen, die ja nur der Reaktion in

die Hand spielen, usw. usw. usf. Was sind das alles für alte, abgedroschene Weisen, und wie lebhaft lassen sie alles vor unseren Augen wiedererstehen, was wir vor etwa 20 Jahren, Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, erlebt haben! Die Ähnlichkeit jener Zeit mit der heutigen wird besonders frappant, wenn man die gegenwärtige Lage für sich allein, außerhalb des Zusammenhangs mit den verflossenen drei Revolutionsjahren, betrachtet. Denn die Duma bringt (so scheint es auf den ersten Blick) in nur wenig veränderter Gestalt ganz das gleiche Kräfteverhältnis wie vor der Revolution zum Ausdruck: Herrschaft des wilden Gutsbesitzers, welcher Verbindungen bei Hofe und die Einwirkung über seinen guten Freund, den Staatsbeamten, allen Vertretungskörperschaften vorzieht; Unterstützung dieses Staatsbeamten durch die Kaufmannschaft (Oktobristen), die es nicht wagt, ihren Gönnern untreu zu werden; die „Opposition" der bürgerlichen Intellektuellen, die am allermeisten darum besorgt sind, ihre Loyalität zu beweisen, und ihre sanften Ermahnungen an die Machthaber politische Tätigkeit des Liberalismus nennen. Die Arbeitervertreter in der Duma erinnern gar zu schwach daran, welche Rolle das Proletariat vor kurzem mit seinem offenen Massenkampf gespielt hat.

Es erhebt sich die Frage, ob wir unter solchen Bedingungen den alten Formen des primitiv-akademischen Kampfes der Studentenschaft Bedeutung beimessen können? Wenn die Liberalen zur „Politik" (nur zum Hohn kann hier natürlich von Politik die Rede sein) der achtziger Jahre hinabgesunken sind, bedeutet es da nicht für die Sozialdemokratie eine Herabwürdigung ihrer Aufgaben, wenn sie es für erforderlich hält, den akademischen Kampf in der einen oder anderen Weise zu unterstützen?

Diese Frage wird, wie es scheint, mancherorts von sozialdemokratischen Studenten gestellt. Jedenfalls ist an die Redaktion unserer Zeitung der Brief einer Gruppe sozialdemokratischer Studenten gelangt, in dem es unter anderem heißt:

„Am 13. September wurde in einer Studentenversammlung der Petersburger Universität beschlossen, die Studentenschaft zum allgemeinen Studentenstreik in ganz Rußland aufzufordern, und diese Aufforderung wurde mit der aggressiven Taktik von Schwarz motiviert. Die Plattform des Streiks ist akademischer Natur, die Versammlung begrüßt sogar die ‚ersten Schritte' der Moskauer und Petersburger Professorenräte im Kampf um die Autonomie. Wir können die von

der Petersburger Versammlung aufgestellte akademische Plattform nicht begreifen und halten sie unter den gegenwärtigen Bedingungen für unzulässig und ungeeignet, den Zusammenschluß der Studentenschaft zu einem aktiven, weiterwirkenden Kampf herbeizuführen. Wir denken uns eine Aktion der Studentenschaft nur koordiniert mit einer allgemeinen politischen Aktion, keinesfalls aber als isolierte Aktion. Es fehlen die Elemente, die die Studentenschaft vereinigen könnten. Infolgedessen sprechen wir uns gegen eine akademische Aktion aus."

Der Fehler, den die Verfasser dieses Briefes begehen, besitzt viel größere politische Bedeutung, als man es auf den ersten Blick annehmen könnte, denn ihre Argumentation berührt im Grunde genommen ein Thema, das unvergleichlich umfassender und wichtiger ist als die Frage der Beteiligung an diesem Streik.

„Wir denken uns eine Aktion der Studentenschaft nur koordiniert mit einer allgemeinen politischen Aktion ... Infolgedessen sprechen wir uns gegen eine akademische Aktion aus."

Eine solche Argumentation ist von Grund aus falsch. Die revolutionäre Losung – es ist eine koordinierte politische Aktion der Studenten mit dem Proletariat anzustreben usw. – verwandelt sich hier aus einer lebendigen Anleitung zu immer umfassender geführter, allseitiger Kampfagitation in ein lebloses Dogma, das den verschiedenen Etappen verschiedener Bewegungsformen mechanisch angepaßt wird. Es reicht nicht hin, die politische koordinierte Aktion bloß zu proklamieren und das „letzte Wort" der Lehren der Revolution nachzureden. Man muß es *verstehen*, für eine politische Aktion zu agitieren, und dafür alle Möglichkeiten, alle Bedingungen und vor allem jeden größeren, die Massen berührenden Konflikt der einen oder anderen fortgeschrittenen Elemente mit der Selbstherrschaft *auszunutzen*. Natürlich geht es nicht darum, jede Studentenbewegung im voraus in obligatorische „Stadien" einzuteilen und aus Angst vor „unzeitgemäßen" Übergängen zur Politik usw. darauf zu achten, daß diese Stadien akkurat durchlaufen werden. Eine solche Auffassung wäre eine überaus schädliche Pedanterie und würde nur zu opportunistischer Politik führen. Ebenso schädlich ist jedoch auch der entgegengesetzte Fehler, daß man nämlich der tatsächlichen Lage und den wirklichen Bedingungen der gegebenen Massenbewegung nicht Rechnung tragen will, weil man eine Losung falsch, in starrem Sinne aufgefaßt hat: eine solche

Anwendung einer Losung artet unvermeidlich zur revolutionären Phrase aus.

Es sind Bedingungen möglich, wo eine akademische Bewegung die politische herabsetzt oder sie zersplittert oder von ihr ablenkt – in diesem Falle wären die sozialdemokratischen Studentengruppen natürlich verpflichtet, ihre Agitation gegen eine solche Bewegung zu konzentrieren. Aber jeder sieht, daß die objektiven politischen Bedingungen heute andere sind: Die akademische Bewegung bedeutet den *Anfang* der Bewegung einer neuen „Generation" der studierenden Jugend, die sich an eine dürftige Autonomie schon mehr oder weniger gewöhnt hat, dabei setzt diese Bewegung in einer Situation ein, wo andere Formen des Massenkampfes fehlen, während einer Flaute, da die breiten Massen noch immer schweigsam, konzentriert, langsam die Erfahrungen der drei Revolutionsjahre *verarbeiten.*

Unter solchen Bedingungen würde die Sozialdemokratie einen schweren Fehler begehen, wollte sie sich „gegen eine akademische Aktion" aussprechen. Nein, die zu unserer Partei gehörenden Studentengruppen müssen all ihre Bemühungen auf die Unterstützung, Ausnutzung und Ausweitung dieser Bewegung richten. Wie jede andere Unterstützung primitiver Formen der Bewegung durch die Sozialdemokratie, muß auch diese Unterstützung vor allem und hauptsächlich in ideologischer und organisierender Einwirkung auf die durch den Konflikt in Erregung versetzten breiteren Schichten bestehen, die in dieser Form des Konflikts durchweg ihren *ersten* politischen Konflikt erleben. Denn das Leben der studierenden Jugend, die im Laufe der letzten zwei Jahre auf die Hochschulen gekommen ist, war von der Politik fast gänzlich losgelöst; diese Jugend wurde nicht nur von den staatstreu gesinnten Professoren und der Regierungspresse, sondern auch von den liberalen Professoren und der ganzen Kadettenpartei im Geiste engstirnigen akademischen Autonomismus erzogen. Für eine solche Jugend ist ein umfassender Streik (wenn diese Jugend überhaupt einen größeren Streik zu organisieren imstande sein wird! Wir müssen alles daransetzen, um ihr dabei zu helfen, aber natürlich können nicht wir, die Sozialisten, den Erfolg einer bürgerlichen Bewegung garantieren) der Beginn eines politischen Konflikts, ganz gleich, ob die Kämpfenden sich dessen bewußt sind oder nicht. Unsere Aufgabe besteht darin, der Masse der „akademischen" Protestierenden die objek-

tive Bedeutung dieses Konflikts zu erklären; wir müssen bestrebt sein, ihn zu einem *bewußt* politischen zu gestalten, die agitatorische Tätigkeit der sozialdemokratischen Studentengruppen zu verzehnfachen und diese *ganze* Tätigkeit dahin zu *lenken*, daß die revolutionären Lehren aus der Geschichte der drei Jahre gezogen, daß die Unvermeidlichkeit eines neuen revolutionären Kampfes begriffen und unsere alten – und dennoch durchaus zeitgemäßen – Losungen des Sturzes der Selbstherrschaft und der Einberufung einer Konstituierenden Versammlung aufs neue zum Gegenstand der Erörterung und zum Anziehungspunkt der politischen Sammlung neuer Generationen der Demokratie werden.

Eine solche Arbeit dürfen die sozialdemokratischen Studenten unter keinen Umständen ablehnen, und wie schwierig diese Arbeit heute auch sein möge, welche Mißerfolge der eine oder andere Agitator in der einen oder anderen Universität, Landsmannschaft, Versammlung usw. auch erleben möge, wir sagen ihnen: Klopfet an, so wird euch aufgetan! Politische Agitationsarbeit ist niemals vergeblich. Ihr Erfolg wird nicht nur daran gemessen, ob wir es vermocht haben, sofort und mit einem Schlage die Mehrheit oder die Zustimmung zu einer koordinierten politischen Aktion zu erlangen. Es ist möglich, daß wir das nicht mit einem Schlag erreichen: Aber dazu sind wir ja eine organisierte proletarische Partei, um uns nicht durch vorübergehende Niederlagen entmutigen zu lassen, sondern *unsere Arbeit* auch unter den schwersten Bedingungen zäh, beharrlich und konsequent weiterzuführen.

Der von uns weiter unten veröffentlichte Aufruf des Koalitionsrats der Petersburger Studentenschaft zeigt, daß selbst die aktivsten Elemente der Studentenschaft hartnäckig am reinen Akademismus festhalten und immer noch das kadettisch-oktobristische Lied singen – und dies zu einer Zeit, wo die kadettisch-oktobristische Presse den Streik aufs niederträchtigste behandelt und ihn zu einem Zeitpunkt, da der Kampf voll entbrannt ist, für schädlich, verbrecherisch usw. erklärt. Die Abfuhr, die unser Petersburger Parteikomitee dem Koalitionsrat zu erteilen für nötig befunden hat, können wir nur billigen. (Siehe „Aus der Partei"[78].)

Die Peitschen des Ministers Schwarz scheinen noch nicht auszureichen, um die heutige Studentenschaft aus „Akademikern" zu „Politikern" zu machen, es bedarf noch der Skorpione immer neuer reaktionärer Feldwebel, um die revolutionäre Schulung der neuen Kader zu vollenden. An

der Erziehung dieser Kader, die durch die ganze Stolypinsche Politik, durch jeden Schritt der Konterrevolution geschult werden, müssen auch wir Sozialdemokraten unermüdlich arbeiten; denn wir erkennen klar, daß im nationalen Maßstab neue bürgerlich-demokratische Konflikte mit der Selbstherrschaft, die sich mit der Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen aufs innigste verbunden hat, objektiv unausbleiblich sind.

Ja, im nationalen Maßstab, denn die Konterrevolution der Schwarzhunderter, die Rußland nach rückwärts zu drängen sucht, stählt nicht allein neue Kämpfer in den Reihen des revolutionären Proletariats, sondern wird zwangsläufig auch eine neue Bewegung der nichtproletarischen, d. h. der bürgerlichen Demokratie hervorrufen (wobei wir darunter natürlich nicht die Beteiligung der *ganzen Opposition* am Kampf, sondern die breite Beteiligung wirklich demokratischer, d. h. zum Kampf fähiger Elemente der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums verstehen). Der beginnende Massenkampf der Studenten im Rußland des Jahres 1908 ist ein politisches Symptom, ein Symptom für die ganze, von der Konterrevolution geschaffene gegenwärtige Lage. Tausende und Millionen Fäden verbinden die studierende Jugend mit der mittleren Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum, den kleinen Beamten, mit bestimmten Gruppen der Bauernschaft, der Geistlichkeit usw. Wenn im Frühjahr 1908 Versuche gemacht wurden, den „Bund der Befreiung"* wiederzubeleben, radikaler, als es der von Peter Struve repräsentierte alte kadettische, halbgutsherrliche Bund war; – wenn es im Herbst unter der Masse der Jugend, die der demokratischen Bourgeoisie in Rußland am nächsten steht, zu gären beginnt; – wenn die feilen Skribenten wieder mit verzehnfachter Wut gegen die Revolution in der Schule geifern; – wenn niederträchtige liberale Professoren und Kadettenführer jammern und stöhnen wegen der unzeitgemäßen, gefährlichen, verderblichen Streiks, die das Mißfallen der lieben Oktobristen erregen und die Oktobristen, die herrschenden Oktobristen, „abstoßen" könnten – so bedeutet dies nur das eine: neuer Zündstoff häuft sich in der Pulverkammer an! Es setzt *nicht nur* unter der Studentenschaft eine Reaktion – gegen die Reaktion – ein.

Wie schwach, wie keimhaft unentwickelt dieser Anfang auch sein mag – die Partei der Arbeiterklasse muß und wird ihn ausnutzen. Wir haben es verstanden, vor der Revolution Jahre und Jahrzehnte zu arbeiten, unsere

* Siehe den vorliegenden Band, S. 53–57. *Die Red.*

revolutionären Losungen zunächst in die Zirkel, dann in die Arbeitermassen, dann auf die Straße, dann auf die Barrikaden zu tragen. Wir müssen es *auch jetzt* verstehen, vor allem das in Gang zu bringen, was die Aufgabe des Tages ist, ohne das alles Gerede über koordinierte politische Aktion eben nur Gerede bleibt, nämlich – eine festgefügte proletarische Organisation, die für ihre revolutionären Losungen überall und allerorts in den Massen *politische Agitation* betreibt. Unsere Hochschulgruppen müssen die Errichtung dieser Organisation unter der Studentenschaft, diese Agitation auf dem Boden der gegebenen Bewegung in Angriff nehmen.

Das Proletariat wird auf sich nicht warten lassen. Auf Banketten, in legalen Verbänden, in den Universitäten, auf der Tribüne von Vertretungskörperschaften überläßt es der bürgerlichen Demokratie oft den Vorrang. Aber niemals wird es im ernsten, großen revolutionären Kampf der Massen seinen Vorrang abtreten. Nicht so rasch und nicht so leicht, wie es der eine oder andere von uns wohl möchte, reifen alle Voraussetzungen für den Ausbruch dieses Kampfes heran – doch sie reifen unabwendbar heran. Und der kleine Anfang kleiner akademischer Konflikte ist ein großer Beginn, denn ihm folgen – wenn nicht heute, so morgen, wenn nicht morgen, so übermorgen – große Fortsetzungen.

„Proletari" Nr. 36,
3. (16.) Oktober 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

DIE EREIGNISSE AUF DEM BALKAN UND IN PERSIEN

In der letzten Zeit beschäftigten die Ereignisse auf dem Balkan die politische Presse nicht nur Rußlands, sondern ganz Europas. Eine Zeitlang schien die Gefahr eines europäischen Krieges in nächste Nähe gerückt, und auch jetzt ist sie – obwohl es viel wahrscheinlicher ist, daß sich die Sache auf Lärm und Geschrei beschränkt und es nicht zum Krieg kommt – noch lange nicht beseitigt.

Untersuchen wir kurz den Charakter der Krise und jene Aufgaben, die der russischen Arbeiterpartei daraus erwachsen.

Das Erwachen der asiatischen Völker zum politischen Leben erhielt durch den Russisch-Japanischen Krieg und die russische Revolution einen nachhaltigen Anstoß. Doch dieses Erwachen griff von einem Land zum anderen so langsam über, daß in Persien die russische Konterrevolution nahezu die entscheidende Rolle gespielt hat und auch jetzt noch spielt und daß die türkische Revolution sofort auf eine konterrevolutionäre Mächtekoalition mit Rußland an der Spitze stieß. Freilich scheint diese letzte Behauptung auf den ersten Blick dem allgemeinen Ton der europäischen Presse und den Erklärungen der Diplomaten zu widersprechen: Hört man diese Erklärungen und glaubt man den Artikeln der offiziösen Blätter, so sind sie alle voller „Sympathie" für die erneuerte Türkei, alle wünschen nur die Festigung und Entwicklung des konstitutionellen Regimes in der Türkei und können die „Mäßigung" der bürgerlichen Jungtürken nicht genug loben.

Doch ist all dieses Gerede nur ein Musterbeispiel für die niederträchtige bürgerliche Heuchelei der heutigen reaktionären Regierungen Europas und der heutigen reaktionären europäischen Bourgeoisie. In Wirklichkeit hat kein einziges europäisches Land, das sich eine Demokratie nennt,

keine einzige bürgerliche Partei Europas, die sich als demokratisch, progressiv, liberal, radikal u. dgl. m. bezeichnet, durch irgend etwas den ernstlichen Willen gezeigt, der türkischen Revolution zu helfen, zu ihrem Sieg, zu ihrer Sicherung beizutragen. Im Gegenteil, alle *fürchten* einen Erfolg der türkischen Revolution, da er unweigerlich dazu führen würde, daß sich einerseits das Streben aller Balkanvölker nach Autonomie und wirklicher Demokratie entwickelte und daß anderseits die persische Revolution den Sieg davontrüge, daß die demokratische Bewegung in Asien neue Impulse empfinge, der Kampf für die Souveränität in Indien sich intensivierte, daß freiheitliche Zustände längs eines riesigen Abschnitts der russischen Grenze entstünden und folglich neue Bedingungen sich bildeten, die die Politik des reaktionären Zarismus erschwerten und den Aufschwung der Revolution in Rußland erleichterten, und so weiter.

Das, was heute auf dem Balkan, in der Türkei und in Persien geschieht, läuft im Wesen auf eine konterrevolutionäre Koalition der europäischen Mächte *gegen* die zunehmenden demokratischen Bestrebungen in Asien hinaus. Alle Bemühungen unserer Regierungen, alle Predigten der „großen" europäischen Blätter sollen nur diese Tatsache bemänteln, die öffentliche Meinung verwirren und die *konterrevolutionäre Koalition* der sogenannten zivilisierten Nationen Europas gegen die am wenigsten zivilisierten und am energischsten nach Demokratie strebenden Nationen Asiens durch heuchlerische Reden und diplomatischen Hokuspokus verschleiern. Und der ganze Sinn der Politik des Proletariats im gegenwärtigen Augenblick besteht darin, den bürgerlichen Heuchlern die Maske herunterzureißen, um den breitesten Massen das reaktionäre Wesen der europäischen Regierungen vor Augen zu führen, die aus Furcht vor dem proletarischen Klassenkampf in ihren eigenen Ländern die Rolle von Gendarmen gegenüber der Revolution in Asien spielen und spielen helfen.

Das Netz der Intrigen, mit denen Europa alle Vorgänge in der Türkei und den Balkanländern umsponnen hat, ist überaus feinmaschig, und der Philister geht den Diplomaten bei deren Bemühen, die Aufmerksamkeit auf Kleinigkeiten, Nebensächlichkeiten und Einzelheiten der Geschehnisse abzulenken und dadurch den Sinn des Prozesses selbst zu verdunkeln, natürlich auf den Leim. Demgegenüber besteht unsere Aufgabe, die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie, darin, dem Volk gerade den allge-

meinen Zusammenhang der Ereignisse, die Grundrichtung und die wirklichen Hintergründe des ganzen Geschehens klarzumachen.

Die Konkurrenz der kapitalistischen Mächte, die „einen Bissen zu erschnappen" und ihre Besitzungen und Kolonien zu erweitern suchen, ferner die Furcht vor einer selbständigen demokratischen Bewegung der abhängigen oder von Europa „bevormundeten" Völker – das sind die zwei Triebkräfte der ganzen europäischen Politik. Man lobt die Jungtürken für ihre Mäßigung und Zurückhaltung, d. h., man lobt die türkische Revolution dafür, daß sie schwach ist, daß sie die untersten Volksschichten nicht in Bewegung bringt, daß sie kein wirklich selbständiges Handeln der Massen bewirkt, daß sie dem beginnenden proletarischen Kampf im Ottomanischen Reich feindlich gegenübersteht – und zugleich plündert man die Türkei wie ehedem weiter aus. Man spendet Lob dafür, daß man die türkischen Besitzungen in alter Weise weiter ausplündern kann. Man lobt die Jungtürken und setzt dabei eine Politik fort, die offensichtlich auf die *Aufteilung der Türkei* abzielt. Sehr richtig und treffend schrieb darüber die „Leipziger Volkszeitung", das Organ der dortigen Sozialdemokraten:

„Im Mai 1791 setzten einsichtige Männer, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen lag, eine politische Reform in Polen durch. Der König von Preußen und der Kaiser von Österreich lobten die Verfassung vom 3. Mai und begrüßten sie als ein Werk, das ‚dem Nachbarstaate zum Segen gereichen werde', alle Welt sagte den polnischen Reformatoren Schmeicheleien ob der ‚Mäßigung', mit der sie zu Werke gingen, ganz anders als die fürchterlichen Jakobiner in Paris ... Am 23. Januar 1793 unterschrieben Preußen, Österreich und Rußland den Vertrag, kraft dessen sie Polen unter sich teilten!

Im August 1908 setzten die Jungtürken eine politische Reform durch, die erstaunlich glatt verlief, und alle Welt lobte sie ob der honetten ‚Mäßigung', mit der sie zu Werke gingen, ganz anders als die fürchterlichen Sozialisten in Rußland ... Im Oktober 1908 schwirrt es von Ereignissen, die auf eine Teilung der Türkei hinauslaufen."

In der Tat, es wäre geradezu kindisch, wollte jemand den *Worten* der Diplomaten glauben, ohne ihre *Taten* zu berücksichtigen, ohne dem kollektiven Auftreten der Mächte gegen die revolutionäre Türkei Rechnung zu tragen. Man braucht nur die *Tatsache* der Zusammenkunft und der Besprechungen der Außenminister und der Staatsoberhäupter einiger Länder den Ereignissen, die ihnen folgten, gegenüberzustellen, und der naive

Glaube an die Erklärungen der Diplomaten wird wie Rauch verfliegen. Im August und September, unmittelbar nach der jungtürkischen Revolution und kurz vor den Deklarationen Österreichs und Bulgariens, traf in Karlsbad und Marienbad Herr Iswolski mit König Eduard und dem Ministerpräsidenten der französischen Republik, Clemenceau, zusammen, der österreichische Außenminister Graf Aehrenthal traf sich mit dem italienischen Außenminister Tittoni in Salzburg, ferner fanden Begegnungen statt zwischen Iswolski und Aehrenthal am 15. September in Buchloe, zwischen Ferdinand, Fürst von Bulgarien, und Franz Joseph in Budapest, zwischen Iswolski und von Schoen, dem deutschen Außenminister, und schließlich zwischen Iswolski, Tittoni und dem italienischen König.

Diese Tatsachen sprechen für sich. Bereits *vor* dem Auftreten Österreichs und Bulgariens war *alles Wesentliche* bei den persönlichen Zusammenkünften der Könige und Minister, *unter den sechs* Mächten Rußland, Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich und England ganz vertraulich und unmittelbar besprochen worden. Das *nachher* in den Zeitungen einsetzende gegenseitige Gezänk, ob Aehrenthal die Wahrheit gesagt habe, als er behauptete, Italien, Deutschland und Rußland hätten ihre Einwilligung zur Annexion (zum Anschluß) Bosniens und der Herzegowina durch Österreich gegeben, ist nichts als *bloße Komödie, bloße Irreführung*, auf die nur liberale Spießbürger hereinfallen. Die Drahtzieher der Außenpolitik der europäischen Staaten, die Iswolski, Aehrenthal und die ganze Bande der gekrönten Räuber mit ihren Ministern, warfen der Presse diesen Knochen mit Absicht zu: da, beißt und rauft euch, ihr Herrschaften, über die Frage, wer wen betrogen und wer wen übervorteilt hat, ob Österreich Rußland oder Bulgarien Österreich usw., wer als „erster" begonnen hat, den Berliner Vertrag[79] zu zerreißen, wie sich jeder zu dem Plan einer Konferenz der Mächte stellt und so weiter und so fort. Bitte sehr, beschäftigt die öffentliche Meinung mit diesen interessanten und wichtigen – oh! überaus wichtigen! – Fragen. Gerade das brauchen wir, um das *Wichtige und Wesentliche* zu verdecken: die schon im voraus getroffenen Abmachungen über die Kernfrage, d. h. über das Auftreten gegen die jungtürkische Revolution, über die weiteren Schritte zur Aufteilung der Türkei, über eine so oder anders garnierte Revision der Dardanellenfrage und die Erlaubnis für den russischen

Schwarzhunderterzaren, die persische Revolution zu erdrosseln. Das ist der ganze Sinn, das ist es, was wir, die Führer der reaktionären Bourgeoisie ganz Europas, wirklich brauchen und was wir auch tun. Mögen sich die liberalen Dummköpfe in der Presse und in den Parlamenten mit Geschwätz darüber beschäftigen, womit es begonnen und in welcher Form der oder jener dies oder jenes gesagt habe und wie man die Politik des kolonialen Raubes und der Unterdrückung der demokratischen Bewegungen endgültig formulieren, unterzeichnen und der ganzen Welt servieren könne.

Die liberale Presse aller großen europäischen Mächte – mit Ausnahme des gegenwärtig am meisten „saturierten" Österreichs – beschäftigt sich jetzt damit, die *eigene* Regierung der ungenügenden Wahrnehmung der *eigenen* nationalen Interessen zu beschuldigen. Die Liberalen eines jeden Landes stellen ihr Land und ihre Regierung so dar, als hätte diese die größte Unfähigkeit an den Tag gelegt, die Lage am wenigsten „ausgenutzt", als sei gerade sie betrogen worden usw. Gerade diese Politik betreiben auch unsere Kadetten, die sich schon vor geraumer Zeit zu der Erklärung verstiegen haben, die Erfolge Österreichs flößten ihnen „Neid" ein (wörtlich ein Ausdruck von Herrn Miljukow). Diese ganze Politik der liberalen Bourgeois im allgemeinen und unserer Kadetten im besonderen ist widerwärtigste Heuchelei, abscheulichster Verrat an den wahren Interessen des Fortschritts und der Freiheit. Denn erstens trübt diese Politik das demokratische Bewußtsein der Volksmassen, indem sie die Verschwörung der reaktionären Regierungen verschweigt; zweitens drängt sie jedes Land auf die Bahn der sogenannten aktiven Außenpolitik, d. h., sie billigt das System des kolonialen Raubes und der Einmischung der Mächte in die Angelegenheiten der Balkanhalbinsel, einer Einmischung, die immer reaktionär ist; drittens leistet diese Politik der Reaktion geradezu Vorschub, indem sie die Völker sich dafür interessieren läßt, wieviel „wir" bekommen werden, wieviel „uns" bei der Teilung zufällt, wieviel „wir" dabei aushandeln. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die reaktionären Regierungen am dringendsten darauf angewiesen, bei der Befestigung ihrer Annexionen, bei der Erhärtung ihrer „Kompensations"forderungen usw. sich auf die „öffentliche Meinung" berufen zu können. Seht, sagen sie, die Presse meines eigenen Landes wirft mir zu große Uneigennützigkeit, ungenügende Wahrnehmung der nationalen Interessen vor, beschul-

digt mich der Nachgiebigkeit, droht mit dem Krieg, folglich sind meine Forderungen als die „bescheidensten und gerechtesten" restlos zu erfüllen!

Die Politik der russischen Kadetten bedeutet, gleich der der europäischen liberalen Bourgeois, lakaienhafte Kriecherei vor den reaktionären Regierungen, bedeutet Verteidigung der kolonialen Eroberungen, des Raubes und der Einmischung in fremde Angelegenheiten. Die Politik der Kadetten ist deshalb besonders schädlich, weil sie unter der Flagge der „Opposition" betrieben wird und darum sehr, sehr viele irreführt, vielen, die der russischen Regierung sonst keinen Glauben schenken, Vertrauen einflößt, das Bewußtsein der Massen demoralisiert. Deshalb müssen unsere Abgeordneten in der Duma wie alle unsere Parteiorganisationen stets berücksichtigen, daß man keinen ernstlichen Schritt in der sozialdemokratischen Propaganda und Agitation hinsichtlich der Balkanereignisse tun kann, ohne *von der Dumatribüne herab*, in Flugblättern und Versammlungen den *Zusammenhang* zwischen der reaktionären Politik der Selbstherrschaft und der heuchlerischen Opposition der Kadetten zu entschleiern. Man kann dem Volk die ganze Schädlichkeit, den ganzen reaktionären Charakter der zaristischen Politik nicht vor Augen führen, wenn man ihm nicht zugleich erklärt, daß die Außenpolitik der Kadetten *ihrem inneren Wesen nach dasselbe ist*. Man kann den Chauvinismus und den Schwarzhundertergeist in der Außenpolitik nicht bekämpfen, wenn man nicht zugleich die Phrasen, das ganze Gebaren, die Verschweigetaktik und die Winkelzüge der Kadetten bekämpft.

Im folgenden ein Beispiel dafür, wohin die Sozialisten durch Nachgiebigkeit gegenüber dem Standpunkt der liberalen Bourgeoisie gebracht werden. In dem bekannten Opportunistenorgan „Sozialistische (???) Monatshefte" schreibt Max Schippel anläßlich der Balkankrise: „Als einen Fehler würden es wohl fast alle denkenden Parteigenossen ansehen, wenn die neuerdings in unserem Berliner Zentralorgan" (d. h. im „Vorwärts") „abermals geäußerte Auffassung die Oberhand gewänne: Deutschland habe bei den bereits eingetretenen wie bei den noch möglichen Umwälzungen auf dem Balkan überhaupt gar nichts zu suchen. Wir haben selbstverständlich keine territorialen Erwerbungen dort zu erstreben ... Aber größere Machtverschiebungen in diesem wichtigen Bindeglied zwischen Europa einerseits und Gesamtasien und großen Teilen Afrikas andrer-

seits berühren selbstverständlich auch unsere internationale Stellung ganz unmittelbar ... Erleichtert wird uns unsere Stellungnahme weiter dadurch, daß jede irgendwie entscheidende Bedeutung des russischen Reaktionsalps vorläufig glattweg ausscheidet ... Wir haben Rußland ... gegenüber keine Ursache, den Feind um jeden Preis, wie die Demokratie der fünfziger Jahre, hervorzukehren." (S. 1318/1319.)

Dieser einfältige Liberale, der sich als Sozialist maskiert, hat vor lauter „Fürsorge" Rußlands für die „slawischen Brüder" dessen reaktionäre Intrigen gar nicht bemerkt! Indem er (namens der deutschen Bourgeoisie) „wir", „unsere" Stellung usw. sagt, bemerkt er weder den gegen die jungtürkische Revolution geführten Schlag noch die Schritte Rußlands gegen die persische Revolution!

Die zitierten Sätze stehen im Heft vom 22. Oktober. Am 18. (5.) Oktober hatte das „Nowoje Wremja"[80] einen alarmierenden Artikel gebracht darüber, daß „die Anarchie in Täbris unglaubliche Dimensionen erreicht" habe, daß diese Stadt angeblich „von halbwilden Revolutionären zur Hälfte zerstört und ausgeplündert worden" sei. Wie man sieht, hat der Sieg der Revolution über die Truppen des Schahs in Täbris sofort die Wut des russischen offiziösen Organs entfesselt. Der Führer des persischen Revolutionsheeres Sattar-Chan wurde in diesem Artikel als der „Pugatschow von Aderbaidshan" bezeichnet (Aderbaidshan oder Aserbaidshan ist die nördliche Provinz Persiens, ihre Hauptstadt ist Täbris, ihre Bevölkerung macht, laut Reclus, fast ein Fünftel der gesamten persischen Bevölkerung aus). „Es fragt sich", schrieb das „Nowoje Wremja", „ob Rußland diese Schandtaten ohne Ende dulden kann, die unseren Millionenhandel an der persischen Grenze zugrunde richten ... Man darf nicht vergessen, daß das ganze östliche Transkaukasien und Aderbaidshan in ethnographischer Beziehung ein Ganzes darstellen ... Die tatarischen Halbintellektuellen Transkaukasiens haben vergessen, daß sie russische Untertanen sind, haben die Wirrnisse in Täbris mit warmer Teilnahme aufgenommen und schicken ihre Freiwilligen dahin ... Für uns ist es viel wichtiger, daß das uns benachbarte Aderbaidshan befriedet wird. So tief bedauerlich es auch ist, so kann Rußland, trotz seiner Abneigung gegen jedwede Einmischung, durch die Umstände gezwungen werden, die Sache in seine Hand zu nehmen."

Am 20. Oktober wurde der deutschen „Frankfurter Zeitung" aus

Petersburg telegrafisch gemeldet, daß als „Kompensation" für Rußland die Okkupation von Aderbaidshan vorgesehen sei. Am 24. (11.) Oktober veröffentlichte dieselbe Zeitung ein Telegramm aus Täbris: *„Sechs russische Bataillone Infanterie mit entsprechender Artillerie und Kavallerie überschritten vorgestern die russische Grenze und werden heute in Täbris erwartet . . ."*

Das russische Heer überschritt die Grenze an demselben Tage, da Max Schippel, die Beteuerungen, das *Geheul* der liberalen und der Polizeipresse sklavisch wiederholend, den deutschen Arbeitern einzureden suchte, die Bedeutung Rußlands als Reaktionsalp gehöre der Vergangenheit an, und es sei falsch, Rußland gegenüber den Feind um jeden Preis hervorzukehren!

Es steht eine neue Niedermetzelung der persischen Revolutionäre durch die Truppen Nikolaus' des Blutigen bevor. Auf den inoffiziellen Ljachow folgt die offizielle Okkupation von Aderbaidshan, und Rußland wiederholt in Asien das, was es 1849 in Europa tat, als Nikolaus I. Truppen gegen die ungarische Revolution schickte. Damals gab es unter den bürgerlichen Parteien in Europa noch eine wirkliche Demokratie, fähig, für die Freiheit zu kämpfen und nicht nur heuchlerisch von ihr zu schwatzen, wie es alle bürgerlichen Demokraten unserer Tage tun. Damals mußte Rußland die Rolle des europäischen Gendarmen gegen den Willen wenigstens einiger europäischer Länder spielen. Jetzt aber *helfen alle* europäischen Großmächte, die „demokratische" Republik des „roten" Clemenceau nicht ausgenommen, Rußland, die Rolle des asiatischen Gendarmen zu spielen, da sie vor jeder Ausbreitung der Demokratie im eigenen Lande, als dem Proletariat zugute kommend, eine Todesangst haben.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß in der *reaktionären Septemberverschwörung* Rußlands, Österreichs, Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Englands die „Handlungsfreiheit" Rußlands gegenüber der persischen Revolution *inbegriffen war*. Dabei ist es ganz unwesentlich, ob das in einem Geheimdokument, das nach vielen Jahren in einer Sammlung historischer Dokumente veröffentlicht werden wird, aufgezeichnet worden ist, oder ob Iswolski das seinen liebenswürdigen Gesprächspartnern nur gesagt hat, oder ob diese selbst nur „Andeutungen" gemacht haben: wir gehen von der „Okkupation" zur „Annexion" über, ihr vielleicht von Ljachow zur „Okkupation" oder irgendwie anders – all dies bedeutet

herzlich wenig. Wesentlich ist vielmehr, daß, so wenig formell auch die konterrevolutionäre Septemberverschwörung der Großmächte abgefaßt sein mag, diese *Verschwörung* doch *eine Tatsache ist* und ihre Bedeutung mit jedem Tag stärker hervortritt. Es ist dies eine Verschwörung gegen das Proletariat und die Demokratie. Es ist eine Verschwörung zur direkten Unterdrückung der Revolution in Asien oder zu ihrer indirekten Schwächung. Es ist eine Verschwörung zur Fortsetzung des kolonialen Raubes und der territorialen Eroberungen heute auf dem Balkan, morgen in Persien, übermorgen vielleicht in Kleinasien, in Ägypten usw. usw.

Diese vereinten Kräfte der gekrönten Räuber und des internationalen Kapitals zu vernichten vermag allein die Weltrevolution des Proletariats. Die vordringliche Aufgabe aller sozialistischen Parteien besteht darin, die Massenagitation zu intensivieren, das Spiel der Diplomaten aller Länder zu entlarven und alle Tatsachen augenfällig zu demonstrieren, die die niederträchtige Rolle *aller verbündeten Mächte* beweisen können, ganz gleich, ob diese die Funktionen des Gendarmen unmittelbar ausüben oder nur Helfershelfer, Freunde und Finanziers dieses Gendarmen sind.

Auf den russischen sozialdemokratischen Abgeordneten in der Duma, wo man die Erklärung Iswolskis und eine Interpellation der Kadetten und Oktobristen erwartet, lastet jetzt eine außerordentlich schwere, aber auch außerordentlich hohe, große Pflicht. Sie sind Mitglieder einer Institution, die die Politik des wichtigsten reaktionären Staates, des Hauptverschwörers der Konterrevolution, deckt, und sie müssen es verstehen und den Mut finden, *die ganze Wahrheit zu sagen.* In einem solchen Augenblick wie diesem ist den sozialdemokratischen Abgeordneten der Schwarzhunderterduma viel gegeben, aber es wird auch viel von ihnen gefordert. Denn außer ihnen gibt es in der Duma *niemand*, der seine Stimme gegen den Zarismus vom *nicht*oktobristisch-*kadettischen* Standpunkt aus erheben könnte. Ein kadettischer „Protest" aber ist in solchen Zeiten und unter solchen Verhältnissen schlimmer als gar keiner, da er nur ein Protest *aus der Mitte desselben* kapitalistischen Wolfsrudels im Namen derselben Wolfspolitik sein kann.

Es gilt also für unsere Dumafraktion wie für alle übrigen Parteiorganisationen, an die Arbeit zu gehen. Der Agitation in den Massen kommt jetzt eine hundertmal größere Bedeutung zu als in gewöhnlichen Zeiten. Drei Umstände müssen dabei in unserer gesamten Parteiagitation in den

Vordergrund gerückt werden. Erstens muß die Sozialdemokratie, im Gegensatz zu der gesamten reaktionären und liberalen Presse von den Schwarzhundertern bis zu den Kadetten, dem diplomatischen Spiel mit Konferenzen und Abmachungen der Mächte, mit Bündnissen mit England gegen Österreich oder mit Österreich gegen Deutschland oder welchen Bündnissen immer die Maske herunterreißen. Unsere Aufgabe besteht darin, die konterrevolutionäre Verschwörung der Mächte, die bereits vollendete *Tatsache* ist und die die Regierungen mit allen Kräften durch die Komödie offenerer Verhandlungen zu bemänteln suchen, aufzudecken. Gegen die diplomatischen Komödien, für die Enthüllung der Wahrheit vor dem Volk, für die Entlarvung der internationalen antiproletarischen Reaktion! Zweitens müssen wir die realen und nicht bloß in Worten proklamierten Früchte und Ergebnisse dieser Verschwörung ans Licht ziehen: den Schlag gegen die türkische Revolution, die Unterstützung Rußlands bei der Unterdrückung der persischen Revolution, die Einmischung in fremde Angelegenheiten und die Verletzung des Grundprinzips der Demokratie, nämlich des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Unser Programm, wie überhaupt das Programm der Sozialdemokraten der ganzen Welt, tritt für dieses Recht ein. Und es gibt nichts Reaktionäreres als die Sorge der Österreicher einerseits und der russischen Schwarzhunderter anderseits um die „slawischen Brüder". Diese „Sorge" bildet den Deckmantel für die niederträchtigsten Intrigen, durch die Rußland auf dem Balkan schon längst berüchtigt geworden ist. Diese „Sorge" läuft immer auf einen Anschlag gegen den *wirklichen* Demokratismus in diesen oder jenen Balkanländern hinaus. Die einzige aufrichtige „Sorge" der Mächte um die Balkanländer könnte darin und nur darin bestehen, sie sich selbst zu überlassen, ihnen das Leben nicht durch fremde Einmischung schwer zu machen, der türkischen Revolution keine Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Doch kann die Arbeiterklasse eine solche Politik von der Bourgeoisie freilich nicht erwarten!

Alle bürgerlichen Parteien – auch die dem Namen nach liberalsten und „demokratischsten", unsere Kadetten inbegriffen – stehen auf dem Standpunkt der kapitalistischen Außenpolitik. Dies ist der dritte Umstand, auf den die Sozialdemokratie besonders energisch hinweisen muß. Die Liberalen und die Partei der Kadetten sind im Grunde genommen für denselben Wettbewerb der kapitalistischen Nationen, nur heben sie andere Formen

dieses Wettbewerbs hervor als die Schwarzhunderter, streben sie andere internationale Abmachungen an als jene, auf die sich jetzt die Regierung stützt. Und dieser liberale Kampf gegen die eine Form der bürgerlichen Außenpolitik, für eine andere Form derselben Politik, diese liberalen Vorwürfe gegen die Regierung, sie bleibe (was Raub und Einmischung betrifft!) hinter den anderen zurück, übt auf die Massen die verderblichste Wirkung aus. Nieder mit jeder Kolonialpolitik, nieder mit der ganzen Politik der Einmischung und des kapitalistischen Kampfes um fremdes Land, fremde Bevölkerung, neue Privilegien, neue Absatzgebiete, Meerengen usw.! Die Sozialdemokratie teilt nicht die unsinnige kleinbürgerliche Utopie eines „friedlichen und gerechten" kapitalistischen Fortschritts. Die Sozialdemokratie bekämpft die kapitalistische Gesellschaft im ganzen, da sie weiß, daß es auf der Welt keinen anderen Verteidiger von Frieden und Freiheit gibt als das internationale revolutionäre Proletariat.

PS. Als dieser Artikel schon in Satz gegeben war, erschien in den Zeitungen ein Telegramm der *Petersburger Telegrafenagentur*, das die Nachricht, die russischen Truppen hätten die persische Grenze überschritten, dementiert. Dieses Telegramm steht in der „Frankfurter Zeitung" vom 24. 10., zweite Morgenausgabe. Die *dritte* Ausgabe bringt ein Telegramm aus Konstantinopel vom 24. 10., 10 Uhr 50 Minuten *abends*, das besagt, daß am Abend des 24. 10. in Konstantinopel die Überschreitung der persischen Grenze durch die russischen Truppen bekannt wurde. *Außer der sozialistischen* schweigt die Auslandspresse vorläufig über die Invasion der russischen Truppen in Persien.

Fazit: Wir können vorläufig nicht die volle Wahrheit erfahren. Jedenfalls verdienen „Dementis", die von der Zarenregierung und der *St.-Petersburger Telegrafenagentur* ausgehen, natürlich nicht das geringste Vertrauen. Daß Rußland mit Wissen der Großmächte die persische Revolution mit allen Mitteln bekämpft, von Intrigen bis zur Entsendung von Truppen, ist Tatsache. Daß es eine Politik betreibt, die auf die Okkupation Aserbaidshans abzielt, steht ebenfalls außerhalb allen Zweifels. Haben die Truppen die Grenze noch nicht überschritten, so sind sicherlich alle Maßnahmen dazu getroffen: Ohne Feuer kein Rauch!

„Proletari" Nr. 37,
16. (29.) Oktober 1908.

Nach dem Text des „Proletari", verglichen mit dem Manuskript.

DIE TAGUNG DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BÜROS[81]

Am Sonntag, dem 11. Oktober, fand in Brüssel die erste Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros nach dem Stuttgarter Kongreß statt. Die Tagung der Vertreter verschiedener sozialistischer Parteien wurde zugleich als geeigneter Zeitpunkt für die Konferenzen sozialistischer Journalisten und Parlamentarier gewählt. Die erste Konferenz fand am Tage vor der Bürositzung statt, die zweite am Tage danach, wobei zu bemerken ist, daß die beiden Konferenzen sich in ihrer Zusammensetzung von der des Büros fast gar nicht unterschieden: Die Mitglieder des Büros waren zumeist gleichzeitig Journalisten und Parlamentarier. Nur einige belgische sozialistische Abgeordnete kamen am Montag, dem 12. Oktober, zur Konferenz hinzu.

Die Konferenz der Journalisten trat am Sonnabend um 3 Uhr nachmittags zusammen. Es wurde die Regelung und der Ausbau der Beziehungen zwischen den periodisch erscheinenden Organen der verschiedenen sozialistischen Parteien erörtert. Die Belgier hatten eine Liste von Korrespondenten aus den Reihen ihrer Parteimitglieder zusammengestellt, die bereit sind, an Organe anderer Parteien Informationen zu liefern, jeder (vornehmlich) zu bestimmten Fragen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch andere Parteien solche Listen aufstellen möchten, wobei man darauf hinwies, daß es notwendig sei anzugeben, welche Sprache der Korrespondent beherrscht. Die Auslandsbulletins der Partei der Sozialrevolutionäre („Russische Tribüne" in französischer Sprache) und der Sozialdemokratie (in deutscher Sprache[82]) wurden als besonders nützlich für unsere ausländischen Genossen bezeichnet. Es wurde auch darauf verwiesen, daß für diejenigen Länder, in denen es verschiedene sozialistische Parteien oder innerhalb einer Partei verschiedene Richtungen gibt, in den Korrespondentenlisten die Zugehörigkeit der Korresponden-

ten zu der einen oder anderen Partei usw. vermerkt werden soll. Die im Ausland lebenden russischen Sozialdemokraten sollten diese internationale Konferenz zum Anlaß nehmen, um das Korrespondenzwesen für die ausländischen sozialistischen Organe besser zu organisieren.

Die Konferenz beschloß, daß sich das Internationale Sozialistische Büro mit denjenigen Nationen, die keine sozialistische Tagespresse besitzen, über die Frage der Herausgabe regelmäßig erscheinender Bulletins (in einer der drei offiziellen Sprachen der Internationale oder in allen drei Sprachen – französisch, deutsch, englisch) verständigen solle. Sodann soll das Büro bei den Redaktionen der sozialistischen Tageszeitungen der verschiedenen Länder anfragen, welche Summe sie für die regelmäßige Zusendung dieser Bulletins zu entrichten bereit wären.

Dieser Beschluß verdient die besondere Beachtung seitens des Auslandsbüros des Zentralkomitees[83] unserer Partei. Die Information unserer ausländischen Genossen über die russische Sozialdemokratie ist bei weitem noch nicht zufriedenstellend, und die Regelung dieser Angelegenheit, die Herausgabe eines *Parteibulletins* in drei Sprachen im Ausland, müßte unverzüglich ernstlich erwogen und alles, was möglich ist, für die praktische Verwirklichung dieses Plans getan werden.

Ferner wurde der Vorschlag des Bürosekretärs C. Huysmans erörtert, die deutsche Sozialdemokratie, die über 70 täglich erscheinende Parteiorgane verfügt, sollte die Initiative ergreifen zur Einrichtung eines internationalen Büros für telegrafische und telefonische Nachrichtenübermittlung zwischen den Redaktionen der sozialistischen Zeitungen in Berlin, Wien, Paris, Brüssel usw. Die deutschen Vertreter erklärten die unverzügliche Verwirklichung dieses Plans für unmöglich, wiesen aber darauf hin, daß in Deutschland vor kurzem ein zentrales Informationsbüro der deutschen Sozialdemokratie geschaffen worden sei und daß man mit der Zeit, wenn dieses Unternehmen stabil aufgebaut sei, daran denken könne, es in ein internationales umzuwandeln. Die Konferenz begnügte sich mit diesem Versprechen, und die Sitzung wurde geschlossen, nachdem der Beschluß gefaßt worden war, die Tagungen des Internationalen Sozialistischen Büros auch künftighin mit Konferenzen der sozialistischen Journalisten aus verschiedenen Ländern zu verbinden.

Am Abend fand im „Maison du Peuple"* eine internationale Kund-

* Volkshaus. *Die Red.*

gebung statt, auf der österreichische, deutsche, englische Delegierte sowie ein türkischer und ein bulgarischer Delegierter sprachen – hauptsächlich über die internationalen Konflikte und den Kampf des sozialistischen Proletariats aller Länder für die Erhaltung des Friedens. Die Kundgebung schloß mit der einmütigen Annahme folgender Resolution: „Die am 10. Oktober im ‚Maison du Peuple' vereinigte Versammlung bestätigt aufs neue den energischen Willen des Weltproletariats, den Frieden unter den Nationen zu erhalten und den die Völker bedrückenden kapitalistischen Militarismus aufs äußerste zu bekämpfen, und vertraut den verschiedenen Sektionen der Arbeiter-Internationale, daß sie die Stuttgarter Beschlüsse ausführen werden." Die Versammlung schloß mit dem Gesang der „Internationale".

Der ganze darauffolgende Tag war mit der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros ausgefüllt. Der erste Punkt der Tagesordnung, die Aufnahme der englischen „Arbeiterpartei" (Labour Party), nahm die ganze Vormittagssitzung in Anspruch. Nach den Statuten der Internationale können ihr als Mitglieder angehören: erstens, sozialistische Parteien, die den Klassenkampf anerkennen; zweitens, Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen (d. h. Gewerkschaften). Die im englischen Unterhaus vor kurzem gebildete „Labour Party" nennt sich nicht offen sozialistisch und erkennt nicht klar und bestimmt das Prinzip des Klassenkampfes an (was, nebenbei bemerkt, die englischen Sozialdemokraten von ihr fordern). Trotzdem wurde aber diese „Arbeiterpartei" selbstverständlich zur Internationale überhaupt und zum Stuttgarter Kongreß im besonderen zugelassen, da sie im Grunde eine Organisation von gemischtem Typus darstellt und eine Zwischenstellung einnimmt zwischen den im ersten und zweiten Paragraphen des Statuts der Internationale genannten Organisationstypen – sie ist die politische Vertretung der englischen Trade-Unions. Nichtsdestoweniger wurde die Frage ihrer Aufnahme aufgeworfen, und zwar von ihr selbst in Gestalt der sogenannten „Unabhängigen Arbeiterpartei" (Independent Labour Party, ILP, wie die Engländer sagen), einer von den zwei Untersektionen der britischen Sektion der Internationale. Die andere Untersektion bildet die „Sozialdemokratische Föderation".

Die „Unabhängige Arbeiterpartei" forderte die *ausdrückliche* Anerkennung der Zugehörigkeit der „Labour Party" zur Internationale. Ihr Dele-

gierter, Bruce Glasier, unterstrich die enorme Bedeutung dieser parlamentarischen Vertretung vieler Hunderttausender organisierter Arbeiter, die immer bestimmter den Weg zum Sozialismus beschreiten. Über Prinzipien, Formeln, Glaubensbekenntnisse äußerte er sich sehr geringschätzig. In seiner Erwiderung wandte sich Kautsky gegen diese Geringschätzung der Prinzipien und des Endziels des Sozialismus, trat aber voll und ganz für die Aufnahme der „Labour Party" ein als einer Partei, die tatsächlich den Klassenkampf führt. Er legte folgende Resolution vor:

„Im Hinblick auf die bisherigen Beschlüsse der internationalen Kongresse, die alle Organisationen zulassen, welche auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen und den politischen Kampf anerkennen, erklärt das Internationale Büro: Die englische Labour Party ist zu den internationalen sozialistischen Kongressen zuzulassen, weil sie, ohne ausdrücklich den proletarischen Klassenkampf anzuerkennen, ihn doch tatsächlich führt und sich durch ihre Organisation selbst, die unabhängig von den bürgerlichen Parteien ist, auf seinen Boden stellt." Auf seiten Kautskys standen die Österreicher, von den Franzosen Vaillant und, wie die Abstimmung zeigte, die Mehrzahl der kleinen Nationen. Einwände erhoben vor allem Hyndman, der Vertreter der englischen „Sozialdemokratischen Föderation", der forderte, den früheren Zustand aufrechtzuerhalten, solange die „Labour Party" das Prinzip des Klassenkampfes und des Sozialismus nicht ausdrücklich anerkennt, ferner Roussel (eine Guesdistin, die ehemals zweite französische Delegierte), Rubanowitsch von der Partei der Sozialrevolutionäre und Awramoff, der Delegierte der revolutionären Fraktion der bulgarischen Sozialisten.

Ich ergriff das Wort, um mich dem ersten Teil der Resolution Kautskys anzuschließen. Man kann unmöglich die Aufnahme der „Labour Party" – d. h. der parlamentarischen Vertretung der Trade-Unions – ablehnen, da ja die Kongresse schon früher alle Trade-Unions, auch solche, die bürgerliche Parlamentarier mit ihrer Vertretung betrauten, zugelassen haben. Aber – sagte ich – der zweite Teil der Kautskyschen Resolution ist falsch, weil *in der Praxis* die „Labour Party" nicht wirklich unabhängig von den Liberalen ist und keine völlig selbständige Klassenpolitik betreibt. Ich stellte deshalb den Antrag, den Schluß der Resolution nach den Worten „weil sie . . ." folgendermaßen abzuändern:

„weil sie" (die „Labour Party") „den ersten Schritt der wirklich prole-

tarischen Organisationen Englands zur bewußten Klassenpolitik und *sozialistischen* Arbeiterpartei bildet". Diesen Abänderungsantrag legte ich dem Büro vor. Kautsky lehnte ihn ab mit der in seiner folgenden Rede vorgetragenen Begründung, daß das Internationale Büro auf Grund von „Erwartungen" keine Beschlüsse fassen könne. Der Hauptkampf spielte sich indes zwischen den Anhängern und Gegnern der ganzen Resolution Kautskys ab. Bei der Abstimmung machte Adler den Vorschlag, sie in zwei Teile zu zerlegen; beide Teile wurden vom Internationalen Büro angenommen, der erste gegen drei Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, der zweite gegen vier Stimmen, bei einer Stimmenthaltung. Kautskys Resolution wurde somit zum Beschluß des Büros erhoben. Der Stimme enthielt sich bei beiden Abstimmungen Rubanowitsch. Ich möchte noch erwähnen, daß Victor Adler, der nach mir, aber vor der zweiten Rede Kautskys sprach, mir gegenüber folgendes einwendete (ich zitiere nach dem belgischen sozialistischen Organ „Le Peuple"*, das die ausführlichsten und genauesten Berichte über die Sitzungen brachte): „Der Vorschlag Lenins ist verführerisch (séduisante, Adler sagte: verlockend**); er kann uns aber die Tatsache nicht vergessen lassen, daß die ‚Labour Party' sich außerhalb der bürgerlichen Parteien gestellt hat. Das Urteil darüber, wie sie es getan hat, steht uns nicht zu. Anerkennen wir die Tatsache des Fortschritts."

Das war der Verlauf der Diskussion über die erwähnte Frage im Internationalen Büro. Ich erlaube mir jetzt, auf diese Diskussion ausführlicher einzugehen, um den Lesern des „Proletari" meine Stellungnahme zu erklären. Kautskys und Adlers Argumente haben mich nicht überzeugt, und ich halte sie nach wie vor für falsch. Indem Kautsky in seiner Resolution erklärt, daß die „Labour Party" den proletarischen Klassenkampf nicht „ausdrücklich" anerkennt, hat auch er zweifellos eine gewisse „Erwartung" ausgesprochen, ein gewisses „Urteil" darüber abgegeben, welcher Art die Politik der „Labour Party" heute ist und wie sie sein sollte. Kautsky sagte das aber *indirekt*, zudem so, daß dabei eine Behauptung herauskam, die erstens an und für sich unrichtig ist und zweitens Anlaß zu falscher Auslegung des *Gedankens* Kautskys bietet. Daß die englische „Labour Party", indem sie *im Parlament* (nicht bei den Wahlen! nicht in

* „Das Volk". *Die Red.*

** „verlockend" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

ihrer ganzen Politik! nicht in ihrer Propaganda und Agitation!) sich von den bürgerlichen Parteien absondert, den ersten Schritt zum Sozialismus und zur Klassenpolitik proletarischer Massenorganisationen hin tut – das ist unbestreitbar. Dies ist keine „Erwartung", sondern eine Tatsache. Das ist gerade die Tatsache, die uns veranlaßt, die „Labour Party" in die Internationale aufzunehmen, da wir schon die Trade-Unions aufgenommen haben. Schließlich würde gerade eine solche Formulierung Hunderttausende englische Arbeiter, die die Beschlüsse der Internationale unbedingt achten, aber noch nicht ganz zu Sozialisten geworden sind, nochmals zum Nachdenken darüber bewegen, warum man nur anerkennt, daß sie den *ersten* Schritt getan haben und welcher Art die *weiteren* Schritte auf diesem Wege sein müßten. Meine Formulierung enthält nicht im geringsten den Gedanken an eine Anmaßung der Internationale, konkrete Einzelfragen einer nationalen Arbeiterbewegung zu entscheiden und zu bestimmen, wann und welche weiteren Schritte getan werden müssen. Daß aber weitere Schritte überhaupt notwendig sind, muß bezüglich einer Partei, die das Prinzip des Klassenkampfes nicht ausdrücklich und klar anerkennt, unbedingt gesagt werden. Statt dies direkt zu sagen, sagte es Kautsky in seiner Resolution indirekt. So bekam seine Resolution den Anschein einer Bürgschaft der Internationale dafür, daß die „Labour Party" *tatsächlich* einen konsequenten Klassenkampf führt, als ob es für eine Arbeiterorganisation schon genügte, sich im Parlament als eine besondere Arbeiterfraktion abzuteilen, um *in ihrer ganzen Haltung* von der Bourgeoisie unabhängig zu werden!

Zweifellos haben Hyndman, Roussel, Rubanowitsch und Awramoff in dieser Frage eine noch unrichtigere Ansicht vertreten (die Rubanowitsch durch seine Stimmenthaltung bei beiden Abstimmungen, statt zu korrigieren, nur verwirrte). Als Awramoff erklärte, die Aufnahme der „Labour Party" bedeute eine Ermutigung des Opportunismus, äußerte er eine ganz und gar falsche Meinung. Es sei nur an die Briefe Engels' an Sorge erinnert. Viele Jahre lang vertrat Engels konsequent die Auffassung, daß die englischen Sozialdemokraten mit Hyndman an der Spitze falsch handeln, weil sie sektiererisch vorgehen und es nicht verstehen, einen Kontakt zu finden zu dem zwar unbewußten, aber trotzdem mächtigen Klasseninstinkt der Trade-Union-Bewegung, und damit den Marxismus zu einem „Dogma" machen, während er doch in Wirklichkeit eine „Anleitung zum

Handeln" darstellt.[84] Existieren objektive, das Wachstum des Klassenbewußtseins und der politischen Selbständigkeit der proletarischen Massen hemmende Bedingungen, so muß man es verstehen, geduldig, beharrlich, Hand in Hand mit diesen Massen zusammenzuarbeiten, ohne in prinzipiellen Fragen nachzugeben, aber auch ohne auf die Arbeit *direkt unter* den proletarischen Massen zu verzichten. Diese Feststellungen Engels' sind durch die spätere Entwicklung der Ereignisse bestätigt worden, als die in sich abgekapselten, aristokratischen, spießbürgerlich-egoistischen, sozialistenfeindlichen englischen Trade-Unions – die eine ganze Reihe von der Bourgeoisie durch warme Ministerpöstchen gekaufter offener Verräter an der Arbeiterklasse hervorgebracht haben (vom Schlage des Lumpen John Burns) – dem Sozialismus zwar auf ungelenke Weise, inkonsequent, auf Umwegen *näherkamen*, aber ihm doch immerhin näherkamen. Nur Blinde können die Tatsache nicht sehen, daß in England zur Zeit der Sozialismus in der Arbeiterklasse in raschem Fortschritt begriffen ist, daß er in diesem Lande *wieder* zu einer Massenbewegung wird, daß die soziale Revolution in Großbritannien herannaht.

Die Internationale würde unbedingt falsch handeln, wenn sie nicht offen und ehrlich ihre vollste Sympathie für diesen gewaltigen Fortschritt in der proletarischen Massenbewegung Englands ausspräche, wenn sie nicht die in der Wiege des Kapitalismus selbst einsetzende große Wende förderte. Daraus folgt aber keineswegs, daß man die „Labour Party" schon jetzt als eine von der Bourgeoisie tatsächlich unabhängige, den Klassenkampf führende, sozialistische usw. Partei bezeichnen kann. Notwendig war es, einen offensichtlichen Fehler der englischen „Sozialdemokratischen Föderation" gutzumachen, nicht nötig aber war es, auch nur die Andeutung einer Förderung *anderer, unzweifelhaft nicht minder wichtiger* Fehler der englischen Opportunisten, die an der Spitze der sogenannten „Unabhängigen Arbeiterpartei" stehen, zuzulassen. Daß diese Führer Opportunisten sind, ist unbestreitbar. R. MacDonald, der Führer der ILP, machte sogar in Stuttgart den Vorschlag, den zweiten Paragraphen des Statuts der Internationale in der Weise abzuändern, daß bei der Aufnahme von Arbeiterverbänden in die Internationale statt der Anerkennung des Klassenkampfes nur ihr guter Glaube (bona fides) erforderlich sei. Kautsky selbst erfaßte in der Rede Bruce Glasiers sofort die opportunistischen Töne und distanzierte sich von ihnen – *in seiner Rede vor dem Büro*, leider aber nicht in

seiner Resolution. Die Rede im Büro wurde vor einem Dutzend Menschen gehalten, die Resolution aber für Millionen geschrieben.

Vor mir liegen die Zeitungen beider Richtungen des englischen Sozialismus, mit Äußerungen über die Tagung des Internationalen Büros. Das Organ der „Unabhängigen (hm! hm!) Arbeiterpartei" „Labour Leader"* jubelt und *behauptet direkt* gegenüber Zehntausenden englischer Arbeiter, daß das Internationale Sozialistische Büro nicht nur die „Labour Party" anerkannt hat (was richtig ist und getan werden mußte), sondern daß es *„auch die Politik* der ILP *anerkannt"* habe („Labour Leader", Oct. 16, 1908, p. 665). Das ist nicht wahr. Das Büro hat diese Politik *nicht* anerkannt. Das ist eine ungerechtfertigte, opportunistische Auslegung einer kleinen Ungeschicklichkeit in Kautskys Resolution. Die kleine Ungeschicklichkeit beginnt recht große Früchte zu tragen. Und schlechte Übersetzungen tragen dazu noch das Ihre bei: nicht umsonst sagen die Italiener, daß Übersetzer Verräter sind (traduttori – tradittori). Die offizielle Übersetzung der Resolutionen des Büros in die drei offiziellen Sprachen ist noch nicht erschienen, und es ist ungewiß, wann sie erscheinen wird. Bei Kautsky heißt es am Schluß der Resolution, daß die „Labour Party" „sich ... auf seinen" (des Klassenkampfs) „Boden stellt". In der Übersetzung der englischen *Sozialdemokraten* kam folgendes heraus: „... sich auf den Boden des internationalen Sozialismus stellt"; in der Übersetzung der englischen *Opportunisten* (ILP): *„... sich die Position des internationalen Sozialismus zu eigen macht"* (ebenda). Man versuche nun, solche „kleinen Fehler" in der Agitation unter den englischen Arbeitern zu berichtigen.

Ich bin weit davon entfernt, Bruce Glasier einer Verfälschung der Resolution zu bezichtigen. Ich bin überzeugt, daß ihm diese Absicht fernlag. Das ist aber auch gar nicht so wichtig. Wichtig ist, wie der *Geist* des *zweiten* Teils der Kautskyschen Resolution in der praktischen Massenarbeit ausgenutzt wird. Auf der gleichen Seite des „Labour Leader" beklagt sich ein anderes Mitglied der „Unabhängigen Arbeiterpartei", seine Eindrücke von der Tagung des Büros und des Meetings in Brüssel schildernd, über die „fast gänzlich fehlende Herausarbeitung der ideellen und ethischen Seite des Sozialismus" – die bei uns, meinte er, auf den Meetings der ILP stets hervorgehoben werde – während *„statt dessen"* (in its stead)

* „Arbeiterführer". *Die Red.*

das *„seelen- und geistlose"* (barren and uninspiring) *„Dogma des Klassenkampfes"* dominiert habe.

Als Kautsky seine Resolution über die Engländer verfaßte, schwebte ihm nicht ein englischer „Unabhängiger", sondern ein deutscher Sozialdemokrat vor . . .

Im Organ der englischen Sozialdemokraten „Justice" führt Hyndman bittere Klage über die Mehrheit des Büros, die „um der Bequemlichkeit politischer Wetterfahnen willen Prinzipien über Bord geworfen" habe. „Ich bezweifle nicht im geringsten", schreibt Hyndman, „daß, wenn das Büro die ‚Labour Party' direkt vor ein Ultimatum gestellt hätte, sie sich unverzüglich unterworfen und beschlossen hätte, sich der Richtung des internationalen Sozialismus anzupassen." Und in einem anderen Artikel derselben Nummer werden *Tatsachen* angeführt, die beweisen, daß die „Unabhängige Arbeiterpartei" *tatsächlich* einen Teil ihrer Mitglieder unter dem Zeichen eines *konfusionistischen* Bündnisses zwischen „Liberalismus und Independent Labour Party" (liberal-labour alliance) durchbrachte und daß einige der „Unabhängigen" *von dem liberalen Minister John Burns unterstützt* wurden. („Justice", 17. Oct. 1908, p. 4 and 7.)*

Nein, sollte Hyndman sein angekündigtes Vorhaben wahrmachen, d. h. die Frage erneut auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen (im Jahre 1910) zur Sprache bringen, so muß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands unbedingt eine Korrektur der Resolution Kautskys anstreben.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der gemeinsamen Aktion des Proletariats und der Sozialisten mehrerer Länder gegen die internationalen und kolonialen Konflikte, die durch die Politik der bürgerlichen Regierungen heraufbeschworen werden. Vaillant legte eine Resolution vor, die mit ganz geringen Abänderungen angenommen wurde. In der Diskussion beriefen sich die österreichischen Delegierten darauf, daß ihre Partei in den Delegationen** offiziell gegen die Politik Franz Josephs auftritt und die Anerkennung des Rechts aller Nationalitäten auf Selbstbestimmung durch die Sozialisten bekräftigt. Aber wenn wir gegen die

* „Die Gerechtigkeit", 17. Oktober 1908, S. 4 und 7. *Die Red.*

** Vertretungen des österreichischen bzw. des ungarischen Parlaments zur Behandlung „gemeinsamer" Angelegenheiten. *Der Übers.*

Politik Franz Josephs auftreten – sagten die Österreicher –, sind wir zugleich gegen die Politik Abdul Hamids oder Eduards VII. Unsere Aufgabe ist es, der Regierung die Verantwortlichkeit für die Folgen ihrer Handlungen aufzuerlegen. Die Engländer wünschten bestimmtere Erklärungen der österreichischen Sozialdemokraten gegen ihre Regierung, aber diese gingen über ihre obenerwähnte Erklärung nicht hinaus. Awramoff, der Vertreter der bulgarischen Sozialisten (der „engherzigen", d. h. der revolutionären Sozialdemokraten – es gibt in Bulgarien auch noch „weitherzige", d. h. opportunistische Sozialdemokraten), bestand auf Erwähnung der imperialistischen Bourgeoisie der Balkanstaaten selbst, doch wurde der diesbezügliche Abänderungsantrag abgelehnt. In der Frage der Proklamierung der bulgarischen Unabhängigkeit, sagte Awramoff, seien die bulgarischen Sozialisten entschieden gegen die bürgerlichen Parteien aufgetreten, da sie diese Proklamierung vom Standpunkt der Arbeiterklasse als schädliches Abenteuer betrachten. Bruce Glasier schlug vor, in die Resolution einen Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisierung internationaler Demonstrationen einzufügen, aber es wurde beschlossen, diesen Wunsch den einzelnen nationalen Parteien durch das Büro mitzuteilen. Van Kol (Delegierter der holländischen Sozialdemokraten) beantragte, in die Resolution einen Protest gegen die Verletzung des Berliner Vertrags durch die Großmächte aufzunehmen, zog aber diesen Antrag vor der Abstimmung zurück: es wurde darauf verwiesen, es sei nicht Sache der Sozialisten, speziell Verträge bürgerlicher Staaten zu verteidigen. Der Text der vom Internationalen Büro angenommenen Resolution lautet:

„Wir stellen fest, daß die englischen und deutschen Sozialisten durch ihre Solidaritätserklärungen für den Frieden, die französischen Sozialisten durch ihre Agitation gegen die marokkanische Expedition, die dänischen Sozialisten durch ihren Gesetzentwurf über die Abrüstung vollkommen im Sinne des Auftrages der Internationale gehandelt haben.

Wir müssen aber trotzdem darauf hinweisen,

daß die Gefährdung des Friedens fortbesteht, der imperialistische Kapitalismus in England und in Deutschland weiter intrigiert, die marokkanische Expedition und die damit verbundene Börsenspekulation fortgesetzt werden; daß der Zarismus, der vor allem neue Anleihen erlangen möchte, die Lage zu komplizieren sucht, um seine Position im Kampfe gegen die russische Revolution zu festigen; daß im Balkan die Einmischung und die Aspirationen des Auslandes mehr als jemals und nur im Interesse des letzteren die nationalen

und religiösen Leidenschaften aufwühlen; daß in den letzten Tagen durch die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und insbesondere die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich die Gefahr einer Störung des Friedens verschärft und nähergerückt ist; daß endlich überall die Komplotte der Regierungen, das Übermaß der Rüstungen und des Militarismus, ebenso wie die kapitalistische Konkurrenz und die koloniale Räuberei den Frieden bedrohen.

Demgegenüber erklärt das Internationale Sozialistische Büro von neuem, daß die sozialistische Partei und das organisierte Proletariat die einzige Macht bilden, die wirksam für die Erhaltung des Friedens eintritt, und daß sie es für ihre Pflicht halten, den Frieden zu sichern.

Das Internationale Sozialistische Büro fordert die sozialistischen Parteien aller Länder auf, zur ausreichenden Anwendung der Resolution des Stuttgarter Kongresses ihre Wachsamkeit, ihren Eifer, ihre Anstrengungen aufs äußerste anzuspannen, und es fordert ihre Parteileitungen, ihre Parlamentsfraktionen und Delegationen auf, mit dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros die nationalen und internationalen Mittel und praktischen Maßregeln zu suchen, die je nach den jeweiligen besonderen Umständen am geeignetsten wären, den Frieden zu sichern."

Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete der Vorschlag der britischen Sektion, das Internationale Sozialistische Büro regelmäßig zweimal im Jahr einzuberufen. Eine bindende Resolution wurde in dieser Frage nicht gefaßt. Es wurde vielmehr nur ein Wunsch in diesem Sinne ausgesprochen. Augenscheinlich hält die überwiegende Mehrheit es nicht für notwendig, Tagungen öfter als einmal im Jahr stattfinden zu lassen (wie es bisher der Fall war) – natürlich mit Ausnahme außerordentlicher Fälle.

Als vierter Punkt der Tagesordnung stand der Antrag des Büros zur Erörterung, die Höhe der Beiträge der einzelnen Parteien für den Unterhalt des Büros zu ändern. Bisher beliefen sich die nominellen Einnahmen des Büros auf 14950 Francs (etwa 6000 Rubel) jährlich; es wurde beantragt, diese Summe auf 26800 Francs zu erhöhen, oder die üblichen Rückstände abgerechnet, auf rund 20000 Francs (8000 Rubel). Dazu müßte jede Partei jährlich 100 Francs für jede ihr auf internationalen sozialistischen Kongressen gewährte Stimme einzahlen. Rußland hat 20 Stimmen und wird daher 2000 Francs zu zahlen haben, davon entfallen 700 Francs auf die Sozialrevolutionäre, 1000 Francs auf die Sozialdemokratie und 300 auf die Gewerkschaften. Bisher zahlte Rußland jährlich

1500 Francs, davon entfielen auf uns 900 Francs (laut Vereinbarung mit der Partei der Sozialrevolutionäre). In dieser Frage wurde ebenfalls kein bindender Beschluß gefaßt. Das Büro wurde beauftragt, sich mit den nationalen Parteien in Verbindung zu setzen, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Beiträge sollten sich jährlich auf 100 Francs pro Stimme belaufen.

Der fünfte Punkt betraf die Abänderung der Stimmenzahl für Schweden – es wurde eine Erhöhung auf 12 Stimmen beschlossen – und für Ungarn: eine allgemeine Erhöhung wurde aufgeschoben, jedoch wurden 2 Stimmen für Kroatien bewilligt. Ferner wurde die armenische Untersektion der türkischen Sektion zugelassen, noch ehe sich die türkische Sektion selbst gebildet hat – die armenischen Sozialisten in der Türkei lehnen es ab, auf die Türken zu „warten" –, und zwar wurden dieser Untersektion vier Stimmen gegeben. Es wäre zu wünschen, daß unsere armenischen sozialdemokratischen Genossen, die die Lage der armenischen sozialistischen Bewegung in der Türkei kennen, sich zu dieser Frage äußern.

Als sechster Punkt der Tagesordnung wurde die Aufnahme der sozialdemokratischen Partei von Chile behandelt. Diese Partei hatte sich nach der Spaltung der demokratischen Partei in Chile gebildet. Die chilenischen Sozialdemokraten wurden ebenfalls ohne Debatte aufgenommen.

Der siebente Punkt der Tagesordnung war die Frage der russischen Zionistischen Sozialisten[85]. Bekanntlich hatten sich diese vor dem Stuttgarter Kongreß an das Zentralkomitee unserer Partei mit dem Vorschlag gewandt, sie in die sozialdemokratische Untersektion der russischen Sektion der Internationale aufzunehmen. Unser Zentralkomitee lehnte ihre Aufnahme ab und begründete dies in einer Resolution, die sich gegen die Aufnahme der *Zionisten* in die Reihen der Sozialdemokratie aussprach, auch wenn sie sich „Zionistische Sozialisten" nennen. Der Vertreter der Zionistischen Sozialisten kam nach Stuttgart, und hier lehnte unsere Untersektion seine Aufnahme ab, während die Sozialrevolutionäre sich der Stimme enthielten. Da nach dem Statut neue Mitglieder der Internationale nur mit Zustimmung der nationalen Sektionen aufgenommen werden können (wobei bei Meinungsverschiedenheiten zweier nationaler Untersektionen das Internationale Büro die Entscheidung fällt), konnten die Zionistischen Sozialisten normalerweise keinen Zutritt zum Kongreß

erhalten. Sie erhoben Beschwerde beim Büro, das sogleich eine Kompromißlösung beschloß, nämlich den Vertreter der Zionistischen Sozialisten mit *beratender* Stimme zum Kongreß zuzulassen. Jetzt mußte die angerichtete Konfusion entwirrt und die Frage beantwortet werden: Sind die Zionistischen Sozialisten Mitglieder der Internationale oder nicht? V. Adler wandte sich, wie in Stuttgart, entschieden gegen die Zionistischen Sozialisten und weigerte sich, die Entscheidung zu vertagen, wie es die Zionistischen Sozialisten in einem Telegramm zu tun baten, da sie am Erscheinen verhindert seien. Nichterscheinen – sagte V. Adler – ist manchmal das beste Verteidigungsmittel. Ich nahm das Wort, um nochmals an den Beschluß unseres Zentralkomitees zu erinnern und darauf hinzuweisen, daß die Aufnahme der Zionistischen Sozialisten gegen den Willen der beiden russischen Untersektionen ein unzulässiger Verstoß gegen das Statut der Internationale sei. Rubanowitsch und Shitlowski, der Vertreter der SERP (SERP = Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei[86], die die Sozialrevolutionäre in Stuttgart in ihre Untersektion aufnahmen), protestierten heftig gegen die Nichtaufnahme der Zionistischen Sozialisten, wobei Rubanowitsch *aber* von *keinem* anderen Beschluß der *Partei* der Sozialrevolutionäre in dieser Frage als der *Stimmenthaltung* Mitteilung machen *konnte*, während Shitlowski angesichts des unvermeidlichen Ausschlusses der Zionistischen Sozialisten offenkundig *sich selbst verteidigte*, indem er mit possierlicher Heftigkeit zu beweisen suchte, daß, wenn die Zionistischen Sozialisten Territorialisten seien, dasselbe auch von der SERP behauptet werden könne. Selbstverständlich folgte daraus nicht, daß die Zionistischen Sozialisten aufgenommen werden müßten, sondern allein, daß auch die SERP wohl von kaum einer anderen Partei der Internationale als der der Sozialrevolutionäre aufgenommen worden wäre. Ich ergriff zum zweitenmal das Wort und protestierte kategorisch gegen Rubanowitschs Versuch, die Zionisten einer *fremden* Untersektion aufzudrängen, ohne gleichzeitig einen positiven Beschluß seiner eigenen Untersektion vorlegen zu können. Schließlich nahm das Büro einstimmig (bei Stimmenthaltung Rubanowitschs und Vaillants) folgende von Adler vorgeschlagene Resolution an:

„Das Büro stellt fest, daß die Zulassung der Zionisten (mit beratender Stimme) nur für den Stuttgarter Kongreß galt, daß die Zionisten dem Büro gegenwärtig nicht angeschlossen sind, und geht zur Tagesordnung über."

Den achten und letzten Punkt der Tagesordnung bildete die fast ohne Debatte vorgenommene Bestätigung der besonderen Zusammensetzung der französischen Delegation im Internationalen Büro. Zu dem einen französischen Delegierten wurde Guesde bestimmt, die zweite französische Stimme wurde zwei Delegierten, Vaillant und Jaurès gemeinsam, übertragen.

Die Tagung des Büros schloß mit der einstimmigen Annahme der vom belgischen Delegierten de Brouckère vorgeschlagenen Sympathieerklärung für die türkische Revolution:

„Das Internationale Sozialistische Büro begrüßt mit Freude den Sturz des Regimes, das, im Einverständnis mit den Mächten, Abdul Hamid der Türkei so lange auferlegte; die der Bevölkerung des weiten Reiches gegebene Möglichkeit, über sich selbst zu verfügen, und endlich die Einführung der modernen Freiheiten, die dem erwachenden Proletariat die Möglichkeit geben, im Einvernehmen mit dem Weltproletariat seinen Klassenkampf zu führen."

Am Montag, dem 12. Oktober, tagte die Interparlamentarische Kommission. Auf der Tagesordnung standen drei Punkte: 1. die letzte parlamentarische Session, 2. die Kolonialreformen (Referat van Kols), 3. über die Tätigkeit der Sozialisten in der Interparlamentarischen Vereinigung zur Förderung des Friedens (Referat LaFontaines, eines belgischen Abgeordneten), sodann vier Fragen: a) Entschädigungsbedingungen der Bauarbeiter (bei Bankrott der Unternehmer), b) Abstimmung durch Briefe, c) neue Listen der Mitglieder und Sekretäre der Parlamentsgruppen, d) Zusendung von Dokumenten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung beschränkte man sich gemäß dem Vorschlag Pernerstorfers auf Bestätigung des Beschlusses des Stuttgarter Kongresses: Die Sekretäre der Parlamentsfraktionen werden aufgefordert, dem Internationalen Sozialistischen Büro *schriftliche Berichte* der Fraktionen einzusenden. Zur selben Ermahnung führte auch der kurze Meinungsaustausch zu den beiden letzten der erwähnten „Fragen". Zu den beiden ersten „Fragen" wurde kurz auf die Materialien und Vorschläge verwiesen, die einige sozialistische Abgeordnete dazu einbrachten. Das Referat LaFontaines wurde, auf Antrag des Referenten, verschoben. Die Österreicher und die Deutschen wiesen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß sie gegen die Beteiligung von Sozialisten an Friedenskonferenzen

bürgerlicher Parlamentarier seien. Der schwedische Abgeordnete Branting berief sich auf die besonderen Bedingungen, die eine Teilnahme schwedischer Sozialdemokraten an solchen Konferenzen angeblich rechtfertigten. Auf seinen Antrag hin wurde in die Tagesordnung der nächsten Interparlamentarischen Konferenz, die gleichzeitig mit der nächsten Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros stattfinden wird, auch die Frage der staatlichen Arbeiterversicherung aufgenommen.

Der einzige Punkt der Tagesordnung, zu dem ein kurzes Referat mit anschließender einigermaßen interessanter Diskussion gehalten wurde, war die Frage der Kolonialreformen. Der durch seine in Stuttgart eingebrachte opportunistische Resolution zur Kolonialfrage bekannt gewordene holländische Vertreter van Kol versuchte in seinem Referat seine Lieblingsidee eines „positiven" Kolonialprogramms der Sozialdemokratie von einer etwas anderen Seite her durchzuschmuggeln. Unter völliger Außerachtlassung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die Kolonialpolitik, der Massenagitation gegen den kolonialen Raub und der Erweckung des Geistes der Auflehnung und des Widerstands bei den unterdrückten Kolonialvölkern konzentrierte sich van Kol ganz und gar darauf, unter den gegebenen Verhältnissen mögliche „Reformen" in den Kolonien aufzuzählen. Wie ein richtiger gesinnungstreuer Beamter führte er die verschiedensten Fragen an, vom Eigentumsrecht am Grund und Boden bis zu den Schulen, der Förderung der Industrie, dem Gefängniswesen usw., wobei er immer wieder betonte, man müsse in diesen Fragen möglichst praktisch vorgehen und z. B. berücksichtigen, daß das allgemeine Wahlrecht für Wilde nicht immer passe, daß man in den Kolonien zuweilen Gefängnisstrafen durch zwangsweise auferlegte Arbeiten ersetzen müsse usw. usw. Das ganze Referat war nicht vom Geist des proletarischen Klassenkampfes erfüllt, sondern vom Geist des kleinbürgerlichsten, ja noch schlimmer, eines Beamten-Reformertums. Zum Schluß schlug er zur Ausarbeitung eines Kolonialprogramms der Sozialdemokratie die Wahl einer Kommission vor, die sich aus Vertretern der fünf wichtigsten Länder mit Kolonialbesitz zusammensetzen sollte.

Molkenbuhr von den Deutschen und einige Belgier machten den Versuch, in van Kols Fußtapfen zu treten, indem sie sich mit ihm in einen Streit über Einzelfragen, über die Frage, ob ein gemeinsames Programm notwendig sei, ob dies keine Schablonisierung bedeuten werde usw., ein-

ließen. Eine derartige Fragestellung kam van Kol nur gelegen, denn er wollte ja gerade alles auf die „Praxis" reduzieren und beweisen, daß „in der Praxis" die Meinungsverschiedenheiten geringer seien, als es in Stuttgart schien. Aber Kautsky und Ledebour stellten die Frage prinzipiell und griffen den grundsätzlichen Fehler van Kols an. Van Kol ist der Ansicht, daß das allgemeine Wahlrecht nicht einmal in Einzelfällen anzuwenden sei – sagte Kautsky –, er söhnt sich damit so oder so mit dem Despotismus in den Kolonien aus, denn er bringt kein anderes Wahlverfahren in Vorschlag und kann das auch gar nicht tun. Van Kol erklärt zwangsweise auferlegte Arbeiten für zulässig, sagte Ledebour, d. h., er öffnet damit alle Tore der bürgerlichen Politik, die tausenderlei Vorwände benutzt, um die Sklaverei in den Kolonien aufrechtzuerhalten. Van Kol verteidigte sich außerordentlich hartnäckig und außerordentlich schlecht, indem er z. B. zu beweisen suchte, daß manchmal ohne Naturalabgaben nicht auszukommen sei, daß er „dies auf Java selbst gesehen" habe, daß die Papuas nicht wissen, was es heißt abzustimmen, daß die Wahlen bei ihnen manchmal geradezu durch Aberglauben oder einfach durch Trunkenmachen mit Rum entschieden würden usw. Kautsky und Ledebour machten sich über diese Argumente lustig und vertraten die feste Meinung, daß unser allgemeines demokratisches Programm auch auf die Kolonien unbedingt anwendbar sei und daß man in den Kolonien selbst den Kampf gegen den Kapitalismus in den Vordergrund rücken müsse. Ist denn der Aberglaube unserer „gebildeten" Katholiken besser als der Aberglaube der Wilden? – fragte Ledebour. Wenn parlamentarische Institutionen und Vertretungskörperschaften auch nicht immer anwendbar sind, sagte Kautsky, so ist die Demokratie doch stets anwendbar und der Kampf gegen jedes Abgehen von der Demokratie stets obligatorisch. Die Linie der revolutionären und die der opportunistischen Sozialdemokratie offenbarte sich in dieser Diskussion mit voller Klarheit, und van Kol, der einsah, daß seinem Vorschlag zweifellos eine „Beerdigung erster Klasse" zuteil werden würde, zog ihn selbst zurück.

„Proletari" Nr. 37,
16. (29.) Oktober 1908.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Proletari", verglichen mit dem Manuskript.

EIN HYSTERISCHER ANFALL P. MASLOWS

In Nr. 8/9 des „Golos Sozial-Demokrata" hat P. Maslow einen „Brief an die Redaktion" veröffentlicht, den man nicht anders als hysterisch bezeichnen kann. In der Tat: Ist es nicht ein hysterischer Anfall, wenn der Verfasser mir nicht nur den Schimpf antut, meinen Stil mit dem Stil des Mönchs Iliodor zu vergleichen, sondern sich auch auf irgendwelche *Gespräche* beruft, die *vor 14 Jahren* einmal geführt wurden? Der Leser mag es für einen Scherz halten, es ist aber Tatsache: „Als Lenin noch vor dem Erscheinen des III. Bandes des ‚Kapitals'", schreibt P. Maslow, „in mein Manuskript Einsicht nahm, in dem das Problem der Verteilung des Profits auf die gleiche Weise gelöst ist wie im III. Band, erklärte er, er halte die höchst unsinnige Lösung dieser Frage durch Prof. Skworzow[87] für richtig." Man denke nur: *vor* dem Erscheinen des III. Bandes, d. h. *vor 1894!* Entweder muß man eine kindliche Naivität besitzen, die meinem verehrten Opponenten fremd ist, oder aber in Hysterie verfallen sein, wenn man bei Erinnerungen an Unterhaltungen, die *vor vierzehn Jahren* stattgefunden haben sollen, sowie an eigene, nicht gedruckte Manuskripte Anspruch auf Genauigkeit erhebt. Würden Sie nicht lieber Ihr Manuskript veröffentlichen, Genosse Maslow, was meinen Sie? Wie vorteilhaft wäre es doch zu beweisen, daß Maslow, allein Maslow, bereits *vor* dem Erscheinen des III. Bandes die Aufgabe gelöst hat, die Engels der ganzen Welt gestellt hatte! Wohl wäre es ein bißchen spät ... aber lieber spät als gar nicht. Es ist doch nicht anzunehmen, daß Maslow sich mit der Berufung auf seine eigenen Erinnerungen selbst loben wollte.

Es ergibt sich also: Da die Redaktion jener Zeitung, in der Maslow schreibt, die Maslowsche Korrektur an Marx vorläufig noch nicht gelobt hat, beschloß Maslow, sich selbst für etwas zu loben, was er vor vierzehn

Jahren (für sich) gemacht hat... Es ergibt sich (will man dem außerordentlichen Gedächtnis des Gen. Maslow Glauben schenken), daß ich vor 14 Jahren, vor dem Erscheinen des III. Bandes des „Kapitals", Fehler gemacht und diese Fehler nicht habe drucken lassen, während Maslow 7 Jahre und 14 Jahre nach dem Erscheinen des III. Bandes des „Kapitals" begann, Fehler zu begehen, und diese Fehler auch noch publiziert. Übrigens ist der hysterische Anfall Maslows möglicherweise nicht ganz unvorbedacht. Genau vor 5 Jahren hat Martow vor Plechanow einen hysterischen Anfall inszeniert und ihn dadurch bewogen, von den Bolschewiki zu den Menschewiki überzulaufen. Hofft vielleicht P. Maslow darauf, Plechanow werde, nachdem er seine Ergüsse in der von Plechanow und Co. redigierten Zeitung gelesen, aus dem Lager der Anhänger der Marxschen Rententheorie zu den Anhängern der Maslowschen Rententheorie überlaufen? Das wäre sehr interessant. Solange das aber nicht passiert ist, wollen wir untersuchen, wie es sich mit der von Maslow erhobenen Beschuldigung verhält, mein Artikel bestehe „ganz und gar aus Verfälschungen und offenkundiger Unwahrheit".

Also wirklich „ganz und gar", Gen. Maslow?

Nun, dann wollen wir alle Ihre Argumente analysieren.

„Lenin schreibt: ‚Es ist nicht wahr, daß Marx zufolge die absolute Rente dank der niedrigen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals entsteht. Die absolute Rente ergibt sich aus dem Privateigentum am Boden. Dieses Privateigentum schafft ein besonderes Monopol'*."

Hier *bricht* Maslow *meinen Satz ab*, der gar nicht mit dem Wort „Monopol" schließt, sondern zum Schluß auf eine *bestimmte Seite des IV. Bandes* (der „Theorien über den Mehrwert") hinweist. Aber das ist keine Verfälschung, die Maslow hier begeht, beileibe nicht! Es ist nur eine „Korrektur" der Darlegungen eines anderen...

„Das schreibt Lenin", sagt er weiter. „Marx schreibt aber: ‚Wäre die Durchschnittszusammensetzung des agrikolen Kapitals dieselbe oder höher als die des gesellschaftlichen Durchschnittskapitals, so fiele die absolute Rente, immer in dem entwickelten Sinn, fort; d. h. die Rente, die ebenso von der Differentialrente wie von der auf eigentlichem Monopolpreis beruhenden Rente verschieden ist.' („Kapital", Bd. III, S. 631, russ. Übers.[88]) Ich überlasse es dem Leser, darüber zu urteilen, wer Marx rich-

* Siehe Werke, B. 13, S. 300. *Die Red.*

tiger interpretiert." (Es folgt eine Anmerkung über jenen das Profitgesetz betreffenden Fehler, den ich, wie es Maslow noch ganz genau weiß, vor 14 Jahren in einem privaten Gespräch mit ihm begangen haben soll.)

Auch ich überlasse es dem Leser zu urteilen, wer hier „Verfälschungen und offenkundige Unwahrheit" ausspricht. Der verehrte Maslow *bricht meinen Satz gerade vor meinem Hinweis auf Marx ab* und bringt dann ein ganz anderes Zitat! Was ist das für ein Argument? Hat Maslow nicht soundso viele Male nachgewiesen, daß die „Konzepte" Marx' widersprüchlich seien (ich erinnere den Leser daran, daß Maslow 1906, d. h. sogar nach dem Erscheinen der „Theorien über den Mehrwert", den traurigen Mut hatte, die von ihm bei Marx entdeckten Fehler dadurch zu erklären, daß der III. Band nur aus „Rohentwürfen" besteht)? Beweist dies nicht, daß Marx mit dem Problem nicht zu Rande kam, wenn er die absolute Rente *bald* aus dem Privateigentum am Grund und Boden, *bald* aus der niedrigen Zusammensetzung des Kapitals in der Landwirtschaft ableitet?

Nein, das beweist nur, daß Maslow wieder einmal alles fürchterlich durcheinanderbringt. Bei Marx lassen sich Dutzende Sätze finden, wo die absolute Rente aus dem Privateigentum am Boden, aber auch Dutzende Sätze, wo sie aus der niedrigen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals abgeleitet wird, und zwar aus dem einfachen Grund, weil Marx an den entsprechenden Stellen seiner Darlegungen *beide Bedingungen* anführt, ebenso wie *auch ich* bei meiner Darstellung der Marxschen Lehre *beide* Bedingungen *angeführt habe*: In demselben Absatz meines Artikels, dem das Maslowsche Zitat entnommen ist, spreche ich *auch von der niedrigen Zusammensetzung* des agrikolen Kapitals! (Siehe „Proletari" Nr. 33, S. 3, Spalte 2/3.*) Maslow zitiert gegen mich das fünfundvierzigste Kapitel des III. Bandes, das Kapitel über die absolute Rente. Er bringt ein Zitat von S. 298 des Originals. Aber auf S. 287, *d. h. vorher*, sagt Marx, nicht die Differentialrente, sondern die absolute Rente werde vom Privateigentum am Boden „erzeugt". (Die Differentialrente ist unter dem Kapitalismus *auch ohne* Privateigentum am Boden „unausbleiblich"). „Das Grundeigentum selbst hat Rente erzeugt", hebt Marx hervor. (III, 2, S. 287.)

Es fragt sich: Widerspricht das Zitat von S. 287 dem Zitat auf S. 298? Nicht im geringsten. Nachdem Marx erklärt hat, daß das Privateigentum

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 300/301. *Die Red.*

am Boden die Rente (und zwar die absolute Rente) *erzeugt*, legt er dar, daß diese Rente entweder einfach ein Monopol, nur ein Monopol, ein reines Monopol, oder ein *Ergebnis* dessen sein wird, daß das Monopol die *Ausgleichung des Profits* der Kapitale mit niedriger Zusammensetzung (Landwirtschaft) und jener mit höherer Zusammensetzung (Industrie) verhindert.

Somit wiederholte Maslow in der von Plechanow und Co. redigierten Zeitung seine himmelschreiende Verfälschung des Marxismus. Er hält folglich auch hier daran fest – er spricht es nur nicht direkt aus –, daß es keine absolute Rente geben könne, daß Marx' Theorie falsch, die Theorie der bürgerlichen politischen Ökonomie aber, die die absolute Rente leugnet, richtig sei.

Warum also nicht geradeheraus das sagen, was in der „Agrarfrage" steht und in meinem Zitat angeführt ist? Ist das keine „Verfälschung und offenkundige Unwahrheit"? Was ist es denn? In der „Agrarfrage" heißt es, Marx sei im Unrecht, es könne keine absolute Rente geben; in der von Plechanow und Co. redigierten Zeitung aber wird *das verschwiegen*, und es ist nur davon die Rede, wer Marx *richtiger* interpretiert!!! Dabei kommt es so heraus, als ob ich mit Maslow nur darum gestritten hätte, „wer Marx richtiger interpretiert", und ich die Unwahrheit gesagt hätte, als ich erklärte, Maslow habe die „Rohentwürfe" von Marx „korrigiert", indem er die absolute Rente hinauswarf!? Schämen Sie sich, Gen. Maslow!

„Weiter. ‚Peter Maslow', schreibt Lenin, ‚hat auch die Differentialrente von Marx nicht begriffen ... Wenn der Pächter in seinen Boden neues Kapital hineinsteckt und es ihm neuen Profit und *neue Rente* abwirft (hervorgehoben von Lenin), so erhält nicht der Grundbesitzer, sondern der Pächter diese Rente.'* Aus diesem Anlaß belehrt Lenin natürlich den ‚unwissenden' Maslow entsprechend. Wir nehmen den I. Band der ‚Agrarfrage' und lesen auf S. 112: ‚Wenn die Intensivierung der Wirtschaft durch einen Neuaufwand von 500 Rbl, die gleiche Produktenmenge ergibt, so erhält der Pächter bereits nicht mehr 25%, sondern 100% Profit, da er beim ersten Kapitalaufwand 333 Rbl. Rente zahlt ... Begnügte er sich beim ersten Kapitalaufwand mit dem Durchschnittsprofit ..., so ist es für ihn vorteilhafter, weniger Boden zu pachten und weiteres Kapital in den gleichen Boden zu stecken, weil es einen Überschuß über den Profit

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 302. *Die Red.*

ergeben und auch dem Pächter Rente abwerfen wird.' Doch Lenin mußte eine Unwahrheit sagen, um mich beschimpfen zu können."

Wir wollen sehen, wer eine Unwahrheit gesagt hat. Um sich darüber klar zu werden, muß man die *Punktierungen* in dem von mir angeführten und von Maslow gebrachten Zitat beachten. Ich habe nämlich alles vollständig herausgeschrieben, was Maslow darüber sagte. Punktierungen bedeuten *Kürzungen*. Maslow hat aber von S. 112 seines ersten Bandes *gerade das gekürzt*, was bei ihm dort *gegen Marx* gesagt ist und auf S. 112 *hervorgehoben* zu lesen steht! Das ist unglaublich, aber wahr. In meinem Artikel im „Proletari" zitierte ich als zweites Argument Maslows gegen Marx folgenden Satz aus Band I, S. 112: „Die Rente vom ‚letzten' Kapitalaufwand, die Rente von Rodbertus und die absolute Rente von Marx wird verschwinden, *denn der Pächter kann den ‚letzten' Kapitalaufwand immer zum vorletzten machen, wenn er etwas mehr abwirft als den üblichen Profit*" (hervorgehoben von Maslow).*

Das ist ein Argument Maslows gegen Marx. *Dieses* Argument habe ich angegriffen, und ich behaupte nach wie vor, daß es ganz und gar verkehrt und lauter Konfusion ist. Maslow aber entgegnet mir, indem er *dieselbe* Seite 112 *unter Weglassung* seines Angriffs gegen Marx zitiert! Statt dieses Angriffs stehen *mehrere Punkte*: vor der Punktierung ist der *Anfang*, nach ihr das *Ende* der Seite zitiert, der Angriff gegen Marx aber ist verschwunden. Das soll keine Verfälschung und offenkundige Unwahrheit sein?

Ich habe nicht behauptet und behaupte auch jetzt nicht, daß auf den 400 Seiten der „Agrarfrage" keine richtigen Darlegungen zu finden seien. Ich habe nur behauptet, daß die *Argumente Maslows gegen Marx* schauderhaften Unsinn und eine unglaubliche Konfusion darstellen. Wenn Maslow in der von ihm versprochenen 4. Auflage diese Argumente streicht, wenn er z. B. auf S. 112 nur das stehen läßt, was er im „Golos Sozial-Demokrata" zitiert, so werde ich und so wird jeder sagen: Mit der 4. Auflage hörte Maslow auf, Marx zu korrigieren. Solange das aber nicht getan ist, wird jeder, der den I. Band liest, auf S. 112 ein Argument Maslows gegen Marx sehen, jenes Argument, das im „Golos" *ausgelassen* ist. Und jedermann wird sehen, daß ich mit meiner Kritik an *diesem* Argument recht habe, d. h., daß dieses Argument gegen die *absolute* Rente Unsinn

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 301/302. *Die Red.*

ist, denn der Pächter bezieht für die Zeit seines Pachtvertrages die *ganze* neue Rente vom neuen Kapitalaufwand, d. h. sowohl die absolute als auch die Differentialrente.

Auf das nächste „Beispiel" Maslows gehe ich nicht ein, denn es bezieht sich *auf das gleiche Argument*, das Maslow im „Golos" wegfallen ließ. Selbstverständlich wird meine Kritik hinfällig, falls Maslow sein Argument *zurückzieht*. Wenn er es aber nicht tut, sondern nur seine Zitate kürzt, so frage ich den Leser: Wer verbreitet lauter „Verfälschungen und offenkundige Unwahrheit"?

Schließlich das letzte Zitat Maslows aus meinem Artikel:

„‚Was ist Intensivierung?' fragt Lenin und antwortet: ‚Weiterer Arbeits- und Kapitalaufwand. Eine Mähmaschine ist, laut der Entdeckung des großen Maslow, *kein* (hervorgehoben von Lenin) Kapitalaufwand, eine Drillmaschine ist kein Kapitalaufwand'*. Da es Lenin an den elementarsten Kenntnissen in der Agrarfrage fehlt, gibt er eine falsche Definition der Intensivierung und schreibt nicht nur offenkundigen Unsinn, sondern auch offenkundige Unwahrheit. In der ‚Agrarfrage' steht (S. 62): ‚Die Dreschmaschine verringert den Arbeitsaufwand pro Einheit der Bodenfläche sowohl in einer extensiven als auch in einer intensiven Wirtschaft.' (Durch einen *solchen* Aufwand, nicht durch Aufwand überhaupt, ohne Rücksicht auf die Bodenfläche, wird die Intensität einer Kultur bestimmt. *P. M.*) Eine Mähmaschine hat gleiche Bedeutung!"

Aber, Verehrtester, sage ich Maslow darauf: Alles mit Maß! ... Ging der Streit wirklich darum, ob die Intensität durch Kapitalaufwand pro Flächeneinheit oder ohne Rücksicht auf die Bodenfläche bestimmt wird? Das eben ist Verfälschung und offenkundige Unwahrheit. Darum wurde gar nicht gestritten. In dem *zweiten* Teil meines jetzt von Maslow zitierten Artikels polemisiere ich *gar nicht* gegen die „Agrarfrage", sondern *gegen den Artikel Maslows im „Obrasowanije", Jahrgang 1907, Nr. 2.*

Man diskutiere einmal mit einem Subjekt, das aus seinen Werken bald eben jene Argumente gegen Marx streicht, die von seinem Kritiker angegriffen wurden, bald *ganze selbstverfaßte Artikel verschwinden läßt* und dem Leser *nicht das* wiedergibt, wovon die Rede war!

Der zweite Teil meines Artikels trägt die Überschrift: „Muß man zur

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 308. *Die Red.*

Widerlegung der Volkstümlerrichtung Marx widerlegen?" In diesem Teil wird *nur* der Artikel Maslows im „Obrasowanije", Jahrgang 1907, Nr. 2, kritisiert.

Im „Golos" übergeht Maslow diesen Artikel mit Schweigen und beruft sich auf seine „Agrarfrage". Aber das ist doch ein lächerliches Versteckspiel! Niemals habe ich erklärt, Maslow sei in seiner „Agrarfrage" so weit gegangen zu behaupten, zur Widerlegung der Volkstümler müsse Marx widerlegt werden.

Im „Obrasowanije" hat aber Maslow *dies gesagt* und dagegen habe ich polemisiert, nicht jedoch dagegen, von welchem Kapitalaufwand die Intensivierung bestimmt wird. Hält Maslow auch weiter an seiner Behauptung fest: „Wenn die ‚Tatsache' der sinkenden Produktivität der sukzessiven Arbeitsaufwendungen auf dieselbe Bodenfläche nicht wäre, so könnte vielleicht noch das Idyll, das die Sozialrevolutionäre ausmalen, Wirklichkeit werden"?

Sie verstecken sich, Verehrtester? Damit aber geben Sie Ihre Niederlage zu.

Halten Sie an der Behauptung fest, daß Sie „als erster den Unterschied zwischen der Bedeutung der Bodenkultur und der des technischen Fortschritts für die Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere für den Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb besonders nachdrücklich hervorgehoben . . ." haben? So heißt es doch bei Ihnen im „Obrasowanije". So habe ich es auch im „Proletari" zitiert. Mit dieser – und nur mit dieser – Frage hängen Ihre Ausführungen über die Mähmaschine zusammen, Ihre Ausführungen im „Obrasowanije", nicht aber in der „Agrarfrage". Indem Maslow seine Darlegung im „Obrasowanije" nicht verteidigt, gibt er seine Stellung auf!

Hinsichtlich des Wesens der Frage tut Maslow denn auch nur das, um was er sich im „Golos" herumdrückte. Er wiederholt den Unsinn, Marx habe die absolute Rente nicht aus dem Privateigentum am Boden hergeleitet, verteidigt aber seine Korrekturen an Marx nicht direkt; aus seinen Zitaten streicht er die Argumente gegen Marx; was er im „Obrasowanije" sagte, übergeht er völlig mit Schweigen. Und so wiederholen wir: Die Vernichtung der Marxschen Theorie der absoluten Rente durch Maslow in dessen „Agrarfrage" und die Ausführungen Maslows im „Obrasowanije" sind und bleiben unübertroffene Meisterstücke der Kon-

fusion und bedeuten ein Hineintragen des bürgerlichen Standpunkts in die Theorie.

Über die deutsche Ausgabe des Maslowschen Buches mußte ich lachen, als ich sah, daß dort alle Korrekturen an Marx beseitigt sind. Maslow verteidigt sich: Den ganzen ersten Teil meines Buches hat der Verleger nicht herausgegeben. Worauf läuft aber diese Maslowsche Richtigstellung hinaus? Ich sagte: Maslow hat gestrichen. Maslow sagt: Der Verleger hat gestrichen. Der Verleger aber ist der deutsche Sozialdemokrat Dietz.

Wenn Dietz die Maslowsche „Theorie", seine „Korrekturen" an Marx *mit* Maslows Einverständnis gestrichen hat, so ändert sich meine Schlußfolgerung überhaupt nicht. Hat er es *ohne* Einwilligung Maslows getan, so ändert sich meine Schlußfolgerung nur in der Form: Dietz hat klug daran getan, aus dem Buch Maslows die Dummheiten zu streichen.

War es diese Richtigstellung, die der werte Maslow anstrebte?

Maslow sagt, daß ich bei meinen „Gegnern nach Ketzereien zu suchen beginne", um die Ketzereien meiner Freunde „zu decken". Das ist nicht wahr. Ich wende mich ebenso entschieden gegen alles, was ich bei meinen Freunden als ketzerisch betrachte, wie gegen Sie. Das zeigt meine Anmerkung in dem eben erschienenen Sammelband „Karl Marx zum Gedächtnis"*. Nach den ketzerischen Anschauungen Maslows begann ich aber *bereits 1901* in der „Sarja"** zu „suchen", d. h. *zwei Jahre vor* der Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki, *zwei Jahre vor* dem ersten Munizipalisierungsprogramm Maslows. Im Jahre 1901 war Maslow in der Partei *nur* in der Frage seiner Korrekturen an der Marxschen Theorie mein „Gegner".

PS. Vorstehende Notiz war bereits niedergeschrieben, als ich eine besondere gedruckte Mitteilung der Verwaltung des „Golos Sozial-Demokrata" erhielt, in der es heißt:

„Im Heft 8/9 des ‚Golos Sozial-Demokrata' ist infolge eines Versehens der Druckerei eine *Anmerkung* der Redaktion zum Brief des Gen. Maslow *weggefallen*. Dieser Fehler wird unverzüglich korrigiert und die Anmerkung den Abonnenten und den Abnehmern zugestellt werden."

Ich habe diese Berichtigung noch nicht erhalten. Ich halte es für meine Pflicht, den Lesern dieses der Druckerei unterlaufene Versehen mit-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 22. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 122. *Die Red.*

zuteilen. Gibt es aber nicht *noch einen* Druckfehler in der von mir wiedergegebenen gedruckten Mitteilung? Sollte man nicht statt *Gen.* Maslow *Herr* Maslow lesen? Denn Plechanow hat schriftlich erklärt, daß Leute, die von Marx abweichen, für ihn nicht Genossen, sondern „Herren" seien! Oder gilt das für *Menschewiki*, die Abweichungen vom Marxismus predigen, nicht?

„Proletari" Nr. 37,
16. (29.) Oktober 1908.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Proletari",
verglichen mit dem Manuskript.

EINIGE BEMERKUNGEN ZUR „ANTWORT" P. MASLOWS[89]

Mein Gegner wirft mir vor, ich gebrauchte in meiner Polemik Methoden, die das Wesen des Streits entstellen. Um zu klären, ob dies zutrifft, werde ich die „Antwort" P. Maslows Schritt für Schritt untersuchen.

Erstes Beispiel Maslows. Lenin sagt, der revolutionäre Aufschwung sei undenkbar ohne radikale Beseitigung aller Überreste der Leibeigenschaft, „als ob die Sozialdemokratie, nach Annahme des Programms der Munizipalisierung des Bodens, die Absicht habe, Überreste der Leibeigenschaft aufrechtzuerhalten, den Boden in den Händen der Gutsbesitzer zu belassen".

Jeder Leser wird merken, daß Maslow sich um den Kern der Frage herumdrückt, da ich ständig gerade darauf hingewiesen habe, daß nicht nur der gutsherrliche Grundbesitz, sondern auch der gegenwärtige Anteillandbesitz ein Überrest der Leibeigenschaft ist. Eben darum ging der Streit. Indem Maslow in seiner *ganzen* Antwort diese Frage umgeht und kein Wort darüber sagt, ob im Anteillandbesitz etwas Mittelalterliches steckt, ob diese Säuberung von den Überresten des Mittelalters für den Kapitalismus vorteilhaft ist oder nicht, lenkt er die Aufmerksamkeit des Lesers in eine andere Richtung. Ein prinzipielles Argument des Gegners unbeantwortet lassen und ihm nur „Pathos" zuschreiben heißt nicht diskutieren, sondern schimpfen.

Das zweite Beispiel. Meinen Hinweis auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen agrarischer und politischer Umwälzung nennt Maslow mangelnde Achtung vor dem Leser. Auch die Munizipalisierung zerreiße diesen Zusammenhang nicht. Ist das aber eine Antwort? Verschweigt Maslow hier nicht 1. meine *genaue* Bezugnahme auf den Menschewik Nowossedski, der die Munizipalisierung *ausdrücklich* mit einer unvoll-

ständigen politischen Umwälzung in Verbindung gebracht hat; 2. mein Argument, daß die Munizipalisierung weder die mittelalterliche Dorfgemeinde noch den mittelalterlichen Grundbesitz antastet, d. h. gerade die Umwälzung der Agrarverhältnisse und nur sie allein unbedingt und entschieden dazu verurteilt, unvollendet zu bleiben?

Das dritte Argument Maslows. „Lenin macht den Haß der Bauern auf die Gutsbesitzer und Staatsbeamten zu einem Argument für sein Programm und gegen das beschlossene Programm." Das ist nicht wahr. Jeder Leser wird bemerken, daß Maslow statt *„Haß auf das Mittelalter"* (einige Zeilen vorher gibt Maslow selber zu, daß ich davon gesprochen habe), „Haß auf die *Gutsbesitzer*" unterschiebt. Diese Unterschiebung braucht er, um mein Argument vom mittelalterlichen Charakter des *Anteil*landbesitzes verschweigen zu können.

Es ist nicht wahr, daß ich mein Programm als bolschewistisches bezeichnet habe. Es ist auch nicht wahr, daß die Frage der Nationalisierung in Stockholm zur Abstimmung gestanden hat. Tatsachen soll man nicht verfälschen, Gen. Maslow!

„Keine Rententheorie gibt dem Nationalisierungs- oder Munizipalisierungsprogramm irgendeinen Vorzug, da die Einkünfte vom konfiszierten Boden, so oder so, dem Staat oder der Selbstverwaltung zugute kommen."

Hier haben wir schon ein Argument zum Wesen der Sache vor uns. Überdies ein ausgezeichnetes Argument, da es am besten zeigt, wie ungeheuerlich Maslow den Marxismus verfälscht. Nur wer die von Maslow „widerlegte" Marxsche *absolute Rente* leugnet, kann diese Frage ausschließlich auf „Einkünfte" reduzieren und dabei das Sinken der Getreidepreise außer acht lassen und vergessen, daß dem Kapital der Zugang zur Landwirtschaft gesichert wird! Mit seinem Argument hat Maslow bestätigt, daß ihm das *ökonomische* Wesen der Frage fremd geblieben ist und er es nicht begreift. Nicht um Einkünfte handelt es sich, Verehrtester, sondern um die Bedingungen der Produktion in der Landwirtschaft, die sich bei Aufhebung der *absoluten* Rente im Sinne einer Steigerung der Produktion verändern. Wenn Maslow die absolute Rente in der Marxschen Theorie ablehnt, beraubt er sich selbst aller Möglichkeit, die ökonomische Bedeutung der Nationalisierung zu begreifen. Warum aber Millionen von Kleinbesitzern sie in der russischen bürgerlichen Revolution

verlangen konnten und auch mußten – dieses *ökonomische* Problem existiert für Maslow nicht. Darin liegt eben sein Unglück!

Daß meine Artikel der Jahre 1905–1908 gegen das Programm der Bodenabschnitte gerichtet sind, trifft zu. Doch deswegen „jubeln und triumphieren", wie es Maslow tut, heißt dem Leser Sand in die Augen streuen, nicht aber Streitfragen klären. Maslow hält ja auch nicht an seinem ganzen Programm von 1903 fest! Warum verheimlicht er das dem Leser und schiebt nur die eine Seite der Vergangenheit in den Vordergrund? Warum zitiert er Worte, die ich auch heute nicht ablehnen werde – daß nämlich die Nationalisierung des Grund und Bodens „in einem Polizeistaat" schädlich ist? Ist das Diskussion oder Geschimpfe?

Für die polnischen Leser, die über Einzelheiten der Diskussion über die Agrarfrage unter den russischen Sozialdemokraten nicht unterrichtet sind, bemerke ich, daß Maslow im Jahre 1903, vor dem II. Parteitag der SDAPR, in der Presse nicht das Programm vertreten hat, das er 1906 vorschlug. Ich persönlich würde es nicht für zulässig halten, alte Diskussionen wieder hervorzukramen, und ich bin auch in meinem vorigen Artikel darauf nicht eingegangen. Jetzt aber hat Maslow selbst den alten Streit wieder hervorgekramt. Um durch Scharfsinn zu brillieren, fiel es ihm ein, das von mir aufgegebene Programm von 1903 zu widerlegen – oder vielleicht ließ er sich auch von dem Gedanken leiten, durch Diskussion über Vergangenes die Aufmerksamkeit des Lesers von den schwachen Seiten seiner neuen Position abzulenken? Jedenfalls bleibt es Tatsache: Maslow hat alte Diskussionen wieder hervorgekramt, jedoch den polnischen Sozialdemokraten verschwiegen, daß er selber sein Programm von 1903 geändert hat. Dem Gegner wirft er die offen eingestandene und schon längst abgeschlossene Änderung des alten Programms vor, verheimlicht aber zugleich, daß er selber sein eigenes Programm geändert hat. Er verschweigt auch, daß Peter Maslow im Jahre 1903 es nicht für notwendig erachtete, das Anteilland um jeden Preis in den Händen seiner derzeitigen Besitzer zu belassen, sondern, im Gegenteil, kurzerhand die *Vergesellschaftung* auch des *Anteillandes*, falls sie möglich sein sollte, in sein Programm aufnahm.

Ist das nicht ausgezeichnet? Wem sind Erinnerungen an das Vergangene unangenehm? Dem, der die Quelle der Fehler seiner früheren Auffassung offen und ehrlich zugibt, oder demjenigen, der die Änderung seiner Auffassungen verheimlicht? Warum hielt Maslow 1903 die Vergesellschaftung

auch des Anteillandes für möglich, während er 1906–1908 gegen die Zulässigkeit solcher Auffassungen zetert?

Wir überlassen es dem Leser, über solche „polemischen" Methoden oder, besser gesagt, über ein solches Verwischen der Spuren zu urteilen. Maslow handelt nach dem Rezept des alten Turgenjewschen Schlaufuchses: Tadle so laut wie möglich, was du in deinen eigenen Taten vor anderen verbergen möchtest! Andere haben ihre Auffassungen geändert und haben selbst darauf hingewiesen. Schreie nur recht laut gegen diese Änderung, um die Änderung der eigenen Auffassungen zu verschleiern! Wo Argumente fehlen, muß man wohl oder übel zur Falschspielerei greifen.

Meine Tabelle über die Aufgliederung des Grundbesitzes im Europäischen Rußland gefällt Maslow nicht. Er entrüstet sich darüber, daß ich den „kalmückischen" Bodenbesitz mit der „intensiven Wirtschaft" Südwestrußlands vergleiche. Ein Leser, der in der Literatur zur Agrarfrage bewandert ist, weiß natürlich, daß auch *Maslow selber* wie andere Autoren – und sei es auch nur für einzelne Gebiete – einen ruinierten Bauern ohne Pferd und mit 4 Desjatinen Land in irgendeinem entlegenen Winkel und einen reichen Farmer, der auf gleich großer Fläche in der Nähe einer Großstadt intensiven Gemüsebau betreibt, einander gegenüberstellen. An ganz unpassender Stelle sucht hier Gen. Maslow mit „detaillierter Analyse" zu prahlen! Es ist eben *Prahlerei* und kein wissenschaftliches Argument, denn es ist unmöglich, die *Ergebnisse* des Kampfes anders klarzustellen, als ich es tue, und Maslow selber begreift ausgezeichnet, daß „detaillierte Analysen" im „Przegląd" nicht möglich sind.

Mein Argument, die Trudowikigruppe habe durch ihr Eintreten für die Nationalisierung den Menschewiki bewiesen, daß ich recht habe, analysiert Maslow nicht einfach, sondern sucht es indirekt durch die Behauptungen abzuschwächen, daß 1. die Nationalisierung „beschnitten" worden sei und daß 2. den Autonomisten der I. Duma sich „eben deshalb" viele angeschlossen hätten, „weil ihre Wähler keine Nationalisierung des Grund und Bodens wollten".

Heißt das nicht der Frage ausweichen? Was hat die Nationalisierung mit diesem „Beschneiden" zu tun? Und was haben die Autonomisten damit zu tun, daß Maslow 1905 und alle Menschewiki in Stockholm kategorisch erklärten, die russischen Bauern würden mit der Nationalisierung

nicht einverstanden sein, sie würden sie mit einer Vendée beantworten? Die für ihn unangenehme Tatsache, daß die Annahme des Nationalisierungsprogramms durch die Trudowikigruppe *nach* dem Stockholmer Parteitag die Argumente der Menschewiki *widerlegt* hat, übergeht Maslow mit Schweigen. Eine „Antwort" zu geben, in der man sich systematisch um den Kern der Sache herumdrückt, ist nicht schwer, aber sie hat keinen großen Wert. Es ist Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten in der I. wie in der II. Duma oft in eine dumme Lage gerieten, weil die Sozialdemokraten die Nationalisierung *mehr* „beschnitten" als die Bauern selbst. Die Sozialdemokraten gerieten in die Lage spießerhaft-ängstlicher Intellektueller, die dem Bauern *raten*, er möchte den alten, mittelalterlichen Anteillandbesitz *vorsichtiger* behandeln, er solle ihn mehr festigen, solle das neue, freie Eigentum am Grund und Boden langsamer dem Kapitalismus anpassen! Nicht darum handelt es sich, Genosse Maslow, daß die Trudowiki die Nationalisierung beschnitten haben, sondern darum, daß sie von Sozialdemokraten, von Marxisten noch mehr beschnitten wurde, denn Munizipalisierung ist nichts anderes als eine bis zur Unkenntlichkeit beschnittene Nationalisierung. Es ist nicht schlimm, daß die Autonomisten manchmal die Nationalisierung ablehnten*; schlimm ist aber, daß die russischen Sozialdemokraten nicht imstande gewesen sind, den Charakter des Kampfes der russischen Bauernschaft zu verstehen. Nicht darin besteht die Demagogie Maslows, daß er den ablehnenden Standpunkt einiger Autonomisten hinsichtlich der Nationalisierung konstatiert, sondern darin, daß er die Ablehnung der Munizipalisierung durch viele Autonomisten verheimlicht und sie mit kleinbürgerlich-separatistischen Argumenten gegen die Nationalisierung aufzuhetzen sucht!

Die Autonomisten sind gegen die Nationalisierung. Möge der Leser selber entscheiden, für wen ein solches Argument spricht. Ich meinerseits möchte daran erinnern, daß ich bereits 1903 in meiner Polemik gegen das *damalige* Programm Maslows die Munizipalisierung als eine beschnittene Nationalisierung bezeichnet habe. Ich erinnere ferner daran, daß ich 1906, vor dem Stockholmer Parteitag, in der Polemik mit Maslow betont habe, die Frage der nationalen Autonomie dürfe nicht mit der Nationalisierungs-

* Und bei weitem nicht alle Autonomisten! Maslow müßte über die Tatsache ein wenig nachdenken, daß sich der ukrainische Autonomist Tschishewski für die Nationalisierung aussprach.

frage verwechselt werden.* Die Autonomie wird durch die Grundprinzipien unseres Programms gewährleistet, folglich sichern sie auch die autonome Verfügung über den nationalisierten Boden! Dieses Abc kann Maslow nicht begreifen! Nationalisierung bedeutet Aufhebung der absoluten Rente, Übertragung des Eigentums am gesamten Grund und Boden an den Staat, Verbot jeder Abtretung von Boden, d. h. Beseitigung jeglicher Vermittler zwischen dem Landwirt, der diesen Boden bebaut, und dem Eigentümer des Bodens, d. h. dem Staat. Im Rahmen dieses Verbots ist eine Autonomie der Länder und Völker bezüglich der freien Verfügung über den Boden, der Festsetzung der Ansiedlungs- und Verteilungsbedingungen usw. usf. durchaus zulässig; sie widerspricht in keiner Weise der Nationalisierung und gehört zu den Forderungen unseres politischen Programms. Daraus ergibt sich ganz klar, daß nur Kleinbürger, wie es alle „Autonomisten" waren, ihre Feigheit, ihre Abneigung gegen einen aktiven, konsequenten Kampf für eine einheitliche, zentralisierte Agrarrevolution damit bemänteln konnten, daß sie die Befürchtung äußerten, die Autonomie könnte verlorengehen. Für die Sozialdemokratie steht die Frage gerade umgekehrt: Für das Proletariat handelt es sich darum, die Revolution sowohl auf politischem als auch auf agrarischem Gebiet zu Ende zu führen. Damit sie zu Ende geführt werden kann, bedarf es der Nationalisierung des Grund und Bodens, die eben von den Trudowiki, d. h. von den politisch bewußten russischen Bauern, gefordert wird. Das ökonomische Kriterium eines solchen Schrittes steht für den Marxisten im Vordergrund; dieses ökonomische Kriterium besagt, daß, entsprechend der Marxschen Lehre, die bürgerliche Nationalisierung des Grund und Bodens eine maximale Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft gewährleistet. Somit ist ein entschlossener bürgerlich-revolutionärer Schritt auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft unlösbar verknüpft mit einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Umwälzung auf politischem Gebiet, d. h. mit der Errichtung der Republik, die allein die *wahrhafte Autonomie* zu gewährleisten vermag. Das ist das wirkliche Wechselverhältnis zwischen Autonomie und Agrarumwälzung, was aber Maslow absolut nicht begriffen hat!

Meine Berufung auf die „Theorien über den Mehrwert" von Marx nennt Maslow eine „Ausflucht", da Marx nicht gesagt habe, „daß die

* Siehe Werke, Bd. 10, S. 174–177. *Die Red.*

Bauern sich selbst expropriieren wollen". Aber Genosse Maslow! Haben Sie die klaren Worte von Marx wirklich nicht verstanden? Sagt Marx, daß die vollständige Vernichtung des mittelalterlichen Eigentums am Grund und Boden für den Kapitalismus von Vorteil ist – ja oder nein? Bedeutet die von den Trudowiki vertretene Nationalisierung des Grund und Bodens, die 1905–1907 von den russischen Bauern gefordert wurde, eine Vernichtung des mittelalterlichen Eigentums – ja oder nein? Gerade darum handelte es sich doch, mein liebenswürdiger Opponent, und die lächerliche Umbenennung der bürgerlich-bäuerlichen Nationalisierung in „Expropriation" der Bauern widerlegt in keiner Weise meine richtige Fragestellung ... „Auch in der Industrie", sagt Maslow weiter, „ruiniert der Kapitalismus den Kleinbesitz, folgt aber etwa daraus, daß die Sozialdemokraten sich die Expropriation der Kleingewerbetreibenden zur Aufgabe machen sollen? ..."

Das ist einfach köstlich! Den Kampf der Bauern gegen die mittelalterlichen Schranken im Grundbesitz, den Kampf um die Nationalisierung des Grund und Bodens, die, wie Marx nachwies, die Entwicklung des Kapitalismus am meisten fördert, als „Expropriation" der Bauern bezeichnen und sie der Expropriation des Kleingewerbetreibenden durch das Kapital gleichsetzen! Um Himmels willen, Genosse Maslow, überlegen Sie, um aller Heiligen, warum wir den Bauern gegen den Gutsherrn *unterstützen*, die Unterstützung der Kleingewerbetreibenden gegen die Fabrik aber als Angelegenheit von Antisemiten betrachten.

Maslow versteht nicht, daß die Unterstützung des Kleingewerbetreibenden, d. h. des Kleinbesitzes in der Industrie, als eine unter allen Umständen unbedingt reaktionäre Tätigkeit niemals Sache der Sozialdemokraten sein kann. Die Unterstützung des Kleinbesitzes in der Landwirtschaft dagegen *kann* Pflicht des Marxisten sein, und sie *muß* es immer sein, wenn der bürgerliche Kleinbetrieb gegenüber der großen feudalen Wirtschaft ökonomisch *progressiv* ist. Niemals hat Marx das Kleingewerbe gegen die Großindustrie unterstützt, aber er unterstützte in den vierziger Jahren hinsichtlich Amerikas und im Jahre 1848 hinsichtlich Deutschlands den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, die Bauern, gegen die feudalen Latifundien. 1848 schlug Marx vor, die deutschen feudalen Güter aufzuteilen. Marx unterstützte die gegen die großen, auf Sklaverei aufgebauten amerikanischen Güter gerichtete Bewegung der Kleinbesitzer für Frei-

heit des Grund und Bodens, für die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden in Amerika.[90]

War die Richtung der Agrarpolitik Marx' richtig? Ja, sie war richtig, werter Genosse Maslow, der Sie die Theorie der absoluten Rente im Geiste der bürgerlichen Ökonomie „revidiert" haben, aber noch nicht dazu gekommen sind, alles übrige bei Marx ebenfalls zu „revidieren". Die bürgerliche Revolution kann auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft nur dann konsequent und wirklich siegreich sein, wenn sie mit dem ganzen feudalen Eigentum gewaltsam und gründlich aufräumt, das ganze frühere Eigentum am Grund und Boden hinwegfegt und an seiner Statt die Voraussetzungen schafft für ein neues, freies, nicht dem Gutsbesitzer, sondern dem Kapital angepaßtes bürgerliches Eigentum am Grund und Boden. Die Nationalisierung des Grund und Bodens entspricht der Richtung einer solchen Umwälzung völlig, ja noch mehr, die Nationalisierung ist die einzige Maßnahme, mittels derer diese Umwälzung mit der größten in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt denkbaren Konsequenz vollzogen werden kann. Es gibt keinen anderen Weg, der in gleich entschiedener und möglichst schmerzloser Weise die Bauern aus dem „Getto" des Anteillandbesitzes befreien, keinen anderen Weg, der die alte, durch und durch morsche Dorfgemeinde auf nicht polizeilichem, nicht bürokratischem Wege und auch nicht auf dem Wege über den Wucher vernichten könnte.

Untersucht man die Dinge objektiv, so ist die Frage in der russischen bürgerlichen Revolution so und nur so gestellt: Wird es Stolypin (d. h. der Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft) sein, der das alte Eigentum am Grund und Boden dem Kapitalismus anpassen wird, oder aber werden es die Bauernmassen selber tun, nachdem sie die Herrschaft der Gutsherren und des Zaren gestürzt haben. Im ersten Falle ist eine Anpassung nur über Reformen möglich, d. h. nur eine halbe, unendlich langsame und lange andauernde Anpassung, die ein viel langsameres Wachstum der Produktivkräfte, geringste Entwicklung der Demokratie bedeutet und Rußland zu langjähriger Junkerherrschaft verurteilt. Im zweiten Falle ist nur eine revolutionäre Anpassung möglich, d. h. eine solche, die die feudalen Besitzungen gewaltsam hinwegfegt und rascheste Entwicklung der Produktivkräfte gewährleistet. Ist diese revolutionäre Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes denkbar, wenn der alte Anteillandbesitz der Bauern erhalten bleibt? Nein, sie wäre unter diesen Umständen nicht denkbar,

und die Bauernabgeordneten beider Dumas haben klar bewiesen, daß das unmöglich ist. Sie taten es, indem sie den politischen Typus der Bauernschaft ganz Rußlands zur Zeit der bürgerlichen Revolution schufen: den Typus des *Trudowiks*, der die *Nationalisierung* des Grund und Bodens fordert.

Mit seinem Geschrei über den sozialrevolutionären Charakter der Nationalisierung wiederholt Maslow die alte Methode der Menschewiki: mit den Kadetten liebäugeln und zugleich die revolutionären Sozialdemokraten einer Annäherung an die Sozialrevolutionäre beschuldigen. Man kokettiert mit den liberal-monarchistischen Gutsbesitzern und Kaufleuten und entrüstet sich darüber, daß die revolutionären Sozialdemokraten in der bürgerlichen Revolution mit den revolutionären bäuerlichen Bourgeois zusammengehen wollen. Doch nicht genug damit: Indem Maslow gegen den sozialrevolutionären Charakter der Nationalisierung vom Leder zieht, offenbart er, daß ihm für eine marxistische Analyse der volkstümlerischen Anschauungen und Träume der russischen Bauernschaft jedes Verständnis abgeht. Maslow begreift nicht, daß die Sozialdemokraten in Rußland schon längst das reaktionäre Wesen der sozialistischen oder richtiger quasi-sozialistischen Theorien oder Träume von einer Neuaufteilung des Bodens (schwarze Umteilung) usw. und den *bürgerlich progressiven Charakter* dieses Ideals im heutigen noch halbfeudalen Rußland entschleiert haben. Hinter den kleinbürgerlichen *Phrasen* der Sozialrevolutionäre vom Sozialismus vermag Maslow nicht die bürgerliche Wirklichkeit, eben den revolutionären Kampf gegen allen mittelalterlichen Plunder zu sehen. Wenn ein Sozialrevolutionär von ausgleichender Bodennutzung, von Sozialisierung des Grund und Bodens usw. spricht, so redet er, ökonomisch gesehen, Unsinn; er zeigt damit nur seine Unwissenheit auf dem Gebiet der ökonomischen Wissenschaft und der Theorie von der Entwicklung des Kapitalismus. Doch hinter all diesen Phrasen, hinter all diesen Träumen verbirgt sich ein überaus lebendiger, realer – nur ganz und gar nicht sozialistischer, sondern rein bürgerlicher Inhalt, nämlich: die Wegbereinigung für den Kapitalismus, die Niederreißung aller mittelalterlichen und ständischen Schranken hinsichtlich des Grund und Bodens, die Schaffung einer Sphäre für das freie Wirken des Kapitalismus. Das ist es, was unser armer Maslow nicht begreifen kann – und dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Umstand, daß er die Marxsche Theorie

der absoluten Rente nicht zu verstehen vermag, die im Gegensatz zur Differentialrente in der kapitalistischen Gesellschaft aufgehoben werden kann und deren Aufhebung die Entwicklung dieser Gesellschaft fördert.

Maslow versteht es nicht, die Sozialrevolutionäre zu bekämpfen, er vulgarisiert den Marxismus und verurteilt sich damit selber dazu, bloß immer das „Hinterteil" des an seine Parzelle gefesselten Bauern zu sehen, und so vermag er auch nicht, die demokratische Einstellung und den revolutionären bürgerlichen Geist des Bauern zu begreifen, der sowohl den gutsherrlichen als auch den Anteillandbesitz hinwegfegen will.

Weil es Maslow nicht versteht, die Sozialrevolutionäre zu bekämpfen, überläßt er ihnen, den kleinbürgerlichen Sozialisten, die Kritik des Privateigentums am Grund und Boden. Vom Standpunkt der Entwicklung des Kapitalismus hat Marx sie geübt und müssen sie die Marxisten üben. Da Maslow sich durch seine Leugnung der absoluten Rente diesen Weg verrammelt hat, muß er vor den Sozialrevolutionären kapitulieren und in der Theorie anerkennen, daß sie recht haben, während in Wirklichkeit Marx recht hat! Er kapituliert vor den Sozialrevolutionären, die das Privateigentum am Grund und Boden auf kleinbürgerliche Art kritisieren – d. h. nicht vom Standpunkt der Weiterentwicklung des Kapitalismus, sondern vom Standpunkt der Eindämmung seiner Entwicklung. Maslow hat nicht begriffen, daß der Fehler der Sozialrevolutionäre in ihrem Agrarprogramm *nach der Nationalisierung* beginnt, d. h. dort, wo sie zur „Sozialisierung" und zum „Ausgleich" übergehen und sich dabei dazu versteigen, den Klassenkampf unter der Kleinbauernschaft zu leugnen. Die Sozialrevolutionäre verstehen nicht den *bürgerlichen* Charakter der Nationalisierung – darin liegt ihr Hauptfehler. Jeder Marxist, der das „Kapital" studiert hat, möge mir antworten, ob man den bürgerlichen Charakter der Nationalisierung erfassen kann, wenn man die absolute Rente leugnet.

Weiter sagt Maslow, daß ich den gesamten bäuerlichen Kleinbesitz in ganz Europa zu einem mittelalterlichen stemple. Das ist völlig falsch! In Europa gibt es keinen „Anteilland"besitz, keine Ständeschranken, sondern bereits ein freies, kapitalistisches und kein feudales Eigentum am Grund und Boden. In Europa gibt es keine von den Sozialdemokraten unterstützte Bauernbewegung gegen die Gutsbesitzer. Das hat P. Maslow vergessen!

Gehen wir zu den politischen Argumenten über. Mein Argument, die Munizipalisierung sei bei den Menschewiki mit dem Gedanken an einen

Kompromiß mit der Monarchie verbunden, wird von Maslow als „Insinuation" und „bewußte Lüge" bezeichnet – aber wie lautet doch mein wörtliches Zitat aus der Rede des Menschewiks Nowossedski, Genosse Maslow? Wer äußert hier Lügen? Oder möchten Sie vielleicht durch „furchterregende" Worte das für Sie unangenehme Geständnis Nowossedskis vertuschen?

Die Übergabe des Bodens an die Munizipalitäten erhöht deren Chancen im Kampf gegen die Restauration, behauptet Maslow. Ich aber bin so frei zu glauben, daß nur das Erstarken der zentralen republikanischen Staatsgewalt das Vorhaben der Reaktion ernstlich erschweren kann, während eine Aufsplitterung der Mittel und Kräfte auf einzelne Gebiete ihr Vorhaben nur erleichtert. Wir müssen bestrebt sein, die revolutionären Klassen und vor allem das Proletariat der verschiedenen Staatsgebiete zu einer Armee zusammenzuschließen, nicht aber an den aussichtslosen, ökonomisch unmöglichen und sinnlosen föderalistischen Versuch glauben, die Einnahmen aus den konfiszierten Ländereien den einzelnen Gebieten zu überlassen. „Wählt, polnische Genossen", sagt Maslow, „soll der polnische Sejm die Einnahmen aus dem konfiszierten Boden für sich behalten, oder sollen sie an die ‚Moskowiter' in Petersburg abgeführt werden?"

Ein großartiges Argument! Keine Spur von Demagogie darin! Auch keine Verwechslung der Agrarfrage mit der Frage der Autonomie für Polen!

Ich aber sage: Freiheit für Polen ist unmöglich ohne Freiheit für Rußland. Diese Freiheit wird es nicht geben, wenn die polnischen und russischen Arbeiter ihre Aufgabe, die russischen Bauern in ihrem Kampf für die Nationalisierung des Grund und Bodens, in ihrem Kampf für den vollen Sieg sowohl auf politischem als auch auf agrarischem Gebiet zu unterstützen, nicht erfüllen. Munizipalisierung und Nationalisierung müssen vom Standpunkt der ökonomischen Entwicklung Zentralrußlands, vom Standpunkt der politischen Geschicke des gesamten Staates beurteilt werden, nicht aber unter dem Gesichtspunkt der Besonderheiten des einen oder anderen autonomen nationalen Gebiets. Ohne Sieg des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft in Rußland ist es lächerlich, von wahrer Autonomie für Polen, von den Rechten der Munizipalitäten usw. auch nur zu reden. Das sind hohle Phrasen. Die Bauernschaft Rußlands aber hat gerade, soweit sie revolutionär ist, soweit sie Kompromisse mit

der Bourgeoisie und den Oktobristen ablehnt und Schulter an Schulter mit den Arbeitern und der Demokratie marschiert, ihre Sympathien für die Nationalisierung des Grund und Bodens bereits unwiderleglich bewiesen. Wenn die Bauernschaft aufhört, revolutionär zu sein, d. h. wenn sie diese Sympathien aufgibt, sich von der bürgerlich-demokratischen Revolution abwendet, dann wird den Bauern die Sorge Maslows um die Aufrechterhaltung des alten Eigentums am Grund und Boden gefallen – aber dann wird auch die von Maslow vertretene Munizipalisierung bereits völlig lächerlich sein. Solange jedoch der revolutionär-demokratische Kampf der Bauernschaft weitergeführt wird, solange das „Agrarprogramm" der Marxisten in der bürgerlichen Revolution einen Sinn hat, ist es unsere Pflicht, die revolutionären Forderungen der Bauern, darunter auch die nach Nationalisierung des Grund und Bodens, zu unterstützen. Diese Forderung der russischen Bauern wird Maslow aus der Geschichte der russischen Revolution nicht streichen können – und wir sind gewiß, daß der Aufschwung der sozialen Bewegung, der Aufschwung des Kampfes der Bauernschaft für Grund und Boden, wenn er wieder einsetzt, das ganze reaktionäre Wesen der „Munizipalisierung" eindeutig zutage fördern wird.

Veröffentlicht Oktober–November 1908 in der Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny" Nr. 8-9. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitschrift. Übersetzung aus dem Polnischen.

ZUR BEURTEILUNG DER GEGENWÄRTIGEN LAGE

Auf der Tagesordnung der bevorstehenden Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR steht die Frage „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei". Unsere Parteiorganisationen haben bereits begonnen – und Moskau und Petersburg gehen hier allen übrigen Zentren voran –, diese Frage, die für uns zweifellos außerordentlich große Bedeutung besitzt, systematisch zu erörtern.

Die Periode, die wir jetzt durchleben, eine Periode der Stagnation der Befreiungsbewegung, zügelloser Reaktion, des Verrats und der Niedergeschlagenheit im Lager der Demokratie, eine Periode der Krise und des teilweisen Zerfalls der sozialdemokratischen Organisationen, macht es dringend notwendig, vor allem die grundlegenden Lehren aus der ersten Periode unserer Revolution zu ziehen. Wir meinen hier nicht die taktischen Lehren im engeren Sinne, sondern zunächst die allgemeinen Lehren der Revolution, und demgemäß wird unsere erste Frage lauten: Welcher Art sind die objektiven Veränderungen, die in der Klassengruppierung und im politischen Kräfteverhältnis in Rußland von 1904 bis 1908 eingetreten sind? Die hauptsächlichen Veränderungen können, unserer Meinung nach, in folgenden fünf Punkten zusammengefaßt werden: 1. Die Agrarpolitik der Selbstherrschaft hat sich in der Bauernfrage prinzipiell weitgehend gewandelt: Die Politik der Unterstützung und Festigung der alten Dorfgemeinde wurde abgelöst durch eine Politik ihrer beschleunigten Vernichtung und Ausplünderung durch behördliche Maßnahmen. 2. Die Interessenvertretung des reaktionären Adels und der Großbourgeoisie ist um einen gewaltigen Schritt vorangekommen: Statt der früheren örtlichen gewählten Komitees des Adels und der Kaufmannschaft, statt vereinzelter und zufälliger Versuche, eine gesamtrussische Vertretung für sie zu

schaffen, besteht heute ein einheitliches Vertretungsorgan, die Reichsduma, in der diesen beiden Klassen das absolute Übergewicht gesichert ist. Die Vertretung der liberalen Berufe – von der Bauernschaft und dem Proletariat ganz zu schweigen – ist in dieser pseudokonstitutionellen Institution, die dazu bestimmt ist, die Selbstherrschaft zu stabilisieren, auf die Rolle eines bloßen Anhängsels reduziert. 3. Zum erstenmal haben sich in Rußland die Klassen im offenen politischen Kampf klar voneinander abgegrenzt und ihr bestimmtes Gesicht gewonnen: die heute legal und illegal existierenden politischen Parteien (richtiger: halb illegal, denn ganz „illegale", geheime Parteien gibt es nach der Revolution in Rußland nicht) bringen mit noch nie dagewesener Präzision die Interessen und Positionen der einzelnen Klassen zum Ausdruck, welche in drei Jahren hundertmal schneller gereift sind als in dem vorangegangenen halben Jahrhundert. Der reaktionäre Adel, die national-„liberale" Bourgeoisie, die kleinbürgerliche Demokratie (die Trudowiki nebst ihrem kleinen linken Flügel, den Sozialrevolutionären) und die proletarische Sozialdemokratie haben alle in dieser Zeit die „embryonale" Periode ihrer Entwicklung abgeschlossen und – nicht durch Worte, sondern durch Tatsachen und Massenaktionen – auf viele Jahre hinaus ihren Charakter festgelegt. 4. Das, was man vor der Revolution die liberale und liberal-volkstümlerische „Gesellschaft" oder den „gebildeten" Teil und die Vertreterin der „Nation" überhaupt nannte, die breite Masse der wohlhabenden „Opposition" aus Adels- und Intellektuellenkreisen, jener Opposition, die scheinbar etwas in sich Geschlossenes, Homogenes war und die Semstwos, die Universitäten, die ganze „anständige" Presse usw. usf. durchdrang – sie alle offenbarten sich in der Revolution als Ideologen und Anhänger der Bourgeoisie, stellten sich auf einen heute für alle offenkundigen *konterrevolutionären* Standpunkt gegenüber dem *Massen*kampf des sozialistischen Proletariats und der demokratischen Bauernschaft. Die konterrevolutionäre liberale Bourgeoisie bildete sich heraus und wächst heran. Diese Tatsache wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß die „fortschrittliche" legale Presse sie leugnet oder daß unsere Opportunisten, die Menschewiki, sie totschweigen wollen und sie nicht verstehen. 5. Millionen Menschen unseres Volkes haben in den verschiedenartigsten Formen des unmittelbar revolutionären und wirklichen Massenkampfes – bis zum „Generalstreik", bis zur Vertreibung der Gutsbesitzer und Niederbrennung ihrer Herrensitze, bis zum offenen

bewaffneten Aufstand – praktische *Erfahrungen* gesammelt. Wer bereits vor der Revolution Revolutionär oder ein klassenbewußter Arbeiter war, ist gar nicht imstande, auf einmal die ganze gewaltige Bedeutung dieser Tatsache zu erfassen, die eine ganze Reihe früherer Vorstellungen vom Entwicklungsgang der politischen Krise, vom Tempo dieser Entwicklung, von der Dialektik der von den Volksmassen praktisch geschaffenen Geschichte grundlegend wandelte. Die Verarbeitung dieser Erfahrungen *durch die Massen* ist ein unmerklicher, komplizierter und langsamer Prozeß, der eine viel wichtigere Rolle spielt als viele an der Oberfläche des politischen Lebens des Staates abrollende Geschehnisse, die nicht nur politisch Unerfahrene, sondern manchmal auch Politiker recht „ehrwürdigen" Alters auf Irrwege locken. Die führende Rolle der proletarischen Massen in der ganzen Revolution und auf allen Gebieten des Kampfes, von den Demonstrationen über den Aufstand bis zur „parlamentarischen" Tätigkeit (in chronologischer Reihenfolge), ist in dieser als ein Ganzes genommenen Periode für jedermann greifbar zutage getreten.

Dies sind die objektiven Wandlungen, die zwischen dem Rußland vor dem Oktober 1905 und dem jetzigen eine tiefe Kluft aufgerissen haben. Dies sind die *Ergebnisse* einer in ihrem Inhalt überaus reichen Periode von drei Jahren unserer Geschichte – natürlich nur sozusagen summarische Ergebnisse, sofern man in wenigen Worten die Hauptpunkte, das Wesentlichste umreißen kann. Behandeln wir nunmehr die Schlußfolgerungen hinsichtlich der Taktik, zu denen uns diese Ergebnisse drängen.

Die Änderung der Agrarpolitik der Selbstherrschaft ist für ein „bäuerliches" Land wie Rußland von größter Bedeutung. Sie ist kein Zufall, keine bloße Schwankung im Kurs der Regierung, keine Erfindung der Bürokratie. Nein, sie stellt einen sehr nachdrücklichen „Ruck" in Richtung zum *Agrar-Bonapartismus* dar, in Richtung einer liberalen (im ökonomischen Sinne, d. h. einer bürgerlichen) Politik auf dem Gebiet der bäuerlichen Grundbesitzverhältnisse. Der Bonapartismus ist ein Lavieren der Monarchie, die ihre alte, patriarchalische oder feudale, einfache und kompakte Stütze verloren hat, einer Monarchie, die Seiltänzerkünste vollführen muß, um nicht zu stürzen, die liebäugeln muß, um regieren zu können, die genötigt ist zu bestechen, um zu gefallen, die sich mit dem Abschaum der Gesellschaft, mit direkten Dieben und Gaunern verbrüdern muß, um sich nicht allein mittels der Bajonette zu halten. Der Bona-

partismus ist eine von Marx und Engels an Hand vieler Tatsachen aus der neueren Geschichte Europas untersuchte objektiv notwendige Evolution der Monarchie in jedem bürgerlichen Land. So hätte auch der Agrar-Bonapartismus Stolypins, der in diesem Punkt sowohl von den erzreaktionären Gutsbesitzern als auch von der oktobristischen Bourgeoisie bewußt und konsequent unterstützt wird, überhaupt nicht geboren werden, geschweige denn schon bald zwei Jahre am Leben bleiben können, wenn sich nicht die russische Dorfgemeinde selbst in kapitalistischer Richtung entwickelte, wenn innerhalb der Gemeinde sich nicht stetig Elemente herausbildeten, mit denen die Selbstherrschaft liebäugeln und denen sie sagen kann: „Bereichert euch! Plündert die Gemeinde, aber unterstützt mich!" Daher wäre jede Einschätzung der Stolypinschen Agrarpolitik, die einerseits deren bonapartistische Methoden, anderseits deren bürgerliches (-liberales) Wesen nicht berücksichtigte, unbedingt fehlerhaft.

Unsere Liberalen beispielsweise offenbaren ihre verschwommene Erkenntnis, daß die Stolypinsche Agrarpolitik Bonapartismus ist, indem sie deren Polizeicharakter, die idiotische bürokratische Einmischung in das Leben der Bauernschaft usw. usf. angreifen. Wenn aber die Kadetten die gewaltsame Zerstörung der „althergebrachten" Grundfesten unseres Landlebens bejammern, so sind sie einfach *reaktionäre* Klageweiber. Ohne gewaltsame, ohne revolutionäre Zertrümmerung der Grundfesten des alten russischen Dorfes kann sich Rußland nicht entwickeln. Der Kampf wird – obwohl sehr viele seiner Teilnehmer sich dessen nicht bewußt sind – *nur* darum geführt, ob diese Gewalt von der Gutsbesitzermonarchie gegen die Bauern oder von der Bauernrepublik gegen die Gutsbesitzer ausgeübt werden wird. In beiden Fällen ist eine bürgerliche – und keinerlei andere – Agrarrevolution in Rußland *unvermeidlich*, aber im ersten Falle würde sie sich langsam und qualvoll vollziehen, im zweiten rasch, großzügig und frei durchgeführt werden. Der Kampf der Arbeiterpartei für diesen zweiten Weg ist in unserem Agrarprogramm zum Ausdruck gebracht und anerkannt – nicht in jenem Teil, wo die absurde „Munizipalisierung" verlangt wird, sondern in dem Teil, wo von der *Konfiskation des gesamten* Bodens *der Gutsbesitzer* die Rede ist. Heute, nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre, sind höchstens noch unter den Menschewiki Leute zu finden, die den Zusammenhang zwischen dem Kampf für diese Konfiskation und dem Kampf für die Republik nicht sehen. Würde die

Stolypinsche Agrarpolitik sehr lange Zeit hindurch betrieben werden, würde sie alle Agrarverhältnisse auf dem Lande endgültig in rein bürgerlicher Richtung umgestalten, so könnte sie uns veranlassen, auf jegliches Agrarprogramm in der bürgerlichen Gesellschaft zu verzichten. (Bislang haben es *sogar* die Menschewiki und sogar die Leute vom Schlage Tscherewanins unter den Menschewiki noch nicht so weit gebracht, unser Agrarprogramm aufzugeben.) Doch kann uns die Stolypinsche Politik keinesfalls dazu bewegen, heute unsere Taktik zu ändern. Wenn im Programm „Konfiskation des gesamten Bodens der Gutsbesitzer" steht, so können nur politische Kindsköpfe nicht sehen, daß sich daraus eine revolutionäre (im unmittelbaren, engen Sinne des Wortes) Taktik ableitet. Und es wäre falsch, die Frage so zu stellen: Wenn die Stolypinsche Politik ein „Fiasko" erleidet, so ist ein Aufschwung nahe, und umgekehrt. Ein Fiasko der bonapartistischen Methoden bedeutet noch nicht den Zusammenbruch der Politik der Ruinierung der Dorfgemeinde durch die Kulaken. Und umgekehrt: ein „Erfolg" Stolypins im Dorf jetzt und in den nächsten Jahren wird *im Grunde genommen* die Kämpfe innerhalb der Bauernschaft mehr entfachen als mildern, denn anders als auf einem überaus langen Wege kann das „Ziel", d. h. die vollständige und endgültige Durchsetzung einer *rein* bürgerlichen Agrarwirtschaft nicht erreicht werden. Ein „Erfolg" Stolypins in den nächsten Jahren könnte bestenfalls zur Herausbildung einer Schicht bewußt konterrevolutionärer, oktobristischer Bauern führen, aber gerade eine solche Verwandlung der wohlhabenden Minderheit in eine politisch bewußte, in sich geschlossene Kraft würde unvermeidlich einen gewaltigen Antrieb zur Entwicklung des politischen Bewußtseins und des Zusammenschlusses der demokratischen Massen gegen diese Minderheit bedeuten. Wir als Sozialdemokraten könnten uns nichts Besseres wünschen als die Umwandlung des spontanen, zersplitterten, blindlings geführten Kampfes zwischen den „Blutsaugern" und der „Gesellschaft" in einen bewußt und offen geführten Kampf zwischen Oktobristen und Trudowiki.

Behandeln wir nunmehr die Dumafrage. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese stockreaktionäre „Verfassungs"institution ebenfalls eine Stufe der bonapartistischen Entwicklung der absoluten Monarchie bildet. Alle jene geschilderten Merkmale des Bonapartismus zeigen sich ganz deutlich sowohl im heutigen Wahlgesetz als auch in der durch Fälschung zustande gekommenen, aus Schwarzhundertern plus Oktobristen bestehenden

Mehrheit, in der Nachahmung Europas, in der Jagd nach Anleihen, deren Verausgabung von „Volksvertretern" angeblich kontrolliert wird, in der völligen Mißachtung aller Debatten und Beschlüsse der Duma in der praktischen Politik der Selbstherrschaft. Der Widerspruch zwischen der faktisch uneingeschränkt die Macht ausübenden reaktionären Selbstherrschaft und dem äußeren Schein einer bürgerlichen „Verfassung" tritt immer augenfälliger zutage und bringt Elemente einer neuen revolutionären Krise mit sich. Man wollte mit der Duma die Selbstherrschaft verschleiern, übertünchen, herausputzen – in Wirklichkeit aber entlarvt, entblößt, entschleiert die Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen mit jedem Tage ihres Bestehens mehr den wahren Charakter unserer Staatsmacht, ihre wirklichen Klassenstützen und ihren Bonapartismus. Man wird an dieser Stelle an die bemerkenswert tiefgründige Äußerung von Engels über die Bedeutung des *Übergangs* von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie erinnert (in einem Brief an Bernstein vom 27. August 1883[91]). Während die Liberalen überhaupt und die russischen Kadetten im besonderen in diesem Übergang eine Erscheinungsform und eine Garantie des berüchtigten „friedlichen" Fortschritts erblicken, verwies Engels auf die geschichtliche Rolle der konstitutionellen Monarchie als einer Staatsform, die den *Entscheidungs*kampf zwischen den Feudalherren und der Bourgeoisie erleichtert. „Aber wie dieser Kampf", schrieb Engels, „nicht unter der alten absoluten Monarchie ausgefochten werden konnte, sondern nur in der konstitutionellen (England, Frankreich 1789–1792 und 1815 bis 1830), so der zwischen Bourgeoisie und Proletariat nur in der Republik." Als „konstitutionelle Monarchie" bezeichnet Engels hier unter anderem auch das Frankreich des Jahres 1816, wo die berühmte Chambre introuvable, die erzreaktionäre, konterrevolutionäre Kammer, wütete und eifervoll den weißen Terror gegen die Revolution unterstützte, sicherlich nicht minder als unsere dritte Duma. Was bedeutet das? Betrachtete Engels die reaktionären Versammlungen der Gutsbesitzer und Kapitalisten, die den Absolutismus im Kampf gegen die Revolution unterstützten, als wirkliche konstitutionelle Institutionen? Nein. Es bedeutet, daß es historische Situationen gibt, da Institutionen, die die Verfassung verfälschen, den Kampf für eine wirkliche Verfassung entfesseln und eine Etappe in der Entwicklung neuer *revolutionärer* Krisen ausmachen. In der ersten Periode unserer Revolution glaubte die Mehrheit der Bevölkerung noch daran, daß es

möglich sei, eine wirkliche Verfassung mit der Selbstherrschaft in Einklang zu bringen; die Kadetten bauten ihre ganze Politik darauf auf, diesen Glauben unter der Bevölkerung systematisch zu stärken; die Trudowiki folgten in diesem Punkt den Kadetten mindestens zur Hälfte. Jetzt aber zeigt die Selbstherrschaft mit ihrer dritten Duma dem Volk anschaulich, mit was für einer „Verfassung" sie „in Einklang" gebracht werden kann und läßt damit den umfassenderen und entschlosseneren Kampf *gegen die Selbstherrschaft* immer näher rücken.

Hieraus ergibt sich unter anderem, daß eine Ersetzung unserer alten Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft" durch die Losung „Nieder mit der dritten Duma" völlig falsch wäre. Unter welchen Umständen könnte eine Losung, wie „Nieder mit der Duma", Bedeutung gewinnen? Nehmen wir an, wir hätten in einer Zeit der schärfsten, bereits bis zum offenen Bürgerkrieg herangereiften revolutionären Krise eine liberale, reformerisch und paktiererisch eingestellte Duma vor uns. Es ist durchaus denkbar, daß in einem solchen Moment die Losung „Nieder mit der Duma", d. h. nieder mit den Friedensverhandlungen mit dem Zaren, nieder mit betrügerischer „Friedens"stiftung, wir rufen zum Sturm – zu unserer Losung werden könnte. Nehmen wir umgekehrt an, wir besäßen eine stockreaktionäre Duma, gewählt auf Grund eines veralteten Wahlrechts. Nehmen wir weiter an, es gäbe im Land keine akute revolutionäre Krise. In diesem Fall könnte die Losung „Nieder mit der Duma" zur Losung im Kampf für eine Wahlrechtsreform werden. Bei uns aber sehen wir nichts, was auf den einen oder den anderen Fall hindeutete! Die III. Duma ist keine paktiererische, sondern eine unverhüllt konterrevolutionäre Duma, die die Selbstherrschaft nicht verschleiert, sondern sie nur noch mehr entlarvt, die in keiner Beziehung eine selbständige Rolle spielt: Niemand erwartet von ihr fortschrittliche Reformen; niemand glaubt, daß die Quelle der wirklichen Macht und Stärke des Zarismus in dieser Versammlung von Erzreaktionären liegt. Alle sind sich darüber einig, daß der Zarismus sich nicht auf diese Versammlung stützt, sondern sie ausnützt, daß der Zarismus auch bei Vertagung der Einberufung einer solchen Duma (ähnlich der „Vertagung" der Parlamentseinberufung in der Türkei im Jahre 1878[92]) oder bei ihrer Ersetzung durch einen „Semski Sobor" [Nationalversammlung] oder dergleichen seine ganze heutige Politik weiterbetreiben könnte. Die Losung „Nieder mit der Duma" würde eine Konzentration des

Kampfes auf eine nichtselbständige, nicht ausschlaggebende, nicht die Hauptrolle spielende Institution bedeuten. Eine solche Losung ist falsch. Wir müssen die alte Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft" und „Es lebe die Konstituierende Versammlung" beibehalten, denn die Selbstherrschaft ist immer noch die wirkliche Macht, die tatsächliche Stütze, das Bollwerk der Reaktion. Der Sturz der Selbstherrschaft bedeutete unausbleiblich auch die Beseitigung (und zwar die revolutionäre Beseitigung) der III. Duma als einer Institution des Zarismus; der Sturz der III. Duma, an und für sich genommen, würde entweder ein neues Abenteuer der gleichen Selbstherrschaft oder den Versuch einer trügerischen, von eben dieser Selbstherrschaft vollzogenen scheinbaren Reform zur Folge haben.*

Gehen wir weiter. Wir haben gesehen, daß sich der Klassencharakter der politischen Parteien in den drei Jahren der ersten revolutionären Periode ganz ausgeprägt abzeichnete. Hieraus folgt, daß wir bei allen Analysen des gegenwärtigen wechselseitigen Verhältnisses der politischen Kräfte, der Richtung der sich hierin vollziehenden Wandlungen usf., diesen konkreten historischen Erfahrungen, nicht aber abstrakten „allgemeinen Erwägungen" Rechnung zu tragen haben. Die ganze Geschichte der europäischen Staaten zeugt davon, daß sich gerade in Perioden unmittelbaren revolutionären Kampfes tiefgreifende und stabile Grundlagen für die Klassengruppierungen und die Scheidung in große politische Parteien herausbilden, die dann selbst in den längsten Perioden der Stagnation bestehenbleiben. Einzelne Parteien können sich in der Illegalität verbergen, nichts mehr von sich hören lassen, aus dem Vordergrund der politischen Bühne verschwinden, doch bei der geringsten Belebung werden die politischen Hauptkräfte unvermeidlich wieder auftauchen, vielleicht in veränderter Form, aber unbedingt mit demselben Charakter und derselben Richtung ihrer Tätigkeit, solange die objektiven Aufgaben der Revolution, die die eine oder andere Niederlage erlitten hat, noch ungelöst geblieben sind. Es wäre daher z. B. größte Kurzsichtigkeit, wollte man glauben, weil es keine lokalen Organisationen der Trudowiki gibt und die Trudowikigruppe in der III. Duma besonders zerfahren und hilflos ist, die demo-

* In der folgenden Nummer werden wir die andere Seite der Frage der „Duma"taktik untersuchen und uns mit dem „Brief" des otsowistischen Genossen in Nr. 5 des *„Rabotscheje Snamja"* auseinandersetzen. (Siehe den vorliegenden Band, S. 283–300. *Die Red.*)

kratischen Massen der Bauern seien zerfallen und spielten im Heranreifen der neuen revolutionären Krise keine wesentliche Rolle mehr. Eine solche Auffassung ist nur für die Menschewiki bezeichnend, die immer mehr und mehr zum „parlamentarischen Kretinismus" übelster Sorte hinabsinken (man nehme nur ihre wirklich gemeinen, Renegaten würdigen Ausfälle gegen die illegale Parteiorganisation). Marxisten sollten wissen, daß die Bedingungen der Vertretung nicht nur in unserer stockreaktionären Duma, sondern auch im idealsten bürgerlichen Parlament stets ein künstliches Mißverhältnis zwischen der wirklichen Kraft der verschiedenen Klassen und deren Widerspiegelung in der Vertretungskörperschaft schaffen werden. So z. B. erscheint die bürgerlich-liberale Intelligenz immer und überall in den Parlamenten hundertmal stärker, als sie in Wirklichkeit ist (auch in unserer Revolution nahmen die opportunistischen Sozialdemokraten die Kadetten für das, als was sie erscheinen), und umgekehrt: Sehr breite demokratische kleinbürgerliche Schichten (das städtische Kleinbürgertum während der bürgerlichen Revolution von 1848, das ländliche Kleinbürgertum bei uns) bilden oft einen höchst wichtigen Faktor im offenen Massenkampf, obwohl sie hinsichtlich ihrer Vertretung im Parlament als ganz unbedeutend erscheinen.

Unsere Bauernschaft griff in die Revolution mit sehr viel geringer entwickeltem Bewußtsein ein als einerseits der liberale Bourgeois und anderseits das sozialistische Proletariat. Daher brachte ihr die Revolution mehr als allen anderen schwere, doch nützliche Enttäuschungen, bittere, aber heilsame Lehren. Es ist ganz natürlich, daß sie diese Erfahrungen besonders schwer und besonders langsam verarbeitet. Es ist ganz natürlich, daß dabei viele „Radikale" aus der Intelligenz, die alles verächtlich abweisen, und einige sozialdemokratische Spießer, die bei der Erwähnung der bäuerlichen Demokratie geringschätzig die Nase rümpfen, während ihnen beim bloßen Anblick der „aufgeklärten" Liberalen der Speichel läuft, die Geduld verlieren werden. Das klassenbewußte Proletariat aber wird das, was es im Herbst und Winter 1905 gesehen und woran es mitgewirkt hat, nicht so leicht aus seinem Gedächtnis streichen. Wenn wir das Kräfteverhältnis in unserer Revolution abwägen, müssen wir wissen, daß ein unbedingtes Anzeichen für einen wirklich umfassenden gesellschaftlichen Aufschwung, für eine wirklich heraufziehende revolutionäre Krise im heutigen Rußland die Bewegung in der Bauernschaft sein wird.

Die liberale Bourgeoisie hat bei uns den Weg der Konterrevolution eingeschlagen. Nur die tapferen Tscherewanin und die Redakteure des „Golos Sozial-Demokrata", die ihren Gesinnungsgenossen und Kampfgefährten feige im Stich lassen, können das ableugnen. Wollte aber jemand aus dieser konterrevolutionären Gesinnung der bürgerlichen Liberalen folgern, ihre Opposition und Unzufriedenheit, ihre Konflikte mit den reaktionären Gutsbesitzern oder überhaupt die Konkurrenz und der Kampf der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie gegeneinander würden im Prozeß des Heranreifens eines neuen Aufschwungs ohne jede Bedeutung sein, so wäre dies ein sehr schwerer Fehler, regelrechter Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Erfahrungen der russischen Revolution wie auch die Erfahrungen anderer Länder erweisen unwiderleglich: Wenn die objektiven Voraussetzungen für eine tiefe politische Krise gegeben sind, dann können auch die kleinsten, vom wirklichen Herd der Revolution scheinbar weit weg liegenden Konflikte größte Bedeutung haben – als Anlaß, als der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen bringt, als Beginn eines Umschwungs in der Stimmung usw. Wir erinnern daran, daß die Semstwokampagne und die Petitionen der Liberalen von 1904 die Vorboten einer so eigentümlichen und rein proletarischen „Petition" wie der vom 9. Januar waren. Die Bolschewiki bestritten damals anläßlich der Semstwokampagne nicht, daß man diese für proletarische Demonstrationen ausnutzen müsse, sondern sie wandten sich dagegen, daß man (nämlich unsere Menschewiki) diese Demonstrationen auf die Sitzungssäle der Semstwos beschränken wollte, daß diese Demonstrationen vor den Semstwoleuten zum höchsten Typus von Demonstrationen hingestellt wurden und daß man die Pläne für diese Demonstrationen unter dem Gesichtspunkt ausarbeitete, die Liberalen nicht abzuschrecken. Ein weiteres Beispiel: die Studentenbewegungen. In einem Land, das die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution durchmacht, in dem sich zunehmend Zündstoff anhäuft, können diese Bewegungen leicht die Einleitung zu Geschehnissen bilden, die ungleich weiter reichen als ein kleiner, nebensächlicher Konflikt wegen der Zustände in einem einzelnen Zweig der Staatsverwaltung. Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie, die eine selbständige proletarische Klassenpolitik betreibt, sich weder dem Kampf der Studenten noch neuen Semstwokongressen noch der Fragestellung sich zankender bürgerlicher Fraktionen anpassen, sie wird diesen

Familienstreitigkeiten niemals eigenständige Bedeutung beimessen usw. Doch die Sozialdemokratie ist die Partei der im gesamten Befreiungskampf führenden Klasse und hat darum die unbedingte Pflicht und Schuldigkeit, jegliche Konflikte auszunutzen, sie anzufachen, ihre Bedeutung zu erweitern, ihre eigene Agitation für die revolutionären Losungen mit ihnen zu verbinden, die Kunde von diesen Konflikten in die breiten Massen zu tragen, diese zu selbständigen und offenen Aktionen mit eigenen Forderungen aufzurütteln usw. Nach 1793 bildete sich in Frankreich die konterrevolutionäre liberale Bourgeoisie heraus und wuchs seitdem unablässig, doch nichtsdestoweniger gaben die Konflikte und der Kampf der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Bourgeoisie noch hundert Jahre lang nach diesen Ereignissen bald in der einen, bald in der anderen Form zu neuen Revolutionen Anlaß, in denen das Proletariat stets die Haupttriebkraft bildete und die es schließlich bis zur Erkämpfung der Republik *führte*.

Behandeln wir nunmehr die Frage nach den Bedingungen für den Angriffskampf dieser in unserer bürgerlich-demokratischen Revolution führenden, progressiven Klasse, des Proletariats. Bei der Erörterung dieser Frage betonten unsere Moskauer Genossen durchaus zu Recht die grundsätzliche Bedeutung der industriellen Krise. Sie haben höchst interessantes Material über diese Krise gesammelt, haben die Bedeutung des Kampfes zwischen Moskau und Lodz berücksichtigt und einige bisher herrschende Vorstellungen in mancherlei Punkten korrigiert. Es bliebe nur zu wünschen, daß dieses Material nicht in Kommissionen des Moskauer Stadtkomitees oder des Moskauer Bezirkskomitees vermodert, sondern bearbeitet und in der Presse der gesamten Partei zur Diskussion vorgelegt wird. Wir beschränken uns unserseits auf einige Bemerkungen über die *Fragestellung*. Strittig ist unter anderem die Richtung, in der die Krise wirkt. (Es wird allgemein anerkannt, daß in unserer Industrie, nach einer sehr kurzen und unbedeutenden Belebung, wiederum eine schwere, an eine Krise grenzende Depression eingesetzt hat.) Die einen sagen, ein offensiver ökonomischer Kampf der Arbeiter sei nach wie vor unmöglich, darum sei auch in nächster Zukunft ein neuer revolutionärer Aufschwung nicht möglich. Andere sagen: Weil der ökonomische Kampf nicht möglich sei, werde man zum politischen Kampf gedrängt, und daher sei ein revolutionärer Aufschwung in naher Zukunft unvermeidlich.

Wir glauben, daß beiden Überlegungen ein und derselbe Fehler zu-

grunde liegt, nämlich die Vereinfachung einer komplizierten Frage. Zweifellos ist ein eingehendes Studium der industriellen Krise von größter Bedeutung. Ebenso unterliegt es aber auch keinem Zweifel, daß dem Wesen nach keinerlei Angaben über die Krise, selbst ideal genaue, die Frage entscheiden können, ob ein revolutionärer Aufschwung nahe bevorsteht; denn dieser hängt noch von tausenderlei anderen, im voraus nicht zu berechnenden Faktoren ab. Anders als auf dem allgemeinen Boden einer Agrarkrise des Landes und einer Depression in der Industrie sind tiefgreifende politische Krisen unmöglich, das ist unbestreitbar. Wenn aber dieser allgemeine Boden vorhanden ist, so kann man daraus noch nicht ersehen, ob die Depression eine Zeitlang den Massenkampf der Arbeiter überhaupt aufhalten oder ob *dieselbe* Depression in einem *bestimmten Entwicklungsstadium* der Ereignisse neue Massen und frische Kräfte in den politischen Kampf treiben wird. Um diese Frage zu beantworten, gibt es nur *einen* Weg: den Pulsschlag des ganzen politischen Lebens im Lande und insbesondere den Stand der Bewegung und die Stimmung der proletarischen Massen aufmerksam zu verfolgen. In letzter Zeit zeugen z. B. verschiedene Mitteilungen von Parteifunktionären aus verschiedenen Gegenden Rußlands, aus Industriebezirken wie aus landwirtschaftlichen Gebieten, davon, daß sich die Stimmung zweifellos wieder belebt, daß neue Kräfte zuströmen, daß das Interesse für die Agitation wächst usw. Stellen wir dem zugleich den Beginn von Massenunruhen unter der Studentenschaft einerseits gegenüber, anderseits die Versuche, die Semstwokongresse wieder ins Leben zu rufen, so können wir eine gewisse Wendung konstatieren, die die völlige Stagnation der letzten anderthalb Jahre aufzuheben beginnt. Wie stark diese Wendung ist, ob sie die Vorstufe zu einer neuen Periode des offenen Kampfes bildet usw. – das werden die Tatsachen erweisen. Alles, was wir heute tun können, und alles, was wir auf jeden Fall tun müssen, ist, alle Kräfte einzusetzen, um die illegale Parteiorganisation auszubauen und die Agitation unter den proletarischen Massen zu verzehnfachen. Allein die Agitation vermag die wirkliche Stimmung der Massen in breitem Maßstab zu zeigen, allein die Agitation schafft die engste Wechselwirkung zwischen der Partei und der gesamten Arbeiterklasse, allein die Ausnutzung jedes Streiks, jedes größeren Ereignisses, jedes Problems des Arbeiterlebens, aller Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen oder zwischen der einen oder anderen

Fraktion dieser Klassen und der Selbstherrschaft, jedes Auftretens der Sozialdemokratie in der Duma, jeder neuen Erscheinungsform der konterrevolutionären Politik der Regierung usw. für die politische Agitation – allein diese Arbeit wird die Reihen des revolutionären Proletariats wieder schließen, wird uns einwandfreies Material liefern, um das Tempo des Heranreifens der Bedingungen für neue und entscheidendere Kämpfe beurteilen zu können.

Wir fassen zusammen. Die Übersicht über die Ergebnisse der Revolution und über die gegenwärtige Lage zeigt deutlich, daß die objektiven Aufgaben der Revolution nicht gelöst sind. Durch die Wendung in Richtung zum Bonapartismus in der Agrarpolitik sowie in der allgemeinen Politik der Selbstherrschaft sowohl in der Duma als auch mit Hilfe der Duma hat sich der Widerspruch zwischen der reaktionären Selbstherrschaft und der Herrschaft des „wilden Gutsbesitzers" einerseits und den Erfordernissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes anderseits nur verschärft und vertieft. Der Feldzug der Polizei und der Kulaken gegen die Masse der Dorfbevölkerung spitzt den Kampf, der sich in ihr abspielt, zu, macht ihn zu einem politisch bewußten Kampf, bringt sozusagen den Kampf gegen die Selbstherrschaft mit den Lebensfragen jedes Dorfes näher zusammen. Die Verteidigung der revolutionär-demokratischen Forderungen in der Agrarfrage (Konfiskation des gesamten Grund und Bodens der Gutsbesitzer) durch die Sozialdemokratie ist zu einem solchen Zeitpunkt besonders notwendig. Die stockreaktionäre oktobristische Duma hat anschaulich in der Praxis gezeigt, mit welcher „Verfassung" die Selbstherrschaft „in Einklang gebracht" werden kann, sie hat keine einzige Frage, nicht einmal in dem ganz engen Rahmen der Sicherung der Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, zu lösen vermocht und verwandelt dadurch den Kampf „für die Verfassung" in einen revolutionären Kampf *gegen die Selbstherrschaft*. Die Teilkonflikte der einzelnen bürgerlichen Fraktionen untereinander und mit der Regierung bewirken unter diesen Verhältnissen, daß dieser Kampf immer näher rückt. Die Verelendung des Dorfes, die Depression in der Industrie, die allgemeine Erkenntnis der Ausweglosigkeit der gegenwärtigen politischen Lage und der Hoffnungslosigkeit des vielgerühmten „friedlichen konstitutionellen" Weges bringen immer neue Elemente einer revolutionären Krise hervor. Unsere Aufgabe besteht heute nicht darin,

künstlich neue Losungen zu erfinden (etwa die Losung „Nieder mit der Duma" statt „Nieder mit der Selbstherrschaft"), sondern darin, die illegale Parteiorganisation zu stabilisieren (trotz des reaktionären Geheuls der Menschewiki, die sie begraben wollen) und eine umfassende revolutionäre sozialdemokratische Agitation zu entfalten, die die Partei mit den proletarischen Massen fest verbinden und diese Massen mobilisieren wird.

„Proletari" Nr. 38,
1. (14.) November 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

WIE PLECHANOW UND CO. DEN REVISIONISMUS VERTEIDIGEN

Die Anmerkung der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata", d. h. Plechanows und Co., zum Brief des Gen. Maslow*, mit dem wir uns im „Proletari" Nr. 37 beschäftigt haben, ist auf einem besonderen Blatt als „Beilage" zu Nr. 8/9 des „Golos Sozial-Demokrata" erschienen.

Diese „Anmerkung", im Umfang etwa einer halben Spalte des „Proletari", verdient die Aufmerksamkeit der russischen Sozialdemokraten, denn sie zeigt, wie Plechanow und Co. aus kleinlichen Fraktionsinteressen es so weit gebracht haben, daß sie den Revisionismus in der Theorie mit Hilfe unwürdigster Sophismen *verteidigen*. Hier die Tatsachen.

„Wir sind entschiedenste und absolut unversöhnliche Gegner jener *Revision* des Marxismus, die unter dem reaktionären Einfluß der Ideologen der westeuropäischen Bourgeoisie vorgenommen wird und die die Grundlagen der philosophischen, soziologischen und ökonomischen Lehren von Marx und Engels zu untergraben sucht." So lautet der erste Satz der Anmerkung. „Entschiedenste und absolut unversöhnliche Gegner" – nicht wahr, man kann sich wohl schwerlich schärfer ausdrücken? Es ist auch schwer, eine großspurigere Formulierung der *Versprechungen* von Plechanow und Co. zu finden.

Aber ... darin liegt ja eben der Kern der Sache, daß bei unsern „unversöhnlichen" Feinden des Revisionismus *Maslow gegenüber* (die Anmerkung Plechanows und Co. bezieht sich gerade auf den Artikel Maslows, gerade auf die Frage des Revisionismus Maslows) ein merkwürdiges „aber" in Erscheinung tritt.

„Aber wir waren niemals Sektierer des Marxismus", erklären Plechanow und Co., „und wir begreifen wohl, daß man in der einen oder anderen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 243–251. *Die Red.*

Frage mit Marx und Engels verschiedener Meinung sein kann und dabei weder ihren Standpunkt zu verleugnen noch ihre Methode abzulehnen braucht, sondern beiden völlig treu bleibt." Es folgt ein Beispiel: In der Frage der „Entstehung des Matriarchats" ist der Sozialdemokrat Cunow „teilweise anderer Meinung als Engels"; doch „nur einem kranken Menschen wird es einfallen, ihn aus diesem Grunde zum Revisionisten zu stempeln".

„Durch Obiges wird auch unsere Einstellung gegenüber den Auffassungen des Gen. Maslow über die Marxsche Rententheorie bestimmt. Wir teilen diese Auffassung nicht" (Anmerkung des „Golos Sozial-Demokrata": „Genosse Martynow hat in Nr. 1 des ‚Golos' entsprechende Vorbehalte gemacht und speziell erklärt, er sei mit der von Gen. Maslow vorgenommenen Korrektur an der Lehre von der absoluten Rente nicht einverstanden"), „aber wir vermögen darin keinen Revisionismus zu erblicken ..."

Jetzt sieht der Leser den Gedankengang von Plechanow und Co. klar vor sich. Wir sind „absolut unversöhnliche Gegner des Revisionismus", *aber* – „wir vermögen darin" (in den Auffassungen Maslows von der Theorie der absoluten Rente) „keinen Revisionismus zu erblicken". Der Revisionismus untergräbt die Grundlagen der Marxschen Lehre, Maslow aber ist nur in einer Einzelfrage anderer Meinung als Marx – dies ist die Verteidigung Plechanows und Co., endgültig erläutert durch das Beispiel mit H. Cunow.

Wir fragen jeden einigermaßen denkenden und einigermaßen unvoreingenommenen Leser: Ist dies kein Sophismus? Die Marxsche Theorie der absoluten Rente wird zur „Einzelfrage" erklärt! Die Abweichung von der Rententheorie wird dem Umstand *gleichgesetzt*, daß Cunow in der Frage der Entstehung des Matriarchats „teilweise anderer Meinung" als Engels war!!

Plechanow und Co. halten ihre Menschewiki, denen sie solche Erklärungen auftischen, offenbar für kleine Kinder. Nur bei völliger Mißachtung seiner selbst und seiner Leser kann man sich in prinzipiellen Fragen von größter Bedeutung dergleichen Clownerien leisten. Plechanow selber (und Co.) leitet ja seine Erklärung mit einem feierlichen Satz ein, worin er den Revisionismus als Untergrabung der *Grundlagen* der Lehre von Marx und Engels bezeichnet. Was nun? Verleugnen Plechanow und Co. *diesen* Satz, wenn es sich um Maslow handelt? Ja oder nein? Oder ver-

folgen Plechanow und Co. mit ihrer Anmerkung den Zweck, ihre wahren Gedanken zu *verbergen*?

Maslow erklärte in mehreren Aufsätzen und in verschiedenen Ausgaben seiner „Agrarfrage": 1. daß die Marxsche Theorie der absoluten Rente falsch sei; 2. daß das Aufkommen einer solchen Theorie nur durch den „Rohentwurf"charakter des III. Bandes zu erklären sei; 3. daß der „abnehmende Bodenertrag" eine *Tatsache* sei; 4. daß, wenn die Theorie der absoluten Rente richtig und das „Gesetz des abnehmenden Bodenertrags" falsch wären, in Rußland die Volkstümler und in der ganzen Welt die Revisionisten recht behalten könnten.

Gerade diese vier Punkte wurden in jenem Artikel des „Proletari", mit dem die Polemik in dieser Frage eingesetzt hat, gegen Maslow angeführt. Man sehe nun, wie Plechanow und Co. verfuhren. Erstens beschränkten sie sich in aller Bescheidenheit auf die Frage der Rente, das heißt, sie übergingen alle anderen Fragen mit Schweigen. Ist das keine Verteidigung des Revisionismus? Oder wollten Plechanow und Co. vielleicht leugnen, daß die Revision der Marxschen Lehre von der Widersinnigkeit sowohl des Gesetzes als auch der „Tatsache" des abnehmenden Bodenertrags „unter dem reaktionären Einfluß der Ideologen der westeuropäischen Bourgeoisie vorgenommen wird"? Zweitens aber setzen sie die Lehre der absoluten Rente einer Einzelfrage gleich, der („teilweisen") Meinungsverschiedenheit in der Frage der Entstehung des Matriarchats!

Das sind Akrobatenkunststückchen, ihr Herren! Durch diese Akrobatenkunststückchen wollt ihr nur eure öffentliche Verteidigung des Revisionismus verschleiern. Denn *ihr wagt es nicht*, geradeheraus zu sagen, die Anerkennung der absoluten Rente und die Ablehnung des Gesetzes (oder der „Tatsache") des abnehmenden Bodenertrags sei *keine „Grundlage"* der ökonomischen Lehre von Marx auf dem Gebiet der Agrarfrage. Um „euren Mann" reinzuwaschen, fälscht ihr Marx im Maslowschen Geiste um und erklärt *um* Maslows *willen* eine *Grundlage* der Marxschen *Lehre* zu einer „teilweisen Meinungsverschiedenheit". Dadurch bestätigt ihr das, was in Nr. 33 des „Proletari"* über die menschewistischen Famussow-Theoretiker gesagt wurde, die ihr Hausgesinde belohnen, indem sie bereit sind, die ökonomische *Theorie* von Marx zu einer „Einzel-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 184/185. *Die Red.*

frage" zu machen und sie der Frage der Entstehung des Matriarchats gleichzusetzen.

Plechanow und Co. sind „unversöhnliche Feinde des Revisionismus" – doch wer Menschewik ist, der braucht diese furchterregenden Worte nicht zu fürchten! Der gehe zu der „Redaktion des ‚Golos'" und wisse, daß Unversöhnlichkeit für Menschewiki sehr versöhnlich ist, so versöhnlich, daß die Redaktion des „Golos" bereit ist, die „Untergrabung der Theorie" einer „Meinungsverschiedenheit über die Entstehung des Matriarchats" gleichzusetzen. Sündenerlaß zu billigen Preisen, der Ausverkauf beginnt, immer nur hereinspaziert, meine Herrschaften!

Aber gehen wir weiter. Wir teilen nicht die Auffassungen Maslows in der Rentenfrage – so erklären Plechanow und Co. Martynow hat es bereits ausdrücklich erklärt – schreiben sie. „Jener Mann", den die Redaktion des „Proletari" als „Schutzengel Maslows" bezeichnet hat (d. h. Plechanow), „hat bereits mehrfach" (hört! hört!) „mit Genossen Maslow über Fragen *in der Presse polemisiert*" (vom „Golos" hervorgehoben), „die in engem Zusammenhang mit unserem Agrarprogramm stehen."

So heißt es wörtlich in der „Anmerkung" von Plechanow und Co.!

Lernt von eurer Redaktion, Widerlegungen abzufassen, Genossen Menschewiki! Hier habt ihr ein in seiner Art klassisches Musterbeispiel. Es handelt sich um Revisionismus, der Streit entbrannte um die Frage, ob es theoretische Unversöhnlichkeit war oder *nur* kleinliche Fraktionsgehässigkeit, die Plechanow bewogen haben, im Parteiorgan verschiedene seiner Opponenten als „Herren" zu bezeichnen. In der „Widerlegung" aber heißt es: Plechanow hat „mehrfach" mit Maslow „in der Presse polemisiert" *nicht über die Rente und auch nicht* über die Abweichungen Maslows von der Marxschen Theorie.

Kann man einen parlamentarischen Ausdruck finden, um solche Methoden zu charakterisieren? Plechanow, der theoretische Diskussionen liebt und es manchmal versteht, sie zu Kampagnen zu machen, hat *kein einziges Mal* mit Maslow darüber *polemisiert*, worin dessen Revisionismus besteht, d. h. über die Leugnung der absoluten Rente, über die Bezeichnung dieser Theorie als „Rohentwurf", über die Verteidigung der „Tatsache" des abnehmenden Bodenertrags, darüber, ob die Volkstümler und Revisionisten recht behalten könnten, wenn Maslow Marx nicht widerlegen würde. Niemals hat Plechanow *darüber* polemisiert, sondern über etwas

ganz anderes, über Einzelheiten nämlich, die jetzt von den Tartüffs des Menschewismus hinter dem raffiniert unklaren, den Leser bewußt irreführenden, diplomatisch verzwickten Ausdruck: „Fragen, die in engem Zusammenhang mit unserem Agrarprogramm stehen", versteckt werden!!

Ausgezeichnet, nicht wahr? Wie soll man da nicht Plechanow und Co. zu einem solchen Beginn der Verteidigung des Revisionismus beglückwünschen! Wie soll man sich da nicht der Politikaster vom Schlage Clemenceaus erinnern! Clemenceau ist ein „unversöhnlicher" Feind der Reaktion, er hat „mehrfach" mit ihr „polemisiert", doch jetzt ist die Reaktion tätig, Clemenceau aber macht Vorbehalte und ... liebedienert. Plechanow ist ein „unversöhnlicher" Feind des Revisionismus. Plechanow „hat bereits mehrfach" mit Maslow „polemisiert" (über was man will – *mit Ausnahme* des Maslowschen Revisionismus). Heute schreibt Maslow gegen Marx, Maslow wiederholt seine Argumente gegen die Marxsche Theorie in den Spalten des „Golos", Plechanow und Co. aber *machen* nur *Vorbehalte!*

Kauft also Sündenerlaß, ihr Herren Literaten! Schreibt euch bei den Menschewiki ein! Morgen dürft ihr im „Golos" auch die Marxsche Werttheorie widerlegen – mit dem Vorbehalt der Redaktion in einer Anmerkung, sie sei „nicht einverstanden"...

„Wird der ‚Proletari' nicht versuchen", fragen uns Plechanow und Co. in ihrer Anmerkung, „‚seinen Gedanken zu begründen', die Maslowschen Ausführungen über die absolute Rente stünden im Zusammenhang mit dem die Nationalisierung ablehnenden Programm?" Mit Vergnügen, verehrteste „Unversöhnliche". Da habt ihr für den Anfang die erste kurze *Begründung:*

„Kann man die Bedeutung des Privateigentums am Grund und Boden als Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft begreifen, wenn man die Marxsche Theorie der absoluten Rente nicht begreift?"

Haltet Rat mit Maslow, ihr „unversöhnlichen" Plechanow und Co., und beantwortet uns *diese* Frage, die euch die gewünschte Begründung gibt!

„Proletari" Nr. 39,
13. (26.) November 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

ÜBER ZWEI BRIEFE

In der vorliegenden Nummer des „Proletari" veröffentlichen wir erstens den Brief eines otsowistischen Arbeiters[93], den das „Rabotscheje Snamja" in Nr. 5 mit der Anmerkung gebracht hat, die Redaktion teile derartige Auffassungen nicht und betrachte den Brief als Diskussionsbeitrag; zweitens einen erst vor wenigen Tagen an unsere Redaktion gelangten Brief des Petersburger Arbeiters Michail Tomski. Beide Briefe geben wir im Wortlaut wieder. Wir wissen sehr wohl, daß sich böswillige Kritiker finden können, die imstande sind, einzelne Stellen oder Sätze des einen oder anderen Briefes aus dem Zusammenhang zu reißen, sie schief und krumm auszulegen, aus ihnen Schlüsse zu ziehen, die den Absichten der beiden Verfasser, die ihre Briefe in Hast, unter ungünstigsten konspirativen Bedingungen geschrieben haben, absolut fernliegen. Doch diese Kritiker zu beachten, verlohnt sich nicht. Wer sich aber für den Stand der Arbeiterbewegung und die gegenwärtige Lage der Sozialdemokratie in Rußland ernsthaft interessiert, der wird uns zweifellos zustimmen, wenn wir erklären, daß beide Briefe höchst bezeichnend sind für die Darstellung *zweier Strömungen* unter unseren klassenbewußten Arbeitern. Diese beiden Strömungen äußern sich auf Schritt und Tritt im Leben aller Moskauer und Petersburger sozialdemokratischen Organisationen. Und da die dritte Strömung, die menschewistische, welche offen und unverhohlen oder auch insgeheim und mit viel Getue die Partei zu Grabe tragen möchte, in den örtlichen Organisationen fast gar nicht vertreten ist, können wir sagen, daß der Zusammenstoß der beiden erwähnten Tendenzen die *aktuellste Tagesfrage* unserer Partei ist. Daher müssen wir uns mit diesen „zwei Briefen" sehr gründlich beschäftigen.

Beide Verfasser geben zu, daß unsere Partei nicht nur eine organisato-

rische, sondern auch eine ideologisch-politische Krise durchmacht. Das ist eine Tatsache, und es wäre sinnlos, sie verheimlichen zu wollen. Man muß sich vielmehr über ihre Ursachen und die Mittel, sie zu bekämpfen, klar Rechenschaft geben.

Beginnen wir mit dem Petersburger. Aus seinem ganzen Brief geht klar hervor, daß die Ursachen der Krise, nach seiner Meinung, von zweierlei Art seien. Einerseits habe der Mangel an sozialdemokratischen Führern aus den Reihen der Arbeiter selbst dazu geführt, daß die fast allgemeine Flucht der Intellektuellen aus der Partei in vielen Fällen den Zerfall der Organisation bewirkte und es nicht gestattete, die durch schwere Verfolgungen, durch Apathie und Erschöpfung der Massen gelichteten Reihen wieder zu sammeln und zu formieren. Anderseits würden Agitation und Propaganda bei uns, wie der Schreiber des Briefes meint, mit einer enormen Übertreibung „der gegenwärtigen Lage" geführt, d. h., sie konzentrierten sich auf Fragen der revolutionären Taktik des Tages, nicht aber auf die Propagierung des Sozialismus, nicht auf die Vertiefung des sozialdemokratischen Bewußtseins des Proletariats. „Die Arbeiter wurden zu Revolutionären, zu Demokraten, nur nicht zu Sozialisten", und beim Abebben der allgemein demokratischen, d. h. bürgerlich-demokratischen Bewegung verließen sie in sehr großer Anzahl die sozialdemokratische Partei. Der Petersburger Briefschreiber verbindet diese Auffassung mit einer scharfen Kritik an dem „unbegründeten" „Erfinden" von Losungen und mit der Forderung nach einer ernsthaften Propagandaarbeit.

Wir sind der Meinung, daß der Verfasser in seiner Polemik gegen das eine Extrem manchmal in das andere verfällt, aber im großen und ganzen steht er zweifellos auf einem ganz richtigen Standpunkt. Man kann nicht sagen, es sei „verfehlt" gewesen, aus Fragen der gegenwärtigen Situation „ganze Kampagnen zu machen". Das ist übertrieben. Das bedeutet, vom Standpunkt der *heutigen* Verhältnisse die *gestrigen* zu vergessen, und der Verfasser korrigiert sich eigentlich selbst, wenn er zugibt, daß „der Moment unmittelbarer Aktionen des Proletariats natürlich eine Ausnahmefrage" ist. Betrachten wir zwei solche Aktionen, die voneinander möglichst verschieden sind und zeitlich denkbar weit auseinanderliegen: den Boykott der Bulyginschen Duma im Herbst 1905 und die Wahlen zur II. Duma Anfang 1907. Hätte eine einigermaßen starke und mit dem Leben verbundene proletarische Partei in einer solchen Zeit ihre Haupt-

aufmerksamkeit und Hauptagitation *nicht* auf die Losungen des Tages konzentrieren dürfen? Hätte die sozialdemokratische Partei, die zu beiden Zeitpunkten die proletarischen Massen führte, ihren innerparteilichen Kampf *nicht* auf die Losungen konzentrieren dürfen, die die unmittelbare Haltung der Massen bestimmten? Sollten wir in die Bulyginsche Duma gehen oder sollten wir sie sprengen? Sollte man bei den Wahlen zur II. Duma im Block mit den Kadetten oder gegen die Kadetten gehen? Man braucht nur die Frage klar zu stellen und sich die Bedingungen dieser jüngsten Vergangenheit zu vergegenwärtigen, um an der Antwort nicht zu zweifeln. Der erbitterte Kampf für die eine oder andere Losung war damals nicht durch eine „Verfehlung" der Partei bedingt, nein, er entsprang der objektiven Notwendigkeit eines raschen und einheitlichen Entschlusses in einer Situation, da die Partei uneinig war, da es in ihr zwei Taktiken, zwei ideologische Strömungen – eine kleinbürgerlich-opportunistische und eine proletarisch-revolutionäre – gab.

Ebenso darf man die Sache nicht so hinstellen, als sei zu jener Zeit für die Propagierung des Sozialismus, für die Verbreitung des Marxismus unter den Massen nicht genügend getan worden. Das wäre unwahr. Gerade zu jener Zeit, in den Jahren 1905–1907, wurde in Rußland eine solche Menge wichtiger theoretischer sozialdemokratischer Literatur, hauptsächlich Übersetzungen, verbreitet, die noch ihre Früchte *tragen wird*. Wir werden nicht kleinmütig sein und unsere eigene Ungeduld nicht den Massen aufdrängen. *Solche* Mengen theoretischer Literatur, in so kurzer Frist in die gleichsam noch jungfräulichen, von sozialistischen Büchern noch fast unberührten Massen geworfen, können nicht mit einem Schlag verdaut werden. Die sozialdemokratische Literatur ist nicht verloren. *Sie ist gesät*. Sie wächst und wird ihre Früchte tragen – vielleicht nicht morgen, auch nicht übermorgen, sondern etwas später; wir vermögen die objektiven Bedingungen für das Heranreifen einer neuen Krise nicht zu ändern – aber sie wird Früchte tragen.

Trotzdem liegt dem Hauptgedanken des Verfassers eine tiefe Wahrheit zugrunde. Diese Wahrheit besteht darin, daß in der bürgerlich-demokratischen Revolution eine gewisse Verflechtung proletarisch-sozialistischer und kleinbürgerlich-demokratischer (opportunistisch-demokratischer wie auch revolutionär-demokratischer) Elemente und Tendenzen *unvermeidlich* ist. Die erste Periode der bürgerlichen Revolution in einem sich kapita-

listisch entwickelnden „bäuerlichen" Land *konnte nicht* vorübergehen, ohne daß sich eine objektive Verflechtung bestimmter proletarischer Schichten mit bestimmten kleinbürgerlichen Schichten bemerkbar machte. Und wir stehen jetzt mitten im Prozeß einer notwendigen Aussonderung, einer Abgrenzung und *neuen Ausgliederung* der wirklich proletarisch-sozialistischen Elemente, mitten im Prozeß ihrer *Reinigung* von *„Mitläufern"**, die sich der Bewegung nur wegen der „markanten" Losungen einerseits oder aber wegen des gemeinsamen Kampfes mit den Kadetten für eine „machtvollkommene Duma" anderseits angeschlossen hatten.

In verschiedenem Grade vollzieht sich diese Aussonderung in beiden Fraktionen der Sozialdemokratie. Es ist ja Tatsache, daß sich sowohl bei den Menschewiki als auch bei den Bolschewiki die Reihen gelichtet haben! Fürchten wir uns nicht, das einzugestehen. Es unterliegt natürlich nicht dem geringsten Zweifel, daß der linke Parteiflügel von einem solchen Zerfall, von einer solchen Demoralisierung, wie dies beim rechten Flügel zu beobachten ist, verschont blieb. Das ist kein Zufall: Wankelmütigkeit in den Prinzipien mußte den Zerfall notwendig fördern. Die Ereignisse werden *in der Praxis* endgültig erweisen, wo und wie größere organisatorische Geschlossenheit, Ergebenheit dem Proletariat gegenüber und marxistische Prinzipienfestigkeit erhalten geblieben sind. In solchen Streitfragen entscheidet das Leben, nicht Worte, Versprechungen und Gelöbnisse. Zerfall und Schwanken können nicht geleugnet werden, und diese Tatsache bedarf einer Erklärung. Und es kann keine andere Erklärung dafür geben, als die Notwendigkeit einer *neuen Aussonderung.*

Illustrieren wir unseren Gedanken durch einige kleine Beispiele: durch die Zusammensetzung der „Gefängnisbevölkerung" (wie die Advokaten sagen), d. h. derjenigen, die sich aus politischen Gründen in den Gefängnissen, in der Verbannung, in Zwangsarbeitslagern oder in der Emigration befinden. Diese Zusammensetzung vermittelt uns ein richtiges Bild von der Wirklichkeit des gestrigen Tages. Kann es aber einen Zweifel darüber geben, daß die Zusammensetzung der „Politischen", die die mehr und minder entlegenen Orte bevölkern, heute überaus bunt ist hinsichtlich der politischen Auffassungen und Stimmungen, daß sie undifferenziert und verworren ist? Die Revolution hat so tiefe Schichten des Volkes zum politischen Leben erweckt, hat so viele zufällige Elemente, so viele „Eintags-

* „Mitläufer" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

ritter", so viele Neulinge an die Oberfläche gespült, daß bei sehr vielen von ihnen ganz unvermeidlich war, daß ihnen jegliche in sich geschlossene Weltanschauung fehlte. Wenige Monate fieberhafter Erregung genügen nicht, um sich zu einer solchen Weltanschauung durchzuringen – die durchschnittliche „Lebensdauer" der meisten Revolutionäre der ersten Periode unserer Revolution beträgt aber sicherlich nicht mehr als einige Monate. Daher ist eine erneute Aussonderung der Spreu vom Weizen unter den von der Revolution aufgerüttelten neuen Schichten, den neuen Gruppen, den neuen Revolutionären absolut unvermeidlich, und sie vollzieht sich. So z. B. bedeutet der Grabgesang, den viele Menschewiki über die sozialdemokratische Partei anstimmen, eigentlich nichts anderes, als daß diese ehrenwerten Herrschaften *sich selbst* als Sozialdemokraten *begraben*. Wir brauchen diese Aussonderung keineswegs zu fürchten. Wir müssen sie begrüßen, müssen sie fördern. Mögen da und dort sentimentale Leute lamentieren und klagen: wieder Kampf! wieder innere Reibungen! wieder Polemik! Wir antworten darauf: Ohne neuen und immer wieder neuen Kampf hat sich niemals und nirgendwo eine wirklich proletarische, revolutionäre Sozialdemokratie herausgebildet. Bei uns in Rußland bildet sie sich sogar in der gegenwärtigen schweren Situation heraus, und *sie wird sich weiterhin herausbilden*. Dafür bürgen die ganze kapitalistische Entwicklung Rußlands sowie der Einfluß des internationalen Sozialismus auf uns und die revolutionäre Tendenz der ersten Periode, der Jahre 1905–1907.

Im Interesse dieser erneuten Aussonderung bedarf es einer intensiven theoretischen Arbeit. Die „gegenwärtige Lage" in Rußland ist derart, daß die marxistische theoretische Arbeit, ihre Vertiefung und Erweiterung nicht von der Stimmung irgendwelcher Personen, nicht von dem Eifer einzelner Gruppen, ja auch nicht von den äußeren Verhältnissen des polizeilichen Drucks, die viele von der „Praxis" fernhalten, diktiert ist, sondern von der ganzen objektiven Lage der Dinge im Lande. Zu einer Zeit, da die Massen die neuen, überaus reichen Erfahrungen des unmittelbar revolutionären Kampfes innerlich verarbeiten, wird der theoretische Kampf für die revolutionäre Weltanschauung, d. h. für den revolutionären Marxismus, zur Losung des Tages. Daher hat der Petersburger Briefschreiber tausendmal recht, wenn er die Notwendigkeit einer Vertiefung der sozialistischen Propaganda und der Verallgemeinerung der neu aufgeworfenen

Fragen, die Notwendigkeit jeglicher Förderung und Entwicklung von Zirkeln betont, in denen die Arbeiter selbst zu wirklichen Sozialdemokraten, zu sozialdemokratischen Führern der Massen erzogen werden. Hierbei tragen die Parteizellen – bei deren bloßer Erwähnung Dan und Co. epileptische Anfälle bekommen – eine besonders große Verantwortung, und die den opportunistischen Intellektuellen so verhaßten „Berufsrevolutionäre" haben hier eine neue dankbare Funktion auszuüben.

Doch auch hierin verfällt Genosse Michail Tomski, der einen an sich durchaus richtigen Gedanken vertritt, zum Teil in das entgegengesetzte Extrem. So hat er z. B. nicht recht, wenn er die Resümierung der revolutionären Erfahrungen der letzten drei Jahre und der praktischen Lehren des unmittelbaren Massenkampfes, die Verallgemeinerung der Ergebnisse der revolutionär-politischen Agitation usw. aus der Liste der „ernsthaften Fragen" streicht. Wahrscheinlich handelt es sich hier um eine bloße Lücke in der Darlegung der Gedankengänge des Verfassers oder um einzelne Fehler, die eine Folge der überhastet geleisteten Arbeit sind. Diese Resümierung, diese Verallgemeinerung der Ergebnisse vor möglichst breiten Kreisen der Arbeiter ist ungleich wichtiger als alle Fragen „lokaler Gerichtsbarkeit", „örtlicher Selbstverwaltung" und anderer ähnlicher „Reformen" im Stolypinschen Rußland, von denen die Beamten und Liberalen so gerne schwätzen. Unter der Schwarzhunderterduma und der erzreaktionären Selbstherrschaft bleiben solche „Reformen" unweigerlich nur Komödie.

Dafür hat Genosse Michail Tomski völlig recht, wenn er sich entschieden gegen das „Erfinden von Losungen" überhaupt und insbesondere gegen solche Losungen, wie „Nieder mit der Duma" oder „Nieder mit der Fraktion", wendet. Tausendmal recht hat er, wenn er dieser „Konfusion" die konsequente sozialdemokratische Organisations-, Propaganda- und Agitationsarbeit zur Festigung der sozialdemokratischen Partei, zur Festigung ihrer den Opportunisten so verhaßten Traditionen entgegenstellt, zur Sicherung der Kontinuität in der Arbeit, zur Erweiterung und Stabilisierung des Einflusses *dieser* Partei, der *alten* Partei (entrüstet euch, Redakteure des „Golos" der Opportunisten!) auf die proletarischen Massen.

Hier kommen wir zum Brief des Moskauer Genossen und zur Kritik am zentralen Punkt dieses Briefes, dem berüchtigten „Otsowismus". Wir haben uns im „Proletari" bereits mehrfach gegen den Otsowismus aus-

gesprochen, schon von der Zeit an, als eine Minderheit der Bolschewiki auf der Moskauer Konferenz ihre bekannte Resolution zu dieser Frage vorgelegt hat (siehe Nr. 31 des „Proletari"). Jetzt liegt der erste Versuch einer systematischen Begründung des Otsowismus, ebenfalls im Namen einer Minderheit der Moskauer Bolschewiki, vor uns. Untersuchen wir diese Begründung etwas eingehender.

Der otsowistische Genosse geht von der richtigen Prämisse aus, daß die objektiven Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland noch nicht gelöst sind, daß die „Revolution nicht liquidiert" ist. Doch aus dieser richtigen Prämisse zieht er falsche Schlüsse. „Worauf soll sich unsere Partei einstellen", fragt er, „auf Jahre der Stagnation oder auf einen neuen gesellschaftlichen Aufschwung?" Hier beginnt schon der Fehler. Aus dem Umstand, daß die Revolution nicht liquidiert ist, folgt nur, daß ein neuer bürgerlich-demokratischer Aufschwung unvermeidlich ist, aber nichts weiter. Weder folgt daraus, daß in diesem Aufschwung wieder *gänzlich* die alte Gruppierung der bürgerlich-demokratischen Elemente erscheinen wird (die Umgruppierung kann möglicherweise mehr Zeit erfordern, als es uns beiden, meinem Opponenten und mir, angenehm wäre), noch daß ein „gesellschaftlicher Aufschwung" (man müßte sagen: revolutionärer Aufschwung) nach, sagen wir, *einem Jahr* der Stagnation unmöglich ist. Wir haben mindestens ein Jahr Stagnation hinter uns, wir befinden uns auch jetzt noch mitten darin. Der otsowistische Genosse gibt selber zu, es sei „schwer und sogar unmöglich zu sagen, welches der äußere Anlaß *sein wird*, der die ... Massen *in Bewegung bringt*". Ja mehr noch. Der Verfasser, der die Partei auffordert, „unsere Taktik und Organisation auf sie" (nämlich die Revolution, d. h. den revolutionären Aufschwung), „nicht aber auf den heutigen Zustand politischer Fäulnis einzustellen", schlägt selbst vor, die Organisation umzugestalten gerade angepaßt dem Zustand der Fäulnis, den wütenden Repressalien der Polizei, dem Umstand, daß es den Parteikomitees nicht möglich ist, mit den Arbeitermassen direkt in Verbindung zu treten. Kein Zweifel, daß der Verfasser einen solchen Organisationsplan nicht vorschlagen, ihn nicht in den Vordergrund stellen würde, wenn wir heute einen revolutionären Aufschwung hätten. Dies bedeutet, daß er seine eigene Fragestellung *in Wirklichkeit* umstößt, seine *Theorie* durch seine eigene *Praxis* korrigiert. Das ist eine Folge der falschen Interpretation seiner theoretischen Prämisse. Aus der Unaus-

bleiblichkeit eines neuen Aufschwungs ergibt sich, daß man das alte Programm wie die alten revolutionären Losungen unserer ganzen Arbeit unter den Massen aufrechterhalten, daß man die Partei und die Massen auf neue revolutionäre Kämpfe systematisch vorbereiten muß. Hieraus geht aber noch nicht hervor, ob der Aufschwung bereits eingesetzt hat oder noch nicht, ob man sich auf seinen Anfang oder auf seinen Höhepunkt „einstellen" soll. Im Jahre 1897 wie im Jahre 1901 und auch Anfang 1905 war die These absolut richtig, daß ein neuer revolutionärer Aufschwung (nach dem schwachen Aufschwung Anfang der sechziger und später Ende der siebziger Jahre) unausbleiblich sei, doch haben es in diesen drei Situationen die revolutionären Sozialdemokraten verstanden, ihre Taktik den verschiedenen Bedingungen des Heranreifens der Krise anzupassen. Im Jahre 1897 lehnten wir den „Plan" eines Generalstreiks als bloße Phrase ab, und wir hatten recht. Im Jahre 1901 stellten wir die Losung des Aufstands nicht auf die Tagesordnung. Nach dem 9. Januar 1905 aber stellte die revolutionäre Sozialdemokratie sowohl diese Losung als auch den Massenstreik völlig richtig auf die Tagesordnung. Wir wollen damit nicht sagen, daß sich der neue Aufschwung unbedingt (oder auch: „wahrscheinlich") ebenso langsam entwickeln wird. Im Gegenteil, alle Tatsachen und alle Erfahrungen der europäischen Revolutionen lassen uns ein ungleich rascheres Tempo erwarten als in den Jahren 1897–1905. Doch die Tatsache, daß die revolutionären Sozialdemokraten zu verschiedenen *Zeitpunkten* des Aufschwungs *stets* verschiedene Losungen des Tages in den Vordergrund gestellt haben, bleibt eben Tatsache. Der Fehler des otsowistischen Genossen besteht darin, daß er diese Erfahrung der revolutionären Sozialdemokratie vergißt.

Im weiteren geht der otsowistische Genosse zu unserer Dumafraktion über und beginnt mit der Prämisse: „Die natürliche Krönung unserer Partei, ihre sozusagen diplomatische Vertretung, ist die Dumafraktion." Das ist nicht richtig. Der Verfasser übertreibt Rolle und Bedeutung der Fraktion. Nach menschewistischer Art übersteigert er diese Rolle maßlos – nicht umsonst heißt es wohl, daß Extreme sich berühren! Aus der Auffassung, daß die Fraktion die „Krönung" der Partei sei, leiten die Menschewiki die Notwendigkeit her, die Partei der Fraktion anzupassen. Aus der gleichen Auffassung folgern aber die Otsowisten, daß eine so schlechte „Krönung" für die Partei verderblich sei. Die Prämisse ist falsch, bei den

einen wie bei den anderen. Niemals, unter keinen Bedingungen, auch nicht in der „idealsten" bürgerlich-demokratischen Republik, wird die revolutionäre Sozialdemokratie ihre Parlamentsfraktion als „natürliche Krönung" der Partei oder als ihre „diplomatische Vertretung" betrachten. Eine solche Auffassung ist grundfalsch. Nicht zu diplomatischen Zwecken schicken wir unsere Abgeordneten in bürgerliche und bürgerlich-reaktionäre Vertretungskörperschaften, sondern für eine besondere Art von Hilfstätigkeit für die Partei, zur Agitation und Propaganda von einer besonderen Tribüne herab. Selbst bei einem „idealen" demokratischen Wahlrecht werden der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei stets gewisse Spuren des Einflusses der allgemeinen bürgerlichen Wahlverhältnisse anhaften, so z. B. wird die Fraktion immer stärkeres „Intelligenzgepräge" tragen als die gesamte Partei. Daher können wir niemals die Fraktion als „Krönung" der Partei betrachten. Die Fraktion ist nicht der Generalstab (wenn es gestattet sei, neben dem „diplomatischen" Vergleich des Verfassers einen „militärischen" zu gebrauchen), sondern eher ihre Trompeterabteilung in dem einen oder eine Kundschaftertruppe in dem anderen Fall oder überhaupt eine bestimmte Hilfs-„Waffengattung".

Der otsowistische Genosse macht die Fraktion aus einer *Hilfsorganisation der Partei* zu ihrer „Krönung", er *übertreibt* ihre Bedeutung, um der Tätigkeit dieser unserer Abteilung, die wir in die reaktionäre bürgerliche Duma entsandt haben, einen ganz und gar falschen Charakter beizumessen.

Möglicherweise aber besteht der Verfasser gar nicht auf dieser „Krönung". An einer anderen Stelle seines Artikels sagt er nämlich selbst ganz richtig: „Eines der Hauptmotive, welche die Partei zur Beteiligung an der Wahl bewog, war die Hoffnung auf die propagandistisch-agitatorische Rolle der Dumatribüne." Das ist richtig, und der vom Verfasser erhobene Einwand gegen diesen richtigen Satz zeigt besonders anschaulich, wie unrecht er hat. Er schreibt: „Die Wirklichkeit erwies jedoch, daß die Agitation in der III. Duma gleich Null ist, 1. infolge der Zusammensetzung der Gruppe selbst, 2. infolge der völligen Gleichgültigkeit der Massen gegenüber allem, was sich im Taurischen Palast abspielt."

Beginnen wir die Analyse dieses an Fehlern überreichen Satzes mit seinem Ende. Die Agitation bleibt gleich Null *infolge* der völligen Gleichgültigkeit der Massen gegenüber allen Vorgängen in der Duma. Was heißt

das? Wie ist das zu verstehen? Dieser ungeheuerlichen Logik zufolge müßte man nicht die Fraktion, sondern die „Massen" wegen ihrer „Gleichgültigkeit" abberufen! Denn wir wissen alle, daß in der Duma eine Politik der Selbstherrschaft, eine Politik der Unterstützung des Zarismus durch die stockreaktionären Gutsbesitzer und die oktobristischen Großkapitalisten, eine Stiefelleckerpolitik der liberalen kadettischen Schönredner gegenüber dem Zarismus betrieben wird. Gleichgültigkeit „gegenüber allem, was sich im Taurischen Palast abspielt", bedeutet Gleichgültigkeit gegenüber der Selbstherrschaft, gegenüber ihrer ganzen Innen- und Außenpolitik! Wieder kommt beim Verfasser eine Einschätzung im Sinne eines Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen heraus. „Sind die Massen gleichgültig, so müssen auch die Sozialdemokraten gleichgültig sein." Doch wir sind eine Partei, die die Massen zum *Sozialismus führt*, und keineswegs eine Partei, die jede Wendung, jede Depression in der Stimmung der Massen mitmacht. Alle sozialdemokratischen Parteien haben vorübergehend eine Apathie der Massen oder ihre vorübergehende Begeisterung für irgendeinen Fehler oder eine Mode (Chauvinismus, Antisemitismus, Anarchismus, Boulangismus[94] usw.) erlebt, aber niemals lassen sich konsequente revolutionäre Sozialdemokraten von jeder Wendung in der Stimmung der Massen mit fortreißen. Man kann und muß die ungeschickte Politik der Sozialdemokraten in der III. Duma kritisieren, wenn sie dort eine ungeschickte Politik betreiben, aber erklären, die Agitation bleibe *infolge* der völligen Gleichgültigkeit der Massen gleich Null, heißt nicht sozialdemokratisch denken.

Oder bedeutet die „völlige Gleichgültigkeit der Massen" keine Gleichgültigkeit gegenüber der Politik des Zarismus überhaupt? Das heißt, sind die Massen, die gegenüber den Vorgängen in der Duma gleichgültig sind, vielleicht gegenüber einer Erörterung der Frage von Straßendemonstrationen, neuen Streiks, des Aufstands, der Frage des innerparteilichen Lebens der revolutionären Parteien überhaupt und der Sozialdemokratie im besonderen *nicht gleichgültig*? Das Übel bei unserem Briefschreiber liegt eben darin, daß er augenscheinlich so denkt, aber *genötigt ist*, solch offenbaren Unsinn nicht klipp und klar auszusprechen. Könnte er wirklich sagen und beweisen, daß unter den Massen gegenwärtig nicht die geringste Gleichgültigkeit gegenüber der Politik überhaupt, sondern im Gegenteil ein viel lebhafteres Interesse für aktivere Formen der Politik bestünde, so

würde die Frage natürlich ganz anders stehen. Läge statt eines Jahres des Niedergangs, der Depression und des Verfalls aller sozialdemokratischen und aller Arbeiterorganisationen ein Jahr des offenkundigen Interesses der Massen gerade für unmittelbar revolutionäre Kampfformen hinter uns, so wären wir die ersten, die zugestehen, daß wir uns geirrt haben. Denn nur „parlamentarische Kretins" des Menschewismus, die vor den Erfahrungen der Tätigkeit Marx', Lassalles und Liebknechts in revolutionären Perioden heuchlerisch die Augen schließen, können überhaupt und immer, ohne Rücksicht auf die konkreten Bedingungen der revolutionären Situation, für die Beteiligung an jeglicher Vertretungskörperschaft sein. Die Marxisten sind verpflichtet, die Frage nach einer Beteiligung an der III. Duma oder ihres Boykotts wie jede andere politische Frage nicht abstrakt, sondern *konkret*, unter Berücksichtigung der *ganzen* revolutionären Situation zu stellen und nicht aus der einen bloßen Erwägung heraus: „Wenn es eine Vertretung gibt, so müssen wir vertreten." Ein lebhaftes Interesse der Massen für die Politik würde bedeuten, daß die objektiven Bedingungen für eine heranreifende Krise vorhanden sind, d. h. würde bedeuten, daß ein gewisser Aufschwung bereits zu verzeichnen sei und daß sich die Stimmung der Massen, bei einem bestimmten Grad dieses Aufschwungs, zwangsläufig in einer *Massenaktion* niederschlüge.

Hinsichtlich dieser letzten Frage macht der otsowistische Genosse selbst folgendes Eingeständnis: „Jedwede Änderung ihrer" (der Fraktion) „Tätigkeit" hängt „eng zusammen mit einer Veränderung des Regimes, auf das einzuwirken wir heute nicht die Kraft besitzen . . ." Warum ist der otsowistische Genosse der Meinung, daß wir heute außerstande sind, nicht nur dieses Regime zu verändern, sondern nicht einmal auf es *einzuwirken*? Offenbar deshalb, weil er als Sozialdemokrat ausschließlich die Aktion der proletarischen Massen im Auge hat, sie aber *heute* für unmöglich und daher jede Diskussion darüber für müßig hält. Aber man sehe, wie er uns dabei einen Strick drehen will, d. h. ein Argument, das in Wirklichkeit gegen den Otsowismus spricht, gegen uns richtet:

„*Durchbrecht* die Polizeischranken", schreibt der otsowistische Genosse, „die unsere Dumaabgeordneten von den Massen absperren, zwingt die Fraktion, klarer und schärfer aufzutreten, mit einem Wort, verschmelzt ihre Arbeit organisch mit dem Leben des Proletariats – dann werden die Arbeiter ihr vielleicht positive Seiten zuerkennen. Da aber jedwede Ände-

rung ihrer Tätigkeit eng zusammenhängt mit einer Veränderung des Regimes, auf das einzuwirken wir heute nicht die Kraft besitzen, so müssen wir alle Vorstellungen von einer Erweiterung und Vertiefung der Fraktionsarbeit fallenlassen! . . ."

Wenn die Erweiterung und Vertiefung der Arbeit der Dumafraktion von einem „Durchbrechen der Polizeischranken" abhängig gemacht wird, warum lautet dann die Schlußfolgerung: „laßt alle Vorstellungen von einer Verbesserung der Fraktionsarbeit fallen" – nicht aber: laßt den Gedanken an ein Durchbrechen der Polizeischranken fallen?? Der Verfasser geht offenkundig unlogisch vor, und seine Gedankengänge wären folgendermaßen zu korrigieren: Es bedarf einer unermüdlichen Arbeit zur Verbesserung der gesamten Parteitätigkeit und der ganzen Verbindung der Partei zu den Massen, eine Folge davon wird unvermeidlich sowohl ein Durchbrechen der Polizeischranken überhaupt als auch insbesondere eine Festigung der Verbindung zwischen Partei und Fraktion, eine stärkere Einflußnahme der Partei auf die Fraktion sein. In der Tat fordert der Verfasser von uns, den Anti-Otsowisten, *wir* sollten „die Polizeischranken durchbrechen" – dann werde er vielleicht auf den Otsowismus verzichten. Ist es aber nicht klar, daß er auf diese Weise den wirklichen Zusammenhang, die wechselseitige Abhängigkeit der politischen Erscheinungen auf den Kopf stellt? Vielleicht – sagen wir – hätten Sie, Genosse Otsowist, recht, wenn die Masse „heute" imstande wäre, nicht nur „auf das Regime einzuwirken" (jede gelungene politische Demonstration wirkt auf das Regime ein), sondern auch „die Schranken zu durchbrechen", d. h. wenn die Masse *heute* schon die „Schranken" der III. Duma durchbrechen könnte, so wäre es vielleicht für die revolutionäre Sozialdemokratie überflüssig, ihre Vertreter in diese Duma zu entsenden. Vielleicht. Aber Sie selbst sagen, es sei nicht an dem; Sie vertreten selbst die Meinung, es bedürfe unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch einer gründlichen und zähen Vorarbeit, um diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen.

„Zusammensetzung der Fraktion" – so sagen Sie. Wenn eine Abberufung vorgeschlagen würde, um die Zusammensetzung der Fraktion zu *verändern*, so verdiente dieses Argument eine Prüfung von dem Standpunkt aus, ob nach der Demission der heutigen Fraktion bei den Neuwahlen die Zusammensetzung der Fraktion sich verbessern würde. Aber der Briefschreiber denkt an nichts dergleichen. Er will nicht nur die Duma-

fraktion abberufen, er will überhaupt keine Vertretung der Sozialdemokratie in der III. Duma, er erklärt die Beteiligung an ihr für einen Fehler. Unter diesem Gesichtswinkel ist die Begründung des Otsowismus mit der „Zusammensetzung der Fraktion" ein für Sozialdemokraten unverzeihlicher Kleinmut, unverzeihliche Kleingläubigkeit. Unsere Partei hat es erreicht, daß die Schwarzhunderter gezwungen waren, aus den Arbeiterwahlmännern Kandidaten unserer Partei, Sozialdemokraten, zu wählen. Was denn, wir sollen es für unmöglich halten, daß diese unserer Partei verbundenen Arbeiter imstande sind, ihren sozialistischen Standpunkt von der Dumatribüne herab einfach und klar darzulegen? Wir sollen nach einigen Monaten Kampf gegen die bürgerlichen „Sachverständigen"[95] (siehe die ausgezeichnete Schilderung des von ihnen gestifteten Schadens in dem Brief über die Fraktion, den wir in dieser Nummer veröffentlichen) die Flinte ins Korn werfen? Wir sollen unsere Partei für unfähig erklären, in einer Zeit des Niedergangs, vorübergehender Stagnation der Bewegung sozialdemokratische Arbeiter hervorzubringen, die ihren sozialistischen Standpunkt öffentlich zu vertreten vermögen? Das ist keine Politik mehr, sondern nervöses Gebaren. Zugegeben, daß unsere Dumafraktion selbst den größten Teil der Schuld daran trägt, denn gerade durch ihre ernsten Fehler und nur durch diese Fehler steigert sie die Unzufriedenheit ihr gegenüber bis zum Otsowismus. Aber wir lassen uns nicht durch berechtigte Unzufriedenheit zu falscher Politik verleiten. Nein. Wir müssen und wir werden zäh und energisch daran arbeiten, Partei und Fraktion einander näherzubringen und die Arbeit der Fraktion zu verbessern. Wir werden nicht vergessen, daß die internationale Sozialdemokratie Beispiele eines viel langwierigeren und viel schärferen Kampfes zwischen Fraktion und Partei kennt als jenen, der bei uns zur Zeit der III. Duma geführt wird. Man erinnere sich der Deutschen. Unter dem Sozialistengesetz kam es bei ihnen so weit, daß die Fraktion eine Reihe krasser parteifeindlicher, opportunistischer Schritte tat (Bewilligung der Dampfersubvention usw.). Die Partei gab im Ausland ein wöchentlich erscheinendes Zentralorgan heraus und schmuggelte es regelmäßig nach Deutschland ein. Trotz erbitterter polizeilicher Verfolgungen, trotz einer Situation, die – infolge objektiver Bedingungen – viel weniger revolutionär war als die gegenwärtige in Rußland, war die damalige Organisation der deutschen Sozialdemokraten ungleich breiter und stärker als die heutige Organisation

unserer Partei. Die deutsche Sozialdemokratie begann einen langwierigen Kampf gegen ihre Fraktion und führte ihn bis zum Sieg. Die einfältigen Anhänger der „Jungen", die sich, statt an der Verbesserung der Arbeit der Fraktion mitzuwirken, in hysterischen Ausfällen gefielen, nahmen bekanntlich ein recht schlimmes Ende. Der Sieg der Partei aber kam in der Unterwerfung der Fraktion zum Ausdruck.

Bei uns beginnt gerade erst der Kampf zwischen Partei und Fraktion um die Behebung der Fehler der letzteren. Bei uns hat es noch keine Parteikonferenz gegeben, die die Fraktion klar und eindeutig darauf hingewiesen hätte, daß sie ihre Taktik in diesen und jenen, klar festgelegten Punkten unbedingt zu verändern habe. Wir besitzen noch kein regelmäßig erscheinendes ZO, das namens der gesamten Partei jeden Schritt der Fraktion verfolgte und sie anleitete. Unsere örtlichen Organisationen haben auf dem gleichen Arbeitsgebiet – Agitation unter den Massen im Zusammenhang mit jedem Auftreten der Sozialdemokraten in der Duma bei gleichzeitiger Erläuterung jedes dabei begangenen Fehlers – noch gar wenig getan. Und da fordert man uns auf, alles fahrenzulassen, den Kampf als hoffnungslos aufzugeben, auf die Ausnutzung der Dumatribüne zu einem Zeitpunkt, wie dem Jahre 1908, zu verzichten. Noch einmal: Das ist keine Politik, sondern nervöses Gebaren.

Es gibt kein klares Auftreten – sagen Sie. Hinsichtlich dieses „klaren Auftretens" ist zweierlei zu unterscheiden: erstens die ungenügende Informiertheit der Partei und zweitens ein überaus ernster prinzipieller Fehler in der Stellung der Frage des klaren Auftretens überhaupt.

Zum ersten ist zu sagen, daß bisher alle, die an der Fraktion sachliche Kritik üben wollten, auf viele zweifellos ernste Fehler hingewiesen haben (die Deklaration; die Bewilligung der Millionen für Schwarz; die Beratung mit den Volksdemokraten; die Bezeichnung der Religion als Privatsache gegenüber der *Partei*; das Schweigen zur Interpellation vom 15. Oktober 1908; die mangelnde klare Kritik an den Kadetten usw.). Diese Fehler verschweigen, wie es die Menschewiki tun, die alles, außer einer Rede Tschilikins, in bester Ordnung finden, wäre übelste Plattheit. Nicht verschweigen dürfen wir diese Fehler, sondern wir müssen sie öffentlich brandmarken – in unseren lokalen und zentralen Organen, in jeder Versammlung, in Agitationsflugblättern, die wir bei jedem Auftreten in der Duma in die Massen werfen müssen. Für eine sachliche Kritik an der

Fraktion und für eine Information der proletarischen Massen über diese Kritik haben wir noch herzlich wenig getan. Wir müssen jeder und überall diese Arbeit in Angriff nehmen, und wenn wir das tun, so werden wir sehen, daß es eine ganze Reihe solcher Reden der Fraktion und insbesondere solcher Formulierungen von Anträgen auf Übergang zur Tagesordnung gibt, die, nach den Hinweisen der Vertreter des ZK und in Übereinstimmung mit ihnen verfaßt, eine *richtige* Darlegung des Programms der SDAPR enthalten und die in den Dumaprotokollen wie in den Beilagen zur „Rossija"[96] veröffentlicht sind und von uns nicht einmal zum hundertsten Teil für die Massenagitation ausgewertet wurden. Die Fraktion muß man kritisieren, das steht außer Frage, ihre Fehler totzuschweigen wäre unehrlich. Aber wir alle müssen auch die örtlichen Organisationen ausbauen und eine entsprechende Agitation entfalten, um jedes Auftreten der Fraktion gebührend auszunutzen. Nur die Verknüpfung der einen mit der anderen Arbeit ist konsequent revolutionärer Sozialdemokraten wirklich würdig, nur eine solche Verknüpfung wird uns helfen, diesen „Zustand der Fäulnis" zu überwinden und den Anbruch eines neuen Aufschwungs zu beschleunigen.

Weiter sagt der Verfasser, als er betont, daß es kein „klares Auftreten" gebe: „Es entstand die Vorstellung" (bei wem? Bei einigen Mitläufern*, die das Abc des Marxismus nicht kapieren?), „daß sich die Sozialdemokratie mit der gegenwärtigen Lage der Dinge ausgesöhnt hat und auf friedliche Kulturarbeit bedacht ist; das Bestehen der Fraktion ist gleichsam ein Beweis dafür geworden, daß die Revolution, wenn nicht in Worten, so doch... in Wirklichkeit begraben ist. Mag diese Meinung falsch sein, aber widerlegen läßt sie sich nicht durch Argumente, sondern nur durch Tatsachen." Und die einzige „Tatsache", die der Briefschreiber dabei als „Umgestaltung" der ganzen Taktik einer „Betonung" der Stellung der Sozialdemokratie zur Duma gegenüber den Massen in Vorschlag bringt, ist die Abberufung der Fraktion! Die Abberufung der Fraktion wird also als eine „Tatsache" betrachtet, die das „Begraben der Revolution" widerlegt, als „klares Auftreten", das die neue Taktik *betont!*

Wir haben darauf zu erwidern, daß der Verfasser die allgemeine Bedeutung des „klaren Auftretens" und „klarer" Losungen nicht richtig versteht. Als wir, die Bolschewiki, 1905 die Bulyginsche Duma boykottierten,

* „Mitläufern" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

war diese Losung richtig, nicht weil sie „klar" war, sondern weil sie die *objektive* Lage *richtig* zum Ausdruck brachte: Ein zunehmender Aufschwung hatte eingesetzt, von dem der Zarismus durch das Versprechen einer gesetzberatenden Duma abzulenken suchte. Als wir im Sommer 1906 die Losung aufstellten: „Exekutivkomitee der Linken zur Unterstützung des Aufstands, nicht aber Unterstützung der Forderung nach einem Kadettenkabinett", da war diese Losung richtig, nicht weil sie „klar" war, sondern weil sie die *objektive* Lage *richtig* zum Ausdruck brachte; die Ereignisse hatten gezeigt, daß die Kadetten den Kampf hemmten, daß ihre Geheimverhandlungen mit Trepow im Juni 1906 Ausdruck von Manövern der Regierung waren, daß die *wirkliche* Schlacht auf einem anderen Boden, nach der gewaltsamen Auflösung der Duma geliefert werden mußte und auch geliefert wurde – nämlich auf dem Boden des bewaffneten Kampfes (Sveaborg und Kronstadt als Krönung und Abschluß der Soldaten- und Bauernerhebungen). Als wir im Jahre 1907 die Losung aufstellten: nicht im Block mit den Kadetten, sondern gegen sie – da war auch diese Losung richtig, nicht weil sie „klar" war, sondern weil sie die *objektiven* Verhältnisse des Augenblicks richtig zum Ausdruck brachte. Die Wahlen in St. Petersburg sowie alle Abstimmungen (und Debatten) in der zweiten Duma hatten erwiesen, daß die „Schwarzhundertergefahr" eine Fiktion war und daß in *Wirklichkeit* der Kampf gegen Kadetten und Reaktion zusammen und nicht mit den Kadetten gegen die Reaktion geführt werden mußte.

Es steht außer Zweifel, daß sich ein Teil der Leute, die sich während der Revolution uns anschlossen, dies nur wegen der „Klarheit" unserer Losungen taten, und nicht, weil sie das *marxistische* Kriterium der Richtigkeit der sozialdemokratischen Taktik und der sozialdemokratischen Losungen begriffen hatten. Daß heute, beim Abebben der Welle, nur wirkliche, standhafte Marxisten bei uns bleiben und bleiben werden, schreckt uns nicht, sondern freut uns im Gegenteil. Wir fordern daher den otsowistischen Genossen auf, sich seinen eigenen Gedankengang recht aufmerksam zu überlegen: Das Begräbnis der Revolution solle nicht durch Worte, sondern durch Tatsachen widerlegt werden – *darum* müßten wir die Fraktion abberufen! Es ist dies ein grundfalscher Gedankengang. Die Abberufung der Fraktion als *Hervorhebung* des Umstands, daß die Revolution noch nicht begraben ist, bedeutet in Wirklichkeit ein *Begräbnis* jener „Revolu-

tionäre", die es fertigbringen, eine solche Politik zu betreiben. Denn ein solcher „revolutionärer Geist" ist Ausdruck von Ratlosigkeit und Ohnmacht angesichts jener schweren, mühevollen, langwierigen Arbeit, die durch die objektiven Verhältnisse „heute" vorgeschrieben ist und der man durch keine Worte ausweichen kann.

Endlich verweisen wir darauf, daß der otsowistische Genosse selbst am Schluß seines Briefes *in fünf* Punkten einen solchen Plan der uns unmittelbar bevorstehenden Arbeit entwirft, welcher die Aufgaben des Tages richtig fixiert und seine falsche Taktik *widerlegt*. Noch einmal: Die *Praxis* des otsowistischen Genossen ist besser als seine Theorie. Er hat zweifellos recht, wenn er die Notwendigkeit einer festen illegalen Organisation betont. Er wird wahrscheinlich nicht auf der höchst unpraktischen „Einsetzung" der Komiteemitglieder durch das Zentralkomitee bestehen. Vergessen wir nicht, daß der Berufsrevolutionär aus den Reihen der Intellektuellen vom sozialdemokratischen Berufsrevolutionär aus den Reihen der Arbeiter abgelöst wird oder vielmehr präziser, daß dieser jenem zu Hilfe kommt. (Das ist und bleibt Tatsache, soviel die Menschewiki auch Gift und Galle dagegen speien mögen.) Folglich muß und wird die neue illegale Organisation der alten nicht *völlig* gleichen. Wir glauben auch, daß der Ausdruck „die Parteizellen voneinander loslösen" im letzten Satz des ersten Punktes ein zufälliger, ungeschickter Ausdruck ist, den man nicht allzu streng nehmen soll. Wahrlich, die sozialdemokratische illegale Organisation wird die heute einander entfremdeten Zellen nicht noch mehr voneinander loslösen, sondern sie im Gegenteil einander näherbringen. Der otsowistische Genosse hat ganz recht, wenn er die besondere Bedeutung der sozialistischen Propaganda und des „Befragungssystems" der Agitation betont. „Lebendige Fühlung zwischen Masse und Partei", „Heranziehen der Massen zur Erörterung von Agitationslosungen" – das ist wirklich die *Tagesaufgabe*. Die Anerkennung *dieser* Tagesaufgabe zeigt besser als alle langen Erwägungen und entgegen allen „erfundenen" Losungen (nach dem treffenden Ausdruck M. Tomskis), daß der Lauf der Dinge uns allen, den Anti-Otsowisten wie den Otsowisten, *eine* dringende praktische Aufgabe, eine „Losung" der revolutionären Sozialdemokratie stellt: die ideologische Festigung der sozialistischen Bewegung, die organisatorische Festigung der illegalen Arbeiterpartei durch Führer aus den Reihen der Arbeiter, die Entfaltung einer allseitigen sozialdemokratischen Agita-

tion unter den Massen. *Diese* Arbeit wird, wenn wir sie immer einmütiger in Angriff nehmen, uns alle eng zusammenschließen: Besser als Dutzende bloßer Ultimaten dies tun können, wird sie unsere Dumafraktion disziplinieren, ihre Tätigkeit verbessern; sie wird uns dem Leben entnommene Aufgaben stellen, wird erneut eine Atmosphäre kampfesmutiger revolutionärer Bereitschaft schaffen, wird uns lehren, das Heranreifen des Aufschwungs exakt zu ermessen und seine Anzeichen festzustellen, wird alle toten, erklügelten, „erfundenen" otsowistischen Losungen wie Staub hinwegfegen!

„Proletari" Nr. 39,
13. (26.) November 1908.

Nach dem Text des „Proletari".

DIE AGRARDEBATTEN IN DER III. DUMA

Die fast einen Monat währenden Agrardebatten in der III. Duma haben für das Studium des gegenwärtigen Standes der Agrarfrage, der Ergebnisse der Revolution und der Aufgaben des Proletariats überaus reichhaltiges Material geliefert. Wir wollen versuchen, aus diesem Material die wichtigsten Schlüsse zu ziehen. Vier Gruppen von Rednern lassen sich unterscheiden: Rechte, Kadetten, Bauern und Sozialdemokraten. Die Unterschiede zwischen den „Rechten" im engeren Sinne und den Oktobristen verschwinden gänzlich. Die Bauern treten zweifellos als *eine* politische Richtung in der Agrarfrage hervor, wobei die Unterschiede zwischen den rechten Bauern und den Trudowiki nur auf einzelne Nuancen innerhalb der einheitlichen Richtung hinauslaufen. Untersuchen wir die Position jeder einzelnen Gruppe. (Die in Klammern gesetzten Zahlen bezeichnen die Seiten der als Beilage zur „Rossija" veröffentlichten stenografischen Berichte.)

Wie von stockreaktionären „Parlamentariern" nicht anders zu erwarten war, bemühten sich Rechte und Oktobristen, das Wesen ihrer Agrarpolitik durch juristische Kasuistik und archivalischen Plunder zu verschleiern, indem sie sich des langen und breiten über die Korrelationen zwischen dem Gesetz vom 9. XI. 1906 und dem Artikel 12 der allgemeinen Bestimmungen über die Bauern (der den Bauern das Recht zugesteht, nach dem Loskauf des Bodens die Zusprechung des Grundstücks als Privateigentum zu verlangen) sowie dem Artikel 165 der Bestimmung über den Loskauf des Bodens usw. ergingen. Um sich als „Liberaler" hinzustellen, suchte Schidlowski nachzuweisen, daß die Gesetzgebung des Grafen D. Tolstoi über die Unverkäuflichkeit des Anteillandes usw. im Widerspruch zum „Geist" von 1861 gestanden habe, während das Gesetz

vom 9. XI. 1906 diesem entspreche. Das alles sind nichts als Finten, die die Bauernschaft ablenken und das Wesen der Sache verschleiern sollen. Wie aus dem Weiteren ersichtlich ist, sind die Kadetten hierin der Reaktion weitgehend auf den Leim gekrochen; wir Sozialisten aber brauchen nur in zwei Worten darauf zu verweisen, eine wie dicke Schicht Kanzleistaub man von den Reden der Herren Schidlowski, Lykoschin und anderer Lakaien der reaktionären zaristischen Bande entfernen muß, um dahinter den wirklichen Inhalt ihrer Agrarpolitik zu sehen. Herr Lwow I, der sich, so scheint es, als friedlicher Erneuerer bezeichnet, in Wirklichkeit aber ein richtiger Schwarzhunderter mit Allüren à la Struve ist, brachte diesen Inhalt am klarsten zum Ausdruck: „In der Bauernschaft", so sagte dieser Lakai der Gutsbesitzer, „haben sich zwei Elemente herausgebildet: das rechtlose Individuum und die eigenmächtige Menge" (Beifall von rechts und im Zentrum) ... „Das Verharren der Massen in einem solchen Zustand ist eine Gefahr für den Rechtsstaat" (lies: Junkerstaat) (Beifall von rechts und im Zentrum) ... „Das Land muß allen Werktätigen gehören, ebenso wie die Luft und das Wasser; wir sind hergekommen, uns Land und Freiheit zu holen." Das war die dominierende Stimme. Und diese Stimme, direkt herausgegriffen aus all dem Aberglauben und den Vorurteilen, die in den Bauernmassen nisten, diese Stimme wies uns auf jene abergläubische Vorstellung von der Macht hin, die da den einen etwas wegnehmen kann, um es den anderen zu geben ... „Denken wir an das zurück, was hier gesprochen wurde", führte Herr Lwow weiter aus, wobei er die früheren Dumas meinte – „es fällt mir schwer, davon zu sprechen, aber ich werde und ich muß sagen, was in der Agrarkommission geredet wurde. Denn sehen Sie, wenn selbst die Meinung, man solle doch wenigstens die Gemüsegärten, die Obstgärten unangetastet lassen, auf schärfsten Widerspruch stieß, wütenden Widerstand hervorrief und der entsprechende Antrag nur mit ganz geringer Stimmenzahl durchgebracht werden konnte, wenn sogar die Frage aufgeworfen wurde, alle Geschäftemacherei mit dem Grund und Boden müßte eingestellt werden – nicht allein die Verpfändung an die Adelsbank, nicht allein der Verkauf an die Bauernbank, sondern überhaupt jeder Kauf und Verkauf, selbst Schenkung, selbst Vererbung von Boden –, so packt einen die Angst, die Angst, meine Herren, nicht um die Interessen der Gutsbesitzer, sondern um den Zustand und die Geschicke des Staates." (Beifall im Zentrum und von

rechts, Zuruf: „Bravo.") „Auf einem solchen Fundament kann ein kapitalistischer, ein moderner Staat nicht aufgebaut werden." (293.)

Der Gutsbesitzerstaat wurde von „Angst" um sein Fortbestehen gepackt, von „Angst" vor der „Stimme" (und Bewegung) der Bauernmassen. Einen anderen Kapitalismus als den auf der Bewahrung des gutsherrlichen, d. h. fronherrlichen Grundbesitzes gegründeten können sich diese Herren überhaupt nicht vorstellen! Daß der Kapitalismus sich bei Aufhebung jedes Privateigentums am Boden am besten, am ungehindertsten, raschesten entwickelt, davon haben die „gebildeten" Herren Lwow überhaupt nie gehört!

Zur Agitation unter den Massen ist es unbedingt erforderlich, sich die wichtigsten Stellen aus den Reden Schidlowskis, Bobrinskis, Lwows, Golizyns, Kapustins und Co. einzuprägen: Bislang haben wir die Selbstherrschaft fast ausschließlich als befehlende Gewalt gekannt, die nur ab und zu Erklärungen im Geiste von Ugrjum-Burtschejew[97] herausgibt. Hier aber finden wir eine unverhüllte Verteidigung der Gutsbesitzermonarchie und der reaktionären „Verfassung" durch die organisierte Vertretung der herrschenden Klassen, und diese Verteidigung liefert sehr wertvolles Material, um jene Volksschichten aufzurütteln, deren politisches Bewußtsein bislang noch nicht entwickelt war oder die noch politisch gleichgültig waren. Wir heben zwei besonders wichtige Umstände kurz hervor. Erstens, bei der Darlegung ihres politischen Programms malen die Rechten ihrem Auditorium immer den lebendigen Feind, den sie bekämpfen, an die Wand. Dieser Feind ist die Revolution. Die „Angst" vor der Revolution, die der dumme Lwow so deutlich erkennen ließ, tritt nicht minder deutlich bei *allen* zutage, die mit Haß, mit Wut, mit Zähneknirschen auf Schritt und Tritt an die jüngste Vergangenheit zurückdenken. Diese unverhüllte Behandlung *aller* Fragen auf dem Boden der *Konterrevolution*, diese Unterordnung *aller* Argumente unter ein Grundprinzip, den Kampf gegen die Revolution, enthält eine tiefe Wahrheit und macht die Reden der Rechten zu einem viel wertvolleren Material (für die wissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Lage wie für Agitationszwecke), als die Reden der unentschiedenen und feigen Liberalen. Die maßlose Wut, mit der die Rechten über die Revolution, den Ausgang des Jahres 1905, die Aufstände und über die ersten beiden Dumas herfallen, erweist besser als alle langatmigen Ausführungen, daß die Verteidiger der Selbstherrschaft einen

lebendigen Feind vor sich sehen, daß sie den Kampf gegen die Revolution nicht als beendet betrachten, daß ein Wiederaufleben der Revolution ihnen als ganz reale und unmittelbare Gefahr jederzeit vor Augen steht. Einen toten Feind bekämpft man nicht in dieser Weise. Einen Toten haßt man nicht so. Diesen allgemeinen Geist aller Reden der Rechten formulierte ganz naiv der einfältige Herr Balaklejew. Er erklärte, den Erlaß vom 9. November könne man natürlich nicht ablehnen, denn er bringe den allerhöchsten Willen zum Ausdruck, aber zugleich fuhr er fort: „Meine Herren Dumaabgeordneten! Wir leben in einer Zeit der Revolution, die nach meiner festen Überzeugung noch lange nicht zu Ende ist." (364.) Herr Balaklejew hat Angst vor dem „revolutionären Ursprung" des Gesetzes vom 9. November, er befürchtet, es könnte neuen Kampf entfesseln. „Wir machen eine schwere Krise durch", sagte er, „und man weiß nicht, was für ein Ende sie nehmen wird. Die Phantasie läßt vor uns die düstersten Bilder erstehen, aber unsere Pflicht ist es, den Zwist und die Zwietracht im Volk nicht zu fördern."

Der zweite, besonders wichtige Umstand bezieht sich auf das Wirtschafts- und speziell auf das Agrarprogramm der Rechten. Das ist die Verteidigung des Privateigentums der *Bauern* am Grund und Boden durch die Rechten, die sich wie ein roter Faden durch alle ihre Reden zieht, bis hinauf zum Oberpopen Mitrofanuschka (Bischof Mitrofan), der unmittelbar nach dem Berichterstatter das Wort ergriff, mit der deutlichen Absicht, den demokratischen, aber verschüchterten Dorf„batjuschkas" Angst einzujagen, und, mit komischem Bemühen, seine gewohnte unnatürlich geschraubte Popensprache („die Gemeinde bestehet von aller Ewigkeit her") zu überwinden, also sprach: „Das Leben entwickelt sich in der Richtung einer immer größeren Individualität der Persönlichkeit"; „als nützlich muß man anerkennen die Gestaltung des neuen Lebens unserer Bauern nach dem Muster der westeuropäischen Farmer" (69).

Es fragt sich, warum die Klasse der Gutsbesitzer und die Klasse der Kapitalisten sowohl in der II. als auch in der III. Duma das *bäuerliche* Privateigentum am Grund und Boden so energisch verteidigt? Nur weil der „letzte Regierungserlaß" es so will? Natürlich nicht! Dieser Erlaß ist vom „Rat des vereinigten Adels"[98] inspiriert und suggeriert. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten kennen den Feind, gegen den sie zu kämpfen haben, ausgezeichnet, sie fühlen sehr gut, daß die *Revolution* den Sieg der

Gutsbesitzerinteressen mit dem Sieg des Privateigentums am Grund und Boden überhaupt, den Sieg der Bauerninteressen mit der Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden überhaupt, sowohl des gutsherrlichen als auch des bäuerlichen, *in Zusammenhang gebracht* hat. Die Verknüpfung des Privateigentums am Anteilland mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den expropriierten Gutsbesitzerländereien ist eine schlechte Erfindung der Kadetten und Menschewiki. *In Wirklichkeit* geht es bei diesem Kampf darum, ob die Gutsbesitzer das neue Rußland aufbauen werden (was nicht anders möglich ist als auf der Basis des Privateigentums am Grund und Boden jeglicher Art) oder aber die Bauernmassen (in einem Lande, das noch halb in den Fesseln der Leibeigenschaft liegt, ist dies ohne Beseitigung des Privateigentums sowohl *am* Grund und Boden des Gutsbesitzers als auch *am* Anteilland nicht möglich).

Nunmehr kommen wir zu den Kadetten. Ihre Reden unterscheiden sich von den Reden der Rechten wie der Linken durch das Bestreben, Unversöhnliches miteinander zu versöhnen, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Nur in jenem Teil der Rede des Herrn Miljukow, wo er als *Historiker*, nicht als *Kadett* sprach, finden wir ausgezeichnet ausgewähltes Material zur Geschichte des Rates des vereinigten Adels – ein Material, dessen Zusammenfassung jedem *Demokraten* Ehre macht. Im allgemeinen aber krochen Schingarjow, Beresowski, Miljukow, Bobjanski und Roditschew dem reaktionären Schidlowski auf den Leim und verkleisterten mit größtem Eifer die Köpfe ihrer Hörer mit juristischer Kasuistik, ließen die schönsten Phrasen über „Gerechtigkeit" nach römischem Recht ertönen (um ja recht eindrucksvoll zu sein, gebrauchte Roditschew sogar das lateinische Wort „aequitas"! *„Wir"* haben in der Universität ja etwas gelernt!), erniedrigten sich bis zur übelsten Speichelleckerei. (Herr Schingarjow beteuerte seine „Achtung" vor dem Stolypinschen Lakaien Lykoschin und suchte zu beweisen, daß zwangsweise Enteignung sogar in Ländern vorkomme, wo „das Institut des Privateigentums hoch und heilig geachtet wird".) Durch alle kadettischen Reden zieht sich wie ein roter Faden eine Opposition gegen das Gesetz vom 9. November vom Standpunkt der „Vorsicht". Uns Bolschewiki wird vorgeworfen, es sei Verleumdung, wenn wir die Kadetten als liberale Gutsbesitzer bezeichnen. In der Tat, sie sind schlimmer – sie sind liberale *Staatsbeamte*. Man kann sich keine größere Verzerrung des *demokratischen* Bewußtseins der Massen

denken, als dieses Auftreten sogenannter „Demokraten" in der Reichsduma mit Reden, die den Kampf *abschwächen*, mit einer Propagierung bürokratischer „Vorsicht", mit niederträchtiger Lobpreisung jener Ausplünderung und Knechtung der Bauern durch die Fronherren, die sich „große Reform" von 1861 nennt!

Stolypin wegen der „Unvorsichtigkeit" seiner Agrarpolitik angreifen heißt sich prostituieren, heißt sich als *solche* ausführende Diener dieser Politik anbieten, die die *gleiche Aufgabe* mit „Vorsicht" zu lösen vermögen, die das gleiche junkerliche Wesen unter der heuchlerischen Flagge eines „konstitutionellen Demokratismus" durchzusetzen imstande wären, nicht allein durch Gewalt, sondern auch durch Betrug der Bauern. Hier eine der zahlreichen kadettischen Erklärungen, die gerade diesen Sinn ihrer Reden offenbaren. Herr Beresowski, dessen Rede von dem Führer der Kadetten, Herrn Miljukow, ausdrücklich gutgeheißen und für „ausgezeichnet" befunden wurde, führte folgendes aus:

„Meiner tiefen Überzeugung nach ist dieser Entwurf" (Agrarentwurf der Kadetten) „viel vorteilhafter auch für die Grundbesitzer" (nicht nur für die Bauern). „Ich sage das, meine Herren, weil ich die Landwirtschaft kenne, weil ich mich mein Leben lang damit beschäftigt habe und selbst Land besitze. Für eine hochentwickelte Landwirtschaft wäre der Entwurf der Partei der Volksfreiheit zweifellos von größerem Nutzen als die jetzige Ordnung. Man darf nicht die nackte Tatsache der zwangsweisen Enteignung herausgreifen, sich darüber empören und sagen, das sei Gewalt, sondern man muß sehen und beurteilen, worauf das hinausläuft, was in unserem Entwurf vorgeschlagen wird, und wie diese zwangsweise Enteignung durchgeführt wird." (Goldene Worte! Herr Beresowski, sind Sie nicht Bolschewik geworden?) „Nehmen Sie den Entwurf der 42 Mitglieder der I. Reichsduma – er enthielt lediglich" (sehr richtig! lediglich!) „die Anerkennung der Notwendigkeit, in erster Linie jenen Boden zu enteignen, den seine Besitzer nicht selbst bestellen. Ferner unterstützte die Partei der Volksfreiheit die Bildung örtlicher Kommissionen, die binnen einer bestimmten Frist feststellen sollten, welche Ländereien zu enteignen sind und welche nicht und wieviel Boden die Bauern brauchen, um zufriedengestellt zu sein. Diese Kommissionen sollten zur Hälfte aus Bauern und zur anderen Hälfte aus Nicht-Bauern bestehen." (Sagen Sie doch alles, Herr Beresowski! Genieren Sie sich nicht, die Wahrheit kommt

doch an den Tag: Mit der Einsetzung eines „neutralen" Kommissionsvorsitzenden durch die Gutsbesitzerregierung war den Gutsherren in den Kommissionen von vornherein das Übergewicht über die Bauern gesichert: siehe den Gesetzentwurf von Kutler in Band II der kadettischen „Agrarfrage".) „Dadurch hätte man natürlich in gemeinsamer konkreter Arbeit an den einzelnen Orten sowohl den Umfang des für die Enteignung in Frage kommenden Bodens als auch die Menge des für die Bauern notwendigen Bodens feststellen können, und letztendlich würden sich auch die Bauern davon überzeugt haben, in welchem Maße ihren gerechten Forderungen entsprochen werden kann. Dann hätte dieses ganze Material durch die Reichsduma und den Reichsrat seinen Weg genommen" (ja eben!) „und nach Überarbeitung" (d. h. nach erneuter Beschneidung der „Reform" durch die neue Mehrheit der Gutsbesitzer und Beamten!) „allerhöchste Sanktion erhalten können." (Man erinnere sich der wiederholten Beschneidung des bäuerlichen Anteillandes durch ähnliche höhere Instanzen im Jahre 1861.) „Das Resultat dieser planmäßigen Arbeit wäre zweifellos eine wirkliche Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, eine damit verbundene Beruhigung und die Erhaltung der hochentwickelten Wirtschaften, deren Zerstörung ohne zwingende Notwendigkeit die Partei der Volksfreiheit niemals beabsichtigt hat." (143.)

Herr Beresowski hat im Oktober 1908 *alles* zugegeben, was die Bolschewiki im Sommer 1906 über den Agrarentwurf der Kadetten gesagt haben! In der I. Duma rückten die Kadetten vor der Öffentlichkeit das demokratische Äußere ihrer Reform in den Vordergrund, während sie in den Geheimverhandlungen mit Trepow und seinen Helfershelfern den profeudalen Charakter dieser Reform zu beweisen suchten. In der III. Duma rücken die Kadetten vor der Öffentlichkeit den profeudalen Charakter ihrer Reform in den Vordergrund und suchen ihren demokratischen Charakter in vor der Polizei geheimgehaltenen Besprechungen mit den wenigen wunderlichen Käuzen zu beweisen, die noch für Altweibermärchen empfänglich sind. Je nachdem, wie der Wind weht, wendet der Gott Janus seine „Antlitze" bald nach dieser, bald nach jener Seite. Die „Demokraten" sind so tief gesunken, daß sie den Schwarzhunderterreaktionären die Harmlosigkeit ihrer Programme und ihres Verhaltens während der Revolution zu beweisen bestrebt sind!

Man vergleiche damit die Reden der Bauern. Da haben wir einen typischen rechten Bauern, den Abgeordneten Stortschak. Er beginnt seine Rede mit einer wörtlichen Wiederholung der Worte Nikolaus' II. über „das heilige Eigentumsrecht", über die Unzulässigkeit seiner „Verletzung" usw. Weiter sagt er: „Gebe Gott unserm Herrscher Gesundheit! Er hat dem ganzen Volke schön gesagt..." (295.) Er schließt aber: „Wenn jedoch der Zar gesagt hat, es soll Recht und Ordnung herrschen, so muß man sagen, daß es kein Recht und keine Ordnung ist, wenn ich auf 3 Desjatinen Land sitze und gleich daneben hat einer 30 000!!" (296.) Man vergleiche diesen Monarchisten mit dem Monarchisten Beresowski. Der erste ist ein unwissender Bauer, der zweite ein gebildeter Beinahe-Europäer. Der erste ist naiv bis zur Heiligkeit und politisch ungebildet bis zur Unglaublichkeit. Der Zusammenhang zwischen Monarchie und „Ordnung", d. h. Unordnung und Unrecht zum Schutz der Besitzer von 30 000 Desjatinen, ist für ihn unklar. Der zweite ist ein gewiegter Politiker, der alle Ein- und Ausgänge bei Witte, Trepow, Stolypin und Co. kennt, alle Feinheiten der europäischen Verfassungen studiert hat. Der erste ist einer von den Millionen, die sich ihr Leben lang auf 3 Desjatinen plagen, und die von der ökonomischen Wirklichkeit zum revolutionären Massenkampf gegen die Dreißigtausender *getrieben* werden. Der zweite ist einer von den paar zehntausend, höchstens hunderttausend Gutsbesitzern; er möchte seine „hochentwickelte Wirtschaft" „in Frieden" behalten und den Bauern mit leeren Versprechungen abspeisen. Ist es nicht klar, daß der erste die bürgerliche Revolution in Rußland machen, den gutsherrlichen Grundbesitz *vernichten* und die Bauernrepublik errichten *kann* (wie entsetzlich auch dieses Wort heute noch in seinen Ohren klingen mag)? Und ist es nicht klar, daß der zweite *nicht anders kann*, als den Kampf der Massen, der die unerläßliche Voraussetzung des Sieges der Revolution bildet, nach Kräften zu behindern?

Mögen darüber die Leute nachdenken, die es immer noch nicht begreifen können, was das bedeutet: „Revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft"!

Das Agrarprogramm von Stortschak, das ist derselbe Agrarentwurf der 42 Bauernabgeordneten der III. Duma, über den wir in Nr. 22 des „Proletari"* bereits gesprochen haben. Äußerlich recht bescheiden, steht er

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 465/466. *Die Red.*

weiter links als der kadettische Entwurf, was auch die Kadetten selber zugeben. Dieser Entwurf, der die Erörterung der Reform, die den Bauern Boden geben soll, durch örtliche, aus allgemeiner Wahl hervorgegangene Kommissionen verlangt, ist *in Wirklichkeit* ein revolutionärer Entwurf, denn die Erörterung der Agrarreform durch wirklich demokratisch gewählte örtliche Körperschaften ist mit der Erhaltung der Macht des Zaren und des gutsherrlichen Grundbesitzes im heutigen Rußland absolut unvereinbar. Und der Umstand, daß in der Schwarzhunderterduma, die auf Grund eines speziell zum Vorteil der Gutsbesitzer, gemäß den Wünschen des vereinigten Adels fabrizierten Wahlrechts gewählt wurde, trotz der schlimmsten Reaktion und des zügellosesten weißen Terrors 42 *Bauern* einen solchen Entwurf unterschrieben haben, bezeugt besser als alle Argumente die revolutionäre Stimmung der Bauernmassen des heutigen Rußlands. Mögen die Opportunisten die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den Kadetten, die Notwendigkeit einer Annäherung des Proletariats an die Bourgeoisie in der bürgerlichen Revolution zu beweisen suchen – die klassenbewußten Arbeiter werden aus der Debatte in der III. Duma nur die immer festere Überzeugung gewinnen, daß eine siegreiche bürgerliche Revolution in Rußland unmöglich ist ohne gemeinsamen Ansturm der Arbeiter- und Bauernmassen, entgegen den Schwankungen und Verrätereien der Bourgeoisie.

Während Stortschak wie die Abgeordneten Titow (Geistlicher), Andrejtschuk, Popow IV und Nikitjuk, die im wesentlichen auf dem gleichen Standpunkt stehen, den revolutionären Geist der Bauernmassen nur unbewußt, spontan zum Ausdruck bringen und sich scheuen, die Konsequenzen ihrer eigenen Worte und Vorschläge nicht nur nicht auszusprechen, sondern auch nur zu Ende zu denken, so drücken die Trudowiki in der III. Duma den Geist des Massenkampfes der Bauern offen und unverhohlen aus. Am wertvollsten sind dabei die Reden jener bäuerlichen Trudowiki, die ihre Auffassungen ganz unumwunden darlegen, die die Stimmungen und Bestrebungen der Massen mit größter Genauigkeit und Lebendigkeit wiedergeben, sich in den verschiedenen Programmen zwar nicht zurechtfinden (die einen erklären ihre Sympathie für den Entwurf der 42 Bauern, andere für die Kadetten), aber um so eindrucksvoller das aussprechen, was tiefer liegt als alle Programme.

So sprach Kropotow, Abgeordneter aus dem Gouvernement Wjatka:

„Meine Wähler sagten mir, das Gesetz vom 9. November sei ein Gesetz für die Grundbesitzer ... Meine Wähler fragten mich z. B.: Warum wird es gewaltsam gemacht? ... Warum ist unser Boden der Verfügungsgewalt der Landeshauptleute übergeben worden? ... Meine Wähler beauftragten mich: Sage du der Reichsduma, daß es so nicht weitergeht ... Und man braucht es (das Gesetz vom 9. November) in unserer Gegend nur anzuwenden, und bei neuen Gutsherren werden, wie unsere Bauern sagen, die Häuser zu brennen beginnen." (71.) „Es handelt sich darum, die Gutsbesitzer zu entschädigen ... Warum verlangt aber das Staatsinteresse, daß man dem Armen sein Letztes wegnimmt und es denen gibt, die, wie ich mich ausdrückte, es zufällig verstanden haben, laut dem von der Regierung gegebenen Gesetz ihren Boden zu behalten? Verlangt nicht das Staatsinteresse, die Bewirtschaftung des brachliegenden Bodens – des gutsherrlichen Bodens, der Staats-, Apanage- und Klosterländereien – zu erzwingen? ... Der Bauer muß 11,50 Rubel pro Desjatine Steuer zahlen, und wenn man, meine Herren, gerecht sein und alle im gleichen Maße so besteuern wollte, würde der Boden wirklich in die Hände der Bauern kommen und eine zwangsweise Enteignung wird überflüssig sein. Um gerecht zu sein, muß man eine einheitliche Bodensteuer einführen, dann wird der Boden in die Hände der werktätigen Massen gelangen, und keiner braucht den anderen zu beneiden: Wer nicht arbeiten will, der wird auch nicht zahlen ..." (73.)

Wieviel im Kampf noch unerprobte Kraft, wieviel Kampfeswillen atmet diese naive Rede! Bestrebt, eine „zwangsweise Enteignung" zu umgehen, beantragt Kropotow *in Wirklichkeit* eine Maßnahme, die einer *Konfiskation* des Bodens der Gutsbesitzer und der Nationalisierung des *gesamten* Grund und Bodens gleichkommt. Daß die „einheitliche Steuer" dieses Anhängers der Lehren von George[99] der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens gleichbedeutend ist, begreift Kropotow nicht, daß er aber das wirkliche Streben von *Millionen* zum Ausdruck bringt – daran kann es nicht die geringste Spur eines Zweifels geben.

Da ist der Abgeordnete Roshkow, der mit den Worten beginnt: „Meine Herren, mir, einem einfachen Bauer, fällt es schwer, von dieser Tribüne herab zu sprechen" (77) ... „Die Bauernschaft hat von der Reichsduma nicht das Gesetz vom 9. XI. erwartet, kein Gesetz, welches Land, das wir nicht haben, unter uns verteilt, sondern ein Gesetz, wonach zuerst unser

Land vergrößert und dann erst aufgeteilt wird. Die Grundthesen für ein solches Gesetz, unter denen die Unterschriften von 47 Bauern stehen, sind bereits am 20. Februar eingereicht worden, aber wir haben bis heute nichts wieder davon gehört... Die Landeshauptleute sind die Herren über den Boden... die wahren Herren des Bodens aber sind durch die Bestimmungen des verstärkten Schutzes gebunden... Für den Erwerb von Boden zur Bewirtschaftung gibt es in unserem Staat kein bestimmtes Gesetz..., das besagte: Du darfst keinen Boden zur Bewirtschaftung kaufen... Nun hat am 16. September 1907 die Flurbereinigungskommission von Stawropol beschlossen, nur derjenige dürfe Boden kaufen, der Zugvieh und Inventar besitzt. Und, meine Herren, hier in diesem Saal sind fast die Hälfte der Anwesenden Gutsbesitzer, die solche Leute beschäftigen, denen die Flurbereinigungskommission das Recht auf Bodenerwerb verweigert. Meine Herren, wir wissen, daß diese Menschen für 60 bis 70 Rubel im Jahr arbeiten... Dieser unglückliche Arbeiter ist dazu verdammt, sein Leben lang für den Gutsbesitzer zu schuften, er wird seinen Rücken sein Leben lang für Fremde krümmen, hinter seinem Rücken aber wird sein Herr, der ihn ausbeutet, sich als Kulturmensch betrachten."

Tomilow: „Der einzige Ausweg... ist nach unserer Meinung folgender: In sämtlichen Dorfgemeinden Rußlands ist, nach dem Beispiel der früheren Revisionen, eine Neuaufteilung des Bodens vorzunehmen. Dieser Revision muß die Zahl der Personen männlichen Geschlechts am 3. November 1905 als Stichtag zugrundeliegen.

Unsere, der Bauern, größte Sehnsucht ist Land und Freiheit; aber wir haben gehört, daß, solange die gegenwärtige Regierung am Ruder steht, der Grundbesitz unantastbar bleibt. (Stimmen im Zentrum: ‚Der Privatbesitz'.) Der Privatbesitz, der Besitz des Adels. (Stimmen im Zentrum: ‚Und der eurige auch'.) Wenn das auch uns betrifft, so sind wir bereit, unser Anteilland hinzugeben." (Da ist sie, die bäuerliche *Vendée*, mit der uns der superkluge Plechanow und Co. in Stockholm für den Fall der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens Angst machen wollte!) „Sagen wir, die Bauern eines Dorfes sind bereit, ihre Bodenanteile herzugeben und aufzuteilen, damit alle gleich viel haben. Die Erklärung des Vertreters des Ministeriums läuft darauf hinaus, daß, solange die Macht nicht in die Hände der Bauernschaft und überhaupt des Volkes gelangt ist, die Bauern weder Land noch politische Freiheit zu sehen bekommen wer-

den. Danke schön für die Offenheit, obwohl wir das schon früher gewußt haben ..." (149.)

„Im Jahre 1905, als die Bauern sich unter der Führung bewußter Elemente vereinigt haben (Lärm und Heiterkeit rechts) und ein drohendes Wort sagten .. da begannen die Adligen zu reden: ‚Ihr habt ja Boden, ihr habt ja eure Anteile, teilt diese Brocken doch unter euch auf ...'"

Petrow III: „Denken Sie, meine Herren, zurück an die Regierungszeit von Alexej Michailowitsch und an die Empörung des Bauernvolkes, die in der Bewegung unter der Führung Rasins zum Ausbruch kam." (Stimmen rechts: Oho!) ... „Seine Forderungen hat das Volk im Jahre 1905 besonders nachdrücklich erhoben. Auch hier war es die bittere Not, die es zwang, auf die Straße zu gehen und dort gebieterisch zu verlangen, was es braucht ..." (187.) „Der ganze Boden muß in die ausgleichende Bodennutzung des ganzen Volkes eingehen ... Ich bin natürlich ein Gegner des Privateigentums am Grund und Boden" (tatsächlich, die von Plechanow prophezeite Vendée beginnt heranzureifen!) „und ich sage, daß es dem werktätigen Volk nur dann besser gehen wird, wenn der ganze Boden in seine Hände gelangt (204) ... Ich bin fest davon überzeugt, Sie werden wieder die Tiefen des Volksmeeres aufgewühlt sehen. Und dann wird der Spruch des Evangeliums zur Wirklichkeit: Wer das Schwert erhebt, wird durch das Schwert umkommen." (Heiterkeit rechts.) „Die Fraktion der Trudowiki hält an ihren Idealen fest, wie auch an ihren Bestrebungen ... Wir ... sagen: Der ganze Boden den Werktätigen, die ihn bebauen, und die ganze Macht der werktätigen Bevölkerung!" (206.)

Mersljakow: „Der Boden muß dem gehören, der ihn bebaut ... Aber mit dem Boden darf bei uns in Rußland kein Handel getrieben werden, der Boden muß nur dem gehören, der ihn mit seiner Hände Arbeit bebaut." (207.) Usw.

Von weiteren Zitaten müssen wir wegen Raummangel absehen. Wir wollen nur noch die Namen der Redner anführen, die den gleichen Gedanken weniger klar und energisch Ausdruck verliehen: Kondratjew, der Geistliche Popow II, Bulat, Wolkow II, Dsjubinski, Ljachnizki (die letzten beiden mit offiziellen Erklärungen der Trudowikigruppe).

Nun erhebt sich die Frage: Welche Lehren für das sozialdemokratische Agrarprogramm leiten sich aus dieser Einstellung der Bauernabgeordneten her? Daß die Bauern den Kampf gegen die feudalen Latifundien und

alle Überreste der Leibeigenschaft in die Form kleinbürgerlich-sozialistischer Utopien kleiden, darüber sind sich alle einig. Das ist in jenem letzten Teil unseres Agrarprogramms formuliert, der von den Bolschewiki entworfen und in Stockholm von den Menschewiki akzeptiert worden ist („Protokolle des Stockholmer Parteitags").

Doch damit ist die Frage nicht erschöpft. Aufteilung wie Munizipalisierung und Nationalisierung sind bürgerlich-demokratische Umgestaltungen – für welches System aber müssen die Sozialdemokraten eintreten? Für die Munizipalisierung – antworten die Menschewiki, von Plechanow geführt, die in Stockholm dieses Programm auch durchgesetzt haben. Nationalisierung des bäuerlichen Bodens führe zu einer Vendée, erklärten sie unumwunden in Stockholm.

Seitdem haben in drei Dumas bäuerliche Abgeordnete aus den verschiedensten Gegenden Rußlands gesprochen. Doch keine Gruppe von Bauernabgeordneten hat sich von der „Munizipalisierung" verlocken lassen, die doch gerade dazu erfunden wurde, den bäuerlichen Boden „nicht anzutasten". *Alle* bäuerlichen Trudowiki haben sich in allen drei Dumas für die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens ausgesprochen, wobei sie dieser Forderung bald durch einfache Wiederholung des Programms der Trudowiki, bald in Form einer eigentümlichen Abwandlung in Gestalt einer „einheitlichen Steuer", bald durch zahllose Erklärungen: „den Boden denjenigen, die ihn bebauen", „wir sind bereit, unsere Anteile herzugeben" usw., Ausdruck verliehen.

Das Leben selbst verspottete die „Munizipalisierung", das Geschrei von einer „Vendée".

Worin besteht die ökonomische Grundlage des Umstands, daß alle bewußten Bauern für die Nationalisierung eintreten? Ziehen wir, um die Antwort auf diese Frage zu finden, einen statistischen Vergleich heran, den Gen. Beloussow[100] in der Duma vorgenommen hat:

„76 Millionen Desjatinen (im Europäischen Rußland) gehören 30 000 Gutsbesitzern, 73 Millionen Desjatinen aber 10 Millionen Bauernhöfen, die Anteile von 1 bis 15 Desjatinen besitzen . . . Nur eine Schlußfolgerung ist hier möglich: vier Fünftel der Gesamtzahl der Höfe könnten den Umfang ihres Bodenbesitzes verdoppeln." (209.) Mag man sogar die eine oder andere angeführte Zahl bestreiten (wir glauben, daß sie unbestreitbar sind), keinerlei Abänderung der Zahlen wird den Kern der Dinge ändern,

der in folgendem besteht. Im Bestreben, ihren Grundbesitz zu verdoppeln, können die Bauern nicht umhin, die völlige Verschmelzung und Vereinigung des Anteillandes mit dem gesamten übrigen Boden zu erstreben. Das Fortbestehen des Anteillandes als Privateigentum, als jetziges Eigentum der Höfe und Dorfgemeinden, und gesellschaftliches („munizipales") Eigentum an den expropriierten Ländereien, die nicht Anteilland darstellen, ist ein wirtschaftliches Absurdum. Es wäre unsinnigster agrarischer Bimetallismus, nur dazu gut, in den von Intellektuellen fabrizierten Programmen den Raum auszufüllen. Die Wirtschaft verlangt Verschmelzung und Vereinigung sämtlicher Ländereien. Sie vereinigt schon jetzt Parzellen von Anteilland mit Parzellen von gutsherrlichem Besitz (Pacht), und die restlose Zerstörung der Leibeigenschaft ist unmöglich ohne Beseitigung jener Unterschiede, jener Grenzen und Schranken im Grundbesitz, die die „Munizipalisierung" künstlich erhalten will. Die Wirtschaft verlangt neuen, freien Grundbesitz, der dem Kapitalismus angepaßt ist, nicht aber den alten „Anteilen", die von den Dorfschulzen und den Agenten des Fiskus verteilt und abgesteckt wurden. Diese Forderung der ökonomischen Entwicklung bringen die Bauern zum Ausdruck (wenn sie sich auch des kapitalistischen Charakters dieser Entwicklung nicht bewußt sind), indem sie sich für die Nationalisierung aussprechen. Der alte Unterschied zwischen dem Anteillandbesitz und dem übrigen Bodenbesitz widerspricht den Erfordernissen des Kapitalismus und wird unausbleiblich beseitigt werden, wie die menschewistischen Munizipalisatoren sich auch bemühen mögen, ihn aufrechtzuerhalten. Die Zerstörung dieser Grenze aber, die Vereinigung, Vermischung, Verschmelzung von Ländereien verschiedenster Art für die neue Farmerwirtschaft (die Bauern glauben irrtümlich, daß jedermann den Boden bestellen wird: ihn wird jeder Landwirt bestellen, d. h. jeder, der die Mittel dazu hat!) verlangt, nicht nur das gutsherrliche, sondern das gesamte Privateigentum am Grund und Boden überhaupt aufzuheben.

Stolypin will alle alten Schranken zwischen den verschiedenen Arten des Grundbesitzes niederreißen. Dieses Bestreben ist ökonomisch richtig. Der Kapitalismus wird es unvermeidlich realisieren. Die Frage besteht nur darin, ob dies auf Kosten der Millionen Bauernhöfe (Ausplünderung laut dem Gesetz vom 9. November) oder auf Kosten der 30 000 Großgrundbesitzer geschehen wird. Dieser letzte Weg ist ohne Nationalisierung des

Bodens in der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht gangbar. Deshalb haben sich alle bewußten Bauern in allen drei Dumas für die Nationalisierung ausgesprochen.

Nunmehr haben wir noch die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten in der III. Duma zu behandeln. Nur zwei Redner unserer Fraktion (Gegetschkori und Beloussow) haben vor der Beschränkung der Redezeit sprechen können. Die übrigen verzichteten auf das Wort und protestierten gegen die „Vergewaltigung", die sich in dieser Beschränkung äußerte. Beide genannten Genossen haben ihre Sache gut gemacht. Sie verwiesen auf den „feudal-bürokratischen Geist" der Regierungspolitik, darauf, daß das „Gesetz von 1861 durch und durch in fronherrlichem Geist gehalten war", daß sich der „Haß auf die Regierung" tief in die Seele der Bauernschaft eingeprägt hat, die „Land und Freiheit" verlange und 1905 ihre „Solidarität" und ihre Fähigkeit zu „revolutionären Aktionen" bewiesen habe. Unseren sozialdemokratischen Kampf für „Konfiskation der Latifundien und deren Übergabe an das Volk" interpretierten die Redner unserer Partei richtig, nicht im Geiste kleinbürgerlicher Utopien über „Ausgleich", „Sozialisierung" usw., sondern als Maßnahme zur Befreiung des Landes vom Joch der Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft. Gegetschkori und Beloussow haben die Frage auf revolutionär-sozialdemokratische Weise gestellt. „Macht schafft Recht", schloß Gen. Beloussow, „und um das Recht zu erobern, muß man Kräfte sammeln und sie organisieren." Beide Reden der sozialdemokratischen Sprecher der III. Duma müssen zum immer griffbereiten Material für jedes Parteimitglied werden, das Propaganda- und Agitationsarbeit leistet. In der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Formulierung des Antrags auf Übergabe des Grund und Bodens fehlt nur die Forderung nach unentgeltlicher Übergabe des Bodens. Dies wäre ein schwerwiegender Verstoß gegen unser Programm, wenn es mit Vorbedacht geschehen wäre. Aber Gen. Gegetschkori, der den Antrag verlesen hat, erwähnte in seiner Rede zweimal die Notwendigkeit der „entschädigungslosen Enteignung", so daß man die erwähnte Unterlassung wohl kaum als beabsichtigt ansehen kann.

„Proletari" Nr. 40,
1. (14.) Dezember 1908.
Unterschrift: N. L.

Nach dem Text des „Proletari".

FÜNFTE (GESAMTRUSSISCHE) KONFERENZ DER SDAPR[101]

21.–27. Dezember 1908 (3.–9. Januar 1909)

1

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE UND DIE AUFGABEN DER PARTEI

Die gegenwärtige politische Lage ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

a) Die alte auf der Leibeigenschaft fußende Selbstherrschaft entwickelt sich weiter und verwandelt sich in eine bürgerliche Monarchie, die den Absolutismus durch pseudokonstitutionelle Formen bemäntelt. Das Bündnis des Zarismus mit den erzreaktionären Gutsbesitzern und den Spitzen der Handels- und Industriebourgeoisie ist durch den Staatsstreich vom 3. Juni und die Konstituierung der III. Duma unverhüllt fixiert und anerkannt worden. Die Selbstherrschaft, die notgedrungen endgültig den Weg zur kapitalistischen Entwicklung Rußlands eingeschlagen hat und dabei bestrebt ist, einen Weg durchzusetzen, der den feudalen Gutsbesitzern ihre Macht und ihre Einkünfte sichert, laviert zwischen dieser Klasse und den Vertretern des Kapitals. Deren kleinliche Streitigkeiten werden zur Aufrechterhaltung des Absolutismus ausgenutzt, welcher gemeinsam mit diesen Klassen einen wütenden konterrevolutionären Kampf gegen das sozialistische Proletariat und die demokratische Bauernschaft führt, die in dem Massenkampf der jüngsten Zeit ihre Stärke bewiesen haben.

b) Den gleichen bürgerlich-bonapartistischen Charakter weist die Agrarpolitik des heutigen Zarismus auf. Der Zarismus hat jeglichen Glauben an die naive Ergebenheit der Bauernmassen gegenüber der Monarchie verloren. Er sucht ein Bündnis mit den reichen Bauern und liefert ihnen das Dorf zur Ausplünderung aus. Die Selbstherrschaft macht krampfhafte Anstrengungen, um den gesamten dorfgemeindlichen Anteillandbesitz so schnell wie möglich zu zerschlagen und ausschließlich das Privateigentum am Grund und Boden durchzusetzen. Eine solche Politik verschärft alle

Gegensätze des Kapitalismus auf dem Lande um das Hundertfache und beschleunigt die Scheidung der Landbevölkerung in eine verschwindende Minderheit von Reaktionären und eine revolutionäre Masse von Proletariern und Halbproletariern.

c) Die liberale Bourgeoisie, von der Partei der Kadetten angeführt, hat bereits bei den ersten größeren Aktionen der Massen in der Revolution den Weg der Konterrevolution eingeschlagen und geht diesen Weg weiter; sie nähert sich noch mehr den Oktobristen und leistet mit ihrer zaristisch-nationalistischen Agitation – die zum Ausdruck bringt, daß sich die Bourgeoisie mehr und mehr ihrer selbst als Klasse bewußt wird – faktisch dem Absolutismus und den feudalen Gutsbesitzern einen Dienst.

d) Die Bauernmassen treten, wie selbst ihre eingeengte und verzerrte Vertretung in der III. Duma erweist, trotz aller Verfolgungen der demokratischen Elemente auf dem Lande, trotz all ihrer Schwankungen, nach wie vor für eine revolutionär-demokratische Agrarumwälzung ein, die durch die völlige Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes eine möglichst rasche, umfassende und ungehinderte Entwicklung der Produktivkräfte in einem kapitalistischen Rußland gewährleisten würde. Das Gesetz vom 9. November beschleunigt lediglich die Scheidung der Bauernmassen in unversöhnlich feindliche und bewußt politische Kräfte.

e) Das Proletariat bekam und bekommt weiterhin die Schläge der Selbstherrschaft wie des sich rasch vereinigenden und angreifenden Kapitals am stärksten zu spüren. Trotzdem bewahrt es, im Gegensatz zu anderen Klassen, größte Geschlossenheit und unerschütterlichste Treue gegenüber seiner Klassenpartei, mit der es die Revolution in eins verschmolzen hat. Das Proletariat führt den Kampf für seine Klasseninteressen weiter und vertieft sein sozialistisches Klassenbewußtsein, wobei es die einzige Klasse bleibt, die einen neuen revolutionären Kampf konsequent zu leiten vermag.

f) Im großen und ganzen steht zweifelsfrei fest, daß die objektiven Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland nach wie vor nicht gelöst sind. Die anhaltende Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die Hungersnöte zeigen, daß die neueste Politik der Selbstherrschaft die Voraussetzungen für die kapitalistische Entwicklung Rußlands nicht zu gewährleisten vermag. Diese Politik führt unvermeidlich zu einer Vertiefung des Konflikts zwischen den demokratischen Massen und den herr-

schenden Klassen, zur wachsenden Unzufriedenheit unter neuen Schichten der Bevölkerung, zur Zuspitzung und Vertiefung des politischen Kampfes der verschiedenen Klassen. Eine neue revolutionäre Krise reift bei einer solchen wirtschaftlichen und politischen Lage ganz unvermeidlich heran.

g) Die allgemeine Verschärfung auf dem Weltmarkt, die vor allem zu erklären ist durch die in der Lage der Industrie Westeuropas eingetretenen Verschiebungen in Richtung auf eine Krise, welche 1908 die Form einer Depression annahm, sowie durch die revolutionären Bewegungen im Osten, welche die Bildung kapitalistischer Nationalstaaten anzeigen – verstärkt die Konkurrenz, führt zu einer Häufung internationaler Kollisionen, verschärft dadurch den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und gestaltet die allgemeine internationale Situation immer revolutionärer.

Ausgehend von dieser Lage der Dinge, stellt die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR fest, daß die Hauptaufgaben der Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt in folgendem bestehen:

1. Aufklärung der breiten Massen des Volkes über den Sinn und die Bedeutung der neuesten Politik der Selbstherrschaft und über die Rolle des sozialistischen Proletariats, das, eine eigenständige Klassenpolitik betreibend, die demokratische Bauernschaft in der gegenwärtigen Politik und im bevorstehenden revolutionären Kampf führen muß.

2. Allseitiges Studium und umfassende Popularisierung der Erfahrungen des Massenkampfes der Jahre 1905–1907, die für die revolutionäre sozialdemokratische Taktik unersetzliche Lehren gebracht haben.

3. Festigung der SDAPR, wie sie sich in der revolutionären Epoche herausgebildet hat; Pflege der Traditionen ihres unversöhnlichen Kampfes sowohl gegen die Selbstherrschaft und die reaktionären Klassen als auch gegen den bürgerlichen Liberalismus; Kampf gegen alle Abweichungen vom revolutionären Marxismus, gegen alles Beschneiden der Losungen der SDAPR und gegen alle Versuche, ihre illegale Organisation zu liquidieren, wie sie bei einigen dem Einfluß des Verfalls unterlegenen Elementen in der Partei zu beobachten sind.

Dabei ist stets zu beachten, daß man allein dann, wenn man den sich bereits deutlich abzeichnenden Prozeß des Übergangs der Parteifunktionen in die Hände der sozialdemokratischen Arbeiter selbst fördert,

wenn man illegale Parteiorganisationen bildet und sie ständig ausbaut, die Partei auf ihren richtigen Entwicklungsweg führen kann.

4. Allseitige Unterstützung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse, entsprechend den Resolutionen des Londoner und des Stuttgarter Kongresses.

5. Ausnutzung der Duma und der Dumatribüne für die revolutionäre sozialdemokratische Propaganda und Agitation.

6. Auf die Tagesordnung rückt vor allem die langwierige Arbeit zur Erziehung, Organisierung und festen Vereinigung der klassenbewußten Massen des Proletariats. Sodann ist, dieser Aufgabe untergeordnet, die organisatorische Arbeit auf die Bauernschaft und die Armee, besonders in Form der Propaganda und der Agitation durch das gedruckte Wort, auszudehnen, wobei das Hauptaugenmerk auf die sozialistische Erziehung der proletarischen und halbproletarischen Elemente in der Bauernschaft und in der Armee zu konzentrieren ist.

Geschrieben Ende Dezember 1908 bis Anfang Januar 1909.

Zuerst veröffentlicht 1929 in der 2.–3. Ausgabe der Werke W. J. Lenins, Band XIV.

Nach einer hektographierten Abschrift.

2

DIREKTIVEN FÜR DIE KOMMISSION ZUR ORGANISATIONSFRAGE

In Anbetracht dessen, daß die vorgelegten Resolutionsentwürfe und die Diskussionen über die Organisationsfrage ganz unzweideutig erwiesen haben, daß es hinsichtlich der Frage nach der Hauptrichtung der derzeitigen Politik im Organisationsaufbau überhaupt zwei grundlegende Strömungen in der SDAPR gibt –

beauftragt die Konferenz die Kommission, ihrer Arbeit die Prinzipien jener Richtung zugrunde zu legen, die anerkennt, daß für die Arbeit unter den Massen – nach wie vor die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie – das Schwergewicht darauf gelegt werden muß, eine illegale Parteiorganisation aufzubauen und zu konsolidieren, und daß allein durch die ständige Einwirkung dieser Organisation die ganze Arbeit unter den Massen, die Einflußnahme auf die Dumafraktion, die gesamte Tätigkeit der Partei im Zusammenhang mit der Dumafraktion und jegliche Ausnutzung legaler und halblegaler Organisationen ohne jede Herabsetzung der Klassenaufgaben der Sozialdemokratie richtig gestaltet werden können.

Geschrieben am 24. Dezember 1908 (6. Januar 1909).

Veröffentlicht 1909 in der „Mitteilung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die abgehaltene ordentliche Parteikonferenz", Paris.

Nach dem Text der „Mitteilung".

3

PRAKTISCHE HINWEISE ZUR FRAGE DER BUDGETABSTIMMUNGEN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN DUMAFRAKTION

Erste Variante

Eine Stimmabgabe für das Budget insgesamt wird für prinzipiell unzulässig erachtet. Die Konferenz hält es für notwendig, daß die Fraktion in Fragen der Abstimmung über einzelne Positionen des Budgets von jenem Prinzip unseres Programms ausgeht, demgemäß die Sozialdemokratie alle Reformen ablehnt, die mit polizeilich-bürokratischer Bevormundung der werktätigen Klassen zusammenhängen. Darum muß es allgemeine Regel sein, gegen die einzelnen Positionen des Budgets zu stimmen, denn fast stets ist deren Realisierung nicht nur mit Bevormundung, sondern auch mit direkter Einflußnahme seitens der Schwarzhunderter verbunden. In solchen Fällen, wo sich eine Verbesserung der Lage der Werktätigen entgegen diesen Bedingungen als wahrscheinlich darstellt, wird eine Stimmenthaltung empfohlen, wobei unbedingt eine Erklärung abzugeben ist, in der der sozialistische Standpunkt dargelegt wird. Schließlich wird empfohlen, in solchen Ausnahmefällen, wo die Fraktion es als notwendig erachtet, „dafür" zu stimmen, dies nicht zu tun ohne vorherige Beratung mit Vertretern des ZK und, nach Möglichkeit, der Parteiorganisationen der Hauptstadt.

Zweite Variante

Hinsichtlich der Frage des Budgets ist die Konferenz der Auffassung, daß eine Stimmabgabe für das Budget insgesamt prinzipiell für unzulässig zu erklären ist.

Die Stimmabgabe für einzelne Positionen des Budgets des Klassenstaates, die Aufwendungen für Instrumente zur Unterdrückung der Massen (Heer u. dgl.) rechtskräftig machen, wird ebenfalls für unzulässig erklärt.

Bei Abstimmungen über Reformen oder über Positionen, die Aufwendungen für kulturelle Zwecke betreffen, ist von jenem Prinzip unseres Programms auszugehen, wonach die Sozialdemokraten alle Reformen ablehnen, die mit polizeilich-bürokratischer Bevormundung der werktätigen Klassen verbunden sind.

Darum muß die Stimmabgabe gegen die in der III. Duma zur Debatte stehenden sogenannten Reformen und gegen die Budgetpositionen, die Ausgaben für sogenannte kulturelle Bedürfnisse betreffen, die allgemeine Regel sein.

In besonderen Fällen, wo entgegen den allgemeinen Bedingungen eine Verbesserung der Lage der Werktätigen lediglich als wahrscheinlich erscheint, wird empfohlen, sich der Stimme zu enthalten und eine spezielle Erklärung über die Gründe der Stimmenthaltung abzugeben.

Schließlich ist es in Ausnahmefällen, wo ein unmittelbarer Vorteil für die Arbeiter außer Zweifel steht, gestattet, „dafür" zu stimmen, doch wird eine vorherige Beratung mit Vertretern des ZK und der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen empfohlen.

Geschrieben am 25./26. Dezember 1908 (7./8. Januar 1909).

Veröffentlicht 1909 in der Broschüre „Bericht der kaukasischen Delegation über die Parteikonferenz", Paris.

Die erste Variante nach dem Text der Broschüre, die zweite nach dem Manuskript, verglichen mit dem Text der Broschüre.

4

ERGÄNZUNG ZUR RESOLUTION „ÜBER DIE SOZIALDEMOKRATISCHE DUMAFRAKTION"

... stellt die Konferenz zugleich fest, daß die Schuld für die Abweichungen der Fraktion nicht bei ihr allein liegt, denn sie arbeitet unter den besonders schweren Bedingungen der Schwarzhunderterduma, sondern in gewissem Grade auch bei allen Organisationen der Partei und bei ihrem Zentralkomitee, die bei weitem noch nicht alles notwendige und mögliche getan haben, um die Dumaarbeit der Partei richtig zu gestalten ...

Geschrieben am 25./26. Dezember 1908 (7./8. Januar 1909).
Veröffentlicht 1909 in der „Mitteilung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die abgehaltene ordentliche Parteikonferenz", Paris.

Nach dem Manuskript.

5

ERKLÄRUNG DER BOLSCHEWIKI[102]

De-facto-Erklärung

Aus Anlaß der Erklärung Dans über die internen Vereinbarungen unter den Bolschewiki stellen wir fest, daß unsere Vereinbarungen unter Parteimitgliedern, die in der Partei wirken und in Parteiorganen publizieren, getroffen werden, während die Menschewiki in ihrer Resolution wie in allen ihren Angelegenheiten Vereinbarungen schließen zwischen Parteimitgliedern und parteifeindlichen Leuten, die insgeheim gegen die Partei wirken, sie zu liquidieren suchen und einen Opportunismus betreiben, wie ihn keine europäische sozialdemokratische Partei kennt.

Geschrieben am 26. Dezember 1908 (8. Januar 1909).

Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

WIE DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE AUS DER REVOLUTION BILANZ ZIEHEN UND WIE DIE REVOLUTION DEN SOZIALREVOLUTIONÄREN BILANZ ZOG

Im vergangenen Jahr (1908) gab es bereits mehrfach Anlaß, über die gegenwärtige Lage und die Strömungen in der bürgerlichen Demokratie in Rußland zu sprechen. Wir erörterten den Versuch, unter Mitwirkung der Trudowiki den „Bund der Befreiung" zu restaurieren („Proletari" Nr. 32)*, wir behandelten den Demokratismus der Bauernschaft und der Bauernvertreter in der Agrarfrage und in anderen Fragen („Proletari" Nr. 21 und 40)**, wir brandmarkten an Hand der Zeitung „Rewoluzionnaja Mysl" die frappierende Dummheit der sich besonders revolutionär dünkenden Fraktion der Sozialrevolutionäre („Proletari" Nr. 32). Damit das Bild vollständig werde, müssen wir uns nun mit der offiziellen Parteiliteratur der Sozialrevolutionäre befassen. Im Jahre 1908 erschienen 4 Nummern des „Snamja Truda" (die Nummern 9–13; Nummer 10/11 als Doppelheft)*** und eine besondere „Mitteilung" des ZK der Partei der Sozialrevolutionäre über die 1. Parteikonferenz und die 4. Tagung des Rats der Partei, die im August im Ausland stattfanden. Behandeln wir dieses Material.

„Die Partei", sagt das ZK der Partei der Sozialrevolutionäre in der „Mitteilung", „mußte Bilanz ziehen aus der jetzt abgeschlossenen Periode der großen russischen Revolution, in deren Verlauf das städtische Proletariat die wichtigste, oftmals beinahe die alleinig handelnde Person war."

---

* Siehe den vorliegenden Band, S. 140–150. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 13, S. 446–452, und den vorliegenden Band, S. 301 bis 315. *Die Red.*

*** Der Redaktion des „Proletari" ist es leider nicht gelungen, Nr. 12 zu erhalten.

Das ist sehr gut gesagt. Das ist für Sozialrevolutionäre ungewöhnlich richtig gesagt. Man lese jedoch fünf Zeilen weiter: „Der Triumph der Konterrevolution bestätigte lediglich auf anschauliche Art die von uns von Anfang an nicht bezweifelte Wahrheit, daß eine erfolgreiche russische Revolution entweder Sache eines starken Bündnisses der Kräfte des städtischen Proletariats mit den Kräften der werktätigen Bauernschaft ist oder überhaupt nicht sein wird. Dieses Bündnis existierte bislang in der Idee und verkörperte sich in dem vom Leben in Rußland selbst auf die Tagesordnung gesetzten sozialrevolutionären Programm. Es hat eben erst begonnen, lebendige Gestalt anzunehmen. Seine neue Realisierung liegt in der Zukunft..."

Schaut an, langen Atem hat die Wahrheitsliebe der Sozialrevolutionäre nicht gehabt! Jeder, der auch nur halbwegs etwas von den Programmen der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten gehört hat, weiß, daß der grundlegende Unterschied dieser Programme in folgendem besteht: 1. Die Sozialdemokraten erklärten die russische Revolution für eine *bürgerliche* Revolution; die Sozialrevolutionäre verneinten das. 2. Die Sozialdemokraten behaupteten, das Proletariat und die Bauernschaft seien *verschiedene Klassen* der kapitalistischen (bzw. halb feudalen, halb kapitalistischen) Gesellschaft; die Bauernschaft bilde eine Klasse von Klein*eigentümern*, die die Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft „vereint schlagen" könne, wenn sie in der bürgerlichen Revolution mit dem Proletarier „auf einer Seite der Barrikade" stehe, und die in *dieser* Revolution in dem einen oder anderen Fall im „Bündnis" mit dem Proletarier handeln könne, dabei aber eine völlig andere Klasse der kapitalistischen Gesellschaft bliebe. Die Sozialrevolutionäre bestritten das. Die Grund*idee* ihres Programms bestand keineswegs darin, daß es eines „Bündnisses der Kräfte" des Proletariats und der Bauernschaft bedürfe, sondern darin, daß es *keine Klassenkluft* zwischen diesem und jener gäbe, daß es nicht nötig sei, eine Klassengrenze zwischen ihnen zu ziehen, daß die sozialdemokratische Idee vom kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft im Unterschied zum Proletariat prinzipiell falsch sei.

Und jetzt verkleistern die Herren Sozialrevolutionäre diese beiden grundlegenden Unterschiede zwischen den Programmen der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre mit glatten, eleganten Phrasen! Das Fazit aus der Revolution ziehen die Herren Sozialrevolutionäre so, als ob

es weder eine Revolution noch ein sozialrevolutionäres Programm gegeben hätte. Es gab ein sozialrevolutionäres Programm, Verehrteste, dessen ganzer Unterschied vom sozialdemokratischen Programm im grundlegenden, theoretischen Teil darauf hinauslief, den kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft und die Klassengrenze zwischen Bauernschaft und Proletariat zu leugnen. Es gab eine Revolution, Verehrteste, deren grundlegende Lehre darin besteht, daß die Bauernschaft durch ihre offenen Massenaktionen ihre eigene, vom Proletariat verschiedene Klassennatur offenbarte und ihren kleinbürgerlichen Charakter erwies.

Ihr tut so, als hättet ihr das nicht bemerkt? Ihr seht das, sucht euch jedoch um die unangenehme Wirklichkeit, die die Revolution zutage gefördert hat, herumzudrücken. Ihr habt nicht im „Bündnis" mit den Trudowiki gehandelt, sondern unlösbar mit ihnen verschmolzen und zudem zu solchen bedeutsamen Zeitpunkten, da die offene Revolution ihren Höhepunkt erreichte – im Herbst 1905 und im Sommer 1906. Die freien Presseorgane waren damals sozialrevolutionär-trudowikisch. Sogar nach der Abspaltung der Trudowiki und der Volkssozialisten seid ihr bei den Wahlen zur II. Duma und in der II. Duma selbst nicht im Bündnis, sondern im Block, d. h. nahezu verschmolzen mit ihnen, aufgetreten. Euer eigenes Programm hat zum Unterschied vom Programm der Trudowiki und Volkssozialisten bei jedem offenen und wirklich massenhaften Auftreten der Vertreter der Bauernschaft eine *Niederlage erlitten*. Sowohl in der I. als auch in der II. Duma hat die überwiegende Mehrheit der Bauernabgeordneten das Agrarprogramm der *Trudowiki und nicht* das der Sozialrevolutionäre angenommen. Die Sozialrevolutionäre selbst waren in ihren rein sozialrevolutionären Publikationen seit Ende 1906 gezwungen, den *kleinbürgerlichen Charakter* der Trudowiki als politische Richtung anzuerkennen und zuzugeben, daß sich im Hintergrund dieser Richtung die „Eigentümerinstinkte" der Kleinbesitzer offenbaren. (Siehe die von Herrn Wichljajew und anderen Sozialrevolutionären gegen die Volkssozialisten gerichteten Artikel.)

Es fragt sich, wen die Sozialrevolutionäre täuschen wollen, wenn sie *unter Verhehlung* des hauptsächlichen und grundlegenden Ergebnisses aus der Revolution „Bilanz" ziehen?

Warum formierte sich die Bauernschaft während der Revolution zu der besonderen politischen Partei (oder Gruppe) der Trudowiki? Warum

wurden gerade die Trudowiki und nicht die Sozialrevolutionäre während der Revolution zur Partei der Bauernmassen? Wenn die Herren Sozialrevolutionäre glauben, daß dies ein Zufall gewesen sei, dann ist es unnütz, über irgendwelche Ergebnisse oder irgendein Programm überhaupt zu sprechen, weil dann an die Stelle jeglicher Ergebnisse und jeglichen Programms ein Chaos tritt. Wenn dies aber kein Zufall war, sondern das Resultat grundlegender ökonomischer Verhältnisse in der modernen Gesellschaft, dann ist der hauptsächliche und grundlegende Punkt im Programm der russischen Sozialdemokraten *durch die Geschichte bewiesen.* Die Revolution hat jene Klassengrenze zwischen der Bauernschaft und dem Proletariat, die wir Sozialdemokraten in der Theorie immer setzten, in der Praxis gezogen. Die Revolution hat endgültig bewiesen, daß eine Partei, die in Rußland eine Partei der Massen, eine Klassenpartei zu sein bestrebt ist, *entweder* sozialdemokratisch *oder* trudowikisch sein muß, weil die Massen selbst in den wichtigsten, entscheidendsten Momenten durch ihre offenen Aktionen gerade diese beiden und nur diese beiden Richtungen voll ausbildeten. Die Zwischengruppen vermochten sich nicht ein einziges Mal und in keiner Weise, wie die Ereignisse der Jahre 1905 bis 1907 zeigten, mit den Massen zu vereinigen. Damit ist auch der bürgerliche Charakter unserer Revolution bewiesen. Kein Historiker, kein ernst zu nehmender Politiker überhaupt wird jetzt die grundlegende Scheidung der politischen Kräfte in Rußland in das sozialistische Proletariat und die kleinbürgerliche demokratische Bauernschaft leugnen können.

„Das Bündnis der Kräfte des städtischen Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft . . . existierte bislang in der Idee" – das ist eine durch und durch verworrene und verlogene Phrase. Das Bündnis der Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft „existierte" nicht „in der Idee" und hat eben nicht „erst begonnen, lebendige Gestalt anzunehmen", sondern es kennzeichnete die ganze erste Periode der russischen Revolution, alle bedeutenden Ereignisse der Jahre 1905–1907. Der Oktoberstreik und der Dezemberaufstand wie die örtlichen Bauernaufstände und die Aufstände der Soldaten und Matrosen waren eben das „Bündnis der Kräfte" des Proletariats und der Bauernschaft. Dieses Bündnis kam spontan zustande, hatte noch keine bestimmte Form und wurde oft unbewußt geschlossen. Diese Kräfte waren noch recht unorganisiert, zersplittert, entbehrten einer wirklich leitenden zentralen Führung usw., aber die Tatsache des „Bünd-

nisses der Kräfte" des Proletariats und der Bauernschaft als der Hauptkräfte, die in die alte Selbstherrschaft eine Bresche schlugen, kann nicht mehr bestritten werden. Wenn man diese Tatsache nicht begriffen hat, kann man vom „Fazit" der russischen Revolution auch nicht das geringste begreifen. Der Betrug in der Schlußfolgerung der Sozialrevolutionäre besteht hier darin, daß sie *werktätige* statt *trudowikische** Bauernschaft sagen. Dieser kleine, minimale Unterschied, der völlig unbedeutend erscheint, zeigt in Wirklichkeit gerade die Kluft zwischen den Träumen der Sozialrevolutionäre vor der Revolution und der durch die Revolution endgültig bewiesenen Wirklichkeit.

Die Sozialrevolutionäre sprachen *immer* von der *werktätigen* Bauernschaft. Die Revolution bestimmte die politische Physiognomie der heutigen russischen Bauernschaft als Richtung der *Trudowiki*. Offenbar hatten also die Sozialrevolutionäre recht? Doch die Ironie der Geschichte besteht gerade darin, daß sie den sozialrevolutionären *Terminus* konservierte und verewigte, während sie das, was in Wirklichkeit diesem Terminus entspricht, gerade mit jenem *Inhalt* erfüllte, den die Sozialdemokraten voraussahen. Die Geschichte der Revolution hat gleichsam in der strittigen Frage des kleinbürgerlichen Charakters der werktätigen Bauernschaft zwischen uns und den Sozialrevolutionären geteilt: den Sozialrevolutionären gab die Geschichte *das Wort*, uns – *das Wesen der Sache*. Die von den Sozialrevolutionären *vor* der Revolution gepriesenen werktätigen Bauern erwiesen sich *in* der Revolution als solche *Trudowiki*, von denen sich die Sozialrevolutionäre lossagen *mußten!* Wir, die Sozialdemokraten, können und *müssen* jetzt den kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft nicht allein mittels der von Marx im „Kapital"[103] angestellten Analyse nachweisen, nicht allein durch Berufung auf das „Erfurter Programm"[104], nicht nur an Hand von Daten der ökonomischen Untersuchungen der Volkstümler und mit Hilfe der Semstwostatistik, sondern an Hand des Verhaltens der Bauernschaft in der russischen Revolution im allgemeinen und an Hand von Tatsachen über Zusammensetzung und Tätigkeit der *Trudowiki* im besonderen.

Nein. Wir können uns nicht darüber beklagen, wie die Geschichte zwischen uns und den Sozialrevolutionären geteilt hat.

* Lenin spielt hier auf die Ähnlichkeit der russischen Wörter „trudowoje" (werktätig) und „trudowitscheskoje" (trudowikisch) an. *Der Übers.*

„Wenn es den Otsowisten gelungen wäre", sagt „Snamja Truda" in Nr. 13, S. 3, „die Sozialdemokratie auf ihre extreme Kampfposition zurückzuführen, so hätten wir zwar einen gewissen Teil des für eine Polemik dankbaren Materials eingebüßt, aber einen Mitstreiter in konsequenter Kampftaktik gewonnen." Und ein paar Zeilen weiter oben: „Die Sache des Kampfes für Freiheit und Sozialismus würde nur gewinnen, wenn sowohl unter den Kadetten als auch unter den Sozialdemokraten die linke Strömung die Oberhand erlangen würde."

Sehr gut, meine Herren Sozialrevolutionäre! Ihr wollt unseren „Otsowisten" und „Linken" schmeicheln. Gestattet aber auch uns, die Schmeichelei mit einer Schmeichelei zu beantworten. Gestattet auch uns, von dem „für eine Polemik dankbaren Material" Gebrauch zu machen.

„Möge eine ganze Reihe von Parteien, bis zu den Kadetten, den Trudowiki und Sozialdemokraten, durch ihre Beteiligung an der Operettenduma die Fiktion einer konstitutionellen Ordnung unterstützen." („Snamja Truda", ebenda.)

Die III. Duma ist also eine Operettenduma. Dieser Satz allein genügt völlig, um die abgrundtiefe Unwissenheit der Herren Sozialrevolutionäre an den Tag zu bringen. Die dritte Duma, meine verehrten Herren Leiter des sozialrevolutionären Zentralorgans, ist in weit *geringerem* Maße eine Operetteninstitution als die I. und II.! Weil ihr diese einfache Sache nicht begriffen habt, bestätigt ihr damit nur ein übriges Mal das, was wir über euch in einer Nummer des „Proletari" in dem Artikel „Parlamentarischer Kretinismus mit umgekehrtem Vorzeichen" gesagt haben. Ihr wiederholt nur das übliche Vorurteil der vulgären bürgerlichen Demokratie, die sich und anderen einredet, die schlechten und reaktionären Dumas seien Operetteninstitutionen, die guten und progressiven jedoch nicht.

In Wirklichkeit waren die I. und die II. Duma Theaterschwerter in den Händen der liberalen bürgerlichen Intelligenz, die die Selbstherrschaft mit der Revolution schrecken wollte. Die III. Duma ist kein Theaterschwert, sondern ein wirkliches Schwert in den Händen der Selbstherrschaft und der Konterrevolution. Die I. und die II. Duma waren Operettendumas, weil ihre Beschlüsse nicht dem wirklichen Verhältnis der materiellen Kräfte im Kampf der gesellschaftlichen Klassen entsprachen und leere Worte blieben. Die Bedeutung dieser beiden Dumas besteht darin, daß hinter der vorderen Reihe der kadettischen konstitutionellen

Taschenspieler die wirklichen Vertreter jener demokratischen Bauernschaft und jenes sozialistischen Proletariats klar sichtbar hervortraten, die in Wirklichkeit die Revolution machten und dem Feind im offenen Massenkampf schwere Schläge versetzten, aber es noch nicht vermochten, ihn vernichtend zu schlagen. Die dritte Duma ist keine Operettenduma, weil ihre Beschlüsse dem wirklichen Verhältnis der materiellen Kräfte unter der zeitweilig siegreichen Konterrevolution entsprechen und deshalb keine leeren Worte bleiben, sondern verwirklicht werden. Die Bedeutung dieser Duma besteht darin, daß sie allen politisch unentwickelten Elementen des Volkes eine anschauliche Lehre erteilte, die die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Vertretungskörperschaften und der tatsächlichen Ausübung der Staatsmacht erkennen läßt. Die Vertretungskörperschaften, auch die „progressivsten", müssen Operetteninstitutionen bleiben, solange die Klassen, die in ihnen vertreten sind, nicht die wirkliche Staatsmacht besitzen. Die Vertretungskörperschaften, selbst die reaktionärsten, werden keine Operetteninstitutionen sein, wenn sich die wirkliche Staatsmacht in den Händen der Klassen befindet, die in ihnen vertreten sind.

Die III. Duma eine Operettenduma zu nennen ist ein Beispiel für den grenzenlosen Unverstand und die maßlose revolutionäre Phrasendrescherei, die schon seit langem zu einem spezifischen Unterscheidungsmerkmal und zur wesentlichsten Eigenschaft der Partei der Sozialrevolutionäre geworden sind.

Aber gehen wir weiter. Ist es richtig, daß die III. Duma die „Fiktion einer konstitutionellen Ordnung" darstellt? Nein, das ist nicht richtig. In einem führenden Presseorgan solche Dinge sagen können nur Leute, die das Abc nicht kennen, das vor fast einem halben Jahrhundert von Lassalle gelehrt wurde. Worin besteht das Wesen einer Verfassung, verehrte Mitglieder eines propagandistischen Zirkels niedrigster Stufe, eines Zirkels, der Partei der Sozialrevolutionäre genannt wird? Etwa darin, daß es sich unter einer Verfassung „freier" und „für das werktätige Volk" leichter leben läßt als ohne Verfassung? Nein, so denken nur Vulgärdemokraten. Das Wesen einer Verfassung besteht darin, daß die Grundgesetze eines Staates überhaupt und die das Wahlrecht für die Wahlen zu den Vertretungskörperschaften, deren Kompetenzen usw. regelnden Gesetze das wirkliche Kräfteverhältnis im Klassenkampf ausdrücken. Eine Verfassung ist fiktiv, sobald Gesetz und Wirklichkeit auseinanderklaffen, sie ist nicht

fiktiv, sobald sie übereinstimmen. Im Rußland der III. Duma ist die Verfassung *weniger* fiktiv als im Rußland der I. und II. Duma. Wenn euch diese Schlußfolgerung in Harnisch bringt, meine Herren „Sozial"-„Revolutionäre", so nur deshalb, weil ihr weder das Wesen einer Verfassung noch die Unterschiede zwischen ihrer Fiktivität und ihrem Klassencharakter begreift. Eine Verfassung kann den Schwarzhundertern, den Gutsbesitzern angemessen sein, stockreaktionär und zugleich weniger fiktiv als manche „liberale" Verfassung.

Das Übel bei den Sozialrevolutionären liegt darin, daß sie weder den historischen Materialismus noch die dialektische Methode Marx' kennen und ganz und gar den vulgären bürgerlich-demokratischen Ideen verhaftet bleiben. Die Verfassung bedeutet für sie nicht ein neues Betätigungsfeld, keine neue Form des Klassenkampfes, sondern ein abstraktes Heil ähnlich der „Gesetzlichkeit", der „Rechtsordnung", dem „Allgemeinwohl" der liberalen Professoren usw. usf. In Wirklichkeit sind die Selbstherrschaft wie die konstitutionelle Monarchie und auch die Republik nur verschiedene Formen des Klassenkampfes, wobei die Dialektik der Geschichte darin besteht, daß einerseits jede dieser Formen verschiedene Etappen der Entwicklung ihres Klasseninhalts durchläuft und anderseits der Übergang von einer Form zu einer anderen (für sich allein genommen) in keiner Weise die Herrschaft der bisherigen Ausbeuterklassen, die nur unter einer anderen Hülle fortbesteht, aufhebt. Beispielsweise glich die russische Selbstherrschaft des 17. Jahrhunderts mit der Bojarenduma und der Bojarenaristokratie überhaupt nicht der Selbstherrschaft des 18. Jahrhunderts mit ihrer Bürokratie, mit den zum Militärdienst verpflichteten Ständen und den einzelnen Perioden des „aufgeklärten Absolutismus". Von beiden unterscheidet sich wiederum scharf die Selbstherrschaft des 19. Jahrhunderts, die gezwungen war, die Bauern „von oben" zu befreien, wobei sie diese ruinierte, dem Kapitalismus die Bahn frei machte und die Grundlagen für die örtlichen Vertretungskörperschaften der Bourgeoisie legte. Im 20. Jahrhundert hat sich auch diese letzte Form der halbfeudalen, halbpatriarchalischen Selbstherrschaft überlebt. Der Übergang zu Vertretungskörperschaften nationalen Maßstabs wurde unter dem Einfluß des wachsenden Kapitalismus, der erstarkenden Bourgeoisie usw. notwendig. Der revolutionäre Kampf des Jahres 1905 spitzte sich besonders wegen der Frage zu, wer die erste gesamtrussische Vertretungskörperschaft ein-

berufen wird und wie das geschehen soll. Die Niederlage im Dezember entschied diese Frage zugunsten der alten Monarchie, und unter solchen Bedingungen konnte es auch gar keine andere Verfassung als jene der Schwarzhunderter und Oktobristen geben.

Auf dem neuen Feld, unter den Institutionen einer bonapartistischen Monarchie, auf einer höheren Stufe der politischen Entwicklung beginnt der Kampf wieder mit der Beseitigung des alten Feindes, der erzreaktionären Selbstherrschaft. Kann eine sozialistische Partei in diesem Kampf auf die Ausnutzung der neuen Vertretungskörperschaften verzichten? Die Sozialrevolutionäre vermochten nicht einmal, diese Frage aufzuwerfen, sie ziehen sich mit Phrasen und nur mit Phrasen aus der Affäre. Man höre weiter:

„Gegenwärtig gibt es bei uns keine parlamentarischen Wege des Kampfes – es gibt nur außerparlamentarische. Diese Überzeugung muß sich überall fest einwurzeln, und es bedarf eines unversöhnlichen Kampfes gegen alles, was dieser Einwurzelung im Wege steht. Konzentrieren wir uns auf außerparlamentarische Kampfmittel!"

Der Gedankengang der Sozialrevolutionäre beruht auf der berühmten subjektiven Methode in der Soziologie. Lassen wir die Überzeugung feste Wurzeln schlagen – und alles ist in Ordnung. Daß man die Überzeugungen, ob diese oder andere Wege des Kampfes möglich sind, an den objektiven Gegebenheiten überprüfen muß, kümmert die Subjektivisten nicht. Werfen wir einen Blick in die „Mitteilung" und in die Resolutionen der Konferenz der Sozialrevolutionäre; wir lesen dort: ... „die düstere Stille der gegenwärtigen schweren oder, richtiger, bösen Zeit" (S. 4) ... „der Zusammenschluß der reaktionären gesellschaftlichen Kräfte" ... „der Umstand, daß die Energie der Volksmassen in Fesseln geschlagen ist" ... „in der Intelligenz als dem feinfühligsten Teil der Bevölkerung macht sich Übermüdung, ideologische Zerfahrenheit und ein Abströmen der Kräfte vom revolutionären Kampf bemerkbar" (S. 6) usw. usf. „Angesichts dessen muß die Partei der Sozialrevolutionäre ... b) sich aus taktischen Erwägungen ablehnend verhalten gegenüber den Projekten von Teilaktionen mit Massencharakter, in denen, unter den Bedingungen des gegenwärtigen Zeitpunkts, die Energie des Volkes nutzlos vergeudet werden kann." (S. 7.)

Wer ist unter diesem *„bei uns"* „gibt es nur außerparlamentarische

Wege des Kampfes" zu verstehen? Es ist klar, daß es sich nur um ein Grüppchen von Terroristen handeln kann, denn einen *Massen*kampf „bei uns" erwähnen alle jene von mir herausgeschriebenen Tiraden nicht. „*Der Umstand, daß die Energie der Volksmassen in Fesseln geschlagen ist . . .*" und daß man sich „auf außerparlamentarische Kampfmittel konzentrieren" muß – diese einfache Gegenüberstellung zeigt uns noch einmal, wieviel historische Wahrheit in der Bezeichnung der Sozialrevolutionäre als „revolutionäre Abenteurer" lag!* Ist es etwa kein Abenteurertum, wenn man um eines geistreichen Wörtchens willen von einer Konzentrierung auf solche Kampfmittel spricht und zugleich erklärt, die Massen seien gegenwärtig dazu nicht fähig? Spricht daraus nicht die Psyche verzweifelter Intellektueller, die wir zur Genüge kennen?

„Konzentrieren wir uns auf außerparlamentarische Kampfmittel" – diese Losung war richtig in einer der bedeutsamsten Perioden der russischen Revolution, im Herbst des Jahres 1905. Wenn die Sozialrevolutionäre sie heute kritiklos wiederholen, dann handeln sie ähnlich wie der Held des Volksmärchens, der so eifrig schrie . . . doch immer an der unpassenden Stelle. Ihr habt nicht begriffen, Verehrteste, *warum* die Losung des Boykotts im Herbst 1905 richtig war, und ihr legt, wenn ihr sie jetzt ohne Kritik, ohne Sinn, wie eine auswendig gelernte Formel wiederholt, keine revolutionäre Einstellung an den Tag, sondern allergewöhnlichste Dummheit.

Im Herbst 1905 sprach kein Mensch davon, daß „die Energie der Volksmassen in Fesseln geschlagen" sei. Im Gegenteil, alle Parteien gaben zu, daß die Energie der Massen übersprudelte. In einem solchen Moment schlägt die alte Macht ein gesetzberatendes Parlament vor in dem offensichtlichen Bestreben, die brodelnden Kräfte zu zersplittern und sie, wenn auch nur für einen Augenblick, zu beschwichtigen. „Konzentrieren wir uns auf außerparlamentarische Kampfmittel" – diese Losung war damals keine Phrase eines Haufens von Schreihälsen, sondern der Aufruf von Menschen, die den Massen, den Millionen Kämpfern aus den Reihen der Arbeiter und Bauern voranschritten. Mit ihrer Unterstützung dieses Aufrufs zeigten die Millionen, daß die Losung *objektiv richtig* war, daß sie nicht nur die „Überzeugungen" einer Handvoll Revolutionäre zum Ausdruck brachte, sondern die wirkliche Lage, die wirkliche

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 178–199. *Die Red.*

Stimmung, die Initiative der Massen. Diese Losung zu wiederholen und gleichzeitig behaupten, daß die „Energie der Volksmassen in Fesseln geschlagen" sei, vermögen nur lächerliche Politiker.

Und da wir schon einmal beim Lächerlichen sind, können wir nicht umhin, auch folgende Perle aus dem „Snamja Truda" anzuführen: „Lassen wir sie" (die Regierung) „in der Duma mit den ‚Schwarzen' und der Partei der letzten Regierungsverordnung allein, und glauben Sie uns, wenn diese Spinnen irgendwann dazu imstande sind, sich gegenseitig aufzufressen, dann gerade in dieser Situation ..." Dieses „glauben Sie uns" ist so unvergleichlich nett, daß es den Gegner geradezu entwaffnet. „Glauben Sie uns", lieber Leser, daß die Leitartikel im „Snamja Truda" eine wirklich nette sozialrevolutionäre Gymnasiastin schreibt, die aufrichtig daran glaubt, daß die „Spinnen" wirklich beginnen werden, sich „gegenseitig aufzufressen", sobald die Opposition die III. Duma verläßt.

Die vom Londoner Parteitag beschlossene Resolution über das Verhältnis zu den nichtproletarischen Parteien hat bei den Menschewiki heftigste Ausfälle gegen jenen Abschnitt hervorgerufen, der die Kadetten betrifft. Etwas weniger heftig waren ihre Angriffe gegen den Teil, der die volkstümlerischen oder die Trudowikiparteien behandelt. Die Menschewiki suchten nachzuweisen, daß wir den Sozialrevolutionären gegenüber Nachsicht üben bzw. einige von den Marxisten längst festgestellte Sünden der Sozialrevolutionäre verschweigen u. dgl. m. Diese Bemühungen der Menschewiki entsprangen zweierlei Quellen: einerseits der grundlegenden, prinzipiellen Meinungsverschiedenheit in der Einschätzung der russischen Revolution. Die Menschewiki wollen hartnäckig, daß das Proletariat die Revolution gemeinsam mit den Kadetten durchführe und nicht gemeinsam mit der trudowikischen Bauernschaft gegen die Kadetten. Anderseits haben die Menschewiki nicht verstanden, wie das offene Auftreten der Massen und Klassen in der Revolution die frühere Lage und teilweise den früheren Charakter der Parteien veränderte. Vor der Revolution waren die Sozialrevolutionäre *nur* eine Gruppe von sich volkstümlerisch gebärdenden Intellektuellen. Wäre aber eine solche Charakteristik nach der Revolution und sogar nach dem Jahre 1906 richtig? Offenbar nicht. Die frühere Auffassung in einer solchen Formulierung

verteidigen könnten nur Leute, die in der Revolution nichts dazugelernt haben.

Die Revolution hat *bewiesen*, daß diese Gruppe sich volkstümlerisch gebärdender Intellektueller den äußersten linken *Flügel* einer außerordentlich breiten und zweifellos Massencharakter tragenden volkstümlerischen bzw. trudowikischen Strömung bildet, die die Interessen und den Standpunkt der Bauernschaft in der russischen bürgerlichen Revolution zum Ausdruck bringt. Das ist bewiesen durch die Bauernaufstände wie durch den Bauernbund und die Trudowikigruppe in den drei Dumas und auch durch die freie Presse der Sozialrevolutionäre und Trudowiki. Gerade diesen Umstand vermochten die Menschewiki nicht zu begreifen. Sie betrachten die Sozialrevolutionäre *doktrinär*, d. h. als Anhänger einer Doktrin, die die Fehler einer anderen Doktrin wohl erkennen, aber nicht sehen, welche realen Interessen der die bürgerlich-demokratische Revolution vorantreibenden realen Massen diese Doktrin ausdrückt oder aber verschleiert. Die sozialrevolutionäre Doktrin sei schädlich, falsch, reaktionär, abenteuerlich, kleinbürgerlich – schreien die Menschewiki –, kein Schritt weiter, kein Wort mehr; was darüber ist, das ist vom Übel.

Gerade hier beginnt *euer* Fehler, sagen wir den Menschewiki. Es ist richtig, daß die sozialrevolutionäre Doktrin schädlich, falsch, reaktionär, abenteuerlich und kleinbürgerlich ist. *Aber* diese Eigenschaften hindern diese quasi-sozialistische Doktrin nicht, das ideologische Gewand der wirklich revolutionären – und nicht der paktiererischen – Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie in Rußland zu sein. Denn die Doktrin der Sozialrevolutionäre ist lediglich ein Bächlein in dem trudowikischen, d. h. dem bäuerlich-demokratischen Strom. Sobald der offene Kampf der Massen und Klassen einsetzt, zwingen die Ereignisse sofort uns alle, Bolschewiki wie Menschewiki, dies anzuerkennen, indem wir die Mitarbeit der Sozialrevolutionäre in den Sowjets der Arbeiterdeputierten zulassen, indem wir uns mit den Sowjets der Deputierten der Bauern, der Soldaten, der Post- und Telegrafenarbeiter, der Eisenbahner usw. enger zu verbinden suchen, indem wir uns im Bündnis mit ihnen gegen die Liberalen an den Wahlen beteiligen, indem wir in den Dumas mit ihnen gegen die Liberalen stimmen u. dgl. m. Die Revolution hat unsere Beurteilung der Sozialrevolutionäre nicht widerlegt, sondern sie bestätigt. Sie bestätigte jedoch

diese Beurteilung, indem sie diese Frage nicht in der alten Form und Situation beließ, sondern sie auf eine unvergleichlich höhere Ebene hob: Früher handelte es sich lediglich um den Vergleich von Doktrinen und Ideologien, um die Politik von Grüppchen; heute handelt es sich um den Vergleich des historischen Wirkens der Klassen und Massen, die dieser oder einer ähnlichen Ideologie folgen. Früher fragten wir nur: Ist das, was die Sozialrevolutionäre sagen, richtig, ist die Taktik dieser ideologischen Organisation richtig? Heute ist die Frage anders zu stellen: Wie verhalten sich in der Praxis jene Schichten des Volkes, die sich solidarisch glauben mit den Sozialrevolutionären oder den diesen nahestehenden Grundideen (wie dem „Prinzip der Arbeit" u. dgl. m.)? Der Fehler der Menschewiki besteht darin, daß sie diese durch die Revolution bewirkte Wandlung nicht begriffen haben.

Und diese Wandlung ist, außer der schon genannten Bedeutung, noch darum besonders wichtig, weil sie anschaulich das wechselseitige Verhältnis der Klassen und Parteien zeigte. Eine Lehre unserer Revolution besagt, daß nur die Parteien, die sich auf bestimmte Klassen stützen, stark sind und bei jeglichen Wendungen des Geschehens intakt bleiben. Der offene politische Kampf zwingt die Parteien, sich enger mit den Massen zu verbinden, denn ohne eine solche Verbindung ist eine Partei ein Nichts. Die Sozialrevolutionäre sind formal von den Trudowiki unabhängig. *In Wirklichkeit* aber waren sie in der Revolution *gezwungen*, mit ihnen zusammenzugehen, um nicht völlig von der politischen Bühne zu verschwinden. Und man kann sicher sein, daß beim nächsten revolutionären Aufschwung die Sozialrevolutionäre wieder gezwungen sein werden (was für ein Geschrei sie jetzt auch über ihre völlige Selbständigkeit erheben mögen), mit den Trudowiki oder ihnen ähnlichen Massenorganisationen zusammenzugehen. Die objektiven Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens und des Klassenkampfes sind stärker als gute Wünsche und geschriebene Programme. Von diesem – dem einzig richtigen – Standpunkt aus bedeuten die augenblicklichen Differenzen der Trudowiki und Sozialrevolutionäre nur den Zerfall einer kleinbürgerlichen Bewegung, nur die mangelnde Standhaftigkeit der Kleinbourgeois, die unter den komplizierten Umständen ihre Geschlossenheit nicht zu bewahren vermögen und nun „als Einzelgänger ihren Weg ziehen". Auf der einen Seite die Trudowiki, unorganisiert, wankelmütig, unschlüssig,

ohne feste politische Richtung in der III. Duma, jedoch zweifellos aus den Massen hervorgegangen, mit den Massen verbunden und Forderungen und Bedürfnisse der Massen vertretend. Auf der anderen Seite eine Handvoll sozialrevolutionärer „Otsowisten", die keinerlei Verbindung mit den Massen besitzen, sich verzweiflungsvoll drehen und wenden, die den Glauben an den Kampf der Massen verloren haben (siehe „Rewoluzionnaja Mysl") und sich auf den Terror konzentrieren. Der extreme Opportunismus der Trudowiki (unter dem Gesichtspunkt der Lage der revolutionären Bauernschaft) und das extreme, rein phrasenhafte und sinnlose revolutionäre Getue der Sozialrevolutionäre bilden zwei Begrenzungen ein und derselben kleinbürgerlichen Strömung, „zwei Ausflüsse" ein und derselben „Krankheit": der Wankelmütigkeit des Kleinbürgertums, seiner Unfähigkeit zu systematischem, hartnäckigem, konsequentem und einmütigem Massenkampf.

Dieser Umstand läßt die Dumataktik der revolutionären Parteien zum gegenwärtigen Zeitpunkt und besonders die Frage des Otsowismus in neuem Licht erscheinen. „Bei uns gibt es keine parlamentarischen Wege des Kampfes", schreien die großmäuligen Intellektuellen – die Sozialrevolutionäre. Wer ist das, „bei uns", meine Herren? Eine Intelligenz *ohne Massen* hat niemals parlamentarische noch ernst zu nehmende außerparlamentarische Kampfmittel besessen und wird sie auch niemals besitzen. Und welche Massen gingen gestern, während der Revolution, mit euch oder neben euch? Die trudowikische Bauernschaft. Stimmt es, daß *sie* „keine parlamentarischen Kampfmittel" besitzt? Nein. Schaut euch die Agrardebatten in der III. Duma an, und ihr werdet sehen, daß die Trudowiki hier zweifellos die Interessen der Massen zum Ausdruck brachten. Die geistreichen Wörtchen der Sozialrevolutionäre sind also weiter nichts als platte Phrasendrescherei. Die Bauernmassen brachten 1908 *ihre* Interessen und Forderungen auf der Dumatribüne zum Ausdruck und kämpften nicht „außerparlamentarisch". Das ist eine Tatsache, um die man sich durch keinerlei „linkes" Geschrei und keine sozialrevolutionär-otsowistische Phrasendrechselei herumdrücken kann.

Worin liegt die Ursache für diese Tatsache? Darin, daß die „Überzeugung", außerparlamentarische Wege seien vorzuziehen, schwächer geworden ist? Fauler Zauber. Sie liegt darin, daß die objektiven Be-

dingungen in dieser Periode noch keine breite Gärung unter den Massen und noch keine unmittelbaren Aktionen der Massen hervorriefen. Da dies nun so ist – und zweifellos ist dem so –, wäre es Pflicht jeder ernstzunehmenden Partei, auch die *mittelbaren* Wege zu beschreiten. Wozu führte das Unvermögen der Sozialrevolutionäre, sie zu beschreiten? Lediglich dazu, daß die Trudowiki ihre Sache außerordentlich schlecht machten, daß sie tausendmal mehr Fehler begingen, als es gegeben hätte, wenn die Partei auf sie eingewirkt hätte, daß sie hin und her schwankten und überaus oft strauchelten. Doch die Sozialrevolutionäre „konzentrierten" sich, von ihrer Klasse, von ihren Massen losgelöst, auf Phrasendrescherei, denn *in der Praxis* leisteten sie im Jahre 1908 *nichts* für die „außerparlamentarischen Kampfmittel". Diese Loslösung von ihren sozialen Wurzeln führt bei den Sozialrevolutionären sogleich zu einer Verschlimmerung ihrer Erbsünde: der maßlosen, hemmungslosen Wichtigtuerei und Prahlerei, die ihre Ohnmacht verdeckt. „Unsere Partei kann sich gratulieren", lesen wir auf Seite 1 der „Mitteilung", ... die Wahlen zur Konferenz „durch real existierende" (seht, was wir für Leute sind) „örtliche Parteiorganisationen" ... „in allen Fragen wurde eine einheitliche Einstellung erzielt" ... „das war namentlich eine Errungenschaft der Einstimmigkeit" (ebenda) u. dgl. m.

Das ist nicht wahr, meine Herren. Mit diesem Wortschwall verbergt ihr die Meinungsverschiedenheiten, die sowohl in der „Rewoluzionnaja Mysl" (Frühjahr 1908) als auch in Nr. 13 des „Snamja Truda" (November 1908) deutlich zum Vorschein kamen. Dieses Gelärm ist ein Zeichen von Schwäche. Der außerparteiliche Opportunismus der Trudowiki und die „parteiliche" Prahlsucht, die wankelmütige Haltung und Phrasendrescherei der Sozialrevolutionäre sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, zwei Extreme des Zerfalls *einer* kleinbürgerlichen Schicht. Nicht ohne Grund haben die Sozialrevolutionäre während der Revolution, als der Kampf alle Schattierungen zutage förderte, die ganze Zeit über ihr Pendeln zwischen den Volkssozialisten und den Maximalisten zu verbergen gesucht und doch nicht zu verbergen vermocht.

Die Fuhre liegt im Graben. Die Pferde sind durchgegangen. Der Kutscher hockt auf dem Prellstein, schiebt sich die Mütze ins Genick und „beglückwünscht" sich zur „Einstimmigkeit". Das ist das Bild, das uns die sozialrevolutionäre Partei bietet. Das ist die Bilanz des sozialrevolutio-

nären Otsowismus, der eine Handvoll Intellektueller von der schweren, beharrlichen, jedoch einzig ernst zu nehmenden und fruchtbringenden Arbeit an der Erziehung und Organisierung der Massen zu leerem Wortgeprassel abberufen hat.

„Proletari" Nr. 41,
7. (20.) Januar 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

AUF DEN WEG

Ein Jahr des Zerfalls, ein Jahr der ideologisch-politischen Zerfahrenheit, ein Jahr der Weglosigkeit für die Partei liegt hinter uns. Alle Parteiorganisationen haben an Mitgliedern eingebüßt, einige – und zwar jene, die am wenigsten aus Proletariern bestanden – sind eingegangen. Die während der Revolution geschaffenen halblegalen Institutionen der Partei sind eine nach der anderen aufgeflogen. Es ist so weit gekommen, daß es für einige, dem Einfluß des Zerfalls unterlegene Elemente innerhalb der Partei fraglich geworden ist, ob man die bisherige sozialdemokratische Partei aufrechterhalten und *ihre* Sache fortführen, ob man erneut in die Illegalität untertauchen soll und wie das anzustellen sei – und auf diese Frage haben die extremen Rechten eine Antwort erteilt im Sinne der Legalisierung um jeden Preis, sogar um den Preis des offenkundigen Verzichts auf Programm, Taktik und Organisation der Partei (die sogenannte liquidatorische Strömung). Die Krise war unzweifelhaft nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine ideologisch-politische.

Die vor kurzem durchgeführte Gesamtrussische Konferenz der SDAPR bringt die Partei wieder auf den Weg und stellt unverkennbar einen Wendepunkt in der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung nach dem Sieg der Konterrevolution dar. Die Beschlüsse der Konferenz, die in einer besonderen, vom Zentralkomitee unserer Partei herausgegebenen „Mitteilung" erschienen sind, sind vom ZK bestätigt und stellen infolgedessen bis zum nächsten Parteitag Beschlüsse der ganzen Partei dar. In diesen Beschlüssen ist auf die Frage nach den Ursachen und der Bedeutung der Krise sowie auf die Frage nach den Mitteln zu ihrer Überwindung eine ganz bestimmte Antwort gegeben. Unsere Organisationen werden, wenn

ЦЕНА 20 САНТ.
PRIX 20 centimes

ПАРИЖЪ, Среда 28/10 Февраля 1909 г. № 2.

РОССІЙСКАЯ СОЦ.-ДЕМОКРАТИЧ. РАБОЧАЯ ПАРТІЯ. ПРОЛЕТАРІИ ВСѢХЪ СТРАНЪ, СОЕДИНЯЙТЕСЬ!

ЦЕНТРАЛЬНЫЙ ОРГАНЪ РОССІЙСКОЙ СОЦІАЛЬДЕМОКРАТИЧЕСКОЙ РАБОЧЕЙ ПАРТІИ

СОЦІАЛЬДЕМОКРАТЪ

LE SOCIAL-DÉMOCRATE

Organe Central du Parti Social-Démocrate Ouvrier en Russie

На дорогу.

Годъ разлада, годъ кризиса политическаго разбора, годъ партійнаго безпорядка миновалъ надъ нами. Организація партіи всѣ сокращаетъ въ числѣ членовъ, въ которыхъ—именно составныхъ частяхъ партіи—Центральность-номинальная. Создавшееся реакціонной полуоткрытая учрежденія партіи терпѣли провалъ за проваломъ. Долгое ли время, что для иллюстраціи, пребывшихся заѣзжій распадъ элементовъ внутри партіи, стало возможнымъ, какъ для сохраненія партіи, выдвинуть предложеніе объ Дѣлѣ, какъ-то мати опять въ полномъ и какъ это сказать — и на очередь вопросъ крайне давно отвергъ писсей легализаціи во что бы то ни стало и любой, да не какъ отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Нѣкаково состоявшаяся октроированная «мечеринка» Р. С.-Д. Р. П. выводить партію на дорогу и представляетъ изъ себя, видимо, полнѣйшій шутокъ надъ интеллигенціей рабочей массой. Чѣмъ больше контръ-революціи Рашпилей выжимаетъ изъ особыхъ «Извѣстій» взаимныхъ Центральныхъ Комитетовъ нашей Партіи утвержденныхъ П.-К. тѣмъ и является, «Центральнѣе», по «Ленскому съѣзду» рашпилевцы всей партіи. Въ этихъ рѣшеніяхъ какъ апогей «Ленскаго» отказъ отъ партійной программы, тактики и организаціи (такъ называемая «ликвидаторская теченія). Красноѣ было, неспокойно не только отъ неизбѣжностей, но и надеждъ-мечтаній.

Erste Seite des Zentralorgans der SDAPR, des „Sozial-Demokrat" Nr. 2, 28. Januar (10. Februar) 1909, mit W. I. Lenins Artikel „Auf den Weg"

Verkleinert

sie im Sinne der Resolutionen der Konferenz arbeiten und es ihnen gelingt, *alle* Parteifunktionäre zum klaren und vollen Verständnis für die gegenwärtigen Aufgaben der Partei zu bringen, imstande sein, ihre Kräfte zu festigen und zu einer einmütigen und lebendigen revolutionären sozialdemokratischen Arbeit zusammenzuschmieden.

Die Hauptursache für die Krise der Partei ist in der Begründung der Resolution zur Organisationsfrage dargelegt. Sie besteht in der Säuberung der Arbeiterpartei von den schwankenden intellektuellen und kleinbürgerlichen Elementen, die sich der Arbeiterbewegung vor allem in der Hoffnung auf einen nahen Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution angeschlossen haben und in der Periode der Reaktion nicht standzuhalten vermochten. Die mangelnde Standfestigkeit zeigte sich auf dem Gebiet der Theorie („Abweichungen vom revolutionären Marxismus": Resolution über die gegenwärtige Lage), auf dem Gebiet der Taktik („Beschneiden der Losungen") wie auf dem Gebiet der Organisationspolitik der Partei. Die klassenbewußten Arbeiter widersetzten sich dieser Wankelmütigkeit, sie machten energisch gegen das Liquidatorentum Front und begannen, die Leitung der Geschäfte der Parteiorganisationen sowie ihre Führung selbst in die Hand zu nehmen. Wenn dieser Kern unserer Partei die Elemente der Auflösung und der Krise nicht gleich zu bezwingen vermochte, so nicht nur deshalb, weil die Aufgabe angesichts des Triumphes der Konterrevolution groß und schwer war, sondern auch deshalb, weil sich unter denjenigen Arbeitern, die zwar revolutionär gesinnt waren, aber kein hinreichend gefestigtes sozialistisches Bewußtsein besaßen, eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber der Partei bemerkbar machte. Gerade an die klassenbewußten Arbeiter Rußlands richteten sich denn auch in erster Linie die Beschlüsse der Konferenz als die kollektive Meinung der Sozialdemokratie über die Mittel zur Bekämpfung der Auflösung und des Schwankens.

Marxistische Analyse der gegenwärtigen wechselseitigen Beziehungen zwischen den Klassen und der neuen Politik des Zarismus; Darlegung des nächstliegenden Kampfziels, das sich unsere Partei nach wie vor stellt; Auswertung der Lehren der Revolution hinsichtlich der Richtigkeit der revolutionären sozialdemokratischen Taktik; Klärung der Ursachen für die Parteikrise und Darstellung der Rolle des proletarischen Elements der Partei im Kampf gegen die Krise; Antwort auf die Frage nach dem Ver-

hältnis zwischen illegaler und legaler Organisation; Anerkennung der Notwendigkeit, die Dumatribüne auszunutzen, und Ausarbeitung präziser Richtlinien für unsere Dumafraktion im Zusammenhang mit der offenen Kritik an ihren Fehlern – darin besteht der Hauptinhalt der Beschlüsse der Konferenz, die eine erschöpfende Antwort auf die Frage nach dem von der Partei der Arbeiterklasse in der jetzigen schweren Zeit einzuschlagenden festen Weg geben. Behandeln wir diese Antwort etwas eingehender.

Das Wechselverhältnis der Klassen in ihrer politischen Gruppierung bleibt dasselbe, wie es für die hinter uns liegende Periode des direkten revolutionären Kampfes der Massen charakteristisch war. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Bauernschaft ist dazu gezwungen, eine Agrarumwälzung anzustreben, die den halbfeudalen Grundbesitz abschafft, die aber ohne Sturz der zaristischen Herrschaft nicht durchführbar ist. Der Triumph der Reaktion lastete besonders drückend auf den demokratischen Elementen der Bauernschaft, die nicht imstande sind, eine festgefügte Organisation zu bilden; aber trotz aller Unterdrückung, trotz der Schwarzhunderterduma, trotz der extremen Labilität der Trudowiki tritt die revolutionäre Gesinnung der Bauernmassen selbst in den Debatten der III. Duma klar zutage. Die grundlegende Haltung des Proletariats zu den Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland bleibt unverändert: nämlich die demokratische Bauernschaft zu führen, sie dem Einfluß der liberalen Bourgeois, der Partei der Kadetten, zu entziehen, die sich trotz gewisser geringfügiger Differenzen den Oktobristen auch weiterhin nähert und in der allerletzten Zeit bestrebt ist, einen Nationalliberalismus ins Leben zu rufen und den Zarismus und die Reaktion durch eine chauvinistische Agitation zu unterstützen. Der Kampf wird nach wie vor – heißt es in der Resolution – für die völlige Beseitigung der Monarchie und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft geführt.

Die Selbstherrschaft als der Hauptfeind des Proletariats und der ganzen Demokratie ist nach wie vor da. Es wäre jedoch falsch anzunehmen, daß sie die Selbstherrschaft der früheren Jahre geblieben sei. Die Stolypinsche „Verfassung" und die Stolypinsche Agrarpolitik bedeuten eine neue Etappe in der Zersetzung des alten halb patriarchalischen, halb feudalen Zarismus, einen neuen Schritt voran auf dem Wege seiner Um-

wandlung in eine bürgerliche Monarchie. Die Delegierten des Kaukasus, die diese Kennzeichnung der augenblicklichen Lage entweder überhaupt weglassen oder „plutokratisch" an die Stelle von „bürgerlich" setzen wollten, vertraten einen falschen Standpunkt. Plutokratisch war die Selbstherrschaft schon lange, bürgerlich wird sie – auf Grund ihrer Agrarpolitik und des direkten, im Maßstab des ganzen Landes organisierten Bündnisses mit bestimmten Schichten der Bourgeoisie – erst nach der ersten Etappe der Revolution, unter der Einwirkung der von der Revolution geführten Schläge. Die Selbstherrschaft päppelte seit langem die Bourgeoisie hoch, die Bourgeoisie verschaffte sich seit langem durch den Rubel Zutritt zu den „Oberschichten", Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung, einen Platz neben dem Hochadel; doch die Eigenart der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß die Selbstherrschaft eine Vertretungskörperschaft für bestimmte Schichten der Bourgeoisie schaffen mußte, daß sie zwischen ihnen und den Fronherren jonglieren mußte und ein Bündnis dieser Schichten in der Duma zu organisieren veranlaßt war, daß sie alle Hoffnung auf das patriarchalische Wesen des Bauern aufgeben und bei den Reichen des Dorfes, die die Dorfgemeinde ruinieren, gegen die werktätigen Massen des Dorfes einen Rückhalt suchen mußte.

Die Selbstherrschaft tarnt sich hinter angeblich verfassungsmäßigen Institutionen, doch durch das Bündnis des Zaren mit den Purischkewitsch und Gutschkow, und nur mit diesen, entlarvt sich in Wirklichkeit wie nie zuvor ihr Klassencharakter. Die Selbstherrschaft sucht die Lösung der objektiv notwendigen Aufgaben der bürgerlichen Revolution – die Errichtung einer Volksvertretung, die wirklich die Geschäfte der bürgerlichen Gesellschaft führt, und die Bereinigung der mittelalterlichen, verworrenen und überlebten Agrarverhältnisse im Dorf – selbst zu übernehmen; aber das praktische Resultat der neuen Schritte der Selbstherrschaft ist bis jetzt gleich Null, und das erweist nur noch augenfälliger, daß es zur Lösung der geschichtlichen Aufgabe anderer Kräfte und anderer Mittel bedarf. Die Selbstherrschaft wurde bislang im Bewußtsein der viele Millionen umfassenden, in der Politik nicht bewanderten Massen einer Volksvertretung überhaupt gegenübergestellt; nunmehr ist dem Kampf ein engeres Ziel gesetzt, ist seine Aufgabe konkreter gefaßt als Kampf um die Macht im Staat, als ein Kampf, der den Charakter und die Bedeutung der Volksvertretung selbst bestimmt. Darum bedeutet die III. Duma eine besondere

Etappe in der Zersetzung des alten Zarismus, in der Verstärkung des abenteuerlichen Charakters seiner Politik, in der Vertiefung der alten revolutionären Aufgaben, in der Erweiterung der Arena des Kampfes (und der Zahl der Teilnehmer an diesem Kampf) für die Lösung dieser Aufgaben.

Diese Etappe muß überwunden werden; die neuen Bedingungen des gegenwärtigen Zeitpunkts erfordern neue Formen des Kampfes; die Ausnutzung der Dumatribüne wird zur unbedingten Notwendigkeit; die langwierige Arbeit der Erziehung und Organisierung der Massen des Proletariats rückt an die erste Stelle; die Kombinierung illegaler und legaler Organisationen stellt der Partei besondere Aufgaben; die Popularisierung und Erläuterung der Erfahrungen der Revolution, welche die Liberalen und die liquidatorisch eingestellten Intellektuellen in Mißkredit zu bringen suchen, ist sowohl theoretisch als auch praktisch notwendig. Doch die taktische Linie der Partei, die es verstehen muß, in den Methoden und Mitteln des Kampfes den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen, bleibt unverändert. Die Richtigkeit der revolutionären sozialdemokratischen Taktik – heißt es in einer der Resolutionen der Konferenz – ist durch die Erfahrungen des Massenkampfes der Jahre 1905–1907 bestätigt worden. Die Niederlage der Revolution im Ergebnis dieser ersten Kampagne hat nicht erwiesen, daß die Aufgaben nicht richtig, die Nahziele „utopisch", die Mittel und Methoden falsch waren, sondern hat gezeigt, daß die Kräfte nicht hinreichend vorbereitet gewesen sind, daß die revolutionäre Krise noch nicht die erforderliche Tiefe und Breite erreicht hatte – aber mit löblichem Eifer arbeiten die Stolypin und Co. daran, sie zu vertiefen und zu erweitern. Mögen die Liberalen und die kopflos gewordenen Intellektuellen nach der ersten wirklichen Massenschlacht für die Freiheit den Mut sinken lassen und feig daherreden: Geht nicht dahin, wo ihr einmal geschlagen worden seid, betretet nicht erneut diesen verhängnisvollen Weg! Das klassenbewußte Proletariat wird ihnen antworten: Die großen Schlachten der Geschichte konnten nur deshalb ausgetragen und die großen Aufgaben der Revolutionen nur deshalb gelöst werden, weil die fortgeschrittenen Klassen zu wiederholten Malen vorgestoßen sind und, um die Erfahrungen der Niederlagen reicher geworden, den Sieg errangen. Geschlagene Armeen lernen gut. Die revolutionären Klassen Rußlands sind im ersten Waffengang geschlagen worden, aber

die revolutionäre Lage bleibt bestehen. In neuen Formen und auf anderem Wege – manchmal weit langsamer, als wir es wünschen – zieht die revolutionäre Krise zum zweitenmal herauf, reift sie erneut heran. Eine langwierige Arbeit der Vorbereitung breiterer Massen auf sie, eine gründlichere Vorbereitung, die die höheren und konkreteren Aufgaben berücksichtigt, muß von uns geleistet werden; und je erfolgreicher sie geleistet werden wird, um so sicherer wird der Sieg im neuen Kampf sein. Das russische Proletariat kann stolz darauf sein, daß sich 1905 unter seiner Führung eine Nation von Sklaven zum erstenmal in eine Heerschar von Millionen, in eine Armee der Revolution verwandelte, die gegen den Zarismus in die Offensive ging. Und dasselbe Proletariat wird es auch jetzt vermögen, die Arbeit zur Erziehung und Ausbildung von neuen Kadern einer mächtigeren revolutionären Kraft beharrlich, zäh und geduldig zu leisten.

Die Ausnutzung der Dumatribüne gehört, wie bereits dargelegt wurde, als notwendiger Bestandteil zu dieser Erziehungs- und Vorbereitungsarbeit. Die Resolution der Konferenz über die Dumafraktion weist unserer Partei jenen Weg, der – wenn man nach Beispielen in der Geschichte sucht – den Erfahrungen der deutschen Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz am nächsten kommt. Die illegale Partei muß es verstehen, muß es lernen, die legale Dumafraktion auszunutzen, sie muß diese zu einer Parteiorganisation erziehen, die auf der Höhe ihrer Aufgaben steht. Eine gänzlich falsche Taktik und übelste Abweichung von der durch die Erfordernisse des Augenblicks gebotenen beharrlichen Arbeit des Proletariats wäre es, jetzt die Frage der Abberufung der Fraktion zu stellen (auf der Konferenz gab es zwei „Otsowisten", die diese Frage aber nicht direkt stellten) oder darauf zu verzichten, an deren Fehlern offen und direkt Kritik zu üben und sie in der Resolution anzuführen (auf der Konferenz wollten dies einige Delegierte). Die Resolution erkennt ganz und gar an, daß die Fraktion auch solche Fehler begangen hat, für die sie nicht allein verantwortlich ist und die den unvermeidlichen Fehlern aller unserer Parteiorganisationen ganz und gar ähneln. Es gibt jedoch noch andere Fehler: Abweichungen von der *politischen Linie* der Partei. Da diese Abweichungen nun einmal vorgekommen und von einer Organisation begangen worden sind, die offen im Namen der ganzen Partei auftritt, war die Partei verpflichtet, klipp und klar zu sagen, daß

dies Abweichungen waren. In der Geschichte der westeuropäischen sozialistischen Parteien sind Beispiele anomaler Beziehungen der Parlamentsfraktionen zur Partei mehr als einmal vorgekommen; bis heute sind in den romanischen Ländern diese Beziehungen durchweg anomal, die Fraktionen sind nicht hinreichend mit der Partei verbunden. Wir müssen den sozialdemokratischen Parlamentarismus in Rußland von vornherein anders aufbauen, müssen von vornherein eine kameradschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet in die Wege leiten, damit jeder sozialdemokratische Abgeordnete auch wirklich fühle, daß die Partei hinter ihm steht, seine Fehler schmerzvoll empfindet, ihm den geraden Weg zu weisen sucht – und damit jeder Parteifunktionär an der allgemeinen Arbeit der Partei in der Duma mitwirke, an der sachlichen marxistischen Kritik ihrer Schritte lerne, sich seiner Verpflichtung, ihr zu helfen, voll bewußt werde und auf die Unterordnung der speziellen Arbeit der Fraktion unter die gesamte propagandistische und agitatorische Tätigkeit der Partei hinwirke.

Die Konferenz war die erste maßgebende Tagung von Delegierten der bedeutendsten Organisationen der Partei, die zur Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion während einer ganzen Session Stellung nahm. Und der Beschluß der Konferenz zeigt klar, wie unsere Partei ihre Arbeit in der Duma in Angriff nehmen, welche strengen Anforderungen sie auf diesem Gebiet an sich selbst und an die Fraktion stellen wird, wie unbeirrbar und fest sie entschlossen ist, an der Heranbildung eines wirklich sozialdemokratischen Parlamentarismus zu arbeiten.

Die Frage des Verhältnisses zur Dumafraktion besitzt eine taktische und eine organisatorische Seite. In organisatorischer Hinsicht ist die Resolution über die Dumafraktion lediglich eine erneute Anwendung der allgemeinen, von der Konferenz in der Resolution über die Richtlinien zur Organisationsfrage festgelegten Prinzipien der Organisationspolitik auf einen besonderen Fall. Von der Konferenz wurden in dieser Frage zwei Hauptströmungen in der SDAPR konstatiert: eine, die das Schwergewicht auf die illegale Parteiorganisation legt, und eine, die mehr oder minder dem Liquidatorentum verwandt ist und das Schwergewicht auf die legalen und halblegalen Organisationen legt. Die gegenwärtige Lage ist, wie schon erwähnt, durch den Austritt einer gewissen Zahl von Parteifunktionären, besonders von Intellektuellen, aber teilweise auch von Arbeitern,

aus der Partei gekennzeichnet. Die liquidatorische Strömung stellt die Frage, ob die besten, die aktivsten Elemente die Partei verlassen und die legalen Organisationen als Tätigkeitsbereich wählen, oder ob aus der Partei „die schwankenden intellektuellen und kleinbürgerlichen Elemente" austreten. Es braucht nicht erst besonders betont zu werden, daß die Konferenz, die das Liquidatorentum energisch zurückwies und verurteilte, im Sinne der zweiten Annahme geantwortet hat. Die am stärksten ausgeprägten proletarischen Elemente der Partei, die in prinzipieller Beziehung konsequentesten, wirklich sozialdemokratischen Elemente der Intelligenz sind der SDAPR treu geblieben. Die Austritte bedeuten eine Reinigung der Partei, sie macht sich frei von den wankelmütigsten, von den unzuverlässigen Freunden, den „Mitläufern"*, die stets nur eine Zeitlang mit dem Proletariat gingen und sich aus dem Kleinbürgertum oder aus den „Deklassierten" rekrutieren, d. h. aus jenen Leuten, die als Angehörige irgendeiner bestimmten Klasse aus dem Geleise geschleudert worden sind.

Aus dieser Beurteilung des parteiorganisatorischen Prinzips ergibt sich von selbst auch die von der Konferenz eingeschlagene Linie der Organisationspolitik. Ausbau der illegalen Parteiorganisation, Bildung von Parteizellen auf allen Arbeitsgebieten, vor allem Bildung von „nur aus Parteimitgliedern bestehenden, und sei es auch zahlenmäßig nicht starken Arbeiterkomitees in jedem Industriebetrieb", Konzentration der leitenden Funktionen in den Händen von Führern der sozialdemokratischen Bewegung, die unmittelbar aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind – darin besteht die Aufgabe des Tages. Und selbstverständlich muß es Aufgabe dieser Zellen und Komitees sein, alle halblegalen und, nach Möglichkeit, auch legalen Organisationen auszunutzen, eine „enge Verbindung mit den Massen" aufrechtzuerhalten und die Arbeit so zu gestalten, daß die Sozialdemokratie auf alle Forderungen der Massen reagiere. Jede Zelle und jedes dieser Arbeiterkomitees muß zu einem „Stützpunkt für die agitatorische, propagandistische und praktisch-organisatorische Arbeit unter den Massen" werden, d. h. muß unbedingt dorthin gehen, wohin die Masse geht, und auf Schritt und Tritt bestrebt sein, ihr Bewußtsein in Richtung des Sozialismus zu lenken, jede Einzelfrage mit den allgemeinen Aufgaben des Proletariats zu verknüpfen, jedes organisatorische

* „Mitläufer" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Beginnen zu einem Glied im Zusammenschluß der *Klasse* zu machen, sich durch die eigene Energie, durch die eigene ideologische Einwirkung (und selbstverständlich nicht durch Titel und Funktionen) die führende Stellung in allen proletarischen legalen Organisationen zu erobern. Mögen auch hier und da diese Zellen und Komitees nur sehr klein sein, dafür aber werden sie untereinander durch die Parteitradition und die Parteiorganisation verbunden sein, und sie werden ein bestimmtes Klassenprogramm haben; zwei oder drei parteitreue Sozialdemokraten werden somit nicht Gefahr laufen, in einer formlosen legalen Organisation unterzugehen, sondern werden unter allen Umständen, wie sich die Verhältnisse auch gestalten, in jeder denkbaren Lage ihre *Parteilinie* verfolgen, im Sinne der Gesamtpartei auf ihre Umgebung einwirken und sich nicht von der Umwelt aufsaugen lassen.

Massenorganisationen der einen oder der anderen Art kann man auflösen, legale Gewerkschaftsverbände kann man zu Tode hetzen, durch polizeiliche Repressalien kann man unter einem konterrevolutionären Regime jegliches öffentliches Auftreten der Arbeiter vereiteln, doch keine Kraft der Welt vermag die massenhafte Zusammenballung von Arbeitern in einem kapitalistischen Land zu beseitigen; und Rußland ist bereits ein solches Land geworden. Auf diese oder jene Weise, legal oder halblegal, offen oder versteckt, wird die Arbeiterklasse stets irgendeine Möglichkeit des Zusammenschlusses finden – allerorts und immer werden die klassenbewußten, parteitreuen Sozialdemokraten den Massen vorangehen, allerorts und immer werden sie sich zusammenschließen, um auf die Massen im Geiste der Partei einzuwirken. Und die Sozialdemokratie, die in der offenen Revolution bewiesen hat, daß sie eine Klassenpartei ist, die es zuwege brachte, Millionen sowohl zum Streik als auch zum Aufstand im Jahre 1905 und zu den Wahlen in den Jahren 1906/1907 zu führen, wird es auch jetzt verstehen, die Partei der Klasse, die Partei der Massen, die Avantgarde zu bleiben, die auch in den schwierigsten Zeiten die Fühlung mit dieser ganzen Armee nicht verliert, die ihr zu helfen versteht, diese schweren Zeiten zu überwinden, ihre Reihen erneut zusammenzuschweißen und immer neue Kämpfer hervorzubringen.

Mögen die erzreaktionären Schwarzhunderter in der Duma und außerhalb derselben, in der Hauptstadt und in den entlegensten Winkeln des Landes, triumphieren und heulen, mag die Reaktion wüten – der neun-

malkluge Herr Stolypin wird keinen einzigen Schritt tun können, ohne die mühsam das Gleichgewicht haltende Selbstherrschaft dem Fall näher zu bringen, ohne einen neuen Knoten politischer Widersinnigkeiten und Idiotien zu schürzen, ohne den Reihen des Proletariats, den Reihen der revolutionären Elemente der Bauernmassen neue und frische Kräfte zuzuführen. Die Partei, die es verstehen wird, sich noch stärker zur zielbewußten Arbeit in enger Verbindung mit den Massen zu konsolidieren, die Partei der fortgeschrittenen Klasse, die es verstehen wird, deren Vorhut zu organisieren, die ihre Kräfte so lenken wird, daß sie jede Lebensäußerung des Proletariats im sozialdemokratischen Geiste beeinflussen wird – diese Partei wird siegen, komme, was da wolle.

„Sozial-Demokrat" Nr. 2,
28. Januar (10. Februar) 1909.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

ÜBER DEN ARTIKEL „ZU DEN NÄCHSTEN AUFGABEN"

Diesen vorzüglichen Artikel drucken wir nach aus Nr. 7 des „Rabotscheje Snamja", des Organs des Zentralen Industriegebiets. Er ist eine Erwiderung auf den Artikel eines Otsowisten in Nr. 5 derselben Zeitung. Der Artikel des Otsowisten wurde als Diskussionsartikel gebracht mit einer Bemerkung der Redaktion des „Rabotscheje Snamja", daß sie die Meinung des Autors nicht teile. Zum vorliegenden Artikel in Nr. 7 machte die Redaktion keine Vorbehalte, folglich gibt er ihre Meinung wieder.

Wir haben uns im „Proletari" bereits seit langem entschieden gegen den Otsowismus geäußert und eindeutig darauf verwiesen, daß der Otsowismus insofern, als er vom Weg des revolutionären Marxismus abweicht und mit dem Bolschewismus prinzipiell bricht, aus einer bloßen Stimmung zu einer *Richtung*, zu einem System der Politik wird. Aber nach dem vorliegenden Artikel des Moskauer Organs der Bolschewiki müssen wir zugestehen, daß wir die Frage des Otsowismus bislang noch nicht nachdrücklich genug gestellt, daß wir die Gefahr unterschätzt haben, die der Prinzipienfestigkeit unserer bolschewistischen Fraktion von seiten jener Leute droht, die einen solchen Otsowismus mit dem Bolschewismus vereinbaren möchten. Wir konstatieren, daß der Moskauer Genosse, der Verfasser des oben abgedruckten Artikels, die Frage ebenso scharf, ebenso bestimmt, ebenso prinzipiell gestellt hat, wie wir sie in den persönlichen Diskussionen mit den Otsowisten stellten: dadurch, daß man täglich auf Verfechter des Otsowismus trifft und ihre praktische otsowistische Agitation erlebt, die mit jedem Tag immer mehr vom Wege der revolutionären Sozialdemokratie abzuweichen droht, war unser Moskauer Organ gezwungen, die Frage so scharf und prinzipiell unversöhnlich zu stellen,

wie sie völlig richtig gestellt worden ist. *Entweder* revolutionärer Marxismus, d. h. in Rußland – Bolschewismus, *oder* Otsowismus, d. h. Lossage vom Bolschewismus, so hat der Moskauer Genosse die Frage gestellt. Er hat sich damit ganz und gar jenem Standpunkt angeschlossen, den wir in unseren der gesamtrussischen Parteikonferenz vorangegangenen Meinungsstreitigkeiten mit den Genossen Otsowisten vertraten.

Wir wissen, daß es bolschewistische Arbeiter gibt, die augenblicklich mit dem Otsowismus sympathisieren; aber bei ihnen ist der „Otsowismus" in den meisten Fällen nichts anderes als eine bald vorübergehende *Stimmung*, die durch die großen Fehler unserer Dumafraktion noch genährt wird. Und selbstverständlich bezieht sich alles, was oben vom Verfasser des Artikels und von uns gesagt wurde, nicht auf sie. Aber soweit der Otsowismus zu einer Theorie erhoben und zu einem geschlossenen System der Politik gemacht wird – und das tut eine kleine Gruppe, die sich die Repräsentantin „wahrer" revolutionärer Gesinnung dünkt –, muß ein unversöhnlicher *ideologischer Krieg* dagegen geführt werden! Der Verfasser des abgedruckten Artikels hat völlig recht, wenn er sagt, daß die Gedanken des Otsowisten in Nr. 5 des „Rabotscheje Snamja" (dieser Artikel wurde von uns in Nr. 39 des „Proletari" gebracht) und überhaupt der Otsowismus *als Richtung* einem *Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen* gleichkommen mit seiner Propagierung eines „Arbeiterkongresses" u. a. Und er hat noch mehr recht, wenn er sagt, daß die *prinzipiellen* Begründungen, die einige Otsowisten zugunsten ihrer Richtung anführen – unabhängig von ihrem eigenen politischen Bewußtsein –, objektiv die Gefahr in sich bergen, sie den Anarchosyndikalisten oder einfach den Anarchisten in die Arme zu treiben,

Die Fragestellung in Moskau zeigte ganz offenkundig, wie politisch kurzsichtig – bei allen ihren guten Absichten – jene Bolschewiki sind, die nicht die *prinzipielle* Gefahr im Otsowismus anerkennen wollen, die hier *nur* „praktische Meinungsverschiedenheiten" sehen, die im Otsowismus einen „gesunden Kern" erblicken und nicht den Keim eines ideologischen Liquidatorentums von links. Der Artikel des Moskauer Genossen soll ihnen zeigen, daß sie, wenn sie die Otsowisten ideologisch decken oder ihnen gegenüber sogar eine freundschaftliche ideologische Neutralität bewahren, Wasser auf die Mühlen der Otsowisten leiten, *deren Kriegsgefangene werden* und dem Bolschewismus schaden.

Der Otsowismus ist *kein* Bolschewismus, sondern die übelste politische Karikatur auf ihn, die sich sein schlimmster politischer Gegner nur ausdenken könnte. Hier ist *volle Klarheit* erforderlich. Wir halten es für notwendig, daß sich alle Bolschewiki, bis zum letzten Zirkel, klar Rechenschaft ablegen über die wahre Bedeutung des Otsowismus, daß sie sich völlig darüber klarwerden und sich selbst die Frage vorlegen: Wird nicht unter der Flagge einer „revolutionären Gesinnung" und eines „linken Radikalismus" eine offene Lossage von den ruhmreichen Traditionen des alten Bolschewismus betrieben, wie er sich in der vorrevolutionären Epoche und im Feuer der Revolution herausbildete.

Zu diesem Zweck eröffneten wir im „Proletari" die Diskussion über diese Fragen. Wir brachten *alles*, was uns zuging, und übernahmen alles, was diesbezüglich von Bolschewiki in Rußland geschrieben wurde. *Nicht einen einzigen* Diskussionsartikel haben wir bisher abgelehnt, und so werden wir auch in Zukunft verfahren. Leider haben die Gen. Otsowisten und die mit ihnen sympathisierenden Genossen bisher unserer Zeitung wenig Material zugesandt und überhaupt eine offene und vollständige Darlegung ihres prinzipiellen Glaubensbekenntnisses auf den Seiten der Presse gescheut, und dafür Gespräche „unter sich" vorgezogen. Wir fordern alle Genossen, Otsowisten wie orthodoxe Bolschewiki, auf, ihre Anschauungen in den Spalten des „Proletari" darzulegen. Wenn erforderlich, werden wir die uns zugegangenen Materialien auch in einer besonderen Broschüre herausgeben. Ideologische Klarheit und Prinzipienfestigkeit, das brauchen wir, besonders in der gegenwärtigen schwierigen Situation.

Überlassen wir es den Herren Sozialrevolutionären, ihre Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen und sich zur „Einstimmigkeit" zu beglückwünschen in einem Augenblick, da man über sie sehr richtig sagt: Bei ihnen bekommst du alles, was du willst, vom Liberalismus der Volkssozialisten bis zum Liberalismus mit der Bombe.

Überlassen wir es den Menschewiki, sich ideologisch mit Tscherewanin und Co. anzufreunden. Mögen sie das System der doppelten Buchführung praktizieren (den Deutschen gegenüber haben sie sich von Tscherewanin losgesagt und in der russischen Presse kokettieren sie miteinander), mögen sie mit den Liquidatoren der ideologischen Grundlagen des revolutionären Marxismus in Frieden zusammenleben, mögen sie ihre Meinungsver-

schiedenheiten vertuschen und es darin zu einer wahrhaften Virtuosität bringen, wie es das bloße Überkleben von Meinungsverschiedenheiten darstellt (siehe „Golos Sozial-Demokrata" Nr. 10/11), wo eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Menschewiki und Plechanow durch einfaches Zukleben „behoben" worden ist.[105]

Unsere Fraktion darf den inneren ideologischen Kampf, wenn er einmal notwendig geworden ist, nicht fürchten. Sie wird dadurch noch mehr erstarken. Wir sind um so mehr *verpflichtet*, unsere Meinungsverschiedenheiten auszutragen, weil unsere Strömung faktisch immer mehr mit unserer ganzen Partei identisch wird. Wir rufen die Genossen Bolschewiki auf, *ideologische* Klarheit zu schaffen und alles heimliche Geklatsche, woher es auch kommen mag, hinwegzufegen. Es gibt eine Menge Leute, die den ideologischen Kampf in ernsten und grundlegenden Fragen gern durch kleinliches Gezänk ersetzen wollen, wie es die Menschewiki nach dem zweiten Parteitag taten. Unter Bolschewiki darf es so etwas nicht geben. Die bolschewistischen Arbeiter müssen solchen Versuchen eine entschiedene Abfuhr erteilen und eines fordern: *ideologische Klarheit, klare Auffassungen, eine prinzipielle Linie*. Denn nur dann, wenn eine solche volle ideologische Klarheit herrscht, werden alle Bolschewiki in organisatorischer Hinsicht ebenso einheitlich, ebenso geschlossen auftreten können, wie unsere Fraktion bisher immer aufgetreten ist.

„Proletari" Nr. 42,
12. (25.) Februar 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

DAS KAMPFZIEL DES PROLETARIATS IN UNSERER REVOLUTION

In dem oben abgedruckten Artikel berührt Gen. Martow eine außerordentlich wichtige Frage oder, richtiger, eine ganze Reihe von Fragen, die sich auf das Kampfziel des Proletariats und der Sozialdemokratie in unserer Revolution beziehen. Berührt werden die Geschichte dieser Fragen in unserer Partei, das Verhältnis dieser Fragen zu den Grundlagen des Marxismus und zur Volkstümlerrichtung, alle möglichen Ansichten, die darüber geäußert wurden – berührt werden alle Seiten der Frage, aber geklärt ist keine einzige. Um hier grundsätzlich antworten zu können, bedarf es einer systematischen Untersuchung aller Seiten der Frage.

I

Beginnen wir mit der Geschichte der Behandlung dieser Frage durch die russische Sozialdemokratie. Aufgeworfen wurde sie Anfang 1905 durch die Bolschewiki und Menschewiki. Die erstgenannten lösten sie mit der „Formel": revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (vgl. „Wperjod"[106] Nr. 14 vom 12. April 1905)*. Die letztgenannten lehnten eine solche Definition des Klasseninhalts der siegreichen bürgerlichen Revolution entschieden ab. Der dritte Parteitag (der Bolschewiki) in London im Mai 1905 und die gleichzeitig abgehaltene Konferenz der Menschewiki in Genf brachten die Auffassungen beider Teile der Partei offiziell zum Ausdruck. Dabei stellten, dem Geist jener Epoche entsprechend, beide Teile der Partei in den Resolutionen nicht die theoretische, allgemeine Frage nach dem Kampfziel und dem Klassen-

* Siehe Werke, Bd. 8, S. 286–296. *Die Red.*

inhalt der siegreichen Revolution überhaupt, sondern die engere Frage nach der provisorischen revolutionären Regierung. In der Resolution der Bolschewiki heißt es, daß „... die Errichtung der demokratischen Republik in Rußland nur als Ergebnis eines siegreichen Volksaufstands möglich ist, dessen Organ eine provisorische revolutionäre Regierung sein wird ... je nach dem Kräfteverhältnis und den anderen Faktoren, die im voraus nicht genau bestimmt werden können, ist die Teilnahme von Bevollmächtigten unserer Partei an der provisorischen revolutionären Regierung zu dem Zweck zulässig, alle konterrevolutionären Anschläge schonungslos zu bekämpfen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren". In der Resolution der Menschewiki wird gesagt: „Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen, sie muß vielmehr die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben."

Hieraus geht hervor, daß die Bolschewiki selbst auf ihrem rein bolschewistischen Parteitag *nichts* in ihre offizielle Resolution *aufnehmen*, was der „Formel" „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" ähnelte, sondern *lediglich* davon sprechen, daß die Teilnahme an der provisorischen Regierung zulässig und das Proletariat „berufen" sei, „die Führung ... zu verwirklichen" (Resolution über den bewaffneten Aufstand). Die „Formel" „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft", die in der bolschewistischen Presse vor dem III. Parteitag gebraucht wurde, wird in der Broschüre „Zwei Taktiken"* nach diesem Parteitag wiederholt, und keinem Menschen kam es in den Sinn, den Bolschewiki vorzuwerfen, ihre Kommentare stimmten mit ihren Resolutionen nicht überein. Keinem Menschen ist es in den Sinn gekommen, zu fordern, daß die Resolutionen einer politisch kämpfenden Massenpartei mit der Formulierung der marxistischen Definition des Klasseninhalts einer siegreichen Revolution buchstäblich übereinstimmen müssen.

Eine weitere wichtige Schlußfolgerung unserer historischen Übersicht: Im Frühjahr 1905 verlegten beide Teile der Partei den *Schwerpunkt* der strittigen Frage auf die *Eroberung der Macht* durch das Proletariat und die revolutionären Klassen im allgemeinen, ohne sich im geringsten auf die Frage einzulassen, welche Beziehungen sich dabei zwischen diesen die

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 1–130. *Die Red.*

Macht erobernden Klassen bilden können oder müssen. Die Menschewiki lehnen, wie wir sahen, das Ziel, die Macht zu erobern, wie das Ziel, die Macht zu teilen, gleichermaßen ab. Die Bolschewiki sprechen davon, daß „das Proletariat die Führung in der Revolution ... verwirklichen ..." müsse (Resolution über den bewaffneten Aufstand), daß eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der provisorischen Regierung „zulässig" ist, sie sprechen von der „unentwegten Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die vollständige sozialistische Umwälzung anstrebt" (Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung), davon, daß „jede revolutionäre Bewegung der Bauern ... zu unterstützen ..." ist, daß die Sozialdemokratie bestrebt sein muß, „den revolutionär-demokratischen Inhalt der Bauernbewegung von jeglichen reaktionären Beimengungen zu säubern, indem sie das revolutionäre Selbstbewußtsein der Bauern entwickelt und deren demokratische Forderungen bis zur letzten Konsequenz steigert" (Resolution über das Verhältnis zur Bauernbewegung). Andere „Formeln" über das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft gibt es in den Resolutionen des bolschewistischen Parteitags von 1905 nicht.

Gehen wir über zu den Resolutionsentwürfen, die ein Jahr später, vor dem Stockholmer Parteitag, von beiden Fraktionen ausgearbeitet wurden. Diese Entwürfe werden in der Presse allgemein und insbesondere in unserer Partei sehr häufig vergessen oder ignoriert, und das ist besonders bedauerlich, weil ihre Bedeutung in der Geschichte der taktischen Ideen der Sozialdemokratie erheblich ist. Gerade diese Resolutionsentwürfe zeigen, welche Lehren beide Teile der Partei aus den Erfahrungen der Oktober- und Dezemberkämpfe des Jahres 1905 gezogen haben.

Die Bolschewiki schreiben im Resolutionsentwurf über die Klassenaufgaben des Proletariats, „... daß nur das Proletariat imstande ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, und zwar, wenn es als die einzige konsequent revolutionäre Klasse der heutigen Gesellschaft die Masse der Bauernschaft mit sich zieht und ihrem Kampfe gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den fronherrlichen Staat politische Bewußtheit verleiht" (wiederholt im Resolutionsentwurf zum Londoner Parteitag, siehe „Proletari" Nr. 14 vom 4. März 1907)*.

Die „Formel", die die Bolschewiki hier für sich selbst wählten, lautet

* Siehe Werke, Bd. 12, S. 131. *Die Red.*

also: das Proletariat, das die Bauernschaft *mit sich zieht*. Eine andere Formel für die Idee der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft findet sich in den Resolutionen der Bolschewiki nicht. Diese Tatsache kann man nicht nachdrücklich genug unterstreichen, denn das ganze Unterfangen des Gen. Martow, die Bedeutung der auf der Dezemberkonferenz 1908 beschlossenen Resolution in völlig falschem Licht darzustellen, basiert eben darauf, diese Tatsache zu vergessen oder zu verschweigen.

Die Menschewiki bezeichnen es in ihrem Resolutionsentwurf (abgedruckt aus den „Partinyje Iswestija"[107] im „Bericht" Lenins, S. 68–70) als Aufgabe des Proletariats, „der Motor der bürgerlichen Revolution zu sein" – man beachte: nicht „Führer", nicht „Leiter", wie es in der bolschewistischen Resolution heißt, sondern Motor! – und stellen es u. a. als seine Aufgabe hin, „durch den Druck der Massen jene oppositionellen Schritte der bürgerlichen Demokratie zu unterstützen, die unseren Programmforderungen nicht zuwiderlaufen, die zu ihrer Verwirklichung beitragen und zum Ausgangspunkt für das weitere Voranschreiten der Revolution werden können".

Folglich reduzierten die Fraktionen der Bolschewiki und Menschewiki selbst ihre Meinungsverschiedenheiten auf die Gegenüberstellung: „Führer" und „Leiter" der Revolution, der die Bauernschaft „mit sich zieht", *oder* „Motor der Revolution", der diese oder jene Schritte der bürgerlichen Demokratie „unterstützt". Fügen wir hinzu, daß die Menschewiki, die auf dem Stockholmer Parteitag den Sieg davontrugen, diese Resolution entgegen den Protesten und dem Drängen der Bolschewiki *selbst zurückzogen*. Warum die Menschewiki das taten – darauf kann der Leser eine Antwort finden, wenn er folgende Stelle aus demselben Resolutionsentwurf der Menschewiki erfährt: „Eine zweckmäßige Lösung der Aufgabe, Motor der bürgerlichen Revolution zu sein, ist für das Proletariat nur dann möglich, wenn es, sich selbst organisierend, mit seinem Kampf immer neue Schichten der städtischen Bourgeoisie und der Bauernschaft in den revolutionären Kampf hineinzieht, deren Forderungen demokratisiert, sie zur Organisierung drängt und dadurch die Voraussetzungen für den Sieg der Revolution schafft."

Hier haben sie offenkundig den Bolschewiki halb und halb ein Zugeständnis gemacht, denn das Proletariat erscheint hier nicht nur als Motor,

sondern zumindest teilweise als Führer, da es die Bauernschaft und neue Schichten der städtischen Bourgeoisie „hineinzieht" und „drängt".

Weiter. Zur Frage der provisorischen Regierung wird im Entwurf der menschewistischen Resolution gesagt: „Die Sozialdemokratie muß, unter der Voraussetzung eines allgemeinen revolutionären Aufschwungs im Lande, überall zur Bildung von Sowjets der Arbeiterdeputierten beitragen, auch andere Elemente der revolutionären Demokratie zur Bildung ebensolcher Organe bewegen, die Vereinigung all dieser Organe zu allgemeinen überparteilichen Organisationen des revolutionären Volkskampfes unterstützen und ihnen jene gesamtnationalen Aufgaben der Revolution stellen, die vom Standpunkt des Proletariats im gegenwärtigen Zeitpunkt von der Revolution gelöst werden können und müssen." (S. 91, ebenda.)

Dieser vergessene Entwurf der menschewistischen Resolution erweist augenfällig, daß die Menschewiki unter der Einwirkung der Erfahrungen des Oktober–Dezember 1905 völlig durcheinander geraten waren und den Bolschewiki die Stellung überließen. Denn kann man die zitierte Stelle mit folgenden Punkten desselben Entwurfs vereinbaren: „Die Sozialdemokratie darf sich nicht die Eroberung der Macht und der Diktatur in der gegenwärtigen bürgerlichen Revolution zur Aufgabe machen" (S. 92)? Diese letzte These wiederholt streng prinzipiell und vollständig (mit Ausnahme des Hinweises auf die „Teilung der Macht") die Resolution von 1905. Sie steht jedoch in unversöhnlichem Widerspruch zu den Erfahrungen des Oktober–Dezember 1905, auf Grund deren die Menschewiki *selber* für eine *Vereinigung aller Organe* des Proletariats und der *„anderen Elemente der revolutionären Demokratie"* zu „allgemeinen überparteilichen Organisationen des revolutionären Volkskampfes" *eintraten!* Denn wenn sich die Sowjets der Arbeiterdeputierten mit *ebensolchen* Organen der revolutionären Demokratie zu überparteilichen Organisationen des revolutionären Volkskampfes „vereinigen", dann ist klar, daß sich das Proletariat „die Eroberung der Macht und die Diktatur" zur Aufgabe *stellt*, daß es sich an dieser Eroberung *beteiligt*. Die Resolution sagt selbst, daß es die „vordringliche Aufgabe" der Revolution sei, „die Staatsmacht den Händen der reaktionären Regierung zu entreißen". Aus Angst vor einem Wort, aus Scheu vor der „Eroberung der Macht und der Diktatur", unter entschiedenster Abgrenzung von diesen schrecklichen

Dingen *waren* die Menschewiki nach dem Jahre 1905 *gezwungen zuzugeben*, daß sich eine „Vereinigung" der Sowjets der Arbeiterdeputierten mit anderen „ebensolchen" Organen der revolutionären Demokratie unvermeidlich aus dem Verlauf der Geschehnisse ergibt und daß eine solche *Vereinigung* zu *„allgemeinen* überparteilichen" (ungenau; man müßte sagen: überparteilichen oder zwischenparteilichen) „Organisationen des revolutionären Volkskampfes" führt. Diese *allgemeine Organisation* ist eben die provisorische revolutionäre Regierung! Die Menschewiki fürchteten das präzise und offene Wort und ersetzten es durch eine *Umschreibung*. Aber dadurch wird an der Sache nichts geändert. „Organ des revolutionären Volkskampfes", das der alten Regierung „die Staatsmacht entreißt", das heißt doch provisorische revolutionäre Regierung.

Während die Menschewiki gezwungen waren, die Erfahrungen des Oktober–Dezember 1905 zu berücksichtigen und dabei durcheinanderkamen und aus dem Konzept gerieten, zogen die Bolschewiki gerade und klar ihre Schlußfolgerungen. Der bolschewistische Resolutionsentwurf über die provisorische Regierung besagt: „... daß in diesem offenen Kampf" (Ende 1905) „die Elemente der örtlichen Bevölkerung, die zum entschlossenen Vorgehen gegen die alte Staatsmacht fähig sind (fast ausschließlich das Proletariat und die fortgeschrittenen Schichten des Kleinbürgertums), vor die Notwendigkeit gestellt waren, Organisationen zu schaffen, die faktisch Keimformen einer neuen, revolutionären Staatsmacht darstellten – Sowjets der Arbeiterdeputierten in Petersburg, Moskau und anderen Städten, Sowjets der Soldatendeputierten in Wladiwostok, Krasnojarsk usw., Eisenbahnerkomitees in Sibirien und im Süden, Bauernkomitees im Gouvernement Saratow, städtische Revolutionskomitees in Noworossisk und anderen Städten und schließlich gewählte ländliche Organe im Kaukasus und im Baltikum" (S. 92). Diese Organe bestanden noch voneinander isoliert, waren zersplittert, befanden sich noch im Keimzustand, wodurch der Mißerfolg bedingt war, heißt es weiter, und die provisorische revolutionäre Regierung wird als „Organ des siegreichen Aufstands" definiert. „.... damit die Revolution zu Ende geführt wird", fährt die Resolution fort, „erhebt sich heute vor dem Proletariat die dringende Aufgabe, gemeinsam mit der revolutionären Demokratie dahin zu wirken, daß der Aufstand zusammengefaßt und als zusammenfassendes Organ dieses Aufstands eine provisorische revolutionäre Regierung

gebildet wird". Im weiteren wird die Resolution des III. Parteitags vom Jahre 1905 fast wörtlich wiederholt.

Die angeführten Stellen aus den Resolutionsentwürfen beider Fraktionen vor dem Stockholmer Parteitag gestatten es, die Frage der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf eine konkrete historische Grundlage zu stellen. Jeder, der eine direkte und klare Antwort auf diese Frage zu geben wünscht, muß die Erfahrungen vom Ende des Jahres 1905 berücksichtigen. Einer gründlichen Prüfung dieser Erfahrungen aus dem Wege zu gehen bedeutet nicht nur, für einen russischen Marxisten wertvollstes Material zu ignorieren – weit mehr: Es bedeutet auch, unvermeidlich abzurutschen zu „rabulistischer" Interpretation der Formeln, zur „Verkleisterung" und „Verschmierung" (nach einem treffenden Ausdruck des Gen. Martow) des Wesens der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, unweigerlich hinabzusinken zu prinzipienlosem Hinterherhinken in den Fragen der Theorie und Praxis der „Diktatur", das sich am deutlichsten ausprägt in der Formel: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts.

Die Erfahrungen vom Ende des Jahres 1905 haben unbestreitbar erwiesen, daß ein „allgemeiner revolutionärer Aufschwung im Lande" besondere „Organisationen des revolutionären Volkskampfes" hervorbringt (nach der menschewistischen Formulierung; „Keimformen einer neuen, revolutionären Staatsmacht" – nach der bolschewistischen). Ebenso ist nicht zu bestreiten, daß diese Organe in der Geschichte der russischen bürgerlichen Revolution erstens durch das Proletariat und zweitens durch „andere Elemente der revolutionären Demokratie" geschaffen wurden, wobei eine einfache Übersicht über die Zusammensetzung der Bevölkerung Rußlands im allgemeinen und Großrußlands im besonderen das ungeheure Übergewicht der Bauernschaft unter jenen anderen Elementen zeigt. Schließlich ist auch die historische Tendenz zur Vereinigung dieser örtlichen Organe oder Organisationen ebenso unbestreitbar. Aus diesen unleugbaren Tatsachen ergibt sich jedoch unvermeidlich die Schlußfolgerung, daß eine siegreiche Revolution im heutigen Rußland *nichts* anderes *sein kann* als eine revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Um diese unumgängliche Schlußfolgerung kann man sich nur durch „Rabulistik" und „Verkleisterung" der Meinungsverschiedenheiten herumdrücken! Wenn man nicht Teilfragen aus der all-

gemeinen Frage herauslöst, wenn man nicht künstlich und willkürlich die Stadt vom Dorf, eine Gegend von der anderen trennt, wenn man nicht die Frage der Diktatur von *Klassen* durch die Frage nach der Zusammensetzung dieser oder jener *Regierung* ersetzt, mit einem Wort, wenn man die Frage wirklich *als ein Ganzes* betrachtet, dann wird niemand an Hand von konkreten Beispielen aus den Erfahrungen des Jahres 1905 zeigen können, wie eine siegreiche Revolution keine Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sein könnte.

Schließen wir jedoch, ehe wir weitergehen, erst die Frage ab, welche Geschichte die behandelte „Formel" innerhalb der Partei hatte. Wir haben gesehen, worin die präzise Darlegung der Auffassungen beider Fraktionen in den Jahren 1905 und 1906 bestand. Im Jahre 1907, am Vorabend des Londoner Parteitags, schlugen die Menschewiki hinsichtlich der Stellung zu den bürgerlichen Parteien anfangs einen Resolutionsentwurf vor („Narodnaja Duma"[108], 1907, Nr. 12 vom 24. III. 1907), legten dann aber dem Parteitag selbst einen anderen Entwurf vor. Im ersten Entwurf wird von einer „Kombinierung" der Aktionen des Proletariats mit denen der anderen Klassen gesprochen, im zweiten von einer „Ausnutzung" der Bewegung der anderen Klassen „für die Ziele" des Proletariats und von einer „Unterstützung" gewisser „oppositioneller und revolutionärer Schritte" der anderen Klassen durch das Proletariat, ferner von „Abkommen" der Sozialdemokratie mit den liberalen und demokratischen Klassen „in einzelnen bestimmten Fällen".

In dem bolschewistischen Entwurf wie auch in der vom Londoner Parteitag beschlossenen Resolution heißt es, daß die Sozialdemokratie „sie" (die „Volkstümler- oder Trudowikiparteien", die „mehr oder minder getreu die Interessen und den Standpunkt der breiten Massen der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums zum Ausdruck bringen") „genötigt hat, gegen die Schwarzhunderter und gegen die Kadetten auf die Seite der Sozialdemokratie zu treten", und wird von „sich hieraus ergebenden gemeinsamen Aktionen" gesprochen, „die nur den Zwecken gemeinsamen Vorgehens" dienen dürfen. In der Resolution des Parteitags wurden, zum Unterschied vom Entwurf der Bolschewiki, auf Initiative eines Polen noch die Worte hinzugefügt: „im Kampf für die Vollendung der Revolution". Es ergab sich also auch hier die eindeutigste Bestätigung der Idee von der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats

und der Bauernschaft, weil diese Diktatur eben die „gemeinsame Aktion" jener Klassen ist, „die die Revolution zu Ende *führten* oder führen"!

II

Man braucht nur ganz allgemein die Geschichte der Parteimeinungen zur Frage der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu betrachten, um sogleich zu sehen, wie weit sich Gen. Martow zu seinem eigenen Schaden mit seinem Gerede über Rabulistik und Bewegung ohne Ziel verstiegen hat. In der Tat ist die erste Schlußfolgerung aus dieser Geschichte, daß die Bolschewiki sowohl in ihren Resolutionsentwürfen als auch in ihren Resolutionen *kein einziges Mal* den Ausdruck oder die „Formel" „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" gebraucht haben. Trotzdem kam es bisher *keinem einzigen Menschen* in den Sinn zu bestreiten, daß *alle* bolschewistischen Entwürfe und Resolutionen der Jahre 1905 bis 1907 *ganz und gar* auf der Idee der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft fußen. Das zu leugnen wäre lächerlich. Das Leugnen hieße gerade die Dinge verdrehen und das *Wesen* der Frage durch nichtssagende Wortklauberei verwischen. Das Proletariat, das die Masse der Bauernschaft *„an sich heranzieht"*, schrieb Lenin in „Zwei Taktiken" („12 Jahre", S. 445)*; das Proletariat, das die Masse der Bauernschaft *„mit sich zieht"*, sagt der Resolutionsentwurf der Bolschewiki im Jahre 1906; „gemeinsame Aktionen" des Proletariats und der Bauernschaft „im Kampf für die Vollendung der demokratischen Revolution", sagt die Resolution des Londoner Parteitags. Liegt es nicht auf der Hand, daß der Sinn all dieser Formulierungen ein und derselbe ist? daß dieser Gedanke gerade die Diktatur des Proletariats *und* der Bauernschaft zum Ausdruck bringt? daß die „Formel" „das Proletariat, das sich auf die Bauernschaft *stützt*", *durchaus in den Grenzen* eben dieser Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *bleibt*?

Gen. Martow gibt sich die größte Mühe, letzteres zu widerlegen. Er beginnt eine Diskussion um das *„und"*. Kein „und", die Formel mit dem „und" wurde abgelehnt – ruft Gen. Martow –, wagt es ja nicht, in redaktionellen Artikeln des Zentralorgans dieses „und" einzusetzen! Zu spät gekommen, zu spät, lieber Gen. Martow: Sie müßten sich mit einer sol-

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 90. *Die Red.*

chen anmaßenden Forderung an *alle* bolschewistischen Organe der *gesamten* revolutionären Epoche wenden, denn alle diese Organe haben stets von der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gesprochen, und sie sprachen davon auf Grund der Resolutionen, die *jenes „und"* nicht enthalten. Gen. Martow hat die von ihm eingeleitete prinzipielle Kampagne wegen des „und" verloren, nicht nur weil die Verjährungsfrist verstrichen ist, sondern auch, weil Ihre Majestät, die Logik, das unglückselige „und" immer wieder neu setzt: *und* „Heranziehen", *und* „Mitsichziehen", *und* „gemeinsame Aktionen", *und* „sich stützt auf", *und* „mit Unterstützung" (dieser letzte Ausdruck steht in der Resolution des VI. Parteitags der polnischen Sozialdemokraten[100]).

Die Bolschewiki haben aber das „sich stützt auf" angefochten, setzt Gen. Martow seine prinzipielle Diskussion fort. Ja, das haben sie getan, jedoch nicht, um damit die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft abzulehnen, sondern weil diese „Formel" auf russisch nicht sehr treffend ist. Gewöhnlich stützt sich der Schwächere auf den Stärkeren. Die wörtliche Übernahme der polnischen Formel „das Proletariat *mit Unterstützung* der Bauernschaft" ist für die Bolschewiki uneingeschränkt annehmbar, obwohl es vielleicht noch besser wäre zu sagen: „das Proletariat, das ... mit sich zieht". Man kann über all diese Formeln streiten, doch aus einem *solchen* Streit eine „prinzipielle Diskussion" zu machen, ist einfach ein Kuriosum. Zu leugnen, wie es Gen. Martow versucht, daß das „sich stützt auf" unter den Begriff des *gemeinsamen* Handelns falle, heißt, ein Musterbeispiel rabulistischer Verdrehungskunst zu liefern. Zu sagen, daß die Eroberung der Macht „durch das Proletariat, das sich auf die Bauernschaft stützt", eine Eroberung der Macht „durch das Proletariat *allein*" sei, wie das die von Gen. Martow zitierten Genossen Dan, Axelrod und Semjonow behaupten – heißt den Leser lachen machen. Wenn wir sagen: Martow und Potressow liquidierten, *gestützt auf* Tscherewanin, Prokopowitsch und Co., die Idee der Hegemonie des Proletariats in der Revolution, glaubt uns dann irgend jemand, daß Martow und Potressow *allein* diese Idee liquidierten, *ohne* Tscherewanin, Prokopowitsch und Co.?

Nein, Genossen, eine Diskussion im ZO soll man nicht zur Kasuistik machen. Man darf sich nicht mit solchen Mitteln um die Anerkennung der grundlegenden und offenkundigen Tatsache herumdrücken, die besagt, daß die Mehrheit der SDAPR, darunter die Polen und die Bolschewiki,

entschieden eintreten: 1. für die Anerkennung der führenden Rolle des Proletariats, der Rolle des Führers in der Revolution, 2. für die Anerkennung der Machteroberung durch das Proletariat mit Unterstützung der anderen revolutionären Klassen als Ziel des Kampfes, 3. dafür, daß den ersten und vielleicht sogar einzigen Platz unter diesen „Unterstützenden" die Bauernschaft einnimmt. Wer eine Diskussion über das Wesen der Frage führen will, der muß versuchen, zumindest eine dieser drei Thesen anzufechten. Gen. Martow hat im Grunde keine einzige von ihnen analysiert. Er vergaß, dem Leser zu sagen, daß hinsichtlich *jeder* dieser drei Thesen die Menschewiki eine Auffassung vertreten, die von der Partei *abgelehnt* wird, daß zu den *von der Partei abgelehnten Verirrungen* eben der Menschewismus und nur der Menschewismus gehört! Die Politik der Menschewiki in der Revolution war gerade eine Bewegung ohne Ziel und daher eine Bewegung, die *abhängig* war von den Schwankungen der Kadettenpartei – und sie war eine solche Politik, weil die Menschewiki nicht wußten: Soll das Proletariat danach trachten, die Rolle des Führers zu übernehmen? Soll es die Eroberung der Macht anstreben? Soll es dabei auf die Unterstützung irgendeiner bestimmten Klasse rechnen? Wenn hier Unklarheiten bestehen, so ist die Politik der Sozialdemokraten unweigerlich und unumgänglich zu Irrtümern, zu Fehlern, zu Prinzipienlosigkeit und zur Abhängigkeit von den Liberalen verdammt.

Die Konferenz hat die „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" nicht zu Grabe getragen und hat auch keinen Wechsel auf ihre Entfernung aus der Umgangssprache in der Partei ausgestellt, sondern, ganz im Gegenteil, sie hat sie *bestätigt* und *einen weiteren Schritt* zu ihrer vollständigeren Anerkennung getan. Der Londoner Parteitag hat anerkannt: 1. die Rolle des Proletariats als „Führer in der bürgerlich-demokratischen Revolution" und 2. „gemeinsame Aktionen" des Proletariats und der Bauernschaft, die „nur den Zwecken gemeinsamen Vorgehens" dienen, unter anderem auch Aktionen zur „Vollendung der Revolution". Es war also nur noch erforderlich, die Eroberung der Macht durch das Proletariat und die Bauernschaft als Kampfziel der gegenwärtigen Revolution anzuerkennen. Das erledigte die Konferenz mit der Formel „Eroberung der Macht durch das Proletariat, das sich auf die Bauernschaft stützt".

Wenn wir das sagen, leugnen und vertuschen wir damit keineswegs die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und den Polen.

Den polnischen Sozialdemokraten ist es ohne jede Einschränkung möglich, diese Meinungsverschiedenheiten in ihren speziellen Publikationen in russischer Sprache wie in den Spalten der bolschewistischen Zeitungen und im ZO darzulegen. Und sie haben bereits begonnen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Sollte Gen. Martow das Ziel erreichen, das er verfolgt, nämlich, daß sich die polnischen Sozialdemokraten in unseren Streit einmischen, dann wird jeder sehen, daß wir mit den polnischen Sozialdemokraten in allen grundsätzlichen Fragen gegen die Menschewiki übereinstimmen und lediglich in Einzelfragen voneinander abweichen.

III

Was Trotzki betrifft, den Gen. Martow veranlaßte, an einer von ihm veranstalteten Diskussion dritter Personen – einer Diskussion aller außer ihrem Urheber – teilzunehmen, so können wir uns hier auf eine umfassende Behandlung seiner Auffassungen unter keinen Umständen einlassen. Das machte einen besonderen, umfangreichen Artikel erforderlich. Da Gen. Martow aber auf die falschen Auffassungen Trotzkis eingeht und Teile dieser Auffassungen zitiert, bewirkt er bei den Lesern allerlei Mißverständnisse; denn Bruchstücke von Zitaten klären eine Sache nicht, sondern verwirren sie. Der grundlegende Fehler Trotzkis besteht darin, daß er den bürgerlichen Charakter der Revolution ignoriert, daß er hinsichtlich der Frage des Übergangs von dieser zur sozialistischen Revolution keine klare Vorstellung hat. Aus diesem grundlegenden Fehler ergeben sich jene einzelnen Fehler, die Gen. Martow *wiederholt*, indem er ein paar Zitate mit Wohlwollen und Zustimmung anführt. Um die Angelegenheiten nicht in der verworrenen Form bestehen zu lassen, wie sie Gen. Martow darlegte, wollen wir wenigstens die Unrichtigkeit der Gedankengänge Trotzkis nachweisen, die sich den Beifall des Gen. Martow erworben haben. Eine Koalition des Proletariats und der Bauernschaft „setzt voraus, daß entweder eine der bestehenden bürgerlichen Parteien bestimmenden Einfluß auf die Bauernschaft erlangt oder daß sich die Bauernschaft selbst eine starke selbständige Partei schafft". Das ist ganz offensichtlich weder vom allgemein theoretischen Standpunkt noch unter dem Blickwinkel der Erfahrungen der russischen Revolution richtig. Eine „Koalition" von Klassen setzt *weder* das Bestehen irgendeiner starken

Partei noch eine Parteigebundenheit überhaupt voraus. Hier wird die Frage der Klassen mit der Frage der Parteien vermengt. Eine „Koalition" der erwähnten Klassen setzt *weder* voraus, daß eine der bestehenden bürgerlichen Parteien bestimmenden Einfluß auf die Bauernschaft erlangt, *noch* daß die Bauernschaft eine starke selbständige Partei bildet! Theoretisch erhellt dies daraus, daß erstens die Bauernschaft besonders schwer parteimäßiger Organisierung zugängig ist, und daß zweitens der Aufbau von Bauernparteien in einer bürgerlichen Revolution ein besonders schwieriger und langwieriger Prozeß ist, so daß eine „starke selbständige" Partei beispielsweise erst in der Endphase einer Revolution in Erscheinung treten könnte. Aus den Erfahrungen der russischen Revolution ergibt sich fernerhin, daß eine „Koalition" des Proletariats und der Bauernschaft *Dutzende und Hunderte Male* in den verschiedensten Formen ohne eine „starke selbständige Partei" der Bauernschaft zustande kam. Diese Koalition wurde Wirklichkeit, sobald es zu einer „gemeinsamen Aktion", sagen wir, eines Sowjets von Arbeiterdeputierten und eines Sowjets von Soldatendeputierten oder eines Eisenbahnerstreikkomitees oder von Bauerndeputierten usw. kam. Alle derartigen Organisationen waren vornehmlich *parteilos*, und trotzdem handelte es sich bei jeder gemeinsamen Aktion solcher Organisationen unbedingt um eine „Koalition" von *Klassen*. Eine Bauernpartei begann sich dabei in ihren Konturen abzuzeichnen, sie bildete sich heraus und trat auf den Plan – in Gestalt des „Bauernbundes" vom Jahre 1905 oder der „Trudowikigruppe" vom Jahre 1906 –, und die Koalition der *Klassen* nahm *je nach* dem Wachstum, der Entwicklung und der Selbständigkeit dieser Partei verschiedene Formen an, von unbestimmten und verschwommenen bis zu klar formulierten und fixierten politischen Abkommen. Beispielsweise wurden nach der Auseinanderjagung der ersten Duma folgende *drei* Aufrufe zum Aufstand herausgegeben: 1. „An die Armee und die Flotte"; 2. „An die gesamte russische Bauernschaft"; 3. „An das ganze Volk". Den ersten Aufruf unterzeichneten die sozialdemokratische Dumafraktion und das Komitee der „Trudowikigruppe". Zeigte sich in dieser „gemeinsamen Aktion" *die Koalition zweier Klassen*? Natürlich ja. Das leugnen hieße gerade den umfassenden wissenschaftlichen Begriff „Klassenkoalition" in einen eng juristischen, fast möchte ich sagen notariellen, Begriff verwandeln oder verdrehen. Und weiter, kann man leugnen, daß dieser

gemeinsame *Aufruf* zum Aufstand, den die Dumaabgeordneten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unterzeichneten, in den einzelnen örtlichen Aufständen von gemeinsamen *Aktionen* der Vertreter beider Klassen begleitet war? Kann man leugnen, daß der gemeinsame Aufruf zum allgemeinen Aufstand und die gemeinsame Mitwirkung an einzelnen und örtlichen Aufständen zu der Schlußfolgerung der gemeinsamen Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung verpflichtet? Das leugnen hieße die Dinge verdrehen, hieße den Begriff „Regierung" ausschließlich auf eine Erscheinung reduzieren, die bereits fertige Gestalt, eine feste Form angenommen hat, hieße vergessen, daß fertige Gestalt und feste Form sich aus unfertiger Gestalt und unausgeprägter Form ergeben.

Ferner, unter dem zweiten Aufruf zum Aufstand stehen die Unterschriften des (menschewistischen!) *Zentralkomitees* der SDAPR sowie der Partei der Sozialrevolutionäre, des Gesamtrussischen Bauernbundes sowie des Gesamtrussischen Eisenbahnerverbandes und des Gesamtrussischen Lehrerverbandes mit Ausnahme des Komitees der Trudowikigruppe und der sozialdemokratischen Fraktion, und unter dem dritten Aufruf zum Aufstand stehen die Unterschriften der PPS und des „Bund" plus alle vorhergehenden Unterschriften mit Ausnahme der drei Verbände.

Da habt ihr eine ausgesprochene politische Koalition von Parteien und parteilosen Organisationen! Da ist sie, die „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft", *verkündet* in Form einer Drohung gegen den Zarismus, in Gestalt eines Aufrufs an das ganze Volk, jedoch noch nicht verwirklicht! Und gegenwärtig werden sich wohl kaum viele Sozialdemokraten finden, die sich mit dem menschewistischen *„Sozialdemokrat"*[110] vom Jahre 1906, Nr. 6, einverstanden erklärten, in dem über diese Aufrufe gesagt wurde: „In dem erwähnten Fall ist unsere Partei mit anderen revolutionären Parteien und Gruppen nicht einen politischen Block, sondern ein Kampfabkommen eingegangen, das wir stets für zweckmäßig und notwendig gehalten haben." (Vgl. *„Proletari"* Nr. 1 vom 21. August 1906 und Nr. 8 vom 23. November 1906.*) Ein Kampfabkommen kann man nicht einem politischen Block entgegenstellen, weil es in diesen Begriff eingeschlossen ist. Ein politischer Block tritt zu verschiedenen historischen Zeitpunkten bald als „Kampfabkommen" bei einem Aufstand, bald als parlamentarisches Abkommen für „gemeinsame

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 136–152 und 301–313. *Die Red.*

Aktionen gegen die Schwarzhunderter und gegen die Kadetten" usw. in Erscheinung. Die Idee der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft fand während der Revolution ihren praktischen Ausdruck in tausenderlei Formen, von der Unterzeichnung eines Manifests über die Verweigerung der Steuerzahlungen und die Zurückziehung der Einlagen (Dezember 1905) oder der Unterzeichnung der Aufrufe zum Aufstand (Juli 1906) bis zu den Abstimmungen in der II. und III. Duma in den Jahren 1907 und 1908.

Ebenso falsch ist auch die zweite von Gen. Martow angeführte Erklärung Trotzkis. Falsch ist, daß „die ganze Frage darin" bestehe, „wer der Regierungspolitik den Inhalt geben, wer in ihr eine geschlossene Mehrheit bilden wird" usw. Und es ist besonders falsch, wenn Gen. Martow dies als Argument gegen die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft anführt. Trotzki selber läßt bei dieser Überlegung die „Teilnahme von Vertretern der demokratischen Bevölkerung" an der „Arbeiterregierung" zu, d. h., er ist für eine Regierung aus Vertretern des Proletariats *und* der Bauernschaft. Unter welchen Bedingungen die Teilnahme des Proletariats an der Regierung der Revolution zulässig ist, bildet eine besondere Frage, und in dieser Frage werden sehr wahrscheinlich die Bolschewiki nicht nur mit Trotzki, sondern auch mit den polnischen Sozialdemokraten nicht konform gehen. Die Frage der Diktatur der revolutionären Klassen ist jedoch in keinem Fall auf die Frage der „Mehrheit" in dieser oder jener Revolutionsregierung, auf die Frage der Bedingungen, unter denen eine Beteiligung der Sozialdemokratie an dieser oder jener Regierung zulässig wäre, zu reduzieren.

Schließlich ist unter den von Gen. Martow angeführten Auffassungen Trotzkis die dritte, die Gen. Martow „begründet" erscheint, die am meisten unrichtige: „Möge sie" (die Bauernschaft) „dies" („sich einem Regime der Arbeiterdemokratie anschließen") „nicht einmal mit größerer Bewußtheit tun, als sie sich gewöhnlich einem bürgerlichen Regime anschließt." Das Proletariat kann weder auf den Mangel an Bewußtheit und auf die Vorurteile der Bauernschaft rechnen, wie dies die Machthaber eines bürgerlichen Regimes tun und worauf sie bauen, noch kann es annehmen, daß in revolutionären Perioden auch nur die gewöhnliche Passivität, die gewöhnliche mangelnde Bewußtheit der Bauernschaft bestehenbleiben werden. Die Tatsachen aus der Geschichte der russischen Revolution erweisen, daß gleich die erste Welle des Aufschwungs, Ende 1905, die Bauernschaft zu einer solchen politischen Organisierung drängte

(Gesamtrussischer Bauernbund), die zweifellos den Keim für eine besondere Bauernpartei bildete. Obwohl die erste Abteilung der fortschrittlichen Bauern von der Konterrevolution vernichtet wurde, schuf die Bauernschaft in der I. und II. Duma – und jetzt erstmalig im gesamtnationalen Maßstab, bei gesamtrussischen Wahlen –, sofort die Grundlage für die „Trudowikigruppe", offenkundig den Keim einer besonderen Bauernpartei. All diesen Anfangsstufen und Keimen haftet noch viel Labiles, Unbestimmtes und Unsicheres an, das steht außer Zweifel. Aber wenn schon der Beginn der Revolution solche politischen Gruppierungen hervorbrachte, dann ist auch nicht im geringsten daran zu zweifeln, daß die zu einem solchen „Ende" oder, richtiger, auf eine so hohe Entwicklungsstufe wie die revolutionäre Diktatur geführte Revolution eine stärkere revolutionäre Bauernpartei mit einer fester ausgeprägten Form schaffen wird. Anders denken hieße annehmen, daß bei einem erwachsenen Menschen einige wesentliche Organe nach Größe, Form und Entwicklungsgrad kindlich bleiben könnten.

Auf jeden Fall steht die Schlußfolgerung des Gen. Martow, daß sich die Konferenz in der Frage nach dem Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft im Kampf um die Macht ausgerechnet mit Trotzki einverstanden erklärt habe, in einem schreienden Mißverhältnis zu den Tatsachen und ist ein Versuch, aus einem *Wort* etwas „herauszusaugen", was auf der Konferenz weder beraten noch erwähnt, noch überhaupt ins Auge gefaßt wurde.

IV

Bei der Behandlung Kautskys konzentriert Gen. Martow wiederum in wenigen Worten eine solche Unmenge von Unrichtigkeiten, daß man eigentlich, um ihm grundsätzlich zu antworten, dem Leser unvermeidlich fast alles von vorn erzählen müßte.

Es ist absolut falsch, daß „viele, darunter auch Lenin im Vorwort zum Artikel Kautskys über die ‚Aussichten'*, entschieden den bürgerlichen Charakter unserer Revolution bestritten" haben, und ebenso falsch ist es, daß Kautsky „die russische Revolution für nicht bürgerlich erklärte". Die Sache verhielt sich völlig anders.

Plechanow richtete Fragen an viele Vertreter der internationalen Sozial-

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 409–415. *Die Red.*

demokratie, wobei er in der ersten Frage nach dem *„allgemeinen Charakter"* der russischen Revolution fragte und in der zweiten nach der „Haltung der sozialdemokratischen Partei gegenüber der bürgerlichen Demokratie, die in ihrer Weise für die politische Freiheit kämpft". Mit dieser Formulierung der Fragen verstieß Gen. Plechanow bereits zweimal gegen den Marxismus: Der erste Fehler ist eine Vermengung des „allgemeinen Charakters" der Revolution im Sinne *ihres sozialökonomischen Inhalts* mit der Frage nach den Triebkräften der Revolution. Marxisten können diese Fragen nicht miteinander vermengen, können noch nicht einmal die Antwort auf die zweite Frage aus der Antwort auf die erste *unmittelbar* ohne spezielle, konkrete Analyse ableiten. Der zweite Fehler ist eine Vermengung der Frage nach der Rolle der Bauernschaft in unserer Revolution mit der Rolle der bürgerlichen Demokratie überhaupt. In der Tat fallen Bauernschaft wie Liberale unter den wissenschaftlichen Begriff der „bürgerlichen Demokratie", doch die Stellung des Proletariats zu diesen beiden Spielarten der „bürgerlichen Demokratie" muß notwendigerweise wesentlich verschieden sein.

Kautsky bemerkte die Fehler des Gen. Plechanow sofort und *berichtigte sie* mit seiner Antwort. Er dachte nicht nur nicht daran, den bürgerlichen Charakter der Revolution im Sinne ihres sozialökonomischen Inhalts zu bestreiten, sondern betonte ihn im Gegenteil sehr entschieden. Hier die darauf bezüglichen Erklärungen Kautskys in denselben „Aussichten", die Gen. Martow so völlig falsch interpretiert:

„Die jetzige Revolution (in Rußland) dürfte auf dem Lande nur dahin führen, eine kraftvolle Bauernschaft auf der Grundlage des Privateigentums am Boden zu schaffen und damit die gleiche Kluft zwischen dem Proletariat und dem besitzenden Teile der ländlichen Bevölkerung aufzutun, wie sie in Westeuropa schon besteht. So erscheint es undenkbar, daß die jetzige Revolution Rußlands bereits zur Einführung einer sozialistischen Produktionsweise führt, auch wenn sie zeitweilig die Sozialdemokratie ans Ruder bringen sollte." (S. 31 der Übersetzung unter Redaktion von N. Lenin.)

Auf diese Stelle eben bezieht sich das Vorwort Lenins, wenn es dort heißt (ebenda, Seite 6): „Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß Kautsky die grundlegenden Thesen *aller* russischen Sozialdemokraten – der *nichtsozialistische* Charakter der Bauernbewegung, die Unmöglichkeit

der Entstehung des Sozialismus aus der bäuerlichen Kleinproduktion usw. – *vollkommen* (hervorgehoben von N. Lenin im Vorwort) teilt."

Die Behauptung des Gen. Martow, daß Lenin den bürgerlichen Charakter unserer Revolution entschieden bestritten hätte, widerspricht also entschieden der Wahrheit. Lenin sagt gerade das Gegenteil. Kautsky betonte entschieden, daß unsere Revolution entsprechend ihrem allgemeinen Charakter im Sinne des sozialökonomischen Inhalts eine bürgerliche sei.

„Die erste dieser Fragen" Plechanows, schrieb Kautsky ebenda, „scheint mir nicht einfach in dem einen oder anderen Sinne zu beantworten zu sein. Das Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen, das heißt der Revolutionen, deren Triebkraft die Bourgeoisie bildete, ist abgeschlossen, auch für Rußland ... Die Bourgeoisie gehört nicht zu den Triebkräften der heutigen revolutionären Bewegung Rußlands, und insofern kann man diese nicht eine bürgerliche nennen." (S. 29.) Der Leser sieht, daß Kautsky hier ganz klar präzisiert, worum es sich handelt, daß er ganz klar von der bürgerlichen Revolution *nicht* im Sinne des sozialökonomischen Inhalts spricht, *sondern* im Sinne einer Revolution, „deren Triebkraft die Bourgeoisie bildet".

Weiter. Den zweiten Fehler Plechanows korrigierte Kautsky, indem er klar und bestimmt die „liberale" und die bäuerliche bürgerliche Demokratie voneinander abgrenzte. Kautsky erklärte, daß „in der Interessengemeinschaft zwischen dem industriellen Proletariat und der Bauernschaft ... die revolutionäre Kraft der russischen Sozialdemokratie begründet" liegt, daß wir „ohne die Bauern ... in Rußland so bald nicht siegen ..." können (S. 31). Interessant ist festzustellen – hinsichtlich jener uninteressanten Frage des *„und"*, von der die ganze prinzipielle Diskussion des Gen. Martow ausgefüllt ist –, daß Kautsky in demselben Artikel, d. h. im Jahre 1906, *auf einer Seite* sowohl den Ausdruck *„sich stützen"* („auf welche Klasse darf sich aber das russische Proletariat ... stützen?") gebraucht als auch den Ausdruck: *„die Allianz des Proletariats mit anderen Klassen* im revolutionären Kampfe muß vor allem auf ökonomischer Interessengemeinschaft beruhen" (S. 30).

Wird nicht Gen. Martow Karl Kautsky beschuldigen, daß er sich im Jahre 1906, die Dezemberkonferenz der SDAPR vom Jahre 1908 voraussehend, das Ziel gestellt hätte, „die Leser aus dem Konzept zu bringen", die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und den

polnischen Sozialdemokraten „zu vertuschen und zu verkleistern", „die Dinge zu verdrehen" u. dgl. m.?

Wir stellen fest, daß Kautsky, als er die Idee des Bündnisses des Proletariats und der Bauernschaft in der russischen bürgerlichen Revolution verteidigte, im Grunde genommen keinerlei „neue" Idee hervorgebracht hat, sondern ganz in die Fußtapfen Marx' und Engels' tritt. Marx schrieb im Jahre 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung"[111]: „Die hohe Bourgeoisie" – es handelt sich um die deutsche Bourgeoisie nach dem 18. März 1848 – „von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion." (Siehe den dritten Band der von Mehring herausgegebenen Gesammelten Werke von Marx; russisch erschienen bisher nur zwei Bände.) „Die deutsche Revolution von 1848", schrieb Marx am 29. Juli 1848, ist „nur die Parodie der französischen Revolution von 1789 ... Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich ... Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern ..."

Marx stellt hier hinsichtlich der *bürgerlichen* Revolution klar die konterrevolutionäre, mit der Reaktion verbündete Bourgeoisie der Arbeiterklasse plus demokratische Bourgeoisie, d. h. vornehmlich der Bauernschaft, gegenüber. Man soll nicht glauben, diese Auffassung sei daraus zu erklären, daß zu diesem Zeitpunkt Marx' sozialistische Weltanschauung noch nicht voll ausgebildet gewesen sei. 44 Jahre später, im Jahre 1892, schrieb Engels in seinem Artikel „Über historischen Materialismus" („Die Neue Zeit", XI, Bd. I; russisch in dem Sammelband „Der historische Materialismus"): „... in allen den drei großen bürgerlichen Revolutionen" (Reformation und Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts in Deutschland, englische Revolution des 17. und französische des 18. Jahrhunderts) „liefern die Bauern die Armee zum Schlagen ... Jedenfalls aber war es nur durch die Einmischung dieser yeomanry und des plebejischen Elements der Städte, daß der Streit bis auf die letzte Entscheidung durchgekämpft wurde und Karl I. aufs Schafott kam."[112]

Folglich besteht die Besonderheit der russischen bürgerlichen Revolution lediglich darin, daß anstatt des früheren, an zweiter Stelle rangierenden plebejischen Elements der Städte im 16., 17. und 18. Jahrhundert im 20. Jahrhundert das Proletariat an die erste Stelle tritt.

V

Kommen wir zum Schluß. Gen. Martow berührte eine höchst wichtige Frage, die gründlichste Diskussion in den Spalten des ZO der Partei verdient. Diese Frage darf man jedoch nicht bloß „berühren", sondern man muß sie gründlich analysieren und sich dabei nicht allein auf die Lehre von Marx und Engels, sondern auch auf die Erfahrungen der russischen Revolution 1905–1907 stützen.

Der Gedanke, die revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bedeute, daß die Sozialdemokraten in volkstümlerischem Gedankengut befangen seien, kann nur ein Lächeln hervorrufen. Einen solchen Vorwurf müßten die so denkenden Quasi-Marxisten vor allem gegen Kautsky, Marx und Engels erheben. In allen großen bürgerlichen Revolutionen konnte den entscheidenden Sieg nur das (mehr oder minder entwickelte) Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft erringen, und das ist auch die Voraussetzung für den Sieg der bürgerlichen Revolution in Rußland. Die Erfahrungen der Jahre 1905–1907 lieferten mit *jeder* bedeutsamen Wendung der Ereignisse die *praktische* Bestätigung dieser Wahrheit, weil in der Praxis alle entschiedenen Aktionen, sowohl die „Kampf"aktionen als auch die parlamentarischen, eben „gemeinsame Aktionen" des Proletariats und der Bauernschaft waren.

Unsere Partei beharrt fest auf dem Standpunkt, daß die Rolle des Proletariats in der *Rolle des Führers* in der bürgerlich-demokratischen Revolution besteht, daß es zu ihrer Vollendung unbedingt *gemeinsamer Aktionen* des Proletariats und der Bauernschaft bedarf, daß es ohne *Erringung der politischen Macht* durch die revolutionären Klassen keinen Sieg geben kann. Eine Leugnung dieser Wahrheiten verurteilt die Sozialdemokraten unvermeidlich zu Schwankungen, zu einer „Bewegung ohne Ziel", zur Propagierung prinzipienloser Abkommen von Fall zu Fall, und das eben bedeutet in Wirklichkeit, sich von kadettischen Ideen gefangennehmen zu lassen, d. h. – Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der liberalmonarchistischen, konterrevolutionären Bourgeoisie.

„Sozial-Demokrat" Nr. 3 und 4,
9. (22.) März und 21. März (3. April) 1909.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Sozial-Demokrat".

AN DEN VORSTAND DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS[113]

Der Artikel zur „Organisationsfrage in der russischen Sozialdemokratie", veröffentlicht in Nr. 79 des „Vorwärts" (I. Beilage, d. 3. IV. 1909), veranlaßt uns, an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen entschiedenen Protest zu richten. Im Namen des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das uns die Wahrung und Leitung aller Angelegenheiten im Ausland übertragen hat, ersuchen wir den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sein Augenmerk auf die entstandene höchst anomale Lage zu richtten. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie ignoriert hartnäckig unsere formelle Erklärung über das Bestehen einer besonderen Vertretung des ZK im Ausland und druckt die ihm schon vor längerer Zeit übersandte Mitteilung über diese Institution und ihre Adresse nicht ab. Währenddessen aber bringt der „Vorwärts" eine Mitteilung „von einem Genossen" und berichtet darin über eine *offizielle* Veranstaltung der Partei, nämlich über eine Konferenz der SDAPR, wobei der *offizielle Text* der (zwei) Resolutionen der Konferenz zur Organisationsfrage *nicht angeführt* wird. Da der im „Vorwärts" publizierte Brief die offiziellen Resolutionen der Partei nicht bringt, bietet er nur eine völlig verzerrte Darstellung der Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten; ja mehr noch, dieser Brief enthält eine versteckte fraktionelle Polemik gegen die Beschlüsse der Konferenz. Eine solche Form der Polemik ist ganz besonders geeignet, die ohnehin schon anomalen Beziehungen zwischen den Fraktionen der SDAPR vollends zu vergiften. Eine solche Form der Polemik ruft besondere Gereiztheit und Erbitterung hervor und erschwert zugleich die Klärung des wirklichen Sachverhalts

und der Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei vor den deutschen Genossen.

Darum ersucht das Auslandsbüro des ZK der SDAPR den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu prüfen, ob die russischen Meinungsverschiedenheiten im „Vorwärts" behandelt werden sollen und ob Artikel über russische Angelegenheiten, aber auch offizielle Mitteilungen des ZK der SDAPR und die offiziellen Texte der Parteiresolutionen der SDAPR im „Vorwärts" veröffentlicht werden können.

Das Auslandsbüro des ZK der SDAPR ersucht den Vorstand, einen Beschluß darüber zu fassen, ob Berichte über das Parteileben der russischen Sozialdemokraten ohne Anführung offizieller Mitteilungen vom ZK und der offiziellen Texte der Parteiresolutionen im „Vorwärts" publiziert werden dürfen.

Dem Wesen der Sache nach hält es das Auslandsbüro des ZK für notwendig, von den zahllosen Verzerrungen der Wahrheit im vorliegenden Artikel wenigstens die drei *wesentlichsten* Unwahrheiten herauszustellen, denn die bloße Aufzählung *aller* Unrichtigkeiten erforderte die Abfassung einer ganzen Broschüre:

1. In der ersten Resolution zur Organisationsfrage, die die Konferenz angenommen hat, wird festgestellt, daß es in der SDAPR *zwei* Strömungen hinsichtlich der Grundfragen der Organisationspolitik gibt. Die Partei verurteilt in dieser Resolution jene Strömung, die als „liquidatorische" gekennzeichnet wird, d. h. die faktisch auf die Vernichtung der jetzigen Partei, der SDAPR, abzielt. Für diese Resolution stimmten nicht nur alle Bolschewiki und alle Mitglieder der polnischen Sozialdemokratie, sondern auch zwei von den insgesamt drei Delegierten des „Bund".

2. In der Resolution über die gegenwärtige Lage, die von den Bolschewiki vorgeschlagen und von der Partei angenommen wurde, wird von Anfang an darauf hingewiesen, daß sich die alte, auf der Leibeigenschaft fußende Selbstherrschaft auflöst, indem sie einen weiteren Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie tut. Die Menschewiki legten keinen eigenen Resolutionsentwurf vor, stimmten aber gegen die erwähnte Resolution, wobei sie nur einen einzigen Abänderungsantrag vorbrachten: das Wort „bürgerlich" durch das Wort „plutokratisch" zu ersetzen.

3. Die Vertreter der Sozialdemokratie der Ukraine sprachen sich nicht

für die Menschewiki aus und konnten das auch gar nicht tun, da auf der Konferenz gar keine Vertreter der Ukraine anwesend waren. Was die Behauptung angeht, die Polnische Sozialistische Partei sei mit den Menschewiki einverstanden gewesen, so muß festgestellt werden, daß diese Partei gar nicht an der Konferenz teilgenommen hat und auch nicht teilnehmen konnte, denn sie gehört nicht zur SDAPR. Der Antrag der Menschewiki, daß sich die SDAPR mit dieser Partei vereinigen solle, wurde von der Konferenz in der Weise abgelehnt, daß sie über diesen Antrag ohne Diskussion zur Tagesordnung überging.

Geschrieben nicht vor dem 23. März (5. April) 1909.
Zum erstenmal veröffentlicht. *Nach dem Manuskript.*

EINE KARIKATUR AUF DEN BOLSCHEWISMUS

In Nr. 42 des „Proletari" gaben wir bereits eine allgemeine Einschätzung des „Otsowismus" und des „Ultimatismus".* Veranlaßt durch die oben abgedruckte Resolution der Petersburger Otsowisten, die ihnen während der Wahlen zur Dezemberkonferenz der SDAPR als Plattform diente (und die *leider* der Redaktion des „Proletari" *erst nach* der Konferenz zugestellt wurde), müssen wir das dort Dargelegte in vielem wiederholen.

Die Resolution wimmelt von unrichtigen und unmarxistischen Überlegungen und bestätigt beinahe in jedem Punkt, daß die Gedanken der Verfasser unausgereift sind oder daß diese das Abc der Sozialdemokratie vergessen haben. Punkt 1: „... die erste Etappe der Revolution ist abgeschlossen ..." Was soll das heißen? Etwa, daß eine Etappe der sozialökonomischen Entwicklung zum Abschluß gekommen ist? Sicherlich nicht. Die Verfasser meinen den Abschluß der Etappe des unmittelbaren revolutionären Kampfes der Massen. So müssen wir denken, wenn wir den Otsowisten nicht völlig sinnlose Gedanken zuschreiben wollen. Wenn dem so ist, geben sie demzufolge zu, daß keine Voraussetzungen für einen unmittelbar revolutionären Kampf der Massen gegeben sind. Aber gezwungen, dies zuzugestehen, gezwungen durch die Lage der Dinge, vermögen die Otsowisten nicht, die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zu *durchdenken*, vermögen sie nicht, die Dinge in die rechte Ordnung zu bringen ... „Rußland ... geht einem neuen revolutionären Aufschwung entgegen ..." Richtig! Es *geht* dem Aufschwung erst *entgegen*, d. h., er ist noch nicht da – so ergibt es sich doch nach Logik und Grammatik! Es stellt sich jedoch heraus, daß dieser noch nicht eingetretene Auf-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 356–359. *Die Red.*

schwung „durch eine heftige Auseinandersetzung gekennzeichnet" wird usw. Das ist barer Unsinn: Die Gegenwart verstehen die Otsowisten nicht zu charakterisieren. Die Zukunft, der wir „entgegengehen", wird von ihnen „gekennzeichnet" – das soll verdecken, daß sie diese Gegenwart nicht begreifen. Beispielsweise erscheint, Gott weiß woher, die „verelendete städtische Kleinbourgeoisie"; ihre Erwähnung wird nicht einmal durch den Versuch einer Analyse belegt; warum ein zukünftiger Aufschwung durch eine heftige Auseinandersetzung der verelendeten Kleinbürger „gekennzeichnet" ist, wird nirgendwoher ersichtlich; warum man gerade jetzt die verelendete städtische Kleinbourgeoisie hinzufügen mußte, bleibt unerfindlich; die Lumpenproletarier sind doch gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie *zuweilen* zu heftigen Auseinandersetzungen neigen, *zuweilen* auch eine frappierende Wankelmütigkeit und Unfähigkeit zu kämpfen an den Tag legen. Im Denken der Otsowisten herrscht völlige Verworrenheit. Uns wundert es daher nicht, daß auf der Konferenz der SDAPR für die Einfügung eines Zusatzes über „die verelendete städtische Kleinbourgeoisie" außer den *zwei* Otsowisten *lediglich zwei Bundisten* stimmten! Unsere Auffassung, daß der Otsowismus Opportunismus mit umgekehrtem Vorzeichen ist, wurde glänzend bestätigt.

Mit wem soll es denn eine heftige Auseinandersetzung geben? „Mit dem regierenden Block der Großbourgeoisie und der feudalen Gutsbesitzer." Und nicht mit der Selbstherrschaft? Die Otsowisten sind außerstande, den zwischen den erwähnten beiden Klassen lavierenden Absolutismus von der direkten Herrschaft dieser Klassen zu unterscheiden. Deshalb kommt bei ihnen Unsinn heraus, deshalb verschwindet bei ihnen der Kampf gegen die Selbstherrschaft in irgendeiner Versenkung.

„Die Arbeit an der Organisierung der Kräfte vollzieht sich im Verborgenen . . ." Wohl kann an der Auswertung der Erfahrungen, an der Verarbeitung neuer Lehren, an der Sammlung von Kräften im Verborgenen gearbeitet werden und es wird auch getan, doch kann die *Organisierung* der Kräfte, selbst bei absoluter Illegalität, nicht verborgen sein. In den Jahren 1901–1903 betrieben wir die Organisierung der Kräfte illegal, doch nicht verborgen. Die Otsowisten wiederholen Bruchstücke auswendig gelernter Phrasen und verdrehen sie dabei.

Punkt 2: „Die Entscheidung dieser Auseinandersetzung wird angesichts der in Rußland stark ausgeprägten Klassenwidersprüche die Form einer

Revolution annehmen ..." Die Klassenwidersprüche sind in Rußland weniger stark ausgeprägt als in Europa, das den Kampf gegen die Selbstherrschaft als Aufgabe nicht kennt. Die Otsowisten bemerken gar nicht, wie sie sich in dem Bestreben, ihre Auffassungen zu vertiefen, ihren Antipoden, den Opportunisten, nähern.

„... einer Revolution, die zum bewaffneten Aufstand führt ..."

Über das *Ziel* des Kampfes haben wir noch nichts Klares gehört, auch nicht über den derzeitigen Stand in der Entwicklung der Selbstherrschaft, über das *Mittel* des Kampfes jedoch beeilen sich die Otsowisten zu reden, um sich als „Revolutionäre" hinzustellen. Das ist Kinderei, liebe Genossen, denn ihr zeigt erneut, daß ihr Bruchstücke schöner Worte *auswendig gelernt* habt, *ohne* ihren Sinn *verstanden zu haben*. In den Jahren 1897, 1901 und 1905 nahmen die revolutionären Sozialdemokraten zur Frage des Aufstands eine unterschiedliche Haltung ein: Sie setzten sie erst nach dem 9. Januar 1905 auf die Tagesordnung, obwohl Rußland sowohl 1897 als auch 1901 zweifellos „einem revolutionären Aufschwung entgegenging", sich einer „heftigen Auseinandersetzung", einer „Revolution" näherte. Es genügt nicht, Losungen auswendig zu lernen, man muß auch darüber nachdenken, wann es am Platze ist, sie aufzustellen. Solange kein „Aufschwung" eingetreten, solange die „Revolution" in der engsten und unmittelbarsten Bedeutung dieses Wortes nicht gegenwärtig ist (und die Otsowisten sprechen von ihr *in der Zukunft*: „sie *wird* ... die Form einer Revolution *annehmen*") – hieße es sich zu einer Karikatur der revolutionären Sozialdemokraten machen, wollte man eine Losung ausgeben, die sich für *eines* der Kampfmittel ausspricht. Die Resolution der Konferenz spricht von der heranreifenden revolutionären Krise und von dem Ziel des Kampfes (Eroberung der Macht durch die revolutionären Klassen), und *jetzt mehr* zu sagen ist nicht möglich und auch nicht nötig.

Auf welche Weise die „Munizipalreformen", die niemand kennt, hierher geraten sind, noch dazu als „radikale Reformen", weiß Allah. Was das zu bedeuten hat, verstehen die Otsowisten offenbar selber nicht.

Punkt 3: „Angesichts dessen muß die Sozialdemokratie als konsequent revolutionäre Partei den Kampf außerhalb der Duma in den Vordergrund stellen ..."

Und da finden sich sogar Leute (die „Ultimatisten"), die so kurzsichtig sind, daß sie unsere Meinungsverschiedenheiten mit den Otsowisten ledig-

lich für praktische Meinungsverschiedenheiten, lediglich für eine unterschiedliche Beurteilung der Mittel und Methoden zur Durchführung der gemeinsamen Taktik halten! Im Sommer 1907 konnte die Meinungsverschiedenheit über den Boykott der III. Duma nur praktischer Art sein, konnte der Fehler der Boykottisten nur ein Fehler in der Wahl der Mittel zur Durchführung der allen Bolschewiki gemeinsamen Taktik sein. Im Jahre 1909 ist es lächerlich, darüber auch nur zu reden. Der Fehler der Otsowisten und Ultimatisten ist zu einer prinzipiellen Abweichung vom Marxismus geworden. Man überlege doch: *„angesichts dessen"*, d. h. angesichts dessen, daß wir einem Aufschwung „entgegengehen" und daß die Auseinandersetzung „die Form einer Revolution annehmen wird", „angesichts dessen" in den Vordergrund – den Kampf außerhalb der Duma! Das ist doch ganz einfach leeres Stroh, hinter dem sich ein ganz ungeheuerliches Gedankenchaos verbirgt, Genossen! In eurer Resolution habt ihr noch keinen Ton über die Duma gesagt, und schon ist die Schlußfolgerung zusammengeschustert: „angesichts dessen" – „Kampf außerhalb der Duma"! Angesichts dessen, daß wir die Bedeutung der Duma und die Aufgaben der Partei während des heranreifenden Aufschwungs nicht begreifen, proklamieren wir den Kampf außerhalb der Duma – da sieht man, zu welchem Unsinn die Gedankengänge der Otsowisten führen. Sie wiederholen Bruchstücke nicht verstandener bolschewistischer Gedanken aus jener Zeit, wo der Kampf außerhalb der Duma nicht nur proklamiert, sondern *von den Massen geführt* wurde – sie wiederholen sie zu einem Zeitpunkt, wo sie selbst „die erste Etappe der Revolution" für „abgeschlossen" halten, d. h., wo sie der Meinung sind, daß die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Massenkampf vorübergehend nicht gegeben sind.

Sie *lernten* die richtige These von der Unterordnung der Dumaarbeit unter die Interessen und die Richtung der außerhalb der Duma sich entfaltenden Arbeiterbewegung *auswendig* und wiederholen *Bruchstücke* des Auswendiggelernten zur falschen Zeit und zudem in einer bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Form.

Statt hervorzuheben, daß es notwendig ist, neben der Dumaarbeit auch jetzt ein Höchstmaß an Kraft der konsequenten, langwierigen und mühseligen Kleinarbeit außerhalb der Duma zur Organisierung der Massen und zur Agitation unter ihnen zu widmen, erheben sie im Bunde mit den

Sozialrevolutionären ein „revolutionäres" Geschrei über den „Kampf außerhalb der Duma", über den Ansturm u. dgl. m.

„Unmittelbare aktive Aktionen sind augenblicklich unmöglich" – sagen die Otsowisten am Ende der Resolution (P. 1) – und am Anfang *proklamieren* sie den Kampf außerhalb der Duma. Nun, ist das etwa keine Karikatur auf den Bolschewismus?

„. . . und die Arbeit zur Weiterführung der Revolution bis zum vollen Sieg . . ." Zuerst ein Gedankensplitter über die Kampfmittel, danach über das Ziel! . . . „und zu diesem Zweck die Organisierung des Proletariats und der breiten Massen der Bauernschaft . . ." Das ist eine Phrase, Genossen, zu einem Zeitpunkt, wo es vor allem und „in erster Linie" darauf ankommt, die halbzerstörten Parteiorganisationen wiederaufzubauen und zu konsolidieren.

Punkt 4 – eine Perle des „Otsowismus" – „Die Partei kann sich nur jener Formen der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit bedienen, die den revolutionären Kampf nicht vertuschen und nicht schwächen . . ."

So sieht die „praktische" Fragestellung nach Ansicht der „praktischen" Ultimatisten aus! Die Otsowisten sind im Jahre 1909 *gezwungen*, nach grundsätzlichen Rechtfertigungen zu *suchen*, und dieses Suchen führt sie unausweichlich in den Sumpf. „. . . nur jene Formen der Tätigkeit, die . . . nicht vertuschen . . ." – diese Worte zielen eindeutig auf die Dumaarbeit der Sozialdemokraten, zielen darauf, daß die Sozialdemokraten halblegale und legale Organisationen ausnutzen. Also gibt es „Formen der Tätigkeit", die vertuschen, und solche, die nicht vertuschen. Um Leuten, die nicht denken können, die Kopfarbeit zu ersparen, werden wir ein Verzeichnis der „Tätigkeitsformen" zusammenstellen und die Formen streichen, die „vertuschen" – das wird eine wahrhaft revolutionäre Taktik sein!!

Zum Beispiel die legale Literatur, werte Genossen? Vertuscht diese „Form der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit" oder vertuscht sie nicht? Selbstverständlich „vertuscht" sie unter dem Stolypinschen Regime! Also muß man sie beseitigen – so kommt es bei den Otsowisten heraus, die die *Voraussetzungen* nicht zu zeigen vermögen, unter denen die revolutionäre Sozialdemokratie die *verschiedensten Formen* ausnutzen kann, und daher Unsinn reden. „Die Partei muß ihr besonderes Augenmerk darauf richten, die bestehenden Organisationen auszunutzen und

sie zu festigen und neue illegale, halblegale und nach Möglichkeit legale Organisationen zu schaffen, die ihr als Stützpunkte dienen könnten" – so heißt es in der von den Bolschewiki der Konferenz vorgeschlagenen und angenommenen Resolution. *Diese* Resolution unterscheidet sich vom Otsowismus wie der Himmel von der Erde. „Nur *jene Formen*, die ... nicht vertuschen" – das ist eine leere Phrase, bloßes „Geplärr" statt wahrer revolutionärer Haltung. Der Aufbau von illegalen „Arbeiterkomitees" der Partei zur *Ausnutzung* sowohl „halblegaler als auch nach Möglichkeit legaler Organisationen", das ist die Taktik der revolutionären Sozialdemokraten, die berücksichtigen, welche „Formen der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit" der Augenblick vorschreibt, und die es verstehen, die *Methoden* wirklich sozialdemokratischer Arbeit in den verschiedensten „Formen" zu zeigen.

Weg mit der legalen Literatur der Sozialdemokratie – das ist eine leere Phrase, die unerfüllbar ist und *deshalb nur den Opportunisten nützt*, welche ihre Unerfüllbarkeit sehr wohl erkennen. Eine Scheidelinie zu ziehen zwischen den parteiverbundenen Sozialdemokraten, die bereit sind, sich für das, was sie legal schreiben, vor der Partei zu verantworten, und den der Partei nicht verbundenen literarischen Marodeuren, das ist eine schwierige, jedoch zu lösende Aufgabe, die all denen, welche mit der Partei arbeiten wollen, eine wirkliche Orientierung für ihre Arbeit gibt. Weg mit der legalen Dumafraktion, weg mit den legalen Organisationen – das ist eine leere Phrase, *die nur den Opportunisten nützt*, welche sehr froh wären, wenn sie sich von der Kontrolle durch die Partei frei machen könnten. An dieser Kontrolle, an der „Ausnutzung" der legalen Organisationen, an der *Korrektur* jedes Fehlers und jeder falschen Taktik der Sozialdemokraten zu arbeiten und nochmals zu arbeiten, das ist eine Aufgabe der Partei, um deren Lösung wir und alle jene, die die Beschlüsse der Konferenz zu verwirklichen bestrebt sind, bemüht sein werden.

Schluß des 4. Punktes: „... indem sie gegen jegliche Abkommen der konterrevolutionären Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft entschlossen kämpft."

Uff! Ständig wiederholen die Otsowisten *zu ganz ungelegener Zeit* Gedankenfetzen aus der bolschewistischen Literatur. Man muß sich aber überlegen, Genossen, was wohin gehört. Während der I. und II. Duma suchte die Regierung noch nach Möglichkeiten für *Abkommen*, und die

Kadetten predigten dem Volk Abkommen als „Kampf"losungen (Losungen, die sogar die Menschewiki aus dem Konzept brachten). *Damals* war der entschlossene Kampf gegen *Abkommen* wirklich eine Losung des Tages, eine Aufgabe des Augenblicks, Enthüllung eines Betruges. Jetzt dagegen ist ein Abkommen des Zarismus mit jenen Klassen, die die Otsowisten gerade als „Block" bezeichnen, gefunden und abgeschlossen, wobei sich niemand über das in der III. Duma zustande gekommene Abkommen einer Täuschung hingibt. Heute den „entschlossenen Kampf gegen *jegliche Abkommen*" in den Mittelpunkt der Agitation stellen hieße sich zu einer Karikatur auf den Bolschewismus machen.

Punkt 5: „Unsere Reichsduma kann nicht als ein Parlament angesehen werden, dessen Arbeit im Rahmen politischer Freiheit und bei einer gewissen Freiheit des Klassenkampfes des Proletariats verläuft, sondern stellt lediglich ein Abkommen zwischen dem Zarismus und der Großbourgeoisie dar . . ." Hier haben wir gleich zwei Fehler. Man kann nicht sagen: *kein* Parlament, *sondern* ein Abkommen, denn eine ganze Reihe von Parlamenten in der Welt ist nichts anderes als ein Abkommen der Bourgeoisie (die eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht hat) mit den verschiedenen Überresten des Mittelalters. Wir mußten dagegen kämpfen und kämpften dagegen, daß das erste Parlament in Rußland ein Parlament der Schwarzhunderter und Oktobristen wurde. Nachdem dies jedoch trotz unserer Anstrengungen Wirklichkeit geworden war und die Geschichte uns zwang, diese Etappe zu durchlaufen, wäre es kindisch, sich einfach mit einem Ausruf, mit einer Deklamation um die unangenehme Wirklichkeit herumzudrücken. Der zweite Fehler: Bei den Verfassern der Resolution kommt es so heraus, daß es sich, wenn eine „gewisse Freiheit" besteht, um ein „Parlament", und wenn diese nicht besteht, es sich um ein „Surrogat" handele. Das ist eine vulgär-demokratische Auffassung, würdig eines Kadetten, aber nicht eines Marxisten. Unter der III. Duma gibt es bedeutend weniger Freiheit als unter der II. Duma. Die III. Duma ist jedoch ein *weniger* fiktives Parlament, weil sie das tatsächliche Verhältnis zwischen den im gegebenen Augenblick herrschenden Klassen und der Staatsmacht *richtiger zum Ausdruck bringt*. Solange sich die Macht in den Händen des Zaren und der feudalen Gutsbesitzer befindet, kann es im bürgerlichen Rußland kein anderes Parlament geben. Kadetten können diese ungeschminkte Wahrheit verkleistern, nicht aber Sozialdemokraten.

Punkt 6 ist ausnahmsweise richtig. Es handelt sich hier aber um eine Ausnahme, die die gegenteilige Regel bestätigt; denn ... denn in diesem Punkt legen die Otsowisten nicht ihre eigenen Gedanken dar, sondern die der Anti-Otsowisten, die die Resolutionen der Konferenz durchsetzten.

Schlußfolgerungen. Punkt (a) „Die Duma als ... ein Abkommen ... und Instrument der Konterrevolution ..." Richtig! „... konsolidiert nur die Selbstherrschaft ..." Dieses „nur" ist falsch. Die Selbstherrschaft zögerte ihren Untergang hinaus, weil es ihr gelang, eine solche Duma zu organisieren, aber sie konsolidiert sich dadurch nicht, sondern *zersetzt* sich. Die Duma ist ein „Deckmantel", der mehr wert ist als so manche „Enthüllung", denn zum erstenmal zeigt sie an vielen tausend Fragen in aller Offenheit die Abhängigkeit des Zarismus von den konterrevolutionären Schichten, demonstriert zum erstenmal en grand* das ihr immanente Bündnis der Romanow und Purischkewitsch, des Zarismus und des „Bundes des russischen Volkes", der Selbstherrschaft und der Dubrowin-Iliodor-Polownew.

Daß die Duma die Verbrechen des Zarismus sanktioniert, steht außer Frage; aber das ist eine Sanktionierung durch bestimmte Klassen, im Namen bestimmter Klasseninteressen, und Sache der Sozialdemokratie ist es eben, diese lehrreichen Wahrheiten des Klassenkampfes von der Dumatribüne herab zu erläutern.

„Die achtmonatige Tätigkeit der III. Reichsduma hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie sie nicht ausnutzen kann ..."

Hierin liegt der Springpunkt des Otsowismus, dessen Fehler unsere „Ultimatisten" mit ihrer lächerlichen Ausrede: hat man einmal die Kraft aufgewandt, die Fraktion zu schaffen, so kann man sie nicht so leicht wieder abberufen! – nur verschleiern und dabei alles noch verwirren.

Die Frage ist völlig klar, und Ausflüchte helfen hier nicht: Hat die achtmonatige Tätigkeit bewiesen, daß die Dumatribüne ausgenutzt werden kann oder nicht? Die Antwort der Otsowisten ist falsch. Obwohl die Parteiarbeit *mit* der Fraktion ungeheure Schwierigkeiten bereitete, *hat* diese Arbeit zweifellos die *Möglichkeit*, die Dumatribüne auszunutzen, *bewiesen*. Wegen der Schwierigkeiten und Fehler den Kopf hängen zu lassen wäre Kleinmut, hieße die geduldige, konsequente und beharrliche

* in großem Maßstab. *Die Red.*

proletarische Arbeit durch intellektuelles „Geplärr" zu ersetzen. Andere europäische sozialistische Parteien stießen bei Beginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf weit größere Schwierigkeiten, machten weit größere Fehler, drückten sich jedoch nicht vor der Aufgabe, sondern verstanden es, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Fehler zu korrigieren.

(b) „... unsere Fraktion ... verfolgte hartnäckig eine opportunistische Taktik, sie konnte und kann keine standhafte und konsequente Vertretung des revolutionären Proletariats sein ..."

Die erhabensten Wahrheiten kann man banalisieren, Genossen Otsowisten, die erhabensten Aufgaben in eine *Phrase* verwandeln, und das tut ihr eben. Den Kampf gegen den Opportunismus habt ihr zu einer Phrase gemacht und damit nur den Opportunisten in die Hände gespielt. Unsere Fraktion machte und macht Fehler, aber gerade die Erfahrungen ihrer Arbeit haben bewiesen, daß sie standhaft und konsequent das Proletariat vertreten „konnte und kann" – *konnte und kann*, wenn wir, die Partei, ihr die Richtung geben, ihr helfen, ihr unsere besten Kräfte als Leiter geben, ihr Direktiven und Entwürfe für Reden abfassen und ihr erläutern, wie schädlich und verhängnisvoll die Ratschläge der kleinbürgerlichen Intelligenz sind, der es *immer und überall in der Welt*, nicht nur in Rußland, am leichtesten gelingt, in alle möglichen Institutionen um das Parlament herum einzudringen.

Habt den Mut zuzugestehen, Genossen, daß wir noch viel zuwenig für eine solche *wirkliche* Anleitung der Arbeit unserer Fraktion, für ihre *praktische* Unterstützung getan haben. Habt den Mut zuzugestehen, daß wir auf diesem Wege zehnmal mehr tun *könnten*, wenn wir es verstünden, unsere Organisationen zu festigen, unsere Partei zusammenzuschließen, sie enger mit den Massen zu verbinden und Parteiorgane zu schaffen, die ständig auf die breiten Schichten des Proletariats einwirken. Darauf konzentrieren sich unsere Bemühungen und darauf müssen die Bemühungen all derer konzentriert sein, die in der Tat, und nicht bloß in Worten, gegen den Opportunismus kämpfen wollen.

Die Otsowisten haben den Kampf gegen den Opportunismus der Fraktion zu einer Phrase gemacht, denn sie haben Worte auswendig gelernt, ohne den Unterschied zwischen anarchistischer und sozialdemokratischer Kritik am Opportunismus begriffen zu haben. Nehmt die Anarchisten: Sie alle greifen jeden Fehler auf, ziehen gegen jeden sozialdemokratischen

Parlamentarier vom Leder, alle erheben sie ein Geschrei darüber, daß *sogar* Bebel irgendwann einmal eine Rede beinahe im Geiste des Patriotismus gehalten, irgendwann einmal eine falsche Haltung in der Frage des Agrarprogramms bezogen hat usw. usf. Es stimmt, daß sogar ein Bebel in seiner parlamentarischen Laufbahn opportunistische Fehler gemacht hat. Aber was folgt daraus? Für einen Anarchisten lautet die Schlußfolgerung, daß man alle Arbeiterdeputierten abberufen müsse. Die Anarchisten schimpfen über die sozialdemokratischen Parlamentarier, um mit ihnen zu brechen, sie schimpfen, aber sie weigern sich, für den Aufbau einer proletarischen Partei, für die Entwicklung einer proletarischen Politik, für die Heranbildung proletarischer Parlamentarier zu arbeiten. Und in der Praxis werden die Anarchisten durch ihre Phrasen zu treuesten Handlangern des Opportunismus, zu seiner Kehrseite.

Die Sozialdemokraten ziehen aus den Fehlern einen anderen Schluß. Sie sagen, daß *sogar* ein Bebel nicht zu einem Bebel werden konnte ohne langwierige Arbeit der Partei an der Entwicklung einer wirklich sozialdemokratischen Vertretung. Man möge uns nicht damit kommen: „Wir haben keine Bebel in der Fraktion." Man wird nicht als Bebel geboren, zu einem Bebel entwickelt man sich. Die Bebel fallen nicht vom Himmel, wie Minerva dem Haupte des Jupiter entsprang, sondern sie werden von der Partei und der Arbeiterklasse hervorgebracht. Wer sagt: Wir haben keine Bebel, der kennt die Geschichte der deutschen Partei nicht, der weiß nicht, daß es eine Zeit gegeben hat, während des Sozialistengesetzes, da August Bebel opportunistische Fehler beging, die Partei diese Fehler korrigierte und Bebel die Richtung wies.*

(c) „eine weitere Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma ... kann dem Proletariat nur Schaden bringen ... Würde und Einfluß der Sozialdemokratie herabsetzen ..." Um zu erläutern, wie bei diesen maßlosen Übertreibungen „Quantität in Qualität umschlägt", wie aus maßloser Übertreibung (unabhängig vom Willen und vom Bewußtsein der Genossen Otsowisten) eine anarchistische Phrase *erwächst*, dazu braucht man nur auf die Budgetdebatten des Jahres 1909, auf die Rede Beloussows zurückzugreifen. Wenn man meint, daß *solche* Reden

* Wir hoffen, auf diese lehrreiche Geschichte und die Verurteilung der unserem Otsowismus verwandten deutschen Strömungen durch *diese Geschichte* in einem besonderen Artikel eingehen zu können.

„Schaden bringen" und nicht beweisen, daß die Dumatribüne ausgenutzt werden kann und muß, geht die Meinungsverschiedenheit über die Beurteilung einer Rede hinaus und wird zu einer prinzipiellen Meinungsverschiedenheit in Grundfragen der sozialdemokratischen Taktik.

(I) „... eine breite Agitation einzuleiten ... mit der Losung ‚Nieder mit der III. Reichsduma' ... "

Wir führten bereits in Nr. 39 des „Proletari" aus, daß diese Losung, die einige anti-otsowistische Arbeiter eine gewisse Zeit lang in ihren Bann gezogen hatte, *falsch* ist.* Das ist entweder die kadettische Losung für eine Wahlreform unter der Selbstherrschaft oder die Wiederholung eines auswendig gelernten Wortes aus jener Zeit, wo liberale Dumas den konterrevolutionären Zarismus verschleierten, um das Volk seinen wirklichen Feind nicht klar erkennen zu lassen.

(II) „die Fraktion ... abzuberufen, was ... den Charakter der Duma wie auch die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie hervorheben würde".

Das ist die mit anderen Worten formulierte These der Moskauer Otsowisten, mit einer Abberufung der Fraktion würde hervorgehoben, daß die Revolution nicht zu Grabe getragen sei. Eine solche Schlußfolgerung – wir wiederholen die Worte aus Nr. 39 des „Proletari" – „hebt" nur die *Beerdigung* jener Sozialdemokraten „hervor", die solche Überlegungen anzustellen imstande sind. Sie *tragen* sich damit als Sozialdemokraten selbst *zu Grabe*, sie verlieren das Gefühl für wirkliche proletarisch-revolutionäre Arbeit und ringen sich deshalb die „Hervorhebung" einer revolutionären Phrase ab.

(III) „alle ihre Kräfte der Organisierung und Vorbereitung ... des offenen ... Kampfes" (deshalb auch Verzicht auf eine offene Propaganda von der Dumatribüne!) ... „und der Propaganda zu widmen" usw.

Daß es für die Sozialdemokratie nicht angängig ist, auf die *Propaganda* von der Dumatribüne zu verzichten, haben die Otsowisten vergessen.

Sie kommen uns hier mit einem Argument, das von einigen Ultimatisten wiederholt wird: „Es lohnt nicht", sagen sie, „Kräfte für die hoffnungslose Dumaarbeit zu vergeuden, laßt uns *alle Kräfte* produktiver einsetzen." Das ist kein Argument für rationellere Arbeit, sondern ein Sophismus, der unweigerlich – wiederum unabhängig vom Willen und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 283–300. *Die Red.*

vom Bewußtsein der Verfasser – anarchistische Schlußfolgerungen nach sich zieht. Denn die Anarchisten rufen in *allen* Ländern, auf die Fehler der sozialdemokratischen Parlamentarier verweisend, dazu auf, „von dem unrationellen Herumbalgen mit dem bürgerlichen Parlamentarismus" abzulassen und „alle diese Kräfte" auf die „direkte Aktion" der Organisation zu konzentrieren. Das führt jedoch zur Desorganisation, das führt dazu, daß die breite und allseitige Arbeit ersetzt wird durch das Hinausschreien von „Losungen", die, da sie vom Leben losgelöst sind, wirkungslos verhallen. Den Otsowisten und Ultimatisten scheint es nur so, als sei das Argument hier neu und *erst* im Zusammenhang mit der III. Duma aufgekommen. Das stimmt nicht, es ist ein in ganz Europa anzutreffendes, ganz gewöhnliches, *nicht* sozialdemokratisches Argument.

Otsowismus und Ultimatismus sind also eine Karikatur auf den Bolschewismus. Wie ist es jedoch zu dieser Karikatur gekommen? Natürlich nur, weil der ganze Bolschewismus falsch ist, beeilt sich ein Menschewik zu erklären. Diese Folgerung kommt zweifelsohne den Menschewiki sehr „zupaß". Schade nur, daß die objektiven Tatsachen sie nicht bestätigen, sondern widerlegen. Diese objektiven Tatsachen sagen uns, daß es in der Entwicklung nicht nur des Bolschewismus, sondern des *ganzen* russischen Marxismus *überhaupt* eine Periode der Karikatur auf den Marxismus gegeben hat und daß der russische Marxismus im Kampf gegen diese Wachstumskrankheit, gegen die Krankheit der Erweiterung seiner Einflußsphäre erstarkt und herangewachsen ist. Der russische Marxismus wurde Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in den Arbeiten einer Gruppe von Emigranten (Gruppe „Befreiung der Arbeit") geboren.

Zu einer Strömung des russischen gesellschaftlichen Denkens und zu einem Bestandteil der Arbeiterbewegung wurde er in Rußland jedoch erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als in Rußland eine „Flut" marxistischer Literatur und ein Aufschwung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einsetzte. Und was ergab sich? Diese Flut brachte eine *Karikatur auf den Marxismus* mit sich in Gestalt des Struvismus auf der einen Seite und des Rabotschedelzentums und des „Ökonomismus" auf der anderen. Der Marxismus wuchs heran und erstarkte, weil er die Meinungsverschiedenheiten nicht verschleierte, weil

er nicht diplomatische Winkelzüge machte (wie das die Menschewiki hinsichtlich Maslows, Tscherewanins, der Kuskowa, Prokopowitschs, Walentinows, Jermanskis und Co. tun), sondern einen *Feldzug* führte gegen diese Karikatur, die von den niederdrückenden Bedingungen des russischen Lebens und dem Umschwung in der historischen Entwicklung des Sozialismus in Rußland hervorgebracht worden war, und diesen Feldzug auch siegreich beendete. Und der Bolschewismus wird wachsen und erstarken, weil er die *Grundlagen* seiner Verzerrung durch eine von den niederdrückenden Bedingungen des russischen Lebens und dem Umschwung der konterrevolutionären Periode hervorgebrachte Karikatur nicht verschleiert, sondern den Massen offen erklärt, in welchen Sumpf die Otsowisten und Ultimatisten die Fraktion und die Partei führen.

Beilage zu Nr. 44 des „Proletari", 4. (17.) April 1909.

Nach dem Text der Beilage.

DIE „LINKSSCHWENKUNG" DER BOURGEOISIE UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS

Die Frage der „Linksschwenkung" der Handels- und Industriebourgeoisie verschwindet schon seit einiger Zeit nicht mehr aus den Spalten unserer legalen Presse. Es wurde festgestellt und zugegeben, daß die oktobristische Presse von Zeit zu Zeit regelmäßig gegen die „Agrar"-(lies: feudalistisch-gutsherrliche) Duma und gegen die entsprechende Politik des Zarismus knurrt. Es wurde festgestellt und zugegeben, daß viele örtliche Berufsorganisationen wie auch gesamtnationale Organisationen der Kaufleute und Industriellen – von den provinziellen Börsenkomitees bis zum „Rat der Kongresse der Vertreter von Handel und Industrie" – gerade in den letzten Jahren und besonders in der letzten Zeit Unzufriedenheit mit der Gutsbesitzerpolitik geäußert haben. Man beschrieb die Moskauer „Verbrüderung der Millionen mit der Wissenschaft", nämlich die unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführten Beratungen der größten Moskauer und Petersburger Magnaten: Krestownikow, Goujon, Wolski u. a., mit den kadettischen Professoren und Schriftstellern: Manuilow, Struve, Kiesewetter und Co. Es erübrigt sich, davon zu sprechen, daß die liberale Presse bis hin zu den Organen der Menschewiki jede solche Nachricht mit Vergnügen aufnimmt und in allen Tonarten ausposaunt, der Liberalismus sei wiedererstanden und habe sich erneuert.

Die berüchtigte „Linksschwenkung" der Bourgeoisie fand ihren Niederschlag in „politischen" Schritten der Zarenregierung und in Dumareden. Der Liebling der russischen Kaufmannschaft – und zugleich auch eine alte Bürokratenratte –, Herr Timirjasew, wurde zum Minister für Handel und Industrie ernannt. Am 13. März trat er in der Duma mit einer großen

„programmatischen" Rede hervor; solche Ministerreden werden in allen bürgerlichen Parlamenten der Welt, gleich ob sie bürgerlich-reaktionär oder einfach bürgerlich sind, ausschließlich „der Wichtigkeit wegen" programmatische Reden genannt. In Wirklichkeit hat der zaristische Minister keinerlei Programm vorgelegt, sondern sich, wie üblich, mit völlig nichtssagenden liebenswürdigen Verbeugungen gegenüber den Kapitalisten, aber mit Drohungen gegen die Arbeiterklasse aus der Affäre gezogen, und es dabei selbstverständlich in Verbindung mit den Drohungen auch nicht an amtlich-heuchlerischen Ausdrücken der „Sympathie" fehlen lassen. Am 19. März wurde dieses Geschmuse des Ministers mit den Führern des Kapitals in Moskau wiederholt, wo Timirjasew und Krestownikow auf der Sitzung der Moskauer Börsengesellschaft liebenswürdige Reden wechselten. „Rußland ist krank, aber bei entsprechender Pflege ist seine Krankheit ungefährlich und schnell heilbar", sagte Krestownikow in seiner Begrüßung des ehrenwerten Timirjasew. Und Timirjasew brachte in seinem Dank an den ehrenwerten Krestownikow im Namen der Regierung die wohlgeneigte Zustimmung zum Ausdruck, den Kranken mit den erprobten Stolypinschen Mitteln der „Übergangszeit" zu „behandeln".

Es erhebt sich die Frage, durch welche objektiven Ursachen diese „Linksschwenkung" der Bourgeoisie hervorgerufen wurde und worin ihre Klassenbedeutung besteht. In der Zeitschrift „Wosroshdenije"[114] (Nr. 1/2) antwortet Gen. Martow mit einer für diesen Publizisten nicht gerade üblichen Offenheit und Klarheit auf diese Fragen in einem „Die ‚Linksschwenkung' der Bourgeoisie" überschriebenen Artikel. „Das Leben hat gezeigt", schreibt er, „wenn die ökonomische Entwicklung gerade für die bürgerliche Umgestaltung reif geworden ist, die Bourgeoisie aber nicht als deren Triebkraft in Erscheinung treten kann, bedeutet dies nur, daß die gesellschaftliche Umwälzung solange nicht vollzogen werden kann, bis die weitere Entwicklung der betreffenden Klasse sie zur Triebkraft macht." Und an anderer Stelle: „Alle, die angenommen haben, die jetzt gültige Verfassung verkörpere eine mehr oder minder organische Vereinigung des Adels und der Bourgeoisie als in gleicher Weise ‚konterrevolutionäre Faktoren', können in Erscheinungen wie den obenerwähnten" (d. h. in der „Linksschwenkung" der Bourgeoisie) „nur einzelne Episoden sehen, die mit der Hauptrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung in keinem notwendigen Zusammenhang stehen ... Diese isolierten Erschei-

nungen können symptomatische Bedeutung nur in den Augen solcher Leute haben, für die es a priori* außer Zweifel stand, daß der Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung die russische Bourgeoisie als Klasse unweigerlich in einen scharfen Gegensatz zum Regime ... des 3. Juni bringt."

Man vergleiche damit die Erklärung des „Golos Sozial-Demokrata" Nr. 12: „... wir erklären uns auch solidarisch mit dem Vorschlag der Kaukasier" (d. h. Dans, Axelrods und Semjonows auf der letzten Konferenz der SDAPR), „von der russischen Monarchie nicht als einer ‚bürgerlichen', sondern einer ‚plutokratischen' zu sprechen, denn diese Korrektur negiert die von Grund aus falsche Behauptung der bolschewistischen Resolution, der russische Zarismus beginne, die Klasseninteressen der Bourgeoisie zum Ausdruck zu bringen."

Hier tritt uns die ganze politische Theorie unseres Menschewismus mit all ihren Schlußfolgerungen entgegen. Wenn unsere Revolution eine bürgerliche sei, dann könne sie nicht vollzogen werden, solange die Bourgeoisie nicht zu ihrer Triebkraft werde. Die „Linksschwenkung" der Bourgeoisie beweise, daß sie zu dieser Triebkraft werde, und von konterrevolutionärem Charakter könne bei ihr überhaupt keine Rede sein. Der Zarismus in Rußland werde plutokratisch und nicht bürgerlich. Es versteht sich von selbst, daß hieraus die Verteidigung der opportunistischen Taktik der Arbeiterpartei in unserer bürgerlichen Revolution entspringt, der Taktik einer Unterstützung der Liberalen durch das Proletariat im Gegensatz zu der Taktik, die dem Proletariat, das die Bauernschaft auf seine Seite zieht, die führende Stellung in der bürgerlichen Revolution zuweist, ungeachtet des Schwankens und der Verrätereien des Liberalismus.

Die menschewistische Taktik tritt uns entgegen als Verfälschung des Marxismus, als Tarnung eines antimarxistischen Inhalts mit „marxistischen" Floskeln. Dieser Taktik liegt die Denkweise nicht von Marxisten, sondern von als Marxisten verkleideten Liberalen zugrunde. Um sich davon zu überzeugen, genügt schon ein allgemeiner Blick auf die Geschichte und die Ergebnisse der bürgerlichen Revolution in Deutschland. In der „Neuen Rheinischen Zeitung" schrieb Marx über die Ursachen der Niederlage der Revolution von 1848: „Die hohe Bourgeoisie, von

* von vornherein. *Die Red.*

jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion."[115] Auf diesem Standpunkt stand Marx und stehen alle deutschen Marxisten in der Beurteilung des Jahres 1848 und der darauffolgenden Taktik der deutschen Bourgeoisie. Ihr konterrevolutionärer Charakter hinderte die Großbourgeoisie nicht daran, „nach links zu schwenken", z. B. während des Verfassungskonflikts der sechziger Jahre. Da jedoch das Proletariat nicht selbständig und entschlossen auftrat, ergab sich aus dieser „Linksschwenkung" keine Revolution, sondern lediglich eine zaghafte Opposition, die die Monarchie veranlaßte, immer bürgerlicher zu werden, und die das Bündnis der Bourgeoisie mit den Junkern, d. h. den reaktionären Gutsbesitzern, nicht zerstörte.

So betrachten Marxisten die Dinge. Im Gegensatz dazu meinen die Liberalen, die Arbeiter hätten durch ihre unmäßigen Forderungen, durch ihren unvernünftigen Revolutionarismus, durch ihre unzeitgemäßen Angriffe auf die Liberalen den Erfolg der Sache der Freiheit in Deutschland verhindert und ihre möglichen Verbündeten der Reaktion in die Arme getrieben.

Es liegt auf der Hand, daß unsere Menschewiki die Verfälschung des Marxismus, ihren Übergang *vom* Marxismus *zum* Liberalismus mit „marxistischen" Floskeln verschleiern.

In Frankreich nach 1789 wie in Deutschland nach 1848 tat die Monarchie zweifellos „einen weiteren Schritt nach vorn auf dem Wege zur Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie". Ebenso steht es außer Zweifel, daß die Bourgeoisie nach diesen beiden Revolutionen konterrevolutionär wurde. Bedeutet dies, daß nach dem Jahre 1789 in Frankreich und nach dem Jahre 1848 in Deutschland der Boden für eine „Linksschwenkung" der Bourgeoisie und für eine weitere bürgerliche Revolution verschwunden war? Natürlich nicht. Die französische Bourgeoisie „schwenkte" beispielsweise, trotz ihres konterrevolutionären Charakters, im Jahre 1830 „nach links", die deutsche in den Jahren 1863/1864. Soweit das Proletariat nicht selbständig auftrat und nicht mit Hilfe der revolutionären Schichten der Bourgeoisie, wenn auch nur für eine kurze Zeit, von der politischen Macht Besitz ergriff, führte die „Linksschwenkung" der Bourgeoisie nicht zur Revolution (Deutschland), sondern lediglich zu weiteren Schritten bei der Umwandlung der Monarchie in eine

bürgerliche Monarchie. Soweit das Proletariat selbständig auftrat und im Bündnis mit den revolutionären Schichten der Bourgeoisie die politische Macht eroberte und die alte Macht stürzte (wie es in Frankreich im 19. Jahrhundert mehrfach geschah), bildete die „Linksschwenkung" der Bourgeoisie den Prolog zu einer neuen bürgerlichen Revolution.

Und gerade diese Binsenwahrheit der Geschichte haben unsere Menschewiki vergessen und verfälscht, indem sie zum Standpunkt der Liberalen übergegangen sind: In Rußland könne es keine bürgerliche Revolution geben, solange die Bourgeoisie nicht zur Triebkraft geworden sei! Das zeigt ein völliges Unverständnis für die historische Dialektik und die Lehren des 19. Jahrhunderts. Im Gegenteil: In Rußland wird es solange keine bürgerliche Revolution geben, solange nicht das Proletariat im Bündnis mit den revolutionären Elementen der Bourgeoisie (d. h. bei uns mit der Bauernschaft) zur selbständigen Triebkraft wird, entgegen allen Schwankungen und Verrätereien der wankelmütigen und konterrevolutionären Bourgeoisie.

Nicht unter Nikolaus II., liebwerte Genossen Menschewiki, sondern unter Alexander II. begann der russische Zarismus sich in eine „plutokratische" Monarchie zu verwandeln, „*begann* er, die Klasseninteressen der Bourgeoisie zum Ausdruck zu bringen". Aber er konnte sie nicht zum Ausdruck bringen ohne eine selbständige Klassen*organisation* der Bourgeoisie. Die Revolution von 1905 hob uns auf eine höhere Stufe, und der alte Kampf wird auf der Ebene höher entwickelter politischer Verhältnisse wiederaufgenommen. Die III. Duma ist ein politisch fest geformtes, gesamtnationales Bündnis der politischen *Organisationen* der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie. Der Zarismus macht den Versuch, die objektiv notwendigen historischen Aufgaben mit Hilfe der *Organisationen* dieser beiden Klassen zu lösen. Wird ihm dieser Versuch gelingen?

Nein. Es erweist sich, daß weder der plutokratische Zarismus, der die Organisation einer nationalen Vertretung der „oberen" Klassen nicht kannte, noch der halbbürgerliche Zarismus mit Hilfe einer bürgerlichen Schwarzhunderterduma eine solche Aufgabe zu lösen vermag. Die Duma hilft ihm, diese Aufgabe zu lösen. Doch diese Hilfe ist, *wie sich zeigt*, zu gering. Die „Linksschwenkung" der Bourgeoisie ist gerade durch den *objektiven* Umstand hervorgerufen, daß trotz der Stolypinschen Renovierung des Zarismus dabei die bürgerliche Evolution *nicht gewährleistet*

ist. Ähnlich wie vor dem Jahre 1905, in der Epoche, als der Zarismus keinerlei Vertretungskörperschaften kannte, eine „Linksschwenkung" der Gutsbesitzer und Adelsmarschälle das Symptom für eine heranreifende Krise war, bildet auch im Jahre 1909, in der Epoche, in der der Zarismus den Krestownikow eine nationale Vertretung gegeben hat, die „Linksschwenkung" dieser Magnaten ein *Symptom* dafür, daß „die objektiven Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland nach wie vor nicht gelöst sind", daß „die *Haupt*faktoren, die die Revolution von 1905 hervorriefen, weiterhin wirksam bleiben" (die auf der Konferenz angenommene Resolution über die gegenwärtige Lage).

Die Menschewiki beschränken ihre Gedankengänge darauf, daß die Revolution bei uns eine bürgerliche sei und die Bourgeoisie bei uns „nach links schwenkt". Sich darauf beschränken heißt jedoch den Marxismus aus einer „Anleitung zum Handeln" zu einem toten Buchstaben machen, heißt den Marxismus verfälschen, heißt faktisch zum Standpunkt des Liberalismus hinüberwechseln. Möglich ist eine bürgerliche Revolution ohne einen einzigen vollen Sieg des Proletariats, die Folge wäre die allmähliche Umwandlung der alten Monarchie in eine bürgerliche und bürgerlich-imperialistische Monarchie (Beispiel: Deutschland). Möglich ist eine bürgerliche Revolution mit vielen selbständigen Aktionen des Proletariats, die sowohl zu vollen Siegen als auch zu schweren Niederlagen, aber im Ergebnis zur bürgerlichen Republik führen (Beispiel: Frankreich).

Es erhebt sich die Frage: Ist die Frage des einen oder des anderen Weges von der russischen Geschichte entschieden worden? Die Menschewiki verstehen diese Frage nicht, sie fürchten sie zu stellen, sie umgehen sie, weil sie nicht erkennen, daß ein Ausweichen vor dieser Frage faktisch bedeutet, mit seiner Politik hinter der liberalen Bourgeoisie einherzutraben. Wir meinen, daß die russische Geschichte diese Frage noch nicht entschieden hat, daß sie der Klassenkampf im Laufe der nächsten Jahre entscheiden wird, daß die erste Kampagne unserer bürgerlichen Revolution (1905–1907) die ganze Wankelmütigkeit und den konterrevolutionären Charakter unserer Bourgeoisie unwiderleglich bewiesen hat, daß sie die Fähigkeit unseres Proletariats demonstriert hat, *Führer* einer siegreichen Revolution zu sein, und die Fähigkeit der demokratischen Massen der Bauernschaft, dem Proletariat zu helfen, diese Revolution siegreich zu gestalten.

Hier stoßen wir wieder auf den rein liberalen Standpunkt der Menschewiki bezüglich unserer *trudowikischen* Bauernschaft. Die Trudowiki stecken voller kleinbürgerlicher Utopien, sie führen ihren Kampf um Land unter den törichten und reaktionären Losungen einer Sozialisierung des Grund und Bodens bzw. seiner ausgleichenden Nutzung – sagen die Menschewiki –; „folglich" *schwäche* der Kampf der Trudowiki um Land den Kampf für die Freiheit, ein Sieg der Trudowiki wäre ein reaktionärer Sieg des Dorfes über die Stadt – darin gipfeln die Überlegungen Martynows in Nr. 10/11 des „Golos Sozial-Demokrata" und Martows in dem Sammelband „Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts".

Eine solche Einschätzung der trudowikischen Bauernschaft stellt eine nicht minder üble Verfälschung des Marxismus dar als die oben angeführten Gedanken über die bürgerliche Revolution. Es ist schlimmster Doktrinarismus, wenn ein Marxist es nicht versteht, hinter der Hülle der volkstümlerischen *Doktrin* – die, wenn man sie als sozialistische Doktrin wertet, wirklich unsinnig, utopisch und reaktionär ist – die *reale* Bedeutung des revolutionären Kampfes gegen den ganzen heutigen gutsherrlichen Grundbesitz aufzudecken. Die Menschewiki offenbaren verblüffende Blindheit und Unverständnis für die Dialektik des Marxismus, wenn sie nicht sehen, daß der bürgerlich-demokratische Revolutionismus der russischen Bauernschaft unter den gegebenen Lebensbedingungen sich ideologisch nicht anders äußern konnte, als in der Form des „Glaubens" an die allrettende Wirkung der ausgleichenden Bodenaufteilung. „Was aber ökonomisch formell falsch, kann darum doch weltgeschichtlich richtig sein"[116] – diese Worte Engels' vermochten unsere Menschewiki niemals zu begreifen. Sie entlarvten die *falsche* volkstümlerische *Doktrin*, aber verschließen wie Pedanten ihre Augen vor der in diesen quasisozialistischen Doktrinen zutage tretenden *Wahrheit* des heutigen Kampfes in der heutigen bürgerlichen Revolution.

Wir dagegen sagen: Entschiedener Kampf gegen die quasisozialistischen Doktrinen der Trudowiki, Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und Co. und offenes, festes Bekenntnis zum *Bündnis* des Proletariats mit der revolutionären Bauernschaft in der *bürgerlichen* Revolution. Der Sieg dieser Revolution wird die Doktrin von der allrettenden Wirkung der ausgleichenden Bodenaufteilung wie Rauch im Wind zerflattern lassen,

aber die Massen der Bauernschaft zeigen mit dieser Doktrin in dem gegenwärtigen Kampf gerade die Breite, die Kraft und die Kühnheit, die Begeisterung, die Aufrichtigkeit und Unbesiegbarkeit ihrer historischen Aktion, die Rußland von jeglichen Überresten der Leibeigenschaft säubern wird.

Die Bourgeoisie schwenkt nach links, also nieder mit dem Utopismus der Trudowiki, es lebe die Unterstützung der Bourgeoisie – sagen die Menschewiki. Die Bourgeoisie schwenkt nach links – sagen wir –, folglich häuft sich in der Pulverkammer der russischen Revolution neuer Zündstoff an. Wenn heute die Krestownikow sagen: „Rußland ist krank" – dann bedeutet dies, daß morgen das sozialistische Proletariat, das die demokratische Bauernschaft mit sich zieht, auftreten und sagen wird: „Wir werden es gesund machen!"

„Proletari" Nr. 44,
8. (21.) April 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

ÜBER DAS VERHÄLTNIS DER ARBEITERPARTEI ZUR RELIGION

Die Rede des Abgeordneten Surkow in der Reichsduma bei der Behandlung des Budgets des Synods und die unten veröffentlichten Diskussionsreden in unserer Dumafraktion bei der Erörterung des Entwurfs dieser Rede haben eine gerade jetzt höchst wichtige und aktuelle Frage aufgeworfen. Ein Interesse für alles, was mit der Religion zusammenhängt, hat heute zweifellos weite Kreise der „Gesellschaft" erfaßt und hat sich auch in der der Arbeiterbewegung nahestehenden Intelligenz sowie in gewissen Kreisen der Arbeiter ausgebreitet. Die Sozialdemokratie ist unbedingt verpflichtet, ihr Verhältnis zur Religion klar darzulegen.

Die ganze Weltanschauung der Sozialdemokratie ist auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. dem Marxismus aufgebaut. Die philosophische Grundlage des Marxismus bildet, wie sowohl Marx als auch Engels wiederholt erklärt haben, der dialektische Materialismus, der die historischen Traditionen des Materialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich sowie Feuerbachs (erste Hälfte des 19. Jahrhunderts) in Deutschland in vollem Umfang aufgegriffen hat – eines Materialismus, der unbedingt atheistisch und jeder Religion entschieden feind ist. Wir erinnern daran, daß der ganze „Anti-Dühring" von Engels, den Marx im Manuskript gelesen hat, den Materialisten und Atheisten Dühring des inkonsequenten Materialismus überführt, daß er nachweist, wie Dühring der Religion und einer Religionsphilosophie Hintertürchen offenläßt. Wir erinnern daran, daß Engels in seinem Werk über Ludwig Feuerbach diesem vorwirft, er habe die Religion bekämpft, nicht um sie abzuschaffen, sondern um sie zu erneuern, um eine neue, „höhere" Religion zu konstruieren u. dgl. m. Die Religion ist das Opium des Volkes – dieser Aus-

spruch von Marx bildet den Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Frage der Religion.[117] Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die die Ausbeutung verteidigen und die Arbeiterklasse verdummen und umnebeln sollen.

Zugleich verurteilte Engels jedoch wiederholt die Versuche von Leuten, die „linker" oder „revolutionärer" sein wollten als die Sozialdemokratie, in das Programm der Arbeiterpartei ein direktes Bekenntnis zum Atheismus im Sinne einer Kriegserklärung an die Religion hineinzubringen. Im Jahre 1874 stellte er, als er über das berühmte Manifest der blanquistischen Kommuneflüchtlinge sprach, die als Emigranten in London lebten, deren lärmende Kriegserklärung an die Religion als Dummheit hin und erklärte, eine solche Kriegsansage sei das beste Mittel, das Interesse für die Religion zu beleben und das wirkliche Absterben der Religion zu erschweren. Engels warf den Blanquisten vor, sie vermöchten nicht zu begreifen, daß allein der Klassenkampf der Arbeitermassen, der die breitesten Schichten des Proletariats allseitig in die bewußte und revolutionäre gesellschaftliche *Praxis* einbezieht, imstande sei, die unterdrückten Massen vom Joch der Religion wirklich zu befreien, während es eine anarchistische Phrase sei, den Krieg gegen die Religion zur politischen Aufgabe der Arbeiterpartei zu proklamieren.[118] Und im Jahre 1877 brandmarkte Engels im „Anti-Dühring" schonungslos selbst die geringsten Zugeständnisse des Philosophen Dühring an den Idealismus und die Religion, verurteilte aber zugleich nicht minder entschieden die angeblich revolutionäre Idee Dührings, in der sozialistischen Gesellschaft die Religion zu verbieten. Der Religion einen solchen Krieg ansagen heißt nach Engels „den Bismarck überbismarcken", d. h. die Torheit des Bismarckschen Kampfes gegen die Klerikalen wiederholen (der berüchtigte „Kulturkampf"*, d. h. der Kampf, den Bismarck in den siebziger Jahren durch polizeiliche Verfolgungen des Katholizismus gegen die deutsche Partei der Katholiken, die „Zentrums"partei, führte). Durch diesen Kampf hat Bismarck den streitbaren Klerikalismus der Katholiken nur *gestärkt*, hat er der Sache der wirklichen Kultur nur Abbruch getan, denn statt der politischen Scheidewände rückte er die religiösen Scheidewände in den Vordergrund und lenkte so die Aufmerksamkeit gewisser Schichten der Arbeiterklasse

* „Kulturkampf" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des revolutionären und des Klassenkampfes auf einen ganz oberflächlichen und bürgerlich-verlogenen Antiklerikalismus ab. Engels erhob gegen Dühring, der ultrarevolutionär sein wollte, den Vorwurf, dieselbe Torheit Bismarcks in anderer Form wiederholen zu wollen, und forderte von der Arbeiterpartei, sie müsse es verstehen, geduldig an der Organisierung und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten – das werde zum Absterben der Religion führen, sie dürfe sich aber nicht in das Abenteuer eines politischen Krieges gegen die Religion stürzen.[119] Diese Auffassung ist der deutschen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergegangen; sie hat sich zum Beispiel für die freie Betätigung der Jesuiten, für ihre Zulassung in Deutschland, für die Aufhebung aller polizeilichen Kampfmaßnahmen gegen irgendeine Religion ausgesprochen. „Erklärung der Religion zur Privatsache" – in diesem berühmten Punkt des Erfurter Programms (1891) wurde die dargelegte politische Taktik der Sozialdemokratie verankert.

Inzwischen ist diese Taktik aber zur Schablone geworden und hat bereits eine neue Verfälschung des Marxismus in der entgegengesetzten Richtung, in Richtung des Opportunismus, erzeugt. Man begann den Satz des Erfurter Programms so auszulegen, als ob wir Sozialdemokraten, als ob unsere Partei die Religion als Privatsache *betrachten*, als ob für uns als Sozialdemokraten, für uns als Partei die Religion Privatsache sei. Ohne sich in eine direkte Polemik gegen diese opportunistische Auffassung einzulassen, hat Engels es in den neunziger Jahren für notwendig befunden, entschieden gegen sie Stellung zu nehmen, nicht in polemischer, sondern in positiver Form. Und zwar hat er es in Form einer von ihm bewußt hervorgehobenen Erklärung getan, die Sozialdemokratie betrachte die Religion *dem Staat gegenüber* als Privatsache[120], keineswegs aber sich selbst, keineswegs dem Marxismus, keineswegs der Arbeiterpartei gegenüber.

Das ist die äußere Geschichte der Stellungnahmen von Marx und Engels zur Frage der Religion. Leuten, die sich dem Marxismus gegenüber oberflächlich verhalten, Leuten, die nicht denken können oder wollen, erscheint diese Geschichte als ein Knäuel sinnloser Widersprüche und Schwankungen des Marxismus: sozusagen als ein Mischmasch aus „konsequentem" Atheismus und „Nachsicht" gegenüber der Religion, als irgendein „prinzipienloses" Schwanken zwischen dem r-r-revolutionären

Krieg gegen Gott und dem feigen Bestreben, den gläubigen Arbeitern „nach dem Munde zu reden", der Furcht, sie abzuschrecken usw. usf. In der Literatur der anarchistischen Phrasendrescher kann man gar manche Ausfälle dieser Art gegen den Marxismus finden.

Wer jedoch auch nur halbwegs fähig ist, den Marxismus ernsthaft zu ergründen, sich in seine philosophischen Grundlagen und in die Erfahrungen der internationalen Sozialdemokratie hineinzudenken, der wird leicht erkennen, daß die Taktik des Marxismus gegenüber der Religion ganz konsequent und von Marx und Engels gründlich durchdacht ist, daß das, was Dilettanten oder Ignoranten für Schwankungen halten, eine direkte und unumgängliche Schlußfolgerung aus dem dialektischen Materialismus ist. Es wäre grundfalsch zu glauben, daß sich die vermeintliche „Mäßigung" des Marxismus gegenüber der Religion aus sogenannten „taktischen" Erwägungen – im Sinne des Bestrebens, „nicht abzuschrekken" usw. – erkläre. Im Gegenteil, die politische Linie des Marxismus steht auch in dieser Frage in untrennbarem Zusammenhang mit seinen philosophischen Grundlagen.

Marxismus ist Materialismus. Als solcher steht er der Religion ebenso schonungslos feindlich gegenüber wie der Materialismus der Enzyklopädisten des 18. Jahrhunderts oder der Materialismus Feuerbachs. Das steht außer Zweifel. Aber der dialektische Materialismus von Marx und Engels geht weiter als jener der Enzyklopädisten und Feuerbachs, denn er wendet die materialistische Philosophie auf das Gebiet der Geschichte, auf das Gebiet der Gesellschaftswissenschaften an. Wir müssen die Religion bekämpfen. Das ist das Abc des *gesamten* Materialismus und folglich auch des Marxismus. Aber der Marxismus ist kein Materialismus, der beim Abc stehengeblieben ist. Der Marxismus geht weiter. Er sagt: Man muß *verstehen*, die Religion zu bekämpfen, dazu aber ist es notwendig, den Ursprung, den Glauben und Religion unter den Massen haben, *materialistisch* zu erklären. Den Kampf gegen die Religion darf man nicht auf abstrakt-ideologische Propaganda beschränken, darf ihn nicht auf eine solche Propaganda reduzieren, sondern er muß in Zusammenhang gebracht werden mit der konkreten Praxis der Klassenbewegung, die auf die Beseitigung der sozialen Wurzeln der Religion abzielt. Warum findet die Religion in den rückständigen Schichten des städtischen Proletariats, in breiten Schichten des Halbproletariats und auch in der Hauptmasse

der Bauernschaft noch Boden? Wegen der Unwissenheit des Volkes, antwortet der bürgerliche Fortschrittler, der Radikale oder der bürgerliche Materialist. Also, nieder mit der Religion, es lebe der Atheismus, die Verbreitung atheistischer Anschauungen ist unsere Hauptaufgabe. Der Marxist sagt: Das ist falsch. Eine solche Auffassung ist oberflächliche, bürgerlich beschränkte Kulturbringerei. Eine solche Auffassung erklärt die Wurzeln der Religion nicht gründlich genug, nicht materialistisch, sondern idealistisch. In den modernen kapitalistischen Staaten sind diese Wurzeln hauptsächlich *sozialer* Natur. Die soziale Unterdrückung der werktätigen Massen, ihre scheinbar völlige Ohnmacht gegenüber den blind waltenden Kräften des Kapitalismus, der den einfachen arbeitenden Menschen täglich und stündlich tausendmal mehr entsetzlichste Leiden und unmenschlichste Qualen bereitet als irgendwelche außergewöhnlichen Ereignisse wie Kriege, Erdbeben usw. – darin liegt heute die tiefste Wurzel der Religion. „Die Furcht hat die Götter erzeugt." Die Furcht vor der blind wirkenden Macht des Kapitals, blind, weil ihr Wirken von den Volksmassen nicht vorausgesehen werden kann und dem Proletarier und dem Kleineigentümer bei jedem Schritt ihres Lebens den „plötzlichen", „unerwarteten", „zufälligen" Ruin, den Untergang, die Verwandlung in einen Bettler, einen Pauper, eine Prostituierte, den Hungertod zu bringen droht und auch tatsächlich bringt – das ist jene *Wurzel* der heutigen Religion, die der Materialist vor allem und am meisten beachten *muß*, wenn er nicht ein Abc-Schütze des Materialismus bleiben will. Keine Aufklärungsschrift wird die Religion aus den Massen austreiben, die, niedergedrückt durch die kapitalistische Zwangsarbeit, von den blind waltenden, zerstörerischen Kräften des Kapitalismus abhängig bleiben, solange diese Massen nicht selbst gelernt haben werden, diese *Wurzel* der Religion, die *Herrschaft des Kapitals* in all ihren Formen vereint, organisiert, planmäßig, bewußt zu bekämpfen.

Folgt daraus etwa, daß eine Aufklärungsschrift gegen die Religion schädlich oder überflüssig wäre? Keineswegs. Daraus ergibt sich etwas ganz anderes. Daraus folgt, daß die atheistische Propaganda der Sozialdemokratie ihrer Hauptaufgabe *untergeordnet* sein muß: der Entfaltung des Klassenkampfes der ausgebeuteten *Massen* gegen die Ausbeuter.

Jemand, der sich nicht in die Grundlagen des dialektischen Materialismus, d. h. der Philosophie von Marx und Engels, vertieft hat, wird diese

These möglicherweise nicht begreifen (oder zumindest nicht sofort begreifen). Wie soll das möglich sein? Die ideologische Propaganda, die Propagierung bestimmter Ideen, der Kampf gegen den Feind der Kultur und des Fortschritts, der sich seit Jahrtausenden am Leben hält (d. h. gegen die Religion), soll dem Klassenkampf, d. h. dem Kampf für bestimmte praktische Ziele auf ökonomischem und politischem Gebiet, untergeordnet werden?

Ein solcher Einwand gehört zu den landläufigen Einwänden gegen den Marxismus, die nur davon zeugen, daß man die Marxsche Dialektik ganz und gar nicht verstanden hat. Der Widerspruch, der alle jene verwirrt, die solche Einwände erheben, ist ein lebendiger Widerspruch des lebendigen Lebens, d. h. ein dialektischer Widerspruch und kein Widerspruch in Worten, kein ausgedachter Widerspruch. Die theoretische Propaganda des Atheismus, d. h. die Zerstörung des religiösen Glaubens bei gewissen Schichten des Proletariats, durch eine absolute, unüberschreitbare Grenze von dem Erfolg, dem Verlauf, den Bedingungen des Klassenkampfes dieser Schichten trennen heißt undialektisch denken, heißt das zu einer absoluten Grenze machen, was eine bewegliche, relative Grenze ist, heißt etwas gewaltsam auseinanderreißen, was in der lebendigen Wirklichkeit untrennbar miteinander verbunden ist. Nehmen wir ein Beispiel. Gesetzt, das Proletariat eines bestimmten Gebiets und eines bestimmten Industriezweigs zerfalle in eine fortgeschrittene Schicht ziemlich bewußter Sozialdemokraten, die selbstverständlich Atheisten sind, und in ziemlich rückständige, noch mit dem Dorf und der Bauernschaft verbundene Arbeiter, die an Gott glauben, in die Kirche gehen oder sogar unter dem direkten Einfluß des Ortsgeistlichen stehen, der, sagen wir, einen christlichen Arbeiterverein gründet. Gesetzt ferner, der ökonomische Kampf habe in einem solchen Ort zu einem Streik geführt. Der Marxist ist verpflichtet, den Erfolg der Streikbewegung in den Vordergrund zu stellen, einer Aufspaltung der Arbeiter in diesem Kampf in Atheisten und Christen entschieden entgegenzuwirken und gegen eine solche Aufspaltung entschieden zu kämpfen. Atheistische Propaganda kann unter diesen Umständen ganz überflüssig, ja schädlich sein – nicht vom Standpunkt spießerlicher Erwägungen über die Abschreckung der rückständigen Schichten, über einen Mandatsverlust bei den Wahlen usw., sondern vom Standpunkt des wirklichen Fortschritts des Klassenkampfes, der unter den Verhält-

nissen der modernen kapitalistischen Gesellschaft die christlichen Arbeiter hundertmal besser zur Sozialdemokratie und zum Atheismus führen wird als die bloße atheistische Propaganda. Ein Propagandist des Atheismus würde in einem solchen Augenblick und unter solchen Umständen nur dem Pfaffen und dem Pfaffentum *Vorschub* leisten, die nichts sehnlicher wünschen als eine Aufspaltung der Arbeiter nach dem Glauben an Gott anstatt ihrer Scheidung nach der Streikbeteiligung. Ein Anarchist, der den Krieg gegen Gott um jeden Preis predigt, würde dadurch in Wirklichkeit den Pfaffen und der Bourgeoisie helfen (wie ja die Anarchisten *in Wirklichkeit* stets der Bourgeoisie helfen). Ein Marxist muß Materialist sein, d. h. ein Feind der Religion, doch ein dialektischer Materialist, d. h. ein Materialist, der den Kampf gegen die Religion nicht abstrakt, nicht auf dem Boden einer abstrakten, rein theoretischen, sich stets gleichbleibenden Propaganda führt, sondern konkret, auf dem Boden des Klassenkampfes, wie er sich *in Wirklichkeit* abspielt, der die Massen am meisten und am besten erzieht. Ein Marxist muß es verstehen, die ganze konkrete Situation zu berücksichtigen, stets die Grenze zwischen Anarchismus und Opportunismus zu finden (diese Grenze ist relativ, beweglich, veränderlich, aber sie existiert), er darf weder in das abstrakte, phrasenhafte, in Wirklichkeit hohle „Revoluzzertum" des Anarchisten verfallen noch in das Spießertum und den Opportunismus des Kleinbürgers oder des liberalen Intellektuellen, der sich nicht traut, gegen die Religion zu kämpfen, der diese seine Aufgabe vergißt, sich mit dem Glauben an Gott abfindet, sich nicht von den Interessen des Klassenkampfes leiten läßt, sondern von der kleinlichen, kläglichen Berechnung: niemand kränken, niemand abstoßen, niemand abschrecken – von der neunmalweisen Regel „Leben und leben lassen" usw. usf.

Von diesem Standpunkt aus müssen alle Einzelfragen gelöst werden, die das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion betreffen. Oft wird zum Beispiel die Frage aufgeworfen, ob ein Geistlicher Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein kann, und diese Frage wird gewöhnlich ohne jeden Vorbehalt bejahend beantwortet, wobei man sich auf die Erfahrungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien beruft. Doch diese Erfahrungen sind nicht nur durch die Anwendung der Doktrin des Marxismus auf die Arbeiterbewegung zustande gekommen, sondern auch durch die besonderen historischen Verhältnisse des Westens, die in Ruß-

land nicht gegeben sind (wir werden auf diese Verhältnisse noch zu sprechen kommen), so daß eine bedingungslos bejahende Antwort hier falsch wäre. Man kann nicht ein für allemal und für alle Verhältnisse erklären, daß Geistliche nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein können, aber man kann auch nicht ein für allemal die entgegengesetzte Regel aufstellen. Kommt ein Geistlicher zu uns zwecks gemeinsamer politischer Arbeit und leistet er gewissenhaft Parteiarbeit, ohne gegen das Parteiprogramm aufzutreten, so können wir ihn in die Reihen der Sozialdemokratie aufnehmen, denn der Widerspruch zwischen dem Geist und den Grundlagen unseres Programms einerseits und der religiösen Überzeugung des Geistlichen anderseits könnte unter solchen Umständen ein nur ihn allein betreffender, persönlicher Widerspruch bleiben, und eine politische Organisation kann ihre Mitglieder nicht daraufhin examinieren, ob zwischen ihren Anschauungen und dem Parteiprogramm nicht ein Widerspruch besteht. Aber selbstverständlich dürfte ein solcher Fall sogar in Europa eine seltene Ausnahme sein, während er in Rußland schon ganz unwahrscheinlich ist. Und träte z. B. ein Geistlicher in die sozialdemokratische Partei ein und begänne in dieser Partei als seine wichtigste und fast ausschließliche Arbeit eine aktive Propaganda religiöser Anschauungen zu betreiben, so müßte die Partei ihn unbedingt aus ihrer Mitte entfernen. Wir müssen es nicht nur allen Arbeitern, die den Glauben an Gott noch bewahrt haben, gestatten, der sozialdemokratischen Partei beizutreten, sondern müssen sie zielstrebig für sie gewinnen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Überzeugungen, doch wir suchen sie zu gewinnen, um sie im Geiste unseres Programms zu erziehen, nicht aber, damit sie dieses Programm bekämpfen. Wir lassen *innerhalb* der Partei Meinungsfreiheit gelten, jedoch in gewissen, durch die Freiheit der Gruppierung bestimmten Grenzen: Wir sind nicht verpflichtet, mit solchen Leuten zusammenzugehen, die von der Mehrheit der Partei abgelehnte Anschauungen aktiv propagieren.

Ein anderes Beispiel: Kann man unter allen Umständen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in gleicher Weise verurteilen, wenn sie erklären: „Der Sozialismus ist meine Religion", und wenn sie Auffassungen propagieren, die einer solchen Erklärung entsprechen? Nein. Eine Abweichung vom Marxismus (und folglich auch vom Sozialismus) liegt hier zweifellos vor, aber die Bedeutung dieser Abweichung, sozusagen ihr

spezifisches Gewicht kann in verschiedenen Situationen verschieden sein. *Eine* Sache ist es, wenn ein Agitator oder jemand, der vor Arbeitermassen auftritt, so spricht, um verständlicher zu sein, um seine Darlegung zu beginnen, um seine Ansichten faßbarer darzustellen in Ausdrücken, die der unaufgeklärten Masse am geläufigsten sind. Eine *andere* Sache ist es, wenn ein Schriftsteller beginnt, „Gottbildnertum" oder einen gottbildnerischen Sozialismus zu predigen (im Sinne etwa unserer Lunatscharski und Co.). Während im ersten Falle eine Verurteilung nur Nörgelei oder sogar eine unangebrachte Beschränkung der Freiheit des Agitators, der Freiheit des „pädagogischen" Einwirkens sein könnte, ist im zweiten Falle eine Verurteilung durch die Partei notwendig und unbedingt geboten. Die These „Der Sozialismus ist eine Religion" ist für die einen eine Form des Übergangs von der Religion zum Sozialismus, für die anderen – *vom* Sozialismus zur Religion.

Behandeln wir nun die Bedingungen, die im Westen eine opportunistische Auslegung der These von der „Erklärung der Religion zur Privatsache" aufkommen ließen. Natürlich haben wir es dort mit dem Einfluß allgemeiner Ursachen zu tun, die den Opportunismus überhaupt als Opferung der fundamentalen Interessen der Arbeiterbewegung zugunsten augenblicklicher Vorteile entstehen lassen. Die Partei des Proletariats fordert *vom Staat*, die Religion zur Privatsache zu erklären, wobei sie den Kampf gegen das Opium des Volkes, den Kampf gegen den religiösen Aberglauben usw., keineswegs als „Privatsache" betrachtet. Die Opportunisten verdrehen die Sache so, als *halte die sozialdemokratische* Partei die Religion für eine Privatsache!

Aber neben der üblichen opportunistischen Verfälschung (die in der Diskussion unserer Dumafraktion über die Rede zur Frage der Religion ganz ungeklärt blieb) gibt es noch besondere historische Bedingungen, die die gegenwärtige, wenn man sich so ausdrücken darf, außerordentliche Gleichgültigkeit der europäischen Sozialdemokraten gegenüber der Frage der Religion hervorgerufen haben. Diese Bedingungen sind von zweierlei Art. Erstens stellt die Aufgabe, die Religion zu bekämpfen, historisch eine Aufgabe der revolutionären Bourgeoisie dar, und im Westen hat die bürgerliche Demokratie in der Epoche *ihrer* Revolutionen oder ihres Ansturms gegen den Feudalismus und das Mittelalter diese Aufgabe in hohem Maße erfüllt (oder suchte es jedenfalls zu tun). Sowohl in Frankreich

als auch in Deutschland gibt es eine Tradition des bürgerlichen Kampfes gegen die Religion, der lange vor der Entstehung der sozialistischen Bewegung aufgenommen wurde (die Enzyklopädisten, Feuerbach). In Rußland fällt, entsprechend den Bedingungen unserer bürgerlich-demokratischen Revolution, auch diese Aufgabe fast völlig der Arbeiterklasse zu. Die kleinbürgerliche (volkstümlerische) Demokratie hat bei uns in dieser Hinsicht nicht (wie die neugebackenen Schwarzhunderterkadetten oder kadettischen Schwarzhunderter von den „Wechi"[121] glauben) zuviel, sondern im Vergleich zu Europa *zuwenig* getan.

Anderseits hat aber die Tradition des bürgerlichen Kampfes gegen die Religion in Europa auch eine spezifisch bürgerliche *Verzerrung* dieses Kampfes durch den Anarchismus hervorgebracht, der, wie die Marxisten schon längst und wiederholt klargestellt haben, bei aller „Heftigkeit" seiner Angriffe gegen die Bourgeoisie doch auf dem Boden der bürgerlichen Weltanschauung steht. Die Anarchisten und Blanquisten in den romanischen Ländern, Most (der übrigens ein Schüler Dührings war) und Co. in Deutschland und die Anarchisten der achtziger Jahre in Österreich haben die revolutionäre Phrase im Kampf gegen die Religion bis zum nec plus ultra* getrieben. Kein Wunder, daß die europäischen Sozialdemokraten jetzt auf die Überspitzungen der Anarchisten mit *Überspitzungen nach der anderen Seite* reagieren. Das ist begreiflich und in gewissem Maße gesetzmäßig, aber es ist nicht angängig, daß wir russischen Sozialdemokraten die besonderen historischen Bedingungen des Westens vergessen.

Zweitens war im Westen *nach* Abschluß der nationalen bürgerlichen Revolutionen, *nach* Herstellung einer mehr oder weniger vollständigen Glaubensfreiheit die Frage des demokratischen Kampfes gegen die Religion durch den Kampf der bürgerlichen Demokratie gegen den Sozialismus historisch schon so sehr in den Hintergrund gedrängt, daß die bürgerlichen Regierungen *bewußt* versuchten, durch einen quasiliberalen „Feldzug" gegen den Klerikalismus die Aufmerksamkeit der Massen vom Sozialismus abzulenken. Einen solchen Charakter trug sowohl der Kulturkampf** in Deutschland als auch der Kampf der bürgerlichen Republikaner Frankreichs gegen den Klerikalismus. Der bürgerliche Antiklerika-

* zur äußersten Grenze. *Die Red.*

** „Kulturkampf" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

lismus als Mittel, die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen vom Sozialismus abzulenken, ging im Westen der Verbreitung der gegenwärtigen „Gleichgültigkeit" gegenüber dem Kampf gegen die Religion, wie sie heute unter den Sozialdemokraten zu finden ist, voraus. Und das ist wiederum verständlich und gesetzmäßig, denn dem bürgerlichen und dem Bismarckschen Antiklerikalismus mußten die Sozialdemokraten eben die *Unterordnung* des Kampfes gegen die Religion unter den Kampf für den Sozialismus entgegensetzen.

In Rußland liegen die Verhältnisse ganz anders. Das Proletariat ist der Führer unserer bürgerlich-demokratischen Revolution. Seine Partei muß der ideologische Führer im Kampf gegen alles Mittelalterliche sein, darunter auch gegen die alte Staatsreligion und gegen alle Versuche, sie aufzufrischen, sie neu oder in anderer Weise zu begründen usw. Engels hat den Opportunismus der deutschen Sozialdemokraten, die die Forderung der Arbeiterpartei, der *Staat* solle die Religion zur Privatsache erklären, durch die *Erklärung* der Religion zur Privatsache für die Sozialdemokraten selbst und für die sozialdemokratische Partei ersetzten, verhältnismäßig sanft korrigiert, aber es ist begreiflich, daß die Übernahme dieser deutschen Entstellung durch die russischen Opportunisten eine *hundertfach* schärfere Verurteilung durch Engels erfahren würde.

Als unsere Fraktion von der Dumatribüne herab erklärte, die Religion sei das Opium des Volkes, handelte sie völlig richtig und schuf damit einen Präzedenzfall, der für alle Äußerungen russischer Sozialdemokraten zur Frage der Religion die Grundlage abgeben muß. Hätte man noch weiter gehen und noch ausführlicher atheistische Schlußfolgerungen ableiten sollen? Wir glauben, nein. Das hätte die Gefahr einer Überbetonung des Kampfes der politischen Partei des Proletariats gegen die Religion mit sich bringen, hätte zu einer Verwischung der Grenze zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Kampf gegen die Religion führen können. Die erste Aufgabe, die die sozialdemokratische Fraktion in der Schwarzhunderterduma zu erfüllen hatte, hat sie in Ehren erfüllt.

Die zweite und für die Sozialdemokratie wohl die wichtigste – nämlich herauszuarbeiten, welche Klassenfunktion die Kirche und die Geistlichkeit bei der Unterstützung der Schwarzhunderterregierung und der Bourgeoisie in deren Kampf gegen die Arbeiterklasse ausüben – ist gleichermaßen in Ehren erfüllt worden. Natürlich läßt sich über dieses Thema

noch sehr viel sagen, und in weiteren Reden werden die Sozialdemokraten schon wissen, wodurch sie die Rede des Gen. Surkow zu ergänzen haben, aber dennoch war seine Rede ausgezeichnet, und ihre Verbreitung durch alle Parteiorganisationen ist direkte Pflicht unserer Partei.

Zum dritten hätte man ganz ausführlich den *richtigen* Sinn der von den deutschen Opportunisten so oft entstellten These „Erklärung der Religion zur Privatsache" erläutern sollen. Das hat Gen. Surkow leider nicht getan. Das ist um so mehr zu bedauern, als die Fraktion bereits in ihrer früheren Tätigkeit hinsichtlich dieser Frage den seinerzeit vom *„Proletari"* angeprangerten Fehler des Gen. Beloussow begangen hat. Die Diskussion in der Fraktion zeigt, daß die Frage nach der richtigen Darlegung der sattsam bekannten Forderung, die Religion zur Privatsache zu erklären, hier durch die Auseinandersetzung über den Atheismus überschattet worden ist. Wir werden die Schuld an diesem Fehler der gesamten Fraktion nicht Gen. Surkow allein geben. Mehr noch. Wir bekennen offen, daß hier eine Schuld der ganzen Partei vorliegt, die diese Frage nicht genügend erläutert und die Bedeutung der an die deutschen Opportunisten gerichteten Bemerkung Engels' den Sozialdemokraten nicht genügend zum Bewußtsein gebracht hat. Wie die Diskussion innerhalb der Fraktion beweist, handelt es sich hier darum, daß die Frage nicht klar verstanden wurde, keineswegs aber darum, daß man die Lehre von Marx nicht hätte berücksichtigen wollen, und wir sind überzeugt, daß der Fehler in den folgenden Reden der Fraktion korrigiert werden wird.

Im großen und ganzen, wir wiederholen es, ist die Rede des Gen. Surkow ausgezeichnet und muß von allen Organisationen verbreitet werden. Mit der Erörterung dieser Rede hat die Fraktion bewiesen, daß sie ihre sozialdemokratische Pflicht durchaus gewissenhaft erfüllt. Es bleibt zu wünschen, daß in der Parteipresse häufiger Korrespondenzen über die Diskussionen innerhalb der Fraktion erscheinen, damit die Fraktion der Partei nähergebracht, damit die Partei mit der von der Fraktion geleisteten schwierigen innerfraktionellen Arbeit vertraut gemacht und die ideologische Einheit in der Tätigkeit der Partei und der Fraktion hergestellt wird.

„Proletari" Nr. 45,
13. (26.) Mai 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

KLASSEN UND PARTEIEN IN IHREM VERHÄLTNIS ZU RELIGION UND KIRCHE

Die Debatten in der Reichsduma über das Budget des Synods, ferner über die Wiedereinsetzung der Personen, die aus dem geistlichen Stand ausgetreten sind, in ihre Rechte und schließlich über die altgläubigen Gemeinden haben höchst lehrreiches Material zur Charakterisierung der russischen politischen Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche geliefert. Wir wollen dieses Material allgemein analysieren und dabei vor allem auf die Debatten über das Budget des Synods eingehen (stenografische Berichte über die Debatten zu den übrigen obenerwähnten Fragen haben wir noch nicht erhalten).

Die erste Schlußfolgerung, die sich bei der Betrachtung der Dumadebatten ganz besonders aufdrängt, besagt, daß in Rußland ein streitbarer Klerikalismus nicht nur vorhanden ist, sondern offensichtlich immer stärker wird und sich organisiert. Am 16. April erklärte Bischof Mitrofan: „Die ersten Schritte unserer Dumatätigkeit waren gerade darauf gerichtet, daß wir, die wir durch die vom Volke vorgenommene hohe Wahl ausgezeichnet worden sind, uns hier in der Duma über alle Parteizwistigkeiten erheben und eine geschlossene Gruppe der Geistlichkeit bilden, die alle Seiten vom ethischen Standpunkt aus beleuchte... Was war aber der Grund, warum wir nicht zu diesem Idealzustand gelangt sind?... Die Schuld liegt bei denen, die mit Ihnen" (das heißt den Kadetten und den „Linken") „diese Bänke teilen, nämlich an den zur Opposition gehörenden Abgeordneten aus der Geistlichkeit. Sie erhoben als erste ihre Stimme und erklärten, das bedeute nichts weiter als das Entstehen einer klerikalen Partei, was im höchsten Maße unerwünscht sei. Von Klerikalismus kann bei der russischen orthodoxen Geistlichkeit selbstverständlich keine Rede

sein – Tendenzen solcher Art haben wir nie gehabt –, und mit dem Wunsch, uns zu einer besonderen Gruppe zusammenzuschließen, haben wir rein moralische, rein ethische Ziele verfolgt. Und jetzt, meine Herren, da wegen dieser Uneinigkeit, die die linken Abgeordneten in unsere brüderliche Familie getragen haben, Trennung und Aufsplitterung erfolgt ist, jetzt beschuldigen Sie" (das heißt die Kadetten) „uns des Klerikalismus."

Bischof Mitrofan hat in seiner stümperhaften Rede ein Geheimnis ausgeplaudert: die Linken, wie man sehe, seien schuld daran, einen Teil der Dumapfaffen davon abgehalten zu haben, eine besondere „moralische" (dieses Wort ist, um das Volk zu beschwindeln, natürlich bequemer als „klerikale") Gruppe zu bilden!

Fast einen Monat später, am 13. Mai, verlas der Bischof Jewlogi in der Duma einen „Beschluß der Dumageistlichkeit": „Die orthodoxe Dumageistlichkeit vertritt in ihrer überwiegenden Mehrheit die Ansicht", ... daß im Interesse „der dominierenden und herrschenden Stellung der orthodoxen Kirche" weder die Freiheit des Predigens für die Altgläubigen noch die eigenmächtige Gründung altgläubiger Gemeinden, noch die Bezeichnung der altgläubigen Geistlichen als Priester zulässig seien. Der „rein moralische Standpunkt" der russischen Pfaffen hat sich als reinster Klerikalismus offenbart. Die „überwiegende Mehrheit" der Dumageistlichkeit, in deren Namen Bischof Jewlogi sprach, setzt sich wahrscheinlich aus den der III. Duma angehörenden 29 rechten und gemäßigt rechten Geistlichen und vielleicht noch den 8 oktobristischen Geistlichen zusammen. Die Opposition bildeten wahrscheinlich die 4 Geistlichen von der Gruppe der Progressisten und der friedlichen Erneuerer und einer von der polnisch-litauischen Gruppe.

Welches ist nun der „rein moralische, rein ethische Standpunkt der überwiegenden Mehrheit der Dumageistlichkeit" (der Geistlichen in der Duma vom 3. Juni, muß hinzugefügt werden)? Hier einige Auszüge aus den Reden: „Ich sage nur, daß die Initiative für diese" (d. h. kirchlichen) „Reformen von innen, von der Kirche selbst, und nicht von außen, nicht von seiten des Staates und gewiß nicht von der Budgetkommission ausgehen muß, ist doch die Kirche eine göttliche und ewige Institution, sind doch ihre Gesetze unwandelbar, während die Ideale des Staatslebens bekanntlich fortwährenden Veränderungen unterliegen." (Bischof Jewlogi am 14. April.) Der Redner erinnert an die „beunruhigende historische

Parallele", an die Säkularisation von Kirchenbesitz unter Katharina II. „Wer kann sich dafür verbürgen, daß die Budgetkommission, die in diesem Jahr den Wunsch ausgesprochen hat, sie" (die Mittel der Kirche) „der Staatskontrolle zu unterwerfen, im nächsten Jahr nicht den Wunsch äußern wird, sie dem Schatzamt zu unterstellen, um dann ihre Verwaltung den Kirchenbehörden endgültig zu entziehen und den Zivil- oder Staatsbehörden zu übergeben? ... Die Kirchenregeln besagen, daß, wenn die christlichen Seelen dem Bischof anvertraut sind, dies um so mehr für den Kirchenbesitz zu gelten hat ... Heute steht vor Ihnen" (den Dumaabgeordneten) „Ihre geistige Mutter, die heilige orthodoxe Kirche: sie steht vor Ihnen nicht nur als Volksvertretern, sondern auch als ihren geistigen Kindern." (Ebenda.)

Was wir hier vor uns haben, ist reinster Klerikalismus. Die Kirche stehe über dem Staat, wie das Ewige und Göttliche über dem Zeitlichen und Irdischen stehe. Die Kirche verzeiht dem Staat die Säkularisation von Kirchenbesitz nicht. Die Kirche fordert für sich die dominierende und herrschende Stellung. Die Dumaabgeordneten sind für sie nicht nur – richtiger: nicht so sehr – Volksvertreter als vielmehr ihre „geistigen Kinder".

Das sind keine Beamten im Priestergewande, wie sich der Sozialdemokrat Surkow ausdrückte, sondern *Fronherren* im Priestergewande. Verteidigung der feudalen Privilegien der Kirche, offenes Verfechten der mittelalterlichen Zustände – darin besteht das Wesen der von der Mehrheit der Geistlichen in der dritten Duma betriebenen Politik. Bischof Jewlogi ist durchaus keine Ausnahme. Auch Gepezki zetert über die „Säkularisation" als unzulässige „Kränkung" (am 14. April). Der Pfaffe Maschkewitsch zieht gegen den *oktobristischen* Bericht vom Leder wegen des Bestrebens, „jene historischen und kanonischen Pfeiler zu untergraben, auf denen unser kirchliches Leben ruhte und ruhen muß", „das Leben und die Tätigkeit der russischen orthodoxen Kirche vom kanonischen Weg auf einen solchen zu lenken, auf dem ... die wirklichen Kirchenfürsten – die Bischöfe – fast alle ihre von den Aposteln überkommenen Rechte an weltliche Fürsten abtreten müßten" ... „Das ist nichts anderes als ... ein Anschlag auf fremdes Eigentum und auf die Rechte und das Vermögen der Kirche." „Der Berichterstatter führt uns zur Zerstörung der kanonischen Ordnung des kirchlichen Lebens, er will die orthodoxe

Kirche mit all ihren wirtschaftlichen Funktionen der Reichsduma unterordnen, einer Institution, die aus den verschiedenartigsten Elementen besteht, sowohl aus Konfessionen, die in unserem Staat geduldet werden, als auch aus solchen, die in ihm nicht geduldet werden." (14. April.)

Die russischen Volkstümler und Liberalen trösteten oder, richtiger, betrogen sich lange Zeit mit der „Theorie", in Rußland sei kein Boden vorhanden für einen streitbaren Klerikalismus, für den Kampf der „Kirchenfürsten" gegen die weltliche Macht und dergleichen. Mit den übrigen volkstümlerischen und liberalen Illusionen hat unsere Revolution auch diese Illusion zerstört. Solange die Selbstherrschaft unversehrt und unangetastet bestand, existierte der Klerikalismus in versteckter Form. Die Allmacht der Polizei und der Bürokratie verhüllte vor den Augen der „Gesellschaft" und des Volkes den Klassenkampf im allgemeinen und den Kampf der „Fronherren im Priestergewande" gegen den „gemeinen Pöbel" im besonderen. Aber bereits die erste Bresche, die das revolutionäre Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft in die fronherrliche Selbstherrschaft schlugen, machte das Unsichtbare sichtbar. Sobald das Proletariat und die fortgeschrittenen Elemente der bürgerlichen Demokratie von der politischen Freiheit, der Freiheit der Organisierung der Massen, die sie Ende 1905 erobert hatten, Gebrauch zu machen begannen, trachteten auch die reaktionären Klassen nach einer selbständigen und offenen Organisation. Unter dem unumschränkten Absolutismus organisierten sie sich nicht und traten nicht besonders auffallend auf – nicht weil sie schwach, sondern weil sie stark waren, nicht weil sie zur Organisierung und zum politischen Kampf unfähig gewesen wären, sondern weil sie damals noch keine ernste Notwendigkeit einer selbständigen Klassenorganisation sahen. Sie glaubten nicht an die Möglichkeit einer Massenbewegung gegen die Selbstherrschaft und die Feudalherren in Rußland. Sie verließen sich ganz darauf, daß die Knute genüge, um den Pöbel im Zaum zu halten. Gleich die ersten Wunden, die der Selbstherrschaft geschlagen wurden, zwangen aber die sozialen Elemente, die die Selbstherrschaft unterstützen und sie benötigen, ans Licht zu treten. Gegen Massen, die imstande waren, einen 9. Januar heraufzubeschwören, die Streikbewegung von 1905 zu organisieren und sich zur Oktober-Dezember-Revolution zu erheben, kann man schon nicht mehr mit der alten Knute *allein* kämpfen. Nun mußte der Weg selbständiger politischer Organisationen eingeschlagen werden; nun

mußte der Rat des vereinigten Adels Schwarze Hundertschaften organisieren und hemmungsloseste Demagogie entfalten; nun mußte die reaktionäre Geistlichkeit von „den Kirchenfürsten, den Bischöfen", als selbständige Macht organisiert werden.

Die dritte Duma und die ihr entsprechende Periode der russischen Konterrevolution sind gerade dadurch gekennzeichnet, daß diese Organisierung der reaktionären Kräfte auch nach außen hin sichtbar geworden ist, daß sie sich im gesamtnationalen Maßstab zu entfalten begonnen und ein besonderes erzreaktionär-bürgerliches „Parlament" erforderlich gemacht hat. Der streitbare Klerikalismus ist greifbar in Erscheinung getreten, und die russische Sozialdemokratie wird nunmehr des öfteren Zuschauer und Beteiligter bei Konflikten zwischen der klerikalen und der antiklerikalen Bourgeoisie sein müssen. Wenn unsere allgemeine Aufgabe darin besteht, dem Proletariat zu helfen, sich zu einer besonderen Klasse zusammenzuschließen, die sich von der bürgerlichen Demokratie abzugrenzen versteht, so ist ein Bestandteil dieser Aufgabe die Ausnutzung aller Propaganda- und Agitationsmittel, darunter auch der Dumatribüne, um den Massen den Unterschied zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Antiklerikalismus klarzumachen.

Die Oktobristen und die Kadetten haben uns durch ihr Auftreten in der III. Duma gegen die extremen Rechten, gegen die Klerikalen und die Regierung diese Aufgabe außerordentlich erleichtert, weil sie anschaulich das Verhältnis der Bourgeoisie zu Kirche und Religion demonstriert haben. Die legale Presse der Kadetten und der sogenannten Progressisten sucht jetzt die Aufmerksamkeit besonders auf die Frage der Altgläubigen zu richten, darauf, daß die Oktobristen zusammen mit den Kadetten gegen die Regierung Front gemacht und sei es auch im kleinen, „den Weg der Reformen beschritten" hätten, die am 17. Oktober versprochen wurden. Uns interessiert weit mehr die prinzipielle Seite der Frage, d. h. die Stellung, die die Bourgeoisie überhaupt, einschließlich der auf die Bezeichnung Demokraten pochenden Kadetten, gegenüber Kirche und Religion einnimmt. Wir dürfen nicht zulassen, daß die grundlegende Frage nach den Interessen und der Politik der Bourgeoisie als Klasse durch eine verhältnismäßig untergeordnete Frage aus dem Blickfeld gerückt wird, wie es der Konflikt der Altgläubigen mit der herrschenden Kirche und das Verhalten der mit den Altgläubigen verbundenen und zum Teil von ihnen

sogar direkt finanziell abhängigen Oktobristen ist. (Der „Golos Moskwy"[122] soll angeblich von den Altgläubigen finanziert werden.)

Man nehme die Rede des Grafen Uwarow, der, seiner Richtung nach Oktobrist, aus der Fraktion der Oktobristen ausgeschieden ist. Nach der Rede des Sozialdemokraten Surkow auftretend, verzichtet er von vornherein darauf, die Frage auf jenen prinzipiellen Boden zu stellen, auf den sie der Abgeordnete der Arbeiterklasse gestellt hatte. Uwarow beschränkt sich auf Angriffe gegen den Synod und den Oberprokuror wegen der Weigerung, der Duma Auskunft über einige Kircheneinnahmen und über die Verausgabung der Parochialgelder zu geben. Genauso wird die Frage von Kamenski, dem offiziellen Vertreter der Oktobristen, gestellt (am 16. April), der „im Interesse der Festigung des orthodoxen Glaubens" die Wiederherstellung der Parochialselbstverwaltung fordert. Dieser Gedanke wird von Kapustin, einem sogenannten „linken Oktobristen", weitergesponnen: „Wenn wir uns dem Volksleben, dem Leben der Landbevölkerung zuwenden", ruft er aus, „so sehen wir jetzt eine traurige Erscheinung: Es wankt das religiöse Leben, es wankt die größte, die einzige Stütze der sittlichen Verfassung der Bevölkerung... Wodurch soll der Begriff der Sünde, wodurch die Stimme des Gewissens ersetzt werden? Es kann doch nicht sein, daß an ihre Stelle der Begriff des Klassenkampfes und der Rechte der einen oder der anderen Klasse gesetzt werden könnte. Das ist ein trauriger Begriff, der bei uns in Schwang gekommen ist. Nun denn, von diesem Standpunkt, das heißt aus der Erwägung heraus, daß die Religion als Grundlage der Sittlichkeit weiterbestehen und der gesamten Bevölkerung zugänglich sein muß, ist es erforderlich, daß die Vermittler dieser Religion die gebührende Autorität genießen..."

Der Vertreter der konterrevolutionären Bourgeoisie will die Religion stärken, will den Einfluß der Religion auf die Massen ausbauen, weil er genau spürt, daß die „Beamten im Priestergewande" unzulänglich, ja altmodisch geworden sind, weil er sogar den Schaden merkt, den diese den herrschenden Klassen zufügen, indem sie die Autorität der Kirche *herabsetzen*. Der Oktobrist bekämpft die Überspitzungen des Klerikalismus und der polizeilichen Bevormundung, um den Einfluß der Religion auf die Massen *zu stärken*, um wenigstens einige allzu plumpe, allzu veraltete, allzu hinfällig gewordene, das Ziel nicht erreichende Mittel der Volksverdummung durch feinere, vervollkommnetere Mittel zu ersetzen.

Die Polizeireligion genügt nicht mehr zur Verdummung der Massen, gebt uns eine kultiviertere, erneuerte, schlauer aufgezogene Religion, die in einer sich selbst verwaltenden Parochie wirksam sein kann – das ist es, was das Kapital von der Selbstherrschaft fordert.

Auch der Kadett Karaulow steht *ganz und gar* auf diesem Standpunkt. Dieser „liberale" Renegat (der sich von der „Narodnaja Wolja" zu den rechten Kadetten hin entwickelt hat) wettert gegen die „Entnationalisierung der Kirche, worunter die Ausschaltung der Volksmassen, der Laien, aus der Gestaltung des kirchlichen Lebens zu verstehen ist". Er findet es *„entsetzlich"* (so wörtlich!), daß die Massen „im Unglauben versinken". Er zetert ganz wie Menschikow darüber, daß der „ungeheure Eigenwert der Kirche entwertet wird... zum größten Schaden nicht allein für die Kirche, sondern auch für den Staat". Die widerwärtige Heuchelei des Fanatikers Jewlogi, der behauptet, daß die „Aufgabe der Kirche ewig, unwandelbar ist und deshalb die Kirche nicht mit der Politik verknüpft werden darf", bezeichnet er als „goldene Worte". Er protestiert gegen das Bündnis der Kirche mit den Schwarzhundertern, *damit* die Kirche „ihrer großen, heiligen Sache im Geiste Christi, im Geiste der Liebe und der Freiheit mit größerer Kraft und größerem Ruhm als bisher diene".

Genosse Beloussow tat sehr gut daran, von der Dumatribüne herab diesen „lyrischen Erguß" Karaulows zu verspotten. Aber eine solche Verspottung genügt bei weitem nicht. Man hätte klarstellen sollen – und wird dies bei der ersten Gelegenheit von der Dumatribüne herab tun müssen –, daß der Standpunkt der Kadetten völlig identisch ist mit dem Standpunkt der Oktobristen und nichts anderes zum Ausdruck bringt als das Bestreben des „kultivierten" Kapitals, die Verdummung des Volkes durch religiöse Rauschmittel mit feineren Mitteln des Kirchenbetrugs zu organisieren als denjenigen, die der am alten sich festklammernde russische Durchschnittspfaff praktizierte.

Soll das Volk in geistiger Sklaverei gehalten werden, so muß die Kirche im engsten Bündnis mit den Schwarzhundertern stehen – sprachen durch den Mund von Purischkewitsch der wilde Gutsbesitzer und der alte Dershimorda*. Sie irren, meine Herren, entgegnet ihnen durch den Mund von Karaulow der konterrevolutionäre Bourgeois: mit solchen Mitteln werden Sie das Volk nur endgültig von der Religion abstoßen. Lassen Sie

* Polizist in Gogols „Revisor". Zu deutsch: Halt-die-Schnauze. *Der Übers.*

uns klüger, schlauer, geschickter vorgehen, lassen wir den allzu dummen und rohen Schwarzhunderter abtreten, lassen Sie uns den Kampf gegen die „Entnationalisierung der Kirche" proklamieren und auf unsere Fahne die „goldenen Worte" des Bischofs Jewlogi schreiben, daß die Kirche über der Politik stehe – nur so werden wir zumindest einen Teil der rückständigen Arbeiter und insbesondere die Kleinbürger und Bauern hinters Licht führen, werden wir der erneuerten Kirche helfen können, ihre „große, heilige Sache" der Aufrechterhaltung der geistigen Sklaverei der Volksmassen erfüllen zu können.

Unsere liberale Presse, einschließlich der Zeitung „Retsch", hat in letzter Zeit Struve und Co. als die Verfasser des Sammelbandes „Wechi" eifrig getadelt. Indes hat Karaulow, der offizielle Redner der Kadettenpartei in der Reichsduma, die ganze gemeine Heuchelei dieser Vorwürfe und dieses Abrückens von Struve und Co. vorzüglich entlarvt. Was Karaulow und Miljukow im Sinn haben, das hat Struve auf der Zunge. Die Liberalen tadeln Struve *nur* deswegen, weil er unvorsichtigerweise die Wahrheit ausgeplaudert und die Karten allzusehr aufgedeckt hat. Die Liberalen, die von den „Wechi" abrücken und die Kadettenpartei nach wie vor unterstützen, betrügen das Volk aufs gewissenloseste, denn sie tadeln zwar die unvorsichtig offenherzigen *Worte*, setzen aber die *Taten*, die diesen Worten entsprechen, fort.

Über das Verhalten der Trudowiki während der Dumadebatten über die hier behandelten Fragen ist nicht viel zu sagen. Wie immer, zeigte sich der krasse Unterschied zwischen den bäuerlichen Trudowiki und den intellektuellen Trudowiki zuungunsten der letzteren mit ihrer größeren Bereitschaft, den Kadetten zu folgen. Es stimmt, der Bauer Roshkow stellte in seiner Rede seine ganze politische Unaufgeklärtheit unter Beweis: Auch er wiederholte die Plattheiten der Kadetten, daß der „Bund des russischen Volkes" nicht zur Festigung, sondern zur Zerstörung des Glaubens beitrage, er vermochte keinerlei Programm vorzulegen. Als er aber ungekünstelt die nackte, ungeschminkte Wahrheit über die Geldforderungen der Geistlichkeit, über die Erpressungen der Pfaffen zu berichten begann, als er erzählte, wie man für eine Eheschließung außer Geld „eine Flasche Schnaps, Eßwaren und ein Pfund Tee verlangt und *zuweilen Dinge, die ich auf der Tribüne gar nicht zu nennen wage*" (16. April, S. 2259 des stenografischen Berichts), da hielt es die Schwarzhunderterduma nicht

länger aus, und von den rechten Bänken erhob sich ein wildes Geheul. „Verhöhnung! Gemeinheit!" schrien die Schwarzhunderter, denn sie fühlten, daß die schlichte Rede eines Bauern über die Geldforderungen der Geistlichkeit und die Aufzählung der „Taxe" für Amtshandlungen der Priester die Massen mehr revolutioniert als alle theoretischen oder taktischen antireligiösen und antikirchlichen Erklärungen. Und die ganze Bande von Erzreaktionären, die die Selbstherrschaft in der III. Duma verteidigen, schüchterte ihren Lakaien, den Vorsitzenden Meiendorf, ein und zwang ihn, Roshkow das Wort zu entziehen. (Die Sozialdemokraten, denen sich einige Trudowiki, Kadetten und andere anschlossen, legten gegen diesen Schritt des Vorsitzenden Protest ein.)

Trotz ihres ganz einfachen, elementaren Charakters enthüllte die Rede des bäuerlichen Trudowiks Roshkow dennoch ausgezeichnet die ganze Kluft, die die heuchlerische, wohlberechnete reaktionäre Verteidigung der Religion seitens der Kadetten von der primitiven, unbewußten, gewohnheitsmäßigen Religiosität des Bauern trennt, bei dem seine Lebensbedingungen – gegen seinen Willen und unabhängig von seinem Bewußtsein – eine wirklich revolutionäre Erbitterung gegen die Abgaben hervorrufen und die Bereitschaft zum entschlossenen Kampf gegen die mittelalterlichen Zustände erzeugen. Die Kadetten sind Vertreter der konterrevolutionären Bourgeoisie, die die Religion gegen das Volk erneuern und konsolidieren will. Die Roshkow sind Vertreter der revolutionären bürgerlichen Demokratie, die zwar unentwickelt, ihrer Rolle nicht bewußt, eingeschüchtert, unselbständig und zersplittert ist, die aber bei weitem noch nicht erschöpfte Vorräte revolutionärer Energie für den Kampf gegen die Gutsbesitzer, die Pfaffen und die Selbstherrschaft in sich birgt.

Der intellektuelle Trudowik Rosanow näherte sich den Kadetten viel weniger unbewußt als Roshkow. Zwar verstand es Rosanow, ein paar Worte über die Trennung von Kirche und Staat als eine Forderung der „Linken" einzuflechten, doch entschlüpften ihm auch reaktionäre, spießbürgerliche Phrasen über „eine Abänderung des Wahlgesetzes im Sinne der Ausschaltung der Geistlichkeit aus dem politischen Kampf". Die revolutionäre Gesinnung, die sich beim typischen Durchschnittsbauern von selbst Bahn bricht, sobald er die Wahrheit über seine Lebensweise zu sagen beginnt, verschwindet beim intellektuellen Trudowik, und an ihre Stelle tritt die verschwommene und mitunter sogar direkt widerliche

Phrase. Zum hundertsten und tausendsten Mal sehen wir die Wahrheit bestätigt, daß die russischen Bauernmassen nur dann das auf ihnen lastende und sie zugrunde richtende Joch der fronherrlichen Grundbesitzer, der fronherrlichen Kutten- und Talarträger, der fronherrlichen Stützen der Selbstherrschaft abzuwerfen vermögen, wenn sie dem Proletariat folgen.

Der Vertreter der Arbeiterpartei und der Arbeiterklasse, der Sozialdemokrat Surkow, war der einzige in der ganzen Duma, der die Debatten auf eine wirklich prinzipielle Basis stellte und ohne Umschweife sagte, wie das Proletariat zu Kirche und Religion steht und wie sich die gesamte konsequente und lebensfähige Demokratie zu ihnen verhalten muß. „Die Religion ist das Opium des Volkes" ... „Keinen Groschen Geld des Volkes für diese Erzfeinde des Volkes, die das Volksbewußtsein umnebeln" – dieser aufrechte, mutige, offene Kampfruf eines Sozialisten erklang wie eine Herausforderung an die Schwarzhunderterduma und fand Widerhall bei Millionen von Proletariern, die ihn unter den Massen verbreiten werden und, wenn die Zeit gekommen ist, es auch verstehen werden, ihn in die revolutionäre Aktion umzusetzen.

„Sozial-Demokrat" Nr. 6,
4. (17.) Juni 1909.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

BERATUNG DER ERWEITERTEN REDAKTION DES „PROLETARI"[123]

8.–17. (21.–30.) Juni 1909

MITTEILUNG ÜBER EINE BERATUNG DER ERWEITERTEN REDAKTION DES „PROLETARI"

Weiter unten finden die Leser den Text der Resolutionen, die auf der letzten Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" angenommen wurden. Die Beratung setzte sich aus 4 Mitgliedern der Redaktion des „Proletari", 3 Vertretern der Bolschewiki, die in örtlichen Organisationen arbeiten – in der Petersburger Organisation, in der Moskauer Gebietsorganisation (Zentralrußland) und in der Parteiorganisation des Ural – und aus 5 bolschewistischen Mitgliedern des Zentralkomitees zusammen.

Die Debatten, die sich auf dieser Beratung entspannen, besitzen zweifellos für die gesamte Partei große Bedeutung. Sie verliehen jener politischen Linie, die das führende Organ der bolschewistischen Fraktion in der letzten Zeit systematisch verfolgte und gegen die manche sich als Bolschewiki dünkende Genossen in der letzten Zeit nicht wenig Ausfälle machten, weitgehende Bestimmtheit und bis zu einem gewissen Grade abgeschlossene Gestalt. Auf der Beratung, auf der die Opposition durch zwei Genossen vertreten war, wurde die notwendige Klärung vollzogen.

Angesichts dessen setzt die Redaktion des „Proletari" alles daran, die möglichst vollständigen Protokolle der Beratung alsbald zum Druck vorzubereiten und herauszugeben. In dieser Mitteilung wollen wir nur auf jene Punkte eingehen, die bei einer bestimmten Interpretation Mißverständnisse hervorrufen können – und unter den Genossen im Ausland in der Tat auch schon hervorgerufen haben. Die umfangreichen und hinreichend konkreten Resolutionen der Beratung sprechen im Grunde für sich; die Protokolle der Beratung bieten genügend Material, um die Resolutionen insgesamt richtig verstehen zu können. Die Aufgabe der vor-

liegenden Mitteilung besteht darin, Hinweise zu geben, die hauptsächlich die *innerfraktionelle* Bedeutung der gefaßten Beschlüsse und Resolutionen betreffen.

Beginnen wir mit der Resolution „Über Otsowismus und Ultimatismus".

Jener Teil der Resolution, der sich unmittelbar gegen den Otsowismus richtet, stieß auf der Beratung bei der Opposition im Grunde nicht auf stärkere Einwände. Beide Vertreter der Opposition gaben zu, daß der Otsowismus, sofern er sich zu einer bestimmten Strömung konsolidiert, immer mehr von der Sozialdemokratie abweicht, ja, daß einige Vertreter des Otsowismus, insbesondere sein anerkannter Führer, Genosse St.[124], bereits „einen gewissen Anflug von Anarchismus" angenommen haben. Der beharrliche und systematische Kampf gegen den Otsowismus als eine Strömung wurde auf der Beratung *einstimmig* als notwendig anerkannt. Anders verhielt es sich mit dem Ultimatismus.

Die beiden auf der Beratung anwesenden Vertreter der Opposition bezeichneten sich als Ultimatisten. Und beide taten sie in einer bei der Abstimmung über die Resolution schriftlich eingereichten Erklärung kund, daß sie Ultimatisten seien, daß die Resolution vorschlage, sich vom Ultimatismus abzugrenzen, daß dies für sie bedeute, sich von sich selbst abzugrenzen, daß sie also darum die Resolution nicht unterschreiben könnten. Später, als noch einige Resolutionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen wurden, erklärten die beiden Vertreter der Opposition schriftlich, daß sie die Resolutionen der Beratung für illegitim betrachteten, daß die Beratung, wenn diese sie annehme, die Spaltung der Fraktion proklamiere, daß sie sich ihnen nicht unterwerfen und sie nicht durchführen würden. Auf diesen Vorfall werden wir in der weiteren Darlegung noch ausführlicher eingehen, weil er die Abspaltung *eines der Vertreter* der Opposition, nämlich des Gen. Maximow, von der erweiterten Redaktion des „Proletari" formell zum Abschluß brachte. Hier wollen wir ihn von einer anderen Seite aus behandeln.

Bei der Beurteilung des Ultimatismus, wie übrigens auch bei der Beurteilung jenes konsequenten Ultimatismus, der als Otsowismus bezeichnet wird, haben wir es leider nicht so sehr mit exakt Niedergeschriebenem als vielmehr mit vom Hörensagen Bekanntem zu tun. Weder der Ultimatismus noch der Otsowismus haben bislang in irgendeiner einigermaßen

in sich geschlossenen „Plattform" ihren Niederschlag gefunden. Man muß also den Ultimatismus in seinem einzigen konkreten Ausdruck fassen, nämlich in seiner Forderung, der sozialdemokratischen Dumafraktion das *Ultimatum* zu stellen, entweder streng die Parteilinie einzuhalten und sich allen Direktiven der Parteizentren zu unterwerfen oder aber die Vollmachten als Abgeordnete niederzulegen. Aber es stellt sich heraus, daß es nicht möglich ist zu behaupten, diese Charakterisierung des Ultimatismus sei *absolut* richtig und exakt. Und zwar aus folgendem Grunde: Gen. Marat, einer der beiden Ultimatisten, die an der Beratung teilnahmen, erklärte, daß diese Charakterisierung auf ihn nicht zutreffe. Er, Gen. Marat, gebe zu, daß sich in der letzten Zeit die Arbeit der sozialdemokratischen Dumafraktion bedeutend verbessert habe und daß er nicht daran denke, ihr jetzt, unverzüglich, ein solches Ultimatum zu stellen. Er meine nur, die Partei müsse mit allen Mitteln auf die Dumafraktion einwirken, ein solches Ultimatum einbegriffen.

Mit *solchen* Ultimatisten läßt sich natürlich innerhalb einer Fraktion zusammenleben. Ein *solcher* Ultimatist muß seinen Ultimatismus in dem Maße aufgeben, wie die Dumafraktion ihre Arbeit verbessert. Ein *solcher* Ultimatist schließt eine lang währende Arbeit der Partei mit der Fraktion und an der Fraktion, eine langwierige und beharrliche Arbeit der Partei im Sinne geschickter Ausnutzung der Dumaarbeit für die Bedürfnisse der Agitation und Organisation nicht aus, sondern setzt sie voraus. Und da sich in der Tätigkeit der Fraktion deutlich die Tendenz zu einer Verbesserung abzeichnet, muß man folglich weiter beharrlich und konsequent in dieser Richtung arbeiten. Der Ultimatismus verliert dann *damit* allmählich seinen objektiven Sinn. Hinsichtlich *solcher* ultimatistisch gesinnten Bolschewiki kann also von Spaltung keine Rede sein. Ihnen gegenüber ist auch kaum jene Abgrenzung angemessen, von der in der Resolution „Über Otsowismus und Ultimatismus" und in der Resolution „Die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei" gesprochen wird. Ein *solcher* Ultimatismus ist einfach eine bestimmte Nuance in der Stellung und Lösung einer bestimmten praktischen Frage; irgendwelche merklichen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten gibt es hier nicht.

Der Ultimatismus, von dem die Resolution sagt, daß sich der Bolschewismus als ideologische Strömung in der Partei von ihm abgrenzen müsse, ist eine Erscheinung anderer Art. Dieser Ultimatismus – und er ist zwei-

fellos vorhanden – schließt eine lang währende, geduldige Arbeit der Partei und ihrer Zentralstellen an der Dumafraktion aus, ja er schließt eine langwierige, geduldige Arbeit der Partei unter den Arbeitern im Sinne geschickter Ausnutzung des reichen, von der III. Duma gebotenen Agitationsmaterials aus. Dieser Ultimatismus schaltet die *positive, schöpferische* Arbeit der Partei an der Dumafraktion aus. Die einzige Waffe dieses Ultimatismus ist sein *Ultimatum*, das die Partei wie ein Damoklesschwert über dem Haupt ihrer Dumafraktion aufhängen soll und das der SDAPR all jene Erfahrungen wahrhaft revolutionärer Ausnutzung des Parlamentarismus ersetzen soll, die die westeuropäische Sozialdemokratie in beharrlichem, langwierigem *Lernen* gesammelt hat. *Diesen* Ultimatismus vom Otsowismus abzugrenzen ist nicht möglich. Der beiden gemeinsame Geist des *Abenteurertums* verbindet sie unlösbar miteinander. Der Bolschewismus als revolutionäre Strömung in der russischen Sozialdemokratie muß sich von dem einen wie von dem anderen entschieden abgrenzen.

Was aber verstehen wir, was verstand die Beratung unter diesem „Abgrenzen"? Gibt es auch nur die geringsten Unterlagen, die besagen, daß die Beratung die *Spaltung der bolschewistischen Fraktion* proklamierte, wie uns dies einige Vertreter der Opposition einreden wollen? Solche Unterlagen gibt es nicht. Die Beratung erklärte mit ihren Resolutionen: In der bolschewistischen Fraktion zeichnen sich Strömungen ab, die dem Bolschewismus in seiner ganz bestimmten taktischen Physiognomie zuwiderlaufen. Der Bolschewismus ist bei uns als bolschewistische *Fraktion* der Partei vertreten. Die Fraktion ist aber nicht die Partei. Die Partei kann eine ganze Skala von Schattierungen umschließen, von denen die extremsten sogar einander schroff widersprechen können. In der deutschen Partei haben wir neben dem ausgeprägt revolutionären Flügel Kautskys den erzrevisionistischen Flügel Bernsteins. Das kann eine Fraktion nicht. In der Partei ist eine Fraktion eine Gruppe von *Gleichgesinnten*, die sich gebildet hat, um vor allem in einer bestimmten Richtung auf die Partei einzuwirken, um ihre Prinzipien in der Partei in möglichst reiner Form durchzusetzen. Dazu bedarf es wirklich *gleicher Gesinnung*. Diesen Unterschied in den Forderungen, die wir an die Einheit der *Partei* und an die Einheit der *Fraktion* stellen, muß jeder begreifen, der hinsichtlich der wirklichen Lage der Dinge, hinsichtlich der inneren Reibungen in der

bolschewistischen Fraktion ein klares Bild erlangen will. *Die Beratung hat keine Spaltung der Fraktion verkündet.* Jene örtlichen Funktionäre, die die Resolutionen der Beratung als Aufruf auffassen würden, alle *otsowistisch gesinnten* Arbeiter aus den Organisationen zu verjagen oder darüber hinaus die Organisationen dort, wo es otsowistische Elemente gibt, unverzüglich zu spalten, würden einen schweren Fehler begehen. Wir warnen alle örtlichen Funktionäre vor solchen Schritten ganz entschieden. Einen Otsowismus als *selbständige Strömung* mit bestimmter fester Form gibt es unter den Arbeiter*massen* nicht. Die Versuche der Otsowisten, ihre eigene Position zu bestimmen und ihre Auffassungen konsequent bis zu Ende zu folgern, führen unvermeidlich zum Syndikalismus, zum Anarchismus. Alle irgendwie konsequenten Anhänger der letztgenannten Strömungen schließen sich selber aus der Fraktion und aus der Partei aus. Hierzu vielleicht auch jene größeren *Gruppen von Arbeitern* rechnen zu wollen, die otsowistisch *gestimmt* sind, wäre eine Dummheit. Der Otsowismus dieser Art ist vor allem ein Produkt mangelnden Informiertseins über die Tätigkeit der Dumafraktion. Die beste Waffe im Kampf gegen *diesen* Otsowismus ist eine umfassende und vollständige Information der Arbeiter über die Tätigkeit der Dumafraktion einerseits und anderseits die Schaffung von Möglichkeiten für die Arbeiter, mit der Fraktion in Verbindung zu treten und auf sie einzuwirken. Um die otsowistische Stimmung in Petersburg weitgehend zu untergraben, genügte es beispielsweise, eine Reihe gegenseitiger Aussprachen von Genossen Dumaabgeordneten mit Petersburger Arbeitern zu organisieren. Alle Bemühungen müssen also darauf konzentriert sein, eine *organisatorische Spaltung* mit den Otsowisten zu vermeiden. Ein einigermaßen beharrlicher und konsequenter *ideologischer* Kampf gegen den Otsowismus und den ihm verwandten Syndikalismus wird jegliches Gerede über organisatorische Spaltung ganz überflüssig machen und schlimmstenfalls zu einer *Abspaltung* einzelner oder einiger Gruppen von Otsowisten von der bolschewistischen Fraktion und von der Partei führen.

Geradeso verhielt es sich insbesondere auf der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari". Der Ultimatismus des Gen. Maximow erwies sich als völlig unvereinbar mit der Position des Bolschewismus, die die Beratung noch einmal formulierte. Nachdem die grundlegenden prinzipiellen Resolutionen angenommen worden waren, erklärte er, daß er

sie für illegitim halte, obwohl sie mit zehn Stimmen gegen zwei, ja manche gegen eine (Maximows) bei einer Stimmenthaltung, angenommen worden waren (zum Beispiel die Resolution „Über Otsowismus und Ultimatismus" insgesamt). Daraufhin nahm die Beratung eine Resolution an, daß sie jegliche Verantwortung für alle politischen Schritte des Gen. Maximow ablehne. Die Sache ist klar: Da Gen. Maximow alle prinzipiellen Resolutionen, die mit einer so weitaus überwiegenden Mehrheit der Beratung angenommen worden waren, entschieden ablehnt, muß er verstehen, daß es zwischen ihm und der Beratung nicht jene *gleiche Gesinnung* gibt, die eine unerläßliche Voraussetzung für das Bestehen der *Fraktion* innerhalb der *Partei* ist. Doch damit war es für Gen. Maximow nicht genug: Er erklärte entschieden, daß er nicht nur die Absicht hege, diese Resolutionen nicht durchzuführen, *sondern daß er sich ihnen auch nicht unterwerfe.* Die Beratung war verpflichtet, alle Verantwortung für die politische Tätigkeit des Gen. Maximow von sich zu weisen, doch dabei erklärte sie (siehe die Erklärung des Delegierten von Petersburg, M. T.[125], und anderer), „daß es sich hier nicht um eine Spaltung der Fraktion handelt, sondern um die Abspaltung des Gen. Maximow von der erweiterten Redaktion des ‚Proletari' ".*

Wir halten es auch für notwendig, das Augenmerk der Genossen auf die Resolutionen der Beratung „Die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei" und „Über die Stellung zur Dumatätigkeit in Verbindung mit anderen Gebieten der Parteiarbeit" zu lenken. Hier ist es wichtig, die Fragestellung hinsichtlich der „Parteilinie" der Bolschewiki und des Ver-

---

* Auch Gen. Marat gab eine Erklärung ab, daß er die Resolution nicht *durchführen* werde, *daß er sich ihr aber unterwerfe.* In einer besonderen Erklärung machte Gen. Marat die Einschränkung, daß er zwar den kameradschaftlichen ideologischen Kampf gegen den Otsowismus anerkenne, daß er aber weder den organisatorischen Kampf gegen diesen noch die Spaltung der bolschewistischen Fraktion anerkenne. Was die Frage der *organisatorischen* Spaltung *überhaupt* angeht, so wurde, wie aus der Resolution der Beratung „Über die Parteischule, die im Ausland, in N. N., eingerichtet wurde"[126] hervorgeht, der zur Spaltung führende Schritt hier von den Otsowisten und den Anhängern des Gottbildnertums[127] getan, denn diese Schule ist zweifellos ein Versuch, ein neues *ideologisch-organisatorisches Zentrum* einer neuen Fraktion zu schaffen.

hältnisses zu den legalen Möglichkeiten überhaupt und zur Dumatribüne im besonderen richtig zu verstehen.

Unsere nächstliegende Aufgabe besteht darin, die SDAPR zu erhalten und zu festigen. Bei der Lösung dieser großen Aufgabe gibt es ein überaus wichtiges Moment: das ist der Kampf gegen das *Liquidatorentum* in seinen beiden Nuancen – das Liquidatorentum von rechts und das Liquidatorentum von links. Die Liquidatoren von rechts sagen, daß eine illegale SDAPR nicht nötig sei, daß das Schwergewicht der sozialdemokratischen Tätigkeit ausschließlich oder nahezu ausschließlich auf die legalen Möglichkeiten gelegt werden müsse. Die Liquidatoren von links kehren die Sache um: Legale Möglichkeiten in der Tätigkeit der Partei gibt es für sie nicht, Illegalität um jeden Preis ist für sie alles. Die einen wie die anderen sind Liquidatoren der SDAPR, und annähernd in gleichem Maße, denn ohne planmäßige, zielbewußte *Verknüpfung* der legalen und der illegalen Arbeit ist bei der jetzigen, uns von der Geschichte aufgezwungenen Lage der Dinge an eine „Erhaltung und Festigung der SDAPR" nicht zu denken. Das Liquidatorentum von rechts wütet bekanntlich besonders stark in der menschewistischen Fraktion, zum Teil auch im „Bund". Doch in der letzten Zeit ist unter den Menschewiki eine bemerkenswerte Erscheinung zu beobachten, eine Rückkehr zum Parteiprinzip, die man nur begrüßen kann: „Eine Minderheit der Fraktion (der Menschewiki)[128]" – heißt es in der Resolution der Beratung –, „die den Weg des Liquidatorentums zur Genüge kennengelernt hat, erhebt schon ihre Stimme zum Protest gegen diesen Weg und sucht für ihre Tätigkeit wieder den Boden der Partei."*

Welche Aufgaben haben die Bolschewiki gegenüber diesem vorläufig noch kleinen Teil der Menschewiki, die das Liquidatorentum von rechts bekämpfen? Die Bolschewiki müssen zweifellos danach streben, diesem Teil der Parteimitglieder, dem marxistischen und parteiverbundenen Teil, näherzukommen. Es handelt sich hier keinesfalls um die Liquidierung unserer taktischen Meinungsverschiedenheiten mit den Menschewiki.

* Unter „Spaltung in der Redaktion des ‚Golos Sozial-Demokrata'" versteht die Resolution den Austritt des Gen. Plechanow aus dieser Redaktion – einen Austritt, der einer Erklärung Plechanows zufolge durch nichts anderes erzwungen wurde, als eben durch die liquidatorischen Tendenzen der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata".

Gegen die menschewistischen Abweichungen von der Linie der revolutionären Sozialdemokratie werden wir nach wie vor den entschiedensten Kampf führen. Und es handelt sich natürlich auch keinesfalls um irgendeine Auflösung der bolschewistischen Fraktion in der Partei. Für die Eroberung von Positionen in der Partei haben die Bolschewiki schon sehr viel getan, aber sehr viel Arbeit steht uns in dieser Hinsicht noch bevor. Die bolschewistische Fraktion als ganz bestimmte ideologische Strömung in der Partei muß nach wie vor weiterbestehen. Aber man muß stets dessen eingedenk sein: Die Verantwortung für die „Erhaltung und Festigung" der SDAPR, von der die Resolution der Beratung spricht, liegt jetzt vor allem, wenn nicht ausschließlich, bei der bolschewistischen Fraktion. Die gesamte oder fast die gesamte *Parteiarbeit*, die geleistet wird – insbesondere auf der unteren Ebene –, tragen jetzt die Bolschewiki. Ihnen, als den standhaften und konsequenten Hütern des Parteiprinzips, fällt heute die höchst wichtige Aufgabe zu, alle tauglichen Elemente zum *Aufbau der Partei* heranzuziehen. In der heutigen schwierigen Zeit wäre es unserseits geradezu ein Verbrechen, den Parteimitgliedern aus anderen Fraktionen, die den Marxismus und das Parteiprinzip gegen das Liquidatorentum verteidigen, nicht die Hand zu reichen.

Diesen Standpunkt hat die überwiegende Mehrheit der Beratung akzeptiert, auch alle Vertreter der Bolschewiki von den örtlichen Organisationen. Die Opposition schwankte und wollte weder einen Standpunkt für uns noch gegen uns einnehmen. Nichtsdestoweniger aber hat gerade wegen dieser Linie Gen. Maximow der Beratung „Verrat am Bolschewismus", Übergang auf menschewistische Positionen usw. zum Vorwurf gemacht. Wir haben darauf geantwortet: Sagen Sie dies so rasch wie möglich offen in der Presse, vor der ganzen bolschewistischen Fraktion und vor der ganzen Partei, dann wird es uns möglich sein, den wahren Sinn Ihres „Revolutionismus", den wahren Charakter Ihrer „Bewahrung" des Bolschewismus noch einmal anzuprangern.

Wir schlagen den Genossen vor, ihr Augenmerk auch auf die Resolution „Über die Stellung zur Dumatätigkeit . . ." zu richten. Wir haben schon weiter oben auf den engen Zusammenhang der Frage der „legalen Möglichkeiten" mit dem Liquidatorentum der verschiedenen Schattierungen verwiesen. Der Kampf gegen das Liquidatorentum von links ist jetzt ebenso unbedingt notwendig wie gegen das Liquidatorentum von rechts.

Der parlamentarische Kretinismus, für den die ganze Parteiorganisation darauf hinauslaufen soll, daß sich die Arbeiter um die „legalen Möglichkeiten", insbesondere um die Dumatätigkeit, gruppieren, steht in einem ebenso tiefen Widerspruch zur revolutionären Sozialdemokratie wie der Otsowismus mit seinem Unverständnis für die Bedeutung der legalen Möglichkeiten *für die Partei und im Interesse der Partei*. In den Resolutionen der Beratung wird die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten als eine *für die Partei* überaus wichtige Angelegenheit anerkannt. Doch nirgends in diesen Resolutionen werden die legalen Möglichkeiten und ihre Ausnutzung als ein sich selbst genügendes Ziel hingestellt. Immer sind sie in engsten *Zusammenhang* mit den Aufgaben und den Methoden der illegalen Tätigkeit gebracht. Dieser *Zusammenhang* verdient heute besondere Aufmerksamkeit. Einige *praktische* Hinweise in dieser Richtung sind in der Resolution selbst gegeben. Doch sind dies nur *Hinweise*. Allgemein gesprochen, geht es jetzt nicht so sehr darum, welchen Platz die „legalen Möglichkeiten" neben verschiedenen anderen Zweigen der *Parteiarbeit* einnehmen, als vielmehr darum, *wie* man die vorhandenen „legalen Möglichkeiten" mit größtem Vorteil für die Partei nutzen kann. In langen Jahren illegaler Arbeit hat die Partei hinsichtlich der illegalen Arbeit große Erfahrungen gesammelt. Hinsichtlich eines anderen Gebiets, nämlich der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, kann man das jedoch nicht sagen. Hier hat die Partei, haben *insbesondere die Bolschewiki*, noch nicht genug geleistet. Auf die Ausnutzung dieses Gebiets ist viel mehr Aufmerksamkeit, Initiative und Kraft zu konzentrieren als bisher. Man muß es *lernen*, die legalen Möglichkeiten zu nutzen, und zwar ebenso beharrlich, *wie* wir die Methoden der illegalen Arbeit gelernt haben und sie noch lernen. Zu dieser *beharrlichen Arbeit* an der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten für die Partei ruft die Beratung alle auf, denen die Interessen der SDAPR am Herzen liegen.

Unsere Einstellung zur illegalen Parteiarbeit bleibt natürlich nach wie vor unverändert und muß es auch bleiben. Die Erhaltung und Festigung der SDAPR ist die Hauptaufgabe, der alles andere untergeordnet sein muß. Erst wenn wir es erreicht haben, daß die Partei gefestigt ist, *können* wir eben jene legalen Möglichkeiten im Interesse der Partei nutzen. Stärkste Aufmerksamkeit muß jenen Arbeitergruppen entgegengebracht werden, die sich in den Industriezentren herausbilden und in deren Hände

die allgemeine Leitung der Parteiarbeit übergehen muß und auch schon nach und nach übergeht. All unsere Bemühungen auf allen Gebieten unserer Tätigkeit müssen darauf konzentriert sein, aus diesen Gruppen wirklich parteiverbundene sozialdemokratische Kader zu erziehen. Auf dieser Grundlage allein wird die Erhaltung und Festigung der SDAPR wirklich möglich.

Beilage zu Nr. 46 des „Proletari", 3. (16.) Juli 1909.

Nach dem Text der Beilage.

REDE ÜBER DIE AUFGABEN DER BOLSCHEWIKI IN DER PARTEI 11. (24.) JUNI

Ich halte es für überflüssig, zum hundertsten oder tausendsten Male dem Gen. Maximow prinzipiell zu antworten, d. h. zu wiederholen, daß er, indem er sich von uns abspaltet, eine Fraktion von Karikaturen auf die Bolschewiki oder von „göttlichen" Otsowisten schafft. All das ist im *„Proletari"* schon gesagt, gedruckt, wiederholt vorgekaut und hervorgehoben worden. Ich sage nur: Wiederholen Sie das, was Sie hier in diesen vier Wänden gesagt haben, *in der Presse*, dann und nur dann werden wir statt der unwürdigen Zänkerei, die hier nun schon den vierten Tag andauert, wirklichen ideologischen Kampf haben. Sagen Sie öffentlich, in der Presse, daß wir „Neobolschewiki", „Neo-Proletari-Anhänger" „im Sinne der neuen ‚Iskra'" seien, d. h. also Menschewiki, daß wir „zwei Schritte zurück gegangen" seien, daß wir das „wertvollste Erbe der russischen Revolution, den Bolschewismus" aufgegeben hätten, sagen Sie all diese Dinge, die ich mir aus Ihrer Rede herausgeschrieben habe, *in der Presse*, und wir werden dem Publikum noch einmal nachweisen, daß Sie gerade der Typ der Karikatur auf einen Bolschewik sind. Sagen Sie *öffentlich, in der Presse*, daß wir – ich zitiere wieder Ihre Worte – „den politischen Tod sterben werden, wenn wir uns, bei einem neuerlichen Aufschwung, in Plechanowscher Gefangenschaft befinden", daß wir „bei lang währender Reaktion siegen werden", sagen Sie das alles *öffentlich*, und wir werden noch einmal die für die Partei sehr nützliche Erklärung des Unterschieds zwischen dem Bolschewismus und dem „göttlichen Otsowismus" wiederholen. Da Sie sich aber weigern (trotz unserer direkten Aufforderungen, *angefangen von August* 1908, als wir Sie auf einer Versammlung der Redaktion ganz formell baten, eine Broschüre abzu-

fassen, in einer Broschüre Ihre Auffassungen darzulegen), da Sie sich weigern, *offen* zu kämpfen und innerhalb der Fraktion das Stänkern fortsetzen, *müssen* wir ein offenes Auftreten von Ihrer Seite dadurch erreichen, daß wir Sie aus unserer Fraktion *ausschließen* (nicht aus der Partei, sondern aus der Fraktion), um des ideologischen Kampfes willen, der die Partei vieles lehren wird.

Zuerst veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari' ".

Nach dem Manuskript.

REDE UND ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE AUFGABEN DER BOLSCHEWIKI HINSICHTLICH DER DUMATÄTIGKEIT

Wir kommen zum Ende der Diskussionen, und ich glaube, man sollte sie nicht besonders in einer Resolution fixieren, denn damit muß man vorsichtig sein. Es ging doch um die gegenseitige Klärung der Frage. Als Antwort an Wlassow[129] über die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten verlese ich hier den Entwurf einer Resolution:

„Das Bolschewistische Zentrum beschließt: Um die nunmehr von allen Bolschewiki anerkannten Ziele der Ausnutzung aller ‚legalen Möglichkeiten', aller legalen und halblegalen Organisationen der Arbeiterklasse überhaupt und der Dumatribüne im besondern *in der Praxis* realisieren zu können – und zwar in *revolutionärer* sozialdemokratischer Richtung und in eben diesem Sinne –, muß sich die bolschewistische Fraktion ganz klar dieses Ziel stellen und – koste es, was es wolle – bolschewistische Kader heranbilden, die auf ihrem Gebiet erfahren und spezialisiert sind und auf ihrem besonderen *legalen* Posten (Gewerkschaftsverbände; Klubs; Dumakommissionen usw. usw.) festen Fuß fassen."

Wlassow meinte, daß dies nur für die Führer gelte. Das stimmt aber nicht. Es handelt sich darum, daß in unserer bolschewistischen Fraktion die Meinung verbreitet ist, man brauche solche Fachleute nicht. Wir haben wenig Kräfte: Man muß sie aber ausnutzen und ihnen legale Funktionen übertragen und sie im Namen der Fraktion mit der Ausübung dieser Funktionen beauftragen. Wenn wir von der Bildung von Parteizellen sprechen, muß man es auch verstehen, dies zu bewerkstelligen. Ich habe eine Resolution über die Flugblattagitation entworfen:

„Nach der Erörterung der Aufgaben der Bolschewiki hinsichtlich der Dumatätigkeit beschließt das Bolschewistische Zentrum: das Augenmerk

aller örtlichen Organisationen auf die höchst wichtige Agitation durch Flugblätter zu lenken (neben den örtlichen und regionalen Presseorganen), durch welche Nachrichten und Mitteilungen über die Dumaarbeit der Sozialdemokraten unter den Massen verbreitet werden und die diese Arbeit lenkt. Themen solcher Flugblätter könnten sein: Hinweise auf Fragen, die von der Tribüne der Duma herab behandelt werden müßten, Resümierung der Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Duma und der Gruppierung der Parteien, Konspekte zu propagandistischen Reden über solche Fragen, Analysen der politischen Bedeutung besonders wichtiger Reden der Sozialdemokraten in der Duma, Hinweise auf Unklarheiten oder Ungenauigkeiten in Reden von Sozialdemokraten in der Duma, schließlich Auszüge aus solchen Reden mit praktischen, für Propaganda und Agitation wichtigen Schlußfolgerungen usw. usw."

Ich habe auch in Form einer Resolution jene Punkte hinsichtlich der Stellung zur Dumatätigkeit fixiert, über die in der besonderen Versammlung[130] gesprochen wurde:

„II. Der Unterschied der revolutionären sozialdemokratischen Ausnutzung der Duma von der reformistischen (oder umfassender: der opportunistischen) Ausnutzung kann durch folgende Merkmale – die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben – gekennzeichnet werden.

Unter dem Blickwinkel der sozusagen äußeren Beziehungen der sozialdemokratischen Dumafraktion besteht der Unterschied der revolutionären sozialdemokratischen Ausnutzung der Duma von der opportunistischen im folgenden: Man muß gegen das in jeder bürgerlichen Gesellschaft (und besonders in Rußland in der Epoche der Reaktion) natürliche Bestreben der Abgeordneten und der sie häufig umgebenden bürgerlichen Intelligenz ankämpfen, die parlamentarische Tätigkeit in den Rang der wichtigsten, hauptsächlichen Tätigkeit zu heben und zu einer sich selbst genügenden Tätigkeit zu machen. Insbesondere ist es notwendig, alle Bemühungen darauf zu konzentrieren, daß die Fraktion in der Praxis ihre Arbeit als eine der Funktionen leistet, die den Interessen der Arbeiterbewegung insgesamt unterworfen sind, ferner auch, daß die Fraktion in ständiger Verbindung zur Partei steht, sich von ihr nicht loslöst und die Auffassungen der Partei, die Direktiven der Parteitage und der zentralen Parteiinstitutionen vertritt.

Unter dem Blickwinkel des inneren Gehalts der Tätigkeit der Fraktion

ist folgendes zu berücksichtigen: Das Ziel der Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion unterscheidet sich prinzipiell vom Ziel der Tätigkeit *aller* anderen politischen Parteien. Die proletarische Partei strebt keine Abmachungen an, keinen Kuhhandel mit den Machthabern, keine aussichtslose Reparatur des Regimes der fronherrlich-bürgerlichen Diktatur der Konterrevolution, sondern sie strebt danach, mit allen Mitteln das Klassenbewußtsein, sozialistische Klarheit im Denken, revolutionäre Entschlossenheit und allseitige Organisiertheit der Arbeitermassen zu entwickeln. Dieser grundsätzlichen Zielstellung muß jeder Schritt der Tätigkeit der Fraktion untergeordnet sein. Darum muß der Verteidigung der Aufgaben der sozialistischen Revolution von der Dumatribüne herab mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Man sollte sich auch bemühen, von der Dumatribüne herab häufiger Reden zu halten, die die Grundbegriffe und die Ziele des Sozialismus, und zwar des wissenschaftlichen Sozialismus, propagieren. Sodann ist es in der Situation der sich fortsetzenden bürgerlich-demokratischen Revolution überaus wichtig, daß die Dumafraktion systematisch gegen die Flut konterrevolutionärer Ausfälle gegen die ‚Befreiungsbewegung' ankämpfe sowie auch gegen jene breite Strömung (sowohl unter den direkten Reaktionären als auch und besonders unter den kadettischen Liberalen), die darauf abzielt, die Revolution zu verurteilen und sie, ihre Ziele, ihre Methoden usw. in Mißkredit zu bringen. Die sozialdemokratische Fraktion muß in der Duma das Banner der Revolution, das Banner der fortgeschrittenen Klasse, des Führers der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland, hochhalten.

Ferner ist auf die zum gegenwärtigen Zeitpunkt höchst wichtige Aufgabe der sozialdemokratischen Dumafraktion zu verweisen, in allen Fragen der Arbeitergesetzgebung energisch mitzuwirken. Die Fraktion muß hier die reichen parlamentarischen Erfahrungen der westeuropäischen Sozialdemokraten auswerten, sich dabei aber besonders vor opportunistischer Verfälschung dieser Funktion ihrer Tätigkeit hüten. Die Fraktion darf ihre Losungen und die Forderungen des Minimalprogramms unserer Partei nicht beschneiden, sondern muß ihre sozialdemokratischen Gesetzentwürfe (sowie auch Korrekturen an Gesetzentwürfen der Regierung und anderer Parteien) ausarbeiten und vorlegen, um vor den Massen die Heuchelei und Verlogenheit des Sozialreformertums zu entschleiern, um die Massen in den selbständigen ökonomischen und politischen Massen-

kampf einzubeziehen, der allein den Arbeitern wirkliche Errungenschaften zu geben bzw. die halben und heuchlerischen ‚Reformen' auf dem Boden der jetzigen Ordnung in Stützpunkte der auf dem Wege zur vollen Emanzipierung des Proletariats voranschreitenden Arbeiterbewegung zu verwandeln vermag.

Diese Position muß die sozialdemokratische Dumafraktion und muß die ganze sozialdemokratische Partei gegenüber dem Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie als dem letzten Produkt opportunistischer Schwankungen einnehmen.

Schließlich muß der Unterschied der revolutionären sozialdemokratischen Ausnutzung der Duma von der opportunistischen darin bestehen, daß die sozialdemokratische Dumafraktion und die Partei verpflichtet sind, den Massen den Klassencharakter aller bürgerlichen politischen Parteien von allen Seiten her zu erklären, daß man sich nicht auf Angriffe gegen die Regierung und die offenen Reaktionäre beschränkt, sondern auch den konterrevolutionären Charakter des Liberalismus und die Wankelmütigkeit der kleinbürgerlichen bäuerlichen Demokratie anprangert."

Geschrieben am 12./13. (25./26.) Juni 1909.

Zuerst veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Die Rede nach dem Text des Buches, der Resolutionsentwurf nach dem Manuskript.

RESOLUTIONEN DER BERATUNG DER ERWEITERTEN REDAKTION DES „PROLETARI"

1

Über Otsowismus und Ultimatismus

Die vom revolutionären Flügel unserer Partei aufgestellte Losung des Boykotts der Bulyginschen und der I. Reichsduma hat seinerzeit eine große revolutionäre Rolle gespielt und die aktivsten und revolutionärsten Schichten der Arbeiterklasse in Bewegung gebracht.

Der unmittelbare revolutionäre Kampf der breiten Massen wurde durch eine drückend schwere Periode der Konterrevolution abgelöst; für die Sozialdemokraten ergab sich die Notwendigkeit, ihre revolutionäre Taktik auf diese neue politische Lage auszurichten, und im Zusammenhang damit wurde unter anderem die Ausnutzung der öffentlichen Dumatribüne zur Unterstützung der sozialdemokratischen Agitations- und Organisationsarbeit zu einer im höchsten Grade wichtigen Aufgabe.

Dabei aber vermochte ein Teil der Arbeiter, die am unmittelbaren revolutionären Kampf teilgenommen haben, bei diesem raschen Wechsel der Ereignisse nicht sofort die revolutionäre sozialdemokratische Taktik unter den neuen Verhältnissen der Konterrevolution anzuwenden und verharrte auf der einfachen Wiederholung der Losungen, die in der Epoche des offenen Bürgerkriegs revolutionär *waren*, jetzt aber, bei bloßer Wiederholung, nur geeignet sind, den Prozeß des Zusammenschlusses des Proletariats unter den neuen Bedingungen des Kampfes aufzuhalten.

Anderseits entstand auf dem Boden dieser komplizierten Wendung, in der Atmosphäre des abflauenden revolutionären Kampfes, der Apathie und Kopflosigkeit sogar bei einem Teil der Arbeiter, in der Periode der Zer-

trümmerung der Arbeiterorganisationen und ihrer mangelnden Widerstandskraft gegen die zersetzenden Einflüsse, bei einem Teil der Arbeiterklasse eine indifferente Haltung gegenüber dem politischen Kampf überhaupt und besonders eine starke Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit der Sozialdemokratie in der Duma.

In diesen Schichten des Proletariats können unter solchen Verhältnissen der sogenannte Otsowismus und Ultimatismus vorübergehend Anklang finden.

Die Arbeit der III. Duma, die offen die Nöte der Arbeiter verhöhnt, verstärkt noch die Stimmung für die Abberufung unserer Dumaabgeordneten in diesen Arbeiterschichten, denn sie sind infolge ihrer unzulänglichen sozialdemokratischen Erziehung noch nicht imstande zu begreifen, daß gerade diese Tätigkeit der III. Duma es den Sozialdemokraten gestattet, diese Vertretung der Ausbeuterklassen auf revolutionäre Weise auszunutzen, um breite Schichten des Volkes über den wahren Charakter der Selbstherrschaft und aller konterrevolutionären Kräfte sowie über die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes aufzuklären.

Die otsowistische Stimmung unter diesem Teil der Arbeiter wurde darüber hinaus noch durch jene sehr schwerwiegenden Fehler genährt, die die sozialdemokratische Dumafraktion besonders im ersten Jahr ihrer Tätigkeit begangen hatte.

Angesichts dessen, daß diese otsowistische Stimmung die sozialistische und revolutionäre Erziehung der Arbeiterklasse beeinträchtigt, hält es die bolschewistische Fraktion für notwendig:

a) *hinsichtlich dieser Arbeiterschichten* eine langwierige sozialdemokratische Erziehungs- und Organisationsarbeit zu leisten, eine systematische und beharrliche Aufklärung einzuleiten über die ganze politische Unfruchtbarkeit des Otsowismus und Ultimatismus, über die wirkliche Bedeutung des sozialdemokratischen Parlamentarismus und über die Rolle der Dumatribüne für die Sozialdemokraten in der Periode der Konterrevolution;

b) *hinsichtlich der sozialdemokratischen Dumafraktion und der Arbeit in der Duma überhaupt* eine enge Verbindung zwischen der Dumafraktion und den fortschrittlichen Arbeitern herzustellen, die Dumafraktion allseitig zu unterstützen und organisiert zu kontrollieren und durch die gesamte Partei Druck auf sie auszuüben, unter anderem auch durch offene

Diskussion über ihre Fehler; die Anleitung der Tätigkeit der Fraktion, als eines Organs der Partei, durch die Partei wirklich in Angriff zu nehmen und überhaupt zu erreichen, daß die in der letzten allgemeinen Parteikonferenz hierüber gefaßten Beschlüsse von den Bolschewiki praktisch durchgeführt werden, denn nur eine intensivere Aufmerksamkeit in Arbeiterkreisen für die Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion und die organisierte Mitwirkung der Arbeiter an der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Duma vermag die Taktik unserer Dumafraktion wirklich konsequent zu gestalten;

c) *hinsichtlich des rechten Flügels der Partei*, der die Dumafraktion auf einen parteifeindlichen Weg zerrt und sie dadurch dem Vortrupp der Arbeiter entfremdet, einen systematischen, unversöhnlichen Kampf zu führen und diese für die Partei verderbliche Taktik zu brandmarken.

*

Im Zuge der bürgerlich-demokratischen Revolution sind mancherlei Elemente zu unserer Partei gestoßen, die nicht durch deren rein proletarisches Programm, sondern vornehmlich durch deren zielbewußten und energischen Kampf für die Demokratie angelockt wurden und die sich die revolutionär-demokratischen Losungen der proletarischen Partei außerhalb ihres Zusammenhangs mit dem gesamten Kampf des sozialistischen Proletariats angeeignet haben.

Solche nicht genügend vom proletarischen Bewußtsein erfüllten Elemente kamen auch in unserer bolschewistischen Fraktion ans Licht. In der heutigen schweren Zeit zeigen diese Elemente immer stärker ihre ungenügende sozialdemokratische Standhaftigkeit und bildeten, in immer schrofferen Widerspruch zu den Grundlagen der revolutionären sozialdemokratischen Taktik geratend, im letzten Jahr eine Strömung, die der Theorie des Otsowismus und des Ultimatismus feste Formen zu geben sucht, in Wirklichkeit aber nur die falschen Vorstellungen vom sozialdemokratischen Parlamentarismus und von der Arbeit der Sozialdemokraten in der Duma zum Prinzip erhebt und vertieft.

Diese Versuche, aus der otsowistischen Stimmung ein ganzes System otsowistischer Politik zu machen, führen zu einer Theorie, die im Grunde genommen die Ideologie des politischen Indifferentismus einerseits und der anarchistischen Verirrungen anderseits zum Ausdruck bringt. Bei allen

ihren revolutionären Phrasen bildet die Theorie des Otsowismus und Ultimatismus in Wirklichkeit weitgehend die Kehrseite der Verfassungsillusionen, die mit der Hoffnung verknüpft sind, daß die Reichsduma selbst diese oder jene dringlichen Forderungen des Volkes befriedigen könne; und sie ersetzt im Grunde genommen die proletarische Ideologie durch kleinbürgerliche Tendenzen.

Nicht geringeren Schaden als der offene Otsowismus fügt der sogenannte Ultimatismus der sozialdemokratischen Arbeit zu (d. h. jene Richtung, die die Ausnutzung der Tribüne der dritten Duma prinzipiell ablehnt bzw. ihre Ablehnung, dieser Verpflichtung nachzukommen, durch praktische Erwägungen zu rechtfertigen sucht und, in dem Bestreben, die sozialdemokratische Dumafraktion abzuberufen, die langwierige Arbeit an der Erziehung und klaren Ausrichtung der Dumafraktion durch ein kurzfristiges Ultimatum ersetzt). Politisch unterscheidet sich der Ultimatismus gegenwärtig vom Otsowismus in nichts, er richtet durch den verschleierten Charakter seines Otsowismus nur noch größere Verwirrung und Zerfahrenheit an. Die Versuche des Ultimatismus, einen unmittelbaren Zusammenhang seiner Taktik mit der Boykottaktik zu konstruieren, die unsere Fraktion in einem bestimmten Moment der Revolution verfolgt hat, verdrehen lediglich den wirklichen Sinn und Charakter des von der weitaus überwiegenden Mehrheit unserer Partei absolut richtig angewandten Boykotts der Bulyginschen und der I. Reichsduma. Der Versuch des Otsowismus und des Ultimatismus, aus einzelnen Fällen der Anwendung des Boykotts von Vertretungskörperschaften in dem einen oder anderen Moment der Revolution eine Linie des Boykotts als ein die Taktik des Bolschewismus auch in der Periode der Konterrevolution kennzeichnendes Merkmal abzuleiten, erweist, daß diese Strömungen im Grunde genommen nur die Kehrseite des Menschewismus sind, der eine Beteiligung an allen Vertretungskörperschaften in Bausch und Bogen predigt, unabhängig von der jeweiligen Entwicklungsetappe der Revolution, unabhängig davon, ob ein revolutionärer Aufschwung zu verzeichnen ist oder nicht.

Alle bisher vom Otsowismus und vom Ultimatismus unternommenen Versuche, ihre Theorie prinzipiell zu begründen, führen unvermeidlich zur Negierung der Grundlagen des revolutionären Marxismus. Die von ihnen vorgesehene Taktik führt zum vollständigen Bruch mit der auf die

gegenwärtigen russischen Verhältnisse angewandten Taktik des linken Flügels der internationalen Sozialdemokratie, weil sie anarchistische Abweichungen zeitigt.

Die otsowistisch-ultimatistische Agitation hat der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Tätigkeit zweifellos bereits zu schaden begonnen. Wird sie weiter betrieben, kann sie zu einer Gefahr für die Einheit der Partei werden, hat sie doch bereits so widerwärtige Ausgeburten hervorgebracht wie die Vereinigung der Otsowisten mit den Sozialrevolutionären (in Petersburg), um der Dumavertretung unserer Partei die Unterstützung zu verweigern, und das wiederholte öffentliche Auftreten vor Arbeitern gemeinsam mit ausgeprägten Syndikalisten.

Angesichts alles dessen erklärt die erweiterte Redaktion des „Proletari", daß der Bolschewismus als eine bestimmte Strömung in der SDAPR mit dem Otsowismus und dem Ultimatismus nichts gemein hat und daß die bolschewistische Fraktion diese Abweichungen vom Wege des revolutionären Marxismus aufs entschiedenste bekämpfen muß.

2

Die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei

In der Epoche des entschiedenen Triumphs der Konterrevolution, die auf die gewaltsame Auflösung der II. Duma folgte, war infolge der Umstände der gesamten Tätigkeit der Partei gebieterisch die Aufgabe gestellt: trotz des Wütens der Reaktion und des weitgreifenden Verfalls des proletarischen Klassenkampfes die in den Jahren des höchsten Aufschwungs des Kampfes geschaffene Parteiorganisation zu bewahren – und zwar als eine Organisation, die bewußt auf dem Boden des orthodoxen Marxismus steht und alle „nationalen" sozialdemokratischen Organisationen zur Durchführung einer einheitlichen revolutionären sozialdemokratischen Taktik vereinigt.

Im Verlauf dieses zweijährigen Kampfes für die Partei und für das Parteiprinzip haben sich ganz klar einerseits die Abgrenzung der Partei von jenen Elementen, welche durch die besonderen Verhältnisse der bürgerlich-demokratischen Revolution in sie eingedrungen waren, und ander-

seits der weitere feste Zusammenschluß der revolutionären Sozialdemokraten ausgeprägt. Auf der einen Seite haben sich die vormaligen Mitläufer der Sozialdemokratie ganz und gar entpuppt; sie haben die Partei verlassen und ihre Tätigkeit völlig in die verschiedenen legalen Organisationen (Genossenschaften, Gewerkschaften, Bildungsvereine, Kommissionen bei der Dumafraktion) verlegt; dort verfechten sie nicht nur die Parteipolitik nicht, sondern bekämpfen im Gegenteil die Partei und suchen diese Organisationen von ihr loszulösen und sie ihr entgegenzustellen. Diese Elemente haben – als unverhohlene Liquidatoren der Partei – die Legalität zu einem Fetisch gemacht und den der Arbeiterbewegung durch die vorübergehende Depression und Zersplitterung aufgezwungenen engen Rahmen ihrer Tätigkeit zum Prinzip erhoben; damit stellten sie sich für jedermann sichtbar auf den Boden des theoretischen und taktischen Revisionismus. Der überaus enge Zusammenhang zwischen dem organisatorischen Liquidatorentum – Kampf gegen die Organe der Partei – und dem prinzipiellen Kampf gegen die marxistische Theorie und die Grundlagen des Programms der SDAPR ist nunmehr durch die ganze Geschichte der Tätigkeit der intellektuellen Ratgeber unserer Dumafraktion, die dieser eine opportunistische Linie aufdrängten, durch den ganzen Kampf zwischen den Liquidatoren und den parteiverbundenen Elementen in den legalen Arbeiterorganisationen sowie in den Arbeitergruppen der vier Kongresse: der Volkshochschulen[131], der Genossenschaften[132], der Frauen[133] und der Betriebsärzte[134], ganz klar dargetan und bewiesen.

Auf der anderen Seite hat der linke Flügel der Partei, dem die Führung der Partei in dieser Periode des entschiedenen Triumphs der Konterrevolution zugefallen war, die Taktik der zweckmäßigen Kombinierung der illegalen und der legalen Parteiarbeit theoretisch anerkannt und praktisch verfolgt. Hierzu gehört die gesamte Arbeit der Partei mit der Dumafraktion sowie die gesamte Arbeit der Partei in den legalen und halblegalen proletarischen Organisationen. Gerade diese Formen der Arbeit sind durch die eigentümlichen Bedingungen des gegenwärtigen historischen Zeitpunkts als eine Ergänzung zu den grundlegenden Formen der Parteiarbeit, als Formen der Einwirkung der illegalen Partei auf mehr oder minder breite Massen hervorgebracht worden. Gerade in diesen Formen der Tätigkeit kollidiert die Partei praktisch, tatsächlich mit dem Liquidatorentum und versetzt ihm empfindliche Schläge. Auf demselben Boden

näherten sich bzw. nähern sich einander praktisch die mit der Partei verbundenen Sozialdemokraten der verschiedenen Fraktionen.* Und ebenfalls hier, in den gleichen Fragen der Taktik und der Organisation der Partei unter den Bedingungen der Periode der III. Duma, rückt die bolschewistische Fraktion schließlich offen von den pseudorevolutionären, wankelmütigen, unmarxistischen Elementen ab, die sich unter der Flagge des sogenannten „Otsowismus" gegen die neuen Formen der Parteiarbeit wandten.

Die erweiterte Redaktion des „Proletari" stellt hinsichtlich der grundlegenden Aufgaben der Bolschewiki zum gegenwärtigen Zeitpunkt fest:

1. daß im weiteren Kampf um die Partei und das Parteiprinzip die Aufgaben der bolschewistischen Fraktion, die die Vorkämpferin für das Parteiprinzip und die revolutionäre sozialdemokratische Linie in der Partei bleiben muß, in der allseitigen tatkräftigen Unterstützung des ZK und des Zentralorgans der Partei zu bestehen haben. Nur die die gesamte Partei vertretenden zentralen Institutionen können in der gegenwärtigen Periode der Umgruppierung der Parteikräfte maßgebende und starke Vertreter der Parteilinie sein, auf der sich alle wirklich der Partei treuen und wirklich sozialdemokratischen Elemente vereinigen;

2. daß im menschewistischen Lager der Partei angesichts des Umstands, daß das offizielle Fraktionsorgan „Golos Sozial-Demokrata" sich in völliger Abhängigkeit von den menschewistischen Liquidatoren befindet, eine Minderheit der Fraktion, die den Weg des Liquidatorentums zur Genüge kennengelernt hat, ihre Stimme schon zum Protest gegen diesen Weg erhebt und für ihre Tätigkeit wieder den Boden der Partei sucht (Brief der „Wiborger" Menschewiki in St. Petersburg, Spaltung der Menschewiki in Moskau, Spaltung in der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata", entsprechende Scheidung im „Bund" usw.);

3. daß es unter solchen Umständen Aufgabe der Bolschewiki, die die festgeschlossene Avantgarde der Partei bleiben, sein muß, nicht nur den

* Im ZK wurden die Resolutionen über die Gewerkschaften, die Genossenschaften und eine Reihe von Beschlüssen über die Arbeit in der Duma *einstimmig* angenommen. Die weitaus überwiegende Mehrheit der letzten gesamtrussischen Parteikonferenz stand hinter der Parteilinie. Die Erfahrungen in der Leitung des Zentralorgans, die Arbeitergruppen der oben angeführten Kongresse usw. legen gleichfalls davon Zeugnis ab.

Kampf gegen das Liquidatorentum und alle Schattierungen des Revisionismus fortzuführen, sondern auch den marxistischen und parteitreuen Elementen der anderen Fraktionen näherzukommen, wie es durch die Gemeinsamkeit der Ziele im Kampf für die Erhaltung und Festigung der SDAPR geboten ist.

3

Über die Agitation für einen von der Partei getrennten Parteitag (oder eine Konferenz) der Bolschewiki

In der Erwägung, daß die bolschewistische Fraktion seit Wiederherstellung der Einheit der Partei die Anhänger ihrer politischen Linie stets auf Grund von Fragen, die bereits Gegenstand einer Diskussion in der gesamten Partei geworden waren, und stets auf dem Wege des ideologischen Kampfes für die bolschewistische Lösung dieser Fragen im Rahmen der gesamten Partei – parallele Plattformen und Diskussion in den Parteizellen, auf Parteitagen der gesamten Partei – gewonnen und vereinigt hat;

– daß nur dieser Weg den Zusammenschluß der wirklich Gleichgesinnten wie auch die Gewinnung aller der Fraktion wesensverwandten Elemente für die Fraktion garantiert;

– daß auch zur Verwirklichung unseres Hauptziels, der Einwirkung auf die Partei im Interesse des endgültigen Sieges der Linie der revolutionären Sozialdemokratie in der Partei, ein gesondertes Auftreten der Bolschewiki allein im Rahmen der ganzen Partei einzig richtig und zweckmäßig ist;

– daß ein anderer Weg, der Weg der Einberufung besonderer bolschewistischer Konferenzen und Parteitage unvermeidlich zur Spaltung der Partei von oben bis unten führen und der Fraktion, die die Initiative für eine solche endgültige Spaltung der SDAPR ergriff, einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzen würde;

in Erwägung alles dessen beschließt die erweiterte Redaktion des „Proletari":

1. alle ihre Gleichgesinnten zu warnen vor der Agitation für einen besonderen bolschewistischen Parteitag als einer Agitation, die objektiv zur

Spaltung der Partei führt und der Position, die die revolutionäre Sozialdemokratie in der Partei bereits errungen hat, einen schweren Schlag versetzen kann;

2. die nächste Konferenz der Bolschewiki mit der ordentlichen Parteikonferenz zu verbinden, wobei das höchste Gremium der gesamten Fraktion das Forum ihrer Anhänger auf dem nächsten Parteitag sein wird.

3. Im Hinblick auf die aktuellen wichtigen Fragen, die die Partei und die Fraktion bewegen, werden die Bolschewiki im ZK beauftragt, sich für die beschleunigte Einberufung einer Konferenz der gesamten Partei (Frist 2–3 Monate) und sodann für die beschleunigte Einberufung des Parteitags einzusetzen.

4

Über die Parteischule, die im Ausland, in N. N., eingerichtet wurde

Die erweiterte Redaktion des „Proletari" stellt nach Überprüfung der Angelegenheit der Schule in N. N. fest, daß die Einrichtung dieser Schule durch eine Gruppe von Initiatoren (darunter eines Mitglieds der erweiterten Redaktion des „Proletari", Gen. Maximow) von Anfang an ohne Wissen der Redaktion des „Proletari" vorgenommen wurde und von einer Agitation gegen die Redaktion begleitet war. Die von jener Gruppe von Initiatoren bisher unternommenen Schritte lassen bereits ganz deutlich erkennen, daß unter dem Deckmantel dieser Schule das neue Zentrum einer sich von den Bolschewiki abspaltenden Fraktion entsteht. Die Initiatoren dieser Schule haben ohne Wissen der gemeinsamen Zentralstellen mit zahlreichen russischen Komitees Verbindung aufgenommen, haben eine eigene Kasse und Geldsammlungen organisiert, schaffen sich einen Stab eigener Agenten, ohne dies der Redaktion des „Proletari" oder der Zentrale der Partei auch nur mitzuteilen.

In Anbetracht dessen, daß bei dem gegenwärtigen Mangel an erfahrenen Parteiarbeitern eine zweckmäßig organisierte wirkliche Parteischule, selbst wenn sie sich im Ausland befindet, den örtlichen Organisationen bis zu einem gewissen Grade bei der Heranbildung tüchtiger Parteifunktionäre aus den Reihen der Arbeiter helfen könnte, hält es die erweiterte Redaktion für notwendig, ihrerseits alles zu tun, was angesichts der Lage

unserer Organisation möglich ist, um den örtlichen Organisationen diese Hilfe zuteil werden zu lassen, doch sie muß auf Grund der ganzen Handlungsweise der Initiatoren der Schule in N. N. feststellen, daß diese nicht die Ziele der gesamten Fraktion, d. h. nicht die Ziele der bolschewistischen Fraktion als einer ideologischen Strömung in der Partei, sondern ihre besonderen ideologisch-politischen Ziele als eine bestimmte Gruppe verfolgen. Die erweiterte Redaktion des „Proletari" stellt fest, daß in Anbetracht der in unserer Fraktion aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten über den Otsowismus, den Ultimatismus, die Stellung zur Propagierung des Gottbildnertums und über die innerparteilichen Aufgaben der Bolschewiki überhaupt, ferner in Anbetracht der Tatsache, daß die Initiatoren und Organisatoren der Schule in N. N. ausnahmslos Vertreter des Otsowismus, des Ultimatismus und des Gottbildnertums sind, die ideologisch-politische Physiognomie dieses neuen Zentrums ganz eindeutig bestimmt ist.

In Erwägung alles dessen erklärt die erweiterte Redaktion des „Proletari", daß die bolschewistische Fraktion für diese Schule keinerlei Verantwortung übernehmen kann.

5

Über die Abspaltung des Gen. Maximow

Angesichts der offenkundig gewordenen Tatsache, daß in keiner Frage der Tagesordnung eine prinzipielle und taktische Einheit besteht zwischen den zehn Mitgliedern der erweiterten Redaktion des „Proletari" einerseits und Gen. Maximow anderseits; sodann in Anbetracht dessen, daß seitens des Gen. Maximow in letzter Zeit Schritte unternommen wurden, die auf die Verletzung auch der organisatorischen Einheit der bolschewistischen Fraktion abzielten; und schließlich in Anbetracht dessen, daß Gen. Maximow die Frage, ob er sich den Beschlüssen der erweiterten Redaktion des „Proletari" unterwerfen und sie durchführen werde, verneinend beantwortete – lehnt die erweiterte Redaktion des „Proletari" von nun an jegliche Verantwortung für alle politischen Schritte des Gen. Maximow ab.

Beilage zu Nr. 46 des „Proletari", 3. (16.) Juli 1909.

Nach dem Text der Beilage.

DIE LIQUIDIERUNG DES LIQUIDATORENTUMS

In einer besonderen Beilage zu dieser Nummer des „Proletari" finden die Leser die Mitteilung über eine Beratung der Bolschewiki und den Text der auf ihr angenommenen Resolutionen.* In diesem Artikel möchten wir vom Standpunkt sowohl unserer Fraktion als auch überhaupt der gesamten SDAPR auf die Bedeutung dieser Beratung und der Abspaltung einer kleinen Gruppe von Bolschewiki, die sich auf der Beratung vollzog, eingehen.

Die letzten zwei Jahre, etwa vom Staatsstreich des 3. Juni 1907 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt, stellen die Periode einer jähen Wende, einer schweren Krise in der Geschichte der russischen Revolution und in der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung und der SDAPR dar. Die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR im Dezember 1908 zog das Fazit in den Fragen der gegenwärtigen politischen Lage, des Zustands der revolutionären Bewegung und deren Perspektiven, schließlich der Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse im jetzigen Augenblick. Die Resolutionen dieser Konferenz bilden den festen Besitz der Partei, und jene opportunistischen Menschewiki, die sie unbedingt zu kritisieren suchten, offenbarten nur augenfällig die Schwäche ihrer „Kritik", die den in diesen Resolutionen entschiedenen Fragen absolut nichts Vernünftiges, nichts in sich Geschlossenes und in ein System Gefaßtes entgegenzustellen vermochte.

Doch die Parteikonferenz hat uns nicht nur das gebracht. Sie hat im Leben der Partei eine höchst wichtige Rolle gespielt, weil sie die *neuen ideologischen Gruppierungen* in den beiden Fraktionen umrissen hat – bei

* Siehe den vorliegenden Band, S. 427–454. *Die Red.*

den Menschewiki wie bei den Bolschewiki. Der Kampf dieser Fraktionen füllte, so kann man ohne Übertreibung sagen, die ganze Geschichte der Partei aus, unmittelbar vor der Revolution wie auch während der Revolution. Deshalb bilden die neuen ideologischen Gruppierungen eine sehr wichtige Erscheinung im Parteileben, die alle Sozialdemokraten durchdenken, richtig verstehen und sich aneignen sollten, um zu den neuen Fragen in der neuen Lage bewußt Stellung nehmen zu können.

Diese neuen ideologischen Gruppierungen können kurz gekennzeichnet werden als das Auftreten von liquidatorischen Tendenzen an beiden extremen Flanken der Partei und als Kampf gegen sie. Bei den Menschewiki trat das Liquidatorentum im Dezember 1908 ganz klar zutage; der Kampf dagegen wurde damals fast ausschließlich von den anderen Fraktionen (den Bolschewiki, den polnischen und lettischen Sozialdemokraten, einem Teil der Bundisten) geführt. Die parteitreuen Menschewiki, die menschewistischen Gegner des Liquidatorentums, zeichneten sich zu jener Zeit gerade erst als Strömung ab und traten nicht irgendwie geschlossen und offen in Erscheinung. Bei den Bolschewiki bildeten sich ganz deutlich zwei Richtungen heraus, die auch offen auftraten: einerseits die überwiegende Mehrheit der orthodoxen Bolschewiki, die den Otsowismus entschieden bekämpften und in ihrem Geiste alle Resolutionen der Konferenz durchführten, anderseits eine Minderheit von „Otsowisten", die ihre Auffassungen als besondere Gruppe verfochten und wiederholt Unterstützung erhielten von den zwischen ihnen und den orthodoxen Bolschewiki hin und her pendelnden „Ultimatisten". Daß die Otsowisten (und die Ultimatisten, sofern diese zu jenen hinabgleiten) gleichsam umgestülpte Menschewiki, Liquidatoren neuer Art darstellen, haben wir im „Proletari" wiederholt gesagt und demonstriert (vgl. besonders Nr. 39, 42, 44)*. Also: Bei den Menschewiki finden wir eine weitaus überwiegende Mehrheit von Liquidatoren und einen eben einsetzenden Protest und Kampf der parteitreuen Elemente gegen sie; bei den Bolschewiki finden wir die absolute Vorherrschaft der orthodoxen Elemente bei einer offen auftretenden Minderheit von Otsowisten; solcherart war die Lage innerhalb der Partei, wie sie sich auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im Dezember zeigte.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 283–300, 356–359 und 383–395. *Die Red.*

Was ist dieses Liquidatorentum? Worin ist die Ursache seiner Entstehung zu suchen? Warum sind die Otsowisten (und die Gottbildner, über die noch einige Worte gesagt werden) auch Liquidatoren, umgestülpte Menschewiki? Kurz, worin besteht der soziale Sinn und die soziale Bedeutung der neuen ideologischen Gruppierung innerhalb unserer Partei?

Das Liquidatorentum im engeren Sinne des Wortes, das Liquidatorentum der Menschewiki besteht in ideologischer Beziehung in der Leugnung des revolutionären Klassenkampfes des sozialistischen Proletariats überhaupt und in der Ablehnung der Hegemonie des Proletariats in unserer bürgerlich-demokratischen Revolution im besonderen. Diese Leugnung nimmt natürlich verschiedene Formen an, geschieht mehr oder weniger bewußt, scharf und konsequent. Als Beispiel könnte man Tscherewanin und Potressow anführen. Der erste hat die Rolle des Proletariats in der Revolution so beurteilt, daß sich die *ganze* Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata" noch vor der Spaltung (d. h. sowohl Plechanow als auch Martow, Dan, Axelrod, Martynow) genötigt sah, von Tscherewanin abzurücken, wenn sie das auch in ganz unschicklicher Form tat: Sie sagte sich nämlich im „Vorwärts" vor den Deutschen vom konsequenten Liquidatorentum los, *ohne aber ihre Erklärung für die russischen Leser im „Golos Sozial-Demokrata" zu bringen!* In seinem Aufsatz in dem Sammelwerk „Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts" liquidierte Potressow die Idee von der Hegemonie des Proletariats in der russischen Revolution so erfolgreich, daß Plechanow aus der samt und sonders liquidatorisch eingestellten Redaktion austrat.

In organisatorischer Hinsicht bedeutet das Liquidatorentum, die Notwendigkeit einer illegalen sozialdemokratischen Partei abzulehnen und damit auf die SDAPR zu verzichten, aus dieser Partei auszutreten, sie in den Spalten der legalen Presse, in legalen Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Genossenschaften, auf Kongressen, an denen Arbeiterdelegierte teilnehmen, usw. zu bekämpfen. Die Geschichte jeder Parteiorganisation in Rußland weist in den letzten zwei Jahren unzählige Beispiele solchen Liquidatorentums der Menschewiki auf. Als besonders prägnantes Beispiel des Liquidatorentums demonstrierten wir bereits (im *„Proletari"* Nr. 42, nachgedruckt in der Broschüre „Die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR im Dezember 1908") einen Vorfall, wo

menschewistische Mitglieder des Zentralkomitees das *ZK der Partei* direkt zu *sprengen* und die Tätigkeit dieser Institution zunichte zu machen versuchten. Als ein Anzeichen für den fast vollständigen Zerfall der illegalen menschewistischen Organisationen in Rußland kann man ansehen, daß die „Kaukasische Delegation" der letzten Parteikonferenz durchweg aus Mitgliedern bestand, die im Ausland leben, und daß die Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata" vom ZK der Partei (Anfang 1908) als besondere publizistische Gruppe bestätigt wurde, die keinerlei Verbindung mit irgendeiner in Rußland wirkenden Organisation hat.

Die Menschewiki ziehen aus allen diesen Erscheinungsformen des Liquidatorentums nicht die Konsequenzen. Teils verbergen sie sie, teils verheddern sie sich selbst, weil sie die Bedeutung der einzelnen Tatsachen nicht erkennen, sich in Lappalien, Nebensächlichkeiten, in personellen Fragen verlieren, es nicht verstehen zu verallgemeinern und den Sinn der Geschehnisse zu begreifen.

Dieser Sinn aber besteht darin, daß der opportunistische Flügel einer Arbeiterpartei in der Epoche der bürgerlichen Revolution sich in Krisen, in Momenten des Niedergangs und der Zerfahrenheit unvermeidlich entweder als rein liquidatorisch erweisen muß oder aber von den Liquidatoren am Gängelband geführt wird. In der Epoche der bürgerlichen Revolution ist es *unvermeidlich*, daß sich der proletarischen Partei kleinbürgerliche *Mitläufer** anschließen, die am wenigsten fähig sind, sich die proletarische Theorie und Taktik zu eigen zu machen und in Augenblicken des Niedergangs standzuhalten, die am meisten dazu neigen, den Opportunismus bis zu Ende durchzuführen. Der Verfall hat eingesetzt – und die Hauptmasse der menschewistischen Intellektuellen, der menschewistischen Publizisten ist faktisch auf die Seite der Liberalen übergelaufen. Die Intellektuellen wandten sich von der Partei ab – *folglich* sind vor allem die menschewistischen Organisationen auseinandergefallen. Diejenigen Menschewiki, die mit dem Proletariat und dem proletarischen Klassenkampf, der proletarischen revolutionären Theorie aufrichtig sympathisierten (und solche Menschewiki, die ihren Opportunismus in der Revolution dadurch zu rechtfertigen suchten, daß sie alle Wandlungen, alle Windungen des verworrenen historischen Weges zu berücksichtigen bestrebt waren, gab es stets), blieben „noch einmal in der Minderheit", in der Minderheit unter

* „Mitläufer" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

den Menschewiki nämlich, ohne feste Entschlossenheit, die Liquidatoren zu bekämpfen, und ohne die Kraft, diesen Kampf erfolgreich zu führen. Doch die opportunistischen Mitläufer versacken immer tiefer im Liberalismus, für Plechanow wird Potressow, für den „Golos Sozial-Demokrata" Tscherewanin, für die Moskauer menschewistischen Arbeiter werden die menschewistischen Intellektuellen unausstehlich *und so weiter*. Die parteitreuen Menschewiki, die orthodoxen Marxisten unter den Menschewiki beginnen sich abzuspalten und kommen, wenn sie einmal *zur Partei* zurückkehren, kraft der Umstände, den Bolschewiki näher. Es ist unsere Aufgabe, diese Sachlage zu begreifen und auf jede Weise und überall zu versuchen, die Liquidatoren von den parteitreuen Menschewiki zu lösen und den letzteren näherzukommen, nicht im Sinne einer Verkleisterung der prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, sondern im Sinne des Zusammenschlusses zu einer wirklich einheitlichen Arbeiterpartei, in der Meinungsverschiedenheiten die gemeinsame Arbeit, den gemeinsamen Vormarsch, den gemeinsamen Kampf nicht stören.

Aber sind kleinbürgerliche Mitläufer des Proletariats ausschließlich in der menschewistischen Fraktion allein zu finden? Mitnichten. Wir haben bereits in Nr. 39 des *„Proletari"** darauf hingewiesen, daß es sie auch bei den Bolschewiki gibt, wie die ganze Art und Weise der konsequenten Otsowisten zu argumentieren, der ganze Charakter ihrer Versuche, eine „neue Taktik" zu begründen, bezeugt. Kein irgendwie bedeutsamer Teil der proletarischen Massenpartei konnte es, wie es sich aus der Sache selbst ergibt, vermeiden, daß in der Epoche der bürgerlichen Revolution mancherlei „Mitläufer" der verschiedensten Schattierungen zu ihm stießen. Diese Erscheinung ist selbst in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern nach dem völligen Abschluß der bürgerlichen Revolution nicht auszuschalten, denn das Proletariat kommt stets mit den verschiedensten Schichten der Kleinbourgeoisie in Berührung, rekrutiert sich immer wieder aus diesen Schichten. Diese Erscheinung hat nichts Anomales und nichts Schreckliches an sich, *wenn nur* die proletarische Partei es vermag, die fremden Elemente zu assimilieren, sie sich zu unterwerfen und nicht sich ihnen unterwirft, wenn sie rechtzeitig begreift, daß diese oder jene Elemente in Wirklichkeit Fremdkörper sind und daß man sich unter gewissen Umständen deutlich und offen von ihnen abgrenzen muß. Der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 283–300. *Die Red.*

Unterschied zwischen den beiden Fraktionen der SDAPR läuft in dieser Hinsicht gerade darauf hinaus, daß die Menschewiki den Liquidatoren (d. h. den „Mitläufern") unter die Fuchtel gerieten – das beweisen aus den Reihen der Menschewiki selber ihre Moskauer Anhänger in Rußland wie auch Plechanow durch seine Trennung von Potressow und vom „Golos Sozial-Demokrata" im Ausland –, während bei den Bolschewiki die liquidatorischen Elemente des Otsowismus und des Gottbildnertums von Anfang an nur eine verschwindende Minderheit bildeten und von Anfang an unschädlich gemacht und dann abgestoßen wurden.

Daß der Otsowismus Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen ist, daß er unvermeidlich ebenfalls zum Liquidatorentum, nur in etwas anderer Form, führt – daran kann kein Zweifel bestehen. Es handelt sich natürlich nicht um Personen und einzelne Gruppen, sondern um die objektive Tendenz dieser Richtung, sobald sie aufhört, nur eine Stimmung zu sein, und sich zur besonderen Richtung zu konsolidieren sucht. Die Bolschewiki haben vor der Revolution mit aller Bestimmtheit erklärt: erstens, daß sie nicht eine besondere Richtung im Sozialismus schaffen, sondern die Grundprinzipien der ganzen internationalen revolutionären, orthodox-marxistischen Sozialdemokratie auf die neuen Bedingungen unserer Revolution anwenden wollen; zweitens, daß sie auch in der schwierigsten, langsamsten, nüchternen Alltagsarbeit ihre Pflicht zu erfüllen wissen werden, falls nach dem Kampf, nach Erschöpfung aller vorhandenen revolutionären Möglichkeiten die Geschichte uns zwingen sollte, uns auf dem Wege der „absolutistischen Verfassung" fortzuschleppen. Jeder einigermaßen aufmerksame Leser kann diese Erklärungen in der sozialdemokratischen Literatur des Jahres 1905 finden. Diese Erklärungen sind von größter Bedeutung als Verpflichtung der ganzen Fraktion, als bewußte Wahl des Weges. Um diese Verpflichtung vor dem Proletariat zu erfüllen, galt es, unablässig all jene umzumodeln und umzuerziehen, die in den Tagen der Freiheit zur Sozialdemokratie gestoßen waren (– es bildete sich sogar ein besonderer Typ von „Sozialdemokraten der Tage der Freiheit" heraus –), die hauptsächlich von der Entschiedenheit, dem revolutionären Geist, der „Prägnanz" der Losungen mitgerissen wurden, denen es aber an Ausdauer fehlte, nicht allein an den revolutionären Feiertagen, sondern auch an den konterrevolutionären Werktagen zu kämpfen. Ein Teil dieser Elemente ist nach und nach

in die proletarische Arbeit einbezogen worden und hat sich die marxistische Weltanschauung angeeignet. Ein anderer Teil hat bloß ein paar Parolen gelernt, ohne sie sich zu eigen zu machen, wiederholt die alten Schlagworte und versteht es nicht, die alten Prinzipien der revolutionären sozialdemokratischen Taktik auf die veränderten Bedingungen anzuwenden. Das Schicksal des einen wie des anderen Teils wird anschaulich illustriert durch die Entwicklung derjenigen, die für den Boykott der III. Duma eingetreten sind. Im Juni 1907 machten sie die Mehrheit der bolschewistischen Fraktion aus. Doch der *„Proletari"* verfolgte unbeirrt eine gegen den Boykott gerichtete Linie. Das Leben bot den Prüfstein für diese Linie, und nach einem Jahr blieben die „Otsowisten" *in der Minderheit* unter den Bolschewiki (14 Stimmen gegen 18 im Sommer 1908) in der Moskauer Organisation, dem Bollwerk des einstmaligen „Boykottismus". Noch ein Jahr später, nach der allseitigen und ständigen Aufklärung über die Fehler des Otsowismus, liquidierte die bolschewistische Fraktion – und darin besteht die Bedeutung der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Bolschewiki – den Otsowismus und den zu ihm abgleitenden Ultimatismus endgültig, liquidierte sie endgültig diese eigentümliche Form des Liquidatorentums.

Möge man uns daher nicht den Vorwurf einer „neuen Spaltung" machen. Wir erklären in der Mitteilung über unsere Konferenz ausführlich unsere Aufgaben und unsere Stellung zu dieser Frage. Wir haben alle Möglichkeiten und alle Mittel erschöpft, um die andersdenkenden Genossen zu überzeugen, wir haben mehr als $1^1/_2$ Jahre daran gearbeitet. Doch als Fraktion, d. h. als Bund von Gleichgesinnten in der Partei, können wir ohne Einheitlichkeit in den Grundfragen nicht weiterarbeiten. Abspaltung von einer Fraktion ist etwas anderes als Abspaltung von der Partei. Diejenigen, die sich von unserer Fraktion abgespalten haben, verlieren keineswegs die Möglichkeit, in der Partei zu arbeiten. Entweder sie bleiben „Wilde", d. h. außerhalb der Fraktionen Stehende, dann muß sie die allgemeine Parteiarbeit aufsaugen. Oder sie werden versuchen, eine neue Fraktion zustande zu bringen – das ist ihr legitimes Recht, wenn sie ihre besondere Schattierung in den Auffassungen und der Taktik verfechten und weiterentwickeln wollen –, und dann wird die *ganze Partei* sehr bald jene *Tendenzen* deutlich erkennen, deren ideologische Bedeutung wir oben einzuschätzen bemüht waren.

Den Bolschewiki obliegt es, die Partei zu führen. Um zu führen, muß man den Weg kennen, darf man nicht schwanken, muß man aufhören, Zeit zu vergeuden auf die Überzeugung der Schwankenden, auf den Kampf mit den Andersdenkenden innerhalb der Fraktion. Der Otsowismus und der zu ihm abgleitende Ultimatismus sind unvereinbar mit jener Arbeit, die die jetzigen Bedingungen von den revolutionären Sozialdemokraten fordern. Wir haben es während der Revolution gelernt, „französisch zu reden", d. h. der Bewegung ein Maximum von vorantreibenden Losungen zu verleihen, die Energie und den Schwung des unmittelbaren Kampfes der Massen zu steigern. Wir müssen es jetzt, in der Zeit der Stagnation, der Reaktion, des Zerfalls lernen, „deutsch zu reden", d. h. langsam zu handeln (anders geht es nicht, solange kein neuer Aufschwung eintritt), systematisch und beharrlich, schrittweise vorzugehen und Zoll um Zoll zu erobern. Wer sich bei dieser Arbeit langweilt, wer die Notwendigkeit *nicht versteht*, die revolutionären Grundlagen der sozialdemokratischen Taktik *auch auf diesem Wege, auf dieser Wegkreuzung* zu bewahren und weiterzuentwickeln, der verdient den Namen eines Marxisten nicht.

Unsere Partei kann nicht vorwärtskommen ohne entschiedene Liquidierung des Liquidatorentums. Zum Liquidatorentum gehört aber nicht nur das direkte Liquidatorentum der Menschewiki und ihre opportunistische Taktik. Dazu gehört auch der Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen. Dazu gehören der Otsowismus und der Ultimatismus, die der nächsten Aufgabe, die die Partei zu lösen hat, entgegenarbeiten. Diese Aufgabe bildet eine eigentümliche Besonderheit des Augenblicks, es ist die Aufgabe, die Dumatribüne auszunutzen und aus allen halblegalen und legalen Organisationen der Arbeiterklasse Stützpunkte zu machen. Zum Liquidatorentum gehört auch das „Gottbildnertum" und die Verfechtung gottbildnerischer Tendenzen, die prinzipiell mit dem Marxismus brechen. Dazu gehört auch das Nichtverstehen der Aufgaben der Bolschewiki in der Partei, die in den Jahren 1906/1907 in der *Absetzung* des menschewistischen ZK bestanden, das sich *nicht* auf die Mehrheit der Partei *stützte* (nicht nur die Polen und die Letten, selbst die „Bundisten" unterstützten damals das rein menschewistische ZK nicht) – der Aufgaben, die heute in der geduldigen Erziehung und Schulung der parteiverbundenen Elemente bestehen, in deren Zusammenschluß und der

Schaffung einer wahrhaft einheitlichen und festen proletarischen Partei. Die Bolschewiki brachen dem Parteiprinzip Bahn durch ihren unversöhnlichen Kampf gegen die parteifeindlichen Elemente in den Jahren 1903–1905 und 1906/1907. Die Bolschewiki müssen jetzt *die Partei aufbauen*, sie müssen sie aus der Fraktion aufbauen, mit Hilfe der Positionen, die im Fraktionskampf erobert worden sind.

Darin bestehen die Aufgaben unserer Fraktion in der gegenwärtigen politischen Situation und angesichts der allgemeinen Lage in der ganzen SDAPR. Diese Aufgaben sind noch einmal besonders ausführlich in den Resolutionen der kürzlich durchgeführten bolschewistischen Konferenz wiederholt und entwickelt worden. Die Reihen sind zu neuem Kampf umgruppiert. Die veränderten Bedingungen sind berücksichtigt. Der Weg ist gewählt. Vorwärts auf diesem Wege – und die revolutionäre Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands wird rasch zu einer Kraft werden, die von keiner Reaktion mehr erschüttert werden kann und die im folgenden Abschnitt unserer Revolution an der Spitze aller kämpfenden Klassen des Volkes stehen wird.*

„Proletari" Nr. 46,
11. (24.) Juli 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

* Vor kurzem erschienen Nr. 15 des „Golos Sozial-Demokrata" und Nr. 2 der „Otkliki Bunda"[135]. In diesen Ausgaben findet sich wieder eine Menge auserlesener Beispiele des Liquidatorentums, die eine Analyse und eine Einschätzung in einem speziellen Artikel in der nächsten Nummer des „Proletari" erforderlich machen.

DIE EUROPAREISE DES ZAREN UND DIE REISEN EINIGER ABGEORDNETER DER SCHWARZHUNDERTERDUMA NACH ENGLAND

Vor einem halben Jahrhundert galt Rußland als der internationale Gendarm. Unsere Selbstherrschaft hat im vergangenen Jahrhundert vieles getan zur Unterstützung jeder Reaktion in Europa und sogar zur direkten militärischen Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in den benachbarten Ländern. Man braucht nur an den Ungarnfeldzug Nikolaus' I. zu erinnern und an die wiederholten Gewaltakte gegen Polen, um zu begreifen, warum die Führer des internationalen sozialistischen Proletariats seit den vierziger Jahren die europäischen Arbeiter und die europäische Demokratie immer wieder darauf hingewiesen haben, daß der Zarismus die Hauptstütze der Reaktion in der ganzen zivilisierten Welt bildet.

Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hat die revolutionäre Bewegung in Rußland diese Sachlage etwas gewandelt. Je stärker der Zarismus unter den Schlägen der heranwachsenden Revolution in seinem eigenen Lande ins Wanken geriet, desto schwächer wurde er in seiner Rolle als Feind der Freiheit in Europa. Doch in Europa bildete sich zu dieser Zeit eine internationale Reaktion der bürgerlichen Regierungen heraus, die angesichts der Aufstände des Proletariats und in der Erkenntnis, daß zwischen Arbeit und Kapital ein Kampf auf Leben und Tod unvermeidlich ist, um des gemeinsamen Kampfes gegen das Proletariat willen jeden beliebigen Abenteurer und Räuber auf dem Thron zu begrüßen bereit sind. Und als zu Beginn des 20. Jahrhunderts dem Zarismus durch den japanischen Krieg und die Revolution von 1905 schwerste Schläge zugefügt wurden, kam ihm die internationale Bourgeoisie zu Hilfe, unterstützte ihn mit Milliardenanleihen und unternahm

alles, um den revolutionären Brand zu lokalisieren und die „Ordnung" in Rußland wiederherzustellen. Eine Hand wäscht die andere. Der Zarismus hat mehr als einmal den konterrevolutionären bürgerlichen Regierungen Europas während ihres Kampfes gegen die Demokratie geholfen. Nun half die gegenüber dem Proletariat konterrevolutionär gewordene Bourgeoisie Europas dem Zarismus in seinem Kampf gegen die Revolution.

Die Verbündeten feiern den Sieg. Nikolaus der Blutige fährt nach Europa, um die Monarchen und den Präsidenten der französischen Republik zu begrüßen. Die Monarchen und der Präsident geraten ganz aus dem Häuschen und treffen alle Anstalten, den Führer der Schwarzhunderter-Konterrevolution in Rußland feierlich zu empfangen. Aber diese edlen Ritter der bürgerlichen und der Schwarzhunderterreaktion errangen den Sieg nicht etwa, weil sie ihren Feind vernichteten, sondern weil dessen Kräfte zersplittert waren, weil das Proletariat in den verschiedenen Ländern einen unterschiedlichen Reifegrad aufwies. Die vereinigten Feinde der Arbeiterklasse siegten um den Preis des Aufschubs der Entscheidungsschlacht, wobei aber zugleich jene Quelle erweitert und vertieft wurde, die – vielleicht langsamer als wir es wünschten, doch unaufhaltsam – die Zahl der Proletarier vermehrt, ihren Zusammenschluß fördert, sie im Kampf stählt und sie Aktionen gegen den vereinigten Feind lehrt. Diese Quelle ist der Kapitalismus, der einst das patriarchalische „Erbgut" der Edlen von Romanow aus dem Schlummer erweckte und heute einen asiatischen Staat nach dem anderen wachrüttelt.

Die Verbündeten feiern den Sieg. Aber jede Feier Nikolaus' des Blutigen und der Oberhäupter der bürgerlichen europäischen Regierungen wird, wie von einem Echo, begleitet von der Stimme der revolutionären Arbeitermassen. Wir haben die Revolution abgewürgt – frohlocken Nikolaus und Wilhelm, Eduard und Fallières und reichen unter dem Schutz eines dichten Kordons von Soldaten oder einer langen Reihe von Kriegsschiffen einander die Hände. Wir werden euch alle miteinander stürzen – antwortet, wie ein Echo, die Revolution aus dem Munde der Führer des bewußten Proletariats aller Länder.

Nikolaus der Blutige kommt aus Rußland. Ihn begleiten die Worte eines sozialdemokratischen Abgeordneten der Schwarzhunderterduma, der die republikanischen Überzeugungen aller bewußten Arbeiter Rußlands zum Ausdruck bringt und an den unvermeidlichen Zusammenbruch

der Monarchie gemahnt. Nikolaus fährt nach Schweden. Man empfängt ihn feierlich am Hofe. Ihn begrüßen Soldaten und Spione. Ihn empfängt auch eine Rede des Führers der schwedischen Arbeitermassen, des Sozialdemokraten Branting, der gegen die Schändung seines Landes durch den Besuch eines Henkers protestiert. Nikolaus fährt nach England, Frankreich, Italien. Könige und Höflinge, Minister und Polizisten schicken sich an, ihn feierlich zu empfangen. Zu seinem Empfang rüsten sich auch die Arbeitermassen: durch ein Protestmeeting in England, durch eine Demonstration der Volksempörung in Frankreich, durch einen Generalstreik am Tag der Verfinsterung des Landes bei seiner Ankunft in Italien. Sozialistische Abgeordnete aller dieser drei Länder – Thorne in England, Jaurès in Frankreich, Morgari in Italien – folgten bereits dem Aufruf des Internationalen Sozialistischen Büros und gaben vor der ganzen Welt dem Haß und der Verachtung Ausdruck, den die Arbeiterklasse gegen Nikolaus den Pogromhelden, gegen Nikolaus den Henker, gegen den Nikolaus empfindet, der heute das persische Volk unterdrückt und Frankreich mit russischen Spionen und Provokateuren überschwemmt.

Die bürgerliche „solide" Presse all dieser Länder schäumt vor Wut und weiß nicht mehr, welche Schimpfworte sie noch gebrauchen soll, um das Auftreten der Sozialisten zu begeifern, wie sie ihre Minister und Präsidenten, die die Sozialisten wegen ihrer Reden abkanzelten, noch unterstützen soll. Ihr Wutgeheul hilft ihnen jedoch nichts, weil man den parlamentarischen Vertretern des Proletariats den Mund nicht verschließen, weil man Meetings in wirklich konstitutionellen Ländern nicht verhindern, weil man weder vor sich selber noch vor anderen verbergen kann, daß es der russische Zar nicht wagt, sich in London, Paris oder Rom sehen zu lassen.

Die Siegesfeier der Führer der internationalen Reaktion, die Feier aus Anlaß der Niederwerfung der Revolution in Rußland und Persien wurde *vereitelt* durch den einmütigen und mutigen Protest des sozialistischen Proletariats aller europäischen Länder.

Vor dem Hintergrund dieses Protestes der Sozialisten von Petersburg bis Paris und von Stockholm bis Rom, eines Protestes gegen die zaristische Selbstherrschaft, eines Protestes im Namen der Revolution und ihrer Losungen, hebt sich besonders klar und anschaulich die verabscheuungswürdige Kriecherei unserer russischen Liberalen vor dem Zarismus ab.

Einige Abgeordnete der Schwarzhunderterduma, von den gemäßigten Rechten bis zu den Kadetten, mit dem Dumapräsidenten an der Spitze, weilen in England zu Gast. Sie brüsten sich damit, daß sie die Mehrheit der Duma vertreten, ihr echtes Zentrum, ohne die extremen Rechten und die extremen Linken. Sie spielen sich als Vertreter eines „konstitutionellen" Rußlands auf und ergehen sich in Lobeshymnen auf die „erneuerte" Ordnung und den vergötterten Monarchen, der „dem Volke" eine Duma „schenkte". Sie spreizen sich und blasen sich auf wie ein Krylowscher Frosch, indem sie sich als Sieger über die Schwarzhunderterreaktion hinstellen, die angeblich die „Verfassung" in Rußland abschaffen wolle. Der Führer der „konstitutionell-*demokratischen*" (kein Scherz!) Partei, Herr Miljukow, verkündete in seiner Rede auf dem Frühstück beim Lord-Mayor: „Solange in Rußland eine gesetzgebende Kammer existiert, die das Staatsbudget kontrolliert, wird die russische Opposition eine Opposition Seiner Majestät bleiben und nicht eine Opposition gegen Seine Majestät." (Telegramm der St.-Petersburger Agentur vom 19. Juni alten Stils.) Das Organ der Oktobristenpartei „Golos Moskwy" begrüßt in seinem Leitartikel vom 21. Juni, der die hochstaplerische Überschrift „Europa und das erneuerte Rußland" trägt, die Rede des Kadettenführers auf das wärmste und erklärt, seine „gemäßigt konstitutionelle" Rede bedeute „möglicherweise einen Wendepunkt in der Politik der konstitutionellen Demokraten, einen Verzicht auf die erfolglose Taktik der Opposition um der Opposition willen".

Die von der Polizei ausgehaltene „Rossija" (vom 23. Juni) widmet der Rede Miljukows einen Leitartikel, bringt dabei den „berühmten" Ausspruch von der Opposition Seiner Majestät und erklärt: „Herr Miljukow übernahm in England eine bestimmte Verpflichtung für die russische Opposition. Wenn er sie erfüllt, wird er der Heimat einen Dienst erweisen, für den man ihm manche der früheren Sünden verzeihen wird." Sie haben es geschafft, die Herren Kadetten: Die „Wechi" im allgemeinen und Struve im besonderen wurden von Antonius von Wolhynien, dem „Haupt" der fanatischen Schwarzhunderter, anerkannt; der Führer der Partei, Miljukow, erfreut sich der Anerkennung eines korrupten Polizeiblättchens. Sie haben es geschafft!

Uns bleibt nur übrig, daran zu erinnern, daß wir bereits seit dem Jahre 1906, als die dröhnenden Duma„siege" vielen eigennützig-naiven

wie auch uneigennützig-naiven Leuten zu Kopf gestiegen waren, die Oktobristennatur der Kadetten entlarvten.

Uns bleibt nur übrig, daran zu erinnern, daß wir das *Wesen* des jetzt besonders sinnfällig zutage getretenen Spiels des Zarismus in der III. Duma schon vor *mehr als 20 Monaten* entlarvt haben, als wir in den Nummern 19/20 des „Proletari" (im November 1907) über das Ergebnis der Wahlen zur III. Duma schrieben. In der III. Duma – sagten wir und sagte die Resolution der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR im November 1907 – sind *zwei* Mehrheiten möglich: eine Mehrheit der Schwarzhunderter und Oktobristen oder eine der Kadetten und Oktobristen, und *beide* Mehrheiten sind konterrevolutionär. „Eine solche Situation in der Duma" – heißt es in der damaligen Resolution der Petersburger sozialdemokratischen Organisation (Nr. 19 des *„Proletari"*) und in der Resolution der III. Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (Nr. 20 des *„Proletari"*) – „begünstigt das politische Doppelspiel sowohl von seiten der Regierung als auch von seiten der Kadetten außerordentlich."*

Diese Einschätzung der Lage bestätigte sich jetzt *in vollem Umfang* und brachte zutage, wie kurzsichtig alle jene waren, die bereit waren, immer wieder für eine „Unterstützung" der Kadetten durch die Sozialdemokraten einzutreten.

Die Kadetten bekämpfen die Oktobristen nicht als prinzipielle Gegner, sondern als *Konkurrenten*. Man muß den Wähler „gewinnen", proklamieren wir uns also als die Partei der „Volksfreiheit". Man muß seine „Solidität" beweisen, bringen wir also die Maklakow in die III. Duma, erklären wir also durch den Mund Miljukows vor ganz Europa, daß wir „eine Opposition Seiner Majestät" sind. Und Stolypin, dem treuen Diener des Schwarzhunderterzarismus, kommt das gerade zupaß. Soll doch die zaristische Schwarzhunderterbande ruhig überall im Lande das Heft *faktisch* in der Hand haben, soll sie doch – und nur sie allein – alle wirklich wichtigen Fragen der Politik entscheiden. Die oktobristisch-kadettische Mehrheit aber brauchen „wir" für das Spiel, für die „Repräsentation" in Europa, brauchen „wir", um die Beschaffung von Anleihen zu erleichtern, um die Extreme der Schwarzhunderter zu „korrigieren", um Einfaltspinsel mit „Reformen" übers Ohr zu hauen . . ., die vom Reichsrat korrigiert werden.

* Siehe Werke, Bd. 13, S. 132 und 138. *Die Red.*

Seine Majestät kennt *seine* Opposition. Die Opposition der Kadetten kennt *ihren* Stolypin und *ihren* Nikolaus. Unsere Liberalen wie auch unsere Minister haben mühelos die simple Wissenschaft der europäischen parlamentarischen Heuchelei und Betrügerei übernommen. Die einen wie die anderen lernen erfolgreich die Manieren der europäischen bürgerlichen Reaktion.

Und den einen wie den anderen erklärt das sozialistische Proletariat Rußlands, das sich immer enger mit dem sozialistischen Proletariat der ganzen Welt zusammenschließt, den konsequenten revolutionären Krieg.

„Proletari" Nr. 46,
11. (24.) Juli 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

ZUM BRIEF M. LJADOWS AN DIE REDAKTION DES „PROLETARI"[136]

Wir räumen dem Gen. Ljadow gern Platz ein, offen Stellung zu nehmen, und geben ihm lediglich folgendes zu bedenken:

Die Traditionen des Bolschewismus, der orthodoxen marxistischen Strömung in der SDAPR, hochzuhalten, ist selbstverständlich eine vortreffliche Sache, Genosse Ljadow. Diese Tradition zu achten, bedeutet jedoch unter anderem, den Bolschewismus davor zu behüten, zu einer Karikatur zu werden. Die Bemühungen des Otsowismus und des Gottbildnertums stellen aber gerade eine Karikatur auf den Bolschewismus dar, wie wir in einer Reihe von Artikeln ausführlich nachgewiesen haben und wie es jetzt von der bolschewistischen Fraktion offiziell anerkannt worden ist.

Was die „revolutionäre Ethik" angeht, an die Gen. Ljadow appelliert, so können wir ihn diesbezüglich ruhig sich selbst überlassen. Ihre „prinzipielle Position" jedoch hätten Gen. Ljadow und seine Gesinnungsgenossen längst offen vor der ganzen Partei darlegen müssen. Bisher mußte man ihren Worten zufolge glauben, daß sie neben dem Otsowismus und dem Gottbildnertum noch irgend etwas anderes vertreten.

Abschließend bringen wir die Überzeugung zum Ausdruck, daß Gen. Ljadow, der viele Jahre in den Reihen der revolutionären Sozialdemokratie gewirkt hat, nicht allzulange in der neuen Fraktion der Gottbildner und Otsowisten, oder – wie man sie der Kürze halber nennt – der „göttlichen Otsowisten", verbleiben, sondern in die Fraktion der Bolschewiki zurückkehren wird

„Proletari" Nr. 46,
11. (24.) Juli 1909.

Nach dem Text des „Proletari".

AN DIE ORGANISATOREN DER SCHULE AUF CAPRI

18. Aug. 1909

Werte Genossen!

Dieser Tage habe ich Ihre Einladung erhalten. Das Programm der Schule, von dem Sie schreiben, es würde beiliegen, habe ich nicht bekommen.

Meine Einstellung zu der Schule auf der Insel Capri ist in der Resolution der erweiterten Redaktion des *„Proletari"* (Beilage zu Nr. 46 und Nr. 46 des *„Proletari"*)* dargelegt. Falls Sie den *„Proletari"* und seine Beilagen sowie den speziellen Brief über die Schule, der als Flugblatt an die bolschewistischen Parteimitglieder versandt wurde, nicht zu Gesicht bekommen haben, ist die Redaktion gern bereit, Ihnen all diese Materialien zuzustellen. Zur Sache muß ich Ihnen antworten, daß meine Auffassung über die Schule auf Capri als das Unternehmen einer *neuen* Fraktion in unserer Partei – einer Fraktion, die ich nicht gutheiße – für mich natürlich keineswegs Anlaß für eine Weigerung sein kann, Lektionen für die Genossen zu halten, die von den örtlichen Organisationen aus Rußland dorthin geschickt worden sind. Welche Auffassungen diese Genossen auch hegen mögen, ich werde mich immer gern bereit erklären, vor ihnen zu Fragen, die die Sozialdemokratie interessieren, eine Reihe von Lektionen zu halten. Nach Capri werde ich wegen der Lektionen allerdings nicht fahren, aber in Paris würde ich sie gern halten. Es wäre sogar in finanzieller Hinsicht ein billigeres Unternehmen, wenn die neun aus Rußland entsandten Genossen (ich nenne die Zahl, die der Ihnen bekannte Gen. Ljowa mitgeteilt hat) nach Paris fahren, als wenn

* Siehe den vorliegenden Band, S. 453/454 und 455–463. *Die Red.*

drei Lektoren (mir ist Ihr Schreiben an Ljowa und Innokenti[137] bekannt) von Paris nach Capri reisen würden. Neben den finanziellen gibt es jedoch noch mehrere andere, unvergleichlich wichtigere und Ihnen zweifellos völlig einleuchtende Erwägungen, die für Paris als Ort einer wirklichen Parteischule im Ausland sprechen. Auf jeden Fall kann ich mich dafür verbürgen, daß die Redaktion des *„Proletari"* alles von ihr Abhängende tun würde, um die von Ihnen gewünschten Lektionen in Paris zu organisieren.

Mit sozialdemokratischem Gruß *N. Lenin*

PS. Sie haben vergessen, die offizielle Adresse der Schule mitzuteilen.

Veröffentlicht im August 1909 in dem Flugblatt „Zur Frage der Parteischule".

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES BRIEFES DES BOLSCHEWISTISCHEN ZENTRUMS AN DEN RAT DER SCHULE AUF CAPRI[138]

Die Exekutivkommission des Bolschewistischen Zentrums ist sehr erfreut über die Mitteilung des *„Rats* der Parteischule auf Capri" vom 16. VIII. 09, daß er gegen eine *„ideologische Kontrolle"* seitens des BZ nichts einzuwenden habe.

Um jedoch zu entscheiden, ob das BZ diese Kontrolle übernehmen und verwirklichen, ob es die Schule mit Literatur und Geldmitteln unterstützen kann, worüber der Rat schreibt, bedarf es einer detaillierten Kenntnis der Angelegenheiten der Schule. Das BZ weiß jedoch über sie *nichts Genaues.*

Wenn der *Rat der Schule* (wie er schreibt) die Stellung der Schule zum BZ *beraten konnte,* da ihm aus den veröffentlichten Resolutionen und dem *„Proletari"* die Auffassungen des BZ und durch die ehemaligen Mitglieder des BZ dessen Zusammensetzung bekannt waren – so ist das BZ seinerseits nicht in der Lage zu *beraten,* wie es sich zu der Bitte des Rats der Schule verhalten soll, weil es nicht weiß, (1) was der *Rat* der Schule, (2) was die *Exekutivkommission* der Schule darstellen, (3) wie das *Programm* der Schule aussieht (die Exekutivkommission der Schule versprach es zu schicken, schickte es jedoch nicht), (4) welche *Lektoren* gegenwärtig an der Schule unterrichten und (5) wer die *Schüler* sind, (6) wie es um die *Mittel* der Schule bestellt ist, (7) wie lange voraussichtlich die *Lehrgänge* dauern sollen, (8) wieweit die Hörer der Schule mit ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsort, d. h. der Insel Capri, verbunden sind, (9) ob die Hörer der Schule nach Paris fahren könnten (worüber ihnen drei Mitglieder des BZ in ihrem eigenen Namen geschrieben haben), für wie lange usw.

Da das BZ über solche Informationen nicht verfügt, kann es vorerst nur eins sagen: Das BZ ist bereit, *alle Mitglieder* der in Rußland tätigen sozialdemokratischen Organisationen und gleichermaßen *alle* von diesen Organisationen *delegierten* Genossen bei der Aneignung der sozialdemokratischen Weltanschauung *in jeder Weise mit Literatur und durch Lektoren zu unterstützen*, wobei es auch eine finanzielle Hilfe im Rahmen des Möglichen und nach Erörterung dieser Frage im Zusammenhang mit der Unterstützung für die örtlichen Organisationen nicht ablehnt.

Das BZ übersendet dem *Rat* der Schule hiermit offiziell 1. eine Folge des „*Proletari*", Nr. 39–46; 2. den Brief des BZ über die Schule (gedruckt); 3. Resolutionen des BZ.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Exekutivkommission
der erweiterten Redaktion des „Proletari"

Geschrieben zwischen dem 5. und 17. (18. und 30.) August 1909.

Zuerst veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

AN DIE HÖRER DER SCHULE AUF CAPRI

An die Genossen Juli, Wanja, Saweli, Iwan, Wladimir, Stanislaw und Foma

30. Aug. n.-St. 1909

Werte Genossen! Ich habe von Ihnen das Programm der Schule und zwei Briefe erhalten, wobei Sie mir im letzten die Frage stellen, aus welchen Motiven die Schule zu einer neuen Fraktion erklärt wurde, und halte es für meine Pflicht, Ihnen noch einmal meinen Standpunkt darzulegen. „Die Behauptung, die Schule fuße auf einer Fraktion, ist reinste Einbildung", schreiben Sie. „Eine Hegemonie über die Schule ist undenkbar, denn die Mehrheit des Rats sind – wir."

Ich behaupte, daß das von Ihrer Seite offensichtlicher Selbstbetrug ist. Es geht keineswegs darum, Ihnen „direkte Fraktionsmacherei" vorzuwerfen; es geht auch nicht darum, wer die Mehrheit im Rat hat. Es geht darum, daß die Schule organisiert worden ist 1. auf Initiative einer neuen Fraktion; 2. ausschließlich aus Mitteln der neuen Fraktion; 3. an einem Ort, an dem sich *nur* Lektoren der neuen Fraktion aufhalten; 4. an einem Ort, an dem, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, Lektoren anderer Fraktionen *sich nicht aufhalten können.*

All diese Bedingungen hängen nicht von Ihrem Willen ab. Ändern können Sie sie nicht. Diese Bedingungen jedoch *bestimmen* den Charakter der Schule bereits *im voraus*, und zwar so stark, daß keinerlei gute Absichten Ihrerseits und keinerlei Beschlüsse Ihres Rats in irgendeiner Weise etwas Wesentliches zu verändern vermögen.

In jeder Schule ist das Wichtigste die ideologisch-politische Richtung der Lektionen. Wodurch wird diese Richtung bestimmt? Einzig und allein durch die *Zusammensetzung des Lehrkörpers.* Sie verstehen ausgezeichnet, Genossen, daß jegliche „Kontrolle", jegliche „Anleitung", alle „Pro-

gramme", „Statuten" und dergleichen, daß das alles Schall und Rauch ist gegenüber der Zusammensetzung des Lehrkörpers. Keinerlei Kontrollen, keinerlei Programme usw. können auch nur im mindesten die Richtung des Unterrichts ändern, die durch die Zusammensetzung des Lehrkörpers bestimmt wird. Und niemals und nirgends in der Welt *wird sich* eine Organisation, Fraktion oder Gruppe, die sich selbst ernst nimmt, *darauf einlassen*, die Verantwortung für eine Schule zu tragen, deren Richtung durch die Zusammensetzung des Lehrkörpers bereits vorausbestimmt ist, wenn diese Richtung ihr feindlich ist.

Schauen Sie sich doch jetzt den Lehrkörper an, der Charakter und Richtung der Schule vorausbestimmt. Ihr Brief an mich, Genossen, ist von Ihnen unterschrieben. Ihr Brief an das ZK aber, der im Namen der Hörer und der *Lektoren* der Schule verfaßt wurde (eine Abschrift dieses Briefes erhielt ich zusammen mit dem Programm der Schule), trägt nicht die Unterschriften der Lektoren. Daher kann ich die Zusammensetzung des Lehrkörpers nicht genau kennen. Aber auch das, was mir bekannt ist, reicht aus, um dessen Zusammensetzung beurteilen zu können.

Örtliche Organisationen des Zentralen Industriegebiets haben uns aus Rußland geschrieben, daß der aktivste, wenn nicht sogar der einzige Agitator für die Schule auf Capri Gen. Stanislaw gewesen sei, den einige sozialdemokratische Zirkel, nachdem sie sein Referat gehört hatten, auch bereits zum Lektor gewählt hätten. Dieser Gen. Stanislaw ist ein ganz entschiedener Otsowist und „Kritiker" des Marxismus auf philosophischem Gebiet. Man braucht nur daran zu erinnern, 1. wie er in seinem bekannten philosophischen Buch über Kautsky herzog; 2. wie er auf der Parteikonferenz im Dezember 1908 zusammen mit dem Petersburger Otsowisten Ws. eine besondere otsowistische Fraktion gebildet hat; 3. wie der von ihm redigierte Artikel eines otsowistischen „Arbeiters", der in Nr. 5 des „Rabotscheje Snamja" erschienen ist, vom *„Rabotscheje Snamja"* selbst als mit *anarchistischen Auffassungen* durchsetzt bezeichnet wurde.

Betrachten Sie des weiteren die Lektoren, die Sie zur Zeit auf Capri vor sich haben. Bolschewiki gibt es unter ihnen nicht. Dafür sind die Anhänger der neuen Fraktion (der Fraktion, die den Otsowismus und das Gottbildnertum verficht) fast vollzählig vertreten. Ich werde wohl kaum sonderlich fehlgehen, wenn ich sage, daß Sie unter den Lektoren

auf Capri die Genossen Maximow, Lunatscharski, Ljadow und Alexinski finden. Das ist gerade jene Gruppe von Genossen, die seit dem Frühjahr 1908 zum „Proletari" in Opposition stehen, in Rußland und im Ausland gegen ihn agitieren, sich auf der Parteikonferenz im Dezember 1908 zu einer besonderen Fraktion zusammentaten (bzw. sie unterstützten) und die sich schließlich endgültig zu einer besonderen Fraktion formiert haben.

Es hieße sich über Tatsachen hinwegsetzen, die in der Partei allen bekannt sind, wollte man leugnen, daß diese ganze Gruppe von Genossen gegen den „Proletari" agitiert, indem sie die Otsowisten unterstützt und verteidigt. Es hieße die Tatsachen verhöhnen, wollte man leugnen, daß die Insel Capri selbst in der allgemeinen russischen Literatur bereits als literarisches Zentrum des Gottbildnertums bekannt geworden ist. Die gesamte russische Presse hat schon lange darauf hingewiesen, daß Lunatscharski von der Insel Capri aus Propaganda für das Gottbildnertum betreibt. In Rußland wurde er von Basarow unterstützt. Gleichartige philosophische Auffassungen vertrat Bogdanow in einem Dutzend legaler russischer Bücher und Artikel, in einem Dutzend im Ausland gehaltener Referate. Ich war im April 1908 auf der Insel Capri und habe allen drei Genossen erklärt, daß ich in der Philosophie einen völlig anderen Standpunkt vertrete als sie (damals schlug ich ihnen allerdings vor, gemeinsam die Mittel und Kräfte für die Ausarbeitung einer *bolschewistischen Geschichte der Revolution* einzusetzen, um so ein Gegengewicht zu der menschewistisch-liquidatorischen Geschichte der Revolution zu schaffen, aber die Capreser lehnten meinen Vorschlag ab, da sie sich nicht mit einer Sache befassen wollten, die alle Bolschewiki angeht, sondern ihre besonderen philosophischen Anschauungen zu propagieren trachteten). Von Ihren Lektoren auf Capri sind die meisten Publizisten, aber *nicht einer* von ihnen hat *auch nur ein einziges Mal* die Propagierung des Gottbildnertums durch Lunatscharski und Basarow *in der Presse* angegriffen!

Wenn Sie mir trotz alledem schreiben, Genossen, es sei meinerseits ein „Mißverständnis", und zudem ein „völliges", wenn ich eine Verbindung der Schule mit dem Gottbildnertum und dem Otsowismus feststelle, denn „solche Ziele wurden hier in der Schule nicht nur nicht gestellt, davon kann nicht einmal die Rede sein" – dann kann ich mich nur über Ihre grenzenlose Naivität wundern. Ich wiederhole: Der *wirkliche* Charakter und die Richtung der Schule werden nicht durch die guten Wünsche der

örtlichen Organisationen, nicht durch Beschlüsse des Schüler„rates", nicht durch „Programme" und dergleichen bestimmt, sondern durch die *Zusammensetzung des Lehrkörpers.* Und wenn sich der Lehrkörper einzig und allein aus Mitgliedern der neuen Fraktion zusammensetzte und zusammensetzt, dann ist es geradezu lächerlich, den fraktionellen Charakter der Schule zu leugnen.

Um die Frage des Lehrkörpers abzuschließen, führe ich Ihnen noch eine Tatsache an, die mir Genosse Innokenti erzählt hat und die zeigt, wie sehr in der Partei *allen* klar ist, was Sie zu leugnen suchen, nämlich: der besondere fraktionelle Charakter der Schule auf Capri. Kurz vor der letzten Beratung der erweiterten Redaktion des *„Proletari"* wandte sich Gen. Maximow in Paris an *Trotzki* und forderte ihn auf, an der Schule auf Capri Lektionen zu halten. Trotzki erzählte das Gen. Innokenti und erklärte ihm: Wenn das eine Parteiangelegenheit ist, werde ich mich gern beteiligen; wenn es ein besonderes Unternehmen der Publizisten auf Capri ist, Maximows, Lunatscharskis und Co., werde ich nicht mitarbeiten. Innokenti antwortete: Warten Sie die Beschlüsse der Redaktion des „Proletari" ab, ich werde sie Ihnen zusenden. So hat also auch der an keine Fraktion gebundene Genosse Trotzki sofort begriffen (wie das jeder halbwegs erfahrene Parteiarbeiter begreifen wird), daß die Einrichtung der Schule auf der Insel Capri nichts anderes bedeutet, als *die Schule vor der Partei zu verbergen,* als die Schule von vornherein an eine besondere, nämlich an die neue Fraktion zu binden.

Ich gehe nun zur Frage Paris über. Ich schrieb Ihnen, daß Sie nach Paris kommen sollten, falls Sie wirklich an meinen Lektionen und denen meiner Gesinnungsgenossen interessiert sind. Sie antworten mir: „Eine Reise nach Paris wäre, zieht man die Kosten in Betracht, ganz unsinnig."

Untersuchen wir also, wer von uns wirklich etwas Unsinniges gesagt hat.

Sie sind nach der Insel Capri über Wien gefahren. Reisen Sie auf demselben Weg zurück, so müßten Sie von Norditalien nach Paris abbiegen und von dort direkt nach Wien fahren. Das wird die Reise wahrscheinlich um höchstens 60 Francs pro Person verteuern (ich rechne so, weil eine Fahrkarte von Genf, wo ich lange gewohnt habe, nach Paris 30 Francs kostet). Ihren Brief haben 8 Genossen unterschrieben, wobei einer erklärte, daß er „von einem weiteren Briefwechsel Abstand nimmt", d. h.

offensichtlich also gar nicht mehr den Wunsch hat, meine Lektionen zu hören. Verbleiben 7 Genossen. Ausgaben = 7 × 60 = 420 Francs.

Aus Paris haben Sie vier Lektoren eingeladen (Ljowa, mich, Grigori und Innokenti). Die Reisekosten von Paris nach Capri und zurück betragen etwa 140 frs. Insgesamt 4 × 140 = 560 frs.

Es ist billiger, wenn 8 Schüler nach Paris fahren, als wenn man 4 Lektoren nach Capri schickt.

Die finanzielle Seite ist jedoch, wie ich Ihnen bereits in meinem letzten Brief schrieb*, bei weitem nicht die wichtigste. Überlegen Sie selbst, für wen es leichter ist, einen Ort zu wählen, für die zugereisten Schüler oder für die hiesigen Lektoren. Sie sind eigens ins Ausland gereist, um an einer Schule zu lernen. Also kann es für Sie keine Hindernisse geben, hierher zu fahren, wo sich eine große Anzahl von Lektoren aufhält und wo man die Sache wirklich im Sinne der Partei gestalten kann.

Die Lektoren dagegen *können nicht* vom Parteizentrum nach der Insel Capri fahren. Ich möchte von mir sprechen. Ich kann die Redaktion des „Proletari" nicht im Stich lassen – ich kann die Redaktion des Zentralorgans nicht hinwerfen – ich kann die in Paris gebildete Kommission zur Unterstützung der sozialdemokratischen Dumafraktion nicht aufsitzen lassen – ich muß im Klub des „Proletari" sprechen, in den Arbeitervierteln von Paris, wo Hunderte und Tausende russischer Arbeiter leben, usw. Eine Reise der Parteipublizisten von Paris nach der Insel Capri ist absolut unmöglich.

Für die Schule, als eine Einrichtung der Partei, sind jedoch nicht nur die bolschewistischen Lektoren wichtig. Paris ist das bedeutendste Emigrantenzentrum, wo ständig öffentliche Referate von *allen* Fraktionen gehalten, Diskussionen geführt und verschiedenartige Zirkel veranstaltet werden, wo es zwei, drei ganz passable russische Bibliotheken gibt, wo sich Dutzende von sozialdemokratischen Funktionären mit langjähriger Parteierfahrung aufhalten, usw. In Paris erscheinen 3 sozialdemokratische russische Zeitungen. Mit einem Wort, für jeden, der sich einigermaßen im Ausland auskennt, ist es sonnenklar: Wer nach Paris fährt, um den Sozialdemokratismus zu studieren, der will wirklich den Sozialdemokratismus studieren. Wer aber nach Capri fährt, um zu studieren, fährt dorthin, um eine *besondere* fraktionelle *„Wissenschaft"* zu studieren.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 471/472. *Die Red.*

Wer eine Schule in Paris organisiert, organisiert wirklich eine Parteischule. Wer eine Schule auf der Insel Capri organisiert, *verbirgt die Schule vor der Partei.* Die Schule auf Capri ist eine *bewußt vor der Partei verborgen gehaltene* Schule.

Irgendeine Kontrolle, irgendeine „ideologische Anleitung" der Schule auf *Capri* ist sowohl von seiten des ZK, an das Sie sich heute wenden, wie auch von seiten der Redaktion des „Proletari", an die Sie sich gestern gewandt haben, *absolut* unmöglich. Hier von Kontrolle und ideologischer Führung zu sprechen ist leeres Geschwätz. Niemand wird auf den törichten Gedanken verfallen, Partei„inspekteure" an die Schule auf Capri zu schicken; die Entsendung von wirklichen Parteilektoren nach Capri *kann* (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) *nicht* durchgeführt werden. War das den örtlichen Organisationen in Rußland nicht bekannt, so *wußten* das die Organisatoren der Schule *ausgezeichnet.* Gerade deshalb haben sie ja die Schule auf Capri organisiert, um deren fraktionellen Charakter *zu verheimlichen,* um die Schule vor der Partei zu verbergen.

Nehmen Sie solche nicht fraktionsgebundenen russischen Sozialdemokraten, die sich in der internationalen Arbeiterbewegung hervorragend auskennen, wie Parvus und Rosa Luxemburg (Deutschland), Ch. Rappoport (Frankreich), Rothstein (England). Nehmen Sie solche nicht fraktionsgebundenen Publizisten der Sozialdemokratie wie Rjasanow, und Sie werden sofort sehen (falls Sie nicht lieber die Augen schließen, um nicht zu sehen), daß diese in den meisten Fällen, bei einigen Bemühungen von seiten der Partei, in Paris Lektionen halten können, daß sie jedoch auf keinen Fall in der Lage wären, nach Capri zu kommen. Die Gelder, die von den Organisatoren der Schule hinausgeworfen wurden, um die Schüler und Lektoren an den entlegensten Punkt im Ausland (nach Capri) zu schicken, hätten *schon gereicht,* um in Paris wenigstens einige dieser Lektoren lesen zu lassen.

Nehmen Sie fernerhin die neuen Gruppierungen unter den Sozialdemokraten, Gruppierungen, die kennenzulernen für die russischen Genossen so wichtig ist (der Kampf der parteitreuen und der liquidatorischen Elemente im „Bund"; der Kampf des bolschewistischen Flügels gegen den menschewistischen Flügel innerhalb der lettischen Partei; der PSD gegen die PPS-„Lewica"; die Spaltung im Menschewismus, das Auftreten Ple-

chanows mit dem „Dnewnik" [Tagebuch], in dem das Liquidatorentum Potressows und der offiziellen Menschewiki entlarvt wird; die Versuche zur Schaffung eines „revolutionären Menschewismus" usw.). Auf Capri ist es *unmöglich*, sich mit diesen für die Partei wichtigen Erscheinungen gründlich bekannt zu machen. In Paris hat man alle Möglichkeiten, die Dinge aus erster Hand und nicht nur vom Hörensagen kennenzulernen.

Nehmen Sie schließlich das Lehrprogramm der Schule auf Capri. Von den vier Abschnitten ist einer (Abschnitt III) überschrieben: „Die Philosophie des proletarischen Kampfes". In der internationalen Sozialdemokratie gibt es Dutzende und Hunderte (wenn nicht Tausende) von Programmen, die sich mit propagandistischem Unterricht ähnlichen Typs befassen. *Nirgends* werden Sie jedoch eine „Philosophie des proletarischen Kampfes" finden. Es gibt den philosophischen Materialismus von Marx und Engels, nirgends jedoch eine „Philosophie des proletarischen Kampfes". Und keiner der europäischen Sozialdemokraten wird verstehen, was das bedeutet. Verstehen werden das nur diejenigen, die die Werke der Philosophen Stanislaw (A. Wolski), Bogdanow, Lunatscharski und Basarow kennen. Bevor man eine „Philosophie des proletarischen Kampfes" lehrt, muß man eine solche Philosophie erfinden. Und mit der Erfindung dieser *besonderen* Philosophie, die um so häufiger mit dem Wort „proletarisch" herumwirft, je weiter sie sich von der proletarischen Weltanschauung entfernt, befaßte und befaßt sich allein die erwähnte Gruppe von Mitgliedern der neuen Fraktion.

Ich komme zum Schluß: Sollten Sie, Genossen, es weiterhin ablehnen, nach Paris zu kommen (und gleichzeitig versichern, daß Sie meine Lektionen hören wollen), so würden Sie damit endgültig beweisen, daß nicht nur die Lektoren, sondern auch einige Hörer der Schule auf Capri von der engen Zirkelpolitik der neuen gottbildnerisch-otsowistischen Fraktion infiziert sind.

Mit sozialdemokratischem Gruß *N. Lenin*

Zuerst veröffentlicht 1926 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 2 (49).

Nach dem Manuskript.

ANMERKUNGEN

[1] Der Artikel *„Auf den geraden Weg"* wurde als Leitartikel in Nr. 26 des „Proletari" veröffentlicht.

„Proletari" (Der Proletarier) – illegale Zeitung, die nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag von den Bolschewiki gegründet wurde; sie erschien vom 21. August (3. September) 1906 bis 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion Lenins als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees der SDAPR, eine Zeitlang auch des Moskauer Bezirkskomitees und der Komitees von Perm, Kursk und Kasan. Faktisch war der „Proletari" das Zentralorgan der Bolschewiki. Es kamen 50 Nummern heraus, davon die ersten 20 in Finnland, die übrigen im Ausland – in Genf und in Paris. In der Zeitung wurden mehr als 100 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht.

In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari" eine hervorragende Rolle für die Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees der SDAPR im Januar 1910 gelang es den „Versöhnlern", einen Beschluß über die Einstellung der Herausgabe des „Proletari" herbeizuführen. *1*

[2] Der *Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907* war ein reaktionärer Umsturz, der in der gewaltsamen Auflösung der II. Reichsduma durch die Regierung und in der Abänderung des Wahlgesetzes für die Dumawahlen seinen Ausdruck fand. Durch das neue Wahlgesetz wurde die Zahl der Vertreter der Gutsbesitzer und der Handels- und Industriebourgeoisie in der Duma um ein vielfaches erhöht, während die ohnehin geringe Zahl von Vertretern der Bauern und der Arbeiter stark verringert wurde. Das Gesetz beraubte den größten Teil der Bevölkerung des Asiatischen Rußlands des Wahlrechts und verkleinerte die Vertretung der Bevölkerung Polens und des

Kaukasus um die Hälfte. Die auf der Grundlage dieses Gesetzes gewählte III. Duma, die im November 1907 zusammentrat, war ihrer Zusammensetzung nach eine Duma der Schwarzhunderter und der Kadetten.

Der Staatsstreich vom dritten Juni leitete die Periode der Stolypinschen Reaktion ein, die unter der Bezeichnung „Regime des dritten Juni" bekannt ist. 3

[3] *Zentralorgan der SDAPR* – die illegale Zeitung „Sozial-Demokrat"; wurde von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zuerst in Paris und später in Genf. Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „Sozial-Demokrat" wurden über 80 Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion des „Sozial-Demokrat" kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Die menschewistischen Redakteure, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig in ihrer Fraktionszeitung „Golos Sozial-Demokrata" offen das Liquidatorentum. Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat" von W. I. Lenin redigiert. 4

[4] *„Rabotscheje Snamja"* (Das Arbeiterbanner) – illegale bolschewistische Zeitung, Organ des Gebietsbüros des Zentralen Industriegebiets, des Moskauer Stadt- und Bezirkskomitees der SDAPR; erschien in Moskau von März bis Dezember 1908. Es erschienen 7 Nummern. 6

[5] Das *Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten*, kurz Sozialistengesetz genannt, wurde 1878 in Deutschland erlassen. Gemäß diesem Gesetz wurden alle Organisationen der sozialdemokratischen Partei, alle Massenorganisationen der Arbeiter und die Arbeiterpresse verboten, die sozialistische Literatur beschlagnahmt und gegen die Sozialdemokraten Repressalien eingeleitet. Unter dem Druck der Massenbewegung der Arbeiter wurde das Gesetz 1890 aufgehoben. 7

[6] *„Retsch"* (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 9

[7] Der *Stockholmer Parteitag* – der Vierte (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR fand vom 10. bis 25. April (23. April bis 8. Mai) 1906 in Stockholm statt. Auf dem Parteitag waren 112 Delegierte mit beschließender Stimme,

die 57 örtliche Organisationen der Partei vertraten, und 22 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Vertreten waren auch die nationalen Organisationen: die Sozialdemokratie Polens und Litauens, der „Bund" und die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Finnische Arbeiterpartei. Viele bolschewistische Organisationen waren nach dem bewaffneten Dezemberaufstand von 1905 durch die Regierung zerschlagen worden und konnten keine Delegierten entsenden. Die Mehrheit auf dem Parteitag besaßen deshalb die Menschewiki.

Lenin sprach auf dem Parteitag zur Agrarfrage, über die gegenwärtige Lage, über die Taktik hinsichtlich der Wahlen zur Reichsduma, über den bewaffneten Aufstand und zu anderen Fragen.

Das Übergewicht der Menschewiki auf dem Parteitag bestimmte den Charakter der Parteitagsbeschlüsse: zu einer Reihe von Fragen nahm der Parteitag menschewistische Resolutionen an (Agrarprogramm, Stellung zur Reichsduma u. a.).

Der Parteitag nahm den ersten Paragraphen des Parteistatuts über die Mitgliedschaft in der Leninschen Fassung an. Er nahm die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens sowie die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in die SDAPR auf und traf einen Vorentscheid über die Aufnahme des „Bund" in die SDAPR.

Dem auf dem Parteitag gewählten ZK gehörten 3 Bolschewiki und 7 Menschewiki an, in die Redaktion des ZO wurden nur Menschewiki gewählt.

W. I. Lenin analysierte die Arbeit des Parteitags in der Broschüre „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR". (Siehe Werke, Bd. 10, S. 317–386.) 9

8 *„Trudowiki-Politik"* – Politik der „Trudowikigruppe", einer Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die im April 1906 entstand und von den Bauernabgeordneten der I. Reichsduma gebildet wurde. Zu Beginn der Arbeit der Duma vereinigte die Gruppe 107 Abgeordnete. In der II. Duma hatten die Trudowiki 104 Abgeordnete, in der III. – 14 und in der IV. – 10 Abgeordnete. Die Trudowiki forderten die Abschaffung aller ständischen und nationalen Beschränkungen, die Demokratisierung der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung und die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts bei den Wahlen zur Reichsduma. Das Agrarprogramm der Trudowiki basierte auf den volkstümlerischen Prinzipien der ausgleichenden Bodennutzung: Bildung eines allgemeinen Volksfonds aus Staats-, Apanage-, Kabinetts- und Klosterländereien und auch aus Privatländereien, wenn die Größe des

Besitzes die festgelegte Arbeitsnorm übersteigt; für enteignete Privatländereien sollte eine Entschädigung gezahlt werden. Die Durchführung der Bodenreform sollte örtlichen Bauernkomitees übertragen werden. 10

9 *Gurko, W. I.* – Stellvertreter des Innenministers. 13

10 Lenin zitiert die Worte aus dem Nachwort von Karl Marx zur zweiten Auflage des ersten Bandes des „Kapitals". (Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Berlin 1961, S. 18, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 27.) 21

11 *Böhm-Bawerk, E.* – österreichischer bürgerlicher Ökonom. 22

12 *„Revolutionärer Syndikalismus"* – kleinbürgerliche, halbanarchistische Strömung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Arbeiterbewegung verschiedener Länder Westeuropas auftauchte.

Die Syndikalisten leugneten die Notwendigkeit des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, die führende Rolle der Partei und die Diktatur des Proletariats. Sie waren der Meinung, die Gewerkschaften (Syndikate) könnten durch Organisierung eines Generalstreiks der Arbeiter den Kapitalismus ohne Revolution stürzen und die Leitung der Produktion in ihre Hände nehmen. 27

13 *„Golos Sozial-Demokrata"* (Die Stimme des Sozialdemokraten) – Auslandsorgan der menschewistischen Liquidatoren, das von Februar 1908 bis Dezember 1911, anfangs in Genf und später in Paris, erschien. 29

14 *„Die Neue Zeit"* – theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien und bis 1917 von Karl Kautsky redigiert wurde. In der „Neuen Zeit" wurden erstmalig einige Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit" arbeiteten hervorragende Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit: August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, G. W. Plechanow, Paul Lafargue u. a. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxistische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit" mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. 34

15 *Dumbadse, I. A.* – General der zaristischen Armee, Schwarzhunderter; als Stadtkommandant von Jalta zeichnete er sich durch besondere Grausamkeit und Gewaltakte gegenüber der friedlichen Bevölkerung aus.

„Rigaer Museum" – Folterkammer der Rigaer Kriminalpolizei, in der beim Verhör von Inhaftierten grausame Folterungen angewandt wurden. Als die Handlungen der Polizei in der Presse entlarvt wurden, suchte die zaristische Regierung die Tatsachen der Folterungen zu entkräften und erklärte, daß die dort befindlichen Foltergeräte „zu Museumszwecken" gesammelt worden seien. Aus diesem Grunde wurde die Rigaer Folterkammer „Rigaer Museum" genannt. *35*

[16] *Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905* – Gesetz über die Wahlen zur I. Reichsduma. Nach diesem Gesetz wurden die Wähler in vier Kurien eingeteilt: in die Grundbesitzerkurie (die Gutsherren), die Städtekurie (die Bourgeoisie), die Bauernkurie und die Arbeiterkurie. Die Stimme eines Gutsbesitzers entsprach den Stimmen von drei Angehörigen der städtischen Bourgeoisie, den Stimmen von 15 Bauern und den Stimmen von 45 Arbeitern. Das Gesetz sicherte der kleinen Zahl von Gutsbesitzern und Kapitalisten in der Duma ein gewaltiges Übergewicht. *35*

[17] Gemeint ist die von Friedrich Engels verfaßte Einleitung zu der Broschüre von Karl Marx „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 509–527.) *36*

[18] *Streltzow, R. J.* – Publizist, der an deutschen sozialdemokratischen Publikationen mitarbeitete. *36*

[19] *„Frankfurter Zeitung"* – bürgerliche Tageszeitung; erschien in Frankfurt am Main von 1856 bis 1943. *37*

[20] *Partei der friedlichen Erneuerung* – konterrevolutionäre Organisation der Bourgeoisie und Gutsbesitzer, die 1906 gegründet wurde und linke Oktobristen und rechte Kadetten vereinigte. Lenin nannte die „Partei der friedlichen Erneuerung" „Partei der friedlichen Ausplünderung". *37*

[21] Gemeint sind Verhandlungen der Kadetten mit Trepow (Stellvertreter des Innenministers) über die Möglichkeit, ein kadettisches Ministerium zu bilden. *37*

[22] Den vorliegenden Artikel schrieb W. I. Lenin für die polnischen Sozialdemokraten zu ihrer Information über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SDAPR. Er wurde in Nr. 2 der Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny" im April 1908 veröffentlicht.

„Przegląd Socjaldemokratyczny" (Sozialdemokratische Rundschau) – Zeitschrift; wurde von polnischen Sozialdemokraten bei aktiver Teilnahme Rosa Luxemburgs in Kraków von 1902 bis 1904 und von 1908 bis 1910 herausgegeben. *39*

[23] *„Stolitschnaja Potschta"* (Hauptstädtische Post) – linkskadettische Tageszeitung, die von Oktober 1906 bis Februar 1908 in Petersburg erschien. 39

[24] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, „Revue", Mai bis Oktober [1850], in Werke, Bd. 7, Berlin 1964, S. 459–463. 40

[25] Der *III. Parteitag der SDAPR* fand vom 12. bis 27. April (25. April bis 10. Mai) 1905 in London statt. Er wurde von den Bolschewiki unter der Führung Lenins vorbereitet und einberufen. Es war der erste bolschewistische Parteitag.

Folgende von Lenin ausgearbeitete Tagesordnung des III. Parteitags der SDAPR wurde vom Parteitag bestätigt: *I. Bericht des Organisationskomitees. II. Taktische Fragen:* 1. der bewaffnete Aufstand; 2. das Verhalten zur Politik der Regierung vor und während der Umwälzung (dieser Punkt umfaßte zwei Fragen: a) Das Verhalten zur Politik der Regierung am Vorabend der Umwälzung; b) über die provisorische revolutionäre Regierung); 3. die Stellung zur Bauernbewegung. *III. Fragen der Organisation:* 4. das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den Organisationen der Partei; 5. das Parteistatut. *IV. Das Verhältnis zu anderen Parteien und Strömungen:* 6. das Verhältnis zum abgespaltenen Teil der SDAPR; 7. das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen; 8. das Verhältnis zu den Liberalen; 9. praktische Vereinbarungen mit den Sozialrevolutionären. *V. Fragen des inneren Parteilebens:* 10. Propaganda und Agitation. *VI. Berichte der Delegierten:* 11. Bericht des ZK; 12. Berichte der Delegierten der örtlichen Komitees. *VII. Wahlen:* 13. Wahlen; 14. Bestimmungen über die Veröffentlichung der Resolutionen und Protokolle des Parteitags und über den Funktionsantritt der neugewählten Funktionäre.

Zu allen Hauptfragen des III. Parteitags schrieb Lenin bereits vor dem Parteitag Resolutionsentwürfe und erläuterte sie in seinen Artikeln, die im „Wperjod" veröffentlicht wurden. Lenin sprach auf dem Parteitag zur Frage des bewaffneten Aufstands, über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung, über die Stellung zur Bauernbewegung, über das Parteistatut und zu einigen anderen Fragen. In den Protokollen des Parteitags sind 138 Beiträge und Vorschläge Lenins vermerkt.

Der Parteitag revidierte das Parteistatut: er nahm den ersten Paragraphen des Statuts über die Mitgliedschaft in der Leninschen Formulierung an; er beseitigte das System der Zweizentrigkeit (ZK und ZO) in der Partei und schuf ein einheitliches leitendes Parteizentrum – das Zentralkomitee; er legte die Rechte des ZK und dessen Beziehungen zu den örtlichen Komitees genau fest.

Über die Arbeit und die Bedeutung des III. Parteitags siehe Lenins Artikel „Der dritte Parteitag" (Werke, Bd. 8, S. 440–447) und sein Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" (Werke, Bd. 9, S. 1–130). *45*

[26] Der *V. Parteitag der SDAPR* fand vom 30. April bis 19. Mai (13. Mai bis 1. Juni) 1907 in London statt. An dem Parteitag nahmen 336 Delegierte mit beschließender bzw. beratender Stimme teil, darunter 105 Bolschewiki, 97 Menschewiki, 57 Bundisten, 44 polnische Sozialdemokraten, 29 lettische Sozialdemokraten und 4 „Fraktionslose". Die Bolschewiki hatten die Polen und die Letten hinter sich und besaßen auf dem Parteitag eine stabile Mehrheit.

Der Parteitag erörterte folgende Fragen: 1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees. 2. Rechenschaftsbericht der Dumafraktion und deren Organisation. 3. Stellung zu den bürgerlichen Parteien. 4. Reichsduma. 5. „Arbeiterkongreß" und parteilose Arbeiterorganisationen. 6. Gewerkschaften und Partei. 7. Partisanenaktionen. 8. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Aussperrungen. 9. Organisatorische Fragen. 10. Der Internationale Kongreß in Stuttgart (1. Mai, Militarismus). 11. Die Arbeit in der Armee. 12. Verschiedenes. Eine der wichtigsten Fragen des Parteitags war die Frage nach der Stellung zu den bürgerlichen Parteien. Lenin hielt darüber ein Referat. Zu allen grundsätzlichen Fragen nahm der Parteitag die bolschewistischen Resolutionen an. Auf dem Parteitag wurde das Zentralkomitee, bestehend aus 5 Bolschewiki, 4 Menschewiki, 2 polnischen und 1 lettischen Sozialdemokraten, gewählt. Als Kandidaten des ZK wurden 10 Bolschewiki, 7 Menschewiki, 3 polnische und 2 lettische Sozialdemokraten gewählt.

Der Parteitag bedeutete einen großen Sieg des Bolschewismus über den opportunistischen Flügel der Partei – die Menschewiki. Über den V. Parteitag der SDAPR siehe W. I. Lenins Artikel „Die Stellung zu den bürgerlichen Parteien" (Werke, Bd. 12, S. 492–513). *45*

[27] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 301 und 303. *48*

[28] *PPS (Polska Partia Socjalistyczna)* – Polnische Sozialistische Partei – reformistische nationalistische Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den

russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die PPS-„Lewica" und die rechte, chauvinistische PPS-„Prawica" („Fracy").

Die PPS-*„Lewica"* nahm unter dem Einfluß der SDAPR(B) sowie der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens) nach und nach eine konsequent revolutionäre Position ein.

Im ersten Weltkrieg bezog ein Teil der PPS-„Lewica" eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die ab 1925 Kommunistische Partei Polens genannt wurde).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären polnischen Londoner Exil„regierung".

Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten" nannte, schloß sich mit der Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupanten zusammen. Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). *50*

[29] *Dubassow, F. W.* – Moskauer Generalgouverneur, der den bewaffneten Aufstand vom Dezember 1905 niederschlug. *54*

[30] *„Wiborger Manifest"* oder „Wiborger Aufruf" – Appell der Mitglieder der I. Reichsduma „Die Volksvertreter an das Volk". Der Aufruf war in einer Beratung angenommen worden, die am 9. und 10. (22. und 23.) Juli 1906 in Wiborg stattfand, wo sich nach der Auflösung der I. Duma etwa 200 Deputierte, hauptsächlich Kadetten, versammelt hatten. In dem Aufruf wurde das Volk aufgefordert, der Regierung „passiven Widerstand" zu leisten, d. h. keine Steuern zu zahlen und so lange keine Rekruten zu stellen, bis der Zar neue Dumawahlen ausschriebe. Im September 1906 bekannte der Parteitag der Kadetten öffentlich, daß der „passive Widerstand" „faktisch undurchführbar" sei. *54*

[31] *„Bund der Befreiung"* – liberal-monarchistische Organisation, die von P. Struve im Jahre 1904 im Ausland gegründet wurde. Die Anhänger des „Bundes der Befreiung" waren Anhänger der konstitutionellen Monarchie. Sie suchten mit der zaristischen Regierung ein Abkommen zu schließen und bemäntelten ihren Kampf gegen die Revolution mit heuchlerischen „demo-

kratischen" Phrasen. Später bildeten die Anhänger des „Bundes der Befreiung" den Kern der Kadettenpartei. *55*

[32] Die Arbeit *„Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts"* schrieb W. I. Lenin im Jahre 1908 für das von der Gesellschaft der Gebrüder Granat herausgegebene Lexikon, doch wurde sie aus Zensurgründen nicht veröffentlicht. Zum erstenmal erschien diese Arbeit 1918 beim Verlag „Shisn i Snanije" (Leben und Wissen) in Moskau als Broschüre.

Bei der Abfassung dieser Arbeit benutzte Lenin statistisches Zahlenmaterial und Tabellen zur Agrarfrage aus seinen Werken „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" und „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907". (Siehe Werke, Bd. 3, und Werke, Bd. 13, S. 213–437.) *59*

[33] Gemeint ist das Buch „Statistik des Bodenbesitzes von 1905. Zusammenfassende Angaben aus 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands", herausgegeben vom Zentralen Statistischen Komitee des Innenministeriums, St. Petersburg 1907. *61*

[34] Gemeint ist ein Artikel von N. A. Rubakin „Unsere herrschende Bürokratie in Zahlen", der am 20. April (3. Mai) 1905 in Nr. 54 des „Syn Otetschestwa" (Sohn des Vaterlandes) veröffentlicht wurde. *65*

[35] Die von Lenin hier angeführten Bauernkategorien existierten im zaristischen Rußland als Überreste der feudalen und halbfeudalen Verhältnisse.

Erbzinsbauern waren Bauern, die das Recht auf Erbpacht besaßen, d. h. das Recht auf vererblichen Bodenbesitz, für den sie einen Zins zahlten, der sich fast nie änderte. Die Erbpacht war vor allem in Polen, Litauen, Belorußland und in den Küstengebieten der Ukraine verbreitet.

Reseschi waren kleine Grundeigentümer im Moldaugebiet und in Bessarabien.

Teptjaren – Neubaschkiren – waren Umsiedler aus dem Ural und aus dem Wolgagebiet, die sich in Baschkirien niedergelassen hatten. *67*

[36] Gemeint ist die „Sammlung stat. Daten für das Gouv. Saratow, Bd. I, Kreis Saratow", erschienen 1883 im Verlag des Gouvernementssemstwos von Saratow. *67*

[37] Gemeint ist das Buch „Beiträge zur Kenntnis des russischen Reiches und der angrenzenden Länder Asiens". Auf Kosten der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften herausgegeben von K. E. Baer und Helmersen, St. Petersburg 1845. *72*

[38] Der vollständige Titel des Buches lautet: „Die freie Lohnarbeit in den Wirtschaften der Grundeigentümer und die Wanderung der Arbeiter in Verbin-

dung mit einer statistisch-ökonomischen Übersicht über das Europäische Rußland in landwirtschaftlicher und industrieller Beziehung". Zusammengestellt von S. A. Korolenko, St. Petersburg 1892. (Landwirtschaftliche und statistische Angaben, eingeholt bei den Unternehmern, Lieferung V.) *75*

[39] *Skopschtschina* – Bezeichnung für die knechtende Naturalpacht in einer Reihe von Gebieten des zaristischen Rußlands, bei der der Pächter dem Grundeigentümer „pro Hocke" („s kopny") die Hälfte der Ernte und mitunter noch mehr abführen mußte und darüber hinaus „Abarbeit" zu leisten hatte. *78*

[40] Gemeint sind folgende Bücher:

1. W. Orlow, „Die Formen des bäuerlichen Bodenbesitzes im Gouvernement Moskau", herausgegeben vom Moskauer Gouvernementssemstwo, Moskau 1879 (Sammlung stat. Daten für das Gouv. Moskau, Bd. 4, Lieferung I);

2. W. Trirogow, „Dorfgemeinde und Abgaben (Eine Sammlung von Untersuchungen)", St. Petersburg 1882;

3. Johannes Keussler, „Zur Geschichte und Kritik des bäuerlichen Gemeindebesitzes in Rußland", Teil 1–3, 1876–1887;

4. W. W., „Die bäuerliche Gemeinde" (siehe „Ergebnisse einer ökonomischen Untersuchung Rußlands nach Angaben der Semstwostatistik", Bd. I, Moskau 1892).

W. W. – Pseudonym W. P. Woronzows, eines Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. *83*

[41] *„Sewerny Westnik"* (Bote des Nordens) – literarisch-wissenschaftliche und politische Zeitschrift liberaler Richtung; erschien von 1885 bis 1898 in Petersburg. In den ersten Jahren wurden in der Zeitschrift Artikel der Volkstümler N. K. Michailowski, S. N. Jushakow, W. P. Woronzow, S. N. Kriwenko u. a. veröffentlicht. Ab 1891 wurde die Zeitschrift faktisch zum Organ der russischen Symbolisten und Dekadenten und propagierte Idealismus und Mystizismus. *84*

[42] Gemeint ist die Arbeit N. Karyschews, „Bäuerliche Pachtungen auf Nichtanteilland". (Siehe „Ergebnisse der ökonomischen Untersuchung Rußlands nach Angaben der Semstwostatistik", Bd. II, Dorpat 1892.) *88*

[43] *Nik.-on* – Pseudonym N. F. Danielsons, eines Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. *89*

[44] Gemeint ist die „Sammlung der Bewertungsunterlagen für den bäuerlichen Grundbesitz in den Kreisen Semljansk, Sadonsk, Korotojak und Nishnedewizk". Beilage zu den Bänden III, IV, V und VI der „Sammlung stat. Daten für das Gouv. Woronesh", herausgegeben vom Woronesher Gouvernementssemstwo, Woronesh 1889. *100*

[45] D. N. Shbankows Skizze „Weiberland" erschien in dem Buch „Material zur Statistik des Gouvernements Kostroma", Lieferung 8, herausgegeben vom Kostromaer Gouvernementskomitee für Statistik, Kostroma 1891. *102*

[46] *„Westnik Jewropy"* (Europäischer Bote) – Monatsschrift; erschien von 1866 bis April 1918 in Petersburg. Die Zeitschrift vertrat die Ansichten der russischen liberalen Bourgeoisie; vom Beginn der neunziger Jahre an führte sie einen systematischen Kampf gegen den Marxismus. *106*

[47] Diese Angaben stammen aus dem Buch „Sammlung stat. Daten für das Gouv. Samara", Bd. 8, Lieferung 1, herausgegeben vom Samaraer Gouvernementssemstwo, Samara 1892. *111*

[48] Gemeint ist der Artikel M. S. Uwarows „Über den Einfluß des Wandergewerbes auf die sanitären Verhältnisse Rußlands", veröffentlicht in der Zeitschrift „Westnik obschtschestwennoi gigijeny, sudebnoi i praktitscheskoi mediziny" (Zeitschrift für Sozialhygiene, gerichtliche und praktische Medizin) im Juli 1896. *113*

[49] Lenin führt Zahlen an aus dem Artikel S. F. Rudnews „Die Bauerngewerbe im Europäischen Rußland", veröffentlicht 1894 in der „Sammlung des Saratower Semstwos" Nr. 6 und Nr. 11. *113*

[50] Gemeint ist das Buch N. I. Tesjakows „Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Organisation der sanitären Aufsicht im Gouvernement Cherson", herausgegeben von der Semstwoverwaltung des Gouv. Cherson, Cherson 1896. *116*

[51] Lenin bezieht sich auf Angaben aus dem Buch von N. A. Blagoweschtschenski „Zusammenfassende Sammlung der Wirtschaftsdaten der Semstwohofzählungen", Bd. I, „Die bäuerliche Wirtschaft", Moskau 1893. *125*

[52] Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 165–175. *130*

[53] Hier zitiert nach der von Lenin benutzten und genannten Ausgabe von Karl Kautsky. Die Originalfassung siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 230/231, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 236/237. *133*

[54] *„Rewoluzionnaja Mysl"* (Der revolutionäre Gedanke) – Organ einer Gruppe von Sozialrevolutionären, das von April 1908 bis Dezember 1909 im Ausland herausgegeben wurde. Es erschienen sechs Nummern. *141*

[55] *„Snamja Truda"* (Banner der Arbeit) – Zentralorgan der Partei der Sozialrevolutionäre; erschien von Juli 1907 bis April 1914. *141*

[56] *„Plehwe-Regime"* – grausames Polizeiregime, das im Jahre 1902 vom Innenminister W. K. Plehwe zum Kampf gegen die revolutionäre Bewegung in Rußland eingeführt wurde. *147*

[57] Das Autorreferat *„Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution"* ist eine kurze Darlegung des Buches „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907". (Siehe Werke, Bd. 13, S. 213–437). W. I. Lenin schrieb das Referat für die polnischen Sozialdemokraten, um ihnen die Meinungsverschiedenheiten zur Agrarfrage in der SDAPR zu erläutern. Es wurde in Nr. 6 der Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny" im August 1908 veröffentlicht. *151*

[58] *John* – der Menschewik P. P. Maslow. *155*

[59] *Vendée* – französisches Departement, war während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts der Herd eines konterrevolutionären Aufstands der rückständigen Bauernschaft gegen den revolutionären Konvent. Der Aufstand wurde unter religiösen Losungen durchgeführt und von konterrevolutionären Geistlichen und Gutsbesitzern geleitet. *155*

[60] *Kostrow* – N. N. Shordanija, Führer der kaukasischen Menschewiki. *155*

[61] *„Obrasowanije"* (Die Bildung) – literarische, populärwissenschaftliche und sozialpolitische Monatsschrift, die von 1892 bis 1909 in Petersburg erschien. In den Jahren 1902–1908 veröffentlichte die Zeitschrift Artikel von Sozialdemokraten. *156*

[62] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 665, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 630. *158*

[63] Hier zitiert nach der von Lenin benutzten und genannten Ausgabe von Karl Kautsky. Die Originalfassung siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 230/231, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 236/237. *158*

[64] *„Sarja"* (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902 in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen 4 Nummern (drei Hefte).

In der „Sarja" wurden folgende Arbeiten W. I. Lenins veröffentlicht:

„Zufällige Notizen", „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage"), „Innerpolitische Rundschau" und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie". *162*

65 *„Shisn"* (Das Leben) – Monatsschrift, die von 1897 bis 1901 in Petersburg, 1902 im Ausland erschien. Ab 1899 war die Zeitschrift das Organ der „legalen Marxisten". *162*

66 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 862–866 und 858–860, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 818–821 und 815–817. *164*

67 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 847–854, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 805–810. *164*

68 Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 165–175. *165*

69 Hier zitiert nach der von Lenin benutzten Ausgabe von Karl Kautsky. Die Originalfassung siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", 2. Teil, Berlin 1959, S. 36, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 39. *165*

70 Lenin meint den Brief von Karl Marx an L. Kugelmann vom 12. April 1871. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, Berlin 1966, S. 206.) *172*

71 *„Przegląd"* – „Przegląd Socjaldemokratyczny" – Zeitschrift der polnischen Sozialdemokraten. Vergleiche auch Anmerkung 22. *172*

72 *Ljachow, W. P.* – Oberst der zaristischen Armee; kommandierte die russischen Truppen, die 1908 die nationale revolutionäre Bewegung in Persien unterdrückten. *177*

73 *„l'Humanité"* – Tageszeitung, 1904 von J. Jaurès als Organ der Französischen Sozialistischen Partei gegründet. Bald nach der Spaltung der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag im Dezember 1920 in Tours und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde die Zeitung deren Organ; auch jetzt erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs. *180*

74 Vorstehende Bemerkung wurde als Nachwort zu der Skizze „Wie Peter Maslow die Rohentwürfe von Karl Marx korrigiert" (siehe „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907", Werke, Bd. 13, S. 299–306) im „Proletari" veröffentlicht. *184*

[75] Siehe W. I. Lenins Artikel „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart" (Werke, Bd. 13, S. 66–73 und 74–85). 187

[76] Den Artikel *„Eine Friedenskundgebung der englischen und deutschen Arbeiter"* schrieb W. I. Lenin anläßlich einer Arbeiterversammlung, die am 20. September 1908 aus Protest gegen die wachsende Kriegsgefahr in Berlin durchgeführt wurde. Der Artikel war für Nr. 36 des „Proletari" vorgesehen, wurde jedoch nicht veröffentlicht. 205

[77] *„Vorwärts"* – 1876 gegründete Tageszeitung, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zu ihren Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts"-Konflikt) entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts" zu. Während des imperialistischen Krieges 1914–1918 vertrat der „Vorwärts" zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt, wurde dann zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus und nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. 207

[78] Gemeint ist der Beschluß des Petersburger Komitees der SDAPR, der in Nr. 36 des „Proletari" vom 3. (16.) Oktober 1908 in der Spalte „Aus der Partei" veröffentlicht wurde. Das Petersburger Komitee rief die sozialdemokratischen Gruppen auf, sich öffentlich von dem Aufruf des Koalitionsrats der Studenten zu distanzieren und die Studentenbewegung den Aufgaben der Sozialdemokratie und dem Kampf des gesamten Volkes gegen den Zarismus unterzuordnen. 213

[79] *Berliner Vertrag* – Vertrag, der am 13. Juli 1878 auf dem Kongreß von Vertretern der Regierungen Rußlands, Englands, Österreich-Ungarns, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Türkei nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877–1878 geschlossen wurde. 219

[80] *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Anfangs gemäßigt liberal, wurde sie ab 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der bürokratischen Beamtenschaft. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete das „Nowoje Wremja" als Musterbeispiel einer käuflichen Zeitung. 222

[81] Das *Internationale Sozialistische Büro* (ISB) war das ausführende Organ

der II. Internationale, das auf Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 gegründet wurde. Von 1905 an vertrat Lenin die SDAPR im ISB. *227*

[82] Gemeint ist das Bulletin, das eine Gruppe von Menschewiki unter dem Titel „Russisches Bulletin" in Berlin herausgab. Es erschien von 1907 bis 1916. *227*

[83] Das *Auslandsbüro des Zentralkomitees* wurde vom Plenum des ZK der SDAPR im August 1908 als Vertretung der gesamten Partei im Ausland geschaffen, war dem Russischen Büro des ZK unterstellt.

Bald nach dem Januarplenum des ZK im Jahre 1910 erlangten im Auslandsbüro des Zentralkomitees die Liquidatoren die Mehrheit, die mit allen Mitteln versuchten, die Arbeit der zentralen Parteikörperschaften zu desorganisieren. Die liquidatorische Taktik des Auslandsbüros des ZK veranlaßte die Bolschewiki, im Mai 1911 ihren Vertreter im Büro (Alexandrow – N. A. Semaschko) abzuberufen. Später wurden auch die Vertreter der polnischen und der lettischen Sozialdemokratie abberufen.

Im Januar 1912 löste sich das Auslandsbüro des ZK auf. *228*

[84] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 578; Bd. 37, Berlin 1967, S. 320; Bd. 38, Berlin 1968, S. 112. *233*

[85] *Zionistische Sozialisten* („Zionistisch-Sozialistische Arbeiterpartei") – kleinbürgerliche jüdische nationalistische Organisation, die im Jahre 1904 entstand. Die zionistischen Sozialisten suchten die jüdischen Arbeiter vom revolutionären Kampf des internationalen Proletariats zu isolieren und strebten ein Abkommen mit der Bourgeoisie zum Kampf für die Schaffung eines jüdischen Staates an. *238*

[86] *Sozialistische Jüdische Arbeiterpartei* (Sozialistitscheskaja Ewrejskaja Rabotschaja Partija = SERP) – kleinbürgerliche nationalistische Organisation, gegründet 1906. Dem Programm der SERP lag die Forderung nach der nationalen Autonomie der Juden zugrunde – nach der Schaffung exterritorialer jüdischer Parlamente (Landtage), die bevollmächtigt wären, die Fragen der politischen Ordnung der Juden in Rußland zu entscheiden. Die SERP stand den Sozialrevolutionären nahe und kämpfte gemeinsam mit ihnen gegen die SDAPR. *239*

[87] *Skworzow, A. I.* – bürgerlicher Ökonom, Verfasser verschiedener Arbeiten über die Landwirtschaft. Lenin kritisierte in seinen Arbeiten des öfteren die Auffassungen Skworzows (siehe Werke, Bd. 1, S. 193, 494–496, und Werke, Bd. 3, S. 42). *243*

[88] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 814/815, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 773. *244*

[89] Der vorliegende Artikel wurde als Antwort auf einen Artikel P. Maslows geschrieben, der im September 1908 in Nr. 7 des „Przegląd Socjaldemokratyczny", der Zeitschrift der polnischen Sozialdemokraten, unter der Überschrift „Zur Frage des Agrarprogramms (Antwort an Lenin)", veröffentlicht worden war. Maslow wandte sich gegen das bolschewistische Programm, das Lenin in dem Autorreferat „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution" (siehe den vorliegenden Band, S. 151–175) dargelegt hatte, und verteidigte das Agrarprogramm der Menschewiki. *252*

[90] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, „Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten", in Werke, Bd. 5, Berlin 1964, S. 278–283, und „Zirkular gegen Kriege", in Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 8–10. *259*

[91] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 54. *269*

[92] Im Jahre 1878 löste der türkische Sultan Abdul Hamid das Parlament auf. Erst 1908, nach der bürgerlichen Revolution, wurde in der Türkei die Verfassung wieder in Kraft gesetzt und das Parlament einberufen. *270*

[93] *Otsowismus* – eine opportunistische Strömung, die nach der Niederlage der ersten russischen Revolution 1905–1907 unter den Bolschewiki entstanden war. Die Otsowisten (A. Bogdanow, G. A. Alexinski, A. W. Lunatscharski, M. N. Ljadow u. a.) forderten die Abberufung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus der III. Reichsduma sowie die Einstellung der Arbeit in den legalen Organisationen. Sie erklärten, daß die Partei unter den Bedingungen der Reaktion nur illegal arbeiten dürfe, und lehnten die Mitarbeit in der Duma, in den Gewerkschaften der Arbeiter, in den Genossenschaften und anderen legalen und halblegalen Massenorganisationen ab. Sie waren der Meinung, daß es notwendig sei, die gesamte Parteiarbeit auf die illegale Organisation zu konzentrieren. Die Otsowisten fügten der Partei großen Schaden zu. Ihre Politik lief darauf hinaus, die Partei von den Massen zu lösen, sie in eine sektiererische Organisation zu verwandeln, die nicht imstande ist, Kräfte für einen neuen revolutionären Aufschwung zu sammeln. Lenin entlarvte die Otsowisten als „Liquidatoren in neuer Gestalt", als „umgestülpte Menschewiki".

Eine Spielart des Otsowismus war der Ultimatismus. Die Ultimatisten unterschieden sich von den Otsowisten nur der Form nach. Sie schlugen vor,

der sozialdemokratischen Fraktion zunächst ein Ultimatum zu stellen und bei Nichteinhaltung dieses Ultimatums die sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Duma abzuberufen.

Der Ultimatismus war faktisch ein verschleierter, getarnter Otsowismus. Lenin nannte die Ultimatisten „verschämte Otsowisten".

Im Frühjahr 1909 bildeten Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner eine Initiativgruppe zur Gründung einer parteifeindlichen Schule auf der Insel Capri (Bogdanow, Alexinski, Lunatscharski u. a.). Diese Gruppe war faktisch das Zentrum der parteifeindlichen Fraktion der Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner.

Im Juni 1909 faßte die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" den Beschluß, daß „der Bolschewismus als eine bestimmte Strömung in der SDAPR mit dem Otsowismus und dem Ultimatismus nichts gemein hat". Sie appellierte an die Bolschewiki, diese Abweichungen vom revolutionären Marxismus entschlossen zu bekämpfen. Der Inspirator der Otsowisten, Bogdanow (Maximow), wurde aus den Reihen der Bolschewiki ausgeschlossen. *283*

[94] *Boulangismus* – reaktionär-chauvinistische Bewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Frankreich, so genannt nach dem General Boulanger, der diese Bewegung führte.

Boulanger versuchte durch Kritik an der Politik der herrschenden Partei der gemäßigten Republikaner und durch einen Scheinkampf gegen die Monarchisten unter verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen (vor allem kleine und mittlere Bourgeoisie) Autorität zu gewinnen und ihre Unzufriedenheit mit der Regierung zu karrieristischen Zwecken auszunutzen. Insgeheim unterhielt Boulanger Verbindungen mit den Monarchisten und erhielt Subsidien von ihnen.

Die Boulanger-Bewegung zerfiel bald wieder. *292*

[95] Die *„Sachverständigen"* betätigten sich als Berater der sozialdemokratischen Fraktion in der III. Reichsduma. Zumeist waren es Liquidatoren: J. Smirnow, A. Potressow, S. Prokopowitsch u. a.

Sie nutzten den Umstand, daß sich die führenden Funktionäre der bolschewistischen Partei in der Illegalität befanden und nicht legal an der Arbeit der Dumafraktion mitwirken konnten, und übten einen parteifeindlichen Einfluß auf die Fraktion aus.

Auf der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" im Juni 1909 schlug Lenin vor, einige Bolschewiki in legale Funktionen zu bringen, damit sie der Dumafraktion Hilfe erweisen könnten. Die Beratung beschloß, eine

Kommission zur Hilfe für die Dumafraktion zu bilden, und wählte W. I. Lenin in diese Kommission. *295*

96 *„Rossija"* (Rußland) – Tageszeitung der Schwarzhunderter, die von 1905 bis 1914 in Petersburg erschien. Ab 1906 – offizielles Organ des Innenministeriums. *297*

97 *Ugrjum-Burtschejew* – Typus eines bornierten Würdenträgers, wie er in M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Die Geschichte einer Stadt" dargestellt ist. *303*

98 *Rat des vereinigten Adels* – konterrevolutionäre Organisation der Gutsbesitzer, die im Mai 1906 gegründet wurde.

Der Rat übte einen großen Einfluß auf die Politik der Regierung aus. Zur Zeit der III. Reichsduma gehörten viele Mitglieder dieses Rats dem Reichsrat und den leitenden Zentren der Schwarzhunderterorganisationen an. *304*

99 *George, Henry* – amerikanischer bürgerlicher Ökonom und Publizist. Eine Kritik an den Auffassungen Georges findet sich in dem Brief von Karl Marx an F. Sorge vom 20. Juni 1881 und in der Vorrede zur amerikanischen Ausgabe des Werkes „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" von Friedrich Engels. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, Berlin 1967, S. 199–200; Friedrich Engels, „Die Lage der arbeitenden Klasse in England", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1964, S. 629 bis 636.) *310*

100 Der Entwurf der Rede Beloussows zur Agrarfrage wurde von Lenin verfaßt. Die statistischen Zusammenstellungen und Zahlenangaben, die Beloussow anführte, sind den damals nicht veröffentlichten Arbeiten Lenins „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907" (siehe Werke, Bd. 13, S. 213–437) und „Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts" (siehe den vorliegenden Band, S. 59–139) entnommen. *313*

101 Die *Fünfte (Gesamtrussische) Konferenz der SDAPR* wurde vom 21. bis 27. Dezember 1908 (3. bis 9. Januar 1909) in Paris abgehalten. Auf der Konferenz waren die bedeutendsten Parteiorganisationen vertreten: die Organisationen von Petersburg, aus dem Ural, aus dem Kaukasus, aus Moskau und dem Zentralen Industriegebiet sowie die Polnische Sozialdemokratische Partei und der „Bund". Auf der Konferenz waren 16 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend: 5 Bolschewiki, 3 Menschewiki, 5 polnische Sozialdemokraten und 3 Bundisten. Vertreter des ZK der SDAPR war Lenin.

Die Konferenz behandelte folgende Fragen: 1. die Berichte des ZK der

SDAPR, des ZK der polnischen Sozialdemokratie, des ZK des „Bund", der Petersburger Organisation, der Organisationen aus Moskau und dem Zentralen Industriegebiet, der Organisationen aus dem Ural und dem Kaukasus; 2. die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Partei; 3. über die sozialdemokratische Dumafraktion; 4. Organisationsfragen im Zusammenhang mit den veränderten politischen Bedingungen; 5. die Vereinigung mit den einzelnen nationalen Organisationen; 6. Auslandsangelegenheiten und andere Fragen.

Lenin hielt auf der Konferenz ein Referat „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei" sowie Reden über die Dumafraktion, über die Organisationsfrage und andere Fragen. Auf der Konferenz führten die Bolschewiki den Kampf gegen zwei Arten des Opportunismus in der Partei: „gegen die *Liquidatoren*, die direkten Feinde der Partei, und gegen die *Otsowisten*, die versteckten Gegner der Partei". Auf Vorschlag Lenins verurteilte die Konferenz das Liquidatorentum und rief alle Parteiorganisationen zu entschiedenem Kampf gegen die Versuche auf, die Partei zu liquidieren. Über die Konferenz siehe W. I. Lenins Artikel „Auf den Weg" (siehe den vorliegenden Band, S. 344–355). *317*

102 Die Überschrift stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *327*

103 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1961, S. 832–866, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 790–821. *332*

104 *Erfurter Programm* – Programm der deutschen Sozialdemokratie, das im Oktober 1891 auf dem Parteitag in Erfurt angenommen wurde. *332*

105 Gemeint ist die Erklärung Plechanows über seinen Austritt aus der Redaktion des liquidatorischen Organs – der Zeitung „Golos Sozial-Demokrata". Sie war in der zum Druck vorbereiteten Nummer 10/11 dieses Organs gesetzt worden. Nach zusätzlichen Verhandlungen mit Plechanow wurde seine Erklärung aus dem Umbruch der Zeitung herausgenommen und die Angabe im Inhaltsverzeichnis überklebt. Der Konflikt war jedoch nicht endgültig beseitigt. Im Mai 1909 erschien in Nr. 14 des „Golos Sozial-Demokrata" ein Brief Plechanows, in dem er die Leser über seinen formellen Austritt aus der Redaktion informierte. *359*

106 *„Wperjod"* (Vorwärts) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, die vom 22. Dezember 1904 (4. Januar 1905) bis 5. (18.) Mai 1905 in Genf herausgegeben wurde. Es erschienen 18 Nummern. Organisator, ideologischer Inspirator und Leiter der Zeitung war W. I. Lenin. Dem Redaktionskollegium gehörten W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski an.

Der III. Parteitag der SDAPR hob in einer besonderen Resolution die hervorragende Rolle hervor, die der „Wperjod" im Kampf gegen den Menschewismus, für die Wiederherstellung des Parteiprinzips und bei der Erörterung und Klärung der durch die revolutionäre Bewegung aufgeworfenen Fragen gespielt hatte, und sprach der Redaktion der Zeitung seinen Dank aus. *360*

107 *„Partinyje Iswestija"* (Parteinachrichten) – Presseorgan des Vereinigten ZK der SDAPR, das kurz vor dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag illegal in Petersburg erschien. Es kamen zwei Nummern heraus, und zwar am 7. (20.) Februar und am 20. März (2. April) 1906. Die Redaktion der „Partinyje Iswestija" setzte sich paritätisch aus Redakteuren der bolschewistischen Zeitung „Proletari" und der menschewistischen neuen „Iskra" zusammen. Die Bolschewiki waren im Redaktionskollegium durch Lenin, Lunatscharski und andere vertreten. Nach dem IV. Parteitag stellten die „Partinyje Iswestija" ihr Erscheinen ein. *363*

108 *„Narodnaja Duma"* (Volksduma) – menschewistische Tageszeitung, die im März und April 1907 in Petersburg erschien. *367*

109 Gemeint ist die Resolution über die politische Lage im Lande und die Aufgaben der Partei, die vom VI. Parteitag der Sozialdemokratie Polens und Litauens, der im Dezember 1908 in Praga (einem Vorort von Warschau) stattfand, angenommen wurde.

Der Parteitag verurteilte die liquidatorischen Tendenzen und bestätigte, daß die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, mit Unterstützung der revolutionären Bauernschaft für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu kämpfen. *369*

110 *„Sozialdemokrat"* – illegales Organ des Zentralkomitees der SDAPR, das vom 17. (30.) September bis zum 18. November (1. Dezember) 1906 in Petersburg erschien; es kamen 7 Nummern heraus. Die Redaktion der Zeitung befand sich in den Händen der Menschewiki. *373*

111 *„Neue Rheinische Zeitung"* – wurde vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849 in Köln unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels herausgegeben. Ihr Chefredakteur war Karl Marx. Ab Nr. 301 mußte die Zeitung unter dem Druck der Reaktion ihr Erscheinen einstellen.

Hier zitiert Lenin aus den Artikeln von Karl Marx und Friedrich Engels „Die Berliner Debatte über die Revolution" und „Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten", die in der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 14. Juni und 30. Juli 1848 veröffentlicht wurden. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 5, Berlin 1964, S. 65 und 282/283.) *378*

[112] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 301. *378*

[113] Das Manuskript hat keine Überschrift. Sie stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *380*

[114] *„Wosroshdenije"* (Wiedergeburt) – Zeitschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von Dezember 1908 bis Juli 1910 in Moskau. *397*

[115] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 5, Berlin 1964, S. 65. *399*

[116] Lenin zitiert F. Engels aus dem „Vorwort" zur Arbeit von Karl Marx „Das Elend der Philosophie". (Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1964, S. 561.) *402*

[117] Siehe Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 378. *405*

[118] Siehe Friedrich Engels, „Flüchtlingsliteratur", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1964, S. 528–535. *405*

[119] Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring')", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 294/295. *406*

[120] Gemeint ist die „Einleitung" von Friedrich Engels zur Broschüre von Karl Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1964, S. 620. *406*

[121] *„Wechi"* (Marksteine) – Sammelband der Kadetten; erschien 1909 in Moskau mit Artikeln von N. Berdjajew, S. Bulgakow, P. Struve, M. Gerschenson und anderen Vertretern der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie. In ihren Artikeln über die russische Intelligenz versuchten die „Wechi"-Leute, die revolutionär-demokratischen Traditionen der besten Vertreter des russischen Volkes, darunter W. G. Belinskis und N. G. Tschernyschewskis, zu verunglimpfen; sie zogen die revolutionäre Bewegung von 1905 in den Schmutz und sprachen der zaristischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die Bourgeoisie „mit ihren Bajonetten und Gefängnissen" „vor der Volkswut" rettete. Der Sammelband appellierte an die Intelligenz, sich in den Dienst der Selbstherrschaft zu stellen. W. I. Lenin verglich das Programm der „Wechi" sowohl in der Philosophie als auch in der Publizistik mit dem Programm der Schwarzhunderterzeitung „Moskowskije Wedomosti" (Moskauer Nachrichten) und bezeichnete den Sammelband als *„Enzyklopädie des liberalen Renegatentums"*, als eine „einzige Flut reaktionären Spülichts, das über die Demokratie ausgegossen wird". *413*

122 *„Golos Moskwy"* (Die Stimme Moskaus) – Tageszeitung, Organ der Oktobristen, der konterrevolutionären Partei der industriellen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer; sie erschien von 1906 bis 1915 in Moskau. *421*

123 Die *Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari"* fand in Paris vom 8. bis 17. (21. bis 30.) Juni 1909 statt. An der Beratung nahmen 9 Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums (das von der bolschewistischen Fraktion auf dem V. [Londoner] Parteitag der SDAPR im Jahre 1907 gewählt worden war) mit Lenin an der Spitze teil, Vertreter der Petersburger Organisation, der Moskauer Gebietsorganisation und der Organisation des Urals.

Die Beratung war einberufen worden, um über das Verhalten der Otsowisten und Ultimatisten zu verhandeln.

Von der Beratung wurden folgende Fragen erörtert: 1. über Otsowismus und Ultimatismus; 2. über die Gottbildnertendenzen innerhalb der Sozialdemokratie; 3. über die Stellung zur Dumatätigkeit in Verbindung mit anderen Gebieten der Parteiarbeit; 4. die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei; 5. über die Parteischule, die im Ausland (auf Capri) eingerichtet wurde; 6. über die Agitation für einen von der Partei getrennten Parteitag (oder eine Konferenz) der Bolschewiki; 7. über die Abspaltung des Gen. Maximow, und andere Fragen.

Die Beratung wurde von Lenin geleitet. Lenin sprach zu allen grundlegenden Fragen der Tagesordnung. Der Otsowismus und Ultimatismus wurde auf der Beratung von A. Bogdanow (Maximow) und W. Schanzer (Marat) vertreten und verteidigt. Eine versöhnlerische Position in einer ganzen Reihe von Fragen bezogen Kamenew, Sinowjew, Rykow und Tomski.

Die Beratung verurteilte den Otsowismus und Ultimatismus als „Liquidatorentum mit umgekehrtem Vorzeichen". Der Wortführer des Otsowismus und Ultimatismus – Bogdanow – wurde aus den Reihen der Bolschewiki ausgeschlossen. Die Beratung verurteilte auch das Gottbildnertum und beschloß, einen entschiedenen Kampf dagegen zu führen und seinen antimarxistischen Charakter zu entlarven.

Die Überschriften zu den im vorliegenden Band veröffentlichten Reden W. I. Lenins stammen vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. *427*

124 *St.* – *Stanislaw Wolski* – A. W. Sokolow, Führer der Moskauer Otsowisten. *430*

125 *M. T.* – M. P. Tomski. *434*

126 *„Parteischule, die im Ausland, in N. N., eingerichtet wurde"* – parteifeindliche Schule, die im Jahre 1909 von Bogdanow (Maximow), Alexinski und Lunatscharski unter Beteiligung von A. M. Gorki auf der Insel Capri geschaffen wurde. Die Schule war das Fraktionszentrum der Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner.

Unter der Flagge des Parteiprinzips gelang es den Bogdanowleuten, von einigen örtlichen sozialdemokratischen Organisationen 13 Hörer in die Schule zu bekommen.

Die Schule bestand etwa 4 Monate (August–Dezember). Im November 1909 grenzte sich ein Teil der Schüler unter Führung des Arbeiters N. J. Wilonow entschieden von den Bogdanowleuten ab, nachdem ihnen der fraktionelle Charakter der Schule klargeworden war. Sie sandten an die Redaktion des „Proletari" einen Protest gegen die parteifeindliche Haltung der Lektoren und wurden daraufhin aus der Schule ausgeschlossen. Auf Einladung Lenins fuhren sie nach Paris, wo sie einen Zyklus von Lektionen hörten, darunter die Lektionen Lenins „Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben" und „Die Agrarpolitik Stolypins". Der auf Capri verbliebene Teil der Hörer bildete im Dezember 1909 mit den Lektoren die parteifeindliche Gruppe „Wperjod".

Die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" verurteilte die Schule auf Capri als ein „neues Zentrum einer sich von den Bolschewiki abspaltenden Fraktion". *434*

127 *Gottbildnertum* – eine dem Marxismus feindliche religiös-philosophische Strömung, die sich in der Periode der Stolypinschen Reaktion unter einem bestimmten Teil der Parteiintelligenz, der nach der Niederlage der Revolution von 1905–1907 vom Marxismus abgefallen war, herausbildete.

Die Gottbildner (Lunatscharski, Basarow u. a.) predigten die Schaffung einer neuen, einer „sozialistischen" Religion und suchten den Marxismus mit der Religion zu versöhnen. Eine Zeitlang stand ihnen auch A. M. Gorki nahe. Die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" verurteilte das Gottbildnertum und erklärte in einer besonderen Resolution, daß die bolschewistische Fraktion „mit einer derartigen Entstellung des wissenschaftlichen Sozialismus" nichts gemein habe.

Lenin prangerte das reaktionäre Wesen des Gottbildnertums in seinem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus" an (siehe Werke, Bd. 14) sowie in seinen Briefen an Gorki von Februar bis April 1908 und von November bis Dezember 1913. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 13, S. 454 bis 495, und Bd. 35, S. 98–101, 102–104.) *434*

128 Gemeint sind die parteitreuen Menschewiki, eine kleine Gruppe von Men-

schewiki mit Plechanow an der Spitze, die sich von den liquidatorischen Menschewiki getrennt hatten und das Liquidatorentum bekämpften.

Im Dezember 1908 trat Plechanow aus der Redaktion der Liquidatorenzeitung „Golos Sozial-Demokrata" aus und gab im August 1909 erneut seinen „Dnewnik Sozial-Demokrata" (Tagebuch eines Sozialdemokraten) heraus. Plechanow und seine Gruppe blieben zwar weiterhin auf den Positionen des Menschewismus, aber sie verteidigten die illegale Parteiorganisation und die illegale Parteiarbeit und waren bemüht, Vereinbarungen mit den Bolschewiki zu treffen.

Lenin appellierte an die Bolschewiki, die Lostrennung der parteitreuen Menschewiki von den Liquidatoren auf jede Weise zu fördern, sich ihnen auf der Grundlage des Kampfes für Prinzipienfestigkeit und Verbundenheit mit der Partei zu nähern, um einen einheitlichen Block der parteitreuen Elemente zu schaffen, in dem „Meinungsverschiedenheiten die gemeinsame Arbeit, den gemeinsamen Vormarsch, den gemeinsamen Kampf" für die Partei gegen die Liquidatoren „nicht stören". Lenin nahm den Vorschlag Plechanows an und ging einen zeitweiligen Block mit ihm ein. Die Plechanowleute arbeiteten gemeinsam mit den Bolschewiki in den örtlichen Komitees, an den bolschewistischen Zeitungen „Swesda" (Der Stern) und „Rabotschaja Gaseta" (Arbeiterzeitung) mit, und Plechanow beteiligte sich auch an der Arbeit im ZO der SDAPR, der Zeitung „Sozial-Demokrat".

Die Leninsche Taktik einer Einheitsfront mit den Plechanowleuten, denen ein Teil der Arbeiter folgte, half den Bolschewiki, ihren Einfluß in den legalen Arbeiterorganisationen weiter auszudehnen und die Liquidatoren aus ihnen zu verdrängen.

Ende 1911 brach Plechanow den Block mit den Bolschewiki. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „Fraktionsmacherei" und Spaltung in der SDAPR versuchte er, die Bolschewiki mit den Opportunisten auszusöhnen. Zusammen mit den Trotzkisten, den Bundisten und den Liquidatoren wandten sich die Plechanowleute gegen die Prager Konferenz der SDAPR und leiteten eine verleumderische Kampagne gegen die Bolschewiki ein. *435*

129 *Wlassow* – A. I. Rykow. *441*

130 *Besondere Versammlung* – Versammlung der Leninschen Bolschewiki, die Lenin kurz vor der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" einberufen hatte. Auf dieser Versammlung gab Lenin eine eingehende Information über die Situation in der bolschewistischen Fraktion, über den Kampf gegen die Otsowisten, die Ultimatisten und die Gottbildner. Die Leitsätze, die Lenin in dieser Information herausgearbeitet hatte, bildeten

die Grundlage für die Resolutionen der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari". *442*

131 Der *Erste Gesamtrussische Kongreß der Funktionäre der Gesellschaften der Volkshochschulen* fand vom 3. bis 6. (16. bis 19.) Januar 1908 in Petersburg statt. Die Hauptfrage des Kongresses war die Tätigkeit der Volkshochschulen. Eine Arbeitsgruppe des Kongresses, die von Bolschewiki geleitet wurde, brachte eine Resolution ein, in der gefordert wurde, in die Leitung der Volkshochschulen eine besondere Vertretung von Arbeiterorganisationen einzubeziehen, ihnen das Recht einzuräumen, die Lehrprogramme mitzubestimmen, die gewünschten Lektoren für Gesellschaftswissenschaften zu nominieren und ihnen auch das Recht zuzuerkennen, in der Muttersprache der jeweiligen Nationalität zu unterrichten.

Der Kongreß lehnte diese Resolution mit geringer Stimmenmehrheit (110 gegen 105) ab, nachdem er sie als über den Rahmen des Kongresses hinausgehend bezeichnet hatte. Die Vertreter der Arbeiter verließen daraufhin den Kongreß. *450*

132 Der *Erste Gesamtrussische Kongreß von Vertretern der genossenschaftlichen Einrichtungen* fand vom 16. bis 21. April (29. April bis 4. Mai) 1908 in Moskau statt. An dem Kongreß nahmen 824 Delegierte teil, darunter etwa 50 Sozialdemokraten (Bolschewiki und Menschewiki).

Trotz des Widerstandes der Menschewiki bildeten die Bolschewiki auf dem Kongreß eine sozialdemokratische Fraktion und stellten sich an die Spitze des Kampfes der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitergenossenschaften gegen die bürgerlichen Genossenschaftler, die die Mehrheit des Kongresses bildeten.

Auf dem Kongreß wurden Referate gehalten: über die internationale Genossenschaftsbewegung, über die Rolle und die Aufgaben der Genossenschaftsbewegung, über die Rechtslage der Konsumvereine in Rußland u. a. Eine Diskussion über diese Fragen wurde jedoch vom Präsidium des Kongresses untersagt.

Nachdem es die Polizei verboten hatte, auf dem Kongreß Fragen des Klassenkampfes, der Gewerkschaften, der Lage der Angestellten, der Hilfeleistung für die Arbeiter bei Streiks und Aussperrungen, der Propaganda für die Genossenschaftsbewegung, der Presse usw. zu erörtern, wurde der Kongreß geschlossen. *450*

133 Der *Erste Gesamtrussische Frauenkongreß* fand vom 10. bis 16. (23. bis 29.) Dezember 1908 in Petersburg statt. Unter den Delegierten des Kongresses befanden sich viele Arbeiterinnen. Unter dem Druck der Arbeiterinnen nahm der Kongreß Resolutionen über den Kampf gegen den Alkoholismus,

über die Lage der Bäuerinnen, über den Arbeitsschutz für Frauen und Kinder, über die Handwerksgenossenschaften und über die Gleichberechtigung der Juden an. Zur Hauptfrage, der politischen und staatsbürgerlichen Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft, brachten die Arbeiterinnen eine Resolution ein, in der sie die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses und der Nationalität forderten. Das Präsidium des Kongresses lehnte es ab, über diese Resolution abstimmen zu lassen, und ersetzte sie durch eine Resolution, die in liberalem bürgerlichem Geiste abgefaßt war. Aus Protest verließen die Arbeiterinnen daraufhin den Kongreß. 450

134 Der *Erste Gesamtrussische Kongreß der Betriebsärzte und der Vertreter der Industriebetriebe* fand vom 1. bis 6. (14.–19.) April 1909 in Moskau statt. Unter den Delegierten befanden sich 52 Arbeiter, die von den Gewerkschaftsverbänden, vor allem der großen Industriezentren, gewählt worden waren. Die Reden der Arbeiterdelegierten, unter denen die Bolschewiki überwogen, waren von großer politischer Bedeutung und fanden Widerhall im ganzen Land. Besonders lebhafte Diskussionen riefen auf dem Kongreß zwei Fragen hervor: die Organisation der sanitären Aufsicht (die von den Bolschewiki vorgeschlagene Resolution wurde angenommen) und die Wahlen der Fabrikinspektionen durch die Arbeiter.

Der Kongreß konnte seine Arbeit nicht beenden, er wurde von der Polizei verboten. 450

135 *„Otkliki Bunda"* (Stimmen des „Bund") – unregelmäßig erscheinendes Organ des Auslandskomitees des „Bund", das von März 1909 bis Februar 1911 in Genf herausgegeben wurde. Es erschienen fünf Nummern. 463

136 Die vorliegende Notiz wurde als Anmerkung zu einem Brief M. N. Ljadows an die Redaktion des „Proletari" veröffentlicht, in dem sich Ljadow mit den Beschlüssen der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" nicht einverstanden erklärt. 470

137 *Ljowa* – M. K. Wladimirow; *Innokenti* – J. F. Dubrowinski. 472

138 Den vorliegenden Entwurf eines Briefes schrieb W. I. Lenin als Antwort auf ein Schreiben des Rates der otsowistisch-ultimatistischen Schule auf der Insel Capri an das Bolschewistische Zentrum (die erweiterte Redaktion des „Proletari"), in dem darum ersucht worden war, die Schule mit Literatur und Geldmitteln zu unterstützen.

Das Manuskript hat keine Überschrift. Sie stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 473

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(März 1908 bis August 1909)

1908

19. März (1. April)	Lenins Artikel „Auf den geraden Weg" wird in Nr. 26 des „Proletari" als Leitartikel veröffentlicht.
26. März (8. April)	Lenins Artikel „Über die ‚Natur' der russischen Revolution" wird in Nr. 27 des „Proletari" als Leitartikel veröffentlicht.
Nicht später als am 3. (16.) April	Lenin schließt die Arbeit an dem Artikel „Marxismus und Revisionismus", den er für den Sammelband „Karl Marx (1818–1883)" schrieb, ab.
Zwischen dem 6. und 18. April (19. April und 1. Mai)	Lenin besucht A. M. Gorki auf dessen Bitte auf der Insel Capri, wo er Bogdanow und Lunatscharski erklärt, daß er in Fragen der Philosophie mit ihnen nicht übereinstimme.
16. (29.) April	Lenins Artikel „Auf ausgetretenen Pfaden!" und „Ein Block der Kadetten mit den Oktobristen?" werden in Nr. 29 des „Proletari" veröffentlicht.
24. April (7. Mai)	Lenin hält in Genf ein Referat über das Thema „Die Einschätzung der russischen Revolution und ihre wahrscheinliche Zukunft".
April	Lenins Artikel „Zur Einschätzung der russischen Revolution" wird in Nr. 2 der polnischen Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny" veröffentlicht.
1. (14.) Mai	Lenin spricht in Paris auf einer vom Büro der Pariser sozialdemokratischen Gruppe organisierten Versammlung über den Charakter der russischen Revolution.
Anfang Mai	Lenin nimmt an der Sitzung des Büros der Pariser sozialdemokratischen Gruppe teil, wo der Beschluß gefaßt wird, die

in der Schweiz wegen der Tifliser Expropriation inhaftierten Sozialdemokraten zu unterstützen.

10. (23.) Mai In Nr. 30 des „Proletari" werden Lenins Artikel „Kadetten des zweiten Aufgebots" (Leitartikel) und „Zur Einschätzung der russischen Revolution" (Nachdruck aus der polnischen Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny") veröffentlicht.

Mai Lenin arbeitet in London im Britischen Museum an dem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus".

Mai–erste Junihälfte Lenin schreibt „Zehn Fragen an den Referenten" in Form von Thesen für den Diskussionsbeitrag J. F. Dubrowinskis (Innokentis) zum Referat A. Bogdanows in Genf.

18. Juni (1. Juli) Lenin beendet die Arbeit „Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts" für das Lexikon, das von der Gesellschaft der Gebrüder Granat herausgegeben wurde. Die Arbeit wurde aus Zensurgründen damals nicht veröffentlicht und erschien als Broschüre erst im Jahre 1918.

Lenin schreibt an W. W. Worowski nach Odessa einen Brief anläßlich der Zuspitzung der philosophischen Meinungsverschiedenheiten und der heranreifenden Spaltung mit der Gruppe Bogdanows.

Juni Auf Vorschlag Lenins wird im „Proletari" die Diskussion über den Otsowismus eröffnet.

2. (15.) Juli Lenins Artikel „Über einige charakteristische Merkmale des gegenwärtigen Verfalls" wird in Nr. 32 des „Proletari" als Leitartikel veröffentlicht.

5. (18.) Juli Lenin beendet das Autorreferat „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution" (veröffentlicht im August 1908 in Nr. 6 der polnischen Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny").

23. Juli (5. August) In Nr. 33 des „Proletari" werden Lenins Artikel „Zündstoff in der Weltpolitik" (Leitartikel), „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie" und die Skizze „Wie Peter Maslow die Konzepte von Karl Marx korrigiert" veröffentlicht.

11.–13. (24.–26.) August Lenin nimmt in Genf am Plenum des Zentralkomitees der SDAPR teil; er entlarvt die Versuche der Menschewiki, das ZK zu liquidieren und es durch ein Informationsbüro zu er-

setzen. Lenin wird von den Bolschewiki in die Redaktion des Zentralorgans der Partei gewählt.

August — Lenin fordert Bogdanow auf einer Sitzung der Redaktion des „Proletari" auf, seine Anschauungen in der Presse offen darzulegen.

11. (24.) September — Lenins Artikel „Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution" wird als Leitartikel in Nr. 35 des „Proletari" veröffentlicht.

Zwischen dem 25. September und 2. Oktober (8. u. 15. Oktober) — Lenins Artikel „Marxismus und Revisionismus" wird in dem in Petersburg erscheinenden Sammelband „Karl Marx (1818–1883)" veröffentlicht.

27. September (10. Oktober) — Lenin nimmt an der Konferenz sozialistischer Journalisten in Brüssel teil.

Lenin besucht im „Volkshaus" in Brüssel ein internationales Meeting, das dem Kampf des Proletariats für die Erhaltung des Friedens gewidmet ist.

28. September (11. Oktober) — Lenin nimmt an der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel teil; er kritisiert die von Kautsky eingebrachte Resolution über die Aufnahme der englischen Arbeiterpartei (Labouristen) in die Internationale und spricht sich gegen die Aufnahme der zionistischen Sozialisten in die russische Untersektion der Internationale aus.

29. September (12. Oktober) — Lenin nimmt in Brüssel an einer Sitzung der Internationalen Konferenz sozialistischer Mitglieder von Parlamentsfraktionen teil.

September — Lenin schreibt das Vorwort zu dem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus".

Vor dem 3. (16.) Oktober — Lenin schreibt den Artikel „Eine Friedenskundgebung der englischen und deutschen Arbeiter" für Nr. 36 des „Proletari".

3. (16.) Oktober — Lenins Artikel „Die Studentenbewegung und die gegenwärtige politische Lage" wird als Leitartikel in Nr. 36 des „Proletari" veröffentlicht.

14. (27.) Oktober — Lenin berichtet A. I. Jelisarowa in einem Brief, daß er die Arbeit an dem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus"

beendet habe, und bittet um Mitteilung einer zuverlässigen Adresse, an die das Manuskript übersandt werden kann.

16. (29.) Oktober In Nr. 37 des „Proletari" werden Lenins Artikel „Die Ereignisse auf dem Balkan und in Persien", „Die Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros" und „Ein hysterischer Anfall P. Maslows" veröffentlicht.

28. Oktober (10. November) Lenin lehnt den Vorschlag der Menschewiki ab, an der von ihnen vorgesehenen Herausgabe eines Sammelbandes mitzuarbeiten.

Oktober – November Lenins Artikel „Einige Bemerkungen zur ‚Antwort' P. Maslows" wird in der polnischen Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny" veröffentlicht.

Oktober – Dezember Lenin leitet die Vorbereitungsarbeiten für die V. (Gesamtrussische) Konferenz der SDAPR.

1. (14.) November Lenins Artikel „Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage" wird in Nr. 38 des „Proletari" veröffentlicht.

Vor dem 4. (17.) November Lenin sendet das Manuskript des Buches „Materialismus und Empiriokritizismus" an eine Deckadresse, um es in Moskau legal zu veröffentlichen.

13. (26.) November Lenins Artikel „Wie Plechanow und Co. den Revisionismus verteidigen" und „Über zwei Briefe" werden in Nr. 39 des „Proletari" veröffentlicht.

Zwischen dem 29. November und 1. Dezember (12. und 14. Dezember) Lenin und Krupskaja übersiedeln von Genf nach Paris, da der „Proletari" ab jetzt dort herausgegeben wird.

1. (14.) Dezember Lenins Artikel „Die Agrardebatten in der III. Duma" wird in Nr. 40 des „Proletari" veröffentlicht.

21. Dezember 1908 (3. Januar 1909) Lenin nimmt an der Sitzung des Plenums des ZK der SDAPR in Paris teil.

21.–27. Dezember 1908 (3.–9. Januar 1909) Lenin nimmt an der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR in Paris teil, er hält das Referat „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei" und bringt einen Resolutionsentwurf zu dieser Frage ein sowie Abänderungs-

vorschläge zu Resolutionsentwürfen, die andere Fragen betreffen.

27.–29. Dezember 1908 (9.–11. Januar 1909) Lenin nimmt am Plenum des ZK der SDAPR teil, auf dem die Resolutionen der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR bestätigt werden.

Dezember Lenin hält in Paris ein Referat über die gegenwärtige Lage in Rußland.

1909

Anfang des Jahres Lenin hält in einem Zirkel der Bolschewiki in Paris Lektionen über Philosophie.

7. (20.) Januar Lenins Artikel „Wie die Sozialrevolutionäre aus der Revolution Bilanz ziehen und wie die Revolution den Sozialrevolutionären Bilanz zog" wird in Nr. 41 des „Proletari" veröffentlicht.

22. Januar (4. Februar) Lenin hält in Paris ein Referat über die politische Lage in Rußland.

28. Januar (10. Februar) Lenins Artikel „Auf den Weg" wird in Nr. 2 des „Sozial-Demokrat" als Leitartikel veröffentlicht.

1. (14.) Februar Lenin fordert auf einer Sitzung der Redaktion des „Proletari" ein offenes Auftreten der Redaktion gegen das von Lunatscharski propagierte Gottbildnertum.

12. (25.) Februar In Nr. 42 des „Proletari" wird eine Bemerkung Lenins über den Artikel „Zu den nächsten Aufgaben", der gegen den Otsowismus gerichtet ist, veröffentlicht.

17.–23. Februar (2.–8. März) Lenin erholt sich in Nizza.

5. (18.) März Lenin spricht in Paris auf einer Versammlung von Emigranten über die Pariser Kommune von 1871.

9. und 21. März (22. März und 3. April) In den Nummern 3 und 4 des „Sozial-Demokrat" wird Lenins Artikel „Das Kampfziel des Proletariats in unserer Revolution" veröffentlicht.

10. oder 11. (23. oder 24.) März	Lenin schickt für sein Buch „Materialismus und Empiriokritizismus" den „Zusatz zu Abschnitt 1 des Kapitels IV. Von welcher Seite kritisierte N. G. Tschernyschewski den Kantianismus?" nach Moskau.
Nicht vor dem 23. März (5. April)	Lenin richtet ein Protestschreiben im Namen des ZK der SDAPR an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen die Entstellung des Wesens der Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten durch den „Vorwärts".
4. (17.) April	Lenins Artikel „Eine Karikatur auf den Bolschewismus" wird in der Beilage zu Nr. 44 des „Proletari" veröffentlicht.
8. (21.) April	Lenins Artikel „Die ‚Linksschwenkung' der Bourgeoisie und die Aufgaben des Proletariats" wird in Nr. 44 des „Proletari" veröffentlicht.
Zwischen dem 29. April und 4. Mai (12. und 17. Mai)	In Moskau erscheint Lenins Buch „Materialismus und Empiriokritizismus. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie".
Ende April – erste Junihälfte	Lenin bereitet die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" vor.
8. (21.) Mai	Lenin spricht in Paris im Klub der Redaktion des „Proletari" zu dem Thema „Religion und Arbeiterpartei".
13. (26.) Mai	Lenins Artikel „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion" wird in Nr. 45 des „Proletari" veröffentlicht.
4. (17.) Juni	Lenins Artikel „Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche" wird in Nr. 6 des „Sozial-Demokrat" veröffentlicht.
Nicht später als am 7. (20.) Juni	Lenin führt eine besondere Versammlung von Mitgliedern der Redaktion des „Proletari" mit Vertretern örtlicher sozialdemokratischer Organisationen durch, auf der er eine Information über die Lage in der Partei gibt.
8.–17. (21.–30.) Juni	Lenin leitet die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari", spricht in der Diskussion und bringt Abänderungsvorschläge zu Resolutionen und zu einigen Fragen Resolutionsentwürfe ein. In den Grundfragen nimmt die Beratung die Leninschen Resolutionen an.

3. (16.) Juli Die von Lenin geschriebene „Mitteilung über eine Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari' " wird in der Beilage zu Nr. 46 des „Proletari" veröffentlicht.

11. (24.) Juli In Nr. 46 des „Proletari" werden Lenins Artikel „Die Europareise des Zaren und die Reisen einiger Abgeordneter der Schwarzhunderterduma nach England" (Leitartikel) und „Die Liquidierung des Liquidatorentums" veröffentlicht.

Juli Lenin gibt in einem Gespräch mit dem Sekretär des russischen Teils des ZK Hinweise über den Kampf gegen Spitzel, die in die Parteiorganisationen eindringen.

Ende Juli–August Lenin erholt sich mit seiner Familie (N. K. Krupskaja, ihrer Mutter und M. I. Uljanowa) in dem Dorf Bombon (Departement Seine-et-Marne) unweit von Paris.

5. (18.) August Lenin lehnt es in einem Brief an die Organisatoren der Schule auf Capri ab, Lektionen in der Schule zu lesen, und lädt die Schüler nach Paris ein, damit sie dort Lektionen bolschewistischer Lektoren hören.
Lenin wendet sich in einem Brief an A. I. Ljubimow dagegen, Trotzki bei der Herausgabe seiner Wiener „Prawda" zu unterstützen.

Mitte August Lenin schickt ein vertrauliches Rundschreiben des Internationalen Sozialistischen Büros über die Organisierung von Protestkundgebungen und Versammlungen gegen die imperialistische Eroberungspolitik der spanischen Regierung in Marokko an das Auslandsbüro des ZK.

17. (30.) August Lenin erläutert den Hörern der Schule auf Capri in einem Antwortbrief den parteifeindlichen Charakter dieser Schule, bestätigt, daß er es abgelehnt hat, dort Lektionen zu halten, und lädt die Schüler ein, nach Paris zu kommen.

August Lenin arbeitet in der Kommission zur Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion der III. Reichsduma mit.

Sommer Lenin besucht Paul Lafargue und diskutiert mit ihm über sein Buch „Materialismus und Empiriokritizismus".

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort ... ... VII–VIII

1908

Auf den geraden Weg 1–8

Über die „Natur" der russischen Revolution 9–15

Marxismus und Revisionismus 17–28

Auf ausgetretenen Pfaden! 29–36

Ein Block der Kadetten mit den Oktobristen? 37–38

Zur Einschätzung der russischen Revolution 39–52

Kadetten des zweiten Aufgebots 53–57

Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts 59–139

I 61

II 73

III 83

IV 96

V 108

VI 118

VII 126

Über einige charakteristische Merkmale des gegenwärtigen Verfalls 140–150

Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution. Autorreferat 151–175

Zündstoff in der Weltpolitik 176–183

Von der Redaktion 184–185

Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie 186–196

I 186

II 188

III 192

Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution 197–204

Eine Friedenskundgebung der englischen und deutschen Arbeiter .. 205–208

Die Studentenbewegung und die gegenwärtige politische Lage ... 209–215

Die Ereignisse auf dem Balkan und in Persien 216–226

Die Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros 227–242

Ein hysterischer Anfall P. Maslows 243–251

Einige Bemerkungen zur „Antwort" P. Maslows 252–263

Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage 264–277

Wie Plechanow und Co. den Revisionismus verteidigen 278–282

Über zwei Briefe 283–300

Die Agrardebatten in der III. Duma 301–315

Fünfte (Gesamtrussische) Konferenz der SDAPR, 21.–27. Dezember 1908 (3.–9. Januar 1909) 317–327

1. Entwurf einer Resolution über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei 319
2. Direktiven für die Kommission zur Organisationsfrage 323
3. Praktische Hinweise zur Frage der Budgetabstimmungen der sozialdemokratischen Dumafraktion 324

   Erste Variante 324

   Zweite Variante 324
4. Ergänzung zur Resolution „Über die sozialdemokratische Dumafraktion" 326
5. Erklärung der Bolschewiki. De-facto-Erklärung 327

1909

Wie die Sozialrevolutionäre aus der Revolution Bilanz ziehen und wie die Revolution den Sozialrevolutionären Bilanz zog 328–343

Auf den Weg.. 344–355

Über den Artikel „Zu den nächsten Aufgaben" 356–359

Das Kampfziel des Proletariats in unserer Revolution 360–379

I 360

II 368

III 371

IV 375

V 379

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands .. 380–382

Eine Karikatur auf den Bolschewismus 383–395

Die „Linksschwenkung" der Bourgeoisie und die Aufgaben des Proletariats 396–403

Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion.. 404–415

Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche .. 416–425

Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari", 8.–17. (21.–30.) Juni 1909 427–454

Mitteilung über eine Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" 429

Rede über die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei, 11. (24.) Juni 439

Rede und Entwurf einer Resolution über die Aufgaben der Bolschewiki hinsichtlich der Dumatätigkeit 441

Resolutionen der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" 445

1. Über Otsowismus und Ultimatismus 445

2. Die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei.. 449

3. Über die Agitation für einen von der Partei getrennten Parteitag (oder eine Konferenz) der Bolschewiki.. 452

4. Über die Parteischule, die im Ausland, in N. N., eingerichtet wurde 453

5. Über die Abspaltung des Gen. Maximow 454

Die Liquidierung des Liquidatorentums 455–463

Die Europareise des Zaren und die Reisen einiger Abgeordneter der Schwarzhunderterduma nach England 464–469

Zum Brief M. Ljadows an die Redaktion des „Proletari" 470

An die Organisatoren der Schule auf Capri 471–472

Entwurf eines Briefes des Bolschewistischen Zentrums an den Rat der Schule auf Capri 473–474

An die Hörer der Schule auf Capri 475–481

Anmerkungen 483–510

Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 511–519

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite des „Proletari" Nr. 27, (8. April) 26. März 1908, mit W. I. Lenins Artikeln „Über die ‚Natur' der russischen Revolution" und „Zu den Debatten über die Erweiterung der Budgetrechte der Duma" 11

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution" – 1908 199

Erste Seite des Zentralorgans der SDAPR, des „Sozial-Demokrat" Nr. 2, 28. Januar (10. Februar) 1909, mit W. I. Lenins Artikel „Auf den Weg" 345

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Rede über die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei" – 11. (24.) Juni 1909 440–441